C 21734 D



KBW: Kein Bock mehr auf Kommunismus S. 38

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 12 Nr. 221 17.5.82

4 DM
Förderpr. DM 5

Neuer Preis

Falkland-Inseln/Malvinen

Der 3.Weltkrieg wird geprobt

1. Großbritanniens Militärexpedition vor der argentinischen Küste demonstriert in klassischer Weise den Krieg als *„Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"*.

Die NATO, angeblich als Verteidigungsbündnis gegen die Sowjetunion konzipiert, führt in diesem Krieg ihr Verständnis von „Selbstverteidigung" vor. „Verteidigung" in der Interpretation der NATO schließt den Krieg um Restbestände der alten Kolonial-Imperien und sonstige imperialistische Interessen an jedem Punkt der Erde ein. Die „Verteidigungs"-Konzeption der NATO gestattet es auch, irgendein Gebiet der Erde großräumig zur „Kriegszone" zu erklären und dort mit fast allen verfügbaren Massenvernichtungswaffen Amok zu laufen. Und sie erlaubt es sogar, noch außerhalb einer solchen „Kriegszone" Menschen einer Nation anzugreifen und zu töten, mit der man sich noch nicht einmal in einem formalen Kriegszustand befindet.

2. Militärisch praktiziert wird dieses Verständnis von „Selbstverteidigung" aktuell durch Großbritannien. Die NATO hat ihre vollständige Übereinstimmung mit dieser Konzeption von „Selbstverteidigung" demonstriert, indem sie sich mit der britischen Position solidarisierte und dieser Solidarität durch einen Wirtschaftsboykott gegen Argentinien symbolisch Ausdruck gab.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO beziehen sich nur auf die Zweckmäßigkeit der britischen Kriegsführung, nicht aber auf ihre prinzipielle Berechtigung.

Fortsetzung auf Seite 2



Wählt Grün-Alternative Liste (GAL)

Aufruf zur Hamburger Bürgerschaftswahl

Vielleicht nicht entscheidend, aber sicherlich vorentscheidend für die Zukunft der sozialliberalen Koalition in Bonn sind die Hamburger Bürgerschaftswahlen. Wenn eines sicher ist, dann dieses: Die SPD wird am 6. Juni ihre absolute Mehrheit in Hamburg verlieren. Offen ist nur, wie tief sie in den Keller fällt. Hamburgs SPD hatte vier Jahre lang die Chance, in einer Alleinregierung zu beweisen, was sozialdemokratische Politik angeblich an Verbesserungen für den Bürger bringt. Stattdessen hat sie 1981 mit Bürgermeister Klose einen Mann und ein Stück Programm in die Wüste geschickt, die ein letztes Stück Hoffnung auf mehr soziale und mehr demokratische Politik symbolisierten. Mit dem neuen Bürgermeister von Dohnanyi sind alle Zweifel beseitigt worden: die SPD entscheidet sich für eine Rechtsentwicklung in der Politik, ohne daß hierfür eine sie angeblich behindernde FDP schuldig gesprochen werden kann. Dohnanyis einstimmig, auch von den „Linken" im Senat gebilligter Beschluß für den Bau von Brokdorf ist jüngstes Zeichen für diese Rechtsentwicklung. Sieht man vom knapp zweijährigen Liberalisierungsintermezzo unter Klose ab (in dieser Zeit wurde die Praxis der Berufsverbote eingedämmt, die Beteiligung Hamburgs am Weiterbau von Brokdorf infragegestellt, mehr an „Erfolgen" war nicht aufzuweisen), so bleibt als Bilanz von vier Jahren Alleinherrschaft der SPD:

— Der massive Ausbau der Kernenergie auf heute 42%; damit liegt Hamburg bei der Kernenergie an der Spitze der BRD.— Die fortschreitende Zerstörung des Unterelberaums durch ungehemmte Industrieansiedlung, deren traurigste Mahnmale das zerstörte Elbdorf Altenwerder und die bevorstehende, auf Widerstand stoßende Zerstörung Moorburgs ist.
— 50.000 Arbeitslose und ein nie dagewesenes Defizit an Lehrstellen.
— 50.000 Wohnungssuchende und die „Sanierung" genannte Zerstörung ganzer Wohnviertel.
— Eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, der Rentner, Behinderten und Kranken, sowie zu Lasten von Frauen und Kindern.
— Eine umweltzerstörende Politik, die die Elbe versaut, den Berufsstand der Elbfischer vernichtet hat und die Landwirtschaft durch cadmiumverseuchte Spülfelder gefährdet.
— Skandale wie der Stoltzenberg Giftgas/Giftmüll-Skandal, die Persien Bau-Pleite (300 Millionen DM verpulvert) und ein kaum überschaubarer Bestechungs- und Korrumpierungsfilz in Hamburgs Bürokratie.

In dieser Politik allein liegt es begründet, daß heute mehr oder weniger offen über eine Große Koalition nach der Wahl spekuliert werden kann, da die Nähe von SPD-Politik und CDU-Programm eine Tatsache ist. Alle Prognosen von der Wahl zeichnen folgendes Bild: Ein sogenanntes Kopf-an-Kopf-Rennen von SPD und CDU, Zweifel, ob die FDP nicht auch dieses Mal wieder an der 5%-Klausel scheitert

Fortsetzung auf Seite 3

Reagans „Radikalkur

nyi sind alle Zweifel beseitigt worden: die SPD entscheidet sich für eine Rechtsentwicklung in der Politik, ohne daß hierfür eine sie angeblich behindernde FDP schuldig gesprochen werden kann. Dohnanyis einstimmig, auch von den „Linken" im Senat gebilligter Beschluß für den Bau von Brokdorf ist jüngstes Zeichen für diese Rechtsent-

— 50.000 Arbeitslose und ein nie dagewesenes Defizit an Lehrstellen.
— 50.000 Wohnungssuchende und die „Sanierung" genannte Zerstörung ganzer Wohnviertel.
— Eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, der Rentner, Behinderten und Kranken, sowie zu Lasten von Frauen und Kindern.

Prognosen von der Wahl zeichnen folgendes Bild: Ein sogenanntes Kopf-an-Kopf-Rennen von SPD und CDU, Zweifel, ob die FDP nicht auch dieses Mal wieder an der 5%-Klausel scheitert

Fortsetzung auf Seite 3

Reagans „Radikalkur für den Frieden"

Genau berechnet auf seinen bevorstehenden Ausflug nach Europa im Juni hat Reagan die Sowjetunion öffentlich aufgefordert, „zum frühestmöglichen Zeitpunkt", möglichst noch im Juni, Kontakte über den Beginn der sogenannten START-Verhandlungen aufzunehmen.
START soll nach dem Willen von Reagans Beratern das Zauberwort der nächsten Jahre werden. Es geht, wie die Abkürzung besagt, um die Reduzierung (Verringerung) der „strategischen Waffen", d.h. von Atomraketen mit großer Reichweite. START soll die SALT-Verhandlungen und -Vereinbarungen der 70er Jahre ablösen, die sich lediglich mit der Begrenzung (Festsetzung einiger Obergrenzen) der „strategischen" Aufrüstung befaßt hatten. Die neue Zauberformel START knüpft an der mittlerweile nicht mehr zu verheimlichenden Tatsache an, daß SALT überhaupt keine Abrüstung gebracht hat und daß es sogar in seinem bescheidenen Anspruch, die Atom-Rüstung wenigstens etwas zu verlangsamen, versagt hat. Entsprechend wohlwollend bis euphorisch wird START in den herrschenden Medien kommentiert: Die sozialliberale „Frankfurter Rundschau" spricht von Reagans **„Vorschlägen zur Beendigung des Wettrüstens"** (11.5.); die CDU-nahe „Welt" behauptet gar: **„Reagan bietet Moskau Radikalkur für den Frieden an"**(11.5.).
Worum es in Wahrheit geht, hat Reagan in seiner Rede zur öffentlichen Präsentation von START ungeniert ausgeplaudert: *„Die größte Bedrohung für den Frieden durch nukleare Waffen ist heute die wachsende Instabilität des atomaren Gleichgewichts. Dies ist auf das wachsende Zerstörungspotential der massiven sowjetischen Raketen-Aufrüstung zurückzuführen.*

Deshalb ist es unser Ziel, die Abschreckung zu verstärken und durch bedeutende Verringerungen in den am meisten destabilisierenden Nuklearsystemen, den Raketen und insbesondere den Interkontinentalraketen, Stabilität zu erreichen".(„Frankf.Rundschau", 11.5.).

Reagan spricht also erstens davon, daß die USA ihre „Abschreckung" verstärken wollen, signalisiert also weitere atomare Aufrüstung statt Abrüstung. Und er spricht zweitens davon, daß die „größte Bedrohung für den Frieden" heute in einer Veränderung des Kräfteverhältnisses bei den strategischen Waffen zugunsten der Sowjetunion liege. Der Zweck von START soll demnach die Wiederherstellung der „Stabilität" bei diesen Waffen sein: **START soll dazu dienen, das Kräfteverhältnis auf diesem Sektor zugunsten der USA zu verändern.**

Daß die Großmächte sich bei sämtlichen „Abrüstungs"- und „Friedens"-Verhandlungen gegenseitig übers Ohr zu hauen versuchen, ist sowieso die Regel. Aber daß ein Politiker die Stärkung der eigenen militärischen Position so offen als Ziel angibt, ist doch ein ungewöhnliches Beispiel von Frechheit und Selbstsicherheit.

Erreicht werden soll das Ziel in einem Zwei-Phasen-Plan: In der ersten Phase soll die Anzahl von Trägersystemen und Sprengköpfen verringert werden, wobei es für die landgestützten Raketen noch eine besondere Obergrenze geben soll. In der zweiten Phase soll auch das 'Wurfgewicht',d.h. die Spreng- und Vernichtungskraft, der strategischen Raketen verringert werden.

Fortsetzung auf Seite 2



Brokdorf-Prozeß:

Rechts-Staat und Klassenjustiz

Zu fünfeinhalb bzw. drei Jahren Knast wurden die AKW-Gegner Michael Duffke und Markus Mohr nach dem Itzehoer Landrecht verurteilt. Der Staat nahm damit Rache an zwei von einhunderttausend Demonstranten, die sich im Februar 1981 über die Gesetze dieses Staates hinweggesetzt und trotz Verbots am Bauzaun gegen das AKW Brokdorf demonstriert hatten.

Die Verurteilung stand, wie in vielen „Terroristen"prozessen, schon vorher, ohne Rücksicht auf die Beweislage, fest. Begonnen wurde der Rachefeldzug des Staates mit einer bundesweiten Fahndung wegen „Mordversuchs", ohne die konkreten Umstände der Ereignisse überhaupt zu kennnen. Diese wurden dann erst durch Demonstranten und Fotos der „taz" aufgehellt, wodurch bewiesen werden konnte, daß sich der Polizeibeamte selbstverschuldet in diese Situation gebracht hatte.

Fortsetzung auf Seite 3

Reagans „Radikalkur für den Frieden"

Fortsetzung von Seite 1

An dieser zweiten Phase sind die US-Militärs besonders interessiert, weil die Raketen der Sowjetunion insgesamt tatsächlich eine sehr viel größere Spreng- und Vernichtungskraft haben als die der USA. Begründet ist das in dem großen Vorsprung der US-Raketen bei der Zielgenauigkeit; was den sowjetischen Raketen in diesem Punkt fehlt, wird durch größere Kraft auszugleichen versucht. Die zweite Phase von START wäre also maßgeschneidert für die Interessen der US-Miliärs: Die Sowjetunion müßte enorm herunterrüsten, während die USA vielleicht sogar noch etwas Spielraum nach oben für die eigene Aufrüstung hätten.

Aber auch die erste Phase von START ist für die US-Militärs nicht ohne Reiz: Zum einen ist es so, daß in der Sowjetunion ein viel größerer Prozentsatz der Raketen landgestützt ist als in den USA; diese haben ihre strategischen Atomwaffen vorwiegend in der Luft und auf See stationiert. Diese Ausgangslage bedeutet ohnehin schon einen großen militärischen Vorteil für die USA, weil die landgestützten Raketen durch Schläge der Gegenseite am meisten gefährdet sind. Die Festlegung einer einheitlichen Obergrenze bei den landgestützten Raketen, wie von Reagan gefordert, würde demnach erhebliche Abrüstung der Sowjetunion bedeuten, während die USA auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben oder dieses vielleicht sogar noch etwas anheben könnten. (Nach neuesten US-offiziellen Angaben haben die USA 2150 Sprengköpfe auf landgestützten Systemen, die SU hingegen 5500; andererseits haben die USA 5300 Sprengköpfe auf U-Booten stationiert gegenüber 1900 der Sowjetunion). Hinzu kommt als weitere Überlegung möglicherweise, daß die USA einen großen Vorsprung bei der Entwicklung neuer Waffensysteme mit „mittlerer" Reichweite haben, die wirkungsvoller sind als die alten Interkontinental-Systeme.

Die Konzeption von START läuft also darauf hinaus, einen militärischen V o r s p r u n g der USA auszunutzen, um der Sowjetunion eine einseitige Abrüstung auf Gebieten zuzumuten, auf denen sie sich technologisch sowieso im Rückstand befindet. Daß die Sowjetunion über eine so unverschämte, zudem von Reagan in aller Öffentlichkeit entschlüsselte Zumutung nicht ernsthaft verhandeln wird, steht heute schon fest. Die Zwecke von START reduzieren sich aufs rein Propagandistische. Ob diese Propaganda erfolgreich sein wird, darf allerdings bezweifelt schon fest. Die Zwecke von START reduzieren sich aufs rein Propagandistische. Ob diese Propaganda erfolgreich sein wird, darf allerdings bezweifelt werden. Reagans „Null-Lösung" jedenfalls, anfangs genauso wie jetzt START als Genieblitz der US-Regierung gefeiert, hat ihre Zwecke als Friedensbewegung-Killer bisher total verfehlt.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der 3.Weltkrieg wird geprobt

Fortsetzung von Seite 1

3. Zeitgleich mit dem britischen Kolonial-Krieg gegen Argentinien hat die Konferenz der NATO-Außenminister ein Kommunique beschlossen, das den Anspruch der NATO als militärisches Instrument imperialistischer Weltherrschaft direkt formuliert. Das Kommunique stellt das „gemeinsame Interesse" der NATO-Staaten *„an der Sicherheit, Stabilität und souveränen Unabhängigkeit der Staaten außerhalb des NATO-Gebietes"* fest. Vorgänge außerhalb des definierten NATO-Gebiets (Europa und nördlicher Atlantik) könnten *„die vitalen Interessen von Bündnispartnern bedrohen"*. Die NATO-Staaten halten ich daher für berechtigt, *„direkt oder indirekt"* überall auf der Welt auch außerhalb des NATO-Gebiets Krieg zu führen oder kriegführende Staaten zu unterstützen. Es könne *„erforderlich werden"*, ***„daß Bündnispartner im Lichte von NATO-Konsultationen Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes unterstützen, die den vitalen Interessen aller dienen"***. Insbesondere könnten sich für die NATO *„Folgerungen ... aus dem strategischen Konzept der Vereinigten Staaten für Südwestasien ergeben"*. Konkrete Einzelheiten über die praktischen „Folgerungen" wollen die NATO-Verteidigungsminister in den nächsten Monaten beraten (zitiert nach dpa, 7.5.).

NATO-Konferenz in Brüssel Der Bremer „Weser-Kurier" berichtet am 8. Mai in Brüssel:

„Die NATO ist von ihrem gemeinsam getragenen Konzept, nur innerhalb des eigenen Gebiets bis hin zum Wendekreis des Krebses zu operieren, erstmals abgewichen. Sie bezieht künftig das Eingreifen einzelner Partner in entfernten Regionen wie am Persischen Golf (US-Eingreiftruppe) oder bei den Falkland-Inseln (britisch-argentinischer Konflikt) in ihre Planungen ein. Damit verläßt, das westliche Verteidigungsbündnis seit Jahrzehnten geltende Grundsätze. Bisher verstand sich die NATO als ein reines Defensivbündnis. Nun aber wird der Begriff Verteidigung neu definiert, indem man ihn als Angriffsmöglichkeit auf fremde Territorien und weit entfernte Meere verstanden haben will – nach dem Motto ‚Angriff ist die beste Verteidigung'.

Mit dem „strategischen Konzept" der USA für Südwestasien sind die Überlegungen zur Sicherung der imperialistischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten gemeint. Eine besondere Rolle spielt bei diesen Überlegungen der seit einigen Jahren betriebene Aufbau einer „Schnellen Eingreiftruppe" der USA. Diese Truppe soll aus über 100.000 Soldaten und erheblichen militärischen Mitteln bestehen; ihr politischer Zweck ist die Wahrung der imperialistischen Interessen weltweit, aktuell vor allem in der arabischen Erdölregion. Maßgebliche Politiker und Militärs der USA streben eine enge Anbindung dieser Spezialarmee an die NATO an. Studien und Planspiele sehen sogar eine direkte Einbeziehung von Einheiten der BRD, Großbritanniens, Frankreichs und Japans in eine internationale „Schnelle Eingreiftruppe" vor. Großbritannien unterhält für solche Zwecke ohnehin schon eine eigene Spezialtruppe, die jederzeit in einer „Krisenlage" in die Erdölregion verlegt werden könnte. Über eine eigene Spezialtruppe verfügt auch Frankreich, das seine „Einflußzone" vor allem in seinen früheren Kolonien in Afrika hat. Neben seinem jahrelangen Kolonialkrieg im Tschad ist Frankreich in den 70er Jahren – bereits in Abstimmung und enger Kooperation mit den anderen europäischen NATO-Staaten – zur Niederschlagung von Aufständen in Zaire (ehemals Belgisch-Kongo) militärisch aktiv geworden.

Außerdem haben Großbritannien und Frankreich eigene Kriegsflotten auf den Meeren um die arabische Erdölregion; gemeinsame Manöver mit den USA finden regelmäßig statt. Gewünscht wird immer deutlicher, daß sich auch die Kriegsmarine der BRD am imperialistischen Flottenaufmarsch in der Region beteiligt.

In einer anderen Region, die von der NATO gleichfalls als ihre „Interessenszone" definiert wird, ist das schon der Fall: **Seit einiger Zeit beteiligen sich Kriegsschiffe der BRD an NATO-Manövern in der Karibik, also vor der Küste Mittelamerikas.** Das letzte derartige NATO-Manöver fand gerade erst im März dieses Jahres im Golf von Mexico statt. Beteiligt waren 30 Kriegsschiffe, 80 Kampfflugzeuge und 10.000 Soldaten aus den USA, Kanada, Großbritannien, der BRD, Belgien und den Niederlanden.

Dem weltweiten Anspruch der NATO sind auch die neuformulierten Richtlinien der Bundesregierung für den Waffenexport angepaßt worden. Bisher galt die blödsinnige Regel, daß nicht „in Krisengebiete" geliefert werden dürfe. Dabei wissen doch alle Politiker, daß praktisch jeder Teil der Erde irgendwann zum „Krisengebiet" gemacht werden kann. Schließlich werden, abgesehen von der Niederhaltung der eigenen Untertanen, Waffen präzise für d i e s e Eventualität produziert und gehandelt. In den neuen Richtlinien (Beschluß der Bundesregierung vom 28.4.82) ist der alte Blödsinn beseitigt worden. Jetzt heißt es, daß Waffen exportiert werden dürfen *„auf Grund besonderer politischer Erwägungen"* und *„vitaler Interessen"* der BRD. ***„Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen"***. Der Waffenexport darf nunmehr ganz offiziell das tun, was er bisher etwas außerhalb der Legalität auch schon tat: sich an nichts anderem als den außenpolitischen Interessen der BRD und ihrer NATO-Partner orientieren. Dabei darf getrost vermutet werden, daß „vitale Interessen" der BRD und der NATO v o r a l l e m in den sogenannten „Krisengebieten" angesiedelt sind, nämlich dort, wo der Imperialismus hofft, durch Waffenlieferungen auf die Entwicklung interessanter Widersprüche Einfluß zu gewinnen bzw. zu wahren.

4. Taktische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO hat das britische Vorgehen wegen der besonderen Rahmenbedingungen dieses Konflikts ausgelöst: Das argentinische Militärregime ist nicht Gegner, sondern Verbündeter des Imperialismus. Die Waffen, mit denen die argentinische Armee den Krieg führt, sind in Großbritannien, der BRD und Frankreich produziert worden. Argentinien hat diese zum Teil hochmodernen Waffen von der NATO erhalten, weil ihm in den imperialistischen Plänen eine wichtige Rolle zugedacht ist: Die argentinische Kriegsflotte soll, gemeinsam mit Brasilien, Chile, Uruguay, Australien, Neuseeland und dem Rassisten-Regime Südafrikas, einen „Südatlantik-Pakt" bilden, der den globalen Aufmarsch der NATO ergänzen soll. Die Führung der argentinischen Marine ist engstens bilden, der den globalen Aufmarsch der NATO ergänzen soll. Die Führung der argentinischen Marine ist engstens mit den entsprechenden Stellen der USA verbunden. In Mittelamerika, vor allem in El Salvador, sollen argentinische Offiziere und Söldner Hilfsfunktionen für die USA übernehmen.

Großbritanniens Militär-Expedition bedeutet einen Rückschlag für die Beziehungen des Imperialismus nicht bloß zu Argentinien, sondern insgesamt zu den Staaten und Völkern Lateinamerikas.

Diese Problematik schlägt sich in taktischen Einwänden mancher NATO-Politiker gegen die britische Kriegsführung nieder. Wesentlich aus dieser Konstellation erklärt es sich auch, daß der Konflikt bisher nicht als „t o t a l e r" Krieg mit allen verfügbaren Mitteln, sondern nur mit gebremster Kraft ausgetragen wird.

5. Der britisch-argentinische Krieg widerlegt die Doktrinäre, die alle internationalen Probleme in das enge Schema der „Blockkonfrontation" hineinpressen wollen. Unter dem Gesichtspunkt der Ost-West-„Blocklogik" macht dieser Krieg überhaupt keinen Sinn und dürfte eigentlich gar nicht stattfinden. Der wesentliche Punkt, von dem derzeit die Kriegsgefahr ausgeht, ist das Streben des Imperialismus nach totaler Unterwerfung der Erde. Daß die NATO es dabei nicht bloß mit den Staaten und Völkern der 3. Welt, sondern auch mit dem gegnerischen „Block" des Warschauer Paktes zu tun hat, ist ein spezieller Umstand dieses Problems, aber nicht seine U r s a c h e.

Großbritanniens Kolonialkrieg widerlegt auch die bis in Teile der Friedensbewegung hinein verbreitete Vorstellung, die Lösung Europas von den „Supermächten" und seine Formierung als eigener („unabhängiger", „blockfreier") Block sei bereits ein Schritt zum Frieden. Die Großmächte Westeuropas sind imperialistische Staaten mit eigenen Interessen, die auch die Realisierung mittels Krieg nicht scheuen.

6. Der britisch-argentinische Krieg widerlegt die herrschende Propaganda, wonach die Aufrüstung nicht zum Zweck der Kriegs f ü h r u n g, sondern der Kriegs v e r h i n d e r u n g („Abschreckung") betrieben werde. Die Vorstellung eines bloßen „Bluff"-Aufmarsches, die Illusion unblutiger Drohgebärden hat sich an der Wirklichkeit der britischen Kriegsführung zerschlagen. Und dabei handelt es sich in diesem speziellen Fall noch nicht einmal um einen Gegner, der in Opposition zu den Gesamtinteressen des Imperialismus steht.

Eine realistische Betrachtungsweise muß davon ausgehen, daß s ä m t l i c h e verfügbaren Waffen, und gerade auch die „m o d e r n s t e n", „effektivsten" nicht zur zu Drohgebärden, sondern auch zum praktischen Einsatz bestimmt sind. Allerdings würde eine Kriegsführung beispielsweise in Mitteleuropa sehr schnell weit umfangreicher und schwerwiegender sein als die relativ begrenzten Gefechte vor der argentinischen Küste.

7. Der britisch-argentinische Krieg widerlegt jene schlichte linke Gemütsart, die den Krieg a u s s c h l i e ß l i c h aus wirtschaftlichen Kalkulationen herzuleiten versucht — und die daraus womöglich auch noch die Unwahrscheinlichkeit von Kriegen begründen möchte, da diese heute viel zu kostspielig seien. Rein ökonomisch kalkuliert ist dieser Krieg, der Gesamtkosten in Höhe von mehreren Milliarden Mark verursachen wird, nicht zu begründen. Hilfskonstruktionen, die auf angeblich vermutete Bodenschätze im Gebiet der Malvinen/Falkland-Inseln oder auf die bisher kaum analysierten Bodenschätze der Antarktis hinweisen, sind nicht überzeugend. Die allgemeine Praxis zeigt, daß die Ausbeutung von Bodenschätzen nicht von der staatlichen Souveränität des Imperialismus über die entsprechenden Gebiete abhängt, sondern daß sie ihre Zwecke über abhängige Regimes ebenso gut erreichen kann. Hinzu kommt, daß jede ökonomische Nutzung der Seegebiete um die Malvinen/Falklandinseln und



Das Polit-Paar des Jahres: In einer Foto-Montage posieren US-Präsident Ronald Reagan und Englands Premier Margret Thatcher als Hauptdarsteller des Films »Vom Winde verweht« mit der Unterzeile: »Sie versprach, ihm bis ans Ende der Welt zu folgen. Er versprach, es zu organisieren.« Die Idee zu diesem Poster stammt von einem englischen Dockarbeiter, der gelegentlich für den linken »Socialist Worker« schreibt. Das Plakat, das mehr als 40 000mal für 2,50 Mark verkauft wurde, verstärkt die Kampagne der Anti-Reagan-Briten

Erklärung Kubas zum

Völker Lateinamerikas

Erklärung Kubas zum Falkland-Konflikt

Londons Aggression stoppen!

Havanna. UZ — In einer am vergangenen Samstag veröffentlichten Regierungserklärung hat Kuba seine Solidarität mit dem argentinischen Volk im Konflikt mit Großbritannien um die Falkland-Inseln zum Ausdruck gebracht. Die Erklärung der kubanischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

„Während in allen Teilen der Welt die Forderung zunimmt, daß der Prozeß der Verhandlungen nicht unterbrochen werden darf, richtet sich der koloniale Hochmut der britischen Regierung, die jetzt mit der offenen Unterstützung des nordamerikanischen Imperialismus rechnet, gegen das argentinische Territorium und will das mit Gewalt erreichen, was ihr rechtlich nicht zusteht. Kuba verurteilt diese unerträgliche Aggression und bekräftigt seine Solidarität mit dem argentinischen Volk, das im Kampf zur Verteidigung seiner Souveränität steht.

Völker Lateinamerikas erkennen den Feind

Die ganze Heuchelei des sogenannten Interamerikanischen Systems, das von den USA erzwungen wurde, um den eigenen Interessen zu dienen, bricht nun in sich zusammen, da angesichts eines Angriffs auf ein Land Lateinamerikas sich die US-Regierung mit dem Aggressor vereint und ihm uneingeschränkte militärische und politische Hilfe gibt. Das wahre Wesen des Interamerikanischen Systems wurde entlarvt, und wieder einmal erkennen die Völker Lateinamerikas und der Karibik, wer ihr Feind seit jeher ist.

Jetzt ist die Zeit der lateinamerikanischen Solidarität. Die Sache der Malvinen ist die Sache des argentinischen Volkes und daher auch die Sache Lateinamerikas und der Karibik, unsere Sache. Es ist notwendig, die Aggression zu stoppen und das Recht wiederherzustellen.

Die Länder Lateinamerikas haben die Pflicht, Argentinien in jeder notwendigen Weise zu unterstützen. Kuba ist bereit, zusammen mit den Völkern Lateinamerikas diese Pflicht zu erfüllen."

der „anschließenden" Sektoren in der Antarktis — was ohnehin nur Zukunftsprojekte sein könnten — von der engen Kooperation mit Argentinien abhängen würde. Demnach wären, rein ökonomisch betrachtet, gute politische Beziehungen zu Argentinien weit wichtiger als die Frage der staatlichen Souveränität über die Inseln, die Großbritannien wahrscheinlich sowieso nicht mehr zu seinen Gunsten entscheiden kann.

8. **Die Zwecke der britischen Militär-Expedition sind primär im Bereich der Politik und Militärpolitik zu finden.** Dieser Krieg dient zum einen der Bekräftigung des Prinzips „aggression doesn't pay!" (Aggression zahlt sich nicht aus), was praktisch besagt, daß der Imperialismus zur militärischen „Verteidigung" seines Besitzstandes und seiner globalen Interessen bereit ist, ohne sich von Kriegskosten, militärischen Verlusten und diplomatischen Rücksichten abhalten zu lassen. Der Krieg im Südatlantik ist zum zweiten ein passendes militärisches Manöver und ein massenpsychologischer Test — wobei es unter diesem Aspekt sogar ein Vorteil ist, daß dieser Krieg sich gegen einen Verbündeten des Imperialismus richtet: so ist immerhin dafür gesorgt, daß dieser Krieg unter Kontrolle gehalten werden kann und keinen völlig unvorhersehbaren Verlauf annimmt.

ZITAT DES TAGES



„Großbritannien erinnert uns alle in der Falkland-Krise daran, daß gewisse Grundwerte wie Ehre, Gerechtigkeit und Patriotismus gültig bleiben und mit mehr als Worten verteidigt werden müssen."

Henry Kissinger in einer Rede in London
FOTO: CAMERA PRESS

aus „Welt", 12.5.82

aus „Welt", 12.5.82

Drittens bietet dieser Krieg ein wichtiges Argument für die Rüstungsdiskussion in Großbritannien: Eben erst war angekündigt worden, daß die britische Kriegsflotte aus Kostengründen erheblich reduziert würde, um Mittel für die weitere atomare Aufrüstung Großbritanniens freizumachen. Diese Kürzungspläne — oft übertrieben als „Abdankung der englischen Seemacht" kommentiert — sind seit dem britisch-argentinischen Krieg vom Tisch. Zusätzlich liefert dieser Krieg auch noch Argumente für das gigantische Flotten-Programm der USA: mit geschätzten Kosten von mindestens 96 Milliarden Dollar sollen in den nächsten fünf Jahren 133 neue Kriegsschiffe gebaut werden, darunter zwei atomgetriebene Flugzeugträger und eine Flotte von Trägerschiffen für Tausende von Cruise Missiles. Deklariertes Ziel des Flotten-Programms soll es sein, **„die Seeüberlegenheit über die Sowjetunion wiederherzustellen und zu erhalten".**

Auch in den nächsten Diskussionen um den Ausbau der Bundesmarine wird dieses Argument gewiß auftauchen.

9. **Die britische Flotten-Expedition gegen Argentinien signalisiert den Übergang zu einer Politik, die mit dem führbaren Krieg als ständig verfügbares Mittel kalkuliert.** Schauplätze solcher Kriege des Imperialismus können jederzeit sämtliche „Krisen- punkte" der Welt werden: Mittelamerika und die Karibik (permanente Kriegsdrohung gegen Kuba und Nikaragua), Libyen, das südliche Afrika, der Iran, die arabische Halbinsel, Indochina... **Neben möglichen „Konfliktpunkten" in der Dritten Welt sollten wir allerdings auch die für die allernächsten Jahre geplante Herrichtung der BRD als Kriegsschauplatz nicht übersehen.** Das gerade vereinbarte „Wartime Host Nation Support"- Abkommen zwischen den USA und der BRD sieht u.a. die kriegsmäßige Instandsetzung von 26 (Zivil-)Flughäfen der BRD und die Aufstellung einer Spezialtruppe der Bundeswehr zur Sicherung von 18 US-militärflughäfen in der BRD vor. **Der Umfang der vereinbarten Maßnahmen macht nur Sinn, wenn mit der BRD nicht bloß als Hinterland für imperialistische Unternehmen in der Dritten Welt, sondern zugleich auch direkt als Kriegsschauplatz gerechnet wird.**

10. **Die bisherigen Reaktionen in Großbritannien zeigen die Mobilisierbarkeit von Kriegshysterie und Chauvinismus in einem der Hauptländer des Imperialismus.** Die sozialdemokratische Labour Party hat sich mehrheitlich dem Kriegsrausch angeschlossen, einschließlich mancher sogenannter „linker" Sprecher der Partei. Proteste aus der Linken und aus der Friedensbewegung Großbritanniens sind kaum zu vernehmen. Die Stimmung ist mit dem alle Länder Europas heimsuchenden Wahnwitz zu Beginn des I. imperialistischen Weltkriegs zu vergleichen. Und dabei handelt es sich diesmal doch „nur" um einen weit entfernten Kolonialkrieg, der sich nicht auf die klassischen Argumente der Vaterlandsverteidigung (das eigene Land sei bedroht, die Grenzen müßten verteidigt werden etc.) stützen kann und für den sich noch nicht einmal die gängigen imperialistischen Angstmacher („Die Ölscheichs wollen uns den Hahn zudrehen" u.ä.) ins Feld führen lassen. **Das läßt für die mit Sicherheit kommenden größeren Konflikte der nächsten Jahre Schlimmes erwarten, nicht nur in Großbritannien.**

größeren Konflikte der nächsten Jahre Schlimmes erwarten, nicht nur in

Auch die westdeutsche Friedensbewegung hat gegen Großbritanniens südamerikanischen Kolonialkrieg bisher kaum Engagement entwickelt — Uwe Trieschmann: „die Friedensbewegung in der DDR" und die „Solidarität mit Solidarnosc" beanspruchten erheblich mehr Aufmerksamkeit. Dabei wäre der britische Kolonialkrieg, der von fast allen NATO-Ländern, einschließlich der BRD, zumindest moralisch unterstützt wird, eigentlich ein brennendes Thema für die Demonstration am 10.Juni in Bonn. **Überhaupt müßte, neben dem Thema „Nachrüstung", die beabsichtigte weltweite Ausdehnung der NATO-Aufgaben und damit die unmittelbare Vorbereitung weiterer Kolonialkriege das zentrale Thema am 10.6. in Bonn und in den kommenden Monaten für die Friedensbewegung werden. Sonst könnte am Ende wirklich jemand auf den bösen Gedanken kommen, uns gehe es nur darum, das Gebiet der BRD aus den kommenden Militärkonflikten herauszuhalten, also ums St.-Florians-Prinzip.**

Wählt Grün-Alternative Liste (GAL)

Fortsetzung von Seite 1

und 7 - 11% für die GAL. Der GAL käme also bei einer zukünftigen Regierungsbildung eine Schlüsselrolle zu.

Doch die Karten sind trotz Beteuerungen von verschiedenen Seiten bereits gemischtt: CDU und SPD buhlen gleichermaßen um die Gunst der FDP als Koalitionspartner und hoffen, daß diese ausreichend Stimmen erhält. Die FDP ihrerseits hat offen erklärt, daß sie mit beiden zusammengehen würde, wenn dadurch eine mehrheitsfähige Regierung zustandekäme. Die einstmals linksliberale Hamburger FDP mit ihrem Aushängeschild Helga Schuchardt driftet zunehmend auf Lambsdorff-Kurs ab. Reicht es mit der FDP nicht, hat die SPD erklärt, daß sie unter allen Umständen als Minderheitssenat weiterregieren werde. Eine Zusammenarbeit mit der GAL wurde von Dohnanyi, vom SPD-Vorsitzenden König und anderen SPD-Rechten kategorisch abgelehnt.

Was aber heißt SPD-Minderheitssenat konkret? Nach Hamburgischer Verfassung ist der Senat „ewig", das bedeutet, er kann nur durch eine Mehrheit abgewählt werden, die in diesem Fall nur von der CDU und GAL kommen könnte. Gültig wäre diese Abwahl aber nur, wenn gleichzeitig ein neuer Bürgermeister gewählt würde, worauf sich CDU und GAL bestimmt nicht einigen könnten. In dieser Situation würde die SPD als Minderheit weiterregieren und müßte sich von Fall zu Fall bei wichtigen Entscheidungen jeweils eine Mehrheit besorgen (solche wichtigen Entscheidungen sind z.B.: Neuwahl von Senatoren, was in Hamburg zumindest für den eben ausgeschiedenen Finanzsenator nach dem 6. Juni anstünde, sowie Haushaltsentscheidungen). Wo sollten also die Stimmen in einem solchen Fall herkommen? Natürlich von der CDU! Alle Dementis können nicht an der Tatsache vorbeisteuern, daß hier mehr oder weniger offen eine de facto-Koalition mit der CDU vorbereitet wird.

Für die Bonner SPD/FDP-Regierung ist die Hamburger Entwicklung sehr problematisch: Kommt in Hamburg keine sozialliberale Regierung zustande, stattdessen aber eine, wenn auch nur verdeckte, Große Koalition, dann hat man zwar zunächst einmal die Zweidrittel-Mehrheit der CDU im Bundesrat verhindert (wohl bis zur Hessen-Wahl), gleichzeitig aber ein Signal zum Koalitionswechsel Richtung FDP/CDU gegeben. Denn was sollte die FDP angesichts einer Großen Koalition in Hamburg noch daran hindern, den von Teilen der FDP jetzt schon befürworteten Koalitionswechsel zur CDU vorzunehmen? Läßt es das Wahlergebnis zu (d.h.: schafft die FDP 5%), so ist für Hamburg auch eine Allparteienkoalition aus SPD-CDU-FDP denkbar. Die CDU ihrerseits braucht keine formelle Große Koalition mit der SPD einzugehen, d.h. keine Regierungsposten zu übernehmen, sondern könnte die SPD über Absprachen unter Druck setzen. So stünde sie bei den möglicherweise 1983 anstehenden Neuwahlen (nämlich dann, wenn der neue Haushalt mit Mehrheit verabschiedet werden muß) gut da, wenn die Schuld für das Scheitern der Regierung allein der SPD anzulasten wäre.

Gegenüber dieser sich klar abzeichnenden Entwicklung verhält sich die SPD-Linke völlig hilflos oder schlichtweg abgehalftert. Ex-Bürgermeister Klose läßt sich als Integrationsfigur in den Wahlkampf schicken, um zum wohl vorläufig letzten mal den Versuch zu machen, die enttäuschten SPD-Wähler zur SPD-Wahl aufzurufen. Mit Ausnahme einer Erklärung der Jusos, unmittelbar nach der Wahl Koalitionsgespräche mit der GAL zu führen, schweigt die SPD-Linke beharrlich angesichts der drohenden Großen Koalition. Verdrängung des kaum zu Vermeidenden, schlichte Ignoranz oder der Endpunkt der Verkommenheit (lieber eine SPD/CDU-Regierung, als eine CDU-Alleinregierung) scheinen hier vorzuherrschnen. Die bittere Erkenntnis wird wohl erst am Wahlabend vorgenommen werden, wenn Dohnanyi, ganz Staatsmann, vor die Kameras tritt und die „Solidarität der Demokraten" beschwören wird.

Über informelle Kontakte zwischen GAL und SPD-Linken hinaus haben sich letztere bislang als zu feige erwiesen, offen gegen den weiteren Rechtsruck ihrer Partei Stellung zu nehmen. Wenn denn schon nicht der Mut zur offenen Auseinandersetzung in der eigenen Partei da ist, müßte die SPD-Linke, meint sie ihre eigenen Ziele ernst, wenigstens ein Interesse daran haben, daß es eine starke GAL-Fraktion in der nächsten Bürgerschaft gibt, denn allein die GAL garantiert, daß es eine Opposition in der nächsten Bürgerschaft gibt.

Alternative: Die GAL!

Die Bedeutung der Hamburger GAL liegt nicht nur in ihrem fortschrittlichen, alternativen Programm begründet. Sie liegt auch darin, daß es trotz großer Schwierigkeiten gelungen ist, eine Spaltung der Wahlbewegung wie in Hessen und einen schädlichen Alleinvertretungsanspruch der Grünen zu verhindern, was in Verbindung mit einem hoffentlich guten Wahlergebnis ein positives Signal für die bundesweite Entwicklung der alternativen Wahlbewegung setzen könnte.

Die GAL hat ein umfangreiches alternatives Programm für die Bürgerschaftswahlen vorgelegt, das vor allem in den Bereichen der Friedenspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Ausländerpolitik, des Kampfes um demokratische Rechte und der antifaschistischen Verpflichtung sowie in der Frauenpolitik unsere Unterstützung verdient. Sie hat sich zu demokratischer Kontrolle und Basisanbindung ihrer Abgeordneten (imperatives Mandat) verpflichtet und neben der Darstellung ihrer grundsätzlichen Alternativen zu den etablierten Parteien ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD-Linken erklärt, wenn diese dafür ficht, daß in der SPD eine Kurskorrektur nach links vorgenommen wird. Für einen solchen Fall hat die GAL einen Forderungskatalog vor der Wahl verabschiedet, der nach der Wahl auch Verhandlungsgrundlage für Gespräche um die Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats sein könnte.

Deshalb rufen wir dazu auf:
— Wählt GAL — Liste 6!

ÖDP: Gegen Ausländer, für mehr Polizei

Baldur Springmann und Herbert Gruhl, prominente Mitgründer der Grünen Partei, haben jetzt ihre eigene Partei, die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei). An Mut zum Risiko und zur Lächerlichkeit fehlt es nicht: Der Hamburger Landesverband (nach eigenen Angaben 58 Mitglieder) der ÖDP kandidiert zu den Bürgerschaftswahlen im Juni. Er knüpft damit direkt an seine Vorgängerin, die stark rechtslastige GLU, an: Die GLU hatte zu den Bürgerschaftswahlen 1978 in Konkurrenz zur Bunten Liste kandidiert und immerhin 1 % der Stimmen abbekommen. Die Hamburger ÖDP setzt personell und inhaltlich das Werk der alten GLU fort, in deren Reihen auch Kader der rechtsradikalen „Solidaristen" aktiv waren. Abgesehen von einigen klassischen ökologischen Forderungen, die, von der GAL klarer und konsequenter vertreten werden, stellen die *„Wahlaussagen"* der Hamburger ÖDP ein Sammelsurium aus den Forderungen der CDU und der HLA dar.

Glatt von der CDU abgeschrieben ist der Programmpunkt: **„Mehr Sicherheit für Leben, Gesundheit und Eigentum des Bürgers durch Dezentralisation der Polizeiwachen, verbesserten Streifendienst und Reiterstaffeln in Naherholungsgebieten".** (Die Hamburger Polizei hat ihre Gäule vor mehreren Jahren eingemottet. Seither fordert die CDU beharrlich, die Polizei wieder aufs Pferd zu setzen. Angeblich wegen der Sicherheit in den Park-Wäldern, vermutlich aber auch mit Blick auf die Demonstranten-Bekämpfung.)

Von der HLA übernommen ist der ÖDP-Programmpunkt: **„Unterbindung des ungehinderten Zustroms und Aufenthalts von Scheinasylanten, Förderung der Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer".** (HLA-Originalton: *„Für Ausländer-Begrenzung – Für Förderung der Rückkehrbereitschaft – Für Verschärfung des Asylrechts".)*

In den „Wahlaussagen" der ÖDP wird als eine Folge der „Wachstumspolitik" beklagt, „wir" hätten *„in unser übervölkertes Land Millionen Gastarbeiter geholt und damit den Keim für zukünftige soziale Konflikte gelegt".* – Kaum noch ökologisch wird man es wohl auch nennen können, wenn die ÖDP als Argument anführt: dadurch würden *„gesunde heimische Arbeitsplätze"* zerstört, weil es sich bei den neuen **„vielfach um Betriebe ausländischer Konzerne mit hohem Gastarbeiteranteil"** handele. (Ein klassisches Bekenntnis zum „gesunden" deutschen Kapitalismus, der anscheinend weder Unsicherheit der Arbeitsplätze noch Umweltverschmutzung kennt.)

Wiederum von der CDU hat die ÖDP die Forderung abgeschrieben: **„Beseitigung aller in den vergangenen Jahren eingeführten bürokratischen Hemmnisse für die Einrichtung von Ausbildungsplätzen".** Gemeint ist damit, daß an dem Mangel an Ausbildungsstellen der „Sozialstaat" schuld sei, der die Kapitalisten „bevormundet". Gemeint ist, daß bei Fortfall formaler Schranken die Lust der Kapitalisten zur Lehrlings-Ausbeutung wachsen würde.

Ein klassisches Anliegen der CDU hat die ÖDP mit der Forderung nach **„drastischer Senkung der Staatsverschuldung"** aufgenommen. Da die ÖDP weder zur Einnahmen-Seite noch zur Ausgaben-Seite irgendwelche Vorschläge macht, darf man getrost annehmen, daß hier – wie bei der CDU – einer **Sanierung des Staatshaushalts auf Kosten der Sozialausgaben** das Wort geredet wird. (Zum gesamten Bereich der Sozialausgaben, die schon heute in Hamburg wie anderswo einer massiven „Sparpolitik" unterworfen sind, enthalten die Wahlaussagen der ÖDP kein Wort.)

Weitere Forderungen sind: *„familiengerechte Wohnungspolitik"* (in Verbindung mit der nicht näher ausgeführten These, die Wohnungsnot sei bloß eine „Behauptung" der etablierten Parteien und der Neuen Heimat), *„energische Drogenbekämpfung"* (hierzu mochte die ÖDP leider konkret nur das Verbot der Werbung für Tabak- und Alkoholerzeugnisse nennen) sowie *„Förderung mittelständischer Strukturen und besonders des Handwerks".*

Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen präsentiert sich die ÖDP ganz als reaktionäre Mittelstandspartei mit einigen „grünen" Zutaten – also genau das, was von manchen linken Grünen allzu lange beschönigend als „Wertkonservativismus" toleriert wurde. Die zentralen Forderungen der ÖDP (gegen Ausländer und „Scheinasylanten", für mehr „bürgernahe" Polizei, ebenso wie ihre ökologischen Forderungen) sind jede für sich nicht einmal unpopulär. Nur ist das ganze Programm bereits von anderen Parteien abgedeckt. Zumindest in einer Großstadt wie Hamburg besteht für die ÖDP keine Lücke mehr. Wenn dieser Verein mehr als 0,1 - 0,2 % bekäme, wäre das erstaunlich. – Nicht ganz so erstaunlich, aber doch sehr unschön ist die Tatsache, daß sich Heinz Brandt als Veranstaltungsredner für den ÖDP-Wahlkampf einspannen läßt. Zumindest die ausländerfeindlichen Töne der ÖDP hätten einen Mann wie Heinz Brandt doch eigentlich eher abschrecken müssen?!...

Rechts-Staat und Klassenjustiz

Fortsetzung von Seite 1

Den Staatsapparat interessierte dies nicht, denn er besteht auf dem Gewaltmonopol und jede Gegenwehr ist Landfriedensbruch, jedes Wehren gegen Handlanger des Staates Körperverletzung oder gar Mordversuch. Schließlich wurde aufgrund der nachgewiesenen Umstände die Anklage von „Mordversuch" in „versuchten Totschlag" geändert, als auch dies nicht zu halten war, in Körperverletzung. Das Strafmaß stand aber damit schon fest.

Auf Beweise, die auch noch dem Prinzip „im Zweifel für den Angeklagten" standhalten könnten, wurde verzichtet. Michael Duffke wurde aufgrund eines Photos verurteilt, auf dem ihn ein „Fachmann" identifiziert haben will, der die Methode seiner Arbeit nicht mitteilen konnte oder wollte und somit der Verteidigung die Möglichkeit nahm, sachliche Zweifel anzubringen bzw. Gegenbeweise anzutreten. Für das Gericht reichte es. Markus Mohr wurde verurteilt, weil er vor der Demo einen Spaten gekauft hatte, der später nicht mehr zu finden war, was selbstverständlich vom Gericht als Beweismittelvernichtung gewertet wurde. Weiterhin wurde die Aussage einer Frau aus einem Polizeiverhör herangezogen, die sie vor Gericht widerrief. Sie gab vor Gericht an, sie sei im Polizeiverhör psychisch unter Druck gesetzt worden, sie sei durch Fragetechniken in ihren Aussagen in eine bestimmte Richtung gedrängt worden, was sich auch im Protokoll niederschlüge. Das Gericht wertete dies als „unglaubwürdig" und damit im „Zweifel" gegen den Angeklagten.

Eine der widerwärtigsten Rollen spielte in diesem Prozeß, neben dem Vorsitzenden Richter Selbmann selbst, der geladene psychologische Gutachter. Obwohl er niemals mit Michael Duffke gesprochen hatte, bescheinigte er ihm allein aufgrund von Beobachtungen im Gerichtssaal *„querulantische Züge bis hin zum Fanatismus, dissoziales Verhalten"* u.a.m. Der Staatsanwalt konnte daraus ohne weiteres schließen: *„Die Tat paßt zu dem Angeklagten."*. Das reichte dem Gericht.

Schon oft ist gesagt worden: es hätte jeden treffen können. Und gerade hier trifft es mehr denn je zu. Mit dieser Art des Gerichtsverfahrens, der Beweisführung und des psychologischen Gutachtens hätte tatsächlich (fast) jeder engagierte AKW-Gegner zum Täter gemacht werden können.

Fünfeinhalb bzw. drei Jahre Knast haben eine zerstörerische Kraft auf das Leben zweier AKW-Gegner. Der Staat will diese Zerstörung, um ein Exempel zu statuieren. Der Richter hat sich mit der Urteilsverkündung noch einmal als besonders reaktionäres Exemplar dieser Gattung herausgestellt. Die Forderung des Staatsanwalts nach zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung für Markus Mohr reichten ihm nicht, er verhängte drei Jahre ohne Bewährung. Alle Prozeßbeoachter hatten erwartet, daß Markus den Gerichtssaal frei verlassen könnte, aber er wurde sofort verhaftet und in den Knast gebracht. Die Höhe dieser Strafen mißt sich an Verurteilungen für Schwerstkriminalität. Drei Jahre Jugendstrafe ist ein Maß für Tötungsdelikte (Höchststrafe bei Jugendlichen zehn Jahre). Und fünfeinhalb Jahre Gefängnis sitzen die meisten hunderttausendfachen KZ-Mörder nicht ab.

Richter Selbmann will mit diesem Urteil die Anarchie verhindern, wie er in der Urteilsbegründung hervorhob. Neben Erschrecken, Empörung und ohnmächtiger Wut hat er aber auch eines erreicht: Der Glaube in den Rechtsstaat ist auch bei Menschen erschüttert worden, die diesen bisher noch gehabt haben.

Gegen Reagan und NATO — auf nach Bonn!

Rund 1200 Organisationen und Gruppen haben bis Mitte Mai den Aufruf zum 10.6. unterschrieben. Damit ist schon die Zahl der Unterstützergruppen vom 10.10. vergangenen Jahres übertroffen worden. An zahlreichen Orten haben sich Bündnisse gebildet, die gemeinsam zum 10.6. mobilisieren und die auch örtliche Demonstrationen am 5.6. vorbereiten. Die Angabe der Organisatoren, die mit 150.000 Demonstranten am 10.6. rechnen, kann man schon heute als eine eher vorsichtige Schätzung betrachten

Die Konferenz der Landesschülervertretungen hat in einem Offenen Brief an die Kultusministerkonferenz gefordert, daß Friedensfragen, speziell die UNO-Abrüstungskonferenz, in der Vorwoche überall an den Schulen zum Thema gemacht werden und daß am 10.6. allen Lehrern und Schülern eine Teilnahme an der Demonstation ermöglicht werden soll — auch in den Bundesländern, wo an diesem Tag kein gesetzlicher Feiertag ist.

Die breite Unterstützung dieser Aktion hat soviel schon erreicht: Der Versuch, gar keine Demonstration in Bonn zuzulassen, ist gescheitert. Kräfte, die keine Demonstration in Bonn wollten, halten sich zumindest zurück.

Der Vorstoß von Bahro und anderen grünen Kräften, im Vorfeld der Aktion eine Spaltung der Friedensbewegung herbeizuführen, ist ebenfalls nicht durchgekommen.

Allerdings hält die Diskussion um diese Fragen an, und wird sicherlich nach der Aktion verstärkt geführt werden müssen.

Die Demonstration selbst soll nach wie vor durch Schikanen der Behörden behindert werden. Nachdem die Bundesbahn sich anfangs durch politische Preise für die Demonstranten zu sanieren versuchte, ist immer noch unklar, ob die Demonstranten überall in Bonn (links und rechts des Rheins) anreisen dürfen (tun werden sie dies ja in jedem Fall). Die Polizei hat ihre Zusage, daß auch links des Rheins demonstriert werden darf, wieder in Frage gestellt. Zudem hat sie schikanöse Auflagen für die Demonstration verordnet, deren Einhaltung sie zur Bedingung der Genehmigung machen will.

Was die Polizei „erlaubt"

Nachdem schon am 19.4. mit der Polizei vereinbart war, daß im Hbf, Bonn-Oberkassel und Beul auch vor 11 Uhr Züge anreisen könnten, zog die Polizei unmittelbar nach der Übereinkunft mit der Bundesbahn ihre Zusage zurück: Jetzt sollen die Sonderzüge erst n a c h 11 Uhr und auch nicht mehr im Hbf eintreffen dürfen. Die Koordination machte in ihrer Presseerklärung dazu (vom 14.5.) darauf aufmerksam, daß dann in entsprechender Anzahl PKWs anreisen werden. Es ist auch aus den anderen Auflagen der Polizei ersichtlich, daß sie die Demonstranten (und nicht nur wegen der Prozessionen, die nur als Vorwand dienen) auf die rechte Rheinseite (jenseits des „Sicherheitsbereiches" abschieben will.

Ursprünglich sollte die Demonstration an vier Punkten um 12 Uhr (nach den Prozessionen) beginnen. Aus der Innenstadt sollten die Demonstranten sämtlichst mit Hilfe der Demo-Ordner in Nahverkehrszügen auf die rechte Rheinseite gebracht werden.

Inzwischen ist zwar ein Aufmarschplatz (linksrheinisch) genehmigt worden; allerdings sollen nach wie vor sämtliche von auswärts Anreisende von dort aus auf die rechte Rheinseite gefahren werden. Erst nach 11 Uhr soll sich am Hauptbahnhof versammelt werden können.

Hinzu kommen noch folgende Auflagen: Alle PKWs und Busse sollen in Beul (rechts des Rheins) geparkt werden. Lautsprecherwagen sollen verboten sein. Niemand darf auf Transparenten und mit Sprechchören „beleidigt" werden. Die Transparentstangen müsse dem Polizeieinheitsmaß (2 Meter lang, 2 cm dick) entsprechen.

„Tarnmittel" und was sonst so noch als „Waffen" zählt, sind verboten. Es sollen Demo-Blöcke zu je 100 Metern gebildet werden.

Der Hammer bei der ganzen Geschichte ist,daß die Polizei diese Genehmigung per „sofortiger Verfügung" erlassen hat. Nur bei Einhaltung dieser Auflagen sei die „Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" zu gewährleisten; deshalb könne ein Widerspruch der Organisatoren auch keine aufschiebende Wirkung haben.

Das Bündis wird nun zu beraten haben, wie es mit diesen Demonstrationseinschränkungen umgehen will.

Das Milliardenloch der Bundesbahn

Noch im Februar hatte das Kabinett der Bundesbahn die Weisung erteilt, möglichst gar keine Züge zum 10.6. zur Verfügung zu stellen. Nachdem ein

Noch im Februar hatte das Kabinett der Bundesbahn die Weisung erteilt, möglichst gar keine Züge zum 10.6. zur Verfügung zu stellen. Nachdem ein

Übereinkommen der mit Polizei über die Demonstration in Sicht war, bot die Bundesbahn auch Züge für die Endbahnhöfe Bonn-Beul und Hauptbahnhof an. Gab es für den 10.10. noch 41 Sonderzüge der Bundesbahn, so bot sie jetzt nur 17 zu Wucherpreisen an. Besonders teuer sollte es für die Hamburger und Kieler werden, denen man jetzt 132,- (statt 35,-) und 148,- (statt 48,-) DM abknöpfen wollte; für Düsseldorfer sollte es 16,- statt 9,- DM kosten. Diesen Kurs konnte Bundesbahn allerdings nur in Verletzung ihrer Transportbestimmung verfolgen, denn immerhin hat sie der CDU großzügig 36 Züge verscherbelt, für Hamburg/Bonn will sie dafür nur 40,- DM haben. Großzügigerweise wird der CDU auch für den Nahverkehr in Bonn gleich Nulltarif gewährt, Busse mit Hostessen einschließlich Besichtigung des Parlaments stehen ebenfalls zur Verfügung.

Der Koordinationsausschuß gab dazu am 2.5. eine Presseerklärung mit dem Titel „Bundesbahn provoziert am Fronleichnam Verkehrschaos in Bonn" heraus. Darin wird festgestellt, daß die Bundesbahn dann auch die Verantwortung übernehmen müsse, wenn Bonn, einschließlich der Prozession, in einem Verkehrschaos ersticken würde, weil alle Demonstranten dann mit Bussen und PKWs kommen müßten. Dem Veranstalter liege nichts an einem solchen Chaos. Zu verhindern sei es aber nur, wenn auf derartige Wucherpreise verzichtet werde.

Am 13.5. begaben sich Vertreter des Bündnisses in Pressebegleitung ins Verkehrsministerium und erhielten dort folgende Zusage: Es werden Preise nach dem Vorbild des 10.10. bzw. der CDU-Kundgebung gewährt, es seien auch mehr Züge möglich. Die Veranstalter erklärten, daß sie hofften, daß noch eine „sinnvolle Gestaltung der Anreise" möglich werde. Immerhin fingen die Preise an runterzurutschen, doch nun war wieder die Polizei am Zug.

[redacted]

Die polnische Friedensbewegung meldet sich zu Wort

Solidarität mit den Friedensbewegungen der DDR, Polens und Afghanistans ist das Gebot der Stunde. W o m i t sich mensch da eigentlich k o n k r e t solidarisieren soll, ist Nebensache.

Die polnische Friedensbewegung hat sich dieser Tage mit einem die Blocklogik sprengenden Appell „gegen den sowjetischen Imperialismus" zu Wort gemeldet. Der Text ist abgedruckt in der „Welt" vom 28.4.82. Unterschrieben haben den Appell u.a. R. Batory (Spitzenfunktionär von Solidarnosc, z.Z. BRD), Leszek Kolakowski (KOR; Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1977) sowie zwei weitere Vertreter des KOR. Kontaktstelle der polnischen Friedensfreunde ist die CDU-nahe Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt.

In dem Aufruf äußert die polnische Friedensbewegung ihre „Beunruhigung" über die *„Tätigkeit mancher deutscher Politiker, die die Gewalt, welche auf Anweisung Moskaus gegen das wehrlose polnische Volk angewendet wird, herunterzuspielen versuchen"*. Aufgrund kurzsichtiger wirtschaftlicher Interessen seien diese Politiker *„unempfindlich für die Tatsache, daß ein passives Hinnehmen dieser weiteren sowjetischen Aggressionen auch den Westen ganz unmittelbar bedroht. Das Gespenst eines 'Neutralismuß', einer stufenweisen Unterwerfung, kreist über West-Europa"*. Stattdessen ruft die polnische Friedensbewegung dazu auf, *„gegenüber dem sowjetischen Imperialismus und seinen Warschauer Vertretern gemeinsam (zu) handeln"*.

Konkret wenden sich die polnischen Friedensfreunde gegen *„alle direkten und indirekten Kredite für die Regierung in Warschau und Moskau"*. Außerdem wird von der Bundesregierung gefordert, *„aus politischer Vernunft"* das Erdgas-Geschäft mit der Sowjetunion zu annullieren. *„Die immer engere wirtschaftliche Zusammenarbeit"* der BRD mit der Sowjetunion sei *„langfristig gesehen selbstmörderisch"*. *„Auch das Erdgas-Röhrengeschäft trägt zur wirtschaftlichen Aufrüstung der UdSSR bei und könnte sich außerdem als Werkzeug der Erpressung erweisen bzw. Westeuropas politische Selbstständigkeit gefährden. Diese Gefahr bedroht uns alle gemeinsam"*.

Man wird die polnischen Friedensfreunde vermutlich nicht mißverstehen, wenn man ihren Appell in der Parole zusammenfaßt: **„Macht Erdgas-Röhren zu Schwertern!"**

freunde vermutlich nicht mißverstehen, wenn man ihren Appell in der Parole zusammenfaßt: „Macht Erdgas-Röhren zu Schwertern!"

Die Grünen und die Anti-Reagan-Demo

Nach dem spektakulären Auftritt von Teilen des grünen Bundesvorstandes auf der Bonner Vorbereitungskonferenz am 4.4. hält die Diskussion über den weiteren Kurs innerhalb der Grünen an. Nur eine Minderheit im Bundeshauptausschuß der Grünen trat für die Unterzeichnung des Aufrufes ein, die Mehrheit hat dies abgelehnt. Allerdings gibt es auch bei der Mehrheit deutliche Unterschiede. Ein Teil (z.B. Lukas Beckmann, Petra Kelly, u.a.) tritt für eine aktive Mitarbeit im Bündnis ein, ein anderer Teil legt vollkommen einseitig das Hauptgewicht darauf, jetzt *„neue Bündniskonstellationen"* (unter Ausschaltung *„der DKP und ihrer Subsysteme"*) anzustreben (die Zitate stammen von Uli Tost und Ernst Hopplitscheck auf der Pressekonferenz der Grünen vom 5.4. in Bonn). Daß es ihnen aber um Spaltung der Friedensbewebung geht, wollten die Grünen abstreiten, obwohl ja inzwischen bekannt ist, daß sich Bahro an den Grünen Tisch auf der Bonner Konferenz gleich mit den Worten gesetzt hatte: „Die Sache heute, die spalten wir" (laut einem Vorstandspapier). Im weiteren gab es dann noch einiges Hin und Her in grünen Kreisen: Am 17./18. gab es im Bundesvorstand nur eine Stimme für Unterzeichnung (Klaus Timpe), vier stimmten für die Unterzeichnung mit Zusatz, sieben wollten eine Entscheidung erst auf dem BHA am 9./10.5. treffen. Darauf leitete Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann per Rundschreiben eine Abstim-

zeichnung mit Zusatz, sieben wollten eine Entscheidung erst auf dem BHA am 9./10.5. treffen. Darauf leitete Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann per Rundschreiben eine Abstim-

mung innerhalb der Grünen ein, um eine schnellere Entscheidung getroffen zu haben. Immerhin war man im Koordinationsausschuß im Wort, bis Anfang Mai über die Trägerschaft von Demo und Aufruf eine Entscheidung herbeizuführen. E. Hoppitscheck kritisierte diese „Privatpolitik" Beckmanns, der „bezahlter Angestellter" und somit bloß „Exekutor" grüner Beschlüsse sei. Es kam dann doch zu einem vorgezogenen BHA im April (am 24./25.4.). Mit 27:11:1 wurde eine Unterschrift unter den Aufruf abgelehnt. Bei sieben Gegenstimmen wurde erklärt, daß die Grünen den Aufruf nur in Zusammenhang mit ihrer Zusatzerklärung verbreiten würden. Dem Koordinationsausschuß wurde mitgeteit, daß die Grünen den Aufruf vom 4.4. unterzeichnen, aber ihre „Präambel"für sie gleichzeitig „politischer Bestandteil des Aufrufs" sei. Als Lukas Beckmann am 26.4. im Bündnis erklärte, daß die Unterschrift der Grünen somit auch unter dem gemeinsam verbreiteten Aufruf stehe, schien alles gelaufen. Einen Tag später sah es schon wieder anders aus: Ohne daß dies dem Bündnis vorher bekannt gemacht worden wäre, leiteten die Grünen eine Unterschriftenkampagne für ihren Text ein. Jo Leinen für den BBU, Eva Quistorp für Frauen für den Frieden und der „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa" (Steinke) gehörten zu den Erstunterzeichnern. Als Jo Leinen dies ausgerechnet auf einer Pressekonferenz des gesamten Bündnisses mitteilte, platzte der ESG der Kragen: Sie drohte mit ihrem Ausstieg aus dem Bündnis. Der Text wird jetzt nur im Namen der Grünen verbreitet. Außerdem verbreiten die Grünen eine Erklärung von Petra Kelly und Gerd Bastian und sammeln darunter Unterschriften. Mit dieser Erklärung wird gefordert, die Vereinbarung der Bonner Konferenz im Sinne der grünen Vorstellungen im Nachhinein umzustoßen. Das wurde in einer Antwort vom Koordinationsausschuß natürlich abgelehnt — trotzdem: Die Grünen sammeln weiter Unterschriften, ohne die Antwort bisher zu erwähnen.

Nach der letzten BHA-Ausschuß-Sitzung wollen die Grünen nur dann ihre Unterschrift unter den gemeinsamen Aufruf setzen, wenn dahinter steht: *„nur im Zusammenhang mit ihrer Präambel 'Schwerter zu Pflugscharen' "*. Die Mehrheit für eine „Unterschrift" des Aufrufes in dieser Form kam nur zustande, weil auch die Befürworter einer Unterstützung des Aufrufes dafür stimmten. Unterschrieben haben den Aufruf hingegen der Hamburger Landesverband, die Kreisverbände Breisgau, Emden, Göttingen, Münster und Oberharz.

Stellungnahmen aus den Reihen der Grünen

Der Kelly—Bastian-Brief
Dieser Brief möchte folgende Forderungen als „Ergänzung" zum Godesberger Aufruf aufgenommen haben:
a) Die Demo richte sich zwar vorrangig gegen die „Nachrüstung", sei aber *„keine Anti-Reagan-Demonstration, sondern eine Pro-Abrüstungs-Demonstration"*.
b) Die Demonstration müsse *„im Zeichen der a k t i v e n Gewaltfreiheit stehen"*.
c/d) Es wird die ausdrückliche Solidarität mit der „DDR-Friedensbewegung" gefordert und sich für eine

chen der a k t i v e n Gewaltfreiheit stehen".
c/d) Es wird die ausdrückliche Solidarität mit der „DDR-Friedensbewegung" gefordert und sich für eine

„blockübergreifende Friedensbewegung" gegen die beiden Militärblöcke eingesetzt.
e) Es wird eine Stellungnahme gegen die Atomenergiewirtschaft in Ost- und West gefordert, weil zivile Reaktoren nicht von Atombomben zu trennen seien.

Während sich die letzten Punkte gegen die DKP richten, fordern die ersten beiden eine eindeutige Abgrenzung von linken Kräften, ebenso der Punkt d), sofern unter „blockübergreifender Friedensbewegung" verstanden werden soll, die SU in gleichem Maß für die Planung eines Atomkrieges wie die USA verantwortlich zu machen, was letztlich zur Abschwächung der Front gegen die NATO benutzt wird.

Die Geschäftsführung der Demonstration verweist in ihrem Anwort-Brief sehr freundlich darauf, daß ihre Grundlage die Beschlüsse vom 4.4. sind, ohne zu erwähnen, daß es schon ein starkes, kaum demokratisches Stück von den Grünen ist, dies nachträglich noch umzustoßen zu wollen. (Der Zusatztext der Grünen zu dem Aufruf spricht im wesentlichen dieselben Punkte an).

Landesvorstand Niedersachsen:
Der Landesvorstand erklärt seine Unterstützung für den grünen BuVo. Die angezettelte Diskussion werde nicht zu einer „Aufsplitterung", sondern zur „Stärkung" der Friedensbewegung führen; eine *„Einheitsheuchelei mit der zu Lernprozessen unfähigen DKP... darf es in der Friedensbewegung nicht mehr geben."* (Landes-Rundbrief 7/82).

Manon Maren-Giesbach (Mitglied im BuVo):
Sie sei zwar nicht mit auf der Konferenz gewesen, schreibt sie im Rundbrief der Grünen Niedersachsens (7/82), aber nach den *„Erzählungen Verschiedener"* erscheine der *„Abgrenzungsschritt doch richtig"*, auch wenn sie Kritik an Fomulierungen der grünen Pressekonferenz habe: Zur DDR-Friedensbewegung habe die Konferenz ein „Denkverbot" verhängt; es sei kein „Bekenntnis" zur Gewaltfreiheit im Aufruf unterzubringen gewesen; die Verschiebung des persönlichen Beitrags von Petra Kelly sei *„Unterdrückung von politischen Meinungen"*.

KV Emden
In mehreren Erklärungen hat der KV gegen das Vorgehen des BuVo in scharfer Form protestiert: es sei bisher „Privileg" der Reaktionäre gewesen, die Friedensbewegung als „kommunistisch gesteuert" hinzustellen; bis zum 4.4. habe der Vorstand den Aufrufentwurf mitgetragen, heißt es in einer Presseerklärung vom 8.4. In einem Rundschreiben an die niedersächsischen Kreisverbände (Rundbrief 8/82) heißt es, der BuVo „provoziere" mit seinem Verhalten eine „Spaltung" der Friedensbewegung, die auch *„den Beifall der NATO und des Mr. Reagan finden"* würde. *„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt"* seinen eine Abgrenzung von der DKP *„weder politisch notwendig, noch inhaltlich-sachlich geboten"*, zudem leite der BuVo mit diesem Kurs auch „die Spaltung der Grünen" ein. Der KV fragt, ob diese Kräfte dann *„Hansen und Coppik in die Arme"* getrieben werden sollen.

KV Göttingen
Mit eindeutiger Mehrheit stimmte auch der Göttinger KV für die Unterzeich-

werden sollen.

KV Göttingen
Mit eindeutiger Mehrheit stimmte auch der Göttinger KV für die Unterzeich-

nung des Bonner Aufrufes. Eine Mehrheit von Stimmen (23:20) erklärte zudem (auf Antrag des Vorstands), daß die Aussagen zu Polen und Afghanistan anläßlich eines NATO-Gipfels „hinreichend" seien; das Vorgehen des BuVo sei in zweierlei Hinsicht *„desorientiernd"*: Es lenke ab von der Tatsache, daß es Aufgabe sei, *„gegen die Aufrüstungsbestrebungen des eigenen Blocks vorzugehen"*, und daß es die NATO sei, die mit *„ihrer Vorrüstungs- und Erstschlagspolitik den Rüstungswettlauf"* beschleunige. Die Anklage der Dominanz der DKP auf der Konferenz werde von anderen nicht geteilt. Wenn man der DKP *„zu Recht Einäugigkeit"* vorwerfen müsse, sei dies doch „kein Grund", ihre Beteiligung *„zum Grund der eigenen Abgrenzung zu machen"*. Wenn dies zum Anlaß einer Spaltung genommen werde, sehe das *„eher nach einem prinzipiellen Abgrenzungsversuch"* als nach Auseinandersetzung aus.

LV Hamburg
Der LV erklärt in einer vierseitigen Stellungnahme (vom 24.4.) die Zustimmung zu vielen Kritikpunkten von Petra Kelly. Allerdings sei der Anlaß, um den es ging, nämlich eine Demonstration gegen den NATO-Gipfel, dafür *„nicht besonders geeignet"*. Bahro sei es in Bonn offenbar um den *„Vollzug eines öffentlichwirksamen Bruchs"* gegangen, statt um eine „kritische Debatte der Streitfragen". Dies schien auch von *„anderen Sprechern in der Bundespartei vertreten zu werden"*. Das *„dumme Wort"* von E. Hopplitscheck von der „DKP und ihren Subsystemen" sei *„von der Presse auch sehr willkommen in die herrschenden Klischees ... eingepaßt"* worden. Zudem hätten Uli Tost und Hopplitscheck vom „qualitativ neuen Bündnis" bzw. „neuen Bündniskonstellationen" als Quintessenz der Konferenz gesprochen. Weiterhin wird an die Strafanzeige der Grünen erinnert, in der „nach-

[redacted]

gewiesen" werde, daß die „Nachrüstung" auch im „Rahmen der Blocklogik" nicht zur Verteidigung, sondern zum *„Erreichen der Fähigkeit,... einen Entwaffnungsschlag gegen die Sowjetunion führen zu können"*, diene. Wenn diese Analyse richig sei, dann *„wäre eine Organisation in unserem Land selbst dann, wenn sie sich n u r von dem Interesse leiten ließe, die Sowjetunion gegen einen solchen möglichen Angriffskrieg zu schützen... ein Partner und Bestandteil der Friedensbewegung unseres Landes in d i e s e m , a k t u e l l a b s o l u t v o r r n g i g e n Punkt"* (Sperrung im Original).

Ansonsten sei zu fragen, was die Grünen gehindert hätte, den Aufruf mitzutragen und zusätzlich *„eine eigene Stellungnahme in großer Auflage... zu verbreiten"*. So aber hätten die Grünen „Fronten aufgetürmt". Eine unbelastete Entscheidung sei für die Grünen nicht mehr möglich, nachdem öffentlich das Motto ausgegeben worden sei: *„Raus aus der Umklammerung der DKP — oder wieder rein?"*.

LV NRW
In einer Erklärung vom 6.4. „mißbilligte" der Landesvorstand das Vorgehen des Bundesvorstandes. Der Aufruf sei von den Grünen *„gegen den Widerstand der DKP"* miterarbeitet worden. Die Kritik gegen *„undemokratische Vorgehensweisen der DKP"* müsse anders geführt werden; so reflektiere die Unterstellung *„eher auf bürgerlichen Antikommunismus und dessen Subsysteme"*. Man forderte den BuVo auf, den Aufruf zu unterzeichnen und die Demo aktiv mitzugestalten. *„Alles andere halten wir jetzt für perspektivlos"*. Zudem habe man keine Lust, *„sich wie in der SPD für die oberen Ebenen entschuldigen zu müssen."*

Bonn am 10. Juni: „Internationalisierung der Friedensbewegung"

Die für den 10. Juni in Bonn geplante Demonstration ist nicht nur bei Teilen der bundesdeutschen, sondern auch der internationalen Friedensbewegung vorab auf Mißfallen gestoßen.

Am 1. und 2. März trafen sich, diesmal im niederländischen Oud-Poelgeest, zum dritten Male seit dem September vergangenen Jahres eine Reihe europäischer Friedensorganisationen (der sog. Kopenhagener Kreis). Eingeladen hatte der Interkerkelijk Vredesberaad (Interkirchlicher Friedensrat — IKV), die derzeit einflußreichste Kraft der Friedensbewegung in den Niederlanden und auch nicht einflußlos im internationalen Rahmen. Genauer gesagt: der IKV hatte eingeladen in Gestalt des „International Peace Coordination and Communication Center" (IPCC), Den Haag. Unter diesem Namen figuriert seit dem Herbst 1981 das internationale Büro des IKV, wenn es — laut eigener Darstellung — *„auf Ersuchen einer großen Anzahl europäischer Friedensbewegungen Aufgaben als Verbindungsbüro zwischen diesen Bewegungen übernimmt"* (IKV-Kernblad, Februar 1982).

Zur Konferenz in Oud-Poelgeest waren Vertreter von folgenden Organisationen geladen: von IKV (Niederlande), CND und END (Britannien), ASF/Aktion Sühnezeichen (BRD), der Nej-til-Atomwäben-Organisation aus Dänemark und Norwegen, CODENA (Frankreich), VAKA (Belgien), von Friedensgruppen aus Schweden, Finnland, Island, Italien, Griechenland und Spanien sowie *„natürlich ... auch wieder ein Beobachter namens der amerikanischen Friedensbewegungen"* (IKV-Kernblad, Februar 1982). Alle geladenen Organisationen kommen aus dem kirchlichen, bürgerlich-pazifistischen und sozialdemokratischen Teil der Friedensbewegung.

Neben Themen wie „Friedensbewegung nach Polen und Genf", „Strategie atomwaffenfreier Zonen in Europa" u.a. wurden die anstehenden Aktionen gegen die „Nachrüstung" behandelt.

Im Bericht von der Konferenz in Oud-Poelgeest (IKV-Kernblad, März 1982) wird die für den 6. Juni in London von der CND geplante Demonstration umfassend gewürdigt. Nach umfangreichen Ausführungen über die Friedenslager in Greenham Common und Molesworth heißt es dann: *„Das Datum 6. Juni wurde gewählt, um die Demonstration gleichzeitig auf den Beginn der zweiten Sondersitzung der UN für Entwaffnung in New York zu beziehen und den Besuch Reagans in London (7. Juni). Auch in den Niederlanden werden wir dieser Demonstration viel Aufmerksamkeit widmen. Und zwar, um so deutlich zu machen, daß der Widerstand gegen die Modernisierung noch immer international ist. Die Konzentration des Widerstands in Ländern wie Italien und England hat den mit den fortgeschrittenen Vorbereitungen zur Stationierung der Kreuzerraketen in diesen Ländern zu tun. Wenn es gelingt, die Stationierung in England und Italien (Comiso) zu verhindern, dann gelingt das auch im Rest von Europa."* Sodann folgen Ausführungen über Veranstaltungen in Comiso in den nächsten Monaten.

Die Mitteilung über das, was in Oud-Poelgeest über Reagans Visite in Bonn verhandelt wurde, fällt nach diesen Darlegungen so knapp wie befremdlich aus: *„Am 7. Juni gibt die gesamte Friedensbewegung eine Pressekonferenz in Bonn. Auf dieser Pressekonferenz, auf der auch viele amerikanische Journalisten anwesend sein werden, wird die Friedensbewegung eine Erklärung präsentieren über die amerikanische Verteidigungspolitik, die NATO-Modernisierung und die Ereignisse in Polen, der Türkei und Mittelamerika."* Der Spärlichkeit, mit der hier über Aktionen in Bonn geschrieben wird, entspricht durchaus die Großzügigkeit, mit der *„die gesamte Friedensbewegung"* gehandelt wird ...

Anti-Amerikanismus

Bei der Zusammenkunft in Oud-Poelgeest war doch ein wenig mehr zur Reagan-Show in Bonn gesagt worden, als den Lesern des IKV-Blattes mitgeteilt wurde. Die „Volkskrant" berichtet am 3.3. von einer anschließenden Pressekonferenz: Friedensorganisationen aus fünfzehn Ländern *„fürchten, daß eventuelle Demonstrationen beim Besuch des amerikanischen Präsidenten im Juni in Westeuropa zu sehr einen anti-amerikanischen Charakter haben werden. Die Friedensbewegung will verhindern, sich in Aktionen beim Besuch von Reagan von Wutausbrüchen gegen Amerika ‚provozieren' zu lassen."* Journalistenfantasie? Leider nicht: *„Das wurde bei einer zweitägigen Konferenz in Poelgeest abgesprochen ..."*.

Mient-Jan Faber, erster Sekretär des IKV, äußerte auf der Pressekonferenz, daß es zwar allen Grund gäbe, die amerikanische Politik anzugreifen, die europäische Friedensbewegung sich aber nicht von Amerika entfremden (?) dürfe: *„Die USA dürfen nicht in eine Isolierung gezwungen werden. Europa ist nicht damit gedient, die Sache auf die Spitze zu treiben."*

Weshalb denn auch laut Darstellung auf der Pressekonferenz die in Poelgeest versammelten Friedensorganisationen beschlossen, beim Reagan-Besuch *„(zu versuchen), die eigene Position zu verdeutlichen, um damit Abstand von anti-amerikanischen Provokationen zu nehmen"*, und zwar durch eine gemeinsame Erklärung, die *„am 9. oder 10. Juni"* (im IKV-Kernblad: *„am 7. Juni"*) vorgelegt werden soll.

Unter der Schlagzeile *„IKV will keine anti-amerikanische Aktion bei Reagans Reise in Europa"* berichtet das „NRC Handelsblad" am 4.3. von der Pressekonferenz. *„Die europäische Friedensbewegung"* werde Reagans Europa-Aufenthalt zum Anlaß *„großangelegter Demonstrationen"* nehmen, wolle *„jedoch verhindern, daß diese Kundgebungen in London und Bonn in antiamerikanische Aktionen entarten"*.

Getreulich hinterdrein hoppelt die „Bevrijding" (17.3.), die Zeitschrift der Pazifistisch-Sozialistischen Partei. Die *„wichtigste"* der Demonstrationen anläßlich des Reagan-Besuches werde *„die am 6. Juni in London"* sein. Und zu Bonn: *„Als Höhepunkt wird am 7./8. Juni* (noch'n neues Terminangebot — der Übersäzzer) *in Bonn, wenn Reagan sich dort aufhält, eine fundamentale Erklärung der westeuropäischen und amerikanischen Friedensgruppen herausgegeben werden."*

Anti-Krawallismus

Ein paar Wochen nach der Konferenz in Poelgeest, am 29.3., fand in Nijmegen eine Veranstaltung mit dem IKV statt, bei der u.a. über die „Internationalisierung der Friedensbewegung" referiert wurde. Sprecher war Wim Bartels, internationaler Sekretär des IKV wie des IPCC. Bartels berichtete ausführlich über die britische und italienische Bewegung gegen die „Nachrüstung" und die Demonstration am 6. Juni in London, verlor aber über die anstehenden Aktionen der Friedensbewegung im Nachbarland Bundesrepublik Deutschland (denen der IKV bei den letztjährigen Demonstrationen noch recht eng verbunden war) kein Wort. Auf eine Frage aus dem Publikum fiel ihm ein, daß in der BRD im Herbst (!) wieder Aktionen geplant seien.

Hinter den Kulissen wurde der internationale IKV-Sekretär, wie u.a. aus Kreisen der Soldatenbewegung verlautet, schon deutlicher: Die Teilnahme in London sei schon früher zugesagt, es sei auch bereits ein Schiff für die Überfahrt gechartert worden. Außerdem: Freunde aus der westdeutschen Friedensbewegung hätten vor Krawallen in Bonn, die zu verhindern sie sich nicht in der Lage sähen, gewarnt.

„Internationalisierung der Friedensbewegung"? Doch wohl eher: Sozialdemokratisierung ...!

Seit Mitte April wird jetzt vom IKV der Aufruf *„6. Juni — mitmachen in London!"* vertrieben. Hierin wird mitgeteilt, daß *„die westeuropäischen Friedensbewegungen, die in der sog. ‚Kopenhagengruppe' zusammenarbeiten, abgesprochen"* haben, daß sie *„als Gruppe einen eigenen Protest gegen die Politik, wie sie von der Regierung Reagan geführt wird, hören lassen wollen. Hierfür haben sie die Demonstration am 6. Juni in London ausgewählt."* Dieser Aufruf enthält auch den feinsinnigen Hinweis, das IKV-Sekretariat habe Fährboote nach Harwich reserviert, und zwar *„zusammen mit der Delfter Basisgruppe, die am 10. Oktober letzten Jahres den Friedenszug nach Bonn organisierte"*.

Tendenzwende?

Die Linie — sagen wir's mal nett — des „aktiven Verschweigens" der Bonner Demonstration durch den IKV ist bisher in den Niederlanden noch kaum durchbrochen.

Bei einer von rund 200 Frauen besuchten nationalen Konferenz der „Frauen gegen Atomwaffen" am 24.4. in Utrecht war — auch in der speziellen Arbeitsgruppe zur „internationalen Koordination" — von der Bonner Demonstration nichts bekannt. Bekanntgegeben wurde im Plenum, daß am 6. Juni in London eine Demonstration stattfindet, zu der die niederländische Friedensbewegung mobilisiert, und daß am 8.6. eine Pressekonferenz „der Friedensbewegung" in Bonn durchgeführt werde.

In Kreisen der autonomen Linken, u.a. der antimilitaristischen Aktionsgruppen „Onkruit", ist allerdings abgemachte Sache, daß Bonn der Ort ihres Protestes gegen „Nachrüstung", NATO und Reagan sein wird. Im südniederländischen Maastricht laufen seit einigen Wochen Bemühungen, für Busfahrten nach Bonn zu mobilisieren. Und in Nijmegen wurde am 12.5. von den Vertretern mehrerer örtlicher und nationaler Gruppierungen — u.a. „Stop der N-bom", Internationaler Kommunistenbond, Mittelamerika-, Anti-AKW-Gruppen — beschlossen, zumindest im Nijmegener Raum (einer alten Hochburg des Anti-AKW-Protestes) für eine angemessene Teilnahme in Bonn zu sorgen. Na also!

Niederlande-Kommission

Klimaumschwung in den USA

71 Prozent der US-Amerikaner — so ermittelten jüngst die „Washington Post" und die US-Fernsehgesellschaft ABC — sprechen sich für einen sofortigen Atomrüstungsstopp aus. Etablierte Friedensorganisationen wie SANE und das American Friends Service Committee (Quäker), aber auch die Ende der 70er Jahre von früheren Vietnamkriegsgegnern gegründete Organisation „Mobilisation for Survival" erhalten durch Reagans ehrgeiziges Aufrüstungsprogramm einen großen Zulauf. Über 11.000 Mitglieder zählt mittlerweile die Ärzteorganisation „Physicians for Social Responsibility", die vor allem aus medizinischer Sicht über Atomkriegsgefahren aufklärt. Breiter Protest auch unter den amerikanischen Jugendlichen: Die noch zu Carters Zeiten (Juli 1980) beschlossene amtliche Registrierung junger Amerikaner als Vorbereitung auf eine eventuelle Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde von 800.000 Registrierungspflichtigen ignoriert — trotz angedrohter Geldstrafen bis zu 10.000 Dollar bzw. fünf Jahren Knast.

Die Ursachen der Protestbewegung sind vielfältig: wachsendes Erschrecken über die markigen Erklärungen über „begrenzte Atomkriege", „atomare Warnschüsse", die „Gewinnbarkeit eines Atomkrieges" aus dem Weißen Haus; Widerstand gegen die Stationierungspläne der MX-Raketen (Mormonen in Utah/Nevada); die öffentlichen Debatten über Reagans neues Zivilschutzprogramm, das von vielen zu Recht als Vorbereitung auf einen Atomkrieg angesehen wird; Reagans aggressive El-Salvador-Politik (3) und nicht zuletzt die desolate wirtschaftliche und soziale Situation.

Die bedeutendste Initiative ist z.Z. die „Freeze Campaign", die ein beiderseitiges „Einfrieren" des atomaren Wettrüstens der USA und der Sowjetunion fordert. Über 1 Million Amerikaner haben mittlerweile ihren von verschiedensten Gruppen unterstützten Aufruf unterschrieben.

Für ein Moratorium sprachen sich 159 townmeetings (Städteversammlungen) im US-Bundesstaat Vermont aus (4). In elf Bundesstaaten haben sich beide Kammern der Staatsparlamente die Forderung zu eigen gemacht, darüber hinaus das Repräsentantenhaus von Kansas, der Senat von Kansas und die Staatsversammlung von New York. In verschiedenen Bundesstaaten sollen im November im Zusammenhang mit den Kongreßwahlen Volksabstimmungen zu dem Thema stattfinden. Über 750.000 Einwohner Kaliforniens — mehr als das Doppelte der notwendigen Zahl — haben sich mit ihren Unterschriften für ein Referendum eingesetzt. (5)

Was ist Freeze?

Der Aufruf der „Freeze Campaign" (8) knüpft an einer weitverbreiteten Furcht vor einem fortgesetzten atomaren Rüstungswettlauf u n d vor einseitigen Abrüstungsmaßnahmen an. *„Um die nationale und internationale Sicherheit zu erhöhen"*, wird von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gefordert, *„das atomare Wettrüsten (zu) beenden. Sie sollten sich über ein beiderseitiges Einfrieren hinsichtlich des Testens, der Herstellung und der Stationierung von Atomwaffen sowie von Raketen und Flugzeugen, die in erster Linie als atomare Trägersysteme vorgesehen sind, verständigen. Dies ist ein wesentlicher, überprüfbarer erster Schritt, das Risiko eines Atomkrieges zu vermindern und die atomaren Arsenale zu verringern."*

Zweifellos verhilft die Forderung nach einem b e i d e r s e i t i g e n Moratorium der „Freeze Campaign" bis weit in konservative Bevölkerungsschichten hinein zu großem Zuspruch. Nach Angaben von Mark Solomon, dem stellvertretenden Vorsitzenden des amerikanischen Friedensrats, sei die Kampagne bewußt so angelegt worden, um *„die von der Regierung geschürten Ängste vor einseitigen Abrüstungsmaßnahmen"* abzubauen. (9)

Der Verzicht auf die Forderung nach einseitigen Abrüstungsmaßnahmen könnte sich als wirksamer politischer Hebel für die bereits in großer Zahl in der Freeze-Kampagne mitwirkenden bürgerlichen Spitzenpolitiker erweisen, der Bewegung zu gegebener Zeit den Zahn zu ziehen. Bereits heute soll das ursprüngliche Bündnis, das mit der Vorbereitung einer nationalen Großdemonstration anläßlich der 2. UN-Abrüstungskonferenz am 12.6. in New York befaßt war, auseinandergebrochen sein: *„Auf der einen Seite stehen die kirchlichen Gruppen, etablierte Abrüstungsorganisationen wie ‚SANE' und die Umweltschützer, darunter ‚Greenpeace', und auf der anderen Seite bewegen sich militantere schwarze Gruppen und jene, die auch für eine einseitige Abrüstung votieren. Die letzteren wollen nicht hinnehmen, daß der Demonstrationsaufruf nichts zum Thema Dritte Welt sagt und zu El Salvador und dem Problem des Rassismus gleichermaßen schweigt."* (10)

Das Kreuz mit den Kirchen

Große Unterstützung erhält die Freeze-Kampagne von amerikanischen Kirchenleuten verschiedener Konfession. 133 der insgesamt 280 katholischen US-Bischöfe unterstützen inzwischen die Forderung nach einem Atomrüstungs-Moratorium. (11) 54 Bischöfe wurden Mitglied der Pax-Christi-Bewegung, während 29 Bischöfe eine Erklärung unterzeichneten, die bereits den Besitz von Atomwaffen als verwerflich bezeichnet.

Noch in den 50er Jahren hatte die katholische Kirche der USA den kalten Krieg gesegnet, und auch zu Zeiten des Vietnamkriegs zählte sie keineswegs zu den energischen Kritikern des US-Imperialismus. Der Sinneswandel ist wesentlich durch ureigne Erfahrungen mit dem von der US-Regierung gestützten Terrorregime in El Salvador eingetreten, dem u.a. auch der salvadorianische Erzbischof Romero und vier amerikanische Frauen, die für die Kirche arbeiteten, zum Opfer gefallen sind. (12)

In jüngster Zeit machten insbesondere der Bischof Leroy Matthiesen aus Amarillo (Texas), Erzbischof John Quinn aus San Francisco und der Erzbischof von Seattle, Raymond Hunthausen, von sich reden.

— Matthiesen forderte die Beschäftigten der Firma Pantex, wo der letzte Produktionsschritt für alle Atomsprengköpfe ausgeführt wird, dazu auf, sich einen neuen Job zu suchen.

— Erzbischof Hunthausen wurde durch Pläne aufgeschreckt, in der Nähe von Seattle die neuen Trident-U-Boote zu stationieren. Es sei moralisch gerechtfertigt, die Einkommenssteuern um die Hälfte (entsprechend dem Anteil der Rüstungsausgaben am Steueraufkommen) zu kürzen. Hunthausen selbst ging mit gutem Beispiel voran.

— Bischof Quinn gab den katholischen Krankenhäusern seiner Diözese den Rat, nicht bei den von der Regierung angeordneten Planspielen für die medizinische Versorgung im Falle eines Atomkriegs (14) mitzumachen.

Auf protestantischer Seite ist die Riverside Church (New York) hervorzuheben, die mit einem intensiven Vortrags- und Kursprogramm über Atomrüstung aufklärt und im Hinblick auf die im Juni tagende 2. UNO-Abrüstungskonferenz mobilisiert. Für die Unterstützung von Freeze sprach sich auch der Nationale Kirchenrat aus. Die als extrem konservativ bekannte Kirche der Mormonen wurde mobil, als Carter sich anschickte, vor ihrer Haustür (in den Bundesstaaten Utah und Nevada) die neuen MX-Raketen einzugraben.

72 Prozent für „Jobs with Peace"

226 Milliarden Dollar will die Reagan-Regierung im Haushaltsjahr 1982 für die Rüstung ausgeben; gleichzeitig wurden die Sozialprogramme um 35 Mrd. gekürzt. Die Arbeitslosenquote näherte sich Ende letzten Jahres der 9-%-Quote; täglich melden 1200 Firmen den Bankrott an. Rund 30 Millionen Arme gab es 1981 in den USA, vier Millionen mehr werden es voraussichtlich in diesem Jahr sein. (16)

Ergänzend zur Freeze-Bewegung setzt sich die Ende der 70er Jahre gegründete Kampagne „Jobs with Peace" das Ziel, Arbeiter, Arbeitslose, Mitglieder der unterdrückten Minderheiten, alte Menschen und andere für den Erhalt sozialer Leistungen, eine Sicherung der Arbeitsplätze und gegen die Aufrüstungspolitik zu mobilisieren.

Den bislang durchschlagendsten Erfolg konnte die Bewegung im Herbst letzten Jahres in Boston erzielen. In einem Referendum mit der Forderung nach erhöhten Bundesaufwendungen für soziale Programme *„durch Reduzierung des Anteils, der von unseren Steuergeldern für Atomwaffen und Projekte für militärische Interventionen im Ausland ausgegeben wird"*, wurde von 72 % der Wählerstimmen unterstützt.

Ziel der Kampagne ist es, im ganzen Land eine politische Mehrheit zu erreichen, die den Kongreß unter Druck setzen kann, Gelder aus dem Rüstungsetat abzuziehen und für soziale Ausgaben bereitzustellen. (17)

Der Kampf der westeuropäischen Friedensbewegung wird in der US-Friedensbewegung wohl mit Sympathie beobachtet, Vorstellungen, was z.B. der NATO-„Nach"rüstungsbeschluß bedeutet, sind hingegen kaum vorhanden. Lohnend wäre es für die hiesige Friedensbewegung, eigene Kontakte zur amerikanischen Bewegung zu knüpfen und auch sie für den Kampf gegen die NATO-„Nach"rüstung zu gewinnen.

J., Westberlin

Anmerkungen:

1) entfällt
2) entfällt
3) Nach einer Umfrage von „Newsweek" sprechen sich 89 % der Amerikaner gegen eine Entsendung von Truppen aus, sechzig Prozent wollen nicht, daß Waffen geliefert werden, 45 % wünschen, daß sich die USA überhaupt aus El Salvador heraushalten. (Lt. Vorwärts, 4.3.82)
4) Spiegel, 8.3.82
5) Wahrheit, 5.5.82
6) entfällt
7) entfällt
8) vollständig nachgedruckt in: Blätter für dt. und intern. Politik 4/82, S. 412f.
9) in: ebd., S. 403 und 404. Kennedy/Hatfield beschreiben die Anfänge der Freeze-Kampagne so: „Im Sommer 1979 nahm das ‚American Friends Service Committee' (AFSC) einen Vorschlag für ein ‚nukleares Moratorium' an, mit dem die Vereinigten Staaten aufgefordert wurden, die Produktion und Installierung neuer Atomwaffen für die Dauer von drei Jahren auszusetzen; das AFSC ging davon aus, daß die Sowjetunion dem Beispiel folgen würde und daß beide Seiten dann dazu übergehen könnten, über substantielle Verringerungen ihrer Atom-Arsenale zu verhandeln. Aber der Vorschlag war umstritten, weil er empfahl, daß die Vereinigten Staaten einseitig handelten, ohne daß sich die Sowjetunion zu ähnlicher Zurückhaltung verpflichtete." (in dieselben: Stoppt die Atomrüstung, Reinbek 1982, S. 121)
10) TAZ, 27.4.82
11) Tagesspiegel, 28.4.82
12) 350 Kirchenführer aller Konfessionen und Dutzende Rabbiner verlangten im Frühjahr in einem Brief an die Reagan-Regierung, die Militärhilfe für El Salvador zu stoppen.
13) entfällt
14) Notstandsübungen in Krankenhäusern gehören zu Reagans großangelegtem Zivilschutzprogramm gegen einen Atomangriff, das z.Z. die Gemüter in den USA erhitzt. Besondere Begeisterung rief der stellvertretende Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, T.K. Jones, mit seinem frisch-fröhlichen Ratschlag hervor: „Jeder kommt durch, sofern es genügend Schaufeln gibt... Grabe ein Loch, lege ein paar Türen drauf und dann noch mal einen Meter Erde. Die Erde macht den Unterschied."
15) entfällt
16) lt. Blätter für dt. und intern. Politik 4/82, S. 406; taz, 15.4.82; Spiegel, 30.11.81
17) Alle Angaben über „Jobs with Peace" lt. „Blätter..." 4/82. Auf den Seiten 422ff. ist eine informative Flugschrift der „Jobs with Peace Campaign" aus Boston nachgedruckt.

Freeze kontra Reagan



Binnen weniger Tage waren die ersten 200.000 Exemplare restlos ausverkauft. Die Rede ist von dem Mitte letzten Monat erschienenen Buch „Freeze!" aus der Feder der US-Senatoren Edward Kennedy und Mark Hatfield. Dank tatkräftiger Hilfe des „Spiegels" konnte auch der bundesdeutsche Leser gut eine Woche später in dieser — wie es im Klappentext überschwenglich heißt — „Bibel dieser neuen Friedenswelle" blättern.

Etwas nüchterner ausgedrückt, handelt es sich bei „Freeze!" um ein publikumswirksam aufgemachtes Plädoyer für ein beiderseitiges Einfrieren der amerikanischen und sowjetischen Atomrüstung, für das sich Kennedy/Hatfield bereits am 10. März im US-Kongreß eingesetzt hatten.

Senat und Repräsentantenhaus war folgende Resolution vorgelegt worden:

„1. Als ein sofortiges Ziel zur Kontrolle der strategischen Rüstung sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion
a) einen völligen Stopp des atomaren Wettrüstens anstreben;
b) beschließen, wann und wie ein wechselseitiges und überprüfbares Einfrieren der Versuche, der Produktion, der weiteren Installierung atomarer Sprengköpfe, Raketen und anderer Trägersysteme zu erreichen ist; und
c) ihre besondere Aufmerksamkeit jenen destabilisierenden Waffen zuzuwenden, deren Installierung ein solches Einfrieren erschweren würde.

2. Ausgehend von diesem Einfrieren sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine weitreichende wechselseitige und überprüfbare Verringerung der atomaren Sprengköpfe, Raketen und anderer Trägersysteme auf der Basis jährlicher prozentualer Reduzierungen oder ähnlich wirksamer Methoden und in einer Art anstreben, welche die Stabilität kräftigt." (1)

Unterstützt wird die Iniative bislang von 25 Senatoren und 168 Mitgliedern des Repräsentantenhauses.

In ihrem Buch „Freeze!" setzen Kennedy/Hatfield ihre Auseinandersetzung mit Reagans Rüstungspolitik öffentlich fort. Das Gerede über ein amerikanisches „Fenster der Verwundbarkeit" wird ins Reich der Mythen und Legenden verwiesen: Zwischen den USA und der Sowjetunion bestehe ein ungefähres strategisches Gleichgewicht; *„es gibt keinen einzigen vernünftigen Menschen im Bereich des Militärs oder der Politik, der unsere strategischen Streitkräfte gegen das sowjetische Arsenal eintauschen würde."* (S. 150)

Entgegen der von der Reagan-Administration systematisch geschürten Illusion, Atomkriege seien zu begrenzen, zu gewinnen und zu überleben, wird der amerikanische Leser damit konfrontiert, welche verheerenden Folgen die amerikanischen Atombomben in Hiroshima und Nagasaki angerichtet haben. Bei einem nuklearen Schlagabtausch der USA und Sowjetunion könnte möglicherweise ein Teil der US-Bevölkerung überleben, *„aber die Menschen würden in einer Anomalie leben, die dem frühen Mittelalter angemessener wäre."* (S. 67)

Das im März von Reagan angekündigte 4,2-Milliarden-Dollar-Programm für den Zivilschutz wird von Kennedy/Hatfield als nutzlose Fassade und *„Teil einer Strategie zur Führung eines Atomkrieges"* angegriffen. (S. 84)

Die einzige Möglichkeit, sich vor einem Atomkrieg zu schützen, bestehe darin, die Atomrüstung einzufrieren und schrittweise abzubauen.

Argumente für ein Freeze

Für ihr Freeze-Konzept führen die Senatoren drei Argumente ins Feld:

1 . Ein sofortiges beiderseitiges Einfrieren vermeide die Schwächen und Fehler bisheriger Rüstungskontrollverhandlungen/-vereinbarungen. Weder der gefährlichen technologischen Weiterentwicklung der Waffen noch der ständig steigenden Zahl von Sprengköpfen sei Rechnung getragen worden (z.B. wurde über die zahlenmäßige Begrenzung von Interkontinentalraketen verhandelt, ohne die Entwicklung der Mehrfachsprengkopf-Technologie zu berücksichtigen). Ein umfassender Atomrüstungsstopp sei (zumindest hinsichtlich Erprobung und Stationierung) leichter zu kontrollieren als Rüstungskontrollvereinbarungen über spezielle Waffensysteme.

2 . Heute näherten sich die Supermächte einem wichtigen historischen Scheideweg: Die Gelegenheit für ein beiderseitiges Moratorium sei heute besonders günstig, weil z.Z. ein ungefähres atomares Gleichgewicht zwischen beiden Seiten bestehe; andererseits biete sich heute möglicherweise zum letztenmal eine Gelegenheit, den Atomarsenalen sinnvolle Beschränkungen aufzuerlegen: *„Die Vereinigten Staaten und*

Fortsetzung auf der nächsten Seite

— Ein Diskussionsbeitrag — Rüstungskonversion —

„Statt Waffen nützliche Dinge"; „Alternativen zur Kriegsproduktion"; „Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion" — Schlagworte, die derzeit in der Friedensbewegung hoch im Kurs stehen. In dem Bemühen, der Demagogie 'Rüstung schafft Arbeitsplätze' etwas entgegenzusetzen, wird über Loks statt Leos, Offshore-Anlagen statt Fregatten oder Meerwasserentsalzungsanlagen statt Tornados diskutiert. Zur Begründung wird meist angeführt, daß die Kriegsproduktion eine enorme Vergeudung von Rohstoffen, Maschinen und menschlicher Arbeitskraft darstelle, daß mit gleichem Kapitalaufwand erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten und daß gesellschaftlich nützliche Produkte nicht ausreichend zur Verfügung stünden.

In den bisher erschienenen Veröffentlichungen wird vor allem die wirtschaftliche Seite der Rüstungsproduktion sowie die technische Möglichkeit der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion diskutiert, während das politische Interesse, das hinter der Rüstung steckt, kaum thematisiert wird. Das führt dazu, daß zur Realisierbarkeit von Konversionsvorschlägen (Konversion = Umwandlung, Umkehrung) nur vage Aussagen gemacht werden, und es kann dazu führen, daß die Beschäftigung mit diesem Thema in der Friedensbewegung mehr Illusion weckt als sie zur Verbreiterung der antimilitaristischen Bewegung beitragen kann.

Die reale Konversion

Die Beschäftigung mit Alternativmodellen birgt die Gefahr, daß die Analyse der Realität vernachlässigt wird. Wer das Wort 'Rüstungskonversion' hört, denkt selbstverständlich an die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, obwohl derzeit in der BRD genau das Gegenteil, nämlich die Ausweitung der militärischen Produktion, betrieben wird. Wird über Rüstungskonversion diskutiert, so fällt garantiert der Name des britischen Flugzeugherstellers Lucas Aerospace, ohne daß immer bekannt ist, daß die dortigen Konversionsvorschläge vom Unternehmen nie realisiert wurden.

Wäre es da nicht sinnvoller, nicht Alternativmodelle, sondern die vom Staat forcierte Ausweitung des militärischen gegenüber dem zivilen Produktionssektor zum Ausgangspunkt der Debatte zu machen? Die Zahlen sind alarmierend genug:

Die BRD nimmt von allen NATO-Staaten die zweite Position ein in der absoluten Höhe der Rüstungsausgaben, bei den Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung und beim Anteil der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die realen Militärausgaben **erheblich höher liegen, als sie im Haushalt für das Verteidigungsministeriums ausgewiesen sind.** (Eine Untersuchung von Eberhard Dähne kommt zu dem Ergebnis, daß die realen Ausgaben doppelt so hoch sind, wie im Haushalt dafür ausgewiesen (nach (1), S. 17).

Gerade die Ausgaben für militärische Beschaffungen haben nun in den letzten Jahren enorme Zuwachsraten, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht; (nach (2), S. 20):

tabelle 1: sozialabbau und hochrüstung
veränderung einiger ausgabeansätze im bundeshaushalt

	von 1981 auf 1982 in mio dm	von 1981 auf 1982 in %	von 1979 auf 1982 in mio dm	von 1979 auf 1982 in %
gesamtausgaben	9614	4.2	[illegible]	18.1
arbeit und sozialordnung (einzelplan 11)	-32	-0,06	[illegible]	17.0
bildung und wissenschaft (einzelplan 31)	172	4.0	290	7,0
jugend, familie und gesundheit (einzelplan 15)	-1965	-9,7	6	0,03
verteidigung	1767	4,2	7164	19,5
darunter: „verteidigungsinvestive ausgaben"	1227	8,7	3500	29,7
„militärische beschaffungen"	839	7,9	3400	42,0

quellen: [illegible]

Im Mai 1978 beschloß die NATO ein langfristiges 'Verteidigungs'programm, zu dessen Realisierung die Mitgliedsländer ihre Militärausgaben in den 80er Jahren um 3% real jährlich erhöhen sollten. Bei der Bundeswehr läuft gegenwärtig eine Runderneuerung von Waffen und Gerät an, deren Realisierung in den 80er Jahren über 100 Mrd. DM kosten wird.

Da derartige Ausgabensteigerungen über den normalen Etat nicht mehr abzudecken sind, wurden im Nachtragshaushalt '80 zusätzlich 950 Mio. DM, im Dezember 1980, bei der Entdeckung der sog. 'Tornado-Lücke', weitere 700 Mio. DM und im Mai 1981 noch einmal 850 Mio. DM bewilligt. Bei der Berechnung der Jahressteigerungsrate des Verteidigungshaushalts werden diese Gelder stillschweigend dem Vorjahresansatz zugeschlagen und ergeben entsprechend geringe Steigerungsraten. Das am 15.4.82 zwischen der BRD und den USA unterzeichnete Abkommen "Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise und Krieg", nach dem die USA sich verpflichten, im Spannungsfall ihre Streitkräfte in der BRD zu verdoppeln, wird der Kriegsindustrie weitere Aufträge verschaffen. Nach diesem Abkommen, das ein Finanzvolumen von 1,2 Mrd. DM hat, schafft die BRD schon jetzt die logistischen Voraussetzungen für die zusätzlichen amerikanischen Truppen, **so daß diese ohne Bewaffnung eingeflogen werden können.**

Die Verschiebung der Staatsausgaben zugunsten des Rüstungshaushalts (und hier insbesondere zugunsten des Teils militärische Beschaffungen) führt nun zu einer Vergrösserung des Anteils der militärischen Produktion bei vielen Konzernen. Dazu einige Beispiele:

1978 wurde das Fregattenbauprogramm gestartet. Für die Werften AG Weser und Bremer Vulkan in Bremen führte dies zu einem Neueinstieg ins Rüstungsgeschäft; bei Blom &Voss wurde der Anteil der militärischen Produktion von 15% (1977) auf ca. 50% ausgeweitet (auch aufgrund von Rüstungsexporten).

Im Luftfahrzeugbau stieg der Anteil der militärischen Produktion am Gesamtumsatz bei Dornier von 42% (1977) auf 55% (1979), bei MBB von 60% (1977) auf 67% (1979).

Beim Panzerproduzenten Krauss-Maffei stieg der Anteil des Rüstungsumsatzes von 45% (1977) auf 78% (1978).

Für die Ausdehnung der militärischen Produktion sind nicht nur die inländischen Rüstungsaufträge, sondern auch die Rüstungsexporte verantwortlich. Wenn der Umfang auch noch gering ist, so sind die Steigerungsraten jedoch enorm. Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, hat die BRD bei den Rüstungsexporten die größten Wachstumsraten in der Welt. Die jetzt von der Bundesregierung beschlossene Lockerung der Restriktionen für Waffenexporte wird diese Entwicklung noch beschleunigen:

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Rüstungsexporte (1968 bis 1977, real)

Welt	6,8 %
Bundesrepublik Deutschland	16,8 %
Frankreich	15,5 %
Großbritannien	11,7 %
UdSSR	6,7 %
USA	4,1%

Die vom Staat initierte Ausweitung der militärischen Produktion ist nun bei der Diskussion über die Realisierbarkeit einer Rüstungskonversion von Bedeutung. Der Ansatzpunkt für die Entwicklung eines Alternativplans bei Lucas Aerospace war der Rückgang der militärischen Aufträge zu Beginn der 70er Jahre, auf den die Geschäftsleitung mit Entlassungsankündigungen reagierte. Um die Arbeitsplätze zu sichern, sahen sich die Shop Stewards nach einer alternativen Produktpalette um. In der gegenwärtigen Situation steigender **Kriegsproduktion dürfte die Argumentation, daß Arbeitsplätze in der** Rüstung nicht sicher seien und man sich deshalb nach alternativer Fertigung umschauen müsse, auf wenig Zustimmung stoßen. Sich trotz **gefüllter Auftragsbücher nach alternativen Produkten umzuschauen,** erfordert ein erhebliches politisches Bewußtsein, das kaum durch die Beschäftigung mit Alternativplänen, sondern nur durch das Aufzeigen der mit der Aufrüstung verbundenen Kriegsgefahr geschaffen werden kann.

Das staatliche Interesse an der Rüstungsproduktion

Ansatzpunkt für die Verfechter der Rüstungskonversion ist natürlich der einzelne Betrieb, der Rüstungsgüter produziert und der jetzt durch Alternativpläne dazu gebracht werden soll, auf nützliche Waren umzusteigen.

Dieser Ansatz übersieht, daß der Staat Umfang und Entwicklungsrichtung der Kriegsproduktion diktiert und wie sonst in kaum einem Wirtschaftsbereich mit den Rüstungsunternehmen verflochten ist. Adressat der Konversionsforderung müßte also der Staat sein, der allerdings für die Rüstungsproduktion politische Motive hat, von denen er auch mit lukrativen Alternativvorschlägen nicht abzubringen sein wird.

Indem der Alternativplan den Blick auf den einzelnen Betrieb konzentriert, werden hier Ursache (Auftraggeber) und Wirkung (Kriegsproduktion) vertauscht.

Das deckt sich auffällig mit dem sozialdemokratischen Ansatz, der dem Staat zwar Gutwilligkeit zubilligt, **ihm aber zugestellt, daß er durch die Macht der großen Konzerne daran gehindert sei, zum Wohle der Lohnabhängigen zu wirken:**

"Tatsächlich erweist es sich aber immer wieder, daß es dem Staat sehr schwerfällt, die von der Rüstung ausgehenden Schwierigkeiten zu lösen und sich Forderungen der Rüstungsindustrie in bezug auf Auslastung, Erhaltung oder gar Erweiterung der Arbeitsplätze zu widersetzen" ((3), S.177).

Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Staat und Rüstungsindustrie ergibt aber das große staatliche Interesse an der Rüstungsproduktion.

Bei 10 Rüstungsfirmen in der BRD gibt es eine staatliche Mehrheitsbeteiligung. Der Staat ist also nicht nur (fast) alleiniger Abnehmer der Rüstungsprodukte, er betätigt sich auch in erheblichem Umfang als Rüstungsproduzent.

Von den 30 größten Rüstungsunternehmen gehören vier dem Staat (darunter HDW); VFW/MBB hat

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von voriger Seite

die Sowjetunion arbeiten an der Entwicklung und Installierung eines komplexen Aufgebots neuer Waffen, die für das atomare Waffenarsenal der anderen Seite durchaus eine E r s t - s c h l a g s - Bedrohung darstellen könnten." (S. 108)

3 . Rüstungskontrolle könne in dem gegenwärtigen Klima des Mißtrauens, der Unsicherheit und Spannung in der Welt weniger denn je auf bloßem Vertrauen gründen. Vereinbarungen zwischen den Widersachern müßten — durch „nationale technische Mittel" (2) — zumindest z.T. überprüfbar sein:

„*Die neue Satelliten-Technologie und die Fortschritte im Radarwesen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Supermächten möglich gemacht.*"

„*Je weiter wir uns jedoch dem 21. Jahrhundert nähern, desto wahrscheinlicher ist es, daß die Kontrollmöglichkeiten durch die Art der Trägersysteme unterlaufen werden.*" (S. 114f.)

Die 4000 konventionell wie atomar ausrüstbaren seegestützten Cruise Missiles der USA, die während der 80er Jahre gebaut werden sollen, seien wegen ihrer geringen Ausmaße und der Möglichkeit, sie auch auf Tankern, Handels- und anderen nichtmilitärischen Schiffen zu stationieren, kaum noch zu kontrollieren.

Ein neuer Friedenspapst?

Unbestreitbar hebt sich Kennedys und Hatfields Vorschlag, e r s t die Atomrüstung einzufrieren und dann Reduzierungen auszuhandeln (4), positiv von den bislang üblichen Rüstungskontrollverfahren ab, von Reagans Hochrüstungsprogramm ganz zu schweigen. Ihr Moratoriumsvorschlag wäre für die Sowjetunion annehmbar, im Gegensatz zu Reagans durchsichtiger „Nulloption" und seinem jüngsten Vorschlag an die Sowjetunion, die Anzahl der von ballistischen, land- und seegestützten Interkontinentalraketen beförderten Atomsprengköpfe um ein Drittel zu reduzieren. Der US-Friedensbewegung mag die prominente Schützenhilfe dabei helfen, ihre Aufklärungskampagne über die Gefahren eines von Reagan und Co. einkalkulierten Atomkrieges zu verstärken.

Nichts wäre jedoch verfehlter, als Kennedy zum neuen Papst der Friedensbewegung zu erheben. Kennedy/Hatfield sind offensichtlich davon überzeugt, daß es nicht möglich ist, einen Atomkrieg (z.B. auf Europa) zu begrenzen, daß es den USA nicht gelingen wird, die Sowjetunion so eindeutig im atomaren Rüstungswettlauf zu distanzieren, daß die USA im Falle eines nuklearen Schlagabtausches reelle Überlebenschancen hätten. Sie treten aber erklärtermaßen dafür ein, „*die Abschreckung als Hauptziel unserer Verteidigung (zu) erhöhen*". (S. 146) Kennedy ist nicht einmal bereit, „*jeglichem Einsatz unseres atomaren Potentials abzuschwören, solange wir nicht konventionell in Westeuropa und anderen Spannungsgebieten der Welt ein ungefähres Gleichgewicht mit der Sowjetunion erreicht haben*". (5)

Kennedy/Hatfield sorgen sich um das gigantische Defizit im Staatshaushalt (ca. 100 Mrd. Dollar); durch ein Einfrieren könnten mindestens 18 Mrd. Dollar jährlich gespart werden, noch mehr, wenn Reduzierungen vereinbart würden. Im Unterschied zur „Freeze Campaign", die die Einsparungen für Sozialausgaben verwenden will, schwebt Kennedy/Hatfield vor, die eingesparten Gelder (teilweise) dazu zu benutzen, „*die Kampfbereitschaft und die Zuverlässigkeit unserer konventionellen Streitkräfte zu verbessern*". (S. 147), die wie die Wirtschaft vernachlässigt worden wären und schwer unter den Kosten der atomaren Aufrüstung gelitten hätten. (7)

Während die zweite Nationalkonferenz der „Nuclear Freeze Campaign" sich ausdrücklich auch gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa aussprach (8), erklären Kennedy/Hatfield zumindest ein auf Europa beschränktes Einfrieren mit reichlich windigen Argumenten (9) für unannehmbar.

Nichtsdestotrotz sind hiesige Medien bemüht, Kennedy als Führungsfigur der amerikanischen Atomrüstungsgegner zu verkaufen und ihn gleichzeitig der westdeutschen Friedensbewegung als großes Vorbild anzudienen. (10) Die Wahrheit dürfte sein, daß sich Kennedy, getragen von der Welle der neuentstehenden Friedensbewegung, als Reagans Gegenspieler aufbauen will; bereits im November dieses Jahres soll zum Kongreß gewählt werden.

Darüber hinaus geht es aber auch um eine Grundsatzdebatte über die amerikanische Militärstrategie.

Mit dem Vorschlag, die Doktrin vom nuklearen Erstschlag der USA in Europa zu revidieren, trat jüngst eine Gruppe prominenter US-Politiker an die Öffentlichkeit: McGeorge Bundy (Sicherheitsberater der Präsidenten Kennedy und Johnson), George F.Kennan (Ex-Diplomat), Robert McNamara (Verteidigungsminister unter Kennedy und Johnson, Weltbank-Präsident) und der frühere SALT-Unterhändler Gerard Smith. Diese vier Senioren der US-Außenpolitik gehen wie Kennedy/Hatfield davon aus, daß sich der Einsatz nuklearer Waffen nicht auf Europa beschränken ließe und die Gefahr eines unkontrollierten nuklearen Schlagabtausches provozieren würde. Ein Verzicht auf die Erstschlagsdoktrin könne die NATO stärken, da er den Ängsten der Europäer Rechnung tragen würde. Ersatzweise wird vorgeschlagen, das konventionelle Potential der westeuropäischen und der in Westeuropa stationierten NATO-Armeen zu verstärken. (11)

Mit sicherem Instinkt für das Wesentliche brachte es einer der Mitstreiter Kennedys, der ehemalige CIA-Direktor Colby, auf den Punkt: „*Schlecht und gefährlich für unser Land wäre nur die einseitige Abrüstung, wie sie manche in der europäischen Friedensbewegung fordern. G e r a d e w e i l ich gegen solche Schwarmgeisterei bin, habe ich die Kennedy-Resolution unterschrieben.*" (12)

J., Westberlin

Anmerkungen:

1) zit. lt. Edward M. Kennedy/Mark O. Hatfield: Stoppt die Atomrüstung, Reinbek 1982, S. 16f. Die Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.
2) In den 50er Jahren hatten die USA Abrüstungsverhandlungen des öfteren durch die Forderung platzen lassen, Kontrollvereinbarungen müßten durch Kontrollen vor Ort überprüft/verifiziert werden können. Vgl. dazu David Horowitz: Kalter Krieg, Westberlin 1969. „Nationale technische Mittel" meint, z.B. durch eigene Satelliten die Rüstung der anderen Seite auszuspionieren.
3) entfällt
4) Kennedy/Hatfield plädieren für eine Reduzierung von mindestens 50 % in den atomaren Arsenalen beider Seiten (bis Ende dieses Jahrzehnts) und für jährliche Kürzungen von 7 % (S.145)
5) Spiegel, 3.5.82
6) Vgl. den Aufruf der „Freeze Campaign", in: Blätter für dt. und intern. Politik 4/82, S. 412f.
7) Deutlicher wird Kennedy noch im Spiegel-Interview: „Beim Verteidigungshaushalt muß man zwischen konventionellen und strategischen Waffen unterscheiden. Und ich bin schon der Meinung, daß wir unsere konventionellen Streitkräfte verstärken müssen. Ich habe bereits erklärt, daß ich eine reale Erhöhung von bis zu fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr unterstützen würde."
8) Lt. Süddeutsche Zeitung, 23.2.82
9) Ein auf Europa begrenztes Einfrieren „würde beide Seiten nur veranlassen, ihre Anstrengungen auf atomare Aufrüstung in andere Gebiete zu verlegen." (S. 169) Offensichtlich spielt die europäische Situation für Kennedy/Hatfield nur insoweit eine Rolle, als durch amerikanische Diskussionen über begrenzte Atomkriege etc. die Glaubwürdigkeit der NATO in Europa baden zu gehen droht und „Bewegungen für eine einseitige europäische Abrüstung... an Gewicht (gewinnen)" (S. 154)
10) Am unverhohlensten formulierte es Schmidt-Spezi Theo Sommer in der „Zeit": „Die jüngste Wendung der Dinge in den Vereinigten Staaten muß Bundeskanzler Schmidt Luft schaffen: einerseits gegenüber der westdeutschen Friedensbewegung, andererseits gegenüber der Reagan-Administration. Die Friedensbewegung im eigenen Land kann Schmidt darauf hinweisen, daß ihre amerikanischen Freunde strikte ost-westliche Gegenseitigkeit verlangen, nicht einseitige Rüstungsverzichte postulieren. Reagan jedoch kann er nun in dem Bewußtsein gegenübertreten, daß der Streit über Rüstung und Abrüstung seinem Wesen nach kein deutsch-amerikanischer Streit ist, sondern eine Kontroverse, die quer durch beide Nationen geht." (19.3.82)
11) Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von McGeorge Bundy, George F.Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith in: Europa-Archiv, Folge 7/82, S. 183ff.
12) lt. Stern, 1.4.82. Recht eindrucksvoll ist mittlerweile die Schar hochkarätiger imperialistischer Politiker (meist aus früheren US-Regierungen), die als Unterstützer für Freeze auftreten: u.a. Paul Warnke (unter Carter Chef der US-Delegation bei den SALT-II-Verhandlungen), George W. Ball (Staatssekretär im Außenministerium unter J.F. Kennedy und Johnson), die ehemaligen Außenminister Edmund Muskie und Dean Rusk, Ex-Verteidigungsminister Clark Clifford und der einstige stellvertretende CIA-Direktor Herbert Scoville.

Ein Beitrag zur Abrüstung? —

Fortsetzung von voriger Seite

einen staatlichen Anteil von 41,75% und ist der größte Rüstungsproduzent der BRD. Albrecht/Lock kommen zu dem Ergebnis, daß die Rüstungsproduktion heute dadurch gekennzeichnet ist, *"daß nahezu alle Aspekte dieser besonderen Warenproduktion von staatlichen Entscheidungen abhängig sind. (...) Der Staat trägt die Forschungs- und Entwicklungskosten (...) Auch die Einrichtung der Produktionsanlagen und Komponentenbevorratung für die Produktion wird heute vom Staat finanziert. Ferner ist die Rüstungsbranche durch einen hohen Anteil an Staatsregiebetrieben gekennzeichnet. Ohne aufwendige staatliche Verkaufsförderung, Kredite und Kreditsicherung ist ein großer Teil der internationalen Waffengeschäfte überhaupt nicht vorstellbar. Schließlich fällt auf, daß staatlicher Druck zur Unternehmenskonzentration in diesem Bereich besonders häufig ausgeübt wird*" ((3), S.34).

Zu den Besonderheiten der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft gehört auch, daß die kapitalistische Konkurrenz (auf der Ebene eines Staates) hier fast vollständig ausgeschaltet ist. Nur 2- 4 % der Rüstungsaufträge werden öffentlich ausgeschrieben. Bei 76% aller Aufträge werden nur von einigen wenigen Anbietern Angebote eingeholt, die Aufträge werden "freihändig" vergeben ((1), S.89).

Dies ermöglicht den Rüstungskonzernen überdurchschnittliche Profitraten. Erwähnenswert ist auch der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis, in dem führende Kräfte der Wirtschaft und des Staates (darunter der Verteidigungsminister) Informationen über militärische Anforderungen und technische Entwicklungen austauschen.

Der militärisch-industrielle Komplex

Aufgrund des staatlichen Interesses an der Rüstungsproduktion reichen für den einzelnen Kapitalisten akzeptable Alternativpläne nicht aus, um eine Reduzierung der Rüstungsproduktion durchzusetzen. In den Diskussionen um den Alternativplan von Lucas Aerospace wird dieser Aspekt häufig vernachlässigt, da die britische Regierung zum damaligen Zeitpunkt weniger Militäraufträge an das Unternehmen vergab.

Wenn heute unter den Bedingungen verstärkter Aufrüstung über Rüstungskonversion diskutiert wird, darf dieser Gesichtspunkt auf keinen Fall vernachlässigt werden.

Der der DKP nahestehende Bremer Professor Jörg Huffschmid hat nun Überlegungen angestellt, *"wie der Prozeß der Abrüstung in Gang gesetzt und durchgeführt werden kann, ohne wirtschaftliche Einbrüche und politische Umwälzungen mit sich zu bringen*" ((1), S.10). Dies sei möglich, so Huffschmid, da nicht der Staat, sondern nur Teile der herrschenden Klasse Interesse an Rüstung hätten und damit auch noch entgegen ihren eigenen langfristigen Interessen wirken würden.



Blohm & Voss-Kollegen am 1. Mai 1982

Bei Huffschmid heißt es: *"Abrüstung setzt unter den heutigen Bedingungen keineswegs voraus, daß der Kapitalismus zunächst als Gesellschaftsordnung beseitigt sein müßte (...). Abrüstung wird zwangsläufig damit verbunden sein, daß der Einfluß der besonders aggressiven und reaktionären Kräfte zurückgedrängt wird. Die Frage der Rüstung und Abrüstung ist damit zu einer Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen dem Interesse der Finanzoligarchie, aufgrund bestimmter ökonomischer und politischer Bedingungen militärischer Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik einzusetzen und den entgegengesetzten Interessen der Friedenskräfte, die in der Erhaltung des Friedens, in friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit die Perspektive ihrer weiteren Existenz und der Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts und Wohlstands in der Welt überhaupt sehen*" ((1), S. 180).

Aufgrund ähnlicher Differenzen innerhalb des Großkapitals – so heißt es bei Huffschmid – konnte 1972 die Entspannungspolitik durchgesetzt werden. Die politische Funktion der wirtschaftlichen Öffnung nach Osten scheint hier bis heute nicht begriffen worden zu sein, obwohl sie doch am Beispiel Polen offen zutage getreten ist.

Als Handlungsorientierung wird das alte DKP-Rezept empfohlen, *"den Einfluß der aggressivsten Kreise des Großkapitals, insbesondere den militärisch-industriellen Komplex zurückzudrängen*" ((1), S.232).

Die Rüstungsmonopole seien schon seit langem eine selbständige Triebkraft der Aufrüstung, da sie — um Rüstungsprofite zu erzielen — das Wettrüsten forcierten.

Huffschmids Schlußfolgerungen: „*Diese theoretische Verarbeitung der faktischen Militarisierung der Wirtschaft als nicht ökonomisch systemnotwendiger, aber historisch integraler Prozeß kapitalistischer Entwicklung wirft ein Licht auf die Perspektive des Kampfes um Abrüstung: Abrüstung im Kapitalismus ist nicht prinzipiell unmöglich*" ((1), S. 188).

„*Der MIK (militärisch-industrielle Komplex) ist weder eine systemnotwendige, noch der einzige, noch notwendigerweise der dominierende Machtblock der Kräfte und Strategien zur Sicherung monopolkapitalistischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, er konkurriert mit anderen Konzeptionen, die ihre sozial-ökonomische Basis ebenfalls im Monopolkapital und in enger Verbindung mit staatlichen Stellen haben*" ((1), S. 189).

Und schließlich leugnet er sogar den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Rüstung und Militarismus, um die These von der „friedlichen" Kapitalfraktion halten zu können:

„*Die Behauptung einer prinzipiell unlösbaren Verbindung zwischen Rüstung und Kapitalismus würde dagegen den Kreis der für Abrüstung mobilisierbaren Menschen auf den Kreis der Kapitalismuskritiker einengen, die bekanntlich in den kapitalistischen Kernländern zur Zeit noch mehr oder minder große Minderheiten darstellen*" ((1), S. 190).

Huffschmid versucht damit, ein retisches Gerüst zu zimmern, in dem es nur einen historischen, aber keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Rüstung und Kapitalismus gibt.

Dies geschieht auf zweierlei Weise: Zum einen über die Konstruktion des ‚militärisch-industriellen Komplexes', zum anderen über eine Reduktion der Rüstung auf ihre ökonomische Funktion im Kapitalismus.

An der Theorie des MIK scheint mir richtig zu sein, daß sie die Verbindungen zwischen Vertretern des Staates und der Rüstungsindustrie zu einem (personell untereinander auch austauschbaren) Komplex richtig benennt. Ihr Fehler scheint mir zu sein, daß damit ein Gegensatz zwischen „friedliebenden" Kapitalisten, die lieber zivile Fertigung betreiben würden, und den „aggressiven" Teilen des Großkapitals aufgebaut wird, der real nicht besteht.

„*In der BRD gibt es — von wenigen Waffen- und Munitionsherstellern abgesehen — den klassischen Rüstungsbetrieb nicht*", schreibt dazu völlig richtig das „Weißbuch" 1979. Zu den größten Rüstungsunternehmen der BRD gehören Siemens mit einem Rüstungsanteil von 8 %, aber einem Rüstungsumsatz von 2557 Mio DM und AEG mit einem Rüstungsanteil von 15 %, aber einem Rüstungsumsatz von 2202 Mio DM. Wie soll man da zwischen aggressiven Kapitalisten und möglichen Bündnispartnern differenzieren?

Die reale Verquickung zwischen „militärisch-industriellem Komplex" und zivile Fertigung treibenden Teilen der Großindustrie führt nun keineswegs dazu, daß Huffschmid seine theoretischen Grundlagen und seine Bündnisstrategie überdenkt, sondern sie ist für ihn nur ein zusätzliches Argument, um die Machbarkeit der Rüstungskoversion unter den bestehenden Machtverhältnissen nachzuweisen:

„*Da das Rüstungskapital in der BRD nicht eine festgefügte Gruppe von Unternehmen ist, die unter allen Umständen auf verstärkte Hochrüstung setzen müssen, um zu überleben, sondern zum größeren Teil fest verflochten ist mit anderen Teilen des Monopolkapitals, die in anderen Bereichen tätig sind, ist auch die Flexibilität in bezug auf den Übergang von Rüstungs- auf Zivilproduktion größer (...) Abrüstung wäre vielmehr nur Einschränkung bestimmter Produktionsabteilungen innerhalb der großen Monopole zugunsten anderer Abteilungen, in die die staatlichen Ersatzaufträge hineinfließen würden*" ((1), S. 190).

„*Vom ökonomischen Standpunkt müßte sich also für das Monopolkapital — das als integrale Abteilung das Rüstungskapital enthält — die Alternative stellen: Entweder weiterhin hohe Rüstungsaufträge und hohe Profite in der Rüstungsabteilung bei gleichzeitig fortschreitender Zerstörung der eigenen Reproduktionsgrundlagen; oder aber: weniger Rüstungsaufträge, mehr Aufträge für Umweltschutzanlagen, Verlagerung des Profits also in eine andere Abteilung, wobei die Umweltschutzanlagen vom Staat installiert werden und zur Erhaltung der stofflichen Reproduktionsgrundlagen der Unternehmen beitragen würden*" ((1), S. 192).

Das Problem ist dabei nur, daß man die Sache nicht nur vom ökonomischen Standpunkt aus betrachten kann. Dem einzelnen Kapitalisten mag es egal sein, ob er Seife oder Kanonen produziert, aber dem nationalen Kapital ist dies nicht egal, da die Rüstung auch der Herrschaftssicherung und der Ausweitung der Einflußsphären dient.

Die Reduktion der Rüstung auf ihre ökonomische Systemfunktion hat einige Tradition. Galbraith und auch Fritz Vilmar haben die These aufgestellt, daß Rüstungsausgaben die krisenhaften Tendenzen der Wirtschaft überdecken können und somit zur Prosperität der Wirtschaft beitragen (weil sie antizyklisch vergeben werden können). Die DDR-Literatur hat bisher vertreten, daß Rüstungsausgaben nur kurzfristig und zeitweilig dem Ausbruch von Wirtschaftskrisen entgegenwirken können, und Huffschmid entwickelt jetzt, daß Rüstungsausgaben weder kurzfristig noch langfristig geeignet seien, den Instabilitätstendenzen kapitalistischer Wirtschaft und ihrem offenen Ausbruch in zyklischen und strukturellen Krisen entgegenzuwirken. Huffschmid belegt seine Auffassung mit den knapper werdenden Rohstoffen und den ökologischen Problemen, die auch das Kapital dazu bringen müßten, sich nach anderen Methoden der Konjunktursteuerung umzusehen:

Fortsetzung auf Seite 20

SPD-Parteitag: Ausblick auf eine Mitte-Rechts-Opposition

Die Genossen aus Niedersachsen prophezeiten den Genossen aus Hessen: „*Ihr seid die Nächsten!*" Die Hamburger nickten bedächtig mit dem Kopf.

Die SPD unter der Münchner Zirkuskuppel — demonstrativ geschlossen hinter Schmidt, aber ratlos. Die Regierungspolitik wurde eindrucksvoll bestätigt, die Delegierten erfüllten das ihnen abverlangte Soll an Unterwürfigkeit und wußten doch, daß ihnen der Wähler am 6. Juni in Hamburg und im Herbst in Hessen die Rechnung präsentieren und die CDU die fälligen Beträge abkassieren wird.

Die Parteiführung redete sich „*Mut zur Zukunft*" ein und konstatierte ein „*neues Selbstbewußtsein der Partei*". Das Gegenteil ist der Fall. Die SPD ist ziemlich am Ende. Zugrundegerichtet durch die prokapitalistische Politik der Parteiführung und durch das Stillhalten der „Linken", hat die SPD einen Parteitag veranstaltet, der schon nicht mehr die Grundsätze sozialliberaler Regierungspolitik diskutierte und abstimmte, sondern die Partei still und leise auf eine Mitte-Rechts-Opposition für die nächsten Jahre festlegte.

Die Sicherheitsdebatte

Nach dem Westberliner Parteitag der SPD 1979 war aus den Reihen der SPD-Linken zu hören, die Parteiführung habe sich im Handstreich die 90 %ige Zustimmung zum „Nach"rüstungsbeschluß ergaunert. Die übergroße Mehrheit der Delegierten, ahnungslos in der komplizierten Rüstungsmaterie und voll guten Glaubens in die Verhandlungsbereitschaft der USA, habe gar nicht gewußt, was sie da beschloß. Nach drei Jahren Friedensbewegung wurde in München die Raketendebatte „*auf einem erstaunlich hohem Niveau*" („FR") geführt, Glückwunsch! — Mit dem Ergebnis, daß die Beschlüsse von 1979 in den wesentlichen Punkten wortgetreu von 75 % der Delegierten bestätigt wurden:

1. die SPD bekennt sich zum festen Platz der BRD in der Nato und zur Freundschaft mit den USA;

2. die SPD hält am Nato-„Nach"rüstungsbeschluß fest;

3. die Stationierungsvorbereitungen für Pershing II und Cruise Missile gehen weiter;

4. die Genfer „Verhandlungsposition" der USA („Nullösung") wird unterstützt.

Die Presse hat dieses Ergebnis zufrieden, aber eher beiläufig zur Kenntnis genommen, so als wäre nichts Außergewöhnliches passiert, als hätte sie vorher keineswegs eine „*Zerreißprobe*", einen „*Aufstand der Basis*" prognostiziert und den Kanzler „*mit dem Rücken an der Wand*" gesehen.

Den Platz an der Wand hatte sich einzig die SPD-Linke reserviert.

Erstens hat sie in keinem Beitrag den „*vorauseilenden Gehorsam der Bundesregierung gegenüber den USA*" (Hansen) angegriffen. Das sicherheitspolitische Credo der SPD-Führung (die feste Verankerung im westlichen Bündnis) wird von der SPD-Linken nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern gegenüber linker Kritik ausdrücklich verteidigt.

In einem Interview mit der MOZ (4/82) hat der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen (er zählt zum äußerst linken Flügel der SPD) betont: „*Ich will damit sagen, daß es niemandem etwas bringt, jetzt als Bundesrepublik aus der Nato rauszugehen, sondern ich glaube, daß es viel wichtiger wäre, eine Politik, die voll auf Abrüstung ausgerichtet ist, im Bündnis stattfinden zu lassen... Bündnis ist gleichberechtigte Partnerschaft.*"

Mit diesem strategischen Bekenntnis zur NATO, die einfach in eine perspektivische Abrüstungsgemeinschaft uminterpretiert wird, schlägt die SPD-Linke sich selbst jede Möglichkeit aus der Hand, die weltweite Konfrontationspolitik, die die USA mit und in der NATO betreibt, beim Namen zu nennen und ihren imperialistischen Charakter aufzuzeigen. Je deutlicher die realen Kriegsvorbereitungen dieses „Sicherheitsbündnisses" werden, desto verbissener muß gerade die SPD-Linke die Augen vor den Tatsachen schließen. Eppler hat in seiner Rede auf dem Parteitag ausgerechnet einem Ronald Reagan „*Friedenswillen*" attestiert und ihm lediglich „*Friedensfähigkeit*" abgesprochen („FAZ", 23.4.) Was zunächst einmal als Verharmlosung subjektiver Absichten des amerikanischen Präsidenten erscheint, ist in Wirklichkeit ein programmatisches Herunterspielen der politischen Strategie der US-Regierung. Wenn Schmidt die feste Freundschaft der SPD mit den USA betont, fordert die Linke, dieses Verhältnis müsse aber auch angemessen kritisch sein. Brandt richtet daraufhin einige deutliche Worte an die Adresse „unserer Freunde" jenseits des Atlantiks und schon ist der SPD-Linken der Wind aus den Segeln genommen.

Die Alternative zur Infragestellung der NATO ist für die SPD-Linke die Stärkung „Europas" in der NATO gegenüber den USA. Jansen: „*Ich glaube, Europa ist stärker als es sich selbst zutraut, wenn es schaffen würde, seine Eigeninteressen zwischen den beiden Blöcken viel deutlicher nach vorn zu bringen.*"

Was sind die „*Eigeninteressen Europas*", die da nicht nach links oder nach rechts, sondern „*nach vorn*" gebracht werden sollen? Die Partnerschaft mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten in der „3. Welt", denen der „europäisch" mitgestaltete Weltmarkt immer mehr die Kehle zuschnürt? Friede, Freundschaft, Abrüstung? In der begriffslosen Abstraktion „*Europas Eigeninteressen*" wird bewußt der imperialistische Charakter dieser in Teilbereichen vom US-Imperialismus verschiedenen Interessen der westeuropäischen Staaten zu einer klassenneutralen strategischen Differenz zu den USA umgelogen. Und das angesichts der imperialistischen Abenteuer Großbritanniens und des Beifalls dazu aus der EG. Die SPD-Linke kommt so über eine linksinterpretierte Unterstützung der westdeutschen (und der westeuropäischen) Bourgeoisie im innerimperialistischen Konkurrenzkampf strategisch nicht hinaus.

Zweitens hat die SPD-Linke schon im Vorfeld des Parteitags demonstrativ ihre Bereitschaft bekundet, Schmidt „*keine Schwierigkeiten*" zu bereiten und ihm den Rücken zu stärken. Nach langen internen Auseinandersetzungen hat sie sich überhaupt erst dazu durchgerungen, einen alternativen Antrag zur Aufkündigung des „Nach"rüstungsbeschlusses zu stellen. Allerdings haben die Linken gleichzeitig durch die Blume zu verstehen gegeben, daß sie erstens diesem Antrag keine Chance geben und daß zweitens eine Mehrheit für ihn in München um Himmels willen nicht zustande kommen dürfe, weil dies Schmidt zum Rücktritt veranlassen könnte. Weil sie diesem Konzept der Erpressung keine Gegenstrategie entgegensetzen wollten, war ihr Antrag auf Aufkündigung des NATO-Beschlusses von vornherein augenzwinkernd den Delegierten zur Abstimmung vorgelegt worden. Das Ergebnis war entsprechend: 75 % dagegen.

Drittens war der eigentliche Antrag der Linken, der mit dem irreführenden und völlig unzutreffenden Begriff „Moratorium" gehandelt wird, ein schwerwiegendes Zugeständnis an den „Nach"rüstungsbeschluß. Unter „Moratorium" stellt man sich gemeinhin die Selbstverständlichkeit vor, daß sich während der Dauer von Abrüstungsverhandlungen beide verhandelnden Seiten verpflichten, nicht weiter aufzurüsten, und die materiellen Vorbereitungen zu weiteren Aufrüstungsschritten stoppen. Dies beinhaltet die „Moratoriumsforderung" von Lafontaine und Eppler gerade nicht! Wörtlich heißt ihr Antrag (der als „Ergänzungsantrag zum Leitantrag des Vorstands" eingebracht wurde):

„*Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für Raketensysteme mittlerer und kürzerer Reichweite. Um Vereinbarungen zu erleichtern, fordert die SPD die UdSSR auf, während der Verhandlungen die Zahl der auf Europa gerichteten atomaren Gefechtsköpfe auf das Niveau des Jahres 1978 zu reduzieren.* **Im Zuge dieser Reduktion sollen die Stationierungsvorbereitungen zur Dislozierung** (Aufstellung, AK) **neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa eingestellt werden.**"

1. Der Antrag fordert von der Sowjetunion einseitige Vorleistungen. Nur wenn die SU ihre Gefechtsköpfe reduziert („Im Zuge...") sollen die Vorbereitungsmaßnahmen für Pershing II und Cruise Missile gestoppt werden.

2. Diese Forderung liegt exakt auf der Linie der offiziellen Nato-Propaganda, die eine „sowjetische Vorrüstung" im Bereich der Mittelstreckenraketen behauptet und damit die Notwendigkeit der „N a c h"rüstung rechtfertigt. Die SPD-Linke ist auf diesen Propagandazug aufgesprungen und hat sich für den Fall, daß die Sowjetunion nicht auf das NATO-Ansinnen („Nullösung") eingeht, selbst die Hände gebunden.

Möglicherweise hat Lafontaine diese Entwicklung schon einkalkuliert. Die FAZ vom 20.4. berichtet, daß in dem Initiativantrag der SPD-Linken die Aufstellung l a n d gestützter Raketen unter Berufung auf Helmut Schmidt kritisiert wird. „*Lafontaine bringt damit seine Bevorzugung seegestützter Waffen wieder ins Spiel*", kommentiert die FAZ. Es ist durchaus möglich, daß sich einige Abrüstungsstrategen in der SPD überlegen, auf einem Parteitag der SPD 1983 den Initiativantrag einzubringen, die Pershing II nicht zu Land sondern in der Nordsee zu stationieren. Immerhin wäre das das kleinereÜbel, für das 40 % der Stimmen immer gut sind...

Fazit

Die fortschrittliche SPD-Basis quält sich seit langem an dem Widerspruch ab, daß einerseits sozialdemokratische sich seit langem an dem Widerspruch ab, daß einerseits sozialdemokratische Politik, so wie sie sie vertreten will, nur gegen Schmidt in der Partei durchzusetzen ist, daß aber andererseits eine reale Alternative zu Schmidt nicht existiert. Über jeden Angriff auf die Schmidtsche Regierungspolitik schwebt das Damoklesschwert Rücktritt (Platzen der Koalition, CDU-Regierung). Solange die Wortführer der SPD-Linken nicht offensiv nachweisen, daß diese Logik der Unterwerfung die SPD-Politik immer weiter nach rechts auf CDU-Kurs bringt, der CDU Teile der traditionellen SPD-Wähler in die Arme treibt, die Partei demoralisiert und in einem mit Leichtigkeit aus der Regierung zu fegenden Trümmerhaufen verwandelt, — solange die Linken also nicht den B r u c h mit der rechten Parteiführung suchen, sondern dieser immer noch die besten Absichten und lautersten Motive unterstellen, verbleiben sie in ihrer Rolle, den Verfall der Sozialdemokratie und den Machtantritt der CDU ohnmächtig mit ansehen zu müssen.

Lafontaine hat diese Rolle selbstbewußt mit folgenden Worten angenommen: „*Es ist übel, daß man die Nachrüstungsgegnerschaft in eine Gegnerschaft zum Kanzler hineingeredet hat.*" (FAZ, 23.4.)

Die Beschäftigungsdebatte

Willy Brandt hatte vor dem Parteitag betont, daß in München nicht die FDP, auch nicht die Koalition, sondern die SPD tagen würde. Und nirgends wurde diese sozialdemokratische Anmaßung frecher in Tat und Beschlüsse umgesetzt als in der Beschäftigungsfrage.

Hier bin ich Sozialdemokrat, hier darf ich's sein — die Delegierten, so wollten es die Parteitagsregisseure, durften sich austoben und munter beschließen, was sozialdemokratische Sache ist: mehrjährige, nach einem staatlichen Entwicklungsplan gesteuerte Investitionsprogramme, die nicht nur durch den „kleinen Mann", sondern auch durch Beamte und Selbständige (Arbeitsmarktabgabe), durch Ehegatten (Wegfall des Splittings bei der Einkommenssteuer) und durch Anhebung der Spitzensteuersätze finanziert werden sollen. Natürlich soll die Lebensarbeitszeit herabgesetzt und die Mitbestimmung ausgeweitet werden. Keine Frage: der Bildungsurlaub soll erhöht und die Vermögensbildung (!) in Arbeitnehmerhand gefördert werden.

Jeder Delegierte wußte, als er sein

vor 52 Jahren ...

Der Historiker Helmut Schmidt hat in den Annalen der SPD geblättert und ist auf ein Ereignis gestoßen, dessen Analyse ihm das notwendige historische Bewußtsein und die Kraft zum Weiterregieren verschafft hat: der Sturz des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers in der Weinmarer Republik Hermann Müller im März 1930.

Hermann Müller sei 1930 deswegen gestürzt, so Helmut Schmidt 1982, weil sich die SPD „*nicht über einen Solidaritätsbeitrag (!) zugunsten der Arbeitslosenversicherung einigen konnte.*" Er wolle nicht behaupten, heute sei eine vergleichbare Lage. „*Aber worauf es mir ankommt, ist, daß der März 1930 zeigt, wohin man geraten kann, wenn man ohne Not das Heft aus der Hand gibt und anderen anvertraut.*" („Sozialdemokrat Magazin", 4/82, S. 11).

Tatsächlich weist der März 1930 erstaunliche Parallelen zum Mai 1982 auf, und es ist interessant wie die heutige SPD-Führung ihre Geschichte verarbeitet, und welche Schlußfolgerungen sie zu ziehen gedenkt.

Nach den Wahlen im Mai 1928 (mit Stimmengewinnen für SPD und KPD) wurde eine Regierung aus SPD, DDP, Zentrum, DVP und BVP gebildet. Diese große Koalition wurde von den bürgerlichen Rechtsparteien ausdrücklich als ein „Provisorium", also als eine Regierung auf Abruf definiert, die vor allen Dingen die anstehende Neuregelung der Reparationsfrage, eine verschärfte Aufrüstung und eine prokapitalistische Wirtschaftspolitik bewältigen sollte.

Die SPD funktionierte von Anfang an zur vollsten Zufriedenheit ihrer rechten Koalitionspartner. Noch im Jahr der Regierungsbildung stimmte sie dem Bau des Panzerkreuzers A zu, nachdem sie den Wahlkampf unter der Parole: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer!" geführt hatte. Begründung: Wenn wir nicht nachrüsten, „bricht die Koalition". Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 verzeichnete die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufgrund der sprunghaft gestiegenen Arbeitslosenzahlen ein Defizit von 500 Millionen Mark. Dies war der Startschuß für eine brutale Sanierungspolitik auf dem Rücken der Arbeiter, die binnen kurzer Zeit breite Teile der Bevölkerung unter das Existenzminimum drückte. Zunächst wurde eine „Reform des Systems der Sozialversicherung" in Angriff genommen, deren wesentlichstes Ziel es war, die Zahl derjenigen, die bisher Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten, drastisch zu reduzieren. Die SPD ging in die Koalitionsverhandlungen mit der Linie: „*Die SPD und Gewerkschaften kämpfen gegen jeden Abbau der Leistungen und (!!) schlagen die Beseitigung von Mißständen sowie die befristete Erhöhung der Beiträge* (zur Arbeitslosenversicherung, AK) *vor.*" Die Rechtsparteien lehnen die SPD-Vorstellungen ab und nach „zähen" Koalitionsverhandlungen kam es im Oktober 1929 zu einem „Kompromiß", der die ursprünglichen Vorstellungen von DVP bis Zentrum enthielt und die SPD-Forderung nach Beitragserhöhung verwarf. Obwohl sich die Reaktionäre auf der ganzen Linie durchgesetzt hatten, wurde in der Presse ein großes Geschrei über das Ende der Koalition, über unüberbrückbare Differenzen und über die mangelnde Zuverlässigkeit der SPD angezettelt. Allerdings dachte die Bourgeoisie (noch) nicht daran, die SPD abzuservieren. Es gab noch viel zu tun ...

Im Dezember 1929 veröffentlichte der Reichsverbands der Deutschen Industrie ein Memorandum, in dem als Konsequenz der kapitalistischen Krise gefordert wird:

— einschneidende Senkung der Löhne und Gehälter

— Reduzierung der staatlichen Sozialausgaben

— Umverteilung der Steuerlasten zugunsten der Wirtschaft

— sukzessive Beseitigung des Tarifsystems

— Beschneidung der Sozial- und Arbeitslosenversicherung

— höhere Besteuerung der Bevölkerung, insbesondere durch indirekte Steuern.

Sofort trat die Regierung in Verhandlungen über diese Vorschläge zu einer Gewaltkur des „Sozialstaates" ein, beschloß eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, eine drastische Senkung der Steuern für die Kapitalisten und als Bonbon für die Gewerkschaften, eine 0,5%-Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, was die eh schon arg geschröpften Werktätigen zusätzlich belastete. Die SPD hatte die dritte Kröte innerhalb kürzester Zeit willig geschluckt — und erntete erneut nur den Undank ihrer Herren. „Die Koalition in der Krise" lautete die Schlagzeile der Presse, die Mehrheiten im Kabinett wurden immer knapper, die Stimmen innerhalb der Gewerkschaften, die diesen Kurs nicht mehr mitmachen wollten, mehrten sich, die SPD-Basis begann zu murren, allein die sozialdemokratischen Reichsminister hielten das Steuer des Schiffes, das sie bald verlassen sollten, fest in den Händen.

Nach mehreren Koalitionsintrigen, Ministerrücktritten (u.a. Hilferding) und Pressekampagnen gegen die SPD war es dann im März 1930 so weit: Nach einer weiteren Verdopplung der Arbeitslosenzahl einigte sich die Koalition zunächst auf eine Anhebung der Verbrauchssteuer und auf eine erneute Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 0,25%. Um die SPD zu noch weitergehenden Zugeständnissen zu erpressen, lehnte die Reichstagsfraktion der DVP diese Vorschläge ab und verlangte weitere Kürzungen. Das Zentrum arbeitete einen Kompromiß aus, der weitgehend die Vorstellungen der DVP aufnahm. Die SPD-Minister schluckten auch diese Kröte und stimmten zu. Aber was zu viel war, war zu viel. Wie sollte diese Politik den Arbeitern noch verkauft werden? Wie sollte sich die Gewerkschaftsführung vor der rebellischen Arbeiterbasis rechtfertigen? Wie sollte mit dieser Politik noch der Einfluß der KPD gestoppt werden? Die Reichstagsfraktion der SPD lehnte den Kompromiß ab. Hermann Müller trat zurück. Es folgten die Notverordnungskabinette Brüning, Schleicher, Papen, denen gegenüber die Sozialdemokratie eine Tolerierungspolitik betrieb. Bis dann Hitler 1933 die 1928 unter Kanzler Müller begonnene Arbeit vollendete.

Helmut Schmidts Analyse lautet nun: Wenn die SPD 1930 dem ausgehandelten Kabinettskompromiß auch noch zugestimmt hätte, wäre das Folgende nicht passiert. Diese Schlußfolgerung ist erstens falsch und zweitens bezeichnend. Falsch, weil Schmidt nicht begreift, daß die Bourgeoisie sehr zielstrebig eine **Abnutzungsschlacht gegen die SPD** mit dem Ziel geführt hat, sie in der Öffentlichkeit völlig zu diskreditieren und sie als machtpolitischen Faktor auszuschalten. Sie hat die SPD solange in den Sesseln der Macht gewähren lassen, wie sie ihre Funktion, die ersten einschneidenden Maßnahmen der Krisenpolitik, den Abbau demokratischer Rechte und die Aufrüstungspolitik durchzusetzen, ohne den Aufstand ihrer Basis zu riskieren, erfüllen konnte.

Die Grenze des Zumutbaren war im März 1930 erreicht, was der Widerstand der SPD-Reichstagsfraktion der Bourgeoisie signalisierte. Selbst wenn die Fraktion nochmals dem „Kompromiß" zugestimmt hätte, wären ihr kurze Zeit später erneut Spar- und Kürzungsvorschläge von den Parteien der Bourgeoisie auf den Fraktionstisch geflattert. Der unmittelbaren Beteiligung der Sozialdemokratie an d e r Form der Krisenbewältigung, wie sie von der bürgerlichen Seite angestrebt wurde, war, trotz devoter Selbstempfehlung der Parteiführung, durch die soziale Basis der SPD Grenzen gesetzt.

Schmidts Schlußfolgerung ist b e z e i c h n e n d, weil sie seinen unbedingten Willen verrät, dieses Mal alles in der Partei durchzusetzen, was er im Interesse der kapitalistischen Krisenlösung für notwendig hält und was aus den Vorstandsetagen an ihn herangetragen wird. Ich heiße Schmidt und mache alles mit. Schön. Und trotzdem kommt der Tritt.

gewichtiges Stimmkärtchen für diese Forderungen hob, daß er sich selbst zum Statisten in einer Groteske degradierte, die selbst in der Geschichte der SPD-Parteitage einmalig sein dürfte.

Die Beschlüsse nämlich, die da aus einem neuen sozialdemokratischen Selbstbewußtsein heraus nahezu einstimmig der kapitalistischen Krise und der FDP entgegengeschleudert wurden, hatte man schon einmal, zudem noch in konjunkturell besseren Zeiten mit Beifall und öffentlichkeitswirksam gefaßt: auf dem Parteitag 1979 in Westberlin. Einige, jetzt ganz heiß diskutierte Forderungen, wie die nach staatlicher Investitionslenkung, sind schon seit Hamburg 1977 geltende Beschlußlage in der SPD. Schon die Tatsache, daß man diese Beschlüsse z.T. das dritte Mal unverdrossen zum unverzichtbaren Bestandteil sozialdemokratischer Politik erklärte, zeigt, wie beharrlich die Sozialdemokraten in der Regierung auf sie verzichtet haben.

Und diese Genossen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß dies so bleiben wird. Noch nicht einmal die Illusion wurde den Delegierten zugestanden, daß die sozialdemokratischen Minister die Parteitagsforderungen als Auftrag zur Durchsetzung in der Koalition verstehen. Im Gegenteil: gerade weil diesen schönen sozialdemokratischen Profilforderungen das Schicksal, reine Makulatur zu bleiben, von Anfang an zugedacht war, wurden sie verabschiedet, und zwar von Schmidt bis Eppler von Löwenthal bis Traube.

Und so beschloß der sozialdemokratische Parteitag genau das, was die sozialliberale Koalition zuvor definitiv verworfen hatte: zusätzliche Steuererhöhungen zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms — und schloß aus, was die Koalition zuvor ebenso definitiv beschlossen hatte: Steuersenkungen für die kommenden Jahre.

Jedem Delegierten war klar, daß dieses Beschlußparadoxon zugunsten der Koalitionsbeschlüsse aufgelöst werden würde. Ihnen mußte ebenso klar sein, daß dies keineswegs nur daran liegt, daß die Kapitalistenfreunde in der FDP eine zünftige sozialdemokratische Beschäftigungspolitik hintertreiben.

Denn **erstens** hat Schmidt seinen treuesten Knecht, Manfred Lahnstein, zum Finanzminister ernannt.

Lambsdorf würde den „Willen" des Parteitages nicht offensiver im Bundeskabinett zur Geltung bringen, wie dieser Bourgeois-Ökonom, der, aalglatt, karriere-geil und also immer korruptionsverdächtig, wie kein zweiter die Heruntergekommenheit der modernen Sozialdemokraten verkörpert.

Lahnstein hat in einem „Spiegel"-Gespräch die Leitlinien für sein künftiges Wirken im Finanzministerium so umrissen:

1. Die absolute Priorität hat die private Kapitalakkumulation, die Förderung der Investitionsbereitschaft des Kapitals;
2. dazu brauche man nicht „mehr Staat", schon gar nicht
3. höhere Steuern, sondern
4. die Förderung von Leistungswillen und Unternehmergeist.

Zum letzteren fühlte sich Lahnstein im übrigen schon immer stark hingezogen: um ihm zu freierer Entfaltung zu verhelfen, verschaffte er z.B. Flick das berüchtigte 840-Millionen-Steuergeschenk. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn, weil er sich einen ausschweifenden Altstadtfestbummel in Düsseldorf vom Flickkonzern finanzieren ließ (vgl. „Spiegel", Nr. 17/82).

Im Bundesrat hat Lahnstein nach dem Münchner Parteitag verkündet, er werde keinen Anstieg der Steuerbelastung zulassen (was die SPD vehement beschlossen hatte) und auf jeden Fall an der Investitionszulage festhalten, selbst wenn, was inzwischen passiert ist, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer an der CDU-Bundesratsmehrheit scheitert. Der so entstandene Finanzbedarf müsse über Streichungen im Haushalt gedeckt werden. Am vergangenen Mittwoch haben sich CDU, FDP und SPD im Vermittlungsausschuß über die „Gemeinschaftsinitiative" geeinigt. Überraschend schnell, wie die Presse anerkennend vermerkte.

Zweitens hat Schmidt selber in einer vor dem Parteitag im „Vorwärts" veröffentlichten „Zwischenbilanz 82" seine künftige wirtschaftspolitische Linie so umrissen:

1. *„Ohne einen kräftigen Anstieg der Investitionstätigkeit lassen sich weder neue Arbeitsplätze noch neue Ausbildungsplätze bereitstellen. ... Deshalb sind Investitionen für neue Produkte, zur Energieeinsparung und zur Kostenrationalisierung unerläßlich."* (Schmidt spricht übrigens offen davon, daß der Staat den Kapitalisten dabei behilflich sein muß, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, um Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitzustellen. Nichts anderes verbirgt sich nämlich hinter den „Investitionen zur Kostenrationalisierung".)
2. *„Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte von den konsumtiven auf die investiven Ausgaben (d.h. der Abbau unproduktiver staatlicher Sozialleistungen, AK)* **kann jedoch nicht durch einen Gewaltakt bewerkstelligt werden. Auch dies kann nur durch eine längerfristige Anstrengung Schritt für Schritt erreicht werden."** Die Alternative zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung durch einen Gewaltakt ist die **schrittweise soziale Demontage ...**
3. *„Deshalb ist eine Einschränkung der Möglichkeiten zum Mißbrauch des sozialen Netzes ein Gebot der Solidarität, auch wenn dies vielfach oberflächlich als unsozial abgetan wird ... Aber ohne Zweifel gibt es vielerlei Nassauer und Mitnehmer – hier liegen derzeit unangenehme, aber unausweichliche Aufgaben der Sozialpolitik."* („Vorwärts, 15/82, S. VI, VII, IX)

Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß den Delegierten in München, namentlich den „Linken", des Kanzlers und seines Atlatus' Linie nicht bekannt war. Sie mußten wissen, was mit ihren Beschlüssen passiert, und daß sie nur zur gefälligen Täuschung der den Sozialdemokraten davonlaufenden Wählern gedacht waren. Es lag ebenfalls auf der Hand, daß Schmidt und Lahnstein schon die Messer für weitere Schnitte ins „soziale Netz" wetzten, während sie ohne mit der Wimper zu zucken der sozialdemokratischen „Willens"bekundung zustimmten, keinen weiteren Sozialabbau zuzulassen. Die Arbeiterfreunde in der SPD haben fleißig an Wolkenkuckucksheimen gebastelt (Investitionskontrolle, Vermögensbildung ...) und dabei noch nicht einmal vernehmbar die Nase über die neokonservative Kloake im eigenen Lager gerümpft. Niemand ist in München aufgestanden und hat Schmidt die demagogischen „Nassauer", sein Gerede vom „Mißbrauch des sozialen Netzes" um die Ohren gehauen.

Gefolgschaftstreue, nicht Widerstand gegen den sozialdemokratischen Thatcherismus auf Raten war in München angesagt. Mag sein, daß jeder schüchterne Versuch, die Schmidtsche Krisenpolitik zu kritisieren, die sozialliberale Koalition noch mehr in Schwierigkeiten gebracht hätte. Aber auch Unterwürfigkeit rettet die Koalition und die Sozialdemokratie nicht. Sie ist überhaupt nicht mehr zu retten.

SPD am Ende

Die SPD ist nach dem Parteitag mehr denn je entschlossen, *„das soziale Bündnis von Arbeitnehmerschaft, fortschrittlichem Bürgertum, junger Generation und geistigem Deutschland immer wieder neu herzustellen."* (Münchner Erklärung) Ratlosigkeit gibt sich gern theatralisch.

Das real existierende Bürgertum z. B. zeigt der händeringenden SPD die kalte Schulter. Es konstatiert gelassen, daß sich seine Forderungen über Schmidt in der SPD eindrucksvoll durchgesetzt haben – und kommentiert seinen Sieg mit der Versicherung, daß auch so die Tage der SPD gezählt sind. Die Atomindustrie streicht die eben bewilligten 120 Millionen für den Hochtemperatur-Reaktor ein und nimmt interessiert zur Kenntnis, daß Hamburg nicht aus Brokdorf aussteigt. Die Rüstungsindustriellen sind in Bombenstimmung; das Bundeskabinett hat soeben beschlossen, daß Rüstungsgüter überall dorthin exportiert werden können, wo vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der BRD dafür sprechen.

All das, so die FAZ, kann *„die von Schmidt sonst häufig beschworene Berechenbarkeit seiner Politik kaum erhöhen."* (25.4.82) Natürlich ist Schmidts Politik berechenbar. Gegenteilige Verlautbarungen sind Ermunterungen, auf dem berechneten Weg mutig weiterzuschreiten.

Das voranschreitende Bürgertum (mit Ausnahme ihrer total vernagelten und fanatisierten Vertreter, die selbst in Schmidt noch einen Handlanger Moskaus sehen) weiß ziemlich genau, daß die SPD-Führung fest entschlossen ist, jede an sie herangetragene Forderung zu erfüllen und sich voll und ganz in den Dienst dieser aufstrebenden imperialistischen Macht zu stellen. Die Schwierigkeiten, diese Politik in der Partei durchzusetzen, werden zwar traditionell aufgebauscht, im übrigen aber nüchtern als nicht besonders gravierend eingeschätzt. Wenn die politisch handelnden Teile der Bourgeoisie und ihr Mediengefolge sich trotzdem darauf verständigt haben, das Zweckbündnis mit der Sozialdemokratie aufzukündigen, dann im wesentlichen aus folgendem Grund: Der „soziale Frieden", dieses wertvollste Geschenk, was die Sozialdemokratie dem Bürgertum anzubieten hat, könnte in Gefahr geraten, wenn Schmidt den Weg der sozialen Demontage und der Kriegsvorbereitung weitergeht. Nicht das marode Parteiengebilde SPD und ihre prokapitalistischen Macher, sondern die Anhängerschaft der Sozialdemokratie ist unberechenbar. Die Atomenergie- und Aufrüstungspoltik der Bundesregierung hat bereits eine mächtige außerparlamentarische Opposition hervorgebracht. Der vorgezeichnete Weg des sozialen Kahlschlags wird die Arbeiter zum Kampf treiben und an der sozialdemokratischen Hegemonie in den Gewerkschaften rütteln, falls die SPD weiter mitregiert und die volle Verantwortung für die Krisenpolitik zu tragen hat. Wenn die bürgerliche Klasse weiter das Bündnis mit der SPD (und der Gewerkschaftsführung) aufrecht erhalten und gleichzeitig das Risiko von Arbeiterkämpfen ausschalten will, müßte sie in der Durchsetzung ihrer Politik gewisse Tempoverluste hinnehmen, hier und da der SPD gestatten, sich gegen die gröbsten Sauereien zwitweise zur Wehr zu setzen etc. Genau dazu ist sie nicht mehr bereit. Wozu sollte sie auch? Die SPD hat es verstanden, den Reformgedanken in weiten Teilen der Bevölkerung zu diskreditieren. Sie hat sich als bessere CDU zu profilieren versucht und gerade dadurch den Reaktionären satte parlamentarische Mehrheiten verschafft. Sie hat über die Gewerkschaftsführung die Arbeiter schutzlos dem Klassenkampf von oben ausgeliefert und die größte Einheitsgewerkschaft der Welt paralysiert. Sie hat aus ihrer eigenen Partei ein Trümmerfeld gemacht, auf dem durch eine Befehl- und Gehorsam-Hackordnung immer mehr Sozialdemokraten gebrochen und resigniert zurückbleiben. Eine saubere Leistung – und sie wird belohnt werden. Spätestens nach den Hessen-Wahlen ...

Lohnrunde '82 Für die Arbeiter geht es bergab

„Die Unternehmer können mit dem Krefelder Lohnergebnis ganz gut leben ... Der gewinnträchtige Lohnkompromiß entspricht den internen Lohnvorgaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände."

So sieht die Kapitalistenzeitung „Capital" vom 12. März 1982 den 4,2-%-Abschluß der Metallindustrie, der gleichzeitig die Obergrenze der diesjährigen Lohnrunde markiert.

Neben der Bauindustrie lagen auch andere krisengeschüttelte Industriebereiche (Stahl u. a.) teilweise noch erheblich unter dem Metall-Abschluß; einige noch ausstehende Branchen dürften am Gesamtergebnis nichts mehr ändern.

Was den Kapitalisten der „freien Marktwirtschaft" als „angemessen" erschien, reichte dem Staat keinesfalls. Mit der Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 3,14 % (umgerechnet auf zwölf Monate) mutet er seinen Beschäftigten ein Ergebnis zu, das noch um ein Viertel niedriger liegt. Wie in der Weimarer Republik übernimmt auch in der derzeitigen kapitalistischen Krise der Staat ein weiteres mal die Vorreiterstellung beim Lohnabbau. Für die ÖTV-Führung ist dieses Ergebnis um so beschämender, als sie noch zum Anfang des Jahres verkündet hatte, gegebenenfalls streiken zu wollen. Am wenigsten ernst genommen wurde dieses Getöse offenbar von Kluncker selbst. Lautstark verwahrte er sich gegen Forderungen nach einem „Sonderopfer" der öffentlich Bediensteten. Als es dann um die Forderungsaufstellung ging, empfahl die ÖTV-Führung 6,5 %, womit sie bereits einen Prozentpunkt unter der IGM-Forderung lag, also genau um den Betrag, den der Staat als „Sonderopfer" angemeldet hatte. Bei dem ganzen von Kluncker aufgebauschten Streit ging es unterm Strich darum, daß dieses „Sonderopfer" nicht per staatliches Dekret, sondern in „freier Verhandlung" unter „Wahrung der Tarifautonomie" zustandegebracht werden sollte.

Krise der Lohnpolitik

Die diesjährige Lohnrunde ist vorläufiger Höhepunkt in der rückgängigen Entwicklung der Reallöhne der letzten Jahre (1980: -0,4 %; 1981: -1,3 %; 1982 — voraussichtlich —: -2,1 %). Sie fällt zusammen mit steigender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau („Operation '82") und wirkt sich von daher besonders nachhaltig auf die Lebenslage der Lohnabhängigen aus. Schon jetzt steht fest, daß durch den Lohnverzicht nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen oder sicherer gemacht wird. Alle einschlägigen Prognosen gehen davon aus, daß die Zurückhaltung bei den Löhnen zwar zu einem langsamen Anwachsen der Kapitalistengewinne führen wird, gleichzeitig aber auch zu einem weiteren A b b a u von Arbeitsplätzen.

Besonders in der jetzigen Krise erweisen sich die westdeutschen Gewerkschaften als Partner einer Politik des kapitalistischen Krisenmanagements, wie sie von der sozialliberalen Koalition in Bonn betrieben wird. Ihre Zurückhaltung in der Lohn- und Tarifpolitik (seit 1978 gab es keine nennenswerten, länger dauernden gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe) und ihre gebremsten Aktivitäten gegen den Sozialabbau stellen diese Politik nicht infrage. Der DGB trägt dazu bei, daß Staat und Kapitalisten heute einen Einbruch in das Denken großer Teile der Arbeiterklasse bewirken: Opfer beim Lebensstandard und der sozialen Sicherung werden weiterhin zumindest als „nicht abwendbar" angesehen bzw. werden teilweise schon als „vernünftig" akzeptiert.

Das westdeutsche Kapital konnte und kann es sich aufgrund seiner relativen Beweglichkeit erlauben, diesen „Umdenkungsprozeß" behutsam und über Jahre hinweg durchzuführen. Im Gegensatz zu manchen anderen kapitalistischen Gesellschaften wurde die Reallohnsenkung schrittweise durchgesetzt und nicht in einem Schub.

Daß dieser „Umdenkungsprozeß" so relativ reibungslos verläuft, ist sicherlich einer der nachhaltigsten Erfolge von Staat und Kapitalisten. Eine gewerkschaftliche Tarifpolitik, die Jahr für Jahr einen Abbau von Löhnen festschreibt und immer weniger Einfluß auf die Lebenslage der Lohnabhängigen nimmt, verliert nach und nach in den Augen der Mitgliedschaft jeden Sinn und gerät somit zwangsläufig in die Krise. Auf der Suche nach neuen „Begründungen" für ihre Sanktionierung der Lohnraubpolitik hat sich die DGB-Führung bei der diesjährigen Lohnrunde einiges einfallen lassen.

Alle neuen tarifpolitischen Vorschläge, die durchweg aus dem rechten Gewerkschaftsspektrum stammen, machen deutlich, daß die DGB-Führung an alles andere als eine „Rückbesinnung" auf die gewerkschaftliche Kampfkraft denkt.

Auf der Suche nach neuen Wegen

Drei Stationen der Lohnrunde 1982 deuten die neue Richtung gewerkschaftlicher Tarif- und Lohnpolitik an.
— Zum ersten Mal bietet die Gewerkschaft an, unter bestimmten Bedingungen auf einen Teil des Lohnes freiwillig zu verzichten. Einmal, wie es heißt, um Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Gemeint ist die IG Chemie, die angeboten hat, bei den laufenden Tarifrunden neben den Löhnen auch über eine Tarifrente zu verhandeln.

Zwar wurde ihr konkreter Vorschlag vorerst von den Chemiekapitalisten verworfen, keinesfalls aber aus prinzipiellen Erwägungen heraus. Weitere vergleichbare Tarifrentenmodelle werden derzeit diskutiert (z. B. das Döding/Ehrenberg-Modell). Tarifrente besagt im Kern, daß alle Lohnabhängigen auf einen Teil der Tariferhöhung verzichten, um damit die Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Daß dabei ältere Arbeiter (soweit sie mit zusätzlichen Lohn- und Renteneinbußen einverstanden sind), früher aus dem Betrieb ausscheiden und ihre Stellen gegebenenfalls früher neu besetzt werden können, ist dabei nur das Bonbon, wird aber in der Praxis keine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes bringen.

Letzteres würde allerdings bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit der Fall sein.

— 1982 ist aber gleichzeitig das Jahr, in dem der Kampf um die 35-Stunden-Woche endgültig zu Grabe getragen wurde. Lediglich der IG-Druck-Vorsitzende Mahlein hält heute noch an Appellen zur Solidarität aller Einzelgewerkschaften zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche fest, er steht damit jedoch am Rande.

Auch beim IGM-Vorstand (die Konzentration auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche war jahrelang das Argument gegen andere Tarifkämpfe!) stößt er inzwischen auf taube Ohren. Der liebäugelt inzwischen ebenso mit den Modellen der Tarifrente.

Nachdem der erste Vorstoß zur Einführung der Tarifrente gescheitert ist, werden jetzt auf Bezirksebene die Weichen gestellt. Als erster IGM-Bezirk hat sich inzwischen Köln dazu entschieden, 1983 in die Tarifverhandlungen die Tarifrente mit einzubringen („Westdeutsche Zeitung", 28.4.82).

— Eher noch am Rande notiert, aber dennoch nicht unbedeutend ist ein weiterer tarifpolitischer Vorstoß aus dem rechten Gewerkschaftsspektrum. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil/Bekleidung Keller regte für die diesjährige Verhandlung das Modell eines sogenannten „Investivlohns" an. Neu ist dieses Modell nicht. Vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung schon 1972 vorgestellt und wenig später von der CDU in ihr vermögenspolitisches Programm übernommen, ist es jetzt erstmals in wesentlichen Teilen von einem Gewerkschaftsvertreter übernommen worden. Der „Investivlohn" sieht eine Aufspaltung der Tarifverträge vor, wonach ein Teil des Lohns in das jeweilige Unternehmen investiert wird. Die Restauszahlung des Lohns erfolgt — in seiner Höhe von der Ertragslage des Betriebes abhängig — dann erst ein Jahr später.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Tarifabschlüsse und Schlichtungen 1982

Bereich	Gewerk.	Betr.	Ergebnis
Textilreinigungsgewerbe	GTB	34200	4,2%, Erhöhung des Urlaubsg.
Hauswirtschaft, Bayern	NGG	30000	4,5%, Erweiterung der Altersstaffel, Verkürzung der tarifl. Arbeitszeit von 42 auf 40 Std.
Deutsche Seeschiffahrt	ÖTV	31700	4,3%, Erhöhg. d. Verpflegungsg.
Priv. Bankgewerbe	HBV	316000	4,2%, Verlängerung d. Urlaubs
Einzelhandel, Hessen	HBV	124000	4,35%
Großhandel, Hessen	HBV	100000	4,35%
Großhandel, Bayern	HBV/ÖTV	180000	4,2%
Fleischerhandwerk, Nieders.	NGG	19100	7,0% einschl. Lohnausgleich f. Arbeitszeitverkürz. (4,4% f. Ang.)
Fleischerhdw., Hessen	NGG	11300	4,1%
Tischlerhdw., Südbaden	GHK	1500	3,02%; 1,85% Stferh. ab 1.12.82
Tischlerhdw., Schl-H.	GHK	4000	3,34%; 1,55% Stferh. ab 1.5.82
Tischlerhdw., Rh-Pflz	GHK	8700	2,86%; 1,9% Stferh. ab 1.10.82
Tischlerhdw., Saar	GHK	2400	3,18%; 1,59% Stferh. ab 1.11.82
Papier- u. Pappeverarb.	Drupa	108500	4,2%
Holzverarb. Ind., Nieders.	GHK	15400	4,7% i. Durchschn., Neuregelung d. Akkordarb., bez. Pause 15 min/Sch.
Holzverarb. Ind., Nordrh.	GHK	6500	4,75%
Metallindustrie	IGM	3933300	4,2%, f. d. Mon. Februar 120 DM
Feinstblechind. Nieders.	IGM	4500	4,5%
Eisen- und Stahlind.	IGM	200200	4,2%, Laufzeit 14 Monate
Sägeindustrie, NRW	GHK	12100	3,99%, Stuferh. 0,66% ab 1.11.82
Bauindustrie*	BSE		3,5%, Stuferh. 0,7% ab 1.10.82
Druckindustrie	Drupa		4,2%
Öffentlicher Dienst*	ÖTV		3,6%, Einmalzahlung 40 DM
Versicherungen	HBV	200000	4,2%
Bäckerhandwerk, Nieders.	NGG	25000	4,52%, Arbeitszeit f. Verkäuferinnen von 41 auf 40 Std.

* Bisher erst Schlichtungssprüche, denen aber die Gewerkschaftsvertreter zugestimmt haben.

(aus KVZ-Extra, 1.5.82)

„Behaltet euren Sozialplan — Wir wollen unseren Arbeitsplatz"

Nach den Massenentlassungen bei Triumpf-Adler (1.600) und den Vereinigten Deutschen Metallwerken VDM (1.700) rollt die Welle von Betriebsstillegungen, Massenentlassungen usw. in Betrieben der Frankfurter Metallindustrie weiter. Die Situation auf dem Frankfurter Metall-Arbeitsmarkt ist so verheerend, daß eine Entlassung auf unabsehbare Zeit zur Dauerarbeitslosigkeit wird: 60 % der entlassenen VDM-Kollegen haben bis jetzt noch keine neue Stelle gefunden.

In dieser Situation führte die geplante Verlagerung einer Teilproduktion bei Rockwell-Golde in Frankfurt zu einer mehrtägigen Werkstorbesetzung. Rockwell-Golde ist ein Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie und stellt Schiebedächer und Fensterheber (VW Golf und Volvo) her. Die Firma gehört zum Rockwell-Konzern, der weltweit 100.000 Menschen beschäftigt (Rockwell produziert in den USA das Space-Shuttle-Programm). Im Februar wurde bekannt, daß von den 340 Kollegen im Frankfurter Werk 115 entlassen werden sollten, weil die Geschäftsleitung die Fensterheberproduktion nach Como/Italien verlagern wollte. Nachdem der Betrieb von 900 Beschäftigten (1974) auf 340 „runtergefahren" und die Belegschaft schon dreimal mit Sozialplänen verkleinert wurde (jedesmal sollten die restlichen Arbeitsplätze dadurch „gesichert" werden), lehnte der Betriebsrat diesmal von Anfang an Verhandlungen über einen Sozialplan und Massenentlassungen ab. In deutlichem Unterschied zur Strategie der IGM-Ortsverwaltung, die in allen bisher stattgefundenen Konflikten bestenfalls auf einen höheren Sozialplan orientierte, klärte der Rockwell-Betriebsrat die Kollegen von Anfang an darüber auf, daß der beste Sozialplan nichts nütze, wenn anschließend Dauerarbeitslosigkeit kommt. Neben dem Betriebsrat waren es auch ehemalige und heute arbeitslose VDM-Kollegen, die ihre Erfahrungen weitergaben und in Flugblättern und Gesprächen die Kollegen informierten.

In einer Phase gesteigerter Unruhe im Betrieb begann die Geschäftsleitung mit einer Reihe von Provokationen (Feststellung von „Rädelsführern" in Diskussionen u. ä. m.) und ging schließlich soweit, eine Werkshalle abzuschließen, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter an den Maschinen „vergreifen". Mit dieser kalten Aussperrung war der Bogen überspannt: Sofort wurden die Werkstore besetzt und die Abfahrt fertig beladener LKWs verhindert. Nach fünftägiger Torbesetzung, Nervenkrieg und Verhandlungen endete der Kampf schließlich mit einem Teilerfolg:
— die angekündigten Entlassungen sind „zunächst" vom Tisch;
— die Streiktage werden bezahlt, und es gibt keinerlei arbeitsrechtliche Maßnahmen.

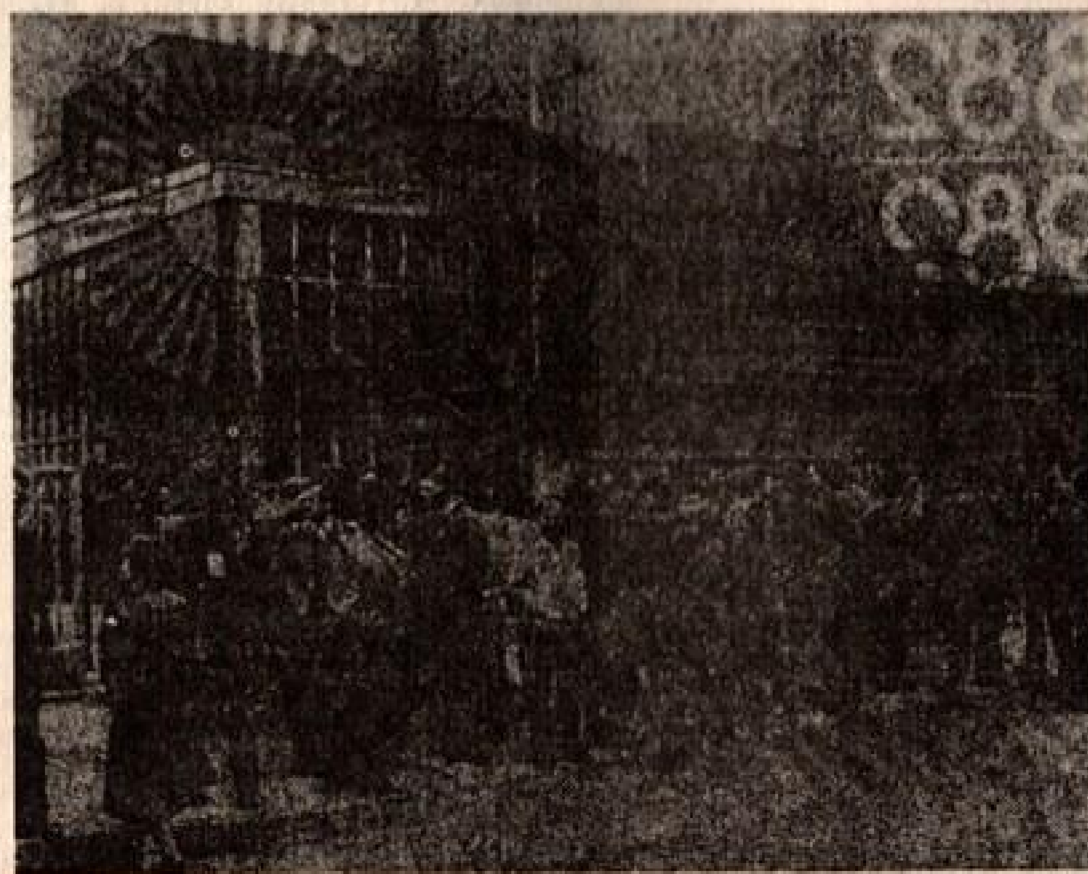
Die Kröte, die die Kollegen schlucken sollen, besteht darin, daß über die Wegrationalisierung von 50 bis 70 Angestelltenarbeitsplätzen verhandelt werden soll. Außerdem soll versucht werden, mit anderer Produktion des Konzerns und Kurzarbeit eine „Durststrecke" bis 1984 zu überbrücken. Die kämpferischten Teile der Belegschaft (vor allem türkische Kollegen) haben bis zum Schluß versucht, uch diese Punkte vom Tisch zu bekommen, was ihnen aber nicht gelungen ist. Insgesamt kann man aber von einem beachtlichen Teilerfolg ausgehen. Vor allem die enorme Geschlossenheit und Zielstrebigkeit hat dazu geführt, daß der Kampf der Rockwell-Kollegen große Anerkennung unter den Frankfurter Metallern und darüber hinaus gefunden hat.

Mit Sicherheit hat der Ausgang des Konflikts bei Rockwell-Golde auch die Auseinandersetzung bei DEMAG/Mannesmann beeinflußt. Bei der DEMAG sind ca. 630 Kollegen beschäftigt. Die Produktion soll teilweise in ein Zweigwerk in Simmern/Hunsrück verlagert werden. Insgesamt geht es um 200 Arbeitsplätze. Die Belegschaft sieht diese Verlagerung als die Vorstufe zum endgültigen „Aus" für das Frankfurter Werk an. Ähnlich wie bei VDM kursieren auch bei DEMAG Gerüchte über einen möglichen Verkauf des günstig gelegenen Firmengeländes.

Nachdem es am 16. April einen kurzen Warnstreik gab, herrschte zunächst wieder Ruhe, bevor am 28. April eine Torbesetzung begann, die bis zum 10.5. andauerte. Auch dieser Kampf hat die Unterstützung anderer Belegschaften. Ähnlich wie bei VDM hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Im Unterschied zu den Auseinandersetzungen bei Triumpf/Adler, VDM und Rockwell, wo die IGM-Ortsverwaltung sich zum Teil in skandalöser Nichtstuerei bzw. Abwiegelei hervortat, unterstützt sie die Torbesetzung bei der DEMAG.

So an die Spitze gespurtet, kontrolliert sie allerdings auch recht gut die Entwicklung der Auseinandersetzung. Als „joker" in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung präsentierte die Ortsverwaltung Eugen Loderer, der als stellvertretender Vorsitzender im Mannesmann-Aufsichtsrat sitzt.

Günther Otto, 1. Bevollmächtigter der Frankfurter IGM, behauptet, Loderer sei vom Mannesmann-Konzern „nur unvollkommen" informiert worden (?). Zu den angekündigten und am 6. Mai ausgesprochenen fristlosen Kündigungen von 18 Torbesetzern meinte Otto noch am 30.4.: „ ... *ein Weltunternehmen wie Mannesmann könne es sich wohl kaum leisten, durch fristlose Kündigungen und andere Maßnahmen gegen die beteiligten Arbeitnehmer in Frankfurt vorzugehen*" (nach „Frankfurter Neue Presse" vom 30.4.).



Ob es der IGM-Spitze gelingt, mit solchem Schnick-Schnack ihr ramponiertes Image wiederherzustellen, darf bezweifelt werden.

Dies wird auch davon abhängen, welches Ergebnis bei der Beendigung des Kampfes am 10.5. tatsächlich erzielt wurde. Angeblich sollen die Entlassungen auf ca. 50 Kollegen (nach anderen Informationen: 30) beschränkt werden. Das Frankfurter Werk soll nicht geschlossen werden und „andere Produktionen" übernehmen. Die Streiktage werden n i c h t bezahlt, die fristlosen Kündigungen hingegen zurückgenommen; arbeitsrechtliche Konsequenzen soll es nicht geben.

„Ruhe" wird damit wohl kaum in der Frankfurter Metallindustrie einkehren. Es wird bereits gemunkelt, daß als nächstes bei Hartmann & Braun sowie bei VDO Entlassungen anstünden.

Unter Betriebsräten und Gewerkschaftern kursiert nun das Schlagwort vom „neuen Bewußtsein", das man heute, in der Krise, brauche. Dies, so war in einer Rundfunksendung am 2. Mai zu hören, betreffe auch das Verhältnis zwischen ausländischen und deutschen Kollegen. In den Kämpfen habe es keine nationalen Vorurteile gegeneinander gegeben. Nur gemeinsam sei man stark.

Schade, daß so etwas nur im „Programm für unsere ausländischen Mitbürger" zu hören ist.

KB/Gruppe Frankfurt

Fälschung — oder: Mit welchen Methoden im DGB Politik gemacht wird

Ob nun in Sachen „kommunistischer Unterwanderung", zum Thema Atomkraftwerke, Wohnungs- oder Friedenskampf — eine Zeitschrift im ohnehin nicht gerade pluralistischen Blätterwald des DGB hebt sich dennoch von allen ab. Gemeint ist die IG Bergbau und Energie (IGBE) und ihre rechte Kampfschrift, die „einheit". Wo immer es um die Behandlung gesellschaftlicher Minderheiten, um außergewerkschaftliche politische und soziale Bewegung geht, drischt sie drauf los und überschreitet nicht selten auch Schwellen, die selbst Springers „Bild" aus Opportunitätsgründen von Zeit zu Zeit berücksichtigen mag. Daß auch hinsichtlich der journalistischen Methoden die Redakteure der „einheit" einen Vergleich mit Springers Schreiberlingen keineswegs zu scheuen brauchen, verdeutlicht schon ein kurzer Blick in diese Zeitung.

Daß hier wie dort gelogen, zensiert, entstellt wird, beweist das nachstehende Schriftstück von Georg Benz (Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGM und hier verantwortlich für die Jugendarbeit) an seinen Kollegen Heinz-Werner Meyer (geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IGBE). Es ist datiert auf den 11. November letzten Jahres, gelangte aber erst jetzt auf Umwegen an die Öffentlichkeit (dokumentiert in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", Heft 4/82). Benz beschränkt sich in seinem Brief auf die Behandlung der DGB-Jugendarbeit durch die „einheit" und konzentriert sich im wesentlichen auf zwei Punkte, an denen er der „einheit" Zensur und gröbste Fälschung nachweist. Insgesamt hat Benz seinem Brief elf derartige Artikel als Kopie beigefügt (liegen uns nicht vor). Elf Artikel allein aus den letzten Publikationen der „einheit", und das wohlgemerkt nur zum Thema Jugendarbeit des DGB.

Worum ging es?

Benz Kritik richtet sich allgemein gegen die rechtslastige und entstellende Darstellung der DGB-Jugendarbeit in der „einheit". Der konkrete Anlaß seines Briefes ist deren Berichterstattung über das IBFG-Jugendtreffen Ende August 1981 in Sevilla, der für ihn das Faß zum Überlaufen brachte.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung in Sevilla stand die Diskussion und Verabschiedung einer Resolution zum Thema Frieden und Abrüstung. Schon im Vorfeld scheiterte der Versuch der Rechten, die Jugenddelegationen der Einzelgewerkschaften auf eine gemeinsame „ausgewogene" Resolutionsvorlage festzulegen. Versuche des DGB-Bundesjugendsekretärs Brauser, im Einklang u. a. mit den Vertretern der IGBE, eine besondere Bedrohung durch die Sowjetunion (SS 20) in die Debatte zu bringen und in der Resolution zu verankern, scheiterten an den Mehrheitsverhältnissen in Sevilla. Während sich schließlich auch die Mehrheit der westdeutschen Delegierten auf eine Resolution einigte, in der u. a. die einseitige Abrüstung des Westens gefordert wurde, erntete Brauser für seine Ausführungen Mißfallenskundgebungen.

Dies war der Anlaß für eine Artikelserie in der „einheit", in der die Mehrheit der westdeutschen Delegierten als „Friedensimperialisten" diffamiert wird, wobei auch behauptet wird, daß vor allem hauptamtliche Jugendsekretäre der „dogmatischen Linie" gefolgt wären und dabei Absprachen gebrochen hätten.

Ganz gezielt pickte sich dann die „einheit" Exponenten der Mehrheitslinie der westdeutschen Delegation heraus. Neben Horst Richter (IGM-Bundesjugendsekretär) wurde auch Georg Benz angeschossen.

Sevilla war für die „einheit" willkommener Anlaß, das Gespenst von der „kommunistischen Unterwanderung" auszumalen und dabei zunehmend Vertreter kritischer Positionen auf höherer Funktionärsebene ins Schußfeld zu bringen.

Der DGB steigt ein

Die Berichterstattung von Norbert Römer in der „einheit" schien der Mehrheit der DGB-Führung so zu gefallen, daß derselbe Autor nunmehr auch die Möglichkeit bekam, seine Ansicht über Sevilla auch noch in der DGB-Funktionärszeitschrift die „Quelle" zu publizieren, ohne daß der Mehrheit Gelegenheit gegeben wurde, ihre Position darzustellen. Die von Römer ausgedachten Stories wurden hier erneut aufgetischt, die Namen Benz und Richter wurden auch hier angeführt. Die hierauf aufbauende Kommentierung der Ereignisse in Sevilla waren damit offizielles „Allgemeingut" des DGB und so konnte sie nunmehr ohne Bedenken auch von Zeitungen wie der „Frankfurter Rundschau" — die Positionen, wie sie in der „einheit" vertreten werden, eher reserviert gegenübersteht — publiziert werden.

Der massive Druck auf die höhere Funktionärsebene der DGB-Jugendarbeit hat sicher mit dazu beigetragen, daß sich praktisch alle DGB-Jugendsekretäre (mit Ausnahme von Horst Richter — IGM — und Detlef Schmidt — HBV —) der Einzelgewerkschaften in der Jugendfunktionärszeitung „Solidarität" (Ausgabe 9-10/81) genötigt sahen, sich direkt oder indirekt von der westdeutschen Delegationsmehrheit zu distanzieren. Die Auswertung von Sevilla wurde somit gewerkschaftsintern eindeutig ein Punktsieg der Rechten. Auch die Tatsache, daß auf der nachfolgenden Bundesjugendkonferenz im November ein Beschluß zum Thema Frieden und Abrüstung nicht zustande kam und somit der DGB-Jugend in dieser Frage weiterhin die Hände gebunden sind, dürfte ebenso zu den „Nachwirkungen" von Sevilla gehören.

Schweigen im Walde ...

Im Gegensatz zur „Bild"-Zeitung, deren Lumpenjournalismus hin und wieder durch Enthüllungen a la Walraff aufgedeckt wird, scheint die Gefahr einer Veröffentlichung vergleichbarer Fälle bei der Gewerkschaftspresse kaum zu bestehen. Der Brief von Benz war lediglich für die Mitglieder des IGM-Vorstands gedacht, also keineswegs für die (Gewerkschafts-)öffentlichkeit.

Benz ist in dieser Angelegenheit ein Beispiel für das Verhalten vieler Kritiker im DGB. Im falschen Verständnis von „Einheitsgewerkschaft" legen sie sich Zurückhaltung auf bis hin zur Selbstzensur, während die Rechten im DGB öffentlich draufloshauen und — wie im dokumentierten Brief geschehen — dabei selbst hohe Funktionäre anderer Gewerkschaften namentlich diffamieren, entstellen und zensieren. Die unheilige Allianz von schweigsamer Abstinenz über stille Toleranz bis hin zur offenen Deckung sorgt dafür, daß solche Schweinereien nie oder höchst selten und durch Zufälle an das Licht der (Gewerkschafts-)öffentlichkeit gelangen. Dies ist gewiß eine Ermutigung der Rechten, mit diesen Methoden auch weiterhin „Gewerkschaftsmeinung" zu produzieren.

Trotz Nachweises von Georg Benz wurde die auf Fälschungen aufgebaute Berichterstattung von Römer nicht richtiggestellt. Der Brief, der dies dokumentiert, ist schlichtweg ignoriert worden. Offensichtlich gehört dieser Vorfall zu einem der zahlreichen Kapitel des DGB, in denen er sich seine eigenen Gesetze gibt; in diesem konkreten Fall schien es halt opportun, selbst einfachste Geflogenheiten bürgerlichen Presserechts für sich außer Kraft zu setzen. Die DGB-Führung deckt nachgewiesene Fälschungen, wenn es in ihr politisches Kalkül paßt.

Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, wer heute mit seiner Position in den Führungsetagen der „größten Friedensbewegung" gefragt ist. Die DGB-Linke täte gut daran, ihre falsch verstandene Zurückhaltung aufzugeben, die Machenschaften, mit denen solche Positionen nach oben gepowert werden, aufzudecken und ö f f e n t l i c h zur Diskussion zu stellen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gegendarstellung

„Zumutbar: Ehrenberg auf den Bau" überschreibt der ARBEITERKAMPF 220 eine Polemik, in der der Eindruck erweckt wird, einem ehemaligen Minister könne aufgrund der neuen Zumutbarkeitsbestimmungen ein Wechsel zur Arbeiterrentenversicherung und eine Aushilfstätigkeit auf dem Bau zugemutet werden. Der Zweck dieser und ähnlicher tendenziöser Veröffentlichungen („Sozialstaat gerupft", „Sozial- abbau" etc.) ist es, Unsicherheit unter den abhängig Beschäftigten zu verbreiten und die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition in den Dreck zu ziehen. Tatsache ist, wie ich schon bei der Vorstellung des sich aus der 'Operation '82' ergebenden neuen Sozialversicherungsrechts sagte, daß unsere soziale Sicherheit Bestand hat.

Da Sie sich in der Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF 220 mit meiner Person auseinandersetzten und die Vision einer Abqualifizierung zu einer Aushilfstätigkeit auf dem Bau entwarfen, will ich Ihnen an diesem Beispiel aufzeigen, daß die soziale Absicherung in der Bundesrepublik in keiner Weise dem von Ihnen entworfenen Horrorgemälde entspricht.

Tatsache ist, wie Sie schon richtig vermuteten, daß ich als Minister aus dem Kabinett Schmidt ausgeschieden bin. Sie verkennen aber völlig das System der sozialen Sicherung, wenn Sie davon ausgehen, daß ich, nachdem ich am 29.4. aus der Hand unseres Bundespräsidenten meine Entlassungsurkunde in Empfang genommen hatte, den Weg zum Arbeitsamt antreten mußte. Unser sozialer Rechtsstaat ermöglicht mir für drei Monate den Weiterbezug meines Ministergehalts in Höhe von 16.500 DM monatlich. Da ich auch dem 8. Deutschen Bundestag als Abgeordneter angehöre, beziehe ich zusätzlich Abgeordnetendiäten in Höhe von 3.750 DM sowie eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 4.500 DM. Nach dieser Drei-Monats-Frist erhalte ich für die Dauer von 33 Monaten das um die Hälfte gekürzte Ministergehalt, also monatlich 8.250 DM, wozu dann noch die Abgeordnetendiäten zu rechnen sind. Wenn dieses Übergangsgeld in drei Jahren ausläuft, so werde ich knapp 7.000 DM Ruhegeld erhalten. Sollte ich auch in den 9. Deutschen Bundestag gewählt werden, so betrüge mein Einkommen 7.000 DM Pension, 3.750 DM Abeordneten-Diäten sowie 4.500 DM Aufwandsentschädigung, was zusammen ungefähr 15.000 DM ausmacht.

Ich gebe gerne zu, daß nicht alle Bundesbürger, die eine Arbeit aufgeben müssen, derart gut gestellt sind. Nur kam der Versuch, das System unserer sozialen Sicherung gerade am Beispiel meiner Person in den Schmutz zu ziehen, von Ihnen.

Ich erwarte, daß Sie diese sachlichen Richtigstellungen Ihren Lesern zur Kenntnis geben.

Herbert Ehrenberg

Liberty und DGB

Der Anteil des DGB an Restauration und Remilitarisierung — seine Zusammenarbeit mit den amerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO und der CIA



Über die Rolle der SPD an der Restauration der alten kapitalistischen Machtverhältnisse sowie der Remilitarisierung in der BRD ist heute zumindest einiges bekannt, über den Anteil und die Rolle des DGB dagegen viel zu wenig.

Wenn überhaupt, so steht im Mittelpunkt der Kritik an der damaligen Politik der DGB-Führer der Vorwurf der „Halbherzigkeit", ihrer mangelnden Entschlosenheit also, alle Kampfmöglichkeiten einzusetzen (bis hin zum Generalstreik), um diese Entwicklung zu verhindern, ihre Fixierung auf das Parlament, der reine Appellationscharakter ihrer Forderungen usw.

Im Grunde ist diese „Kritik" verschleiernd, denn sie unterstellt der damaligen DGB-Führung, überhaupt ein grundlegendes politisches Interesse an der Verhinderung von Restauration und Remilitarisierung gehabt zu haben. Das teilweise wortradikale Getöse einiger Gewerkschaftsführer zu diesem Thema, einige Resolutionen usw. müssen als Beleg für diese Behauptung herhalten. Gescheitert sei dieser „Kampf", weil diesen Entwicklungen aufgrund der reformistischen Illusionen und Beschränkungen des DGB-Apparats nicht konsequent genug entgegengetreten werden konnte. Eher umgekehrt wird ein Schuh draus: Denn gerade weil sie Reformisten sind, haben die DGB-Führer nie auch nur beabsichtigt, die Wiederherstellung der alten Verhältnisse oder die Aufstellung einer Armee aufzuhalten oder zu verhindern. Denn der Reformismus kann als politisches System und als Apparat nur im Rahmen der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft leben und hat daher nie Schwierigkeiten mit der Einsicht in Notwendigkeiten kapitalistischer Politik gehabt. Seine Funktion besteht vor allem darin, die Arbeiter mit den Erfordernissen und geforderten Opfern dieser Politik auszusöhnen, zumindest aber ihren Widerstand „in Grenzen" zu halten. Das gilt besonders für die Geschichte des deutschen Reformismus und erst recht für die von extremem Antikommunismus und — als Gegenstück dazu — extremer prowestlicher (= kapitalistischer) Orientierung geprägten westdeutschen DGB-Führer.

Die Remilitarisierung (mit dem offiziellen Nato-Beitritt 1955) signalisiert nur das Ende einer Phase, in der sich der alte deutsche Imperialismus (wenn auch auf kleinerem Territorium) innen- und außenpolitisch restauriert hatte und sich nun mit dem Aufbau einer Armee daranmachte, die alten Ziele, nunmehr an der Seite des US-Imperialismus, zu verfolgen.

Alle entscheidenden Schritte, die in diese Richtung führten — die Westintegration, Gründung eines westdeutschen Teilstaates, Beibehaltung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, stramme antikommunistische Ausrichtung im Inneren usw. — wurden von der DGB-Führung nicht etwa nur geduldet, sondern aktiv befürwortet und durch entsprechende Maßnahmen unterstützt. D.h. natürlich nicht, daß sie in allen Fragen mit der offiziellen Poli-

durch entsprechende Maßnahmen unterstützt. D.h. natürlich nicht, daß sie in allen Fragen mit der offiziellen Poli-

tik konform gingen; ihre Vorstellungen stellten sie jedoch überhaupt nicht grundsätzlich in Frage, sondern waren nur reformistische Varianten dieser Politik. Selbst mit ihren Reformvorschlägen lagen die Gewerkschaftsführer allerdings sehr schnell auf dem Bauch, begriffen sie es doch als ihre Hauptaufgabe, für Ruhe an der „Arbeitsfront" zu sorgen, um eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung der imperialistischen Ziele zu schaffen.

Einen nicht unerheblichen Anteil an der Entwicklung dieser Politik hatten die Westallierten, vor allem die USA und England. Es ist eine irrige Annahme, die DGB-Gewerkschaften seien nach 1945 aus den Betrieben und ihren Kämpfen entstanden. Betriebsräte, Antifaschistische Ausschüsse und lokale gewerkschaftliche Gruppen drückten hier vielmehr den direkten Willen der Arbeiter aus. Tatsächlich wurde der DGB-Apparat von denselben sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern aufgebaut, die schon in der Weimarer Republik an der Spitze standen und die Arbeiterbewegung dem Faschismus ans Messer lieferten (deshalb ist es auch sinnvoll, kurz auf diese Phase einzugehen). In der Gewerkschaftsspitze und ihrer politischen Orientierung gab es also eine personelle und politische Kontinuität.

Neu war allerdings, daß von der ersten Stunde an die Westallierten entscheidenden Einfluß auf Politik und Aufbau der westdeutschen Gewerkschaften nahmen, vor allem im Sinne einer strikten antikommunistischen Ausrichtung. Hier kam ihnen ein Geflecht politischer und personeller Bindungen zugute, das sich während der Exilzeit sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer in ihren Gastländern herausgebildet hatte. Der englische und amerikanische Geheimdienst, die britischen und amerikanischen Gewerschaften (die ja bekanntlich engstens mit dem Geheimdienst kooperieren) und verschiedene Stellen und Organisationen der westlichen Militärregierungen in den Westzonen standen Pate bei der Entwicklung des DGB-Apparates.

Der Untergang

„Rat- und Hilflosigkeit ... herrschten bei denen, die das Verhängnis sahen, ohne die Kraft zum Widerstand zu finden", so beschreibt die IG Metall in einer Jubiläumsschrift die Haltung des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik) zur Errichtung der faschistischen Diktatur 1933. Diese Art von „Geschichtsschreibung" soll offensichtlich die wirkliche Rolle der Gewerkschaftsführer bei Vorbereitung und Errichtung des Faschismus verschleiern helfen.

Schon vor dem Januar 1933 unterstützte die ADGB-Führung mehr oder weniger stark verschiedene Notstandsregierungen und erwog sogar den Eintritt ihres Vorsitzenden Leipart in ein Kabinett (diese Regierungen herrschten nur noch mit sogenannten Notvollmachten und ebneten Hitler den Weg). Diese Politik des „Burgfriedens" mit den reaktionärsten Kräften, das Angebot der Gewerkschaftsführer, den ADGB direkt in den Staat zu integrieren, führte zu zunehmenden Differenzen mit der SPD, deren Vorwürfe allerdings von Leipart selbstbewußt abgebügelt wurden: *„Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen"*. Bei der NSDAP, deren

bügelt wurden: „Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen". Bei der NSDAP, deren

Machtübernahme unmittelbar bevorstand, rief diese Erklärung helles Entzücken hervor: *„.... Sie eröffnen weite Ausblicke in die Zukunft"* (beides zit. nach H.Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, S.99).

In der Tat: Als am 30. Januar Hitler die Macht übernahm und große Teile der Arbeiterklasse auf ein Zeichen aus den Gewerkschaftszentralen zum aktiven Widerstand und Niederschlagung der Nazi-Diktatur warteten, wiegelten die Gewerkschaftsführer ab: „Kühles Blut und Besonnenheit ist erstes Gebot", „Organisation nicht Demonstration, das ist die Parole der Stunde". Zwar seien die Forderungen nach Generalstreik „menschlich begreiflich", aber die Gewerkschaften würden „die Interessen der deutschen Arbeiter schädigen, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden" (alles ADGB-Zitate, nach Heer, S.101).

Trotz des faschistischen Terrors gegen Gewerkschafter, Massenverhaftungen, Totschlag und Verwüstungen vieler Gewerkschaftshäuser durch SA-Banden, bot Leipart Hitler am 21. März schriftlich die **Mitarbeit** des ADGB als unpolitischen Verband in der Nazi-Diktatur an; am 29. März sagte er abermals Hitler die endgültige Lösung von der SPD zu (Heer, S.106). In Hamburg wurde diese Unterwerfungspolitik konsequent in die Tat umgesetzt: Im April '33 sagten sich in der Bürgerschaft die fünf gewerkschaftlichen Vertreter von der SPD-Fraktion los, getrieben von der vagen Hoffnung, so den Bestand ihres gewerkschaftlichen Apparates zu sichern (J.Klein, Hand in Hand gegen die Arbeiter, S. 197).

Die ADGB-Führer hatten mit dem Faschismus ihren Frieden geschlossen. *„Die Forderung eines gesunden Staates und Volkes"*, also die faschistische „Volksgemeinschaft" war das erklärte Ziel der Führer. Geschachert wurde mit den Nazis um den Erhalt des bürokratischen Apparates, dessen Nutzung die Gewerkschaftsführer den Nazis für die Verwirklichung ihrer Ziele anboten. Daß sie sich dabei durchaus über die Art dieser faschistischen Ziele keinen Illusionen hingaben, zeigen folgende Auszüge aus der Gewerkschaftszeitung vom 15. April 1933:

Ohne die Arbeiterschaft sei *„weder eine friedliche Entfaltung noch eine kriegerische Auseinandersetzung der Nation möglich. Beides, die friedliche Entwicklung wie die gewaltsame Lösung, liegen im Schoße der nächsten Zukunft. ... Man erinnere sich, daß die Haltung der deutschen Arbeiterschaft beim Ausbruch des großen Krieges 1914 zunächst unsicher, abwartend, differenziert war. Erst die Stellungnahme der Spitzenverbände, der damaligen Generalkommission der Gewerkschaften, gab der schwankenden Massenstimmung die einheitliche Willensrichtung. So vollzog sich das „deutsche Wunder", die überwältigende Einmütigkeit eines Volkes, die nicht wenig zu den strategischen Erfolgen beitrug. ... Die positive Einstellung der Arbeiterschaft zu gemeinsamen nationalen Aufgaben (ist) nur durch die zentrale eigene Willensbildung gewährleistet"* — damit war der ADGB gemeint (zit. nach Heer, S. 174f).

Diese Herren haben gewußt, welche *„gemeinsamen nationalen Aufgaben im Schoße der Zukunft"* der Welt bevorstanden — und boten kaum noch verdeckt den Faschisten geflissentlich ihre Dienste als Vollzugsgehilfen an!

Geholfen hat's ihnen allerdings auch nicht mehr allzu viel: Nachdem der ADGB die deutsche Arbeiterklasse noch zur „Pflichtteilnahme" an den faschistischen Maifeiern 1933 aufgerufen hatte, wurde er am 2. Mai verboten . . .

Die Gewerkschaftsführer hatten allerdings unter dem neuen Regime ein anderes Schicksal als die meisten deutschen Arbeiter und Widerstandskämpfer zu tragen. Hohe Funktionäre, vor Gericht gestellt, wurden freigesprochen bzw. mit „milden" Urteilen bedacht. Vielen gelang — z.T. nicht ohne „Fluchthilfe" der Nazis — der Sprung ins Exil. Einige stellten sich dem faschistischen Staatsapparat weiter zur Verfügung, sei es als „Orientalisten" im Auswärtigen Amt (Furtwängler) oder als faschistische Hetzer für die Nazi-Großraumpolitik (W.Pahl, der übrigens — nicht repräsentativ, aber bezeichnend — bis 1952 Chefredakteur des theoretischen DGB-Organs „Gewerkschaftliche Monatshefte" war).

Es ist sinnvoll, sich dieser Entwicklung vor 1933 zu erinnern, wenn man die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Gewerkschaften richtig verstehen will, denn zwischen beiden besteht eine enge politische und personelle Kontinuität.

Natürlich hat es viele Gewerkschafter gegeben, die gegen den Faschismus kämpften und von denen viele ihr Leben ließen, aber es waren Gewerkschafter, die keinerlei Einfluß auf die Politik des ADGB hatten — und nach der Niederlage des deutschen Faschismus auch keinen Einfluß im neuen DGB erlangten. E.Schmidt hat in seinem Buch ‚Die verhinderte Neuordnung' (S. 48ff) nachgewiesen, daß es diejenigen ADGB-Führer waren, die mit den Faschisten paktierten, die später den DGB aufbauten. Für die Entwicklung in der BRD hatte das weitreichende Folgen.

Gewerkschaftsführer im Exil — die Restauration wird vorbereitet

Die meisten ADGB-Führer emigrierten ins Ausland, wo sie eigene Gewerkschaftsgruppen aufbauten. Die wenigen Verbindungen zu den in Deutschland kämpfenden illegalen Gewerkschaftsgruppen brachen — vor allem nach Ausbruch des 2. Weltkrieges — aufgrund des faschistischen Terrors schnell ab, so daß sich die Arbeit der Exilgruppen auf die gegenseitige Emigrantenhilfe und die Erarbeitung von Vorstellungen für die Nachkriegsentwicklung konzentrierte.

Größere Gruppen gab es in den USA, England, Schweden, Frankreich und der Schweiz, wobei es im folgenden hauptsächlich um die ersten beiden geht.

Hier im Exil, wo die Emigrantengruppen Mitglieder der nationalen Gewerkschaften sein mußten (in England TUC, in USA waren es AFL und CIO, in Frankreich CGT), entstanden enge Verbindungen, Kontakte und konzeptionelle Einflußnahmen zwischen den emigrierten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, den nationalen Gewerkschaften und staatlichen Stellen, die stark den Aufbau der westdeutschen Gewerkschaften prägen sollten.

Entscheidender Stellenwert kam natürlich der Diskussion darüber zu, welchen Charakter und welche Rolle die

Entscheidender Stellenwert kam natürlich der Diskussion darüber zu, welchen Charakter und welche Rolle die

zukünftigen Gewerkschaften in Deutschland spielen sollten — ohne daß darüber eine klare gemeinsame Programmatik erarbeitet worden wäre. Übereinstimmung bestand zwar in der Auffassung, daß die Gewerkschaften in Zukunft eine „zentrale Rolle" spielen sollten, wieweit aber ihre Einflußnahme bei politischen nd ökonomischen Entscheidungen reichen sollte, blieb „unklar" (ohnehin war das höchste der Gefühle die Forderung nach „Mitbestimmung" in wirtschaftlichen und politischen Gremien). Während die meisten Landesgruppen die Sozialisierung der Grundstoffindustrien und ihre Entflechtung forderten (was ihnen bereits als der Anbruch des Sozialismus galt), umschiffte die US-Landesgruppe dieses Thema geflissentlich; J.Klein führt dies vor allem auf den starken Einfluß des AFL (American Federation of Labor) zurück.

Dem späteren Antikommunismus in den westdeutschen Gewerkschaften wurde schon im Exil die Weichen gestellt: Die amerikanische Landesgruppe bekannte sich ausdrücklich dazu, die britische setzte ihn sogar noch während des Krieges praktisch um. 1943 (!) lehnte sie Aufnahmeanträge von Emigranten „wegen früherer RGO-Tätigkeit" ab (Klein, S. 108); damit war das Verhältnis zu den Kommunisten eindeutig festgelegt. Es ist wohl in diesem Zusammenhang nicht ganz uninteressant, daß die Landesgruppe engste Kontakte zum sozialdemokratischen Parteivorstand unterhielt, der ebenfalls nach London emigriert war.

Nicht anders war es bei der Frage, ob sich die Arbeiter in Industrieverbänden oder in einer Einheitsgewerkschaft organisieren sollten. Bei ersterem folgt der Zusammenschluß der kapitalistischen Arbeitsteilung, Holz- und Metallarbeiter z.B. organisieren sich in verschiedenen Branchengewerkschaften, während sie sich bei der Einheitsgewerkschaft in einem Verband vereinigen. Diese Frage spielte damals eine große Rolle: Alle in Deutschland illegal kämpfenden Gewerkschafter sprachen sich für die Einheitsgewerkschaft, gegen den Industrieverband aus (wie sie sich ebenso selbstverständlich für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ausspachen). Alle spontanen Gewerkschaftsgründungen nach 1945 waren wie selbstverständlich nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufgebaut. Sie wurden meist von den Sozialdemokraten aktiv sabotiert und von den Militärregierungen verboten. Mit einem derart unklaren, reformistischen Gesellschaftsprogramm, dafür einer umso klareren antikommunistischen Ausrichtung, gestärkt und gestützt von prowestlichen (= kapitalistischen) Gewerkschaften und staatlichen Institutionen — so kehrten 1945/46 die alten ADGB-Führer nach Deutschland zurück. Für die Westalliierten ein idaler „Partner" gegenüber der Arbeiterklasse in den Westzonen, die prowestliche Restauration der alten kapitalistischen Verhältnisse durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und amerikanischen Institutionen, insbesondere dem AFL/CIO, ist heute etwas heller geworden. Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen.

Eine Gewerkschaft des Imperialismus steht dem DGB Pate

Daß der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL/CIO eng mit der CIA zusammenarbeitet, ist spätestens seit den sechziger Jahren durch eine Fülle von Fakten und Enthüllungen ehemaliger Agenten (u.a. Philip Aggee) gelegt. Von den Gewerkschaftsführern selbst wird diese Komplizenschaft zwar meist penetrant geleugnet, z.T. allerdings auf eine geradezu verblüffende Weise: „Ich bin sehr stolz auf die Arbeit, die wir im Ausland geleistet haben, und ich habe was dagegen, wenn der CIA sich jetzt vordrängt (!) und behauptet, er habe einen Teil davon vollbracht" (George Meany, AFL/CIO Präsident, CIA-Mitarbeiter und Mafiosi). Wirklich gemein dieser CIA — erst arbeitet er mit einem zusammen, dann beschuldigt er diesen deswegen und das nur, um die Lorbeeren für die gute gemeinsame Arbeit für sich allein einzuheimsen.

In der Tat braucht der AFL/CIO nicht sein Licht unter den Scheffel des CIA zu stellen. Schon während des 1. Weltkrieges entwickelte sich zwischen dem US-Staat und dem AFL (der CIO kam erst 1955 dazu) zwecks Hebung der Kriegsmoral der amerikanischen Arbeiter eine institutionelle Zusammenarbeit. Während des 2. Weltkrieges wurde sie weiter ausgebaut, u.a. saßen Gewerkschaftsvertreter in Rekrutierungsbehörden und in der „Labor"-Abteilung des Office of Strategic Services (der OSS-Geheimdienst

„Labor"-Abteilung des Office of Strategic Services (der OSS-Geheimdienst

war Vorläufer des 1947 gegründeten CIA). 1943 wurden erstmals AFL-Gewerkschafter als sog. „Labor-Attaches" den US-Auslandsmissionen beigeordnet, innerhalb von 10 Jahren waren sie an 34 Botschaften der USA in aller Welt vertreten, so auch ab 1945 in eigenen Abteilungen der „manpower-division", bei der US-Militärregierung und der US-Hochkommission in Deutschland (entsprechende Einrichtungen mit „Gewerkschaftsspezialisten gab es auch bei der britschen Militärregierung) — (dies und im folgenden hauptsächlich nach W. Link).

Um sich nicht dem Vorwurf des Erfüllungsgehilfen der US-Regierung auszusetzen und die eigene politische Durchdringungsfähigkeit zu erhöhen, baute der AFL (und auch der CIO) zusätzlich ein „unabhängiges" Netz gewerkschaftlicher Auslandsmissionen auf allen Kontinenten auf. Ständige Beauftragte des AFL für Europa bzw. Deutschland wurden Henry Rutz und Irving Brown, wobei zumindest für letzteren seine direkte Zusammenarbeit mit der CIA verbürgt ist (s. Marchetti/Marks in „CIA", S. 84).

Für die Einflußnahme auf die entstehende Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen konnte vor allem auf die im Exil entstandenen engen Verbindungen zu deutschen Gewerkschaftern zurückgegriffen werden. Die Zurückkehrenden wurden — zumindest in der ersten Zeit — einer genauen Auslese unterworfen. Die USA und England ließen direkt zum Kriegsende nur „ausgewählte" Emigranten und dann auch nur über „Hilfsdienste" der britischen und amerikanischen Armee oder über das OSS nach Deutschland zurückkehren, um das unmittelbar nach der Kapitulation entstandene politische Machtvakuum von vornherein mit ihren Kräften auszufüllen. Wahrscheinlich veranlaßte diese Rolle „eine ganze Reihe" Gewerkschafsführer dazu, ihre Namen zu ändern, um nicht innerhalb der Arbeiterschaft bei ihrer neuen Auf-

gabe als „Handlanger" der USA oder Englands angesehen zu werden (Informationen nach Klein, S. 244).

Viele ehemalige Emigranten traten in die direkten Dienste von AFL oder CIO. So kehrten Max Brauer (späterer Hamburger Bürgermeister) und Dr. Katz (sie waren Vorsitzender bzw. Sekretär der deutschen Exilgruppen in den USA) als unmittelbar Beauftragte des AFL im Sommer 1946 in die britische Besatzungszone zurück, um hier im Sinne des AFL den Gewerkschaftsaufbau zu beeinflussen. Die beiden waren durchaus keine Einzelfälle: Hans Gottfurcht, Leiter der gewerkschaftlichen Landesgruppe in England, Mitglied im Präsidium des TUC, reiste mehrmals 1945-47 als Beauftragter des TUC u n d des britischen Staatssekretärs für Deutschland und Österreich, John Hynd, durch die westlichen Besatzungszonen, um beim Gewerkschaftsaufbau zu *„beraten"* und *„eine gewisse, wenn auch nur sehr geringe ‚Kontrollfunktion' wahrzunehmen"* (Klein, S. 138). Das ist beschönigend. Tatsächlich wurden die Ratschläge des TUC, wenn sie von den westdeutschen Gewerkschaften nicht freiwillig angenommen wurden, ihnen von der Militärregierung a u f g e z w u n g e n .

So stellten sich schnell „Erfolge'' ein. Schon im April 1946 genehmigte die US-Militärregierung eine erste Konferenz der Gewerkschaften der amerikanischen Besatzungszone (Hessen, Baden-Würtemberg, Bayern). Joe Keenan, AFL-Mitglied und Leiter der „manpower division" bei der Besatzungsregierung stellte die Tagesordnung zusammen, beschloß die Gründung gewerkschaftlicher Kommissionen, deren Leitung jeweils einem Vertreter der „manpower division" oblag und überwachte die Bildung eines Zonenausschusses, der *„eng mit der Militärregierung zusammenarbeiten"* sollte (Klein, S. 326). Markus Schleicher lobte *„die zutage getretene Einstimmigkeit zwischen der Militärregierung und den Gewerkschafts-Vertretern ... es sei nun Aufgabe der einzelnen Delegierten, all das, was sie hier gehört haben, bei ihrer Rückkehr in die Kreise der Arbeiterschaft hineinzutragen"* (aus: Protokoll über die Gewerkschaftskonferenz . . ., zit. nach Klein, S. 326).

Der Vollständigkeit halber sei noch das umfangreiche „Reiseprogramm" erwähnt, von dem US-„Beobachter" sagten: *„.... die deutschen Gewerkschaftsführer seien durch ihren Aufenthalt in den USA ‚tief beeinflußt worden und seien in der Position, diesen Einfluß weiterzuleiten' "*; oben erwähnter Markus Schleicher sei beispielsweise ein *„Botschafter amerikanischer Demokratie"* geworden (zit. nach W. Link, S. 55).

Umgekehrt hielten sich sehr häufig führende Gewerkschaftsvertreter aus den USA zu „Beratungen" in den Westzonen auf, u.a. George Meany (AFL-Präsident) und Walter Reuther (CIO-Präsident)-(nach Link, S. 197).
Westzonen auf, u.a. George Meany (AFL-Präsident) und Walter Reuther (CIO-Präsident)-(nach Link, S. 197).
Tom Braden, ein ehemaliger Agent, 1950-54 Leiter der Abteilung für Internationale Organisationen beim CIA, sagte in den sechziger Jahren aus, daß dieser Walter Reuther Gelder vom Geheimdienst genommen habe, um Gewerkschaften in Westdeutschland „zu stützen" (Marchetti/Marks, S. 85).

Unterschätzen sollte man auch nicht die zahlreichen Hilfsprogramme für die westdeutschen Gewerkschaften und die SPD (Papierzuteilung usw.) und Lebensmittelaktionen (1946-48 wurden allein vom AFL zweiwöchentlich 1700 Gewerkschafter mit Care-Paketen beschickt) — Maßnahmen, die halfen, eine positive prowestliche „Grundstimmung" zu schaffen.

Zentraler Impuls und Ziel in der Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und westdeutschen Gewerkschaftsführern war der militante Antikommunismus, oder wie sie es nannten, die „Abwehr der kommunistischen Unterwanderung" aus dem Osten und die Integration der Westzonen in die kapitalistische Staatenwelt. *„Die wichtigste Aufgabe, die sich heute bei der Entwicklung freier, demokratischer Gewerkschaften stellt, ist die Begegnung des Einflusses der Kommunisten"*. Gelänge die Abwehr der kommunistischen Gefahr nicht, *„dann würde Rußland Herr über Deutschland sein und dadurch den gesamten Kontinent kontrollieren"* (aus Berichten des AFL, zit. nach Link, S. 57 und 66).

Es ist interessant, daß die amerikanischen Gewerkschaftsführer aufgrund ihrer guten Verbindungen und der genauen Kenntnis der Situation in Deutschland zu Lageberichten und daraus abgeleiteten Vorschlägen für die US-Politik kamen, die vorformulierten, was wenig später offizielle US-Politik wurde.

Im Oktober besuchte unter der Leitung von W.C. Doherty eine AFL-Delegation zwei Monate die Westzonen, um dann Präsident Truman einen „Empfehlungskatalog" vorzulegen. U.a. stellte sie den „völligen Schiffbruch" der Viermächteherrschaft fest und forderte die Schaffung einer deutschen Zentralregierung, was unter den konkreten Umständen nur die gezielte Spaltung und Integration der Westzonen in den kapitalistischen Westen bedeuten konnte. Die Kommission empfahl ein massives Hilfsprogramm, um die Westzonen fest mit dem Westen ökonomisch zu verbinden und durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der „kommunistischen Unterwanderung" entgegenzuwirken (Mitte 1947 wurde der Marshallplan verkündet). Für die AFL-Delegierten wie für die westdeutschen Gewerkschaftsführer forderte der Bericht großzügige Unterstützung von Seiten der Militärregierung, um den Gewerkschaftsapparat aufzubauen.

— Interessant ist, daß W.C. Doherty, unter dessen Leitung obige Vorschläge ausgearbeitet wurden, in den 60er Jahren eine Schlüsselposition in einem AFL/CIO-Programm für lateinamerikanische Gewerkschaften innehatte. Dieses Institut (American Institute for Free Labor Development, AIFLD) — in dem der CIA direkt engagiert war — schulte antikommunistische „Gewerkschafter", die u.a. in Brasilien, Guayana und Chile an den Militärputschen beteiligt waren (s. Weisman, Hg., Das trojanische Pferd, S. 129ff).

W. Link schreibt in seiner Untersuchung, daß die AFL-Führungselite direkten Zugang zum Weißen Haus bzw. den „zuständigen Regierungsabteilungen" hatte und daß es gerade ihren politischen Initiativen zu verdanken war, daß sich in der US-Führung die Erkenntnis von der Bedeutung antikommunistischer Gewerkschaften zur Kontrolle der Arbeiterklasse durchsetzte. Um diese Einflußnahme noch effektiver zu gestalten, wurde Ende 1946 eigens ein „Trade Union Advisory Committee on International Affairs" der amerikanischen Gewerkschaften gebildet, das eng u.a. mit dem Kriegsministerium zusammenarbeitete.

Erste Erfolge stellten sich relativ früh für die Gewerkschaftsführer ein. Henry Rutz (ständiger AFL-Vertreter für Deutschland) schrieb im April 1948: *„Ich habe Vertrauen in die deutschen Arbeiter. Im Gegensatz zu den Arbeitern Frankreichs und Italiens haben sich die deutschen Arbeiter, in den Zonen, in denen sie sich frei entscheiden konnten, kommunistischer Kontrolle entzogen"* (zit. nach Link, S. 68).

Nachdem sich der erste organisatorische Aufbau gefestigt hatte und sich auch die politische Position der alten Gewerkschaftsführer konsolidierte, gingen sie, zusammen mit dem AFL, daran, die SBZ/DDR zu infiltrieren. Diese Phase begann etwa Ende 1947/Anfang 1948 und konnte zunächst auf schon bestehende heimliche Kanäle der SPD (deren Mehrheit im Osten sich mit der KPD zur SED vereinigt hatte) in der SBZ zurückgreifen. AFL, DGB, SPD und die Gewerk-
Osten sich mit der KPD zur SED vereinigt hatte) in der SBZ zurückgreifen. AFL, DGB, SPD und die Gewerk-
schaft der Eisenbahner Deutschlands bauten diese Verbindungen weiter aus. Dadurch wurde es möglich — so der AFL-Vertreter Irving Brown —

„(1) Informationen über die Entwicklung sowohl der Gewerkschaften, als auch des allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lebens in der sowjetischen Zone zu erhalten;

(2) durch die Gewerkschaften und durch allgemeine Propaganda aktiv gegen das Regime (in der SBZ) zu arbeiten" (nach Link, S. 68).

Es handelte sich also um eine eindeutige Spionage- und Zersetzungsarbeit gegen die SBZ/DDR. Dies bestätigt Link wenig später ausdrücklich, wenn er als „positive Leistung" die Sammlung von Informationen hervorhebt. 1953 wurde die Basis dieser Infiltrationstätigkeit erweitert, als der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) — ein Produkt der Spaltertätigkeit von AFL und CIO gegen den kommunistisch beeinflußten Weltgewerkschaftsbund — einen „Berlin-Ausschuß" gründete, dessen Vorsitzender Albin Karl (DGB) wurde. Er verfügte über ein monatliches Budget von 40 000 DM, das zur Hälfte von den amerikanischen Gewerkschaften, zu einem Drittel vom DGB aufgebracht wurde.

„Zentrale Bedeutung hatte das Berliner Büro; es diente als Kontakt- und Aktionszentrale. Es unterhielt zahlreiche Untergrundverbindungen zu Einzelpersonen und oppositionellen Gruppen in der DDR..." (Link, S. 69). Von einem Düsseldorfer Büro wurde eine Monatszeitschrift „Die Wahrheit" publiziert und in einer Auflage von 20 bis 25000 Exemplaren heimlich in der DDR vertrieben.

Soll ein Resümee aus dem Ganzen gezogen werden, kann man sagen, daß der DGB unter der politischen und organisatorischen Kontrolle der Westalliierten und hier der USA (die de facto ab 1947 in allen Westzonen bestimmten) aufgebaut wurde. Um das strategische Ziel — Westintegration und Errichtung eines separaten BRD-Staates als aggressives „Bollwerk" gegen die „Volksdemokratien" im Innern der westlichen Besatzungszonen durchzusetzen, förderten die USA (und England) nach Kräften den Aufbau von Gewerkschaften, um durch sie eine Massenkontrolle zu erlangen. Der DGB-Apparat mit seinem ausgeprägten, militanten Antikommunismus und einer reformistischen Variante der Westintegration paßt nahtlos in dieses strategische Konzept der Imperialisten. Diese Einmütigkeit mit den Imperialisten ging so weit, daß der DGB s e i n e Verbindungen und Möglichkeiten zu Spionage- und Infiltrationszwecken zur Verfügung stellte.

Bei dem Bemühen der DGB-Führer die reformistische Massenkontrolle herzustellen, konnten sie fest auf die Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaften (mit einem starken Apparat und Einflußmöglichkeiten auf die Regierungspolitik) bauen. Dabei wäre es völlig blödsinnig, von einer „Unterwanderung" des DGB durch den AFL zu reden oder der DGB-Politik eine starke Abhängigkeit von den amerikanischen Gewerkschaften zuzuschreiben. Genauso blödsinnig wäre es, über die Unterwanderung des AFL/CIO durch den CIA zu klagen, denn beide sind nur verschiedene Abteilungen des Imperialismus, die schon immer ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zusammengeschlossen haben. So haben auch die westdeutschen Gewerkschaftsführer die Hilfe aus den USA gerne und freiwillig entgegengenommen, entsprachen doch die grundlegenden Linien der amerikanischen Strategie ihren eigenen.





Bergleute-Demonstrationen

1945 —
Die Restauration beginnt

Sofort nach dem Einmarsch der alliierten Truppen entstanden aus den überlebenden Kadern der Arbeiterbewegung überall antifaschistische Ausschüsse, Volkskomitees, Betriebsräte und lokale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, die sich — geeint durch die Erfahrungen des gemeinsamen illegalen Widerstandes — aus Kommunisten und Sozialdemokraten zusammensetzten. Diese Organe regelten zunächst das Lebensnotwendige (Wohnen, Versorgung, Aufräumarbeiten usw.) leiteten aber auch z.T. die von den (belasteten) Kapitalisten verlassenen Betriebe und begannen mit einer eigenen Entnazifizierung.

Obwohl sie zumeist den Alliierten ihre Zusammenarbeit anboten, wurden sie s o f o r t (noch vor der offiziellen Kapitulation am 8. Mai 1945) v e r b o t e n. Das Motiv beschreibt Harold Zink, Historiker der amerikanischen Militärregierung in Deutschland: *„Man war der Ansicht, daß bei einer langsamen Reorganisierung der Gewerkschaften in Deutschland das offenbare Risiko, daß diese Organisationen durch Kommunisten übernommen werden, wesentlich verringert, wenn nicht ganz ausgeschaltet würde"* (zit. nach Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, S. 8). Auf Drängen der Sowjetunion — die ihrerseits den Aufbau von Gewerkschaften in der SBZ förderte — mußten USA und England im August 45 im Potsdamer Abkommen lokale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zulassen; ihre Konstituierung als Massenorganisationen verhinderten sie allerdings bis zum Herbst 46.

Die Westalliierten versuchten Zeit zu gewinnen, um in die Arbeiterorganisationen Reformisten zu schleusen, die die Kontrolle der Arbeiterklasse garantierten. Diese Leute fanden die Alliierten in den alten ADGB-Führern.

„Schon betätigten sich fähige Arbeiterführer wie Schleicher, Richter, Hagen und Schiefer (später auch Tarnow) als demokratische Führer und setzten sich mit den Kommunisten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinander", schrieb befriedigt der US-Militärgouverneur Lucius Clay (zit. nach E. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952, S. 33).

In der Tat gab es einigen Grund zur Unruhe für die Westalliierten. Aus den Betriebsräte-Wahlen im Herbst 1945 gingen die Kommunisten als die stärkste Gruppe hervor. Im Bergbau stellten sie Ende 1946 666 Betriebsräte von insgesamt 1738 gegenüber nur 632 sozialdemokratischen (Huster u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration, S. 194). Diese Wahlergebnisse zeigen, daß die Arbeiterklasse durchaus nicht — trotz ihrer großen Opfer während des Faschismus vor allem aus den Reihen der KPD — nur demoralisiert und entpolitisiert war. Im Gegenteil. Größere Teile der Arbeiterklasse waren bereit — gerade auch an der Seite der Kommunisten — für grundlegende gesellschaftliche Änderungen einzutreten.

Allerdings war die Nachkriegszeit absolut in keiner Weise mit der revolutionären Situation nach dem 1. Weltkrieg vergleichbar. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bedienten sich jedoch schon in der damaligen Zeit bewährter Methoden, um die Bewegung nach 1945 in reformistischen Bahnen zu halten.

Phrasenhafter Wortradikalismus, radikal klingende Forderungen nach Sozialisierung und nach Beteiligung der Gewerkschaften an der gesamtwirtschaftlichen Lenkung und s c h ä r f s t e r Antikommunismus — das waren die Kernpunkte ihrer Politik. Dabei unterstützten sie gleichzeitig vorbehaltlos die Politik der Westintegration und Spaltung Deutschlands.

Der Mann, unter dessen Führung der DGB diese Politik verfolgte, Hans Böckler, brachte die dazu notwendigen Erfahrungen mit: 1918/19, während der Revolution der Arbeiter und Soldaten, desorganisierte er die Bewegung in seiner Funktion als Sekretär der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten — u.a. unter der Parole des „Interessenausgleichs" und der „Sozialisierung".

Geschichte wiederholt sich nicht, aber das Repertoire der sozialdemokratischen Trickkiste ist — wie man sieht — beschränkt.

Zunächst gab es jedoch Auseinandersetzungen um das Organisationsprinzip der zukünftigen Gewerkschaften. Während die Westalliierten und die sozialdemokratischen Emigranten für das Industrieverbandsprinzip eintraten, waren die spontan aus den Kämpfen entstandenen Zusammenschlüsse nach dem Einheitsprinzip aufgebaut. Hierin kam der — vor allem in der Erfahrung des Faschismus begründete — Wunsch der Arbeiter nach größter Einheit, ohne Zersplitterung in politische und autonome Industrie- oder Berufsverbände zum Ausdruck. Dort, wo sich das Industrieverbandsprinzip nicht „freiwillig" durchsetzte, wobei die Alliierten meist auf die Sozialdemokraten bauen konnten, wurde es ganz einfach erzwungen: So im Rheinland, in Niedersachsen, in Hessen und Hamburg. Die britischen Trade Unions (TUC) und die amerikanischen Gewerkschaften spielten hierbei eine wichtige Rolle (s.o.).In Hamburg gründete sich am 8. Mai 1945 die „Sozialistische Freie Gewerkschaft" (SFG) als Ansatz einer Einheitsorganisation, in der die Trennung von gewerkschaftlichem und politischem Kampf aufgehoben werden sollte. Im Vorstand saßen drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten. Innerhalb weniger Wochen beantragten 50 000 Arbeiter ihre Aufnahme. Vom ersten Tag ihres Bestehens an wurde die SFG allerdings von den rechten Sozialdemokraten um Franz Spliedt bekämpft. Schließlich erwirkten sie am 18. Juni 45 das Verbot durch die britischen Besatzungsbehörden: *„Entscheidend für diesen Beschluß war, daß alle wahrhaften Gewerkschaftsführer der Meinung sind, daß die politische Betätigung der SFG nicht den wahrhaften Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. Politische Betätigung und politische Zielsetzung in den Gewerkschaften stehen nicht im Einklang mit den Anforderungen der Militärregierung"* (aus dem Auflösungsbeschluß, zit. nach Schmidt/Fichter, S. 15).

Mit dem Verbot der SFG erhielten die rechten Sozialdemokraten zugleich Möglichkeiten und Unterstützung, von ihnen kontrollierte Gewerkschaften in Hamburg aufzubauen. Fast überflüssig zu sagen, daß der Apparat allein von ihnen kontrolliert wurde. Das Scheitern der SFG hatte starke Auswirkungen auf den Gewerkschaftsaufbau in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen. (Eine ausführlichere Darstellung der Geschichte der SFG befindet sich in J. Klein, S. 192ff.).

(Teil 2 folgt im nächsten AK)

R. (Autonome Schanzenviertel, Hamburg)

Literaturliste

Werner Link, Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945 - 75, Eine Studie über transnationale Beziehungen, Droste Verlag Düsseldorf,

Eberhard Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Die politische Rolle der Gewerkschaften, Suhrkamp

derselbe, Die verhinderte Neuordnung, dva

Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Oldenbourg Verlag, 1969

Lenny Segal, Ge(heimdienst)werkschaft? AFL-CIA in: S. Weissman (Hg.), Das Trojanische Pferd, Die „Auslandshilfe" der USA, Rotbuch Verlag

Henri Claude, Der Marshallplan (zur Rolle der AFL bei der Spaltung der europäischen Gewerkschaftsbewegung), Dietz Verlag 1949 abgedruckt in: Mendelsohn, Claude, Ulbricht, Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus, Verlag Kommunistischer Texte (VKT)

Huster, Kraiker, Scherer u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration, Suhrkamp

Die Bewegung der Atomwaffengegner in den 50er Jahren und die Politik der SPD, Unser Weg, herausgegeben vom KB

Theo Pirker, Die blinde Macht, Bd. I und II, Zur Politik des DGB nach 1945, Verlag Olle und Wolter

Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland, Oldenbourg Verlag

Jürgen Klein, Hand in Hand gegen die Arbeiter, Christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter gegen die Arbeiter, Verlag Association

Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Zur Politik des ADGB, Sammlung Luchterhand

Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Rotbuch

Hamburger Liste für Ausländerstopp:

Der Rassismus steht wieder zur Wahl

Einstimmig beschloß der Hamburger Landeswahlausschuß in seiner zweiten Sitzung am 7.5.82 die Zulassung der nazistischen „Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA) zur kommenden Bürgerschaftswahl am 6. Juni. Ebenso einstimmig entschieden sich auch in 6 der 7 Hamburger Stadtbezirke die jeweiligen Bezirkswahlausschüsse für die HLA-Kandidatur. Lediglich in Eimsbüttel enthielten sich die 6 Vertreter der SPD und CDU der Stimme, der FDP-Vertreter stimmte gegen eine Zulassung. „Gerettet" wurde die Situation durch den sozialdemokratischen Bezirkswahlleiter, der für die HLA-Kandidatur votierte und dessen Stimme wegen Doppelzählung schließlich den Ausschlag gab. Als Partei war die HLA bereits auf der ersten Sitzung des Hamburger Wahlausschusses, am 22.4., anerkannt worden. Auch hier waren von Seiten der bürgerlichen Parteien keinerlei Widerstände sichtbar geworden.

Zahlreiche demokratische Gruppierungen Hamburgs hatten zuvor das Verbot der HLA gefordert – z.T. unter direkter Bezugnahme auf einschlägige Paragrafen des Grundgesetzes, des Strafgesetzbuches sowie internationaler Konventionen (u.a. die GAL, das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis, VVN, DKP, Jusos, Judos, Landesjugendring usw.). Wie absehbar, ohne Erfolg: Innensenator **Pawelczyk** (SPD) hatte bereits Ende März verlauten lassen, daß er in punkto HLA keinen Anlaß für ein Verbot sähe. *„Wenn Verbotsgründe vorliegen, dann wird auch verboten"*, erklärte der Senator. Verboten wurde aber nicht, womit die Spitzen der Hamburger Sozialdemokratie abermals signalisiert haben, daß sie den organisierten Rassismus für legal halten und auch e r h a l t e n wollen.

Die Kandidatur der HLA ist ein neuer Versuch der auf Massenebene bislang wenig erfolgreichen Hamburger Nazis, über die Mobilisierung fremdenfeindlicher Ressentiments an politischem Gewicht zu gewinnen. Wir haben bereits in AK 219 darauf hingewiesen, daß praktisch die gesamte westdeutsche Nazi-Szene das sog. „Ausländerproblem" mittlerweile zu ihrem Aktivitätsschwerpunkt erkoren hat (vgl. „Deutschland erwacht", AK 219, S. 3 ff.). Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

– Zur Propagierung und Durchsetzung ihrer Ziele sind die Faschisten traditionell auf künstlich fabrizierte „Sündenböcke" angewiesen, denen die jeweils mißliebigen Resultate kapitalistischer Krisenpolitik in die Schuhe geschoben werden können und die – allgemein formuliert – als politisches Aggressionsobjekt für erfahrene Frustrationen jeder Art herhalten müssen. Ausländer – darunter insbesondere die Türken bzw. Kurden – erscheinen (nicht nur den Neonazis) hierzu besonders geeignet. Allein schon die Welle widerwärtigster „Türken-Witze", die seit einiger Zeit die Runde machen, kann als wichtiges Indiz dafür genommen werden, daß das neue Feindbild beim Publikum angekommen ist.

– Die NPD hält das „Ausländerthema" aktuell für so erfolgversprechend, daß sie den auf Bundesebene gefaßten Beschluß, vorerst n i c h t mehr an Landtagswahlen teilzunehmen, in Gestalt der HLA wieder umgestoßen hat. Daß die Nazis ihre Erfolgschancen derart optimistisch einschätzen, liegt in einem politischen „Klimawandel" begründet, den sie zwar nicht produziert, aber umso eifriger nun für ihre Zwecke nutzen wollen.

Tatsächlich sind Gruppierungen wie die HLA, deren Aktivitäten auf eine organisierte rassistische Mobilisierung von Bevölkerungsteilen abzielen, auf die Schaffung einer a k t i v e n Progrom-Mentalität, nur das markanteste (wenn auch letztendlich gefährlichste) Resultat des forciert betriebenen ausländerfeindlichen Kurses, wie er in jüngster Vergangenheit durch die etablierten bürgerlichen Kräfte eingeschlagen wurde.

„Stoppt die Ausländerflut, dann stoppt ihr den Haß" schrieb unlängst die „BILD-Zeitung" und brachte damit zum Ausdruck, was auch der Hamburger SPD als propagandistische Richtschnur ihrer Ausländerpolitik gilt. So wirbt z.B. Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** unter dem verlogenen Slogan *„Wir wollen gute Nachbarschaft mit Ausländern"* für die „Begrenzung der Ausländerzahl", „Förderung der Rückkehr" u.a.m. Von Dohnanyi gilt außerdem als Befürworter der diskriminierenden „Ausländerklassen" bzw. „Nationalschulen" und wird sich auch einer erneuten Herabsetzung der Altersgrenze im Familiennachzug von Ausländern kaum versperren. Alles Punkte, für deren Durchsetzung auch die HLA-Nazis im Trüben fischen.

Innnensenator Pawelczyk, in Springers „Hamburger Abendblatt" zur HLA befragt, hat darüberhinaus bekräftigt, daß *„wir ja alles (tun), was verantwortbar und rechtsstaatlich einwandfrei ist, um die mehr als 90 Prozent der Asylbewerber, die nur aus wirtschaftlichen Gründen hier sind, in einem beschleunigten Verfahren in ihre Heimatländer zurückzubringen"* („HA", 3.4.82).

Man/frau vergleiche nur einmal die Forderungen des nebenstehend faksimilierten Gründungsmanifestes der HLA mit entsprechenden Positionen, die der Hamburger Senat zu diesen Fragen bezogen hat bzw. noch zu beziehen gedenkt: Vom G r u n d s a t z her lassen sich jedenfalls keine Unterschiede ausmachen, ungeachtet der Tatsache, daß den Nazis – der CDU übrigens auch – die vom Senat befürworteten und durchgesetzten Maßnahmen noch unzureichend erscheinen. Allenfalls hinsichtlich des Punktes, w i e derart ausländerfeindliche Maßnahmen in der Öffentlichkeit verkauft werden sollen, lassen sich noch gewisse Unterschiede erkennen. Während v. Dohnanyi noch von „guter Nachbarschaft" spricht und Pawelczyk um das internationale „Ansehen" der BRD fürchtet, wenn Gruppierungen wie die HLA Zulauf bekämen, heißt es bei der Nazi-Liste: *„Noch ist eine Trennung in Freundschaft möglich. In zehn Jahren wird es zu spät dafür sein"*. Letzteres klingt natürlich offener und brutaler als das scheinliberale Geseiche der Dohnanyi, Pawelczyk & Co.; die t a t s ä c h l i c h e Entwicklungsrichtung staatlicher Ausländerpolitik ist mit derartigen Äußerungen allerdings durchaus treffend umrissen, selbst wenn wir unterstellen können, daß die Nazis damit Erwartungen verknüpfen, die ein SPD-Senat weder erfüllen kann noch will. Der reale Gang der Dinge jedenfalls hat gezeigt, daß die gerade von SPD-Seite bemühte legitimatorische Formel, man müsse zu ausländerfeindlichen Restriktionen greifen, um dem Rechtsextremismus den Boden zu entziehen, so oder so nicht aufgeht: Denn es ist natürlich nicht nur widersinnig und pervers, Neonazis und andere Rassisten dadurch „bekämpfen" zu wollen, daß man sich ihre (Teil-)Ziele zu eigen macht; die schlichte Erfahrung zeigt, daß der für Nazi-Politik nötige Aktionsrahmen hiermit nicht nur nicht verengt, sondern maßgeblich e r w e i t e r t wurde.

Es kann daher nicht das Anliegen antifaschistischer Politik sein, den Kampf gegen die sich ausbreitende Ausländerfeindlichkeit auf die einschlägig tätigen Vereinigungen der Nazi-Szene zu begrenzen, wenn doch offensichtlich ist, daß der Zulauf zu jenen Kräften aus einer „Ausländerpolitik" gespeist wird, wie sie hier und heute von SPD, CDU/CSU und FDP betrieben wird. Denn wer den Nazi-Rassismus wirklich treffen will, darf sich nicht scheuen, seine bürgerliche Wurzel anzugreifen – und abzuschlagen.

AG Ausländer

ten und auch e r h a l t e n wollen.
Die Kandidatur der HLA ist ein neuer Versuch der auf Massenebene bislang wenig erfolgreichen Hamburger Nazis, über die Mobilisierung fremdenfeindlicher Ressentiments an
mehr an Landtagswahlen teilzunehmen, in Gestalt der HLA wieder umgestoßen hat. Daß die Nazis ihre Erfolgschancen derart optimistisch einschätzen, liegt in einem politischen „Klimawandel" begründet, den sie
grenze im Familiennachzug von Ausländern kaum versperren. Alles Punkte, für deren Durchsetzung auch die HLA-Nazis im Trüben fischen.
Innnensenator Pawelczyk, in Springers „Hamburger Abendblatt"
Mitglieder und Bürgerschafts-kandidaten der HLA

HLA = NPD

Daß die HLA ein Kind der NPD ist, war bereits ihrer ersten Veröffentlichung unschwer zu entnehmen: Nicht nur, daß dort das von der Hamburger NPD benutzte Postfach als Kontaktadresse angegeben wurde; auch der presserechtlich Verantwortliche des ersten HLA-Flugblattes konnte ohne weiteres als Mitglied des NPD-Landesvorstandes identifiziert werden (vgl. AK 219, S.1).

War die Nazi-Liste zunächst unter der Bezeichnung „Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung und Beseitigung von Mißständen" angetreten, gab sie am 22. März beim Landeswahlleiter ihre Umbenennung in „Hamburger Liste für Ausländerstopp" bekannt. Dahinter stand offenbar das Bestreben, mit der NPD-eigenen „Bürgerinitiative Ausländerstopp" Namensgleichheit herzustellen. Die „BI Ausländerstopp" – vertreten durch das nordrhein-westfälische NPD-Landesvorstandsmitglied **Klaus Schultz** – nahm denn auch an der HLA-Gründungsversammlung teil, die unter strikter Geheimhaltung am 4.April in Hamburg-Moorburg abgehalten wurde. Eingefunden hatten sich dort 47 HLA-„Gründungsmitglieder" v.a. aus dem NPD-Spektrum; insgesamt waren 60-70 Leute anwesend, darunter auch das CDU-Mitglied **Wilhelm Dunsing**, der in Hamburg als Aktivist der rassistischen „Bürgerinitiative Unsere Zukunft" und des „Arbeitskreises Überfremdung" im „Überbündischen Kreis" bekannt ist. Dunsing soll sich dort z.T. kritisch zur HLA geäußert haben, da ihr Anliegen durch die CDU bereits voll abgedeckt sei.

Der April-Ausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme" war zu entnehmen, daß sich an der HLA-Gründung neben der „BI Ausländerstopp" eine „Aktion Einwanderungsstopp", die „Bürgergemeinschaft für Ausländerbegrenzung", „Initiative zum Schutz des Lebens", „Heidelberger Initiative" sowie eine „Türkische Elternvereinigung" beteiligt haben (letztgenannte gehört offenbar ins Spektrum der „Grauen Wölfe").

Beschlossen wurde u.a. ein „Gründungsmanifest"; außerdem wurde ein Vorstand gewählt, in den neben reichlichen NPD-Leuten mit **Ulrich Thetard** und **Christian Grabsch** auch zwei Vertreter einrückten, die seinerzeit zum Kern der Hamburger „Hansa-Bande" um Michael Kühnen gehörte. Mit Rücksicht auf die „Öffentlichkeit" haben sie ihr Amt im HLA-Vorstand mittlerweile wieder geräumt, gehören der Nazi-Liste aber nach wie vor an.

Zum HLA-Vorsitzenden und -„Spitzenkandidaten" avancierte übrigens **Hans-Jürgen Sabrautzky**, der von 1976-78 als Landesvorsitzender der Hamburger NPD fungierte.

G R Ü N D U N G S M A N I F E S T

(= Grundsatzprogramm 1982)

H A M B U R G E R L I S T E F Ü R A U S L Ä N D E R S T O P P (H L A)

Deutsche und Ausländer haben 20 Jahre lang zu beider Vorteil gut zusammengearbeitet. Wir konnten dank ihrer Arbeitskraft unsere Wirtschaft ausbauen; sie konnten der in ihrem Land herrschenden Arbeitslosigkeit entgehen und an unserem Lebensstandard teilhaben. Jetzt aber beginnen die Nachteile dieser Beziehung zu überwiegen.
Die Zugehörigkeit zu verschiedenen Religionen und Kulturkreisen führt zu Spannungen, Mangel an Arbeitsplätzen löst Rivalitäten aus, die nur allzu schnell in Ausländerfeindlichkeit münden können.
Schuld daran sind nicht die Ausländer, sondern die deutschen Politiker, die sich schon seit Jahren in dieser Frage unfähig erwiesen.
Schuld daran sind gewisse Wirtschaftskreise, die aus Profitsucht und maßlos übersteigertem Wachstumsdenken Deutschland zum Einwanderungsland gemacht haben.

Noch ist eine Trennung in Freundschaft möglich. In zehn Jahren wird es zu spät dafür sein.

Die HAMBURGER LISTE FÜR AUSLÄNDERSTOPP (HLA) fordert daher:

1. Einwanderungsstopp für Ausländer statt des unwirksamen Anwerbestopps für ausländische Gastarbeiter.
2. Einbürgerung von Ausländern als Ausnahme, nicht als Regel. Auch bisher langjähriger Aufenthalt darf keinen Rechtsanspruch auf Daueraufenthalt oder Einbürgerung schaffen.
3. Ablehnung des vom Hamburger SPD-Landesparteitag 1982 beschlossenen kommunalen Wahlrechts für Ausländer.
4. Besondere Schulklassen für ausländische Kinder, solange Sprachbarrieren gleiche Ausbildungschancen unmöglich machen. In jedem Fall gesonderten Religions-, Heimatkunde - und Sprachunterricht.
5. Straffung des Asylrechtes durch Verkürzung der Asylverfahren auf längstens ein Jahr. Abweisung der Wirtschaftsasylanten, damit das im Grundgesetz verankerte Asylrecht anwendbar bleibt.
6. Förderung der Rückkehrbereitschaft durch Abfindung des Einzelnen in einem umfassenden Sozialplan und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Heimatländern sowie durch verstärkte Entwicklungshilfe.

Hamburg als Ballungszentrum und größte Industriestadt der Bundesrepublik leidet in besonderem Maße unter dem Mißbrauch der Bundesrepublik als Einwanderungsland. Die Verhältnisse in Hamburg werden sich entscheidend aber nur ändern, wenn auch

7. ein Ende gemacht wird mit der schlappen Bekämpfung der Kriminalität. Deutsche Kriminelle gehören in deutsche Gefängnisse, ausländische Kriminelle gehören sofort ausgewiesen
8. ein Ende gemacht wird mit Korruption und endlosen Affairen der etablierten Parteien und Gewerkschaften ("Neue Heimat", Spendenaffaire, Pleitenpleite usw.)
9. ein Ende gemacht wird mit der hemmungslosen Schuldenwirtschaft des Staates
10. und endlich ein wirklicher Anfang gemacht wird mit Maßnahmen zur Gestaltung einer gesunden und lebenswerten Hansestadt, unseres Hamburg.

Unsere Hansestadt benötigt unverbrauchte Kräfte, die diese Probleme mit Tatkraft anpacken. Die etablierten Parteien sind satt, erschlafft und dazu nicht mehr in der Lage.

(Von der Gründungsversammlung angenommen am 4.April 1982)

Mitglieder und Bürgerschafts-kandidaten der HLA

Andrejewski, Michael
Funktionär der Hamburger „Jungen Nationaldemokraten" (JN), stellvertretender Vorsitzender der HLA

Czichanowski, Günter
Im NPD-Landesvorstand für Organisationsaufgaben tätig, in gleicher Sache für die HLA aktiv

Ebel, Heidrun
HLA-Bürgerschaftskandidatin

Gebauer, Gerhard
Langjähriges Mitglied des NPD-Landesvorstandes, mehrfach auch in der Funktion des Landesvorsitzenden, HLA-Bürgerschaftskandidat

Grabsch, Christian
Aktivist der damaligen „Hansa-Bande" („Aktionsfront Nationaler Sozialisten") um Michael Kühnen, zunächst auch Vorstandsmitglied der HLA, danach Rücktritt mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit

Harder, Ulrich
Stellvertretender Vorsitzender der Hamburger NPD, zusammen mit Andrejewski stv. HLA-Vorsitzender

Haun, U.
Mitglied des NPD-Landesvorstandes, verantwortlicher Redakteur des parteiinternen Mitteilungsblattes „Hamburger Nationaldemokraten"; für die HLA mit Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit betraut

Lindner, Rolf
HLA-Bürgerschaftskandidat

Lohfink, Peter
HLA-Bürgerschaftskandidat, Mitglied im NPD-Landesvorstand, Bezirksvorsitzender der NPD in Hamburg-Wandsbek

Maurer, Wolfgang
HLA-Bürgerschaftskandidat

Meyer, Herbert-Heinrich
Mitglied des NPD-Landesvorstandes, HLA-Bürgerschaftskandidat

Möller, Heinrich
Mitglied des NPD-LV, Inhaber des neuen HLA-Postfaches und Anlaufstelle für Kontakte

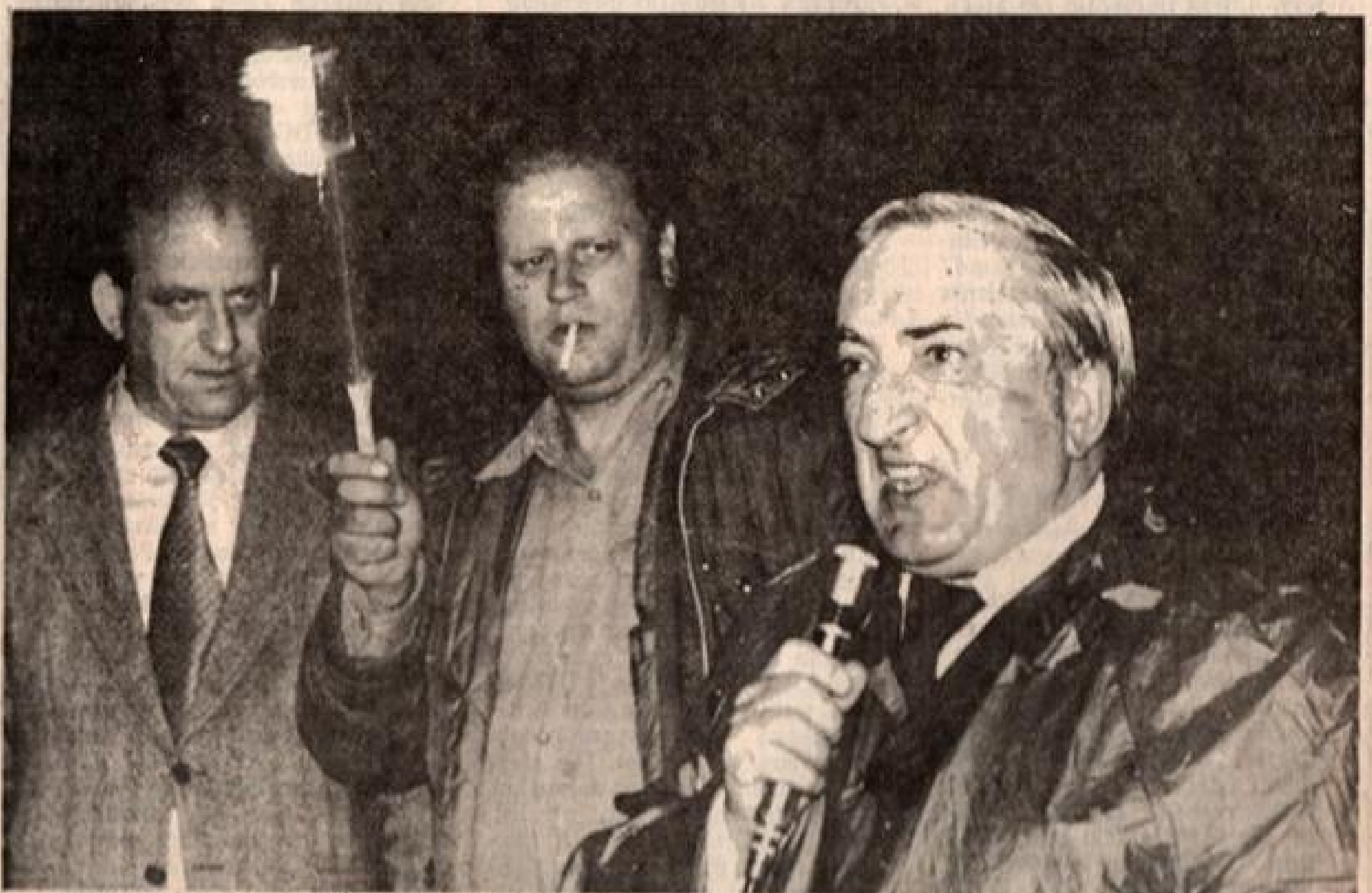
Regehly, Manuel
Landesvorsitzender der Hamburger NPD und als Vorsitzender des Schiedsgerichtes im HLA-Vorstand vertreten

Sabrautzky, Hans-Jürgen
NPD-Landesvorsitzender in HH von 1976-78, langjähriges Vorstandsmitglied der Nazi-Partei, HLA-Vorsitzender und -Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl

Schulze, Peter
HLA-Bürgerschaftskandidat

Thetard, Ulrich
1976/77 Vorsitzender der Hamburger JN, Anhänger von Kühnens „Hansa-Bande", wurde im Oktober '77 vor Gericht freigesprochen, obwohl bei einer Hausdurchsuchung „NSDAP"-Material bei T. gefunden wurde. Zunächst Vorstandsmitglied der HLA, wie Grabsch allerdings wieder von diesem Amt zurückgetreten

Zimmermann, Ursula
HLA-Bürgerschaftskandidatin



Der HLA-Vorsitzende und Spitzenkandidat H.J. Sabrautzky (mit Fackel), links von ihm der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug

Rassistischer Terror in Hamburg

In den letzten Wochen ist es in Hamburg verstärkt zu ausländerfeindlichen Übergriffen und Anschlägen gekommen:
- So wurde ein Einbruch in die Geschäftsräume der „Arbeiterwohlfahrt" in Altona verübt, in denen sich u.a. eine Asylberatungsstelle befindet. Hinterlassen wurde ein Schriftstück mit der Parole (sinngemäß): „Euch hat man alle vergessen zu vergasen".
- Bei de „Deutsch-Ausländischen Arbeitsgemeinschaft" in Hamburg Harburg (Helmsweg) wurden zehn Scheiben gezielt eingeworfen. Am gleichen Tag wuden am Harburger Frauenbuchladen Hakenkreuze geschmiert.
- In Hamburg-Wilhelmsburg wurde ein türkischer Lehrer von drei deutschen Jugendlichen über eine Stunde festgesetzt, mißhandelt und genötigt.
- In Barmbek wurden 3 ausländische Jugendliche verprügelt; in Wandsbek soll ein mit einem LKW motorisiertes „Rollkommando" von Schlägern ebenfalls gegen Ausländer vorgegangen sein.
- In Hamburg-Dulsberg haben am letzten April-Wochenende ca. 25-30 uniformierte, bewaffnete und teilweise maskierte Schläger einen Disco-Abend im Haus der Jugend am Alten Teichweg überfallen. Mit Baseball-Schlägern, Gaspistolen und schwarzen Holzkeilen stürmten sie das gerade laufende Fest und hieben und schossen wahllos auf türkische Jugendliche. Dabei wurden zwei Türken schwer verletzt. Die Rassistenbande nennt sich „whitehead" und ist bereits durch ähnliche Aktionen hervorgetreten...

Dieser sicherlich nicht vollständige und im Detail sehr lückenhafte Überblick könnte und müßte ergänzt werden. Hierzu bitten wir unsere im Raum Hamburg wohnenden Leser ganz dringend um Zusendung weiterer Informationen.

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Sehr geehrte Damen und Herren!
Als Vertrauensmann der Bürgerinitiative möchte ich mich im Namen aller Mitstreiter in Nordrhein-Westfalen bei Ihnen bedanken. Ihr Einsatz hat der Bürgerinitiative neue Freunde gebracht und damit den Einsatz gerechtfertigt. Wenn auch der Landesinnenminister die Listenauslegung zum Volksbegehren vorerst vereitelt hat, so ist das Volk doch wachgerüttelt. Wir werden vor das Landesverfassungsgericht gehen!

Die Bürgerinitiative hat beschlossen, mit der HLA Hamburger Liste für Ausländerstopp an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg teilzunehmen.

Dazu brauchen wir die Hilfe aller Freunde der Bürgerinitiative. Ich bin überzeugt, daß meine Bitte nicht vergebens ist, in Hamburg zu helfen durch Einsatz und durch Spenden. Das muß unsere Antwort sein auf die Verweigerung der Listenauslegung in Nordrhein-Westfalen. Alle auf nach Hamburg!

Ihre Spenden für Hamburg an die Bürgerinitiative mit dem Vermerk HLA versehen, damit sie auch in Hamburg eingesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Prof. Hagen Prehl
Vertrauensmann der B.I.

Die NPD ruft in der Mai-Ausgabe ihrer „Deutschen Stimme" Parteimitglieder zur bundesweiten Unterstützung der HLA-Kandidatur auf.

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

NRW: Nazi-Volksbegehren abgelehnt

Ende März lehnte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Zulassung eines durch die NPD-eigene **„Bürgerinitiative Ausländerstopp"** beantragten „Volksbegehrens" ab. Ziel dieses „Volksbegehrens", für das die NPD 3786 Unterschriften vorlegte, ist die Einrichtung von „muttersprachlichen" Regelklassen; erreicht werden soll damit die generelle Aussonderung ausländischer Kinder aus dem „deutschen" Schulbetrieb und ihre Abschiebung in sog. „Nationalitätenklassen". Eine ähnliche Apartheidspolitik im Schulsektor wird in Bayern bereits seit Jahren praktiziert und ist neuerdings auch in anderen Bundesländern im Kommen, sodaß sich die Nazis durchaus begründete Hoffnungen über die Zulassung ihres „Volksbegehrens" machen konnten. In ihrer Ablehnungsbegründung bezieht sich die NRW-Landesregierung auf ein UNESCO-Abkommen von 1960, das sich speziell gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen wendet; interessanterweise erfolgte allerdings k e i n e Bezugnahme auf einschlägige westdeutsche Gesetze (z.B. Artikel 3 GG). Die „BI-Ausländerstopp" hat jetzt beschlossen, in dieser Angelegenheit den nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof in Münster anzurufen.

Unmittelbar nach Ablehnung des „Volksbegehrens" hat die SPD Fakten geschaffen, die dem Nazi-Antrag immerhin ein Stück entgegenkommen: NRW-Kultusminister Girgensohn stellte am 26. März einen Erlaß vor, demzufolge die Einrichtung reiner Ausländerklassen in NRW jetzt erlaubt werden soll. (Bislang hatte es solche Klassen dort nicht gegeben). Zwar beharrt Girgensohn darauf, daß derartige Einrichtungen die „Ausnahme" bleiben sollen; wie er angesichts forcierter „Sparpolitik" auch im Schulsektor verhindern will, daß diese „Ausnahmen" schließlich zur Regel werden, hat er allerdings nicht verraten...

CSU-Hilfstruppe fordert millionenfache Ausländer-„Rückführung"

Die CSU-nahe **„Konservative Aktion"**, die u.a. auch schon von F. J. Strauß mit einem größeren Geldbetrag unterstützt wurde, fordert den Rausschmiß aller „nicht integrationsfähigen" Ausländer. Vornehmlich solche Menschen, die zu „völlig fremden Kulturkreisen" gehören, sollten in höchstens einem (!!) Jahr in ihre Heimat „zurückgeführt" werden. Insgesamt solle die Ausländerzahl auf 2 Mio. gedrückt werden, was nach heutigem Stand die Austreibung von fast 3 Mio. Menschen bedeuten würde.

Vorsitzender der „Konservativen Aktion" ist übrigens der Exil-Tscheche (!) und CSU-Mitglied **Ludek Pachmann.** Neben Pachmann gehören dem Kreis auch diverse Professoren an, ebenso auch der ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal.

Amtlicher Rassismus

Drei türkische Mädchen sind an einer Nürnberger Volksschule zwei Wochen lang vom Unterricht ausgeschlossen worden, weil sie – moslemischer Sitte entsprechend – auch im Unterricht ihre Kopftücher getragen hatten. Der für die Entscheidung verantwortliche Schulleiter verteidigte diese Diskriminierung unter Hinweis auf ein Rundschreiben der mittelfränkischen Regierung, in dem Lehrer und Schulleiter aufgefordert werden, darauf zu achten, *„daß das Tragen von Kopftüchern in der Schule unterbleibt"* („FR", 19.3. 82). Begründet wurde dies mit der Gefahr von Kopfläusen und Erkältung durch warme Kleidung im Klassenzimmer...

Wilhelmshaven: Gründung von ausländerfeindlicher Liste verhindert

Ca. 80 Antifaschisten aus Wilhelmshaven und Emden verhinderten am 14.4. die Gründung der **„Wilhelmshavener Liste für Ausländerbegrenzung".** Zur Gründung der WLA hatten die „Jungen Nationaldemokraten" (NPD), ein „Grüner Bürgerblock", eine „Aktion Umweltschutz" und eine „Bewegung für das Leben" in die Wilhelmshavener Kneipe „Westbahnhof" geladen. Als Einlader wurde zunächst auch die Junge Union (CDU) genannt, die sich in der „Wilhelmshavener Zeitung" v. 15.4. allerdings von dem Vorhaben distanzierte.

Als Redner für die WLA-Gründung war u.a. der bekannte Weinheimer Neonazi und NPD-Stadtrat **Günter Deckert** vorgesehen. Die geplante Veranstaltung fiel allerdings ins Wasser, nachdem die Antifaschisten am Veranstaltungsort aufgetaucht waren und der Eigentümer der Kneipe die Nazis aufgefordert hatte, seine Räumlichkeiten zu verlassen. (Er war offenkundig nicht darüber informiert gewesen, daß in seinem Lokal eine Nazi-Veranstaltung stattfinden sollte und stellte daraufhin den Antifaschisten den Veranstaltungsraum zur Verfügung). Die Rassisten versuchten sich daraufhin anderorts zu treffen, wurden aber wiederum durch Antifaschisten an ihrem Vorhaben gehindert und mußten schließlich unverrichteter Dinge nach Hause fahren.

Gegen den Neonazi **Hartmut Heger,** der Antifaschisten zweimal tätlich angriff, wurde Strafanzeige erstattet. Außerdem wurde Hegers PKW derart bearbeitet, daß er den Heimweg vermutlich zu Fuß antreten mußte. Mit von der Partie war auch der stadtbekannte Nazi-Schläger **Ingo Cordes,** der für das Flugblatt zur WLA-Gründung verantwortlich gezeichnet hatte.

Terror gegen Ausländer

In München haben Ende April 30 Mitglieder einer Nazi-Bande namens „Söldner" unter dem Ruf „Raus ihr Schweine!" ein Lokal gestürmt und ausländische Gäste bedroht. *„Die Polizei meldete lakonisch, daß es zu einem Handgemenge mit der vom Wirt gerufenen Polizei und fünf Festnahmen gekommen sei. Anführer der seit einem Jahr mit Schlägereien hervortretenden Gruppe „Söldner", der zumeist Jugendliche angehören, ist ein Mann, der in Interviews als Ziel der Vereinigung erklärte: ‚Wir werden alle Ausländer über die Grenzen prügeln'"* („UZ", 29.4.).

Zu massiven Übergriffen auf ausländische Teilnehmer kam es **in Frankfurt** auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB. Einige hundert Fans des 1. FC Nürnberg und des HSV, die anläßlich des für diesen Tag anstehenden Pokalendspieles nach Frankfurt gekommen waren, stürzten sich unter „Sieg Heil"- und „Kanaken raus"-Rufen in die ca. 15 000 Menschen umfassende Kundgebungsmenge. Ziel der Attacke waren ausländische Kolleg(inn)en, denen die Rassisten Transparente entrissen, Infotische zerstörten und einige von ihnen schwer verletzten. Während DGB-Redner nur zur „Besonnenheit" aufriefen, setzten sich insbesondere türkische und kurdische Kollegen kräftig zur Wehr. Unter dem Einsatz von Transparentstöcken gelang es ihnen, die Rassisten in die Flucht zu schlagen. Die Polizei nahm später 65 „Fans" fest, setzte allerdings alle nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß. Insgesamt hat dieser Vorfall gezeigt, daß heutzutage die Bereitschaft zu ausländerfeindlichen Krawallen beileibe nicht mehr auf das „traditionelle" nazistische Potential begrenzt ist. Allerdings verdient es festgehalten zu werden, daß die großenteils angetrunkenen Rassisten offenbar unter Beteiligung einschlägig bekannter Neonazis agierten. Gesichtet wurde in diesem Zusammenhang **Michael David,** Ex-Aktivist der Hamburger Hansa-Bande um Michael Kühnen. David war vorübergehend in der Hamburger Punk-Scene untergetaucht, um sich danach dem HSV-Club „Löwen" anzuschließen.

AG Ausländer

Der Kampf um die Vorhaut

Irrwege linker Ausländerpolitik

Der Vorgang, der hier erzählt werden soll, liegt mittlerweile schon ein paar Monate zurück: Die Sache ereignete sich im vergangenen Herbst. Einer näheren Betrachtung wert ist der Vorfall aber immer noch, zumal eine Selbstkritik der Akteure anscheinend bis heute nicht erfolgt ist.

Hauptperson der Geschichte ist jener Wurstzipfel, der in unseren Breiten den meisten männlichen Gliedern anhängt, die sogenannte Vorhaut. Einen praktischen Nutzen, außer als Drecksammler, erfüllt dieses Körperteilchen nicht. Andere Völker sind deshalb schon vor Jahrtausenden auf den Gedanken gekommen, das Überflüssige bereits am männlichen Kleinkind operativ zu entfernen. In einigen Religionen (z.B. Juden und Mohamedaner) gilt diese kleine Operation, die sogenannte Beschneidung, als unvermeidliches Ritual.

Religionen (z.B. Juden und Mohamedaner) gilt diese kleine Operation, die sogenannte Beschneidung, als unvermeidliches Ritual.

Die Bunte Liste Freiburg witterte in der Beschneidung einen barbarischen Brauch im Gewand religiösen Aberwitzes und wurde aktiv: Sie stellte Strafanzeige wegen „gefährlicher Körperverletzung" gegen „namentlich nicht bekannte" Ärzte der Universitätsklinik Freiburg. Den Ärzten wird vorgeworfen, sie würden Beschneidungen an türkischen Jungen ausführen. Beim Vorwurf der Körperverletzung mochten es diese guten Linken aber nicht bewenden lassen: In ihrer Anklage bemühten sie auch die bundesdeutschen *„guten Sitten"*, mit denen sich die Beschneidung als *„barbarischer Brauch fremder Völker"* nicht vereinbaren lasse.

Die Staatsanwaltschaft zeigte sich – unter Hinweis auf die Freiheit „religiöser Anschauungen" – wenig geneigt, der Klage nachzugehen, zumal die BuLi keine Ärzte namentlich angeben konnte, die solche Operationen ausgeführt hätten. Immerhin räumte der befaßte Oberstaatsanwalt aber ein, hier liege *„ein mögliches juristisches Problem"*, über das man sich nunmehr mittels eines Gutachtens durch das Orientalische Institut Klarheit verschaffen wolle.

Die Freiburger SPD ließ sich die glänzende Gelegenheit nicht entgehen, sich gegen die BuLi als Verteidigerin von nationaler Eigenart und Kultur unserer türkischen Mitbürger zu profilieren. Die Bunte Liste Freiburg gab daraufhin eine Presseerklärung (datiert 14.9.81) heraus, die zum Allerdümmsten und Scheußlichsten gehört, was hierzulande im Namen von Linken bisher auf den Markt geworfen wurde: Die Beschneidung wurde eingeordnet in einen bunten Reigen, der die Judenvernichtung der Nazis, angebliche barbarische Sitten bei Eskimos und Sarden (Ermordung alter Menschen), KZ's in der Türkei und Südamerika sowie den religiösen Terror im Iran umfaßte. Ohne weiteres wurde die Beschneidung türkischer Jungen (wohlgemerkt: ausgeführt unter Klinikbedingungen) gleichgesetzt mit den Genitalverstümmelungen an jungen Mädchen bei afrikanischen Völkern und mit dem Handabhacken als Strafe für Diebstahl in manchen islamischen Ländern. In großer moralischer Pose hieß das Fazit:

„Wir kuschen nicht vor Grausamkeiten, auch wenn sie Altertümer sind, auch nicht vor Mehrheiten, die Unrecht begehen. Die BUNTE LISTE stellt sich immer bedingungslos der Aufgabe, den Opfern des Unrechts zumindest jenen Schutz zukommen zu lassen, den wir ihnen bieten können: durch stete Aufklärung grausamen Bräuchen allmählich den Boden zu entziehen. Nur dann kann die Humanität schrittweise der ganzen Menschheit zugute kommen, wenn alle aufgeklärten Demokraten uns folgend diese Aufgabe wahrnehmen, statt die Opfer der Unmenschlichkeit mit Raushalteparolen in ihrem eigenen Saft, Blut oder Rauch schmoren zu lassen".

Die Presseerklärung enthält in der durch Flugblatt (datiert 25.9.81) publizierten Fassung außerdem noch einen Nachtrag: *„Wie wir zu unserem Entsetzen nach Abfassen des Textes erfahren haben, sitzen auch in deutschen Krankenhäusern gegen deutsche Kinder die Beschneidungsmesser lokker. Unter dem medizinisch oftmals nicht gerechtfertigtem Vorwand einer Phimose* (Vorhautverengung – Anm. AK) *raten Ärzte häufig zu einer Beschneidung von Neugeborenen, auch wenn sie medizinisch in keiner Weise gerechtfertigt ist. Wir werden über die Sache genauer berichten, sobald wir Näheres ermittelt haben und bitten daher um Zeugenberichte. Gemäß unserem Programm und unseren Grundsätzen kämpfen wir gegen jede Art von Körperverletzung und Vergewaltigung, besonders von Wehrlosen, wobei uns Sprache, Nationalität und Hautfarbe völlig egal sind. Im Kampf um Humanität und Selbstbestimmung müssen alle Menschen zusammenstehen."*

müssen alle Menschen zusammenstehen."

Über die spezielle Neigung bundesdeutscher Linker, die Nazi-Verbrechen dadurch zu verharmlosen, daß man sie ständig mit ganz anderen Dingen auf die gleiche Ebene setzt, ließe sich vieles sagen. Ich möchte das aber hier nicht vertiefen. Auf jeden Fall wäre es interessant, bei wem sich die BuLi Freiburg eigentlich ihre medizinischen Kenntnisse abgeholt hat, b e v o r sie ihre Kampagne zur Rettung der Vorhaut gestartet hat. Die Vorhautbeschneidung mit den in der Tat grausamen Genitalverstümmelungen an Mädchen in irgendeinen noch so entfernten Zusammenhang zu bringen, kann nur dem totalen Laien in den Sinn kommen. Geht es doch bei den letzteren um Eingriffe wie Entfernung der Clitoris, Zusammennähen der Scheide u.ä., also wirkliche Verstümmelungen, während die Entfernung der Vorhaut mit keinerlei Nachteilen verbunden ist. (Nebenbei: Auch dem Laien müßte doch einleuchten, daß in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft die Verstümmelung des männlichen Glieds ein Unding wäre!).

Im Gegenteil lassen sich zugunsten der Beschneidung möglicherweise sogar medizinische V o r t e i l e anführen: Israelische Ärzte behaupten, daß dort Unterleibskrebs bei Frauen wesentlich seltener auftritt als hierzulande; das wird darauf zurückgeführt, daß die Vorhaut ein Sammelpunkt für allerlei Dreck, darunter auch krebserregende Stoffe ist. U.a. wohl aus diesem Grund ist beispielsweise in den USA die Beschneidung neugeborener Jungen eine übliche Operation.

Die humanitär aufgeplusterte Kampagne der BuLi Freiburg ist also rein sachlich eine Übung am ungeeigneten Objekt. Sie ist aber auch abgesehen von diesem Umstand eine politische Dummheit. Wer sich ein bißchen mit der Geschichte des nationalsozialistischen Völkermordes an den Juden befaßt hat, weiß, welche Rolle in der geistigen Vorbereitung dieser Verbrechen der Angriff auf religiöse und nationale Besonderheiten der Juden gespielt hat. Darunter tatsächlich an erster Stelle auch die Beschneidung. In einer Zeit zunehmender Ausländerfeindlichkeit eine solche Kampagne gegen angebliche *„barbarische Bräuche fremder Völker"* zu führen, verrät Kurzsichtigkeit und vermutlich auch einen kräftigen Schuß nationale Überheblichkeit. Gibt es nicht beispielsweise im Bereich bundesdeutscher Religiösität Stoff genug für die Kampagnen der nächsten zehn Jahre? Warum muß sich hoher moralischer Anspruch ausgerechnet gegenüber einer ‚nationalen Minderheit' produzieren, die ohnehin im Zentrum schwerer Angriffe steht? Bundesdeutscher Moral-Anspruch könnte sich gut und gerne darauf begrenzen, Aktivitäten progressiver Ausländergruppen zu u n t e r s t ü t z e n, statt s t e l l v e r t r e t e n d das vermutete reaktionäre Bewußtsein der in der BRD lebenden Ausländer mit Hilfe bundesdeutscher Gerichte auf das Niveau u n s e r e r „guten Sitten" heben zu wollen.

Kt., Hamburg

Zur Diskussion

Was macht die Neonazis attraktiv?

Das verstärkte Bemühen von organisierten Neo-Nazis um Ansätze einer „Massenbasis" (Ausländerfeindlichkeit, Jugendbanden) gibt Anlaß, ihr Auftreten genauer unter die Lupe zu nehmen. Offensichtlich reicht es heute nicht mehr aus, sich darüber zu empören und an die öffentliche Wachsamkeit zu appellieren, d a ß Faschismus wieder hoffähig gemacht wird, d a ß Neo-Nazis sich in der Öffentlichkeit provokativ zum Faschismus bekennen. An die Existenz von Neo-Nazis hat sich die Öffentlichkeit weitgehend gewöhnt wie an die MPs bei Polizeikontrollen. Das verdrängte Attentat von München ist dafür ein makabres Indiz. Inzwischen muß darüberhinaus untersucht und entlarvt werden, w a s die Nazis den Massen anbieten. Insbesondere die Konfrontation ihrer „revolutionären", „systemgegnerischen" und „massenfreundlichen" Phrasen mit ihrer tatsächlichen massenfeindlichen und terroristischen Praxis und Ideologie wird eine der wichtigsten Aufgaben antifaschistischer Arbeit der nächsten Zeit sein, und zwar nicht nur im Rückgriff auf die Nazi-Erfahrungen, sondern auch in der k o n k r e t e n aktuellen Auseinandersetzung mit ihrer heutigen Politik. Auch für die Zukunft gilt sicher, daß wir nicht m i t organisierten Nazis diskutieren, sondern g e g e n sie agieren und agitieren. Allerdings werden wir mit ihren potentiellen Ansprechpartnern mehr als bisher über die angeblichen Ziele der Nazis sprechen müssen, wenn wir den Spielraum für Nazi-Propaganda einengen und auf eine Isolierung der organisierten Nazis in Gruppen und Bewegungen hinwirken wollen, was eine wesentliche Bedingung für jedes weitere gezielte Vorgehen gegen einzelne Nazis oder Nazi-Gruppen ist. Im Folgenden bringen wir ein paar erste Überlegungen, die dieser Aufgabe dienen sollen.

Wir konzentrieren uns auf die Aktivitäten von **Michael Kühnen.** Er ist nicht nur exemplarisch für die Generation der militanten jungen Rechten in der BRD, wie sie sich aus und neben der NPD entwickelt hat, er ist auch der z.Z. bekannteste Nazi-Aktivist und vor allem -Propagandist. Daran ändert auch die kürzlich erfolgte Verlängerung seiner Haftstrafe um 9 Monate bis zum Juni '83 nichts wesentliches. Bereits während seiner Hansa-Banden (ANS)-Umtriebe 1977/78 war es Kühnen, der in Interviews und diversen Pamphleten wie dem „SA Sturm" u.ä. die Provokationslinie seines Lehrer-Trios Schönborn-Röder-Christophersen propagierte und praktisch in der Szene durchsetzte. Inzwischen hat er aus seiner Haft in Celle nicht nur mehr als 1400 Briefe geschrieben und diverse Besuche erhalten (u.a. von jenen „Kameraden", die anschließend das schwule ANS-Mitglied Bügner ermordeten), sondern er konnte auch (im Februar) mit Billigung der Vollzugsbehörden ein Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" veröffentlichen lassen, das den Neuaufbau der ANS/Hansa-Bande und die Entfaltung einer nazistischen Massenbewegung propagiert. Darüberhinaus verfaßte er — ganz seinem großen Vorbild Hitler verpflichtet — im Knast eine —Programm-Schrift („Die zweite Revolution"), deren Verbreitung allerdings zunächst gerichtlich gestoppt worden ist.

Die neue Linie: „national-revolutionär"

Kühnen propagiert in dem DAS-Interview die Linie: weg vom bisherigen Provokationskurs, hin zur Entwicklung einer langfristig orientierten „national - r e v o l u t i o n ä r e n", bzw. „national - s o z i a l i s t i s c h e n" Massenpolitik. Träger der Politik soll die wiederbelebte ANS sein. Dabei werde man sich im Unterschied zu früher *„bemühen, eben nicht in entsprechend provokativer Form gegen die bestehenden Gesetze zu verstoßen"* (Interview). Die Begründung: *„Diese Phase* (der provo-

bzw. „national - s o z i a l i s t i s c h e n" Massenpolitik. Träger der Politik soll die wiederbelebte ANS sein. Dabei werde man sich im Unterschied zu früher „bemühen, eben nicht in entsprechend provokativer Form gegen die bestehenden Gesetze zu verstoßen" (Interview). Die Begründung: „Diese Phase (der provo-

kativen Enttabuisierung des Nazismus — Anm. AK) *ist zwar nicht ganz abgeschlossen, das wird es immer wieder geben, aber sie ist nicht mehr Schwerpunkt der Arbeit. Denn heute ist es allgemein bekannt, daß es uns gibt. Wir brauchen uns jetzt nicht mehr bekanntzumachen. Jetzt geht es darum, Sachpositionen zu gewinnen, ein Problem zu finden, das tatsächlich die Masse der Bevölkerung als Problem bewegt und das nur von Nationalsozialisten gelöst werden kann . . ."* (ebenda).

Kühnen verkündet die neue Linie mit „revolutionärer" Emphase und in ausdrücklicher Abgrenzung zur Alten Rechten a la NPD und Co., die als „National - D e m o k r a t e n" *„keinen anderen Staat wollen, sondern die im Grunde ja die beste CSU sein wollen, die es je gab"* (ebenda). Demgegenüber entwickle sich die „national-revolutionäre" Linie. *„Das sind die, die einen anderen Staat wollen, eine andere Gemeinschaft wollen. Die auch von einem anderen Weltbild ausgehen als dem liberalistischen, liberalkapitalistischen Weltbild, so, wie es hier in der BRD sich verwirklicht".* Und überhaupt: *„Es geht zunächst mal darum, das gegenwärtige System zu schwächen"* (ebenda). An diesem Punkt sei man sich sogar mit den Kommunisten einig, und auch in den Protestbewegungen gebe es viele Leute, die sich *„aus ganz ehrenwerten Motiven gegen bestimmte Aspekte des Systems stellen"* (ebenda). (Wow! Was für ein Lob!). Auf dieser Grundlage könne er sich sogar *„eine Art Stillhalteabkommen ... mit einigen linken Gruppen vorstellen . . ."* (ebenda).

Dieser strategisch Entwurf zielt auf die allgemeine Staatsverdrossenheit der Protestbewegungen, besonders der Jugendlichen. In einem früheren Interview Kühnens anläßlich einer verbotenen Versammlung der Hansa-Bande am 26.11.77 hieß es dazu: *„Wir sind eine neue Generation, die erkannt hat, daß alle etablierten Strömungen im Grunde unfähig sind, die Probleme der Zukunft zu meistern und darin haben wir heute unser Hauptreservoir ... Mitglieder und Sympathisanten haben wir hauptsächlich bei der Jugend, das heißt hauptsächlich Schüler und Lehrer, meistens aber Lehrlinge".* Im übrigen wende man sich, über spezielle Gruppen wie die arbeitslosen Jugendlichen u.ä. hinaus, an all jene, *„die sich von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre bedroht fühlen"* (26.11.77).

Ganz dem linken Sprachgebrauch angeglichen heißt es dazu im Interview Kühnens im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt": **„Es müssen alle Gefühle, die gegen dieses System bestehen und die heute ein diffuses Mißbehagen darstellen, gebündelt und organisatorisch gegen das System gerichtet werden . . ."**



2. von links: Christian Grabsch, heute Mitglied der „Hamburger Liste für Ausländerstopp", bis vor kurzem sogar in deren Vorstand. 1. von rechts: Tibor Schwarz: Kontaktmann der ANS zur „Jugendszene" und nach der Festnahme von Enk, Frühauf, Wegener und den Zwillingen König „Statthalter" Kühnens bis zu dessen Entlassung aus dem Knast. 2. von rechts: Michael Kühnen, z.Zt. JVA Celle. 3. von rechts: Michael David, erst bei den Punks, dann bei der „Savage Army" und heute bei den „Löwen", einem HSV-Fan-Club. Beteiligt bei den Überfällen auf ausländische Kollegen am

2. von links: Christian Grabsch, heute Mitglied der „Hamburger Liste für Ausländerstopp", bis vor kurzem sogar in deren Vorstand. 1. von rechts: Tibor Schwarz: Kontaktmann der ANS zur „Jugendszene" und nach der Festnahme von Enk, Frühauf, Wegener und den Zwillingen König „Statthalter" Kühnens bis zu dessen Entlassung aus dem Knast. 2. von rechts: Michael Kühnen, z.Zt. JVA Celle. 3. von rechts: Michael David, erst bei den Punks, dann bei der „Savage Army" und heute bei den „Löwen", einem HSV-Fan-Club. Beteiligt bei den Überfällen auf ausländische Kollegen am
1. Mai 82 in Frankfurt. 4. von rechts: Lutz Wegener, z.Zt. im Knast.

Das psychologische Rezept für die nazistische Bauernfängerei ist denkbar einfach und wurde von Kühnen schon frühzeitig nach unverkennbarem Vorbild formuliert: *„Wir bieten Ideale und verlangen dafür auf der anderen Seite strenge Disziplin . . ."* (Norddeutscher Rundfunk — Pop und Politik, 21.1.78).

Schwerpunkte der Nazi-Propaganda

Als Schwerpunkte einer „national-revolutionären" Massenpolitik lassen sich aus dem Interview folgende Punkte herauskristallisieren:

Erstens. *„Überfremdungsdiskussion": „Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren — unabhängig von der Frage des NS-Verbots, die immer nebenbei laufen wird — hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion . . ."*

Zweitens. *„Umweltfragen": „Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage der Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu bringen. Das wäre die strategische Langzeitrichtung, diese beiden Themen zusammenzukoppeln und damit gegen das System anzutreten. Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbasis bekommen können"* (Interview). So akrobatisch diese Zusammenstellung dem aufgeklärten Menschen erscheint, für faschistisches Denken ist der Zusammenhang logisch: sauberes Land für saubere Deutsche, Reinigung der Volksgemeinschaft von Fremdkörpern aller Art usw. heißen hier die Denkmuster.

Drittens. *„National-Neutralismus":* Besonders angetan zeigt sich Kühnen vom „Nationalneutralismus" und „Patriotismus" der Friedensbewegung, der ihn zu folgenden Ausführungen inspiriert: *„Insofern begrüße ich dies als Zeichen einer allmählichen Normalisierung, d.h. des Endes einer sogenannten Nachkriegszeit, daß eben auch bei Linken dieser Patriotismus sich entwickelt, daß sich auch bei Linken das Gefühl dafür schärft, daß wir eben ein tatsächlich besetztes Land sind, das nicht souverän ist. Und ich muß auch sagen, daß durch diese Entwicklung zum Beispiel Ausdrücke und Gefühlshaltungen über ‚Spiegel', über ‚Stern', über die Friedensbewegung bei Leuten geweckt werden und verbreitet werden, die wir ja mit unserer Propaganda nie erreichen könnten".*

Viertens. *„Kulturrevolution":* Unter der Marke *„Kulturrevolution gegen den Amerikanismus"* erhofft sich Kühnen eine Massenbewegung *„von unten herauf ... direkte Aktionen von Massen gegen bestimmte Vorkommnisse".* Was für „Vorkommnisse" er meint, sagt er deutlich: *„Es gibt endlos viele Menschen in diesem Land, die sich darüber aufregen, wenn weiße Mädchen mit Negern aus der Diskothek kommen. Es gibt endlos viele Menschen, die sich darüber aufregen, daß sich die Ghettos in den Innenstädten bilden. Es gibt Leute, die sich darüber aufregen, was an den Theatern passiert, was in den Kinos gespielt wird".*

Eine verdächtig heftige Absage erteilt Kühnen dem Terrorismus seiner eigenen Szene. Er lehne ihn zwar nicht prinzipiell ab. *„Das habe ich nie getan. Dafür sehe ich keinen Grund. Ich lehne (aber) einen Terror ab, der sich gegen Unschuldige richtet. Ich verstehe jede Aktion, die sich gegen dieses System richtet und auch gezielt gegen Repräsentanten dieses Systems richtet. Ich muß hier ein bißchen vorsichtig sein mit meinen Worten, aber das Stichwort ‚klammheimliche Freude' können sie also dann durchaus zitieren. Nur sehe ich darin für mich keinen politischen Sinn ... Ich glaube, durch die Entwicklung der Friedensbewegung, Anti-Atombewegung, ist die Durststrecke der Linken wohl weitgehend vorbei. Es gibt wieder legale Möglichkeiten für die Linken, eine Massenbasis zu gewinnen. Wie ich ausgeführt habe, sehe ich bei der Rechten auch die Chancen, auf legale Weise, zumindest auf politisch-propagandistische Weise, eine Massenbasis zu gewinnen".*

Zum Münchner Attentat befragt,

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wer ist Michael Kühnen?

Schon als Schüler engagierte sich Michael Kühnen im Umkreis der NPD. Von 1969 bis ungefähr 1971 war er Schülerkader und wurde Schulsprecher seiner Schule (einer Privatschule). 1971 trat er gemeinsam mit der NPD-Abspaltung **„Aktion Neue Rechte"** aus der NPD aus, fand aber dort bald keinen organisatorischen Rückhalt mehr, da die ANR sehr bald in kleine und kleinste Grüppchen von „Nationalrevolutionären" zerfiel.

Heute verbreitet Kühnen gern die Story, daß er in den darauf folgenden Jahren eine „Jugendsünde" begangen habe: Er habe bei der KPD/AO (Vorläuferin der inzwischen aufgelösten „KPD") mitgemacht, der „nationalsten" linken Organisation, wie Kühnen sagt. Möglich, daß er hier einfach lügt, um sich interessanter zu machen. Nachprüfbar hingegen ist, daß er während seiner Bundeswehrzeit (er war im Sommer 77 zuletzt Leutnant) als Hamburger Kontaktadresse einer **„Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchistischen Gedankens e.V. — Tradition und Leben"** in Erscheinung getreten ist; dieser Verein will in der BRD (möglichst natürlich in „Großdeutschland") die Hohenzollernmonarchie wieder einführen.

1975 war Kühnen an der Gründung des Hamburger Landesverbands der **„Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" (AVP)** beteiligt und kam dort in den Landesvorstand. Spätestens hier lernte er den bekannten Hamburger Nazi, Rassisten und Anwalt von Nazi-Terroristen, **Jürgen Rieger** kennen, der ebenfalls im Landesvorstand der AVP saß, dann aber — als seine Aktivitäten ruchbar wurden — dort gehen mußte.

Kühnen gibt an, etwa um diese Zeit (1975/76) mit dem Kreis um die Radau- und Krawall-Nazis **Manfred Roeder, Thies Christophersen** und **Erwin Schönborn** bekannt geworden zu sein

Terroristen, Jürgen Rieger kennen, der ebenfalls im Landesvorstand der AVP saß, dann aber — als seine Aktivitäten ruchbar wurden — dort gehen mußte.
Kühnen gibt an, etwa um diese Zeit (1975/76) mit dem Kreis um die Radau- und Krawall-Nazis Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn bekannt geworden zu sein

und sich an deren Provokationsreisen quer durch die BRD beteiligt zu haben. Auf jeden Fall aber hat er während seiner Bundeswehrzeit Kontakt zu anderen Nazis bei der Bundeswehr gehabt: So zu **Lothar Schulte**, der — „unehrenhaft" aus der Bundeswehr entlassen — später bei den kriminellen Anschlägen der Hansa-Bande beteiligt war. Wahrscheinlich hatte Kühnen damals auch schon Kontakt zu **Friedhelm Enk**, der — ebenfalls „unehrenhaft" entlassen — nach einem vergeblichen Raubüberfall am 28.5.1981 den schwulen Nazi Johannes Bügner umbrachte. In seinem Prozeß gab Enk, der schon am 20.5.81 Kühnen im Knast besucht hatte, an, daß er Lothar Schulte bei der Bundeswehr kennengelernt habe, wo gemeinsame Hitlerfeiern etc. auf der Tagesordnung gestanden hätten.

Kühnen findet jedenfalls Anfang 1977 schnell Zugang zu Hamburger Nazi-Kreisen; insbesondere kommt sein Konzept bei der Hamburger JN und der Wiking-Jugend so gut an, daß er diese beiden Vereine nahezu völlig auf sich einschwört und im Herbst 1977 die **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS)** gründet, die das Konzept der öffentlich vorgetragenen Nazi-Provokationen praktisch umsetzt. Innerhalb des Zeitraums Herbst 77 bis August 78 gelingt es Kühnen durch seine Hamburger Aktivitäten, zum „Star" innerhalb der bundesdeutschen Nazi-Szene zu werden.

Parallel zu den aggressiv vorgetragenen Provokationen in der Öffenlichkeit bildet sich um Kühnen eine Terror-Bande, die sich selbst als **„Wehrwolf-Untergrundarmee"** bezeichnet und diverse Anschläge verübt.

Kühnen wurde im Sommer 1978 nach mehreren vorübergehenden Festnahmen endgültig verhaftet und im Sommer 79 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt; seine Verurteilung stützt sich allein auf seine NS-Propaganda, nicht aber auf seinen Anteil bei den terroristischen Aktivitäten. Auch Kühnens

verse Anschläge verübt.
Kühnen wurde im Sommer 1978 nach mehreren vorübergehenden Festnahmen endgültig verhaftet und im Sommer 79 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt; seine Verurteilung stützt sich allein auf seine NS-Propaganda, nicht aber auf seinen Anteil bei den terroristischen Aktivitäten. Auch Kühnens

Nachfolger **Christian Worch** wurde Anfang 1979 zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

Der Terror der Hansa-Bande

Von Anfang an beschränkte sich die Bande (ANS) nicht auf „propagandistische Einsätze". Schon ihr erstes Auftreten am 15.5.77 war von Schlägereien gekennzeichnet: Als „Ordner" auf einer Veranstaltung des Neonazis Frey („Deutsche Nationalzeitung") schlagen sie mehrere Antifaschisten zusammen.

1.11.77: Mehrere ANS-Mitglieder — gerade von einer „Wehrsportübung" zurückgekehrt, schlagen einen Verkäufer des ARBEITERKAMPF zusammen;

Dez. 77, Hannover: Mehrere aus Hamburg angereiste Nazis schlagen einen Hannoveraner Antifaschisten zusammen;

9.1. und 8.5.78: Die Scheiben des Hamburger Buchladens „Arbeiterbuch" werden eingetreten;

15. 5.78: Plakatekleber der „Bunten Liste" werden von Nazis verfolgt;

im Januar 1978 erklärt Kühnen öffentlich, daß „viele von ihnen" eine paramilitärische Ausbildung machen. In Flugblättern wirbt er für eine neue SA.

In paramilitärischen Ausbildungslagern der Bande werden weiterreichende Pläne entwickelt und in die Tat umgesetzt:

22.11.77: zwei Mitglieder der Bande dringen in die Kaserne Wentorf ein, schlagen die Wachhabenden nieder und erbeuten ein Gewehr sowie Munition;

2.12.77: Lutz Wegener und Lothar Schulte überfallen einen Kölner Kaufmann. Beute: Waffen, Munition und ca. 65.000 DM;

19.12.77: Lutz Wegener und ein Komplize überfallen eine Haspa-Filiale in Hamburg Volksdorf. Beute: 60.000 DM;

5. 2.78: Ausgehend von einem größeren Ausbildungslager überfallen Lutz Wegener, Lothar Schulte, Uwe Rohwer, Manfred Börm und Klaus-Dieter Puls einen holländischen Nato-Wachposten in Munsterlager und erbeuten 4 Maschinenpistolen. Ende Mai 1978 werden Frank Stubbemann, Peter Teuffert und Robert Marchis verhaftet. Sie sollen einen Sprengstoffanschlag, einen Banküberfall und Waffendiebstahl geplant haben;

26. 9.78: Die schleswig-holsteiner ANS-Mitglieder Jürgen Töpke, Manfred Böhm, Ernst-August Möller und Armin Peil aus Hannover rauben einen Nato-Sicherheitswürfel mit Geheimdokumenten, um damit Rudolf Heß freizupressen.

Kühnen selbst hat im Herbst 1977 auf einem norddeutschen NSDAP-Treffen eine Rohrbombe erhalten (... vom VS-Agenten Lepzien und dem Braunschweiger NSDAP-Chef Otte). Was aus dieser Bombe geworden ist, wurde im Prozeß gegen Kühnen nicht geklärt.

Fortsetzung von voriger Seite

antwortet er gar in der Attitüde eines linken Guerilleros: *„Ich kann mir unmöglich eine politische Strategie oder Taktik vorstellen, die sich gegen das eigene Volk richtet ... Der Nationalsozialismus war eine Bewegung, die bewußt versucht hat, das Volk zu gewinnen. Und das gewinnt man nicht dadurch, daß man auf dem Oktoberfest unschuldige Deutsche in die Luft jagt. Ich kann mir keinen politischen Sinn vorstellen".*

Wolf im „national- revolutionären" Schafspelz

Diese „neue Strategie" enthält tatsächlich manchen für eine nazistische Massenpolitik entwickelbaren Ansatzpunkt: Vor allem große Teile der von der Arbeitslosigkeit und allgemeinen Krisenhaftigkeit der gegenwärtigen Entwicklung des BRD-Imperialismus getroffenen Jugendlichen suchen nach einer „systemgegnerischen" neuen Identität. Das Klima der Ausländerfeindlichkeit wird von der offiziellen Politik derart geschürt, daß Alt- und Neo-Nazis in Gestalt von „Ausländer-Stop-BIs" nur noch die Ernte einzufahren brauchen. Rechte Variante des Ökologismus (Springmanns ÖDP und andere), rechte Varianten von Neutralismus, Antiamerikanismus und Blockfreiheitsvorstellungen geben weitere Ansatzpunkte. Die von Kühnen konstatierte Ent-Tabuisierung des Faschismus ist tatsächlich weitgehend erfolgt. Besonders bei der Jugend ist dieser Prozeß soweit vorangeschritten, daß das Zeigen von Nazi-Symbolen u.ä. heute häufig zusammentrifft mit dem bloßen Protest gegen alles Etablierte, gegen das „System" usw.

Mehr als bisher wird es daher in nächster Zeit darauf ankommen, die Demagogie der „national-**demokratischen**", „national-**revolutionären**" und „national-**sozialistischen**" Sprüche bloßzulegen, indem die Widersprüche zwischen den anbiederischen Phrasen und den tatsächlichen Absichten und Praktiken der Nazis und die Widersprüche zwischen den eigentlichen Zielen der Nazis und den Interessen der von ihnen angesprochenen Bevölkerungsteile herausgearbeitet werden — eng verbunden mit der Diskussion um demokratische und linke Alternativen zu dem nach rechts abdriftenden „System".

Tatsächlich hat Kühnens neuer Schafspelz reichlich viele Löcher, durch die nach wie vor der nackte Nazi-Terrorist durchschimmert. Im selben Interview, in dem er von der neuen massen„freundlichen" Strategie faselt, bekennt er: *„Ich persönlich werde sicher kein Hakenkreuz mehr zeigen. Das habe ich nicht nötig. Ich brauche auch nicht mehr groß nationalsozialistische Propaganda zu machen. Ich brauche nur noch zu sagen, an meiner politischen Einstellung hat sich nichts geändert. Dann können Ihre Kollegen in Archiven nachgucken und werden also schon es nicht unterlassen, mich entsprechend zu zitieren — dieser böse Nazi hat noch immer dieselbe Meinung".*

Ausdrücklich bekennt er sich auch wieder zu Hitler als seinem „politischen Vorbild". Zu Göbbels weiß er zu sagen: *„Auch Göbbels gehört sicher zu den Gestalten des Dritten Reiches, die mich persönlich am tiefsten beeindruckt und auch geprägt haben. Das ist sicher dieselbe Auffassung, die diffuse Unzufriedenheit zu bündeln und propagandistisch gegen das System zu richten, und dabei auch den revolutionären Geist hochzupeitschen und zu erhalten. ... Göbbels in der Spätzeit"* habe ja sogar noch das *„Konzept des Volkskrieges, der Volksrevolution wieder versucht durchzusetzen, nur leider zu spät, zehn Jahre zu spät".*

Kurz, die „radikalen" Phrasen hindern Kühnen und seinesgleichen keineswegs, weiter den Hitler-Faschismus zu verherrlichen und auch zum bisherigen Programm und den Aktivitäten der ANS/Hansa-Bande zu stehen. Das bedeutet — in Kurzform zusammengefaßt — der „Massenfreund" Kühnen vertritt nach wie vor :

- die Forderung der ANS nach Widerzulassung der NSDAP, einschließlich Untergliederungen wie SS und SA;
- die These der sog. „Vergasungslüge", in der die gezielte Vernichtung der Juden (und anderer Minderheiten) geleugnet und stattdessen als Alliierten-Propaganda hingestellt wird. Er steht also auch nach wie vor zu den antisemitischen Schmierereien und Aktionen der ANS und Co.;
- die These von der sog. „Geschichtslüge", in der die Verantwortung Hitler-Deutschlands am 2. Weltkrieg geleugnet und in diesem Zusammenhang die Wiederherstellung eines Großdeutschen Reiches gefordert wird;
- die Forderung nach Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Ersetzung durch einen diktatorisch geführten Ständestaat mit der Familie als Kernelement;
- die Forderung nach „planmäßiger Wirtschaftslenkung nach dem Vorbild der „Wirtschaftsführung" des Nazismus, d.h. unter anderem auch Arbeitsdienst und Zwangsverpflichtung, zwangsweise faschistische „Betriebsgemeinschaft", Zerschlagung der Gewerkschaften uam.;
- das Doppelkonzept des Organisationsaufbaus: einerseits Bildung eines konspirativen militanten Kader- und Terrorapparates nach dem Vorbild von SS und SA, aktuell in Fortsetzung der „NS-Kampfgruppen", des Hamburger „SA-Sturm" uä., andererseits Herausbildung legaler Tarngruppen wie ANS, „Ausländer Stop BIs", Jugendbanden usw.

Diesen Widerspruch zwischen legalem Anspruch und kriminellen, illegalen Praktiken gilt es — besonders mit Blick auf eine Moblisierung der demokratischen Öffentlichkeit und die Forderung nach Knast-Verlängerung für Kühnen, Verbot ähnlicher Gruppierungen und Inhaftierung weiterer Nazi-Terroristen — herauszuarbeiten.

Für die politische Isolierung des Neo-Nazismus in der Massenarbeit ergeben sich noch eine Reihe weiterer Punkte, die wir in aller Kürze skizzieren wollen:

Stichwort: *„Neue Ideen"* — tatsächlich werden die Leute mit dem Angebot von Scheinlösungen verarscht, die bereits unter den Nazis zum Massenelend und Zusammenbruch geführt haben: Arbeitsdienst statt Arbeitslosigkeit, Krieg als Krisenlösung, Ausrottung als Endlöung von Minderheitenproblemen aller Art.

Stichwort: *„Überfremdung"* — tatsächlich verbirgt sich dahinter der primitivste Rassismus. Dazu Kühnen: Die „Rassenfrage" sei *„politisch jetzt nicht unbedingt so akut ... außer, was die Frage der Ausländerüberflutung, der Überfremdung angeht. Aber man muß das nicht unbedingt auf die Rassenfrage stützen, die ja nun nicht so furchtbar populär ist. Es gilt eben, in den eigenen Reihen das Bewußtsein dieser Rassenfrage wachzuhalten. Auch entsprechende Schulungen vorzunehmen".*

Hinzu kommt noch ein besonderes Problem, dessen Entwicklung aufmerksam beobachtet werden muß, nämlich der Widerspruch zwischen dem Rassismus der Nazis und ihrem Wunsch nach Kooperation mit ausländischen Faschisten. *„Es wird natürlich schwierig"*, meint Kühnen, *„wenn eine Propaganda gemacht werden würde, die sich gegen die Menschenwürde der ausländischen Arbeiter richten würde. In diesem Augenblick würden natürlich die Grauen Wölfe automatisch gezwungen sein, aus nationalen Gründen sich gegen uns zu stellen. Das ist ein Spannungsverhältnis, das Schwierigkeiten mit sich bringen wird".* — Hoffen wir es! Bekanntlich sind die Grauen Wölfe nicht zimperlich.

Nicht ganz einfach dürfte übrigens für Kühnen auch die Anerkennung eines Heiner Graßhof, Chef der nazistischen „savage army" in Hamburg, sein — immerhin ist er Mulatte.

Stichwort: *„Systemgegnerschaft"* — tatsächlich zielen Hansa-Bande und ähnliche Gruppen auf noch weit schärfere Disziplinierung und Unterordnung im Rahmen des „Führerprinzips" als die heutige staatliche Repression. Auch die geplante „Wirtschaftslenkung" zielt ja — aus der Geschichte erweislich — keineswegs auf Abschaffung des Kapitalismus, sondern auf Festigung des Systems. Damit steht Zielvorstellung und Praxis der Nazis ganz entschieden im Widerspruch zu den Interessen der Jugend, die sie ansprechen wollen, nämlich den staatsverdrossenen „Systemgegnern", die bei allen Unterschieden ja eines verbindet: ihre Gegnerschaft gegen Unterordnung, Disziplin und Organisation. Sie wären die ersten, die Kühnen in den Arbeitsdienst, zum Militär, in den Jugendknast oder ins KZ stecken würde — hätte er die Macht. Diese Jugendlichen sind im Konzept Kühnens und Co. nichts anderes als Manövriermasse — wie insgesamt die Massen im Konzept der Faschisten.

Stichwort: *„Kameradschaft"*, *„neue Gemeinschaft"*, sind die Schlagworte, mit denen vor allem Jugendliche geködert werden, die Gruppengeborgenheit suchen. Die Realität ist anders: der ausdrücklich zum anerkannten Grundprinzip erhobene *„Sozialdarwinismus"* bestimmt die Gruppenstrukturen. Wer „zu weich" wird, „verfällt der Feme". Ein schönes Beispiel von Kameradschaft lieferte auch ein „Führer" wie Röder: Als es ihm im Celler Prozeß kürzlich selbst an den Kragen ging, distanzierte er sich kurzerhand von den Attentaten seiner „Kameraden" und ließ sie fallen wie eine heiße Kartoffel (siehe nebenstehenden Artikel).

Stichwort: *„Kulturrevolution"* — es liegt wohl auf der Hand, daß Kühnen und Co. mit dem von ihnen erhofften Aufstand des „gesunden Volksempfindens" in argem Widerspruch zu den Jugendlichen liegen, die sie aktuell ansprechen wollen. Die Aussteiger- und Randgruppenkultur, die ganze „Alternativ"-Kultur lebt genau von dem „Chaotentum", das von Kühnen bereits in früheren Interviews ausdrücklich als gegen die notwendige Disziplin gerichtet und unerwünscht bezeichnet wird. Hier liegt mit Sicherheit eine starke Kraft, die gegen die Nazis zu mobilisieren ist. Es ist ja kein Zufall, daß die Initiative „Rock gegen Rechts" derart losging. Sie könnte eine Wiederaufnahme in „Rock gegen Rassismus" finden.

Wir schließen hier erst einmal ab. Über all die (bisher bloß angetippten) Widersprüche muß mit den potentiellen Ansprechpartnern neo-nazistischer Propaganda in geeigneter Form die Auseinandersetzung aufgenommen werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kühnen erneut verurteilt — Wann kommt er aus dem Knast?

Am 30.4.82 wurde Michael Kühnen von der großen Strafkammer des Flensburger Landgerichts zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er „Propagandamittel nationalsozialistischen Inhalts" hergestellt und „zum Rassenhaß aufgestachelt" hatte.

Getreu seinem „großen Vorbild" Hitler hatte Kühnen im Celler Knast ein Buch verfaßt, „Die zweite Revolution", in dem er ein lückenloses Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgelegt hat. Auf bisher ungeklärtem Weg — wahrscheinlich aber ganz normal mit der Gefängnispost wie die weit über 1400 Briefe, die Kühnen aus dem Hochsicherheitstrakt nahezu unkontrolliert hatte verschicken dürfen — war das 300 Seiten starke Manuskript des Machwerks an Thies Christophersen gegangen, der es drucken sollte. Dort hatte es eine Hausdurchsuchung zutage gefördert.

Der deshalb mitangeklagte Thies Christophersen hatte sich dem Prozeß schon vor einigen Monaten durch Flucht ins Ausland (angeblich Holland) entzogen.

Doch ob Kühnen diese neue Haftstrafe direkt nach seiner Entlassung aus der JVA Celle am 26./27.Juli 82 antreten muß, scheint noch nicht entschieden. Immerhin hat Kühnen für die Verbreitung seiner übrigen Knastkorrespondenz richterlichen Segen bekommen: Die Nazi-Propaganda, die Kühnen dort verbreitet, sei im Rahmen der „Meinungsäußerung" nicht zu unterbinden. Und obwohl das Buchmanuskript eindeutig zum Druck bestimmt war, könnte es ja doch ein westdeutsches Gericht geben, das den Vollzug der nun erteilten Haftstrafe bis zur Entscheidung in fernen Berufungs- bzw. Revisionsverfahren aussetzt.

Interessant waren auch die Begleiterscheinungen des Flensburger Prozesses: Erschienen waren u.a. mehrere uns noch unbekannte Nazis, mit denen Kühnen in Verhandlungspausen ganz offen über weitere Pläne sprach. So will er tatsächlich nach Hamburg kommen und dort vor allem in ausländerfeindlichen Gruppen mitarbeiten, um dann nach einiger Zeit selbst unter dieser Fahne wieder an die Öffentlichkeit zu treten . . .

Das Auftreten der ANS

„Der Kamerad Roeder von der ‚Deutschen Bürgerinitiative' hat einmal, als er den ‚Reichstag' in Flensburg mit 100 Mann durchgezogen hat ... da haben andere Kameraden von der nationalen Seite erklärt: ‚Ja, was soll das denn? Du stellst Dich hier mit 100 Mann hin und machst 'nen Reichstag. Da ist doch nichts hinter! Das ist doch Größenwahnsinn!' Und da hat Roeder gesagt! ‚Irrtum! Es kommt nicht darauf an, wieviel Leute da sind, sondern welches Echo man damit erzielt. Wenn ich mit 80 oder 100 Mann durch Flensburg marschiere, und das ganze In- und Ausland schreit empört oder erfreut, je nach politischer Meinung, auf, dann ist das mehr wert, als wenn die lendenlahme NPD mit 4000 Mann durch Frankfurt marschiert, und es gibt 'ne 3-Zeilen-Meldung in der Zeitung'. Und das genau ist unsere Strategie . . ."

So äußerte sich Kühnen 1978 in einem Interview über seine politischen Ideen. Und genau in diesem Tenor schwor er „seine Leute" auf der trotz Verbot durchgeführten Gründungsveranstaltung der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" am 26.11.77 auf unbedingten Gehorsam seiner Person gegenüber und auf diesen Provokationskurs ein: *„Was wir brauchen, sind ... seid ihr! Junge Leute, die sich auf die Straße stellen, die an gegnerische Stände rangehen, die sagen ‚Wir sind hier, wir sind eine Alternative'. Was wir brauchen, ist ein Wahlkampf, der so geführt wird, wie wir heute die Veranstaltung angefangen haben. Ich verspreche Euch, wir gehen an die Grenze dessen, was möglich ist. Mit unseren Fahnen, mit unseren Parolen. Aber ich verlange und erwarte von allen Leuten, daß Disziplin herrscht. Wir brauchen es nicht und können es nicht gebrauchen, daß Hitzköpfe anfangen, mit illegalen Dingen uns in Schwierigkeiten zu bringen . . .".*



Wie diese Disziplin auch praktisch durchgesetzt wird, berichten Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe anschaulich an einer Aktion: *„Ein Kamerad gesellt sich zu ihm (Kühnen). Er will offenbar bei der Aktion nicht mitmachen. Sein Führer packt ihn am Kragen, zerrt ihn in die Kneipe und wenig später erscheint der Zusammengestauchte wieder, dem man wohl einige Faustschläge ins Gesicht verpaßt hat. Er will weglaufen, bleibt aber in einiger Entfernung stehen, reibt sich sein Gesicht, überlegt, zündet sich eine Zigarette an ... und geht schließlich doch zurück ins Lokal".*

Die Aktion, vor der sich dieser Nazi „drücken" will, ist typisch für das Auftreten der Bande: Mehrere ANS-Mitglieder stülpen sich Eselsmasken über den Kopf und hängen sich Schilder um mit dem Text „Ich Esel glaube, daß in deutschen KZs Juden vergast worden sind". Der Zug von etwa 10 Nazis kommt nur wenige Meter weit — die Bande wird festgenommen. Doch diese Aktion, die in weiteren Städten der BRD begeisterte Nachahmer findet, ist nur eine unter vielen, die die ANS im ersten Halbjahr durchführt. Eine Kranzniederlegung am Kriegsdenkmal Dammtor mit uniformiertem Aufmarsch wird von der Polizei aufgelöst. Im übrigen können die ANSler im ganzen Frühjahr 1978 jeden Samstag in der Hamburger Innenstadt aufmarschieren, vor den Ständen fortschrittlicher Initiativen drohend mit Hitlergruß Stellung beziehen, Nazi-Lieder absingen („Einst kommt der Tag der



Rache") und Büchertische umwerfen. Ein paar mal beziehen sie allerdings Prügel von Antifaschisten.

Den Schlußpunkt unter diese Aufmärsche und Provokationen bildet die „Enthüllung" einer „Hitlergedenktafel", bei der Kühnen seine Anhänger in eine Prügelei mit der Polizei treibt.

Kühnens Ziel in dieser Phase ist es, seine Anhänger mit Gewalt „bei der Stange zu halten" und sie über immer riskantere Provokatikonen schrittweise, aber planmäßig in die Illegalität zu treiben und für Terror-Aktionen „reif" zu machen.

Als es dann soweit ist und man sich vor Gericht wiedersieht, will Kühnen vom kriminellen Treiben seiner Anhänger absolut nichts gewußt haben. Er, der anerkannte Chef der Bande, kommt mit einer der geringsten Strafen davon.

Woher kommen Kühnens Anhänger?



Kühnen selbst geht oft mit der Behauptung hausieren, die Mehrzahl seiner Anhänger stamme gar nicht aus „nationalsozialistischen Elternhäusern", und es gebe „Kameraden", geradezu die „wertvollsten", die „von der anderen Feldpostnummer" zu ihm herüber gekommen seien (Damit meint er ehemalige Anhänger linker Organisationen).

Für seine Bande stimmen beide Behauptungen nicht. Allein von den beiden jetzt im Lübecker Fememordprozeß angeklagten Zwillingen Torsten und Olaf König ist bekannt, daß Kühnen sie in einem Hamburger „McDonalds"-Imbiß aufgelesen hat, ihnen ihre Uniformen geschenkt hat und beiden — die ohne Beruf Gelegenheitsarbeiten ausführten — auf diese Weise zu einem neuen Selbstbewußtsein verholfen hat.

Alle anderen Aktivisten der Hansa-Bande waren schon lange Zeit vorher durch die ideologische Schule der NPD und der Jungen Nationaldemokraten gegangen. Nahezu der komplette, Anfang 1977 gewählte, Landesvorstand Hamburg der JN kam zu Kühnens Bande, die Hamburger Wikingjugend genauso wie Teile der JN Schleswig-Holstein.

Angefangen von Kühnens „Stellvertreter" Christian Worch über Tibor Schwarz, Michael David, Philipp Schönmann, Friedhelm Pützmann, Ulrich Thetard, Christian Grabsch, Mathias Weber, Peer Reich, Lutz Wegener, Lothar Wrobel, Michael Buchmann — der gesamte Kern der Bande hatte vorher schon in NPD und JN Funktionen inne.

Im schleswig-holsteinischen Ableger der ANS/Hansa-Bande sind es insbesondere Peter Teuffert, Robert Marchis, Uwe Rohwer, Manfred Börm und Frank Stubbemanmn, die aus NPD/JN bzw. „Stahlhelm" (Stubbemann) kamen, ebenso wie Ernst-August Möller, Jürgen Töpke oder Geisert von der mit Kühnen bestens bekannten NS-Gruppe Tönning.

Insbesondere die Gruppe um Uwe Rohwer sowie Teile der Hamburger Gruppe (Lutz Wegener, Michael Buchmann) hatten schon Jahre v o r ihrem Engagement bei Kühnens Bande als besonders brutale NPD-Schläger von sich reden gemacht.

Fememordprozeß in Lübeck:

Mordbefehl vom VS-Spitzel

Erneut ist der Verfassungsschutz in ein Verbrechen der Neonazis verwickelt. Der VS-Spitzel Michael Frühauf, einer der Tatbeteiligten, soll — so die Aussagen der Mittäter — als einer der Führer der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (Hansa-Bande) den Befehl zur Ermordung des 26jährigen schwulen Nazis Johannes Bügner gegeben haben.



VS-Spitzel Frühauf 1. von rechts im hellen Trenchcoat

Angeklagt sind in diesem Prozeß 5 Neonazis: Die Zwillinge Torsten und Olaf König (20 Jahre), Willi Wegener (29), Friedhelm Enk (29) und Michael Frühauf (26). Gemeinsam sollen sie in Wegeners Wohnung am 28.5.81 den Mord geplant haben. Olaf König, Enk und Frühauf fuhren dann zum Lokal „Can-Can", in dem Bügner sich aufhielt und das früher (damals noch unter dem Namen „Endstation") der Hansa-Bande als Treffpunkt gedient hatte. Dort lockten sie Bügner unter dem Vorwand, eine Nachricht von Kühnen für ihn zu haben, ins Auto und fuhren nach Stemwarde vor den Toren Hamburgs, wo Enk ihn erst zusammenschlug und anschließend mit 20 Messerstichen tötete.

Einen Tag später meldete sich Michael Frühauf in Begleitung zweier Rechtsanwälte bei der Polizei und gestand den Mord, den angeblich allein Enk begangen hätte. Er, Frühauf, sei davon ausgegangen, daß Bügner nur ein paar Ohrfeigen und einen „Klaps auf den Hintern" bekommen sollte und dann ausgesetzt würde.

Im Prozeß stellte sich heraus, daß Michael Frühauf nach mehrmaligen Versuchen, mit dem Verfassungsschutz ins Geschäft zu kommen, am Tag vor dem Mord, am 27.5.81, vom Verfassungsschutz gegen ein Honorar von 500 DM als Spitzel eingestellt worden war. Angeblich sollte Frühauf Informationen entweder über die „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener" (HNG; ein Dachverband von Nazi-Gruppen zur Betreuung ihrer einsitzenden Aktivisten) oder — nach anderen Berichten — über die Aktivitäten der Demsgruppe, einer „Wehrsportgruppe" in Hamburg-Blankenese, liefern. Merkwürdig genug: Ausgerechnet der Verein, in dem Frühauf führend tätig war, die ANS/Hansa-Bande, sollte nicht zum Tätigkeitsgebiet des neuen Spitzels gehören?

Von wem stammt der Mordbefehl

Von wem stammt der Mordbefehl

Frühauf war nicht irgendwer in dieser Bande. Nachdem nach Kühnen auch Christian Worch als dessen Nachfolger in der Führung der Hamburger Bande erst einmal im Knast verschwunden war, waren es nämlich Frühauf und später Enk, die die vom Staatsschutz schon als „zerschlagen" bezeichnete Bande zusammenhielten.

Eine Woche vor dem Mord besuchten Enk und Frühauf Kühnen im Celler Knast, und einen Tag später, am 21. Mai 81, verfaßte Frühauf jene „Interne Information Nr. 2", die den Auftrag enthielt, *„gegen Perverse, Homosexuelle und Verräter scharf vorzugehen"*. Namentlich erwähnt wird neben einem zweiten auch Johannes Bügner. Diesen beiden wird in dem Papier befohlen, *„mit sofortiger Wirkung jeglichen Kontakt zu nationalen Leuten, Kameraden und Organisationen abzubrechen, anderenfalls wir Wege wissen, uns vor solchen Elementen zu schützen"*. Nach Ansicht eines Staatsanwalts war das Gespräch mit Kühnen am Vortag für die Abfassung dieses Mordpapiers „nicht ohne Ursächlichkeit".

Mit Spannung wurde daher die Aussage Kühnens im Prozeß erwartet. Dieser bestätigte zwar, daß Frühauf und Enk eine führende Rolle in der Hamburger Gruppe gespielt hätten, stritt aber jede geistige Urheberschaft für den Mord ab. Dieser — so Kühnen — sei eine VS-Intrige gegen die ANS gewesen, und der Mörder Enk sei ein „unschuldiges Opfer". Christian Worch, ebenfalls als Zeuge vernommen, schlug in dieselbe Kerbe: Mord gehöre nicht zur Politik der ANS.

Die Täter

Die Täter

Unumstritten ist Friedhelm Enk derjenige, der Johannes Bügner erstochen hat. Enk, erst wenige Monate vor der Tat aus dem Gefängnis entlassen, wo er wegen versuchten Raubes gesessen hatte, hatte schon zu seiner Bundeswehrzeit Kontakt zur Hansa-Bande. Enk wurde schließlich „unehrenhaft" aus der Bundeswehr entlassen, wo er als „extrem hart und brutal" bekannt war. Der Mord an Bügner — so Enk — sei genauso ausgeführt worden, wie er es dort gelernt habe.

Zum alten Kreis der Hamburger Bande gehören die Zwillinge Torsten und Olaf König. Sie hatten 1977/78 Kühnen in einem McDonalds-Imbiß kennengelernt und sich ihm angeschlossen. Ebenfalls zum alten Stamm der Bande gehört der VS-Spitzel Michael Frühauf. Von ihm — wie Christian Worch Rechtsanwaltsgehilfe — wurden Briefe aus dem Jahre 1978 bekannt, in denen er sich über seine Einstellung zur Homosexualität ausläßt. Adressat dieser Briefe ist pikanterweise eben der Nazi, der als zweiter — neben Bügner — in der „Internen Information Nr. 2" als jemand bezeichnet wurde, gegen den scharf vorzugehen sei . . .

Zu diesen stieß nach seiner Haftentlassung „Zündel-Willi" Willi Wegener, einer der Nazi-Aktivisten der ‚ersten Stunde', der schon 1974 durch mehrere Waffendiebstähle und Überfälle (u.a. Polibula in Göttingen) bekanntgeworden war. Gemeinsam mit Harald Müller von der „NS-Kampfgruppe Mainz", Ralf Ollmann (heute Westberlin) und einem gewissen Hans-Joachim Neumann (Ex-NPD, heute angeblich Söldner in Südafrika) hatte Wegener als einer der ersten den Aufbau einer NSDAP begonnen. Nach seiner Haftentlassung (er hat noch eine längere „Bewährungszeit") schloß sich Wegener der Hamburger Bande an.

bau einer NSDAP begonnen. Nach seiner Haftentlassung (er hat noch eine längere „Bewährungszeit") schloß sich Wegener der Hamburger Bande an.

Überhaupt, und auch das bringt dieser Prozeß zutage, war die Hamburger ANS gar nicht so tot, wie sie der Staatsschutz so gerne hinstellen will: Immer wieder tauchen in dem Prozeß Zeugen auf, die von internen Treffen berichten: So ein Gastwirt aus Reinbek, der eine Nazi-Feier mit ca. 10 ANS-Leuten in seiner Gaststätte abbrach, indem er die Bande kurzerhand vor die Tür setzte, so weitere Bandenmitglieder, die von internen „Schulungsabenden" berichteten, in denen sehr ausführlich über „Verräter und Homosexuelle" diskutiert worden sei.

Letzte Meldung:
Nach neuesten Agentur-Meldungen, veröffentlicht in „Hamburger Morgenpost" und „Hamburger Abendblatt", soll Kühnen am 25.6.82 entlassen werden. Die neuerliche Verurteilung durch das Flensburger Landgericht (9 Monate) ist noch nicht rechtskräftig. Ob Haftbefehl ausgestellt wird, war bisher nicht in Erfahrung zu bringen.



Innenministerkonferenz: „Störerkartei" und CS-Gas

Eine schwere Geburt beendeten die Innenminister der Länder und des Bundes auf ihrer am 29. April turnusgemäß einberufenen Konferenz in München: nach jahrelangen Probeläufen verabschiedeten sie Richtlinien für den „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Landfriedensbruch und verwandte Straftaten". Eine weitere Entschließung stellt den Ländern die Einführung des Vietnamkampfstoffes CS in eigene Entscheidungshoheit.

Die seit den militanten Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion vor genau zwei Jahren wieder hochgekochte Debatte über die Innere Sicherheit kreiste von Anfang an um zwei zentrale Punkte: Die Ausrüstung der Polizei mit „Distanzwaffen" und eine Verschärfung der Demonstrationsgesetze.

In Sachen „Distanzwaffen" sind Polizei und Innenminister mittlerweile von den anfangs geforderten Gummigeschossen abgerückt und favorisieren überwiegend den Kampfstoff CS. Mit ihm hoffen sie nicht nur, Demonstranten auf eine Distanz außerhalb der Reichweite eines Steinwurfes halten zu können, die vorübergehend Reaktionsunfähigkeit erzeugende Wirdkung soll darüber hinaus für eine Erhöhung der Festnahmeziffern sorgen.

Erstmals als polizeiliche „Distanzwaffe" ins Gespräch gebracht wurde der in Zypern, Nordirland und Vietnam erprobte Kampfstoff CS nach der großen Brokdorf-Demonstration im Februar 1981. Bayerns Innenminister Gerold Tandler prägte eine Woche nach den Nürnberger Massenfestnahmen die bemerkenswerte Begründung: *„Nur dann kann gewährleistet werden, daß wir auch in Zukunft den Schußwaffengebrauch vermeiden können, wobei ich ganz eindeutig erkläre, daß es Situationen geben kann, in denen er auch in bezug auf den Einsatz zur Diskussion stehen muß."* (1)

Nach einer Testvorführung auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne und SS-Schule des KZ Dachau gab das bayerische Kabinett im Juli 81 „grünes Licht" für die Einführung von CS. (2)

Der bayerische Vorstoß bot den Vertretern eines „kritischen Dialogs", den „Tauben", vielfältige Gelegenheiten, sich als liberale Kräfte zu profilieren. Der damalige Vorsitzende der GdP, Helmut Schirrmacher, vertrat die Ansicht, daß härtere polizeiliche Einsatzmittel eher dazu dienten, *„staatliche Macht und die staatliche Gewalt zu demonstrieren"*, und dies könne man nicht zulassen (3). Seit seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten von Bielefeld ist Schirrmacher ein überzeugter CS-Anhänger; auch die GdP tritt für die bundesweite Einführung ein, wenn auch mit möglichst niedrigen Konzentrationen (4). Liberal bedeckt hielt sich auch Gerhard Baum: Die Ausrüstung des BGS mit CS wird im Bundesinnenministerium weiterhin mit dem Hinweis abgeblockt, man wolle noch ein paar zusätzliche Untersuchungen über die Wirkung von CS in engen Straßen und außerdem über die psychologische Wirkung eines derartigen Einsatzes auf Menschenmassen abwarten (5). Die Position sozialdemokratischer Sicherheitsexperten formulierte schon vor einem Jahr Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk: *„Wir sind stärker als die Gewalttäter ... Wir brauchen keine neuen Waffen und Geschosse!"* Sein Rezept, knapp formuliert: *„Wir müssen angemessen reagieren. Reagieren mit Augenmaß. Überreaktionen der Polizei schaffen Sympathisanten für die Gewalttäter schneiden uns von der kritischen Jugend ab"* (6).

Nach knapp einjähriger Debatte war die Zeit für einen wahrhaft faulen Kompromiß der Innenministerkonferenz (IMK) reif: die Herren beschlossen, daß die Ausrüstung der Polizeien und des BGS auch weiterhin Sache der Länder bzw. des Bundes sei. Diese Kompetenz ist in den Gesetzen über den „unmittelbaren Zwang" und die „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt" eh seit mehreren Jahren festgelegt.

Die CDU/CSU regierten Länder haben sich bis auf das Saarland inzwischen alle für CS entschieden (7), die sozialliberal geführten Bundesländer vertrauen weiterhin auf den Kampfstoff CN und das übrige Arsenal polizeilicher Distanzwaffen wie die chemische Superkeule „RSSG" der Firma Heckler & Koch mit einer Reichweite von 25 m, die „Tränengaswurfkörper", die sich auf 100 Meter Entfernung zielgenau von Pistolen und Langwaffen abfeuern lassen, die neuen Wasserwerfer und andere Produkte aus den Laboratorien sicherheitsorientierter Herstellerbetriebe.

Die wüsteste Erklärung für die derzeitige Ablehnung von CS lieferte Hessens Innenminister Ekkehard Gries (FDP). Er nannte es *„politisch falsch"*, ein *„nicht hinreichend erprobtes Mittel"* einzusetzen. Kurz zuvor hatte seine Startbahn-Polizei einem 20jährigen mit einer metallbemäntelten Gaspatrone das Nasenbein zertrümmert. (8, 9) Gries und seine sozialliberalen Kollegen können beruhigt die Ergebnisse des neuerlichen Entwicklungsauftrages der IMK über eine „Distanzwaffe" abwarten, die noch geeigneter als die bisher verfügbaren sein soll.

Computerfutter

Das Projekt hatte viele Namen: *„Störerkartei", „Schlägerregister", „Datensammlung gewalttätige Störer"* – das Endprodukt lautet jetzt ganz amtsdeutsch **„Kriminalpolizeilicher Meldedienst 'Landfriedensbruch und verwandte Straftaten'"**.

Bereits nach der Grohnde-Demonstration im Jahre 1977 wurde im BKA-PIOS-System eine Sammlung über 800 Personen eingerichtet, die *„bei der Vorbereitung und Durchführung gewalttätiger Demonstrationen beteiligt"* waren. Da PIOS nur wenigen örtlichen Polizeidienststellen zugänglich ist, und sich die Datensammlung damit im polizeilichen Alltag als Fehlkonstruktion erwies, kostete es Gerhard Baum zwei Jahre später nur ein liberales Grinsen, die Beseitigung der Datei anzuordnen. (10)

Anfang 1981 wurde ein erneuter Anlauf unternommen, alle Personen zu erfassen, gegen die zu jener Zeit *„im Zusammenhang mit politischen Aktionen"* ermittelt wurde oder die zur Gewalt aufgerufen oder Gewalt verübt hatten. Insgesamt 7453 Personen wurden erfaßt, doch die Auswertung erwies sich nur als eine Bestätigung von Allgemeinplätzen: Da überwiegend bei Hausbesetzungen aufgeschrieben wurde, ergab sich folgerichtig, daß 62 Prozent der Gemeldeten Hausbesetzer, deren zugeordneter Strafbestand wiederum folgerichtig zu über 90 Prozent auf Hausfriedensbruch lautete. Auch die These von den herumreisenden Demonstrationskadern erwies sich als theoretisches Konstrukt: gerade 162 von 7453 erfaßten Personen (= 2,1 %) fielen der Polizei als „reisende Täter" auf. Die Erklärung aus Wiesbaden stellte dazu fest, daß vor allem die Hausbesetzer wohl als „bodenständig" zu bezeichnen seien – welch eine Überraschung! Gesamtergebnis: Die Daten von 80 Prozent der in dieser Sammlung gespeicherten Personen waren aus polizeilicher Sicht für einen Meldedienst zur Erfassung des „harten Kerns" nicht brauchbar.

Mit Formulierungshilfe aus dem Bundesinnenministerium wurden die jetzt verabschiedeten Richtlinien ausgearbeitet. (11) Ziel des Meldedienstes ist,

– *„durch die zentrale Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen überregional oder steuernd handelnde Straftäter und Tatzusammenhänge zu erkennen."*

Meldepflichtig sind eingeleitete Ermittlungsverfahren oder Verurteilungen, *„soweit die Tat in einem örtlichen, zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit einer politisch bestimmten öffentlichen Versammlung oder einem solchen Aufzug steht: ... Landfriedensbruch ..., Schwerer Hausfriedensbruch ..., Straftaten mit Gewalttätigkeiten (aggressiver Einsatz physischer Kraft) – gegen Leib oder Leben – gegen fremde Sachen... – Plünderungen ..."*

Aufforderungen zu den vorgenannten Straftaten sollen ebenfalls gemeldet werden. Bei Verfahrenseinstellung, Freispruch und nach einem Zeitraum von höchstens zwei Jahren sollen die Daten angeblich gelöscht werden; die Einspeicherung bezieht Meldungen über die vorgenannten Straftaten rückwirkend bis Juli 1981 ein.

Gespeichert werden die Datensätze im BKA, wo sie *„zur Verhütung von Straftaten ... aus aktuellem Anlaß für einen auf Anforderung der für den Einsatz zuständigen Polizeidienststelle des betroffenen Landes ... festgesetzten Zeit- und Fahndungsraum ... zur Abfrage im INPOL-Fahndungsbestand bereitgehalten"* werden. Die Übernahme der Daten in den aktuellen Fahndungsbestand geschieht weitestgehend nach polizeilichem Ermessen und ermöglicht eine gezielte Vorabüberprüfung einschlägig bekannter Demonstranten.

In Verbindung mit Polizeigesetzen wie dem Westberliner 'Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz' (ASOG), das die kurzfristige Festnahme vor Demonstrationen schon jetzt legitimiert, bildet dieser Meldedienst die technische Grundlage für großräumig angelegte Kontrollen und Festnahmen vor zukünftigen Demonstrationen. Da bei Kontrollen *„besonders darauf zu achten"* ist, *„ob Gegenstände mitgeführt werden, die eine unfriedliche Teilnahme oder eine Störung der öffentlichen Versammlung oder des Aufzuges befürchten lassen"*, so der Text der Richtlinien, entwickelt sich eine einmalige Speicherung möglicherweise zu einem Dauerbrenner: jede weitere Kontrolle wird – je nach polizeilicher Absicht – wiederum „Gegenstände zur Ausübung von Gewalt" hervorzaubern, es folgt ein erneutes Verfahren, erneute Speicherung, erneute Kontrolle... Das auf diese Weise entstehende grössere Aufkommen an Ermittlungs- und Strafverfahren macht u.a. auch die Verschärfung des Landfriedensbruchsparagraphen fast überflüssig.

Einer allerdings mochte sein Land nicht am BKA-Meldedienst beteiligen: Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk. Seine Behörde will zwar – wie bisher schon – eigene Erkenntnisse den jeweiligen Polizeibehörden direkt zur Verfügung stellen (11), den Umweg über das BKA will man sich – nicht zuletzt aus wahltaktischen Überlegungen – vorerst ersparen. Die Hamburger Innenbehörde ist über Demonstrationsabläufe im übrigen so gut informiert, daß Ordner, Demosanis und andere bekannte „Gesichter" von „ihrem" Zivi bereits mit dezentem Kopfnicken zur Demonstration begrüßt werden. Ähnlich locker ist die Reaktion unter den Betroffenen: bei ihnen kursiert seit kurzem der Spruch: **„Ist das Band erst ruiniert, demonstriert es sich ganz ungeniert".**

Anmerkungen

(1) Tagesspiegel, 12.3.81
(2) SZ, 14.7.81
(3) FAZ, 13.3.81
(4) FR, 20.7.81
(5) Welt, 28.4.82
(6) Mopo, 10.4.81; Bild-HH, 21.5.81
(7) SZ, 6.5.82
(8) FR, 30.4.82
(9) FR, 29.4.82 und Pressekonferenz der BI
(10) FR, 3.4.82; Text der Richtlinien aus FR, CILIP, Dez. 81
(11) SZ, 30.4.82

„Fesseln spürt, wer sich bewegt"

Diesen hübschen Titel trägt ein neuer Film über die Auseinandersetzungen an der Startbahn West von Thomas Carle und Dietmar Klein. Der schwarz-weiß Film (Dauer 67 Minuten) beginnt mit kleinen Interviews mit Menschen aus der Bürger-Bewegung: Freaks aus dem Hüttendorf, Frauen aus der Walldorfer Frauengruppe, Umweltschützer ... Die Bilder einer trügerischen Sommeridylle weichen dann schnell den Polizeieinsätzen, von der ersten bis zur letzten Räumung der verschiedenen, immer wieder neu aufgebauten Hüttendörfer.

Besonders interessant – weil bislang nicht so bekannt – sind die Aufnahmen hinter dem Natodraht vom sogenannten "Nackten-Sonntag" am 8.11.81: ob nun vorher ein Agreeement getroffen worden war oder nicht, jedenfalls hielten sich die Polizeitruppen nicht daran. Die Nackten wurden rumgeschoben, angegriffen, getreten.

Sowohl die Bilder als auch der Ton sind hervorragend. Den Film, der sich gut für Diskussions- und Informationsveranstaltungen eignet, kann man sich bestellen:

Verleihgenossenschaft der Filmemacher

Alfonsstraße 1, 8000 München 19
(Tel.: 089/1901208).
Kosten: ca. 120 DM

Berichtigung

In dem Artikel „Noch keine Schußwaffen" — Rechtsradikale gegen Antimilitaristen" (AK 220, S.15) berichteten wir über die rechtsradikale „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit" („Werkgroep voor gezag en vrijheid") und die Zusammensetzung ihrer Führungscrew. Wir schrieben u.a.: *„Ein vierter Unterzeichner* (des Aufrufs der Arbeitsgruppe) *ist führendes Mitglied der 'Vereinigung van ex-politieke gevangenen' (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener), eine ehrenwerte Gesellschaft ehemaliger niederländischer SS-Angehöriger und ehemaliger Mitglieder des NSB, der niederländischen Faschistenpartei vor 1945"* — Bei der Charakterisierung dieser Vereinigung hatten wir uns auf eine sonst zuverlässige Quelle gestützt.

Ein Genosse aus Utrecht teilt uns nun mit, daß wir mit dieser Charakterisierung bös danebengehauen haben. Bei den Mitgliedern der „Vereinigung" handele es sich nämlich (nach „Onderdrukking en Verzet — Nederland in Oorlogstijd", Teil 4, S.238) um Niederländer, die im Zweiten Weltkrieg aus politischen Gründen von den deutschen Besatzern gefangengesetzt oder als Geisel genommen waren. Die „Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener" beschloß zwar 1949, kommunistische Mitglieder auszuschließen bzw. abzulehnen und bezieht, wie uns der Genosse mitteilt, heute *„äußerst konservative Standpunkte"* (wovon der Umstand, daß ein führendes Mitglied der „Vereinigung" gleichzeitig zur Führungs-Crew der rechtsradikalen „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit" gehört, extremer Ausdruck ist),das alles ist aber eben doch etwas qualitativ anderes als ein Haufen von Alt-Nazis, wie wir die Vereinigung dargestellt hatten. — Wir bedauern unseren Mißgriff!

Niederlande-Kommission



Bonner Bullenballett: Honi soit qui mal y pense


Mir san vom SEK-Göppingen!

Als nach der Oktoberrevolution Hunderte zaristischer Offiziere es vorzogen, ihr Leben außerhalb der Sowjetunion zu fristen, waren bei vielen die mitgebrachten Vermögen schnell aufgezehrt. Da nicht jeder sein Berufsemigrantentum mit Schauermärchen über die Barbarei in Mütterchen Rußland einträglich vermarkten konnte, sahen sich viele zu einem Berufswechsel gezwungen: sie gründeten Tingelgruppen, von denen die bekannteste, *Sergej Jaroffs „Echter" Don-Kosaken-Chor*, auch hierzulande noch manchmal Konzertsäle und Kleinstadtfesthallen heimsucht. Das ist – historisch gesehen – eine aussterbende Erscheinung, und wir weinen ihr keine Träne nach.

Umso mehr sind wir erstaunt, daß die bundesdeutsche Polizei – ebenfalls historisch betrachtet – in die Zukunft denkt und sich nach neuen Berufsfeldern umschaut. Denn anders können wir es uns kaum erklären, daß zu einem Zeitpunkt glänzendster Wachstumschancen einzelne Vertreter des Polizeiapparates im Showgeschäft Fuß zu fassen versuchen. Eine dpa-Meldung, Ende Februar über die Ticker verbreitet, ist es, die uns aus der spätwinterlich-unterkühlten Stimmung weckt: wir lesen von einem




Mir san vom SEK-Göppingen!

die bundesdeutsche Polizei – ebenfalls historisch betrachtet – in die Zukunft denkt und sich nach neuen Berufsfeldern umschaut. Denn anders können wir es uns kaum erklären, daß zu einem Zeitpunkt glänzendster Wachstumschancen einzelne Vertreter des Polizeiapparates im Showgeschäft Fuß zu fassen versuchen. Eine dpa-Meldung, Ende Februar über die Ticker verbreitet, ist es, die uns aus der spätwinterlich-unterkühlten Stimmung weckt: wir lesen von einem
Bonner Bullenballett, in dem ausschließlich Kriminalbeamte aus der Bundeshauptstadt tanzen. Nach einem Auftritt im WDR-Fernsehen sei ihnen jetzt der künstlerische Durchbruch gelungen. Noch zweifelnd am Wahrheitsgehalt dieser Meldung erfahren wir weiter, daß dieses Corps de Ballet ursprünglich eine Notlösung war, mit der der Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK) die Kosten für Karnevalsgruppen bei seiner alljährlichen Verleihung des Bullenordens drücken wollte. Nach dem Motto „Selbst ist der Mann" hatte vor vier Jahren Hauptkommissar Werner Schwab den Aufbau einer hauseigenen Truppe in die Hand genommen, um trotz Sparmaßnahmen die Verleihung des Bullenordens auch weiterhin angemessen über die Bühne zu bringen. Der Bullenorden, ebenfalls ein Produkt polizeilichen Witzes, wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich um die innere Sicherheit verdient gemacht haben. Wir wundern uns nicht, unter den Trägern Männer wie Kurt Rebmann, Hans-Ulrich Wegener und Hans-Dietrich Genscher zu finden.

Für die Idee des Bullenballetts gewannen die Ordnungshüter die Bonner Balletteuse Rosi Zitzke, die sich bereiterklärte, den „Bullen" für ihre Auftritte auf die Sprünge zu helfen. Anfangs war es schwer, so Schwab, acht Mann und zwei als Reserve zusammenzubringen, da die Kollegen der Meinung waren, Tanzen sei unmännlich. Doch Hemmungen wurden mit Erfolg abgebaut.

Für ihre mittlerweile zahlreichen Auftritte bei gesellschaftlichen Ereignissen aller Art haben sich die Kriminalen eigens eine Kluft zugelegt: schwarze Hose, schwarzes Hemd, gelber Schlips, schwarzer Hut mit gelbem Hutband. Am Gürtel hängt – wie beruhigend – lediglich eine Spielzeugpistole, die Handschellen daneben sind jedoch echt. Zu ihren beliebtesten Nummern gehört der Kriminaltango zu vier Paaren.

Bär jeder karnevalistischen Stimmung geraten wir ins Nachdenken: liegt in diesem sportlichen Hobby das Geheimnis jener ausdauernden Kondition von Läufer- und Greiftrupps, deren Fähigkeiten wir gelegentlich schon verspüren mußten? Sollten sich unsere Kontrahenten gar mit Exercises an der Ballettstange für ihre Auftritte weichmachen, anstatt dumpf brütend die Stunden vor dem Einsatz mit Skatspielen totzuschlagen? Ist jenes in der Fachpresse vielbeklagte *burning-out-syndrom* überlasteter Polizisten in Wirklichkeit nur die Folge unmässigen Trainings perfekter Schrittfolgen?

Nein, flüstert uns unser tiefverwurzeltes Feindbild zu, Bulle bleibt Bulle, auch beim Pas de Deux! Und doch, der Gedanke läßt uns nicht los – wir sind es gewohnt, notorisch Hintergedanken zu wittern – was können wir in Zukunft bei Aufläufen in der Bundeshauptstadt, beispielsweise anläßlich Reagans Auftritt, erleben? Vielleicht Hundertschaften, die mit lockeren Doppel- und Dreifachpirouetten aus den Tiefgaragen und Kirchen tänzeln, sobald die Einsatzleitung den Zeitpunkt für gekommen hält – oder doch wieder nur jenes unästhetische Hervorstürmen zum Hau-drauf-ist-Tango!? Wir werden jedenfalls schon einmal den Sterbenden Schwan üben.


Halt, hier beginnt die Bannmeile!


Dis ist die dritte Aufforderung!

Liberalismus — Folter:
Neue Wege der Terroismus-Bekämpfung

In der BRD erleben wir seit einiger Zeit eine Renaissance der „Liberalisierungs"- und „Aussteiger"-Debatte. Seit Peter-Jürgen Boock kurz nach seiner Verhaftung sich öffentlich von der RAF losgesagt und gleichzeitig seine Absicht kundgetan hat, keine belastenden Aussagen gegen seine ehemaligen Genossen machen zu wollen (1), gibt es in der BRD nach dem berühmten Mahler-Baum-Gespräch von 1979 (2) den ersten praktischen Fall, wo die von Baum damals befürwortete „liberale" Linie der Terrorismusbekämpfung in die Tat umgesetzt werde könnte. Doch statt der versprochenen „milden" und „versöhnlichen" Behandlung werden in Wirklichkeit auch gegenüber Boock noch nicht einmal die Mindestanforderungen humanitärer und fairer Behandlung eingehalten (3).

Neben seinem „Freundeskreis", seinen Anwälten und der „taz" ist neuerdings auch das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" mit der Forderung an die Öffentlichkeit getreten, man möge die an die Adresse von „Aussteigern" gemachten Versprechungen doch einhalten. Baum hatte erst vor wenigen Monaten – diesmal in einem Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen Rognoni – im „SPIEGEL" einen zweiten Anlauf in seiner Anti-Terrorismus-Kampagne gestartet (4). Unter dem Titel „Neue Wege der Terrorismusbekämpfung" soll dort der Eindruck erweckt werden, als sei die bisherige Methode der Terrorismusbekämpfung mit polizeilichen Mitteln uneffektiv gewesen und als müßten daher „neue Wege" begangen werden, die weniger repressiv seien. Als Beispiel wird Italien vorgeführt, wo diese „neuen Wege" in Gestalt des Kronzeugen-Gesetzes angeblich schon eingeschlagen worden sind. Inzwischen ist tatsächlich der erste „reuige" Terrorist, Carlo Fioroni, der eigentlich zu 22 Jahren Haft verurteilt worden war, in den Genuß der Haftverschonung gekommen, die nach diesem Gesetz vom Dezember 1979 vorgesehen ist, und ist entlassen worden (5).

Zur selben Zeit aber läuft in Italien – nach der Dozier-Befreiung durch italienische „Sicherheitskräfte" – eine beispiellose Welle der Terrorismus-Verfolgung. Die Festnahmen bzw. Verhaftungen waren von der Öffentlichkeit nicht mehr nachzuvollziehen, täglich wurden neue Zahlen gemeldet. Es bestand allenthalben Einigkeit: „Italiens Polizei erfolgreich bei der Terrorismusbekämpfung" (6). Nur wenige Wochen nach dieser gigantischen Verhaftungs- und Verfolgungswelle gelangten Berichte von Gefangenen in die Öffentlichkeit, daß sie nach ihrer Verhaftung gefoltert worden seien (7). Die von ihnen durch Mißhandlungen erpreßten Geständnisse und Aussagen sollten die Grundlage für weitere "Fahndungserfolge" werden (8).

Diese bemerkenswerte Parallelität von – scheinbar – widersprüchlichen Ereignissen wirft angesichts der neu belebten „Liberalisierungs"-Hoffnungen in Teilen der westdeutschen Linken und bei demokratischen Kräften die Frage nach den wirklichen Chancen für eine „liberale Lösung des Terrorismusproblems" aktuell auf.

Die Folterungen an politischen Gefangenen in Italien erscheinen manchen als Eskalationsstufen einer ausufernden „terroristischen" Bewegung und einer entsprechenden „harten" Linie bei der staatlichen Terrorismusbekämpfung. So berichtete die „taz" in einem ersten Kommentar zu den Mißhandlungen von einer angeblichen Tendenz bei vielen Linken in Italien, die das Problem auf ein *„abgeschlossenes gewaltsames Ritual zwischen Untergrundkämpfer und Polizisten"* zu reduzieren versucht. Die „legale" Linke könne das dann nur noch als *„Verengung des Raumes für die politische Artikulation derer, die außerhalb des Kampfes zwischen Terroristen und staatlichen Antiterroristen stehen"* begreifen. Darin komme *„das Verständnis zwischen Polizist und Terrorist als eine Art Privatangelegenheit zum Ausdruck"*, aus der sich die übrige Linke dann heraushalten könne (9).

Im Widerspruch zu dieser Bestandsaufnahme könnte die italienische Kronzeugen-Regelung als ein Indiz für den Versuch gewertet werfen, dem Terrorismus durch positive Anreize zum „Aussteigen" den Boden zu entziehen – ein Gedanke, der hierzulande das besondere Stekkenpferd von Baum ist und der stets mit der sogenannten "weichen" Linie in Verbindung gebracht wird.

„Innerer Zerfall" der Terrorgruppen statt „ordinärer Fahndungserfolge"?

In seinem „SPIEGEL"-Gespräch mit Baum warb Rognoni für die italienische Kronzeugenregelung. Das Gesetz sieht Strafmilderung für diejenigen vor, die der Gewalt absagen, sich von ihren Gruppen lösen und mit der Justiz zusammenarbeiten. Nach Rognonis Ansicht soll der Anreiz vor allem auf solche Jugendlichen zielen, die nicht zum „harten Kern" gehören, sondern bloß „kleinere Delikte" verübt haben wie Wohnungen zu beschaffen, Plakate kleben usw. Diese Leute sollen "aussteigen" können und dann so behandelt werden, daß auch für andere davon ein Anreiz ausgeht.

Diese Darstellung verschleiert jedoch bereits das wesentliche Motiv der Kronzeugenregelung Italiens. Wie man an dem Gesetz selber sehen kann, geht es weniger um das „Aussteigen" an sich und die davon erhoffte Signalwirkung, sondern um konkrete Daten, Fakten, Hinweise für die Strafverfolgungsorgane. Wer nicht mit der Justiz zusammenarbeitet, bekommt keine Vergünstigungen.

Baum gibt sich damit als Modell für die BRD nicht ab. Er will auf mehr hinaus. Der *„Zerfallsprozeß ist zur Schwächung des Terrorismus entscheidend. ... Und durch Verrat, den ein Kronzeuge begeht, erreichen wir wiederum nur die ‚ordinären' Fahndungserfolge, ... nicht den inneren Zerfall der Gruppen"* (10). Baums Anliegen ist also weniger die Frage, wie der Staat noch bessere Fahndungserfolge erzielen kann bei der Bekämpfung des „Terrorismus" mit polizeilichen Mitteln – ihm geht es um die endgültige Auflösung der bewaffneten Gruppen, um die Erledigung des politischen Phänomens Terrorismus.

Damit scheint Baum auf einer grundsätzlich anderen Schiene zu fahren als die Italiener: während es dort um die „ordinären Fahndungserfolge" geht, strebt Baum für die Bundesrepublik eine politische Lösung des „Terrorismusproblems" an, indem man dem Terrorismus ideologisch den Boden entzieht. *„Die Ablösungen sind das Ergebnis einer Selbstreflexion ... Ich setze auf die Kraft dieser Selbstreflexion"* (11). Wobei in der italienischen Linie das, was mit den politischen Gefangenen jetzt passiert ist, als Möglichkeit sozusagen angelegt ist, während solche Übergriffe ausgeschlossen scheinen, wenn das Ziel des „inneren Zerfalls" und der ideologischen Auflösung verfolgt wird.

Tatsächlich besteht dieser prinzipielle Unterschied zwischen den italienischen Methoden der Terrorismusbekämpfung und Baums „liberalem" Konzept allerdings gar nicht. Denn auf der einen Seite macht sich selbstverständlich auch Rognani für eine politische Bekämpfung des Terrorismus stark: *„Wo es scharfe soziale Spannungen gibt, kann sich auch eine ‚Kultur der Gewalt' breitmachen. ... Man muß zunächst einmal eine demokratische Verhaltensweise entgegensetzen. ... Die Demokratie muß funktionieren können, und die Bevölkerung darf ihr nicht gleichgültig gegenüberstehen. Um den Terrorismus zu besiegen, brauchen wir den besonderen Konsensus mit der Jugend"* (12).

Auf der anderen Seite heißt Baums Endziel des „inneren Zerfalls" der bewaffneten Gruppen auch keineswegs, daß auf „ordinäre Fahndungserfolge" verzichtet werden soll. So unternimmt Baum an keiner Stelle den Versuch, Rognoni etwa von den Vorteilen der „weichen" Linie überzeugen zu wollen, sondern räumt ganz im Gegenteil ein, daß die italienischen Bedingungen „eine besondere Veranlassung" geben, durch handfeste Anreize Erfolge zu erzielen (13). Und auf die Behauptung des „SPIEGEL", die repressive Bekämpfung des Terrorismus in der Vergangenheit habe nur „magere Erfolge" gehabt, während die Aussteigerdiskussion aufweichend und verunsichernd gewirkt habe, erwidert Baum: *"Wir müssen da unterscheiden. Die Terroristen des harten Kerns erreichen wir weder durch Anreize noch*



Innenminister Baum, Rognoni: Neue Wege der Terrorismusbekämpfung?

durch Argumente. ... Mit gesetzlichen Anreizen können wir aus kämpfenden Terroristen keine Aussteiger machen" (14). Bleibt zu ergänzen: Wo weder „Anreize" noch „Argumente" fruchten, wird wie gehabt auf die klassischen Methoden der polizeilich-justiziellen Verfolgung zurückgegriffen. *„Ich glaube, daß die Kronzeugenregelung gegenüber Terroristen allenfalls eine Rolle spielen kann nach der Festnahme, wenn das sensible Ich zusammenzubrechen droht, und nicht schon, wenn jemand noch in der Gruppe ist"* (15). Das ist Klartext. Man muß die Leute durch einen entsprechend aus- und aufgerüsteten Fahndungsapparat also erstmal kriegen, um sie dann umzudrehen und zu Aussagen zu bringen. Aber was ist daran eigentlich so neu? Auf diesem Gebiet waren die bisherigen Erfolge der Strafverfolgungsorgane in der Bundesrepublik auch keineswegs besonders „mager". Immerhin ist es der Justiz noch in jedem größeren RAF-Prozeß gelungen, mit Hilfe von „Kronzeugen" die Angeklagten zu jahrelangen, meist lebenslänglichen Knaststrafen zu verurteilen.

Diese Gesprächspassagen machen deutlich, daß es nicht um die grundsätzliche Frage des generellen Vorteils der „weichen" oder „harten" Linie bei der Terrorismusbekämpfung geht. Es handelt sich vielmehr um taktische Varianten ein und derselben Strategie, die auf möglichst weitgehende Zurückdrängung des politischen Phänomens Terrorismus dort wie hier aus ist. Der Staatsapparat ist in der Lage, flexibel auf dieses Phänomen zu reagieren, sowohl was die konkrete historische Situation angeht – „besondere Veranlassung" in Italien – als auch bezüglich unterschiedlicher Zielgruppen – „wir müssen da unterscheiden".

Baums "Bereitschaft zum Dialog"

Baums Pessimismus hinsichtlich des „harten Kerns" muß als klare Aufgabe seiner vielbeschworenen These von der „Signalwirkung" verstanden werden, die ein „versöhnlicher" Umgang des Staates mit Aussteigern angeblich auf die Terroristen-Szene habe. Die Illusion, über diesen Weg die „Terrorgruppen" endgültig zerschlagen zu können, hat sich überholt. *„SPIEGEL: Sie* (die Terroristen-Szene, Anm. AK) *war in den Jahren 1978 bis 1980 personell geschwächt und vom politischen Mißerfolg ihres Untergrundkampfes desillusioniert. Wäre da der Zeitpunkt für ein Signal politischer Art nicht besonders günstig gewesen? – BAUM: Solche Signale hat es gegeben. ... Aber Ruhepausen hat es auch früher schon gegeben. Wir können daraus nicht zu weitgehende Schlüsse ziehen ..."* (16).

Gerade angesichts der italienischen Verhältnisse, wo der Terrorismus inzwischen schon zu einem Massenphänomen geworden ist, von dem ganz unterschiedliche soziale Schichten ergriffen werden, wird es immer deutlicher, daß der Terrorismus als politisches Phänomen durch keine sozialpräventive Lösung zu „eliminieren" ist. Durch kein Konzept also, daß sich innerhalb der Logik von „Terrorgruppen" und staatlichem Anti-Terrorismus bewegt. Die Entstehungsbedingungen des „Terrorismus" müßten in das Blickfeld einbezogen werden ...

„SPIEGEL: Befürchten Sie, daß sich die deutsche Terrorszene politisch und logistisch an die neue Protestbewegung und ihre Ziele ankoppeln könnte? Könnte es sein, daß sie wie in Italien Spannungen innerhalb der Gesellschaft ausnutzt und deshalb auch vielleicht eine gewisse Breitenwirkung erzielen könnte? – BAUM: Das wollen sie zweifellos" (17).

Die Einschätzung Baums hierzu ist äußerst differenziert. Kein Wunder, wird doch diese Frage von den BRD-Sicherheitsstrategen allenthalben für zentral gehalten und in entsprechenden Analysen und Prognosen untersucht, deren Ergebnisse Baum hier nur nachzubeten braucht.

Erste Anhaltspunkte für eine „neue Strategie" der RAF ergaben sich für die Behörden aus einem Schriftstück, das im Herbst 1980 in einer konspirativen RAF-Wohnung entdeckt und sogleich als der „bedeutendste Fund aus dem Intimbereich der Stadtguerilla seit langem" qualifiziert wurde (18). Darin wurde eine Tendenz zum „Umdenken" diagnostiziert: *„Durch die Aufbereitung neuer Themen – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Wohnungsnot unter Studenten, Pro-*
radikalismus in der Bundesrepublik, Wohnungsnot unter Studenten, Pro-
test gegen Kernkraftwerke – soll eine wohlgesonnere Basis geschaffen werden. ... Das BKA sieht jedenfalls die Gefahr, daß die ‚nunmehr aus dem Problemkreis Kernkraftwerke, Hausbesetzungen und Wohnungsnot entstehenden Proteströmungen auf eine terroristische Ideologie stoßen', die ‚dieses Potential anzieht'" (19). Inzwischen zieht man im Sicherheitsapparat erste Bilanzen. Als „besorgniserregend" bezeichnete Herold-Nachfolger Boeden auf einer internationalen Terrorismustagung im Februar, *„daß die Terrorakte der RAF in einem Klima zunehmender Gewaltbereitschaft stattfinden"* (20). Beispiele sieht er in den Widerständen gegen Atomkraftwerke und Flughäfen, Hausbesetzungen und Angriffe auf militärische Einrichtungen *„sowie in tätlichen Demonstrationen gegen die Bundeswehr, insbesondere gegen den NATO-Doppelbeschluß"* (21). Als die „schwierigsten Gegner" werden in diesem Zusammenhang die Revolutionären Zellen eingeschätzt, die *„ihre Finger hart am Puls der Protestströmungen"* haben (22). Sorgen bereitet den Sicherheitsstrategen auch die „Guerilla Diffusa", deren Kampf *„ohne ideologische und strategische Komponente ... sich allgemein gegen Herrschaftsstrukturen"* richte. Diese Strömung verfüge über weitaus mehr Anhänger als die RZ mit der „Tendenz zu einer Fortentwicklung" (23).

Diese Analysen führen – beim Wort genommen – zwingend zu jener Schlußfolgerung, die von sozialliberalen Spitzenpolitikern in Sonntagsreden auch gerne bemüht wird: weder neue Gesetze und harte Strafverfolgung, noch deren Nichtanwendung *„fördern die innere Sicherheit in der Bundesrepublik. Voraussetzung dafür ist vielmer der soziale Friede im Land"* (Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Schnoor; 24). Auch Bundesjustizminister Schmude zerbricht sich den Kopf über den „Beitrag der Rechtspolitik zum inneren Frieden", da dieser Voraussetzung für „innere Sicherheit" sei (25).

Eine „politische Lösung des Terrorismusproblems" wäre also nur zu erreichen über die Herstellung des „sozialen Friedens". Doch was die Hüter der „inneren Sicherheit" einschließlich Baum hier anzubieten haben, ist mehr als lächerlich. So differenziert man auf der einen Seite über „terroristische Strategien" schwätzen kann – so wortkarg und schwammig wird man bei der Frage nach dem Weg zum „inneren Frieden".

„BAUM: Wir müssen den Jugendlichen im Umfeld (der Terroristen – Anm. AK) *mit Argumenten begegnen. Der demokratische Staat, die liberale Gesellschaft ist doch offen für Veränderungen. Wer aber wirklich etwas*

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von voriger Seite

verändern will, darf keine Gewalt anwenden. ... Wir müssen die Bereitschaft erkennen lassen, anders umzugehen mit Menschen, die anderer Meinung sind als wir und die fundamentale Einwände haben gegen die Art, wie unsere Parteien Politik machen. – SPIEGEL: Die modische Vokabel von der ‚Bereitschaft zum Dialog' aus dem Munde der Politiker hängt doch inzwischen sogar dem größten Teil der nicht gewalttätigen Jugend zum Halse heraus. – BAUM: Ich habe das Wort ‚Dialog' nicht erwähnt. Die Situation ist deprimierend genug" (26). Das war's. **An eine wirklich m a t e r i e l l e Veränderung der Situation von Jugendlichen und anderen Unzufriedenen, deren zunehmende Gewaltbereitschaft hier beklagt wird, ist keineswegs gedacht.**

Die italienische Gesellschaft ist in Punkto „soziale Spannungen" der BRD um einiges voraus. Aber auch bei uns ist mit einer zunehmenden Erschütterung des „sozialen Friedens" zu rechnen, die mit der Verschärfung der innen- wie außenpolitischen Widersprüche – Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Sozialstaats-Abbau und Kriegsgefahr – einhergehen wird. Die Hausbesetzungen und der Widerstand gegen die Startbahn West geben heute erst eine Ahnung davon, wie sich Widerstandsformen radikalisieren, und zwar massenhaft. In diesem Zusammenhang erscheinen die Befürchtungen der staatlichen Sicherheitsstrategen über eine Zunahme militanter „Terrorgruppen", die auf Teile der radikalisierten Bewegung eine Anziehungskraft ausüben, nicht abwegig. Daß die bewaffneten Gruppen durch eine womöglich massenhaftere Verbreitung auch an ideologischer Geschlossenheit und Stärke verlieren – was in Italien deutlich zu beobachten ist – gibt dem Staatsapparat zwar neue Chancen, durch Kollaborationsangebote Einzelne herauszubrechen. Eine „Selbstauflösung" der Gruppen, wie Baum sie sich wünscht, wird es dadurch allerdings nicht geben. Auch dafür zeugt die italienische Entwicklung. **Das „liberale" Modell der Terrorismusbekämpfung, das auf den inneren Zerfall der Gruppen setzt, ist am Ende mit seinem Latein.**

Vom alltäglichen Fahndungs- und Knast-Terror zur Folter

Der Abschied von einer „politischen Lösung des Terrorismusproblems" erfolgt aber ebensowenig in Gestalt eines klar erkennbaren Bruchs, wie die Unterscheidung zwischen „harter" und „weicher" Linie überhaupt. Vielmehr haben wir in den vergangenen zwölf Jahren in der BRD ungeachtet aller „Dialoge" und Appelle gleichzeitig eine äußerst repressive Vorgehensweise des Staates gegen die RAF und andere militante Gruppen erlebt. Neben dem Aufbau und der Ausweitung entsprechender Strukturen wurde auf der psychologisch-ideologischen Seite zunächst gezielt ein Bewußtsein geschürt, das die RAF zum Staatsfeind Nr. 1 hochstilisierte. Innerhalb der mit der Terrorismusbekämpfung befaßten Sonderapparate in Polizei, Justiz und Vollzug konnte aufbauend auf dieses Bewußtsein eine Mentalität herausgebildet und vorangetrieben werden, die die Bereitschaft zu gewaltsamen und eindeutig rechtswidrigen Vorgehensweisen beinhaltet.

Eine besondere Rolle spielt hier neben den zahlreichen Todesschußopfern die seit Jahren systematisch praktizierte Politik der S o n d e r b e h a n d l u n g der politischen Gefangenen in den Knästen. Diese alltägliche Sonderbehandlung bildet wiederum die Voraussetzung dafür, in geeigneten Situationen, bei „gegebenem Anlaß" e x e m p l a r i s c h staatlich sanktionierte Terrormaßnahmen gegen die Gefangenen durchzuziehen. Bei jeder dieser beispielhaften Aktionen wird eine weitere Bresche in das Bewußtsein geschlagen, wonach Gewalt gegen diese Gefangenen gerechtfertigt sei.

An erster Stelle stehen hier nach wie vor die Ereignisse 1977, insbesondere in Stuttgart-Stammheim als Höhepunkt der gegenüber der RAF seit 1972 per Zielfahndung und Knast betriebenen Vernichtungs-Strategie. Bis heute läßt sich noch nicht endgültig nachvollziehen, was sich in den Wochen der Kontaktsperre in den Knästen abgespielt hat. Die bisher vollständigste Herauslösung der betroffenen Gefangenen aus dem normalen Anstaltsvollzug – durch totale Isolierung von jedem Kontakt nach außen und gleichzeitiger totaler Kontrolle und Überwachung innerhalb des Knastes – stellte die Situation des völligen, schutzlosen Ausgeliefert-Seins her. Perfektioniert wurde dieser Zustand in Stuttgart-Stammheim noch dadurch, daß während der Kontaktsperre das gewöhnliche Anstaltspersonal im 7. Stock durch einen Sondertrupp mit spezieller Ausbildung etc. ausgetauscht wurde. Noch heute ist der Öffentlichkeit nicht bekannt, was sich unter diesen Bedingungen im 7. Stock am 18.10.1977 wirklich zugetragen hat.

Ganz unter den Augen einer aufmerksamen Öffentlichkeit fand dagegen ca. zwei Jahre später die Belegung der Hochsicherheitstrakte statt. Diese endgültige Durchsetzung des Sondervollzugs wurde ohne Zögern und z.T. unter äußerst brutaler Gewaltanwendung herbeigeführt. Unter dem Vorwand „notwendiger Sicherheitsmaßnahmen" sollten sich z.B. die gefangenen Frauen in Berlin und Lübeck vor der Verlegung in den Trakt nackt ausziehen. Als sie sich weigerten, wurden ihnen von Rollkommandos männlicher (!) Beamter mit brutaler Gewalt die Kleider vom Körper gerissen. Da im gesellschaftlichen Bewußtsein und den allgemeinen Wertvorstellungen die „Würde und Integrität der Frau", ihre „Geschlechtsehre" auch von der staatlichen Gewalt zu respektieren ist, stellte das Überschreiten dieser Schwelle seinerzeit tatsächlich eine neue Qualität staatlicher Gewaltandwendung dar (27).

Auch in jüngster Zeit sind wieder Fälle von Mißhandlungen politischer Gefangener in BRD-Knästen bekannt geworden: Sigurd Debus und Lutz Taufer (27 a). Die Angriffe auf Lutz Tauber erfolgten – im Gegensatz zu den Überfällen auf Sigurd Debus – eher „ziellos", d.h. nicht als unmittelbarer Bestandteil eines a k t u e l l e n, gezielten Vorgehens des Justizapparates. Damit sollen die Mißhandlungen nicht verharmlost und als vereinzelte Übergriffe, die nur von den betreffenden Beamten persönlich zu vertreten wären, abgetan werden. Vielmehr sind auch solche „Übergriffe" durchaus notwendige Folge der schrittweise betriebenen Verhetzung des Personals. Sigurd Debus ist bei den Mißhandlungen bei der Zwangsernährung ums Leben gekommen. Nach dem, was wir derzeit über seine Todesumstände wissen, ist sein Tod bei der Durchführung der Zwangsernährung bewußt in Kauf genommen worden (28). Vor dem Hintergrund einer von höchster staatlicher Stelle zur Schau getragenen Haltung gegenüber hungerstreikenden Gefangenen, wo bewußt das Leben der Häftlinge aufs Spiel gesetzt wird, ist sein Tod keine Einzeltat eines fanatischen Mediziners. Vielmehr geschahen die allmorgendlichen brutalen Überfälle in völliger Übereinstimmung mit der offiziellen Linie der Politik, die alles darauf angelegt hatte, den Hungerstreik zu brechen.

Wie weit selbst bei einem Mediziner das Selbstverständnis von der staatlichen Doktrin des Anti-Terrorismus geprägt ist, zeigt folgende Äußerung des verantwortlichen Arztes Dr. Freidland: *„Meine Damen und Herren, ich möchte dies mit allem Ernst sagen, hierbei handelt es sich nicht um Nahrungsverweigerer des herkömmlichen Stils. ... Es ist alles eine Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Rechtsstaat, den wir auch als beamtete Ärzte mit zu vertreten haben, mit anderen Mitteln, das möchte ich ganz klar sagen. Ich meine auch sagen zu müssen, wenn jemand anderer Auffassung ist, hat er meines Erachtens als beamteter Arzt im Dienste dieses Staates ... nichts zu suchen. ... Dies ist ein Kampf und die Fortsetzung eines Kampfes, den wir mit zu vertreten haben"* (29). Dies läßt nur eine Ahnung davon aufkommen, wie weit dieses Bewußtsein, wo der Gefangene als persönlicher Gegner ausgemacht wird, erst bei exponierten Trägern der „Terrorismusbekämpfung", bei Mitgliedern von Sonderkommandos, ausgebildet ist.

Genau dieses Bewußtsein aber, gekoppelt mit der schrittweise gemachten Erfahrung, daß Gewaltanwendung gegen Terroristen staatlich sanktioniert und öffentlich akzeptiert wird, bildet die psychologische Voraussetzung von Folterungen wie in Italien, die offenbar auch von Sondereinheiten durchgeführt worden sind (30). Freilich unterscheiden sich die Folterungen von anderen Mißhandlungen und Übergriffen, die nicht gezielt zur Erpressung von Aussagen eingesetzt werden und daher eher als Terror gegen die Gefangenen bezeichnet werden müssen. Genau dieser Terror, der auch in den BRD-Knästen herrscht, wird in Italien seit langem praktiziert. Er ging der Folter voran. Der qualitative Sprung von gewalttätigen Angriffen, wie wir sie aus der BRD schon kennen, zu Folterungen wie in Italien war möglich unter der besonders zugespitzten italienischen „Sicherheitslage" nach der Dozier-Befreiung. Die dafür erforderlichen psychologisch-ideologischen wie strukturellen Voraussetzungen sind seit langem geschaffen worden. Dieser Apparat kann in gegebener Situation jederzeit auch in der BRD zum Einsatz kommen.

Anmerkungen

(1) „Spiegel" vom 23.2.1981
(2) „Spiegel" vom 31.12.1979
(3) vgl. nebenstehenden Artikel
(4) „Spiegel" vom 19.10.1981
(5) „Süddeutsche Zeitung" v. 6./7.2.1982
(6) vgl. Anm. 5
(7) „taz" vom 12.2.1982
(8) vgl. Anm. 7
(9) „taz" vom 29.3.1982
(10) vgl. Anm. 4
(11) vgl. Anm. 4
(12) vgl. Anm. 4
(13) vgl. Anm. 4
(14) vgl. Anm. 4
(15) vgl. Anm. 4
(16) vgl. Anm. 4
(17) vgl. Anm. 4
(18) „Spiegel" vom 3.11.1980
(19) vgl. Anm. 18
(20) „Süddeutsche Zeitung" v. 19.2.1982
(21) vgl. Anm. 20
(22) „Süddeutsche Zeitung" v. 23.2.1982
(23) vgl. Anm. 22
(24) „FR" vom 23.12.1981
(25) „FR" vom 6.3.1982
(26) vgl. Anm. 4
(27) AK 174
(27 a) vgl. nebenstehenden Artikel
(28) vgl. nebenstehenden Artikel
(29) „taz" vom 5.4.1982
(30) vgl. nebenstehenden Artikel

Folter in Italien

Es brauchte Wochen, bis Presse und Öffentlichkeit Notiz nahmen von den schwerwiegenden Vorwürfen über Folterungen in den italienischen Gefängnissen. Und nur wenige Wochen dauerte es, bis diese Anklagen wieder mit einem Mantel des Schweigens zugedeckt wurden – obwohl eine Klärung seitens der Regierung, des Justiz- und Polizeiapparates bis heute nicht erfolgte, die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen, ja nicht einmal beim Namen genannt worden sind!



Ein Agent der speziellen Eingreiftruppe GIS der Carabinieri

Bereits Mitte Januar machten die Rotbrigadisten Petrella, Di Rocco und Vai Aussagen über ihnen zugefügte Folterungen. Die drei gehören zu den Hunderten, die im Zuge der Fahndung nach den Entführern des NATO-Generals Dozier verhaftet wurden. Allein von Januar bis März waren es um die 400, die als mutmaßliche Terroristen von zahlreichen Verhaftungswellen erfaßt wurden. Einige verschwanden für Wochen an unbekannten Orten, ohne daß Angehörige und Anwälte auch nur die geringste Nachricht erhielten. Von Todesdrohungen, „Selbstmord-Angeboten", Prügel, Tritten, Erstickungsversuchen, Verbrennungen, sexistischen Mißhandlungen und anderen Quälereien berichten an die 30 der Inhaftierten. Folter im Stil faschistischer Diktaturen! Die Dunkelziffer der Betroffenen ist sicherlich nicht gering, da viele sich nicht an die Öffentlichkeit trauen, andere inzwischen mit dem Staatsapparat kollaborieren.

Der Journalist Pier Vittorio Buffa war es, der durch einen Artikel im italienischen Magazin „L'Espresso" den Stein in's Rollen brachte. Den offengelegten Fakten über Mißhandlungen wurde nicht nachgegangen, aber Buffa wurde verhaftet, weil er sich weigerte, seine Informanten preiszugeben. Doch nahm der Prozeß gegen den Journalisten eine ganz andere Wende als erwartet. Zwei Polizeibeamte, Mitglieder der Polizeigewerkschaft Siulp, bestätigten Buffas Aussagen und gaben sich als seine Informanten zu erkennen.

„... auf Anweisung von oben ..."

Vorwürfe über Folterungen in den italienischen Knästen sind in den letzten Monaten keinesfalls das erste Mal aufgetaucht. Seit Jahren protestieren Gefangene und ihre Verwandten nicht nur gegen die unhaltbaren sanitären Zustände, die Überbele-

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Der Journalist Pier Vittorio Buffa

Nachtrag

Wenn im AK schon die Arbeiten von (z.B.) Karikaturisten – teils aufgrund vorliegender Erlaubnis, teils aus „Gewohnheitsrecht" – honorarfrei abgedruckt werden, dann sollten diese Arbeiten doch zumindest mit den Namen der Zeichner und der Quelle, aus denen ihre Arbeiten entnommen sind, versehen werden.

Wie bei den Karikaturen, die zur Illustration des Artikels „Die NATO-Nachrüstung – Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atommacht?" (AK 220, S.20-22) verwendet wurden, zu besichtigen ist, hat sich diese Geste der „Anerkennung" bzw. der „Höflichkeit" im AK doch noch nicht ganz durchgesetzt. Vermutlich aufgrund eines „technischen Versehens" sind die von uns vorgelegten Quellenangaben nicht montiert worden.

Diese Angaben seien also hier nachgetragen: Die Karikatur auf
- S.20 stammt von Peter van Straaten und erschien erstmals in Vrij Nederland" am 13.12.1969,
- S.21 stammt von Gal und wurde seinem Band „Kissinger, Carter, Coca & Co", Antwerpen 1977 entnommen,
- S.22 stammt von Frits Müller und erschien erstmals in „Haagse-Post" vom 25.9.1976.

Niederlande-Kommission

Fortsetzung von voriger Seite

gung und die ungenügende Ernährung. Prügel, Tritte und andere Mißhandlungen sind, insbesondere in den Spezialgefängnissen – hier werden die politischen und andere als „gefährlich" eingestufte Gefangene konzentriert – an der Tagesordnung. Auch von Foltermethoden wie Verbrennen durch Zigaretten und Einflössen von Salzwasser war bereits in den vergangenen Jahren zu hören.

Neu ist allerdings, daß im Rahmen der Fahndung nach den Dozier-Entführern Folter systematisch, gezielt und auf Anweisung „von oben" angewandt wurde. In einem Bericht der Polizeigewerkschaft heißt es, daß „solche Praktiken durch Anweisungen von oben geduldet oder geradezu ermutigt wurden" (1). Franco Fedeli, Direktor der Zeitschrift „Neue Polizei" und einer der Gründer der Polizeigewerkschaft, erklärte: **„Durch Aussagen aus Polizeikreisen habe ich erfahren, daß die dienstliche Aufforderung zum harten Vorgehen sofort nach dem Erfolg der Befreiung Doziers gegeben wurde, und zwar aus den Spitzengremien der Polizei, die sich im Innenministerium mit der Terrorismus-Bekämpfung befassen. Die Anweisung „Sich nicht mit Kleinigkeiten aufhalten, sondern die Sache zuende bringen!" kam von ganz oben"** (2).

Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten, daß die Folterungen in den vergangenen Monaten vorrangig von Sonderkommandos durchgeführt worden sind. Die meisten Gefolterten wurden – häufig für mehrere Tage – an unbekannte Orte verschleppt. Über den Kopf gestülpte Kapuzen verhinderten die Identifizierung des Ortes und der Folterer. Paola Maturi – ebenfalls an einem unbekannten Ort gefoltert – berichtet, der Beamte der politischen Polizei Digos, dem sie später auf dem Polizeirevier von den Folgerungen erzählte, sei offensichtlich ungläubig gewesen. (3)

Einige Mißhandelte berichten von Injektionen und Getränken, die ihr Bewußtsein völlig verwirrt haben. Vermutungen, diese chemischen Substanzen und die wissenschaftlichen Verhörtechniken seien von US-Spezialisten eingeführt worden, wurden laut, können bis heute aber nicht bewiesen werden.

Rognoni: Alles Lüge!

Lässig und unbeeindruckt reagieren Christ- und Sozialdemokraten auf die erschreckenden Aussagen. Während einer parlamentarischen Anfrage des radikaldemokratischen Abgeordneten Marco Boato glänzten sämtliche Abgeordnete der DC und der PSI durch Abwesenheit. Innenminister Rognoni seinerseits glänzte durch diffuse und völlig unglaubwürdige Dementis. Konkrete Antworten auf konkrete Fragen unterließ er, versuchte sich stattdessen im Ergründen unmöglichster Ursachen für die unübersehbaren Verletzungen der Gefolterten.

Proteste und Forderungen nach endgültiger Aufklärung kamen (und kommen) aus vielen Ecken: Abgeordnete liberaler Gruppen, linkssozialistischer Parteien und der PCI stellten weitere Anfragen und gründeten einen informellen Ermittlungsausschuß; die demokratische Richtervereinigung „Magistratura Democratica" verlangt endlich wahrheitsgemäße Erklärungen; auf Initiative von Familienangehörigen der Gefangenen und der Radikalen Partei bildete sich ein „Komitee gegen die Anwendung der Folter". Doch selbst ein Protestschreiben von Amnesty International blieb unbeantwortet.

---

goethejahr

goethe liebte
den italienischen
frühling

rechtzeitig
blüht dort wieder alles
besonders die folter

nota bene: europa!

ke 1.4.82

Notstandsparagraph in Kraft gesetzt

Immer wieder weisen Anwälte und Angehörige darauf hin, daß sich ihre Besorgnis nicht allein gegen die hervorstechenden Ereignisse der letzten Zeit richtet, sondern daß die systematische Anwendung der Folter nur möglich war auf dem Boden eines Strafsystems, das die Rechte der Gefangenen sowieso schon weitgehend beschnitten hat.

Selbst diejenigen, die von direkten Folterungen verschont bleiben, sind immer noch betroffen von der Anwendung des Artikels 90, ein Notstandsparagraph (in etwa vergleichbar mit dem westdeutschen Kontaktsperregesetz), der mit der sogenannten Gefängnisreform im Jahre 1975 geschaffen wurde. Am 5. Januar dieses Jahres wurde er in allen italienischen Spezialgefängnissen für ein halbes Jahr in Kraft gesetzt. Nur noch einen privaten Brief pro Monat dürfen die Gefangenen schreiben, keine Pakete oder Drucksachen erhalten und nicht telefonieren. Die Freistunden wurden drastisch eingeschränkt, Durchsuchungen der Zellen und Körperkontrollen verstärkt.

Das „Reuigen"-Gesetz

Die zahlreichen Geständnisse, die in den letzten Monaten zu masschenhaften Festnahmen führten, sind mit Sicherheit – unter anderem – eine Folge der Folterungen. Einige haben die erpreßten Aussagen später widerrufen. Andere nicht! Denn der italienische Staatsapparat arbeitet nach dem klassischen Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche".

Das neue „Reuigen"-Gesetz, das im März verabschiedet wurde, verspricht den Angeklagten je nach Schwere ihrer Straftat Strafminderungen. Doch Absage an den bewaffneten Kampf und „Reue" allein reichen längst nicht aus, um tatsächlich in den „Genuß" der Vorteile zu kommen. Der Staat verlangt mehr: bedingungslosen Verrat der ehemaligen Genossinnen und Genossen, uneingeschränkte Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz.

Beispielhaft für die Auswirkungen des neuen Gesetzes ist das Ergebnis des Prozesses gegen die 17 vermeintlichen Dozier-Entführer:

Obwohl aktiv an der Entführung beteiligt, kam R. Volina mit der niedrigsten Strafe (2 Jahre, 2 Monate) davon. Er hatte das Versteck des NATO-Generals preisgegeben.

Ein relativ geringes Strafmaß (16 Jahre, 6 Monate) erhielt auch der Hauptangeklagte A. Savasta, obwohl er als Anführer galt und des mehrfachen Mordes beschuldigt wird. Seine umfassenden Aussagen haben die Verhaftung zahlreicher Rotbrigadisten ermöglicht.

C. di Lenardo dagegen – laut WELT *„verstockter Rotbrigadist"* – erhielt die höchste Strafe von 27 Jahren. Aussagen hatte er strikt verweigert und stattdessen während des Prozesses gegen die ihm zugefügten Folterungen protestiert.

Und R. Zanca schließlich, von dem selbst die Kronzeugen behaupten, er habe gar nicht gewußt, worum es eigentlich ging, soll für 14 Jahre in den Knast, bloß weil er sich mit einem Arzneikoffer an einem Treffpunkt bereithalten sollte. Der Staatsanwalt machte deutlich, daß Zanca nicht genug zu bieten hatte; eine broße Distanzierung von den Roten Brigaden reicht eben nicht aus.

Mit dem „Reuigen"-Gesetz hält das italienische Gesetzbuch nun schriftlich fest, was in der Praxis schon lange so gehandhabt wird: Verurteilt wird nicht die Tat, sondern die politische Gesinnung.

S., Hamburg

Anm.:
(1) „L'Espresso", 21.3.82
(2) ebenda
(3) laut "taz", 29.3.82



Das Leben läßt sich nicht austreiben ...

Ein kleines Gedichtbändchen mit Texten von Karlheinz Barwasser und Drucken von H.J. Vincenti Dudek kommt uns soeben druckfrisch auf den Tisch. Titel: „ ... Doch Zufall ist hier nichts". Es ist ein Lebenszeichen aus dem Knast. Beide Autoren „sitzen" seit mehreren Jahren. Karl Heinz Barwasser seit 1979, H. J. Vincenti Dudek seit 1977. Karl Heinz bezeichnet sich als „Schreiber aus der Notwendigkeit zu überleben". Er hat bereits andere Veröffentlichungen hinter sich, so „Kaputte Sommertage in S." und „Schwulenhatz im Knast" (beides Vlg. Pusteblume) außerdem Bei-

In ihrem Brief an uns schreiben die beiden u.a.: *„Wir haben uns ganz gut bei der Arbeit gefühlt: haben getextet, gemalt, layoutet, Cover entworfen, Druckereien und Vertriebe kontaktiert und ... Schulden gemacht (der Drucker war aber sehr billig). Wir hielten es an der Zeit zu beweisen, daß Kreativität im Knast was mit Lebenwollen zu tun hat. Mauern halten uns nicht auf! Wir lassen uns unseren Anspruch auf Leben nicht durch Vollzugsverwalter austreiben. Da scheiß der Hund drauf!"* Genau! pflegen die Norddeutschen nach so einem Satz zu sagen. Hier ein paar Proben.

verhinderten die Identifizierung des Ortes und der Folterer. Paola Maturi – ebenfalls an einem unbekannten Ort gefoltert – berichtet, der Beamte der politischen Polizei Digos, dem sie später auf dem Polizeirevier von den Folgerungen erzählte, sei offensichtlich ungläubig gewesen. (3)

Einige Mißhandelte berichten von Injektionen und Getränken, die ihr Bewußtsein völlig verwirrt haben. Vermutungen, diese chemischen Substanzen und die wissenschaftlichen Verhörtechniken seien von US-Spezialisten eingeführt worden, wurden laut, können bis heute aber nicht bewiesen werden.

Rognoni: Alles Lüge!

Lässig und unbeeindruckt reagieren Christ- und Sozialdemokraten auf die erschreckenden Aussagen. Während einer parlamentarischen Anfrage des radikaldemokratischen Abgeordneten Marco Boato glänzten sämtliche Abgeordnete der DC und der PSI durch Abwesenheit. Innenminister Rognoni seinerseits glänzte durch diffuse und völlig unglaubwürdige De-

Notstandsparagraph in Kraft gesetzt

Immer wieder weisen Anwälte und Angehörige darauf hin, daß sich ihre Besorgnis nicht allein gegen die hervorstechenden Ereignisse der letzten Zeit richtet, sondern daß die systematische Anwendung der Folter nur möglich war auf dem Boden eines Strafsystems, das die Rechte der Gefangenen sowieso schon weitgehend beschnitten hat.

Selbst diejenigen, die von direkten Folterungen verschont bleiben, sind immer noch betroffen von der Anwendung des Artikels 90, ein Notstandsparagraph (in etwa vergleichbar mit dem westdeutschen Kontaktsperregesetz), der mit der sogenannten Gefängnisreform im Jahre 1975 geschaffen wurde. Am 5. Januar dieses Jahres wurde er in allen italienischen Spezialgefängnissen für ein halbes Jahr in Kraft gesetzt. Nur noch einen privaten Brief pro Monat dürfen die Gefangenen schreiben, keine Pakete oder Drucksachen erhalten und nicht telefonieren. Die Freistunden wurden drastisch eingeschränkt,

C. di Lenardo dagegen – laut WELT „verstockter Rotbrigadist" – erhielt die höchste Strafe von 27 Jahren. Aussagen hatte er strikt verweigert und stattdessen während des Prozesses gegen die ihm zugefügten Folterungen protestiert.

Und R. Zanca schließlich, von dem selbst die Kronzeugen behaupten, er habe gar nicht gewußt, worum es eigentlich ging, soll für 14 Jahre in den Knast, bloß weil er sich mit einem Arzneikoffer an einem Treffpunkt bereithalten sollte. Der Staatsanwalt machte deutlich, daß Zanca nicht genug zu bieten hatte; eine broße Distanzierung von den Roten Brigaden reicht eben nicht aus.

Mit dem „Reuigen"-Gesetz hält das italienische Gesetzbuch nun schriftlich fest, was in der Praxis schon lange so gehandhabt wird: Verurteilt wird nicht die Tat, sondern die politische Gesinnung.

S., Hamburg

Anm.:
(1) „L'Espresso", 21.3.82
(2) ebenda
(3) laut "taz", 29.3.82

Das Leben läßt sich nicht austreiben ...

Ein kleines Gedichtbändchen mit Texten von Karlheinz Barwasser und Drucken von H.J. Vincenti Dudek kommt uns soeben druckfrisch auf den Tisch. Titel: „ ... Doch Zufall ist hier nichts". Es ist ein Lebenszeichen aus dem Knast. Beide Autoren „sitzen" seit mehreren Jahren. Karl Heinz Barwasser seit 1979, H. J. Vincenti Dudek seit 1977. Karl Heinz bezeichnet sich als „Schreiber aus der Notwendigkeit zu überleben". Er hat bereits andere Veröffentlichungen hinter sich, so „Kaputte Sommertage in S." und „Schwulenhatz im Knast" (beides Vlg. Pusteblume), außerdem Bei-träge in Anthologien. H.H. Vincenti Dudek „malt sich die Tage erträglicher". Bilder von ihm fanden Aufnahme in Literatur- und Kunstzeitschriften. In Hamburg hatte er dieses Jahr eine Ausstellung.

In ihrem Brief an uns schreiben die beiden u.a.: „Wir haben uns ganz gut bei der Arbeit gefühlt: haben getextet, gemalt, layoutet, Cover entworfen, Druckereien und Vertriebe kontaktiert und ... Schulden gemacht (der Drucker war aber sehr billig). Wir hielten es an der Zeit zu beweisen, daß Kreativität im Knast was mit Lebenwollen zu tun hat. Mauern halten uns nicht auf! Wir lassen uns unseren Anspruch auf Leben nicht durch Vollzugsverwalter austreiben. Da scheiß der Hund drauf!" Genau! pflegen die Norddeutschen nach so einem Satz zu sagen. Hier ein paar Proben.

Ach ja, Bezug:
Fehldruck-Verlag, Eleonorenstr. 8, 3 Hannover 81
oder nach Zusendung von DM 5,– (nur Briefmarken!) an K. Barwasser Pf. 301 JVA 4760 Werl

F., Hamburg

Stefano Petrella:
Durch Folter zur Falschaussage gezwungen

Stefano Petrella wurde am 4.1. dieses Jahres gemeinsam mit Ennio di Rocca und Lino Vai verhaftet. Erst am 11.1. wurden die drei Rotbrigadisten dem Richter vorgeführt, obwohl die italienischen Gesetze bestimmen, daß dies nach maximal 48 bzw. 96 Stunden zu geschehen hat. Wir dokumentieren im folgenden die Aussage Petrellas vor dem Richter und ergänzende Erklärungen seines Rechtsanwaltes Edoardo Di Giovanni.

Petrella:
„Man hat mich mit Gewalt zu einigen Pseudoaussagen gezwungen, d.h. ich bin einer Reihe von psychischen und physischen Behandlungen unterzogen worden: Einige Stunden mußte ich mit eng anliegenden Handschellen verbringen, die Arme hinter dem Rücken. Ich bin dann an den Handschellen vom Boden hochgehoben worden. Ich hatte immer eine Kapuze auf dem Kopf, vom Moment meiner Festnahme an bis zur Ankunft der Sicherheitszelle der Quästur. Ich bin ununterbrochen durch die Kapuze hindurch ins Gesicht geschlagen worden. Ich bin auf den Kopf geschlagen worden. Ich denke, mit einem Pistolenknauf. Ich bin gegen die Mauer gestoßen worden und auf die Beine geschlagen worden, wahrscheinlich mit Stöcken; besonders auf die Knie, auch auf die Fußsohlen. Während ich verhört wurde, hatte ich immer die Kapuze über dem Kopf und die Augen verbunden. Ich bin mit den Fäusten in den Bauch und Magen geschlagen worden. Mir sind die Muskeln an Hals und den Schultern verdreht worden. Ständig wurde mir mit dem Tode gedroht. Und dies alles, während die, die folterten, sagten: „Das können wir machen, weil wir hier in einer Situation von Illegalität sind." Mir ist die linke Fußfessel verdreht worden. Ich habe zahlreiche Schläge auf die Hände bekommen, ich bin mit den Armen und den Beinen festgebunden worden, weiterhin unter der Kapuze, ich nehme an, auf einer harten Fläche, den Kopf nach hinten hängend. Mir ist die Nase zugestopft worden und es wurde ein Erstickungsversuch gemacht, indem man mir salziges Wasser in den Mund geschüttet hat, während mir jemand die Nase zuhielt. Das ist geschehen in der Nacht des 4. Januar, d.h. seit der Nacht der Festnahme.

Nach der Festnahme wurde ich in den 1. Polizeibezirk gebracht. Von dort wurde ich in die Kaserne der römischen Polizei transportiert. Dort wurde ich in einen Raum gesteckt, den ich für einen Erholungsraum halte, weil dort ein Billardtisch stand. An einem bestimmten Punkt kamen drei Personen herein, die alle drei eine Kapuze trugen, eine Schirmmütze. Die drehten die Handschellen enger um meine Handgelenke, hinter dem Rücken, banden mir eine Binde vor die Augen, setzten mir eine Kapuze auf und brachten mich dann in einem Auto an einen Ort, den ich nicht kenne. Dort wurde der Erstickungsversuch wiederholt. Auf einem Tisch festgebunden, nahmen sie mir die Kapuze ab und schütteten mir Salzwasser in den Mund, bei jedem Versuch zu atmen. Von dem Raum hatte ich den Eindruck, daß es ein Privathaus sei."

Di Giovanni (der Rechtsanwalt Petrellas) berichtet weiter, daß Petrella in diesem Raum bis zur Nacht des 7. Januar gehalten wurde. Er wurde weiterhin ständig geschlagen und mißhandelt. Danach brachte man ihn an einen anderen Ort, wo er bis zur Nacht des 9. Januar blieb. Hier fand auch der Erstickungsversuch nach schweren Todesdrohungen statt, bis ihm schließlich Schriftstükke vorgelegt wurden. Und man sagte ihm, wenn er wolle, daß diese Behandlungspraktiken aufhörten, solle er unterschreiben. Was er unterschrieb, wußte er nicht.

In der Nacht des 9. Januar ist er dann in die Räume der Quästur gebracht worden. Petrella trug die Zeichen dieser Behandlung, die er erfahren hatte, so daß der vernehmende Richter sie im Protokoll erwähnte. Er protokollierte: Petrella hat am rechten und linken Handgelenk kreisförmige Abschürfungen, mit Spuren von getrocknetem Blut, außerdem einen Bluterguß unter dem linken Auge und eine Abschürfung auf der Nase sowie an den Beinen Abschürfungen und Blutschorf, Kratzer am linken Bein. Petrella sagt, daß diese Verletzungen ihm mit einem metallenen Gegenstand zugefügt wurden und darauf Salzwasser gegossen wurde, oder eine andere beißende Flüssigkeit.

(aus „taz" vom 12.2.82)





Sigurd Debus starb an der Zwangsernährung

Am 8. April 1982 berichtete die „taz", *„die Hamburger Staatsanwaltschaft hält die Behauptung, er (Sigurd Debus) sei infolge des Hungerns gestorben, nicht mehr aufrecht"*.

Die Todesursache des am 16. April letzten Jahres im Hungerstreik gestorbenen Sigurd Debus war – das steht jetzt fest – eine Gehirnblutung, die zum Absterben von Hirngewebe geführt hat. Noch bestritten wird von der in der Todesermittlungssache zuständigen Justizbehörde, daß diese Gehirnblutungen auf äußere Gewaltanwendung zurückzuführen ist. Dieser Verdacht aber wird durch ein von der Staatsanwaltschaft bestelltes Gutachten des Neuropathologen Prof. Colmant nahegelegt, der bei der Obduktion der Leiche streifenförmige Blutungen am Hirnstamm festgestellt hat. Sie gelten als Symptom für traumatische Schädigungen durch stumpfe Schläge auf den Kopf („taz", 8.4.). Jedenfalls können die Masseblutungen weder Folge des Hungerstreiks noch der Infusionsernährung sein. Sie lassen sich nur durch die brutale Prozedur erklären, der Sigurd Debus seit Beginn der Zwangsernährung am 19.3. täglich bis zum 7.4. unterworfen war: Es *„stürmten acht Mann die Zelle, packten mich an den Beinen, Armen, und an der Hüfte, schleiften mich zu einer vor der Zelle stehenden fahrbaren Liege, warfen mich mit dem Bauch nach unten darauf, verdrehten mir die Arme und setzten sich auf die Beine, preßten den Kopf auf die Liege. So gings ins Zentralkrankenhaus. ..."* (Bericht von Sigurd, „taz", 5.4.82).

Die ganze Dimension dieses Vorgangs wird aber erst klar, wenn man/frau weiß, daß die Zwangsernährung zur medizinischen Behandlung des Hungerstreikenden gar nicht zwingend indiziert war, wie es § 101 StVollzG vorschreibt. Danach dürfen hungerstreikende Gefangene erst dann zwangsweise ernährt werden, wenn akute Lebensgefahr besteht. Und diese Lebensgefahr war bei Beginn der Zwangsernährung nicht gegeben, wie der ebenfalls von der StA beauftragte Gutachter Kontokollias feststellte („taz", 5.4.82). Zudem ist die Infusionslösung von dem verantwortlichen Arzt Dr. Friedland so unzureichend dosiert worden, daß sie *„gerade ausreichend war, den Zustand, der mit Beginn der parenteralen Ernährung vorlag, aufrecht zu erhalten"* (aus dem Gutachten). Mit anderen Worten: die Rechtfertigung für die tägliche körperliche Überwältigung und Fesselung des Gefangenen ist selbst produziert worden. Durch dieses „planvolle Konzept" („taz") sollte Sigurd Debus körperlich und psychisch gebrochen werden. Und das alles unter dem Vorwand der „ärztlichen Hilfe".

E., IKAH

Lutz Taufer im Knast mißhandelt

Ohne jeden erkennbaren Anlaß wurde Lutz Taufer in der Zeit vom 8. bis zum 30. März von Beamten der JVA Schwalmstadt fünfmal brutal mißhandelt. Sein Anwalt hat inzwischen Strafanzeige gestellt, die von der Marburger Staatsanwaltschaft bearbeitet wird.

nen beteiligt und seine Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF gefordert. Im Laufe der Verhandlungen zur Beendigung des Hungerstreiks soll ihm zugesagt worden sein, nach Celle verlegt zu werden. Ein entsprechender Antrag nach Abbruch des Hungerstreiks wurde

„Komitee für Grundrechte und Demokratie": Petition für Peter-Jürgen Boock

An den Petitionsausschuß
des Deutschen Bundestages
Bundeshaus, 5300 Bonn

Betr.: Petition zugunsten von Herrn Peter-Jürgen Boock

Die Unterzeichner unterstützen die Petition des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V. vom 8.2.1982 an den Deutschen Bundestag zugunsten von Herrn Peter-Jürgen Boock und schließen sich insbesondere den Forderungen an, daß der Prozeß gegen Herrn Boock nicht in Stuttgart-Stammheim stattfindet, daß darauf verzichtet wird, Herrn Boock zum „Kronzeugen" machen zu wollen, daß Herrn Boock menschliche U-Haftbedingungen gewährt werden, daß Herrn Boock eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens ermöglicht wird, daß Herr Boock Besucher grundsätzlich ohne Trennscheibe empfangen kann und daß die Verteidigung ausschließlich durch Anwälte, die Herrn Boocks Vertrauen haben, erfolgt:

(Text einer Unterschriftensammlung des Komitees für Grundrechte und Demokratie)

Mit dieser Initiative wendet sich das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" an die Öffentlichkeit, um eine Anklageerhebung gegen Boock in Stuttgart-Stammheim zu verhindern.

Peter-Jürgen Boock wurde im Januar 1981 verhaftet. Er wird u.a. beschuldigt, als Mitglied der RAF an der Entführung und Tötung Schleyers sowie an dem versuchten Raketenanschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe beteiligt gewesen zu sein. Vor seiner Verhaftung hat Boock zusammen mit Freunden in Hamburg gelebt. Dort sitzt er auch – mit kurzen Unterbrechungen – seit seiner Festnahme in U-Haft und kann von seinen in Hamburg lebenden Freunden besucht werden. Auch seine Vertrauensanwälte kommen aus Hamburg bzw. Bremen. Dennoch soll der Prozeß gegen ihn in Stuttgart-Stammheim durchgeführt werden – so will es Generalbundesanwalt Rebmann, der im Dezember letzten Jahres dort Anklage erhob („FR", 3.12.81). Diese Entscheidung würde bedeuten, daß Boock nach Stammheim verlegt und dadurch seine persönlichen Bindungen in Hamburg zerstört werden würden, von der Verschlechterung seiner sonstigen Haftbedingungen ganz zu schweigen. Bei seinem labilen gesundheitlichen und psychischen Zustand ist Boock aber existentiell auf die erkämpften „Vergünstigungen" im Vollzug und insbesondere auf die Unterstützung durch seine Freunde angewiesen. *„Der Gesundheitszustand von Herrn Boock ist seit seiner Verhaftung labil; er bedarf dringend einer Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens. Ende Januar 1982 befand sich Peter-Jürgen Boock mehrere Tage im Hungerstreik, weil die Trennscheibe für Privatbesuche wieder eingeführt worden war und noch bevor seine Anwälte Gebrauch von einer Vorschlagsmöglichkeit machen konnten, ein Zwangsverteidiger beigeordnet wurde. Den Hungerstreik brach Herr Boock ab, nachdem alle bisherigen Besucher ihn wieder ohne Trennscheibe sehen können und lediglich bei neuen Besuchern im Einzelfall geprüft werden soll, ob eine Trennscheibe notwendig sei. Darüberhinaus wurde dem seit einem Jahr von den Verteidigern gestellten Antrag für eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens stattgegeben"*.

Nach seiner Verhaftung hatte sich Boock von der RAF losgesagt und in einem Interview im „Spiegel" eine angeblich von der RAF geplante, unmittelbar bevorstehende Aktion verraten. Diese Erklärungen *„haben bei der Bundesanwaltschaft zu Hoffnungen geführt, sie könnten Herrn Boock als ‚Kronzeugen' gewinnen. Dem hat sich Peter-Jürgen Boock widersetzt..."*

Auf diese Weigerung führt es das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" zurück, daß es nunmehr zu der Anklage in Stammheim statt in Hamburg gekommen ist. Dies widerspräche „öffentlichen Erklärungen", in denen *„die Bundesminister Baum und Schmude zum ‚Aussteigen' ermuntert hatten, indem sie eine ‚faire Behandlung' o.ä. versprachen"*. Dagegen werde *„durch eine Prozeßführung in Stuttgart-Stammheim nicht allein Peter-Jürgen Boock Schaden zugefügt, sondern wäre dieser Akt geeignet, negative Konsequenzen für das Verhalten all derjenigen zu zeitigen, die sich gleichfalls vom Umkreis der RAF oder ähnlicher Gruppierungen loslösen wollen bzw. dies innerlich bereits getan haben, aber gerade durch das Beispiel, das ihnen an Peter-Jürgen Boock vorexerziert wird, davor abgeschreckt werden, sich wieder zu legalisieren. Die Wahl von Stuttgart-Stammheim als Ort der Prozeßführung gegen Herrn Boock durch die Bundesanwaltschaft, ohne daß dies durch den Bundesjustizminister korrigiert wurde, verletzt somit auch das offizielerseits gemachte, vorstehend bereits erwähnte und dem Geist des demokratischen Rechtsstaats entsprechende Angebot an die potentiellen ‚Aussteiger' aus dem Umkreis des Terrorismus, als Bürger dieser Republik eine zweite Chance zu erhalten"*.

In einem weiteren Abschnitt unter der Überschrift *„prinzipielle Erwägungen zum Phänomen des Terrorismus"* wird in der Petition dieser Gedanke weiterentwickelt und auf die Forderung nach einem *„einstweiligen Schlußstrich"*, nach einer Amnestie zugespitzt. Durchaus überzeugend – auch angesichts der heutigen Entstehungsbedingungen für „Terrorismus" (vgl. nebenstehenden Artikel) – wird dargelegt, *„daß die Motive, die der RAF Proselyten (Anhänger, Bekehrte – Anm. AK) zutrieb und daß die soziale Komposition der RAF und auch der während der 70er Jahre nachfolgenden Gruppierungen heute nicht mehr gelten"*. Dies mache *„eine andere Behandlung der Mitglieder dieser Gruppen, sofern sie sich lossagen wollen oder schon losgesagt haben, nicht nur möglich, sondern auch nötig"*.

Bis auf den letzten Halbsatz kann man dieser Argumentation ohne weiteres folgen. Es gibt absolut k e i n e „sicherheitspolitische" Notwendigkeit, „ausgestiegene Terroristen" so zu behandeln wie derzeit Boock. Andererseits – und da irren die Autoren der Petition ganz entscheidend – gibt es aus der Sicht des Staates aber genausowenig eine N o t w e n d i g k e i t , an dem „Austeiger" Boock ein positives Beispiel vorzuführen, und zwar gerade w e i l die „Motive" und „soziale Komposition" heutiger potentieller Sympathisanten des Terrorismus herzlich wenig damit zu tun haben, wie gut oder schlecht die Justiz ehemalige RAF–Anhänger behandelt (vgl. dazu nebenstehenden Artikel). Aber auch was andere „Alt-Terroristen" angeht, die man zum Aussteigen bewegen will, wird die Frage des Prozeßortes wenig ausrichten. Im Klartext weist denn auch Rebmann diese Begründung zurück: *„Es ist ausschließlich ein Kinderglaube, anzunehmen, ein Terrorist werde seinen Entschluß, aus der Szene auszusteigen, vom künftigen Anklageort abhängig machen. Interessant für einen Aussteiger ist doch nur die Perspektive im Strafmaß"* („Spiegel", 1. 3.82).

Wer aber geglaubt hat, der Staat werde mit „reuigen Terroristen" aus purer Humanität „versöhnlich" umgehen, hat übersehen, daß die „Aussteigerdebatte" von staatlicher Seite nie anders als im Zeichen des politischen Kalküls geführt worden ist. Das Verhältnis zwischen „Terrorist" bzw. „Aussteiger" und dem Strafverfolgungsapparat ist schließlich keine rein menschliche Privatangelegenheit, wo man sich bekämpfen und bestrafen, aber auch wieder „versöhnen" kann. Niemals ist es in Wirklichkeit darum gegangen, den M e n s c h e n die „Rückkehr in die Menschlichkeit" („Aussteiger" Hans-Joachim Klein) zu ermöglichen, sondern die „ausgestiegenen Terroristen" waren und sind bloße Objekte dieses Kalküls. Geht es nicht auf, weil man sich von einer mehr oder weniger guten Behandlung festgenommener „Terroristen" keine nennenswerten „Signalwirkungen" für den „inneren Zerfall" der Gruppen verspricht, so haben „Aussteiger" wie Boock außer moralischen Appellen keine Chance, gegenüber dem Staat die versprochenen Zugeständnisse einzufordern.

Daher ist es auch verfehlt, wenn das „Komitee" in seiner Petition glaubt, im wohlverstandenen Interesse dieses Staates argumentieren zu müssen, wenn es sich für die genannten Forderungen für Boock einsetzt. Hier verfolgt die Petition – ausgehend von der Vorstellung, im Staatsapparat wüte der „Kampf zweier Linien" – die Strategie, die „liberale", „vernünftige" Linie zu stärken. Damit orientiert sie auf den ebenso aussichtslosen wie politisch falschen Kurs, in dem „Fall Boock" wie in der „Terrorismusfrage" allgemein nach Bündnispartnern i n n e r h a l b des Staatsapparates zu suchen. Tatsächlich werden die in der Petition aufgestellten Forderungen nur g e g e n diesen Staat und seine Interessen durchgesetzt werden können.

E.

bei neuen Besuchern im Einzelfall geprüft werden soll, ob eine Trennscheibe notwendig sei. Darüberhinaus wurde dem seit einem Jahr von den Verteidigern gestellten Antrag für eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens stattgegeben".
Nach seiner Verhaftung hatte sich Boock von der RAF losgesagt und in einem Interview im „Spiegel" eine angeblich von der RAF geplante, unmittelbar bevorstehende Aktion verraten. Diese Erklärungen „haben bei der Bundesanwaltschaft zu Hoffnungen geführt, sie könnten Herrn Boock als ‚Kronzeugen' gewinnen. Dem hat
che „eine andere Behandlung der Mitglieder dieser Gruppen, sofern sie sich lossagen wollen oder schon losgesagt haben, nicht nur möglich, sondern auch nötig".
Bis auf den letzten Halbsatz kann man dieser Argumentation ohne weiteres folgen. Es gibt absolut k e i n e „sicherheitspolitische" Notwendigkeit, „ausgestiegene Terroristen" so zu behandeln wie derzeit Boock. Andererseits – und da irren die Autoren der Petition ganz entscheidend – gibt es aus der Sicht des Staates aber genausowenig eine N o t w e n d i g k e i t , an dem „Austeiger" Boock
ten Forderungen für Boock einsetzt. Hier verfolgt die Petition – ausgehend von der Vorstellung, im Staatsapparat wüte der „Kampf zweier Linien" – die Strategie, die „liberale", „vernünftige" Linie zu stärken. Damit orientiert sie auf den ebenso aussichtslosen wie politisch falschen Kurs, in dem „Fall Boock" wie in der „Terrorismusfrage" allgemein nach Bündnispartnern i n n e r h a l b des Staatsapparates zu suchen. Tatsächlich werden die in der Petition aufgestellten Forderungen nur g e g e n diesen Staat und seine Interessen durchgesetzt werden können. E.

Lutz Taufer im Knast mißhandelt

Ohne jeden erkennbaren Anlaß wurde Lutz Taufer in der Zeit vom 8. bis zum 30. März von Beamten der JVA Schwalmstadt fünfmal brutal mißhandelt. Sein Anwalt hat inzwischen Strafanzeige gestellt, die von der Marburger Staatsanwaltschaft bearbeitet wird.

Am 22.3. wurde Lutz von mehreren Bullen nach einem Privatbesuch mit Gewalt aus dem Besucherzimmer gezerrt, auf dem Flur zu Boden gedrückt und unter der Drohung, ihm mit den Schuhen „in die Fresse" zu treten, wurden seine Arme und Füße verdreht. Anschließend wurde er durch den Knast geschleift, wobei er mit der Wirbelsäule über Treppenstufen gezerrt wurde. Dabei wurde ihm noch zweimal in die Nieren und an den Kopf getreten. Auf der Kammer ließ man ihn dann zu Boden fallen und riß ihm die Kleidung vom Leib.

Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich eine Woche später, als Lutz morgens durch Treten gegen die Tür seiner Zelle darauf aufmerksam machte, daß er zum Hofgang geführt werden wollte. Fünf Beamte stürzten sich auf ihn und schlugen ihm mit Schlagstöcken dermaßen auf den Kopf, daß er sofort stark blutete. Dann hat man ihn in die sogenannte Beruhigungszelle im Keller der Anstalt verschleppt, wobei er wieder, diesmal mit dem Kopf, auf die Treppenstufen aufschlug. Die Zelle, in die er geschleppt worden ist, gilt wegen ihrer niedrigen Temperaturen als „Eiskeller" (Strafanzeige des Anwalts v. 1.4.).

Den tätlichen Übergriffen gingen offenbar „ständige Auseinandersetzungen" voran, angeblich „weil sich Taufer nicht an die Vorschriften halte" – so das hessische Justizministerium („FR", 8.4. 82). Tatsächlich dürfte für die Eskalation in der Vollzugsanstalt ursächlich sein, daß bis dahin die Zusagen der Justizbehörde, Taufer nach Celle zu verlegen, nicht eingehalten worden sind. Lutz Taufer hatte sich im Frühjahr letzten Jahres am Hungerstreik der RAF-Gefangenen beteiligt und seine Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF gefordert. Im Laufe der Verhandlungen zur Beendigung des Hungerstreiks soll ihm zugesagt worden sein, nach Celle verlegt zu werden. Ein entsprechender Antrag nach Abbruch des Hungerstreiks wurde dann aber nach achtmonatiger Bearbeitung im Dezember 1981 abgelehnt (Presse-Erklärung der Grünen v. 12. 4.). Daraufhin ist Lutz am 23. Februar in den Hungerstreik getreten, den er am 5. März nach Rücksprache mit den Gefangenen aus Celle unterbrochen hat (Erklärung der GBAL der Uni Marburg). Die Angriffe gegen ihn stehen also in einem direkten Zusammenhang mit der Ablehnung seiner Verlegung, sodaß das hessische Justizministerium und das Bundesjustizministerium die unmittelbare Verantwortung für die Vorgänge in der JVA Schwalmstadt tragen. So erklärte ein Sprecher des hessischen Justizministeriums gar, man sei sich der Gefahr durchaus bewußt gewesen, daß es *„zu Übergriffen kommen könne"* („FR", 8.4.).

Am 26. März hat Lutz dann erneut seinen Antrag auf Verlegung nach Celle gestellt, die für ihn unter diesen Umständen auch den einzigen wirksamen Schutz gegen weitere Mißhandlungen mit womöglich gefährlichen Körperschäden darstellt, zumal er seine Verletzungen auch nicht durch einen Arzt seines Vertrauens behandeln lassen durfte (Erklärung der GBAL). Obwohl das hessische Ministerium der Justiz eine „schnelle Bescheidung" des Gesuchs zugesagt hatte (Pressemitteilung des Anwalts v. 6.4.), kam die Entscheidung erst am 30. April. Inzwischen mußte Lutz am 29. und 30. März weitere Mißhandlungen über sich ergehen lassen.

Immerhin fiel die Entscheidung diesmal positiv aus, sodaß Lutz endlich nach Celle verlegt wurde, wo auch Karlheinz Dellow, Andreas Vogel, Heinz Herlitz und Knut Folkerts sitzen („FR", 8.4.).

E., IKAH

Endlich: Haftverschonung für Ilse Schwipper!

„Aufgrund der bei Frau Schwipper vorliegenden psychopathologischen Veränderungen... ist zur Zeit aus forensisch-psychiatrischer Sicht sowohl die aktuelle als auch die generelle Verhandlungs- und Haftfähigkeit zu verneinen." Nach diesem Befund des Gutachters Prof. Dr. Cabanis im Westberliner Schmückerprozeß blieb dem Gericht kaum eine andere Wahl: Am Nachmittag des 4. Mai wurde Ilse Schwipper nach siebeneinhalbjähriger Untersuchungshaft endlich freigelassen.

Schon im Sommer letzten Jahres hatte Prof. Dr. Cabanis vorausgesagt, daß die schwerkranke Ilse Schwipper allenfalls bei einer Therapie in Freiheit Hoffnung auf gesundheitliche Besserung habe. Als dann auch von der Gutachterin Frau Dr. Barth ein lebensbedrohlicher Gesundheitszustand Ilses wegen starker Depressionen und akuter Selbstmordgefahr festgestellt worden war, beschloß im Juni letzten Jahres die 13. Große Strafkammer die Haftverschonung. Doch dieser Beschluß wurde auf eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom Kammergericht wieder aufgehoben.

Der Schmückerprozeß drohte in seiner dritten Auflage in den letzten Monaten mehr und mehr zu einem Prozeß ohne Ende zu werden: Nicht nur der jahrelange Boykott der Wahrheitsfindung durch die Ermittlungsbehörden und Geheimdienste machte nun die Aufklärung der Todesumstände Ulrich Schmückers so schwierig; wegen des katastrophalen Gesundheitszustandes von Ilse konnte zudem nur durchschnittlich vier Stunden pro Woche verhandelt werden. Immer wieder mußte die Beweißaufnahme unterbrochen werden, weil Ilse am Ende ihrer Kräfte war.

Die totale Verhandlungs- und Haftunfähigkeit Ilses konnte also niemanden mehr überraschen. Ebensowenig überraschend war aber auch, daß die Staatsanwaltschaft gleichwohl beantragte, entgegen dem Gutachten von Prof. Cabanis die Hauptverhandlung fortzuführen und die Untersuchungshaft von Ilse fortzusetzen; in seinem 13-seitigem Antrag führte Staatsanwalt Rolfsmeyer den „Nachweiß", daß Ilse kerngesund sei: Sie habe in den letzten Verhandlungsmonaten nämlich mehrmals *„sachbezogene Zwischenrufe"* gemacht, viel geraucht, sich mit Prozeßzuschauern, Mitangeklagten und Verteidigern *„intensiv unterhalten"* und *„Zärtlichkeiten ausgetauscht"*! Das Cabanis-Gutachten beruhe *„anscheinend auf groben fehlerhaften Informationen"* — bös getäuscht haben Ilse und ihre Anwälte also den armen Professor, den „weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannten Gerichtspsychiater" („Berliner Morgenpost", 1.5.82).

Das Gericht reagierte mit einem Eiertanz: Die sofortige Haftentlassung Ilses wurde abgelehnt. Erst am nächsten Prozeßtag hob es dann sogar den Haftbefehl auf, vorbehaltlich der Entscheidung des Kammergerichts über die von der Staatsanwaltschaft angekündigte Beschwerde — was bei Aufhebung des Haftbefehls nach der Strafprozeßordnung nicht möglich ist. Die aufschiebende Wirkung wurde deshalb wenige Stunden später wieder aufgehoben und Ilse sofort entlassen. Außerdem wurde das Verfahren gegen Ilse abgetrennt, d.h. daß gegen sie irgendwann zum vierten Mal der Prozeß neu beginnen müßte. Um der staatsanwaltschaftlichen Beschwerde beim Kammergericht abzuhelfen, setzte das Gericht den Haftbefehl zwei Tage später wieder in Kraft und verfügte die Haftverschonung mit einer Reihe von Auflagen: Ilse muß einen festen Wohnsitz in Westberlin haben, die Personalpapiere zu den Akten geben, sich einer psychotherapeutischen Behandlung unterziehen, sich fünfmal in der Woche bei der Polizei melden und darf ohne Genehmigung des Gerichts Westberlin nicht verlassen. Außerdem müssen 20.000,- DM Kaution innerhalb von zwanzig Tagen gezahlt werden. Dies scheint nun der „Kompromiß" zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft zu sein. Ob das Verfahren gegen Ilse von dem gegen die übrigen Angeklagten abgetrennt bleibt, ist noch nicht sicher. Wenn Ilse innerhalb von 30 Tagen wenigstens stundenweise wieder verhandlungsfähig werden sollte, könnte der Prozeß auch gegen sie wieder fortgesetzt werden.

Mit der Freilassung Ilse Schwippers ist der Kampf um ihr Leben nicht zuende. Die Schmücker-Prozeß-Initiative braucht dringend Geld, um Ilse unterstützen zu können, um die Kaution zu zahlen und auch um die Öffentlichkeitsarbeit zum Schmücker-Prozeß fortsetzen zu können.

Spendenkonto: **Anke v. Gierke Pschkt. Nr.: 197449-100 PschA Berlin-West**

Kontaktadresse: Jens v. Wedel, Crellestraße 38, 1000 Berlin 62

Antirepressionskommission/ KB-Gruppe Westberlin



Ein rechtes Lehrstück — Verteidiger berichten über den Nürnberger „KOMM"-Prozeß

Die Strafverteidiger Ehrig, Kempf und Mäffert haben soeben im „konkret literatur verlag" eine Dokumentation über Ablauf und schließlich Aussetzung des Nürnberger „Komm"-Massenprozesses vorgelegt, die ein wahres Lehrstück über bundesdeutsche Rechtsstaatlicchkeit ist. Sie eignet sich vorzüglich für die Diskussion mit „fdGO"-Fetischisten und linken Sozialdemokraten.
Sie läßt sowohl die historischen als auch die politischen Dimensionen erkennen, die hinter diesem Prozeß stehen: Beseitigung demokratischer Beschränkungen der Staatsgewalt bei der Niederschlagung von Demonstrationen und Protesten der Bevölkerung.
Besonders interessant ist die Herausarbeitung der historischen Kontinuität des reaktionären Demonstrationsrechts — Strategen, die ihre Argumente heute wieder wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten nahezu unverändert auf die auch von den Nazis so hoch geschätzten Theorien der „Massenpsychologie" von Gustave Le Bon u.a. stützen. Des weiteren enthält das Buch alle einschlägigen Fakten und Hintergrundmaterialien zum Prozeß selbst sowie zur justizpolitischen Auseinandersetzung um den Prozeß und seine Einstellung.
Statt einer second-hand-Beschreibung lassen wir die Autoren mit ihrem Vorwort selbst zu Wort kommen.

»Wir haben jahrelang gewartet und das KOMM genau beobachtet. Und am 5. März haben wir geerntet sozusagen.«
Polizeihauptkommissar Walter Müller, Stellvertretender Leiter der Kripo Fürth

Die Ernte ist verhagelt.

Vom 3. bis zum 24. November 1981 verhandelte die 13. Große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth an acht Tagen gegen zehn von insgesamt 66 Angeklagten, denen die Staatsanwaltschaft Landfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch vorwirft, begangen in der Nacht vom 5. auf den 6. März 1981, als eine Demonstration vom Nürnberger Jugend- und Kommunikationszentrum KOMM durch die Nürnberger Altstadt und wieder zurück ins KOMM gezogen war. 168 Personen wurden Stunden nach dem Ende der Demonstration im KOMM festgenommen, 142 führte die Staatsanwaltschaft den fünf Haftrichtern vor. Gegen 141 Personen wurden Haftbefehle im Hektographierverfahren erlassen.
Gefangene im Alter zwischen 15 und 52 Jahren wurden so lange in Haft gehalten, bis sie vor dem Haftrichter Aussagen gemacht hatten; Untersuchungshaft bis zu zwei Wochen in den Haftanstalten Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Bamberg, Bayreuth, Amberg, Aichach, Kronach und München.
Am 16. Juni 1981 erhob die Staatsanwaltschaft 68 Anklagen in drei Blöcken. Die 7. und die 13. Strafkammer sowie die Jugendkammer des Landgerichts Nürnberg erhielten die Anklageschriften – identisch in dem, was vorgeworfen wurde –, um darüber zu entscheiden, ob die Anklage zur Verhandlung zugelassen werde. Die 13. Strafkammer ließ die Anklage gegen alle siebzehn Angeklagten zu und teilte sie in zwei Verfahren. Das Verfahren gegen zehn Angeklagte sollte den Auftakt aller KOMM-Verfahren bilden.
Am 16. Juni 1981 erhob die Staatsanwaltschaft 68 Anklagen in drei Blöcken. Die 7. und die 13. Strafkammer sowie die Jugendkammer des Landgerichts Nürnberg erhielten die Anklageschriften – identisch in dem, was vorgeworfen wurde –, um darüber zu entscheiden, ob die Anklage zur Verhandlung zugelassen werde. Die 13. Strafkammer ließ die Anklage gegen alle siebzehn Angeklagten zu und teilte sie in zwei Verfahren. Das Verfahren gegen zehn Angeklagte sollte den Auftakt aller KOMM-Verfahren bilden.
Am 25. 2. 1981 war in den »Nürnberger Nachrichten« ein Interview mit dem Polizeipräsidenten der Stadt erschienen:

»Herr Präsident, Ministerpräsident Strauß hat an Innenminister Tandler geschrieben, ›wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Welle der Gewalttätigkeit auch bei uns spürbar werden kann. Ich halte es daher für notwendig, daß Sie schon jetzt alle Maßnahmen ergreifen, damit sich solche Vorgänge nicht ereignen können‹. Unsere Frage: Haben Sie, Herr Präsident, vom Innenminister bereits entsprechende Anweisung erhalten? Wie schätzen Sie die Entwicklung für Nürnberg ein?
Kraus: Die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Innenministers sind mir natürlich bekannt. Sie werden ja auch in internen Mitteilungen bekanntgemacht.«

Nur einen Tag vor den nächtlichen Ereignissen in Nürnberg gab der bayerische Ministerpräsident Strauß in seiner Aschermittwochrede in Passau die Parole aus:

»Wir sind in Bayern von Hausbesetzungen größeren Umfangs bisher verschont geblieben … Und wir haben in Bamberg wie in Nürnberg und in München dafür gesorgt, daß den Chaoten keinerlei Auftrieb gelassen wird. Denn wenn man die ersten drei Hausbesetzungen hinnimmt, dann kann man sicher sein, daß innerhalb von 14 Tagen 50 und innerhalb eines weiteren Monats 100 Häuser besetzt sind wie in Berlin. Und dann werden diese Hausbesetzer häufig zu einem Kern neuer terroristischer Aktionen, neuer gewalttätiger Gruppen.
Ich kann in aller Höflichkeit, aber auch in aller Entschiedenheit, nur ein Wort der Warnung aussprechen: Wir haben das in Bayern nicht geduldet, wir dulden es nicht und wir werden es nicht dulden. Wir werden unserer Polizei jede Rückendeckung geben, die zur Erfüllung ihres Auftrages notwendig ist.«

Als das KOMM umstellt war und die Polizei die Auskunft gegeben hatte, die Eingeschlossenen würden zur Feststellung der Personalien ins Polizeipräsidium gebracht und danach wieder freigelassen, haben es sich zwei Staatsanwälte, an Ort und Stelle anwesend, anders ausgedacht, sich rückversichert und anders entschieden. Es sollte ein Exempel statuiert werden, ein Exempel für Berlin, damals vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, für Frankfurt und anderswo. Es sollte vorgeführt werden, daß Strafverfolgung wegen Landfriedensbruchs auch dann möglich sei, wenn man nicht jedem einzelnen Demonstranten einen Steinwurf nachweisen kann; daß deshalb auch eine ganze Demonstration verhaftet werden könne. Wir haben Großes vor, packen wir sie alle!
Durch extensive Auslegung der Gesetze sollte erreicht werden, was in mehreren parlamentarischen Anläufen zur Gesetzesänderung mißlang: das Demonstrationsstrafrecht auf den Stand von 1871 zurückzudrehen, wie es bis zur 3. Strafrechtsreform des Jahres 1970 gegolten hatte. Muß nach der geltenden Gesetzesfassung des § 125 Absatz 1 Strafgesetzbuch bei Teilnahme an einer Demonstration, in deren Verlauf es zu Gewalttätigkeiten kommt, dem einzelnen eine direkte Beteiligung an Tätlichkeiten nachgewiesen werden, so war dies in der von 1871 bis 1970 geltenden Fassung nicht notwendig. Es galt relativ uneingeschränkt das Prinzip »mitgehangen – mitgefangen«. Das bloße Verweilen in der »gewalttätigen Menschenmenge« wurde mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.
Das gesetzte Ziel war groß. Das Ergebnis polizeilicher Ermittlungen war klein. Manipulation bei den Ermittlungen und bei der Zusammenfassung dieser Ermittlungen zu einer Akte, die Gericht und Verteidigung vorzulegen war, sollte das Mißverhältnis zwischen gesetztem Ziel und den Tatsachen ausgleichen. Die Manipulation blieb nicht verborgen.
Nach acht Verhandlungstagen setzte das Landgericht Nürnberg am 24. November 1981 das Pilot-Verfahren aus. Die Aussetzung war der sichtbarste Ausdruck dafür, daß die Justiz im ersten Anlauf an der Größe des gesteckten Zieles gescheitert war. Ob das Ziel jetzt jemals noch erreicht werden kann? Der Vorsitzende der 13. Strafkammer, Hans Manger, sagte, als er die Akte schloß: »Ob und wann es weitergeht, weiß kein Mensch.« Das Gericht entschied, daß nachermittelt werden müsse und daß die Angeklagten danach Stellung nehmen können. Dann erst wird das Gericht erneut zu entscheiden haben, ob die Anklage zuzulassen, also in dem Sinne »schlüssig« ist, daß eine Verurteilung der Angeklagten erwartet werden kann.
An der Parteilichkeit des bayerischen Staatsministeriums der Justiz gibt es keinen Zweifel. Zwar getroffen, aber unverdrossen verfolgt es weiter das
ten Zieles gescheitert war. Ob das Ziel jetzt jemals noch erreicht werden kann? Der Vorsitzende der 13. Strafkammer, Hans Manger, sagte, als er die Akte schloß: »Ob und wann es weitergeht, weiß kein Mensch.« Das Gericht entschied, daß nachermittelt werden müsse und daß die Angeklagten danach Stellung nehmen können. Dann erst wird das Gericht erneut zu entscheiden haben, ob die Anklage zuzulassen, also in dem Sinne »schlüssig« ist, daß eine Verurteilung der Angeklagten erwartet werden kann.
An der Parteilichkeit des bayerischen Staatsministeriums der Justiz gibt es keinen Zweifel. Zwar getroffen, aber unverdrossen verfolgt es weiter das
gesteckte Ziel. Die Fernschreiber, die noch am 24. November 1981 den Zusammenbruch des Verfahrens mitteilten, waren kaum zur Ruhe gekommen, da wünschte sich Justizminister Hillermeier in einem Interview mit den »Nürnberger Nachrichten« ein Verfahren, »das wie viele tausend andere Prozesse lautlos abgewickelt werden kann«. Drei Wochen später erklärte die Stimme seines Herrn, Justizpressesprecher Dr. Kastner – befragt, wie es weitergehe – gegenüber der Presse: »Es bleibt alles beim alten.« Der Aktenmanipulation folgt der Versuch aus Ministerium und der Justiz selbst, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Nichts belegt mehr die Verfolgungswut höchster Stellen und die Furcht vor einer öffentlichen Meinung, die mit dem Wissen um die Tatsachen und Zusammenhänge zur Kritik befähigt ist und »Krach schlägt«. Bereits die Massenverhaftungen am 5. März 1981 sind in der ganzen Bundesrepublik und im Ausland auf breiten Protest gestoßen. Der Protest ging weit in die Reihen der Justiz selbst, und er wurde dort, was für die Justiz beispiellos ist, auch geäußert. Entsprechend groß war die Aufmerksamkeit, mit der die Öffentlichkeit und die Presse die Verhandlung im ersten KOMM-Prozeß verfolgte.
Wir, Verteidiger im ersten KOMM-Prozeß, haben dieses Buch geschrieben, weil wir den rechtlichen Ausgangspunkt der Anklage offenlegen, den Gang des Prozesses bis zu seiner Aussetzung für jeden nachvollziehbar machen und weil wir damit die ebenso berechtigte wie notwendige Kritik an solcher Justizpolitik unterstützen wollen. Daß es sich bei dem Aktendebakel der Staatsanwaltschaft um eine Panne, um ein Versehen der ermittelnden Beamten handeln solle, wollen die, die an einer Neuauflage des Prozesses interessiert sind, der Öffentlichkeit glauben machen. Wir wollen aufzeigen, daß die offizielle Sprachregelung von »Panne« und »Versehen« eine Geschichte von geringerem Wahrheitsgehalt als ein Märchen ist und daß die Indizien für eine absichtsvolle Manipulation schon heute erdrückend sind. Wir machen in diesem Buch aus unseren Überzeugungen keinen Hehl, sind aber auch sicher, daß die Tatsachen, die wir dokumentieren, sie tragen.

Januar 1982



Walpurgisnachtdemonstration 82 in Hamburg

WALPURGISNACHT

Auch in diesem Jahr demonstrierten in vielen Städten in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai, der Walpurgisnacht, Frauen gegen Gewalt. Die Demonstrationen waren in diesem Jahr einer noch stärkeren Kriminalisierung von Seiten der Staatsgewalt ausgesetzt als schon in den Jahren zuvor; massive Polizeipräsenz und brutale Übergriffe von Bullen und anderen Männern bestimmten in vielen Orten das Bild. Teilnehmerinnen aus einigen Städten berichten darüber.

Hamburg: Erobern wir uns die Walpurgisnacht zurück!

Einstmals war die Walpurgisnacht ein eher lustvolles Happening von Frauen. Mit viel Gekreische und Gejohle wurden Männer zur Seite gerückt, Sex-Shops zu erfreulichen Anblicken gemacht, Mauern verschönt. Frau war laut, frech und unangepaßt. All das, was sie sonst nicht auf der Straße sein kann und darf. Schon bald war das natürlich verschiedenen Herr-schaften ein Dorn im Auge. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Bullenüberfällen und -übergriffen, zum Teil mit Hunden.

Dieses Jahr jedoch wurde die traditionelle Demo schlichtweg durch eine Gewaltdemonstration der Bullen verhindert!

Bullen, „Bild" und Macker machen mobil

Eine Woche vorher war durch Plakate und (breit im Schanzenviertel verteilte) Flugblätter die Walpurgisnacht angekündigt worden. In diesem Viertel sollte sie stattfinden, *„weil die bedrohliche Verkiezung des Stadtteils uns Frauen schon lange stinkt"*. Sehr schnell verdichtetensich eine Reihe von Gerüchten zu Tatsachen: Offenbar ausgehend vom „Pickenpack", einer sau-teuren ekelhaften „Aufreißer"-Kneipe, begann sich ein Schlägertrupp zu formie-

schon lange stinkt". Sehr schnell verdichtetensich eine Reihe von Gerüchten zu Tatsachen: Offenbar ausgehend vom „Pickenpack", einer sau-teuren ekelhaften „Aufreißer"-Kneipe, begann sich ein Schlägertrupp zu formie-

ren. Verschiedene Kneipen wurden angesprochen, ob sie sich nicht auch an so einer „Schutztruppe" beteiligen wollten. Die Bullen halfen dabei gleich noch kräftig nach: Sie besuchten die Geschäfte im Schulterblatt und forderten sie auf, sich auf die Walpurgisnacht einzustellen.

In dieses eh schon recht aktive Treiben hinein blies dann am 27. April „Bild" zum Halali. Mit einem rührenden Artikel wurden die Untaten der Chaoten beschrieben: rote Farbe und eine kaputte Scheibe im „Pickenpack", ein demoliertes „Loretta", Buttersäure in der Disco „Bomber". *„Seit Monaten werden alle neuen Großkneipen im Schanzenviertel so terrorisiert"*, klagt Knut vom „Bomber" laut „Bild". Der Artikel endet: *„Im Schanzenleben haben die Chaoten für den 30. April zu einer Walpurgisnacht aufgerufen ... Die Polizei: Wenn es nötig ist, greifen wir ein"*.

Dagegen wirkt der „Mopo"-Artikel geradezu harmlos: Unter dem Foto einer barbusigen Frau mit Gesichtsmaske dummdreistes Geschwätz über Hexen: *„Also Achtung! Laut Überlieferung versammeln sich ... in der Walpurgisnacht die Hexen auf dem Blocksberg. Man schützt Haus, Stall und Felder gegen sie durch Kreuze, Maibüsche, Glockenläuten und Peitschenknallen ..."*

Der Gewaltapparat demonstriert in der Walpurgisnacht

Diese Reaktionäre und chauvinistische Mobilisierung führte natürlich zu reichlicher Unsicherheit und Angst bei vielen Frauen. Heftig wurde auch die Gewaltfrage diskutiert, z. B. ob denn mitgeführte Sprühdosen schon eine abzulehnende Provokation gegenüber den Bullen wären. Unterlassen wurde jedoch leider, all dies öffentlich zu machen. Schließlich einigte sich der Vorbereitungskreis auf einen festeren Demo-Zug, viele Fackeln, um ein geschlosseneres Bild abzugeben, und vorn und hinten etwas kräftigere Frauen.

Am 30. April abends trafen sich dann am Schanzenpark unerwartet viele Frauen, etwa 800 bis 1.000, bunt, laut, mit einigen Transparenten und Fahnen. Anfangs wurden auch die Aufrufflugblätter teilweise am Rand verteilt. Doch leider verging der Spaß sehr schnell: Von allen Seiten stürzten Bullentrupps an uns vorbei, immer mehr wurden es, bis schließlich der gesamte Zug vorn, hinten und an den Seiten mit zum Teil doppelten und dreifachen Bullenketten abgeriegelt war. Frau hatte zeitweise den Eindruck, keinen einzigen Schritt aus der Demo herausmachen zu können! Von Fotografen wurde ziemlich handgreiflich der Presseausweis verlangt, als sie das Haupttransparent aufnehmen wollten.

Derart von der Außenwelt abgeschirmt und fest unter ihrer Kontrolle, leiteten uns die Bullen am Schanzenviertel vorbei wieder zurück zur Weidenallee, wo im Künstlerhaus eine Frauenfete vorbereitet worden war. In der Walpurgisnacht per Bullengeleit zur Frauenfete regelrecht gezwungen

leiteten uns die Bullen am Schanzenviertel vorbei wieder zurück zur Weidenallee, wo im Künstlerhaus eine Frauenfete vorbereitet worden war. In der Walpurgisnacht per Bullengeleit zur Frauenfete regelrecht gezwungen

zu werden — etwas Perverseres kann frau sich kaum vorstellen. Die Feierstimmung wollte da auch nicht recht aufkommen. Eine andere Wahl blieb jedoch nicht. Eine Gruppe von Frauen probierte es nach einiger Zeit erneut — und wurde wieder von Bullen zum Künstlerhaus zurückgeleitet. Erst spät abends trafen sich in Altona mehrere Gruppen von Frauen und ließen noch etwas Walpurgisnacht-Stimmung aufkommen. Insgesamt jedoch blieben Frust und Ratlosigkeit.

Und wie nun weiter?

Walpurgisnacht, das ist die Nacht, in der Frauen für sich und gegen alle Einschränkungen, Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt von Männern, Bullen, Gerichten usw. nach draußen gehen, um sich die Straße, die Nacht zu erobern. Daß das berechtigt und notwendig ist, zeigt die reaktionäre und chauvinistische Mobilisierung in diesem Jahr schlaglichtartig! Aber wie können wir uns dieses Recht weiterhin nehmen, ohne uns einen ähnlichen Mißerfolg zu organisieren? Eine in der Nacht öfter geäußerte Meinung war: Von jetzt an sollten wir auf so große Zusammenkünfte verzichten, wir sollten uns dezentral in kleineren Grüppchen Aktionen ausdenken. Damit wäre auch die Bullenübermacht zersplittert und weniger gefährlich. Außerdem ist in einer kleinen Gruppe das Vorgehen leichter zu diskutieren. Die in der großen Masse vorhandenen Widersprüche (zum Verhalten gegenüber den Bullen z. B.) wären nicht so hinderlich. Frau könnte sich dann besser verwirklichen.

Hinter diesem Vorschlag steht die Auffassung von der Walpurgisnacht als Aktion hauptsächlich von und für die beteiligten Frauen selbst. Die öffentliche Wirkung nach außen bleibt dabei zweitrangig. Meiner Meinung nach geht dies aber genau in die falsche Richtung: Das Sich-zurückziehen auf kleine Grüppchen würde bedeuten, vor den Herr-schenden zurückzuweichen, ihnen kampflos das Feld zu überlassen. Das kleine, auch noch versprengte, Häufchen radikaler Frauen birgt einerseits keine ernsthafte Gefahr, ist andererseits auch noch leichter zu schlagen als jetzt schon. Stattdessen sollten wir selbst in die Offensive gehen: Der einzige Schutz kann überhaupt nur in breitester Öffentlichkeit liegen. Die Erfahrungen von diesem Jahr sollten für uns Anlaß sein, das Anliegen der Walpurgisnacht massivst in die anderen Teile der Frauenbewegung (die diesen Tag traditionell nicht unterstützen) hineinzutragen, aber auch in die Bevölkerung hinein. Dementsprechend sollte sich der Charakter der Walpurgisnacht noch weiter verschieben, hin zu einer öffentlichen Aktion und Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen, mit entsprechenden Veranstaltungen, Aktionen und Veröffentlichungen vorher. Und mit dem Versuch, andere Frauengruppen zur Unterstützung zu gewinnen, wobei den unterschiedlichen Einschätzungen durch verschiedenste Aktionsformen Rechnung getragen werden sollte. (Z. B. keinerlei gegenseitige Verpflichtungen, für oder gegen den 1.

pen zur Unterstützung zu gewinnen, wobei den unterschiedlichen Einschätzungen durch verschiedenste Aktionsformen Rechnung getragen werden sollte. (Z. B. keinerlei gegenseitige Verpflichtungen, für oder gegen den 1.

Mai aufzutreten, Freiheit der Propaganda und der Aktion neben den beschlossenen Gemeinsamkeiten.)

Dies bedeutet aber uch, daß die Teile der Frauenbewegung, die in den letzten Jahren, aufgrund berechtigter, zum Teil aber auch nicht mehr ganz stimmender Kritik die Diskussion um die Walpurgisnacht quasi abgeschlossen hatten, diese erneut aufnehmen sollten. Denn der Angriff auf die Walpurgisnacht ist ein Angriff gegen jede Frau, gegen unser aller Rechte!

Die traute Gemeinsamkeit von Bullen, „Bild" und organisierten Mackern werden wir sicherlich nicht zum letzten Mal erlebt haben!

Hei.,
Frauen-Antifa-Kommission

Frankfurt: Wird jetzt jede Frauendemo verboten?!

Die Walpurgisnachtdemo in Frankfurt wurde in diesem Jahr von Oberbürgermeister Wallmann verboten. Für diese Stadt ja nichts Ungewöhnliches: Fast jeder Demonstrationsanmelder in Frankfurt muß sich das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit erst vor dem Verwaltungsgericht erstreiten. Überraschenderweise hat jedoch diesmal das Verwaltungsgericht, das in bezug auf die Auslegung des Demonstrationsrechtes bekannterweise mit der Stadt im Clinch liegt — das Verbot der Stadt bestätigt. Begründung: Im letzten Jahr sei es auf der Walpurgisnachtdemo zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen.

Zu gewalttätigen Ausschreitungen kam es dann — im Gegensatz übrigens zum letzten Jahr, als lediglich einige rotgefärbte Tampons und Farbbeutel durch die Gegend flogen — dieses Jahr tatsächlich, allerdings ausgehend von der „anderen Seite": Nach der erlaubten Kundgebung auf dem Paulsplatz setzte ein massives Polizei-Aufgebot mit einer selbst für Anti-Startbahn-Demo-erfahrene Frauen erschreckenden Brutalität das Demonstrationsverbot gegen die ca. 1.000 Frauen durch. Der Demozug wurde von einer Straße in die nächste getrieben und zum Schluß regelrecht eingekesselt. Einzelnen Frauen, die ruhig auf dem Gehweg standen, wurden von knüppelschwingenden Bullen zwischen die Beine getreten und noch mit dem Knüppel eins hinterhergegeben. Einige Male mußten einzelne Polizisten ihre Kollegen körperlich davon abhalten, die Frauen noch mehr zu verprügeln.

Als später die Frauen sich in kleinen Gruppen auf den Weg zum Frauenfest begaben, teilweise durchs Bahnhofsviertel, das besonders „geschützt" wurde von dem Polizeiaufgebot, setzten Wasserwerfer hinterher und spritzten die Frauen auseinander. Manchmal folgte dem Wasserwerfer noch ein Knüppel- oder Chemical-Mace-Einsatz. Als sich einige Frauen aus einer völlig eingekesselten Situation heraus in einen Puff retteten (wo sie von Prostituierten solidarisch aufgenommen wurden), setzte ein Rollkommando

völlig eingekesselten Situation heraus in einen Puff retteten (wo sie von Prostituierten solidarisch aufgenommen wurden), setzte ein Rollkommando

hinterher und schmiß Frauen, die es noch erwischen konnte, die Treppe runter und schlug drauflos. Ebenfalls im Bahnhofsviertel wurde eine Frau von einem Zivilbeamten gezielt aus einer Gruppe herausgegriffen und festgenommen. Auf dem Weg zur Polizeiwache wurde sie von ihm im Auto mehrmals geschlagen und an den Haaren gezogen.

Und wir demonstrieren doch! Frauendemonstration gegen Staatsgewalt

Unter diesem Motto rufen 13 Frauengruppen (u. a. Frauen des Lesbenplenums, Frauenbuchladen, DFI, Deutsche Postgewerkschaft FA I, KB Frauengruppe, Frankfurter Frauenblatt) zu einer Demonstration gegen das Demo-Verbot und den brutalen Polizeieinsatz vom 30.4. auf. Die Demonstration soll am 15. Mai stattfinden, wurde jedoch skandalöserweise inzwischen ebenfalls verboten. Die Begründung, in der schon wieder „derselbe Teilnehmerinnenkreis" mit den „unfriedlichen Absichten" (wohlgemerkt: Selbst angesichts der ungeheuren Provokationen seitens der Polizei am 30.4. gab es, außer dem deutlich bekundeten Willen, gegen Gewalt gegen Frauen zu demonstrieren, keinerlei „Ausschreitungen", die von der Demo ausgingen) den Anlaß für das Verbot einer neuen Demo darstellt, läßt darauf schließen, daß künftig alle Frauendemos verboten werden sollen. Denn ob diese oder jene Frauengruppe die Demonstration anmeldet, ob dieses oder jenes frauenspezifische Thema das Motto der Demonstration ausmacht: Es sind tatsächlich immer F r a u e n, mit denen als Teilnehmer zu rechnen ist ...

KB/Frauengruppe Frankfurt

immer F r a u e n, mit denen als Teilnehmer zu rechnen ist ...

KB/Frauengruppe Frankfurt

Lübeck: Polizeigewalt gegen Frauen!

Dieses Jahr verlief die Walpurgisnacht anders als in den letzten zwei Jahren: Ca. 130 Frauen kamen zu der nächtlichen Fackeldemo, die mit Parolen wie „Frauen kämpfen bis zum Sieg gegen Vergewaltigung und Krieg" oder „Vergewaltigung ist Folter, Schwanz ab, da rollt er" sehr powervoll verlief.

Schon vor dem Abmarsch formierten sich ca. 25 Bullen links und rechts des Demozuges (für Lübecker Verhältnisse ungewöhnlich viel) und zwangen uns Frauen ihr Tempo und ihre Route auf.

Während in den letzten Jahren Bullen die aggressiven Passanten eher von uns fernhielten, taten sie sich diesmal mit ihnen zusammen und sorgten dafür, daß wir uns gegen Anmache, wie meistens, nur verbal wehren konnten. Sprüchen wie „Euch möcht' ich mal richtig durchbumsen" und „Heil Hitler" fielen von Seiten der Männer immer wieder. Die Bullen versprachen uns: „Nachher werdet ihr noch genug laufen können".

Wie in jedem Jahr sollte ein kleines Feuer auf dem Markt stattfinden, um das wir nach alter Hexentradition tanzen wollten. Schon als wir auf den Markt kamen, rollten zu unserem Erstaunen aus allen Ecken Mannschaftswagen an. Gegen die Frau, die die Demo angemeldet hatte, versuchte Mann Anzeige zu erstatten, weil angeblich die Ordner nicht kenntlich gemacht wurden.

Als ein kleines Feuer brannte, durchbrachen die Bullen den Kreis tanzender Frauen, um zu löschen, indem ie zwei Frauen brutal auseinanderrissen. Als eine von ihnen sich verbal wehrte, wurde sie festgenommen und mit ihr noch eine andere Frau. Es entwickelten sich blitzschnell wilde Rangeleien, bei denen viele Frauen freigekämpft werden konnten, die ebenfalls in Bullengewalt waren. Zirka zehn Frauen wurden dabei verletzt.

Auf der Wache ging die Provokation weiter: Als eine Frau mit „Frau" und nicht mit „Mädchen" angeredet werden wollte, bekam sie zur Antwort, sie sei doch keine Frau, sondern ein Hampelmann.

Dieses Beispiel zeigt uns wieder einmal, daß heute selbst eine kleine (und von Seiten der Teilnehmerinnen gewaltlose) Demo nicht mehr geduldet wird. Wir meinen, daß das in der gesamten BRD gewaltsame Vorgehen gegen Frauen in der Walpurgisnacht ein weiterer Versuch ist, die Frauen wieder in ihre traditionelle Rolle zurückzudrängen, aus der heraus sie kaum Widerstand leisten können.

Frauen aus Lübeck

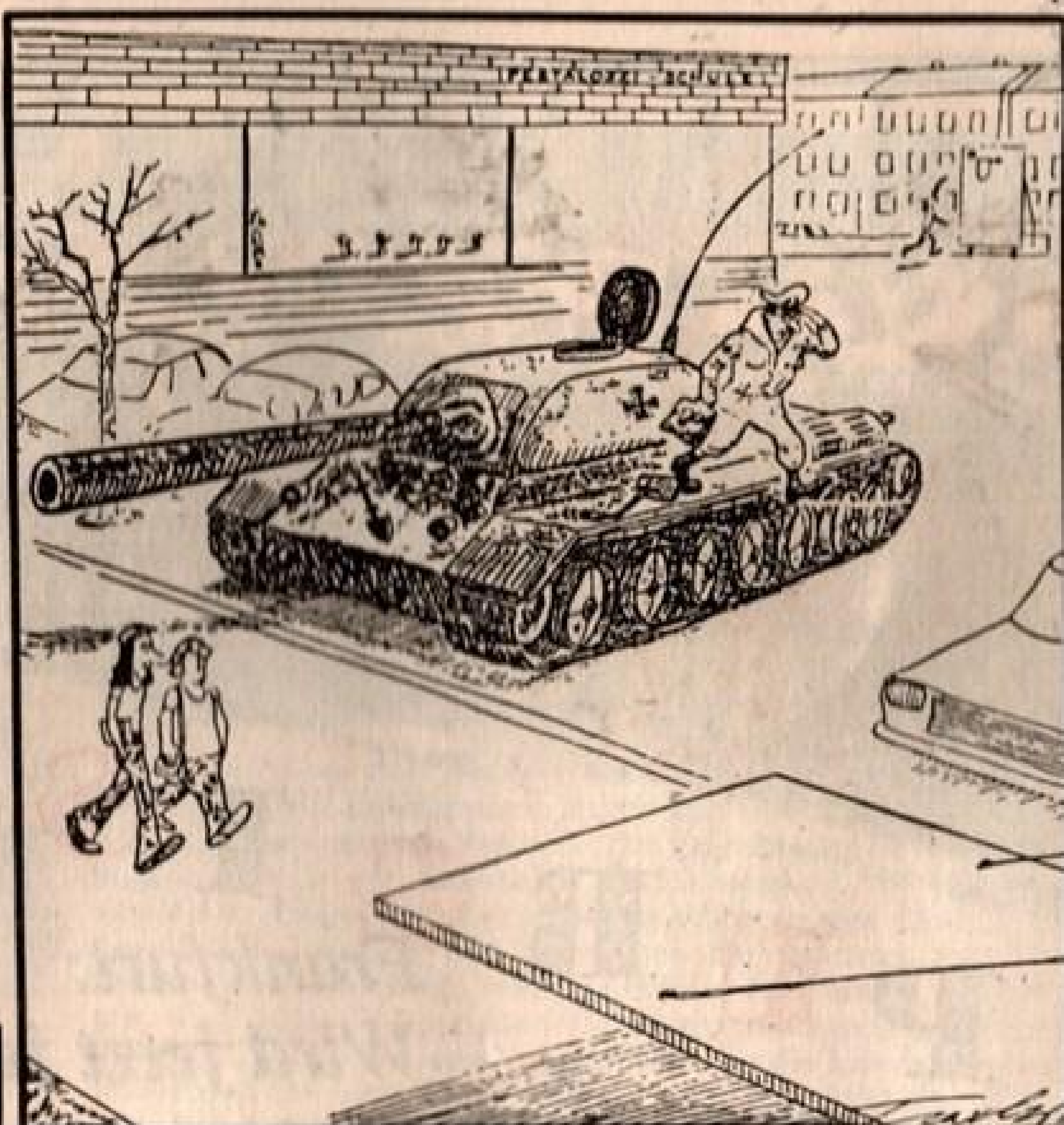
Hannover:

Auch in Hannover hinderte die Polizei die Frauen daran, sich „die Nacht zurückzuerobern": durch Drängeleien, willkürliche Festnahmen, Chemical Mace-Einsatz und Beschlagnahme des Megaphons. Schließlich machten sie den Frauen einen gemeinsamen Abzug zum Frauenfest in der Kornstraße unmöglich.

Zitat eines Polizisten (nach „taz", 3.5.82): *„Ob die Walpurgisnacht angemeldet worden wäre oder nicht, ist egal, wir hätten sie trotzdem aufgelöst. Das ist die Rache für die Frauendemo im letzten Jahr"*.

Verweigert Krieg, Gewehr Verweigert Waffentragen Ihr müßt schon etwas wagen Verweigert's Militär

Boris Vian (Strophe aus: ,,Der Deserteur)



Wehrkunde-Konzeptionen im Bildungsbereich der Schule: Aufbau und Umsetzung

Teil 1

Im September 1981 wurde vorzeitig durch eine „Indiskretion" ein Entwurf der beiden CDU-Kultusminister Mayer-Vorfeld und Gölter zum Thema „Bundeswehr und Friedenssicherung im Unterricht" bekannt, der auf Veranlassung von Kriegsminister Apel eine stärkere Verankerung des Themas „Bundeswehr" im Unterricht gewährleisten soll.

Vorausgegangen war dem Entwurf eine noch anhaltende Kampagne, in deren Rahmen die Wehrunwilligkeit größerer Teile der Jugend bejammert und wirksame Gegenmaßnahmen gefordert wurden. Diese Kampagne ist als eine Reaktion auf die wachsende Friedensbewegung zu werten, als ein Versuch, über die Schulen in eine propagandistische Gegenoffensive zu gehen und so die für einen Krieg notwendige „Wehrbereitschaft" in die Einsicht des „verteidigungs- und sicherheitspolitischen" Offensivauftrages der Bundeswehr im Rahmen der NATO (wieder-)herzustellen — wie hierzulande die Militaristen und Herrschenden gerne ihre Eroberungs- und Neuaufteilungsinteressen verpacken. Der Versuch der Militaristen, Einfluß auf die Schule, auf den Bildungsbereich zu bekommen, ist beileibe nicht neu. Schon Anfang der siebziger Jahre gab es ähnliche Bemühungen, die allerdings nicht so erfolgreich waren. Und die ersten Erlasse der Kultusminister zur pfleglichen Behandlung des Themas datieren in die 50er Jahre! (siehe dazu Tabelle der Erlasse).

Aber dieser Entwurf von Mayer-Vorfeld und Gölter, dem entsprechendes von den SPD-Kultusministern Krollmann und Giergensohn folgte, stellt insofern eine erhebliche Verschärfung dar, als hiermit von den regional sehr unterschiedlichen, teilweise „Kann-Erlassen" mit Hinzuziehung von KdV'lern (in 6 Bundesländern), nun eine e i n h e i t l i c h e und b u n d e s w e i t e Regelung angestrebt wird, die zudem bis ins Detail methodische und didaktische Vorstellungen vorschreibt und eine Hinzuziehung von KdV'lern (CDU-Papier) nicht vorsieht. Und — obwohl es hierzulande angeblich keine Wehrkunde wie in der DDR gibt, hat der Unterricht das verordnete Ziel, den Schüler/innen die Notwendigkeit der Bundeswehr „einsichtig zu machen": Die strammen Befürworter erhalten ihren notenmäßigen Bonus, die anderen werden dann vielleicht ihre Prüfung nicht bestanden haben, weil ihnen „der verteidigungspolitische Auftrag der Bundeswehr" nicht einsichtig zu machen war: in Bayern bereits geschehen.

In dieser Untersuchung wollen wir im ersten Teil die Geschichte der Wehrkunde in der BRD von 1956 bis heute — soweit uns zugänglich — nachzeichnen, und im zweiten Teil den systematisch gestrafften und auf seinen „politischen Bildungsauftrag" hin effektivierten Propagandaapparat mit seinem Paradepferd, dem Jugendoffizier („Atomsprengkopf in nationaler Verfügungsgewalt") darstellen sowie Versuche der Einflußnahme der Militaristen an den Schulen beschreiben.

Eine kurze Anmerkung ist notwendig: Jugendoffiziere und Wehrkunde sind nur e i n e Front des Versuchs der Militarisierung der Jugend: zu nennen sind das nun schon längere Zeit stattfindende Roll back im bildungspolitischen und pädagogischen Bereich („Mut zur Erziehung", „den Kindern ihre Grenzen zeigen", „gegen den Liberalismus an den Schulen", „gegen die Experimente", „Darstellung der deutschen Grenzen in den Schulbüchern", „Eliteausbildung — Begabtenförderung", „Freund-Feind"-Propaganda in Schulbüchern z.B. Geschichts-, Soziallehre-Büchern usw.), um nur ein paar Stichworte zu sagen. Das alltägliche Säbelgerassel in den Medien, der enorme Aufschwung militaristischer Computer-Kriegs-„Spielzeuge", sogenannter „nur"-Science-Fiction-Filme, die den 3. Weltkrieg vorwegnehmen, (oder anderer Spiele, wie z.B. „'Risiko' ... Länder erobern ...") die Repressionen gegen Antimilitaristen, radikale Demokraten (Berufsverbote, Schikane gegen KdV'ler), die Aussetzung demokratischer Rechte, Rassismus, sind andere wirksame Fronten.

Diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Perspektiv- und Zukunftslosigkeit der Jugend (Jugendarbeitslosigkeit usw.) bildet ein nicht ungünstiges Klima für ein militaristisches Bewußtsein. Die KdV'ler machen einen relativ geringen Prozentsatz bei den insgesamt Wehrpflichtigen aus und kommen in der Regel von Gymnasien u.ä.; ein großer

sind andere wirksame Fronten.

Diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Perspektiv- und Zukunftslosigkeit der Jugend (Jugendarbeitslosigkeit usw.) bildet ein nicht ungünstiges Klima für ein militaristisches Bewußtsein. Die KdV'ler machen einen relativ geringen Prozentsatz bei den insgesamt Wehrpflichtigen aus und kommen in der Regel von Gymnasien u.ä.; ein großer

Teil der Jugend sieht in der Bundeswehr eine (wie auch immer geartete) Notwendigkeit. Und der Einsatz hochqualifizierter Propagandaoffiziere, die Jeans und „Haartracht bis an die Grenze des Erlaubten" tragen, gegen eine relativ kleine Zahl von Widerspenstigen ist im wesentlichen als ein politischer, ideologischer Überzeugungs- und Abwehrkampf zu sehen, gegen diesen Stachel, der das System auf diese und jene Art oder absolut und Frage stellt.

Natürlich geht es auch um die Selektion und den Aufbau von treu dienenden Führungskadern, sowohl im militärischen als auch im politischen und ökonomischen Bereich. (Die Herrschenden diskutieren ja heute schon ganz offen, warum das Schulsystem z.B. nicht nach dem Muster der „Siemens-Schule" u.a. zu organisieren sei). Und es geht auch, im Zusammenhang mit dem geplanten Kultusministerkonferenz-Erlaß, um die tagtägliche Probe, wie weit militarist heute wieder gehen kann und wo die Grenzen sind, die es zu durchbrechen gilt. Freilich — das Problem der Herrschenden ist und bleibt es hoffentlich möglichst lange — wie sich diese Pläne durchsetzen lassen.

Ein Genosse aus Freiburg und Kinderkommission KB/Hamburg

„Vom künftigen deutschen Soldaten..."

Im Jahre 1956 — noch bevor am 7. Juli im Bundestag das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht beschlossen wurde — begannen die Versuche der Bundeswehr, an den Schulen Fuß zu fassen.

Freilich waren diese ersten Aktivitäten noch ganz von der Notwendigkeit bestimmt, Nachwuchs für die wiederentstandene Armee zu werben. Von ,,politischer Bildung'' war damals noch nicht die Rede.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt, Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung brachten es mit sich, daß die ,,freie Wirtschaft'' und die Bundeswehr gleichermaßen um die jungen Leute warben. Ja, zeitweilig waren die Unternehmerverbände von der zügigen Aufstellung einer 500.000-Mann-Streitmacht gar nicht so begeistert. (es würde ,,*dankbar begrüßt werden, wenn eine Änderung der Rüstungsplanung es der Großindustrie gestattete, 100.000 oder 200.000 junge Arbeiter mehr zu behalten*'', so schrieb damals das ,,Handelsblatt'' (1)).

Nachwuchswerbung war also das Gebot der Stunde — kein leichtes Geschäft, wie folgender Bericht des ,,Spiegel'' deutlich macht: ,,*Am Montag, dem 25. Juni, pünktlich um acht Uhr morgens, erschienen die Bundeswehr-Obersten Fritz Übelhack, Chef des Stabes im Wehrbereich VI, Bayern, und Erich Rathmann, Leiter der Annahmestelle für Freiwillige, im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ... und wünschten den Kultusminister, Professor August Rucker* *nahmestelle für Freiwillige, im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ... und wünschten den Kultusminister, Professor August Rucker* *oder seinen Stellvertreter Hans Meinzolt zu sprechen. Staatssekretär Meinzolt ... war von seinem Minister mitgeteilt worden, das Kultusministerium müsse eine Werbeaktion für die Bundeswehr in Bayerns höheren Schulen die Wege ebnen. Bayerische Bedenken gegen eine solche Aktion waren in einem Gespräch ausgeräumt worden, das kurz zuvor Bundesverteidigungsminister Blank mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundesrat, dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner (SPD) gehabt hatte*'' (2). In diesem Gespräch war vereinbart worden, daß Bayerns Primaner als erste von Offizieren der Bundeswehr über die Vorteile einer Offizierskarriere unterrichtet werden sollen, wofür Hoegner auch im bayerischen Kabinett plädierte: ,,*Nachdem wir diese Wehrmacht haben, wird nichts anderes übrig bleiben, als sie mal zu Wort kommen zu lassen*'' (2).

Oberst Fritz Übelhack und der Leiter der Annahmestelle für Freiwillige, Rathmann, wollten nun die Einzelheiten vereinbaren. ,,*Die Verhandlungen begannen mit der Bemerkung des Obersten, nach Bonner Anweisung müßten sie spätestens bis mittags 12 Uhr die Richtlinien für die Offizierswerbung erhalten haben, die das bayerische Kultusministerium für die rund 160 höheren Knabenschulen des Landes aufzustellen gedenke. Noch am selben Tage, so beteuerte Oberst Übelhack ... sollten 62 Bundeswehroffiziere vom Obersten bis hinab zum Hauptmann in die bayerischen Schulorte eilen*'' (2).

Von Staatssekretär Meinzolt wurde empfohlen, die ganze Aktion als Berufsberatung zu deklarieren; die stehe aber den Arbeitsämtern zu. Da die Abiturienten bereits vor ihren mündlichen Prüfungen standen, über die Arbeitsämter aber so schnell nichts zu erreichen war, wurde eine Entschließung vereinbart, die sämtliche Direktoren der höheren Knabenschulen am 25. Juni 1956 zuging: ,,*Das Bundesministerium für Verteidigung beabsichtigt, noch in dieser Woche in allen in Frage kommenden höheren Schulen, an denen Reifeprüfungen abgelegt werden, Aufklärungslehrgänge über die Berufslaufbahn des aktiven Offiziers durchzuführen ... Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist damit einverstanden, daß die Schüler der achten und neunten Klasse an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Die Teilnahme ist freiwillig*'' (2).

Bereits am nächsten Tag meldeten sich 62 Offiziere bei 31 Direktoren bayerischer höherer Lehranstalten mit Broschüren ,,Vom künftigen deutschen Soldaten'', ,,Vom künftigen deutschen Offizier,, und den ,,Laufbahnvorschriften''. Der ,,Spiegel'' berichtet weiter: ,,*In Vorträgen vor den Primanern — die im Münchner Max-Gymnasium dem Major Jesseler einen Totenschädel mit Papierhelm auf das Rednerpult stellten — erläuterten die Offiziere, das neue deutsche Heer lehne Männer ab, die nur eine Versorgung suchten. Viel Geld sei nicht zu verdienen. Die Bundeswehr maße sich nicht an, eine 'Schule der Nation' werden zu wollen. Politischen Fragen mußten die Herren auf Bonner Anweisung hin freundlich, aber bestimmt aus dem Wege gehen, 'solange sie auf dem neutralen Boden der Schule standen'. In mehreren Fällen jedoch gelang es aber der Eloquenz einiger Obersten, die lauschenden Primaner nach dem offiziellen Teil vom 'neutralen Boden der Schule' wegzulocken und andernorts die Diskussion fortzusetzen. Stets wurden die Offiziere gefragt, wie es um die Befehlsgewalt stehe, und stets hatten die Offiziere zu antworten, der Soldat sei ermächtigt, einen Befehl nicht auszuführen, wenn er an der Rechtmäßigkeit des Befohlenen zweifele. Selbstverständlich müsse der Soldat das Risiko, einen Befehl zu verweigern, selbst tragen*'' (2).

Aufgrund der damals starken antimilitaristischen Einstellung des überwiegenden Teils der Bevölkerung beschränkte sich die Bundeswehr in diesem ersten Versuch der Wehrpropaganda an den Schulen streng auf eine ,,reine'' Nachwuchswerbung. Werbemajoren wurde verboten, den politischen Auftrag der Bundeswehr offensiv an Schulen zu vertreten — im Gegensatz zur heutigen Praxis. Aber selbst derart ,,bescheidene Bemühungen'' stießen auf Widerstand. Der Münchner Stadtrat debattierte nach Abschluß der Werbeaktion über die Frage, wie man künftig derartige ,,Sonderaktionen'' verhindern könne. Einstimmig wurde das Kultusministerium aufgefordert, derartige Aktionen nur noch über die Berufsberatung abzuwickeln. Der damalige Kultusminister Rucker entsprach diesem Beschluß mit einer eilig gefertigten Verfügung.

Abbau des 'diffusen Staatsgefühls' der Jugend...

Da der Einsatz der ,,Werbemajore'' zudem noch sein eigentliches Ziel, die Werbung von Offiziersanwärtern, verfehlt hatte — von 7.500 Abiturienten ließen sich gerade 54 die Bewerbungs-Fragebögen aushändigen — kündigte auch das Bundesverteidigungsministerium den Verzicht auf solche Veranstaltungen an.

Aufgrund dieser Erfahrungen gab das Verteidigungsministerium Ende 1957 eine ,,psychologische Studie von Abiturienten zum Zwecke der Offizierswerbung'' in Auftrag, die zum ersten Mal die Konzeption des Jugendoffiziers als zentraler Träger jugendbezogener Propagandaarbeit entwickelte.

Den Abiturienten wird zwar ,,*tiefer sittlicher Ernst*'', ,,*Wunsch nach Pflichterfüllung*'' und ,,*Bindung an Gott und bleibende Werte*'' bescheinigt, doch bedauernd konstatiert: ,,*...daß das Gefühl, daß Verteidigung auch sie selbst betreffe, und, bedingt durch die Nachkriegsdiskriminierung* (sic!), *das Vertrauen in den Offizier als Person und Persönlichkeit*'' offensichtlich fehle (3). Zwei prinzipielle Voraussetzungen, nach denen auch heute noch gearbeitet wird, wurden empfohlen: ,,*Erstens die Kenntnis der inneren Verfassung derer, die angesprochen werden sollen; zweitens die Kenntnis der Mittel und Wege, durch die die Jugendlichen für die gewünschten Ziele gewonnen werden können*''. *Deshalb wurden bereits damals eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen: Besondere Offiziere sollen* ,,*mit psychologisch-pädagogischen Fragen in Kurzlehrgängen vertraut gemacht werden*'' (5). Denn ,,*die größte Werbechance*'' liege ,,*nach wie vor in der persönlichen Begegnung zwischen Offizieren und Jugendlichen*'' (6).

Gleichzeitig hebt die Studie aber auch schon auf weitergehende Ziele als lediglich Nachwuchswerbung ab. Es sei eine lohnende Aufgabe, das ,,*diffuse Staatsgefühl*'' und das ,,*passive Verhalten zur Bundesrepublik*'' abzubauen, vor allem mit dem Argument, daß Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat dem Feind im Osten diene.

Angesprochen werden sollen Jugendliche überhaupt, denn ,,*jeder junge Deutsche ist potentieller Soldat, und Öffentlichkeit wird* (für die Bundeswehr, d. Verf.) *primär als Öffentlichkeit für den militärischen Nachwuchs angesehen*'' (7)

Im März 1958 schrieb die mit der Werbung beauftragte Abteilung Fü B VII 1 im Verteidigungsministerium an den damaligen Generalinspektor Heusinger: ,,*Es will aber scheinen, daß mit den bisherigen Maßnahmen allein der große Bedarf an ungedienten Freiwilligen, besonders an Offizieren auf Zeit, nicht gedeckt werden kann. Mit der Jugend muß auf jede Art und Weise Kontakt hergestellt werden ... um staatsbürgerliches Bewußtsein zu fördern und Wehrbereitschaft und Wehrwillen zu steigern...*'' (48).

Ebenso wie in der bereits angeführten Studie gefordert, sollen Offiziere — ,,Fähnrichsoffiziere, sonstige im Umgang mit der Jugend geschulte Offiziere, Offiziersanwärter und besonders befähigte Unteroffiziere'' (9) — in ,,Fähnrichsoffiziere, sonstige im Umgang mit der Jugend geschulte Offiziere, Offiziersanwärter und besonders befähigte Unteroffiziere'' (9) — in ,,*Kurzlehrgängen zu Offizieren für die Jugendarbeit ausgebildet werden*''. Daraufhin befahl Heusinger am 8. September 1958, ,,*Wehraufklärung und Freiwilligen-Werbung durch systematische praktische Jugendarbeit zu intensivieren*'' (10). Er ordnete an, ,,*bis zum Frühjahr 1959 zwölf Lehrgänge zur Einweisung junger geeigneter Offiziere*'' durchzuführen.

Wehrunterricht als „Staatsbürgerliche Erziehung"

Die ,,Standardlehrpläne'' für diese Ausbildung sahen damals ein einwöchiges Ausbildungsprogramm vor: Ein Sozialpädagoge zur ,,Situation der Jugend heute'' usw. (s. dazu Kasten ,,Ausbildung der Jugendoffiziere''). Auch Unteroffiziere erhielten eine ähnliche Ausbildung (11).

Am 27.4.1959 verkündete ein weiterer Befehl Heusingers die Schaffung eines ,,*hauptamtlichen Jugendoffizieres für jede der zwölf Bundeswehrdivisionen ..., der ausschließlich für die Aufgaben der Nachwuchswerbung einzusetzen ist*'' (12).

In der Bundeswehr war noch umstritten, welche Aufgabe der Jugendoffizier haben sollte. In einer längeren Arbeit über Jugendoffiziere (13) wird der Widerspruch zwischen ,,Nachwuchswerbung'' und ,,Staatsbürgerlicher Bildung'' im Auftrag des Jugendoffiziers als ,,Kampf zweier Linien'' innerhalb der Bundeswehr dargestellt, in dessen Verlauf sich die zweite Konzeption durchgesetzt habe. Es verhält sich aber

eher so, daß sich beide ,,Aufträge'' hervorragend ergänzen und eigentlich nicht zu trennen sind, wie es die Verantwortlichen selbst einschätzen: ,,...*Von erfolgreichen Einsätzen der Jugendoffiziere geht natürlich zumindest indirekt auch eine Werbung aus. Aber auch die Freiwilligenwerbung, die der Deckung des Personalbedarfs der Streitkräfte dient, ist letztlich ein Instrument der Inneren Führung*'' (14). Dieser Disput ist nicht ganz unwesentlich, spricht die Bundeswehr doch immer davon, daß die Jugendoffiziere lediglich ,,Informationen geben würden, gegenüber der berechtigten Einschätzung, daß hier per se von ihnen offen oder versteckt, oder allein durch ihre Anwesenheit in der Schule ,,Wehrkunde'' betrieben wird; ein Vorwurf, der bis heute entschieden bestritten wird.

Darüber hinaus gelang der Bundeswehr erst mit der Vorgabe eines ,,bildungspolitischen Auftrags'' der wirkliche Zugang zu den Schulen.

In diese Richtung zielen bereits eine Reihe von Maßnahmen, die in dem Befehl zur Schaffung des hauptamtlichen Jugendoffiziers empfohlen werden:
— mit dem ,,Besuch des Divisionskommandeurs beim Schulleiter'' oder der ,,Einladung der Lehrerschaft ins Offizierskorps'' und einer ,,Aussprache über gemeinsame Probleme der Erziehung'' will man sich des Wohlwollens wichtiger Erziehungspersonen (,,Multiplikatoren'') versichern (15). (Siehe dazu auch Diagramm 1, das die vielschichtigen Verzweigungen zwischen Lehrkörper und Bundeswehr ansatzweise darstellt).
— Vorgesehen sind in dem Befehl auch die ,,Teilnahme (Jugendlicher) am täglichen Dienst'' und die ,,Betreuung von Sommerlagern'' durch Jugendoffiziere (16).

Denn ,,*die Erziehung zu Härte und Selbstzucht ist ja schließlich nicht nur ein Postulat militärischer Erziehung, sondern der Jugenderziehung überhaupt*'', so General Heusinger in einem Interview (17).

Im Zusammenhang mit der Schaffung des ,,Hauptamtlichen Jugendoffiziers'' wurde auch der Etat ,,Nachwuchswerbung'' verdoppelt. Und noch im selben Jahr trafen Vertreter von Bundeswehr und Kultusministerien zu einer Tagung zusammen: Unter der Parole ,,Staatsbürgerliche Erziehung'' wurde die Arbeit der Bundeswehr in den Schulen auch auf seiten der Kultusbehörden verbindlich geregelt. Auf dieser Tagung grenzte die Bundeswehr endgültig den Auftrag des Jugendoffiziers als ,,Öffentlichkeitsarbeit'' gegenüber reiner ,,Nachwuchswerbung'' ab. ,,Kriegslist'' — so wurde dieses Vorgehen später von dem Leiter des für Jugendoffiziere verantwortlichen Referats 2 im Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums, D. Graf Schwenitz, genannt (18).

Diese ,,Kriegslist'' hatte Erfolg: Ergebnis der Tagung war schließlich eine gemeinsam verabschiedete ,,Empfehlung''; dahinter verbargen sich sehr weitgehende Maßnahmen, die die jetzigen Verschärfungen der Wehrkunde-Praxis theoretisch schon teilweise vorwegnahmen.

Da ist neben ,,bewährten'' Maßnahmen die Rede von ,,*der Aufstellung von Kontaktleuten unter der Lehrer-*

wegnahmen.

Da ist neben ,,bewährten'' Maßnahmen die Rede von ,,*der Aufstellung von Kontaktleuten unter der Lehrer-**schaft...*'', von der ,,*Teilnahme von Lehrern am staatsbürgerlichen Unterricht der Truppe*, (d.h.) *Übernahme von Referaten durch Lehrer beim staatsbürgerlichen Unterricht in den Kompanien und vor dem Offizierskorps*'' (19).

Auch die Beteiligung von Lehrern an (internen Bundeswehr-) ,,*Fortbildungskursen zur staatsbürgerlichen Bildung würde auf seiten der Bundeswehr auf keine Schwierigkeiten stoßen*''.

Die ersten Kontaktgespräche zur Anbahnung der Zusammenarbeit auf Landesebene sollten deshalb auf ,,*neutralem Boden stattfinden, da eine Initiative auf dem Verordnungswege Anlaß zu Mißdeutungen bieten könnte*'' (20). Man war sich in der Bundeswehr sehr wohl darüber im Klaren, daß diese ,,Empfehlungen'' Maximalforderungen waren, die sich nur schrittweise durchsetzen lassen würden, und sicherlich dürfte auch die alte Kaufmannsweisheit eine Rolle gespielt haben, die da heißt: ,,mindestens doppelt soviel fordern, um das Mindeste von dem zu bekommen, was man haben will''. Gleichzeitig dürften diese ,,Empfehlungen'' auch eine Art Testballon gewesen sein, um zu prüfen, wie weit man bereits gehen konnte. Die ,,Empfehlungen'' waren bis dahin der weitgehendste Versuch, das Bildungswesen zu militarisieren.

Daß diese Pläne nicht unumstritten hingenommen wurden, mögen zwei Beispiele deutlich machen:

1958 wurde vom Direktor des Kölner Apostelgymnasiums ein Artikel aus der Schülerzeitung ,,Saphir'' entfernt, der sich kritisch mit dem Stil der Bundeswehr auseinandersetzte. Der Autor wurde seines Chefredakteurpostens enthoben (21).

1960 wurde ein 44jähriger Volksschullehrer versetzt, weil er in einer Zeitung ein fiktives Gespräch zwischen dem damaligen Verteidigungsminister Strauß und dem bayerischen Kardinal Wendel veröffentlicht hatte (22).

,,Wir leben in einer umfassenden Kulturkrise...''

Eine Zeitlang konnten die Jugendoffiziere trotzdem ohne große Probleme ihrem Auftrag nachkommen: Disziplinierung an den Schulen und Staatsbürgerkundeunterricht, der den Schülern die Pflichten und Tugenden des braven Staatsbürgers einpaukte, sorgten für relative Ruhe. Auch ließ — bedingt durch die sich ankündigende Wirtschaftskrise Mitte der sechziger Jahre — der arbeitsmarktbedingte Mangel an jungen Wehrpflichtigen nach, die für eine Karriere als Berufssoldaten in Frage kamen. Mitte der 60er Jahre begannen große Teile der Jugendlichen, den gesellschaftlichen Konsens des CDU-Staates in Frage zu stellen. Mit der Großen Koalition deutete sich auch auf der politisch-parlamentarischen Ebene eine Kräfteverschiebung an. Angesichts des Vietnam-Krieges entstand eine neue, breite antiimperialistische und antimilitaristische Bewegung, in deren Verlauf die Bildungsinstitutionen und das gesamte System in Frage gestellt wurden.

,,*Die Unruhe in der heutigen Gesellschaft, die sich zunehmend anschickt, staatliche Autoritäten in Frage zu stellen, hat vor den Kasernen ... nicht halt gemacht. Der 'lange Marsch durch die Institutionen' hat auch die Streitkräfte erreicht. Auftrag und Funktion, Berufsbild und Selbstverständnis des Soldaten sowie Sinn und Zweck des militärischen Dienstes werden von einer kritischen Generation, die diesen Staat nicht für immer für sich als verbindlich anerkennen will, mehr und mehr in Zweifel gezogen*''.

So der Wehrbeauftragte Hoogen 1969 im Vorwort zu einem Buch mit dem bezeichnenden Titel ,,Der Soldat zwischen revoltierender Jugend und Establishment'' (23).

Der damalige Kriegsminister Schröder forderte 1969 im Bundestag, in den Schulen sollten mehr ,,Informationen über Fragen der Landesverteidigung'' vermittelt werden. Trotz der zuvor geschilderten Initiativen zur Militarisierung der Schulen schien dieser Appell offensichtlich notwendig — das Konzept, das ja auch umgesetzt sein wollte, schien nicht befriedigend zu greifen.

Die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer war 1963 von 3.319 (Anteil der Soldaten: 217) auf 19.363 (Anteil der Soldaten: 3.198) 1970 gestiegen. (Siehe auch Tabelle Nr. 1, andere Zahlen sprechen von über 20.000 KdV-lern).

Diese Entwicklung führte zu einer breiten Kampagne von Offizieren, Journalisten sowie Politikern aus dem Umfeld der Bundeswehr, die in ,,alarmierenden'' Beispielen das Bild einer desinformierten, wehrunwilligen und der Agitation bundeswehrfeindlicher Gruppen hilflos ausgelieferten Jugend zu vermitteln versuchten.

Man kann in diesem Zusammenhang von einer Wehrkunde-Lobby sprechen, die sich um halboffizielle Bundeswehrzeitschriften wie ,,Wehrkunde'' und ,,Wehrwissenschaftliche Rundschau'' formiert hatte.

Gerhard Baumann, führender ,,Wehrkunde-Experte'' 1969: Das Bild, das sich ihm nach Lektüre einiger Schülerzeitungen biete, sei so katastrophal, daß er nur noch in den zu jener Zeit in Feuilletonbeiträgen über die Jugendunruhen sehr gängigen Seufzer ausbrach: ,,*Wir leben in einer umfassenden Kulturkrise, in die sich auch die Schule, Schüler wie Lehrer, einbezogen sehen*'' (24). Er konstatiert: ,,*Die so beeinflußten jungen Männer ... sollen dann nach der Einberufung verpflichtet werden, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen... Sie stellen nicht nur die moralische Qualifikation des Autoritätsanspruchs der älteren Offiziere in Frage, sondern fragen auch, wozu und gegen wen sie Recht und Freiheit verteidigen sollen, in deren Träger sie ein Establishment sehen...*'' (24).

Die Jugendoffiziere erledigten ihren Auftrag nur noch unzureichend. Viele Schulen lehnten ihren Besuch ab. Das Bewußtsein über die Funktion der Bundeswehr, wohl aber auch die berechtigte Angst vor unliebsamer Öffentlichkeit und Unruhen an den Schulen und im Lehrerkollegium war beträchtlich gewachsen. Warben dennoch Jugendoffiziere für den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, dann mußten sie angesichts der ,,Kanonaden'' kritischer Schülerfragen ,,*die Waffen strecken*'' (25).

Die SPD sorgt für ,,Reformen''

Es blieb dem ,,Reform-Kanzler'' Willi Brandt und dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt vorbehalten — neben den Versuchen von Blank, Schröder, Leber — die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gründlich zu ,,reformieren''. Am 19. November 1970 drängte Brandt hochoffiziell in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder: Es ,,...*muß beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik*'' ... ,,*Einige Länder haben auf dem Erlaßwege die Arbeit der Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere ermöglicht und erleichtert. Ich würde es begrüßen, wenn andere Länder diesem Beispiel folgen ... Für den Lehrer, der es vorzieht, sich selbst und seiner Klasse ein Urteil durch Augenschein zu ermöglichen, stehen die Kasernen der Bundeswehr offen ... Ich wäre dankbar, wenn die Ministerpräsidentenkonferenz darauf hinwirken könnte, daß die Notwendigkeiten und Probleme der Landesverteidigung in den Schulen allgemein mehr Beachtung finden*'' (26).

Der Brandt-Brief an Helmut Kohl, damaliger Vorsitzender der Ministerkonferenz, war zentraler Anstoß für alle darauf folgenden Wehrkunde-Maßnahmen.

In der Zeitschrift der CSU-nahestehenden Seidel-Stiftung wird daraufhin vermerkt: ,,*Kein Bundeskanzler hat so konkret und richtig den allergischen Punkt 'Bundeswehr — politische Bildung' angesprochen...*'' (27).

Am 1. Oktober 1970, also ein Monat vor dem Brandt'schen Brief, wurde bereits unter Kriegsminister Schmidt die bisherige Informations- und Pressearbeit seines Ministeriums in einem sogenannten ,,Informations- und Pressestab'' (IPStab) zusammengefaßt, in dem die bisherige Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr zentral organisiert und systematisiert wurde (siehe Diagramm). Dieser IPStab sollte mindestens so optimal organisiert und wirksam sein, wie die besten entsprechenden Organe in der Wirtschaft.

Die Ausbildung der Jugendoffiziere wurde von Schmidt ebenfalls neu geregelt. Sie wurden direkt dem IPStab unterstellt, ihre Zahl wurde erhöht (siehe dazu Abschnitt ,,Der Jugendoffizier'' und Kasten).

Kriegsminister Schmidt im Bundestag: ,,*Die jungen Menschen werden auch in der Schule nicht sonderlich auf die Notwendigkeit des Wehrdienstes vorbereitet ... An manchen Schulen scheint es zum guten Ton zu gehören, auf die eine oder andere Weise den Wehrdienst zu vermeiden oder zu umgehen. Von dieser Feststellung können auch manche Lehrer nicht ausgenommen werden*'' (28).

Propagandistischer Angelpunkt dieser scharfen Angriffe und zentrales Thema der Bundestagsdebatte war die sogenannte ,,Wehrgerechtigkeit''. Es wurde die Behauptung aufgestellt, daß Ersatzdienstleistende gegenüber Wehrdienstleistenden bevorzugt seien bzw. daß nur jeder vierte oder fünfte anerkannte KdV'ler wegen mangelnder Plätze letzten Endes zum Ersatzdienst herangezogen werde (29). Die Konsequenzen sollten eine stärkere Bevorzugung des Bundeswehrsoldaten und die massive Verankerung der Bundeswehr im Schulunterricht sein (30).

Der Hauptvorstand der GEW veröffentlichte nach einem vorherigen Schriftwechsel zwischen Schmidt und dem damaligen GEW-Vorsitzenden Frister eine ausführliche und ungewöhnlich scharfe Stellungnahme, in der er entschiedenen Widerstand gegen die Einführung eines Faches ,,Wehrkunde'' und gegen jede andere Form von Wehrpropaganda in den Schulen ankündigte.

Der Erfolg der Brandt/Schmidt-Erklärungen ließ nicht lange auf sich warten. Am 17.11.71 erließ Baden-Württembergs Kultusminister Hahn einen Erlaß zur ,,Berücksichtigung der Landesverteidigung im Schulunterricht''. Wie im Brandt-Brief bereits angekündigt, ging es auch in dem Erlaß darum, den Schülern ,,*die Aufgaben der Bundeswehr ... so verständlich zu machen, daß sie ... als* n o t w e n d i g (gesperrt v. Verf.) *anerkannt werden können*''.

Aufgegriffen wurden nochmals Heusingers Kontaktvorschläge zwischen Lehrern/Schülern und Bundeswehr sowie ,,*die Berücksichtigung von Fragen der Bundeswehr auch in der Lehrerfortbildung*'' (31).

Als Unterrichtshilfen werden ausschließlich Bundeswehrmaterialien angegeben, KdV'ler mit keinem Wort erwähnt.

Hahns ,,Wehrkunde-Erlaß'', (so wird dieser jedenfalls in den Registerbänden der Landesdrucksachen benannt) veranlaßte die Militaristen zu Schwärmereien: ,,...*das ist die Richtung, die für uns in Frage kommt*'', meinte der niedersächsische Korvettenkapitän und CDU-Landtagsabgeordneter Heinz-Detlef Drape, als sich Kultusminister Oertzen (SPD) dort ebenfalls an einem Wehrkundeerlaß abmühte (32).

Nach und nach folgten auch andere Bundesländer mit ähnlichen Erlassen und Richtlinien: Saarland Februar 1972, Niedersachsen Juni 1973, Bayern Februar 1975. Die Erlasse waren allerdings keineswegs die ersten, wie der Brandt-Brief weismachen wollte. Sämtliche Bundesländer außer Hamburg, Bremen, Hessen und Saarland verfügten schon vor 1970 über solche Erlasse. Die damalige Herausgabe von neuen Wehrkunde-Erlassen kann nur als demonstrative, verschärfende Maßnahme zur Wehrerziehung gewertet werden; zumal das in den Erlassen genannte bereits je nach Bundesland zwar unterschiedliche, aber gängige Praxis war. Die alten Erlasse wurden von der Bundeswehr als ,,*hilfreich*'' bzw. ,,*sehr hilfreich*'' *kategorisiert (33).*

Und selbst die Tatsache, daß die drei SPD-Bundesländer sich damals weigerten, gemäß dem Brandt-Brief einen Wehrkunde-Erlaß herauszugeben, beeinträchtigte die Arbeit kaum, wie Oberst Hülsmann am Beispiel Hessen erläuterte:

,,...*was nicht publiziert wird, aber kein Geheimnis mehr darstellt — stehen wir seit ungefähr anderthalb Jahren in engem Kontakt mit dem hessischen Kultusministerium ... Dort sind Kommissionen gebildet worden, die für die verschiedenen Schularten und für die Lehrerfortbildung Curricula erarbeiten mit Lernzielvorstellung über Sicherheitspolitik, Landesverteidigung, Friedens- und Konfliktforschung...*'' (34).

Dieses subtile Vorgehen hatte auch den Vorteil, lästigen Widerstand seitens der GEW und Schülerorganisationen aus dem Wege zu gehen. So versuchte z.B. in Baden-Württemberg ein Heidenheimer Schülerkomitee, einen landesweiten Schulstreik zu organisieren, was allerdings an der fehlenden Koordination scheiterte. Für die

suchte z.B. in Baden-Württemberg ein Heidenheimer Schülerkomitee, einen landesweiten Schulstreik zu organisieren, was allerdings an der fehlenden Koordination scheiterte. Für die

,,Wehrkundler'' waren die durchgesetzten Erlasse lediglich n e u e r Anlaß, die Wirksamkeit der Unterrichtung der Jugend über die Notwendigkeit der Bundeswehr zu diskutieren: Diesmal anhand von Schulbuchanalysen und Kritiken an einzelnen (Rahmen-)Lehrplänen, die noch mehr zugunsten weiterer Wehrkunde-Maßnahmen verändert werden sollten.

Der damalige Bundestagspräsident Scheel jammerte auf der 22. Kommandeurstagung in Saarbrücken 1978: Eine ,,*Durchsicht aller 81 zur Zeit für die Abschlußklassen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zugelassenen Sozialkundebüchern zeigt...: Mehr als 90 % der Bücher führen weder 'Bundeswehr' noch 'Wehrpflicht' noch 'Kriegsdienstverweigerung' im Inhaltsverzeichnis auf. Bei mehr als zwei Drittel der Bücher fehlen die Begriffe auch im Sachwortverzeichnis*'' (35).

Dennoch, in der Zeit von 1970 bis etwa 1978 schien es für die Militaristen zwar nicht ganz so wie gewünscht zu verlaufen, aber man bastelte im Geheimen hinter den Kasernentoren am System der Jugendoffiziere, was die fachliche, ideologische und systematische organisatorische Ausrichtung betraf, und sammelte vor allem Erfahrungen ,,von der Schulfront'', die ausgewertet und in aktive Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt wurden. (Siehe dazu im Kapitel ,,Der Jugendoffizier'' und Kasten zur Ausbildung der Jugendoffiziere). Dennoch, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg nach wie vor

Aus ihrem stillen Treiben wurden die Militaristen zum zweiten Male aufgescheucht anläßlich der öffentlichen Aufmerksamkeit, die die bis dahin sehr im Stillen verlaufenden Rekrutenvereidigungen vor allem in der Jugend erfuhren.

		Baden-Württemberg	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

		Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von voriger Seite

„Krieg dem Krieg" gegen „Wir müssen wieder Flagge zeigen..."

1978/79 fanden die ersten „Öffentlichen Vereidigungen" unter ganz unerwartet heftigem Protest statt. Starke Anti-Kriegs-Demonstrationen in den betroffenen Städten und ein sogenannten „Schwarzer Dienstag" sorgten für Aufregung: Über 10.000 Jugendliche lieferten sich in Bremen eine Schlacht mit der Polizei. *„Grund zur Sorge"*, *„Anschlag auf die Solidarität"* wurde konstatiert. Im Jahre des 25jährigen Jubiläums der Bundeswehr der bisher heftigste und schärfste Widerstand seit der „Ohne-mich-Bewegung" und den Ostermärschen.

„...Ein Vierteljahrhundert in Freiheit und Frieden und Wohlstand", bemerkt die verschreckte bürgerliche Presse, *„aber die Zahl derer, die es nicht wissen und nicht wissen wollen, weil sich solche Erkenntnis nicht mit ihrem Lebensgefühl und ihrer Anspruchshaltung verträgt, ist in den letzten Jahren größer geworden. Wo alles selbstverständlich ist — der Wohlstand, die Freiheit, der Frieden — nimmt der Respekt vor dieser Leistung ab"* (36).

Kriegsminister Apel kündigte seinen Besuch bei der Kultusministerkonferenz an (siehe dazu Kapitel „Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus...") und versuchte, mit diversen Tagungen unter dem Motto „Bundeswehr und Jugend" in die Offensive zu gehen. So eine zweitägige Tagung „Bundeswehr und Gesellschaft" mit über 53 Teilnehmern — Würdenträgern aus dem öffentlichen Leben, Kirchen, Parteien, Hochschulen, Jugendverbänden usw. Unter anderem nahmen daran teil:

★ Der Konstanzer Politikwissenschaftler Thomas Ellewein: *„Die Bundeswehr sei in die Gesellschaft integriert. Dies treffe jedoch nicht auf den Auftrag der Bundeswehr zu. Er werde in großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt"* (36a ff);

★ General Brandt, der sich sorgte, ob *„...das Problem Friedenssicherung durch Verteidigungsfähigkeit dem Bürger noch ausreichend einsichtig zu machen" sei;*

★ *Der Vorsitzende des Deutschen Sportjugend, Erika Dienstl: „Über die Bundeswehr außerhalb der Kaserne werde zu wenig gesprochen, und zuwenig Informationen"* seien darüber vorhanden.

Weiterhin nahmen u.a. teil: der Vorsitzende der Jungsozialisten Willi Piecyk, der Bundesjugendsekretär des DGB, Hannes Brauser, der Frankfurter Soziologe von Friedburg, der Vorsitzende der Jungdemokraten, Lutz.

Fazit der „Welt": *„Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevöl-*

ter Soziologe von Friedburg, der Vorsitzende der Jungdemokraten, Lutz.

Fazit der „Welt": „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevöl-

kerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbelasteten Lehrern und Medien gern verbreitet ... Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolutions'-Gesinnung und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Versagen offenkundig..." (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei *„vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe"*. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 54.000 (1980) angestiegen. FDP'ler Möllemann verlangte nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte *„Friedenserziehung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden"* (37). Die Bundestagsabgeordneten Horn (SPD) und Weißkirch (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa *„1.000 sogenannten Friedenswochen und -tagungen, die allein 1980 ... von politischen und kirchlichen Gegnern der Bundeswehr veranstaltet wurden."*

An der Kommandeurstagung in Ingolstadt mit dem Thema „Jugend heute" nahmen ebenfalls namhafte Persönlichkeiten teil, u.a. Professor Franz Pöggler (Pädagoge, TU Aachen), Hans-Adolf Jacobsen (Direktor für politische Wissenschaften, Bonn), Hans-Dietrich Bastian (Religionspädagoge, Bonn), der Dezernent für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche, Werner Lichtwark — die alle im „Beirat für Innere Führung" beim Kriegsministerium mitarbeiten.

Die bedeutungsvolle Einstimmung auf das Thema gibt ein für die Öffentlichkeitsarbeit zuständiger Oberst wieder, der das Bild der Jugend in gewissen Kreisen wahrheitsgetreu darstellt: *„Sie liebt ihre privatistische Freiheit über alles ... will tun können, was sie mag. Die Gruppe, in der sie zumeist ihre Freizeit verbringt, ist die höchste Instanz ...* (die auch) *entscheidet, ob der junge Mann zum Bund geht oder den Wehrdienst verweigert. Fast die Hälfte aller Jugendlichen sind heute Einzelkinder ...* (die) *sich an den Konsumvorstellungen der Erwachsenen orientieren, und sie empfinden, wenn sie eingezogen werden, den von der Kargheit des Wehrsoldes diktierten Konsumverzicht schmerzlich. Musik, Disco, Sport, das eigene Auto sind Ausdruck und Mittel ihrer individualistisch genossenen Freiheit"*. Den Staat sehe der Durchschnitt der Jugend als *„Service-Zentrale für ihre persönlichen Wünsche..."*, den sie negativ beurteile, *„wenn er mit der Heranziehung zur Wehrpflicht die persönlichen Freiheiten beschneidet. Rund 12 Prozent aller Jugendlichen — 1,5 Millionen ... neige ... zu alternativen Kulturen ... meist junge Menschen mit höherer Schulbildung oder Studenten ... Allen aber ist gemeinsam, daß sie substantielle Unterschiede zwischen freiheitlichen und kommunistischen Staaten nicht kennen"*. Womit ein wesentlicher Auftrag der Wehrpropaganda an Schulen umrissen ist.

Fazit der Tagung: Der „Beirat für Innere Führung" drang massiv darauf, *„daß die Kultusminister viel energischer dafür sorgen müßten, die Lehrpläne in den Schulen mit dem Thema 'Friedenssicherung durch die Bundeswehr' anzureichern...* (Die) *Mentalität in unserem staatlichen Schulwesen, das zu vernachlässigen"*, müsse abgebaut werden, und es müsse vorbei sein damit, *„daß man sage, derjenige habe die Supermoral, der das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehme ... viele Lehrer sehen nur ihre persönliche Versorgung, nicht jedoch, daß sie auch eine Verpflichtung für den Staat übernommen hätten. ... Es sei schlimm, daß Erwachsene formulieren, was Jugendliche fühlen"*; es gehöre *„zur Pflicht der Erwachsenen, aufgrund ihrer Erfahrungen und ihrer Einsichten in die politische Realität aus bestem Wissen und Gewissen der Jugend gegenüber auch Nein zu sagen"*.

Auf die Klage eines Offiziers, er würde ja gerne mit der Jugend diskutieren, die aber nicht mit ihm, gab ihm Kriegsminister Apel den Rat: *„Wir dürfen uns natürlich nicht demütigen lassen. Wir lassen uns nicht zum Abtreter derer machen, die ihre Aggressionen uns gegenüber abbauen wollen. Wenn die blöken wollen, dann geh' ich nach Hause. Und hab' dann früh Feierabend..."* (38).

gegenüber abbauen wollen. Wenn die blöken wollen, dann geh' ich nach Hause. Und hab' dann früh Feierabend..." (38).

„Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus ... bedroht die freie Welt"

Kriegsminister Apel gibt, ganz im Sinne seiner Ankündigung *„...das Verständnis der Jugend für die Bundeswehr zu verbessern..."*, in der Kultusministerkonferenz ein „Gast"-Ständchen, damit das Thema *„Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, aber auch das Thema 'Dienst, nicht Verdienst' in der Schule"* besprochen wird (36). Den Segen aller Parteien hat er; die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien begrüßt nicht nur die Initiative, sondern regt die Erarbeitung einer gemeinsamen *„Empfehlung im Schulausschuß der Kultusministerkonferenz mit dem Ziel an, die genannten Fragen im Unterricht und in Schulbüchern verstärkt zu behandeln"* („Frankfurter Rundschau", 8.11.80). Eine Arbeitsgruppe wird gebildet, der außer den Kultusministern der CDU-regierten Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (Gerhard Meyer-Vorfeld und Gölter) die SPD-Kultusminister Giergensohn (Nordrhein-Westfalen) und Krollmann (Hessen) angehören. Lange Zeit blieb diese Initiative geheim, bis durch eine Indiskretion der „Frankfurter Rundschau" („Bundeswehr soll Pflichtfach für Lehrer werden", „Friedenssicherung als Schulthema?" — „Welt", 11.9.81 und „FR", 17.9.81) die Sache publik wurde. Die „FR" veröffentlichte vorzeitig das „Arbeitspapier zur Intensivierung der Informationen über die Bundeswehr in den Schulen".

Dieses von Meyer-Vorfeld und Gölter entworfene, noch nicht für die Kultusministerkonferenz vorgesehene „interne Arbeitspapier" sieht die historische Ausgangslage wie folgt: *„Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es nicht an Versuchen der Sowjetunion gefehlt, ihren Machtbereich in Europa noch über das bereits von ihr kontrollierte Gebiet hinaus auszudehnen ... Daß diese Bedrohung bisher abgewehrt werden konnte, ist in erster Linie einer Friedenspolitik zu verdanken, die diese Realitäten berücksichtigt ... Grundlagen für die Behandlung des Themas ... sind die einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und die in internationalen Verträgen ... eingegangenen Verpflichtungen..."*.

Diese *„Existenzfrage"* und *„die Komplexität des Themas erfordert gerade in diesem Fall sachgerechte Informationen für die umfassende Urteilsbildung der Schüler ... Die Fachlehrer verfügen über das notwendige Wissen und sind g e h a l t e n , die Schüler nicht in einseitiger Weise zu beeinflussen"*. Den Schülern sei *„Notwendigkeit und Auftrag der Bundeswehr als Teil unserer Friedenspolitik e i n s i c h t i g"* zu machen.

Die Lehrer werden „ermahnt", das Gespräch auch mit jenen Schülern zu suchen:

— *„Die die Wehrpflicht für berechtigt und notwendig halten, aber wegen der vermeintlich fehlenden Wehrgerechtigkeit eine skeptische Haltung einnehmen"*,
— *„die dem Wehrdienst wegen z.Zt unerfreulichen Randerscheinungen skeptisch gegenüberstehen"*,
— *„die zwar die Verteidigungsbereitschaft befürworten, aber eine konkrete, auf militärischem Potential beruhende Verteidigungspolitik ... ablehnen"*.

Auf keinen Fall solle die *„Würdigung ... vor dem Hintergrund eines Feindbildes erfolgen ... Nicht Erziehung zum Haß ..., sondern Verständigungsbereitschaft unter realistischer Einschätzung gegebener Möglichkeiten"*, was die *„Behandlung anderer Konzepte nicht"* ausschließe; jedoch sollten die Aufgaben der Bundeswehr *„so verständlich gemacht werden, daß sie ... als notwendig a n e r k a n n t"* (gesperrt, d. Verf.) werden könnten. Im zweiten Abschnitt wird die sattsam bekannte Behauptung der *„Überlegenheit und der Herrschaftsanspruch"* des Kommunismus kundgetan, verbunden damit, daß einer *„aktuellen militärischen Bedrohung ... nach aller Erfahrung ... nur durch die Bereitschaft zur Verteidigung mit militärischen Mitteln wirksam begegnet werden kann"*.

Hervorgehoben wird, daß *„Wehrdienst Friedensdienst"* sei, und daß die „Allgemeine Wehrpflicht" besonders geeignet sei, *„das Bewußtsein der Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen nicht nur bei den Wehrpflichtigen selbst, sondern auch im ganzen Volk wachzuhalten..."* und daß die *„Allgemeine Wehrpflicht eine kollektive Pflicht, die Wehrdienstverweigerung ein individuelles Grundrecht"* darstelle, weshalb der Bürger *„den Wehrdienst nicht nach seinem Belieben oder*

gungen nicht nur bei den Wehrpflichtigen selbst, sondern auch im ganzen Volk wachzuhalten..." und daß die „Allgemeine Wehrpflicht eine kollektive Pflicht, die Wehrdienstverweigerung ein individuelles Grundrecht" darstelle, weshalb der Bürger „den Wehrdienst nicht nach seinem Belieben oder

seiner politischen Auffassung verweigern" dürfe. Wenn überhaupt über die Bundeswehr als *„Teil unserer demokratischen Grundordnung"* diskutiert werden darf, dann bitteschön zwar *„durchaus kritisch"*, aber dies dürfe nicht zu *„einseitigen, manchmal feindlichen Auseinandersetzungen"* führen.

Sehr ausführlich werden „didaktische, methodische Hinweise" für das Thema in den Lehrplänen gegeben. Empfohlen werden die Fächer Gemeinschaftskunde (bzw. Sozialkunde), Politik, Politische Bildung, Deutsch, Geographie und Geschichte. Es kann auch *„Gegenstand der Fächer Evangelische bzw. Katholische Religion sein, wobei zum Teil die Religionsgemeinschaft in eigener Verantwortung die entsprechenden Lehrplaninhalte gestalten"* könne. Hier wird dem breiten friedenspolitischen Potential der christlichen Friedensbewegung „Rechnung getragen". Was bleibt noch an wehrkundefreien Fächern übrig? Mathematik (wie viele Pershing II oder Neutronenbomben bedarf es, um den Feind zu zerstören bei einer Vorwarnzeit von...), Turnen, Biologie!? Das Fach Musik wurde bereits von Kultusminister Müller-Vorfeld andernorts mit „deutschem Heimatliedgut" bedacht.



Kultusminister Mayer-Vorfelder

Als besonders wertvoll wird die „fächerübergreifende" Behandlung des „Problemkreises" im Unterricht bewertet. Eine bedeutende Stellung — *„wegen der Komplexität des Themas"* — wird der *„Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Deutschland, den Grundwerten und Prinzipien der freiheitlichen und demokratischen und sozialen Ordnung"* und der *„Idee des Kommunismus"* eingeräumt.

Weitere Hinweise:

Die Lehrer

Natürlich dürfen da ein paar Worte zu den „Multiplikatoren" der Kriegserziehung, den Lehrern, nicht fehlen. Da „Friedenserziehung" fester Bestandteil verschiedener Fächer sein soll, wird vorgeschlagen, das Thema im Lehrerangebot der Hochschulen sowie in den Studien- und Prüfungsordnungen zu verankern, was ja, je nach Bundesland, bereits reguläre Praxis ist. Es sei auch sinnvoll, die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Bundeswehr *„im Hinblick auf die Lehramtsstudiengänge zu ermöglichen bzw. zu verbessern..."*.

In der zweiten Ausbildungsphase sollten in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr Informationsveranstaltungen, Seminare, Übungen und Tagungen durchgeführt werden. Dem Lehramtskandidaten soll die Möglichkeit geboten werden, nicht nur mit Jugendoffizieren, sondern auch mit Angehörigen der Truppe Gespräche zu führen; „jeder Lehramtskandidat der

sollten in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr Informationsveranstaltungen, Seminare, Übungen und Tagungen durchgeführt werden. Dem Lehramtskandidaten soll die Möglichkeit geboten werden, nicht nur mit Jugendoffizieren, sondern auch mit Angehörigen der Truppe Gespräche zu führen; „jeder Lehramtskandidat der

einschlägigen Fächer (muß sich) ... *mit dem Thema Friedenssicherung auseinandergesetzt"* haben. Dies alles natürlich im Kontext der oben skizzierten „Unvoreingenommenheit". Weiterhin sollen im Rahmen der Lehrerfortbildung, in Zusammenarbeit mit den Schulverwaltungen der Länder und den Wehrbereichskommandos sowie den Verteidigungsbezirkskommandos, *„Fortbildungsveranstaltungen"* organisiert werden, die *„häufig in Einrichtungen der Bundeswehr stattfinden"*

Schulbücher

Bei der Zulassung von Schulbüchern ist darauf zu achten, daß das Thema der vorliegenden Empfehlung gemäß darzustellen ist. Der *„Friedensbegriff, der in den Schulbüchern verwendet wird, sollte die in der Empfehlung dargestellten Wertbezüge enthalten"*. Friede ist, was diesen Herren genehm ist, die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Gesinnungsfreiheit wird damit ad absurdum geführt ...

Die Schüler

Truppenbesuche und Besucher der Jugendoffiziere im Unterricht sollen das Thema abrunden. Das „Sach- und Informationsangebot" der Bundeswehr soll genutzt werden. „S t u d i e n - besuche" bei Einrichtungen der Bundeswehr sollen *„konkrete Einblicke in die Realität des Wehrdienstes..."* gestatten. Solche Begegnungen mit der Bundeswehr sollten auf gar keinen Fall „Ausnahmecharakter" haben und sind im Unterricht „ausreichend vor- und nachzubereiten".
und gleichzeitig mit einem „Truppenbesuch" verknüpft werden sollen.

Die Koppelung ist perfekt, denn auch *„inhaltlich orientieren sich diese Tagungen"* an den entsprechenden *„Lehrplänen"*. Und, man glaubt es kaum, man glaubt es kaum ..., diese „intensive Nutzung" soll dem Lehrer *„eine v o r u r t e i l s f r e i e* (gesp., d. Verf.) *Information"* sowie *„entsprechende Urteilsbildung über den Wehrdienst..."* ermöglichen (obige Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, 39).

Natürlich ist all dies keine Einführung von Wehrkunde, die ja nur in der DDR existiert, sondern ist ist lediglich aus der zynischen Einsicht zu verstehen, daß *„Friedenssicherung angesichts der Zugehörigkeit der deutschen Staaten zu unterschiedlichen Militärbündnissen und im Blick auf das atomare Zerstörungspotential zur Überlebensfrage der Menschheit geworden"* ist.



Feindbilder werden nicht konstruiert, denn der „Herrschaftsanspruch des Kommunismus" sei für die „Existenz der Bundeswehr" verantwortlich, und schließlich hätten ja auch *„Jugendliche ... großes Interesse"* gezeigt, da es hier um *„Fragen gehe, mit denen sie sich bei Eintritt in das Wehrpflichtalter auseinandersetzen"* müßten.

Die SPD folgt auf dem Fuß ...

Die SPD folgt auf dem Fuß ...

Bevor noch die SPDler Krollmann und Giergensohn, Mitglieder in der erlauchten KMK-Arbeitsgruppe, ihren Vorschlag präsentieren konnten, preschte der Bremische Senator für Bildung mit seiner Variante vor.

Hieß sein erster Entwurf noch schlicht *„Friedenserziehung"*, so mußte dieser deutliche inhaltliche Schwerpunkt im überarbeiteten Entwurf weichen zugunsten von *„Friedenssicherung — Friedenserziehung"*: *„Die mit zunehmender Bedrohung durch anwachsende Waffenpotentiale immer dringlicher gestellte Frage ist, ob Staat und Gesellschaft willens und in der Lage sind, gemeinsame Grundvorstellungen verteidigungswert erscheinen zu lassen, also sich auch nach außen unter Inkaufnahme von Opfern für ihren Fortbestand und ihre Fortentwicklung einzusetzen"* (40). Diese schwammige Glosse soll nur den Blick trüben, denn *„ohne Zweifel ist die Bundeswehr ... zum Schutz der Bundesrepublik gegen Gewalt von außen verpflichtet."*

Was im vorgeschlagenen Wehrkunde-Erlaß der beiden CDU-Kultusminister als „Auftrag" mit „Mut" zu geschehen hat, kommt im Vorschlage des bremischen Kultuskollegen als „Inkaufnahme von Opfern" zugange. Und weiter balanciert der bremische Vorschlag zwischen den Fronten: *„Zur Sicherung der physischen Existenz und zur Abwehr eines durch Druck und Gewaltanwendung aufgenötigten fremden Willens sind militärische Mittel unverzichtbar und legitim. Doch können solche ... eine 'Eigendynamik' entwickeln, provozierend wirken, mißbraucht werden oder unzugänglich sein, so daß durch sie das Kriegsrisiko nicht grundsätzlich aufgehoben wird"*.
Es hat sich auch schon bis in das Bremer Kultusministerium herumgesprochen, daß im Fall eines Krieges *„das*



Pardon

Risiko einer totalen Vernichtung des Landes und seiner Bewohner besteht", und doppeldeutig schließen die Überlegungen zur „Friedenssicherung — Friedenserziehung": „*Keinem von uns wird es erspart, mit dieser Doppeldeutigkeit zu leben ...*" (41).

Frieden als „faszinierende Vision"

Weder „Wehrpropaganda" noch „Antiwehrpropaganda" soll nach den SPD-Kultusoberen Krollmann und Giergensohn Friedenserziehung sein. Schülern und Schülerinnen soll „vermittelt" werden, daß „*der feste Platz der Bundeswehr in unserer Demokratie*" und diese „*als Verteidigungsinstrument des ganzen Volkes akzeptiert werden muß*"(42). Wie im Sommerschlußverkauf werden Grundgesetz, UNO-Charta, die internationalen Pakte (auch das Potsdamer Abkommen), die Erklärung der Menschenrechte und die von der Unesco 1974 beschlossene „Empfehlungen über die Erziehung zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit und zum Weltfrieden sowie die Erziehung im Hinblick auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten" angeboten. Klar, denn gesucht wird der Dialog mit der verlorenengegangenen Jugend; wie Giergensohn ja auch seinen CDU-Kollegen vorwirft, ihr Entwurf unterdrücke einen „*Großteil der breiten öffentlichen Diskussion ..., stelle ein Verteidigungskonzept als ein-*

die Erklärung der Menschenrechte und die von der Unesco 1974 beschlossene „Empfehlungen über die Erziehung zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit und zum Weltfrieden sowie die Erziehung im Hinblick auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten" angeboten. Klar, denn gesucht wird der Dialog mit der verlorenengegangenen Jugend; wie Giergensohn ja auch seinen CDU-Kollegen vorwirft, ihr Entwurf unterdrücke einen „*Großteil der breiten öffentlichen Diskussion ..., stelle ein Verteidigungskonzept als ein-*

zig mögliches dar ..., widerspreche ... dem von der Düsseldorfer Landesregierung gesetzten Unterrichtsziel, Schülerinnen und Schüler an die selbständige Urteilsbildung heranzuführen", was nur möglich sei, wenn der Unterricht „*z u n ä c h s t* (gesperrt d. Verf.) *einmal offen*" sei für die „*verschiedenen Positionen*" und die Schule nicht für eine „*bestimmte politische Richtung geradezu instrumentalisiert*" werde („Frankfurter Rundschau" vom 12.1.82). Das sollte sich schüler in Nordrhein-Westfalen merken! Allerdings, zu selbständig dürfen die Schüler auch nicht werden, denn Friede ist ein „*weiter Begriff ... Sehnsucht, Hoffnung und Verheißung ... eine Vision, welche die Menschen immer wieder fasziniert ...*".

Empfohlen wird für den Unterricht der Begriff „Friede" als Zustand des „*Nicht-Krieges oder Abwesenheit von Krieg*", wobei es nicht n u r um den „*bewaffneten Krieg zwischen zwei Staaten ...*" geht, sondern auch um „*strukturelle Gewalt (Bürgerkriege, Unruhen im Inneren) und ‚personelle Gewalt' (unmittelbare, seelische und körperliche Schädigung oder Tötung des Menschen durch einen anderen Menschen), welche letztere durch verschiedene Formen von Herrschaft, Abhängigkeit und Ausbeutung*" gekennzeichnet sei („FAZ", 30.11.81).

Dieser von der Friedensforschung entwickelte Begriff müsse „*Grundlage*" sein für die „*Erziehung zum Frieden in den Schulen*". Es sei der „*Versuch, die verschiedenen Formen der Gewalt und Friedlosigkeit im internationalen und innergesellschaftlichen Bereich zu erfassen, ihre Ursache zu analysieren, ihre wechselseitigen Abhängigkeiten zu erkennen sowie zu einem Abbau von Gewalt beizutragen*" („FAZ", s.o.).

Damit müsse dieses Prinzip als „*Unterrichtsprinzip*" in alle „*Unterrichtsfächer*" eingehen.

Der Lehrer

Es wird ein „behutsames Heranführen" an die Problematik verlangt; keine Form der Bemühungen um den Frieden dürfe von vornherein als die „*richtige, einzig mögliche, realistische deklariert ..., die falsche ..., utopische ... vom 'Gegner gesteuerte' diskriminiert werden*". Die Bereitschaft und Fähigkeit zum selbst überdachten Engagement für Friedenspolitik gelte es zu wecken. Auch bei der „*schwierigen Entscheidung für den Wehrdienst oder für die Verweigerung*" solle der Lehrer „*behutsam und pädagogisch einfühlend*" den Schülern helfen, sich selbst über diese „*schwerwiegende Problematik klar zu werden und das Ergebnis der Entscheidung verständlich zu begründen*".

Lediglich im Schlußsatz werden Truppenbesuche unter vom Lehrer wichtigen didaktischen Gesichtspunkten für den Einzelfall erwogen. Offiziersbesuche im Unterricht werden als „*wünschenswert*", allerdings gleichbedeutend auch Friedensforscher und die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer genannt.

Die „FAZ" konstatiert, daß dieser Entwurf offensichtlich unter dem Eindruck der Friedensdemonstrationen geschrieben sei und der SPD-Entwurf habe sich „*nicht an das vereinbarte Thema gehalten*". Beklagt wird, daß die Bundeswehr „*nur in zwei Unterabschnitten*" erwähnt wird, hingegen in dem CDU-Entwurf zentrales Thema sei. Die Schüler sollten sich gar mit „*Friedensbewegungen und alternativen Konzepten zur Friedenssicherung auseinandersetzen*". Einig sei man sich lediglich darin, daß keine „Wehrkunde" eingeführt werden solle.

Interessant ist, daß der SPD-Entwurf vor Übergabe an Kriegsminister Apel auf Drängen des Bundeswissenschaftsministers noch einige wesentliche Veränderungen erfuhr: „*Ihr fallt doch der Regierung in den Rücken*" (43). Gestrichen wurde bezeichnender-

dem CDU-Entwurf zentrales Thema sei. Die Schüler sollten sich gar mit „*Friedensbewegungen und alternativen Konzepten zur Friedenssicherung auseinandersetzen*". Einig sei man sich lediglich darin, daß keine „Wehrkunde" eingeführt werden solle.

Interessant ist, daß der SPD-Entwurf vor Übergabe an Kriegsminister Apel auf Drängen des Bundeswissenschaftsministers noch einige wesentliche Veränderungen erfuhr: „*Ihr fallt doch der Regierung in den Rücken*" (43). Gestrichen wurde bezeichnender-

weise eine „Unesco-Empfehlung gegen Kriegshetze und Ausbeutung", sowie der Passus: „*Strukturelle Gewalt fordert insbesondere in den Entwicklungsländern jährlich Opfer in der Größenordnung mancher Kriege*" (s.o.). Statt dem Passus: „*Friedenssicherung mit militärischen Mitteln ... hat zu einem Rüstungswettlauf geführt, der selbst eine Gefahr für unsere Sicherheit ist*", ist nun die sehr entscheidende Veränderung zu finden: „*Entspannung und Rüstungskontrolle sollten gleichberechtigt neben die Verteidigung treten*". Und war es zuvor Ziel, die Schüler zur „*Bereitschaft und Fähigkeit zu einem reflektierten Engagement für Friedenspolitik*" zu führen, steht nun das krasse Gegenteil, nämlich, daß die „*Bundeswehr als Verteidigungsinstrument des ganzen Volkes verstanden und a k z e p t i e r t werden m u ß*" (gesperrt, d. Verf.) (44).

Mensch darf darauf gespannt sein, wie die Diskussion um die „Wehrkunde" für die Hamburger Schüler ausgehen wird, denn Schulsenator Jost Grolle hielt den radikaleren SPD-Entwurf für „*besser*". Auf der „Ebene der Staatssekretäre" sollen nun die Differenzen in der gemischten KMK-Arbeitsgruppe weitergeführt werden. Inzwischen hat sich in die Kontroverse auch der niedersächsische Kultusminister Remmers (CDU) eingemischt, der vor einem völlig „*sinnlosen Krieg ... um das Thema 'Friedenssicherung in der Schule'* " warnt; es habe sich um die „*zu erarbeitende Empfehlung in Sachen 'Friedenssicherung, Verteidigung und Bundeswehr im Unterricht'* " ein Stellungskrieg entwickelt, der für die Bundesrepublik peinlich und für die Sache allmählich tödlich sei. Seiner Ansicht nach sollten Persönlichkeiten mit der Formulierung des Papiers betraut werden, denen von „*allen Seiten Respekt gezollt*" werde. Remmers Vorschlag wurde bald Rechnung getragen: Ende 1981 tagten in Stuttgart-Birkenbach Wissenschaftler, Politiker und Pädagogen, Bundeswehrangehörige und Kirchenvertreter, die eine Übereinstimmung zwischen den CDU- und SPD-Entwürfen herbeiführen sollten. Der erlauchte Kreis kam zu dem Ergebnis, daß „*moralische und politische Aspekte gleichgewichtig berücksichtigt werden*" müßten (46).

Herz, Verstand und Versachlichung...

Der Deutsche Philologenverband, die Berufsvertretung der Gymnasiallehrer, schaltete sich ebenfalls besorgt in das Thema ein und schlug die „*Form eines soliden Schulunterrichts*" vor. Den Mitgliedern, für die „Handreichungen" in Aussicht gestellt sind, wird erklärt, man könne zwar froh sein, daß gerade durch das Friedens-Thema bei den Jugendlichen „*Emotionen erregt*" werden, aber die „*Pädagogen müssen dafür sorgen, daß die Schüler an die von ihnen als existenziell empfundene Frage mit Herz und Verstand*" herangehen. An die 5. Klasse müsse es an Gymnasien mit entsprechender Aufbereitung zu einer „*mehrdimensionalen Darstellung und fachübergreifenden Behandlung*" kommen, bei Verwendung „*sauberer Begrifflichkeit, z.B. Nato-Doppelbeschluß und nicht Nato-Raketenbeschluß*". Wichtig sei es, bei den Jugendlichen ein Bewußtsein zu eröffnen, wo die „*Möglichkeiten und die Grenzen der Friedenssicherung liegen.*" Ebenso müsse deutlich gemacht werden, daß man das Grundgesetz nicht „*einseitig in Anspruch*" nehme und daß es nicht richtig sei, nur vom „*Recht auf Wehrdienstverweigerung zu sprechen.*"

Der Verbandsvorsitzende Fluck hegt die Besorgnis, daß der „*hohe Informationsstand*", der den Schülern in den Medien vermittelt werde, nicht „*richtig systematisiert*" werde und daß — vor allem — der „*historische Hintergrund*" fehle. Keinesfalls dürften Lehrer ihre persönliche politische Überzeugung den „*Schülern suggerieren und die Schule zu Kampagnen mißbrauchen*". Diese „Versachlichung" des Themas leiste einen „*größeren Beitrag zum Frieden als eine Friedenserziehung, die sich dem Aktionismus hingibt und dadurch wichtige Erziehungschancen aus der Hand gibt.*" (44).

Bundeswehr... eine neue Dimension für den Religionsunterricht...

Bundeswehr... eine neue Dimension für den Religionsunterricht...

Der Vorschlag der CDU-Kultusminister, das Thema auch im Religionsunterricht zu behandeln, wurde sehr unterschiedlich aufgenommen.

Der stellvertretende Vorsitzende des EKD-Beirates für die Militärseelsorge, Oberst Adalbert von der Recke, meinte zwar, daß das Thema „*nicht in den Religionsunterricht*" gehöre, führte aber weiter aus, daß die Schule ihren Erziehungsauftrag nicht ausreichend erfülle. Es werde nicht genug informiert und oft einseitig argumentiert. Die „Defizite" sollten von der Kirche „*offen angesprochen*" werden; sie sollte ein „*Versöhnungszeugnis ablegen*" durch die Art, wie wir „*miteinander umgehen in der Diskussion um Wege zur Friedenssicherung*" („Frankfurter Rundschau", 12.1.82).

Der Leiter der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft der Religionspädagogischen Institute und Katechetischen Ämter in Stuttgart, Martin: „*Das Thema ... wäre eine neue Dimension des Religionsunterrichtes. Eine Einengung der Friedenserziehung auf die Verteidigungsbereitschaft, wie sie im CDU-Entwurf definiert werde, sei jedoch mit den Zielen des Religionsunterrichts nicht zu vereinbaren*" („FR", s.o.).

Der Oberkirchenrat Sattler aus Hannover meinte, die „*EKD könne zu Kontroversen der Länder nicht Stellung nehmen. Im übrigen gebe es zur Zeit lediglich Entwürfe...*".

Der Sprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Lohse, reagierte nicht — trotz Aufforderung durch den SPD-MdB Klaus Immer, die CDU-Vorschläge zurückzuweisen.

Der württembergische evangelische Bischof Hans von Kler „*lehnte den Export von Rüstungsgütern ebenso ab wie wehrkundlichen Unterricht an den Schulen und eine vormilitärische Ausbildung*" (45).

Eine unglückliche Lösung:
Da wir diesen Artikel wegen seiner Länge in zwei Teilen veröffentlichen müssen, folgen die Quellenhinweise für Teil I zusammen mit jenen des Teil II im nächsten ARBEITERKAMPF.

Fortsetzung von Seite 7

Rüstungskonversion ...

„*(...) Dies fiel nicht sonderlich auf, solange genügend Rohstoffe zur Verfügung waren und die Zerstörung der Umwelt nicht die Produktionsbasis des Kapitals selbst in Frage stellte. In dem Maße, wie dies nicht mehr der Fall ist, muß die — auch für die Verwertung des Kapitals — belastende Rolle der Rüstungsausgaben mehr in den Vordergrund treten und können Forderungen nach Alternativen zur Rüstungsproduktion aus ökonomischen Gründen auch für das Kapital interessant werden*" ((1), S. 177).

Schon die Differenzierung zwischen einer aggressiven und einer realistischen, mehr auf eine friedliche Entwicklung vertrauenden Fraktion des Großkapitals führt zu einer Unterschätzung der Aggressivität des Imperialismus. Wenn nun auch noch behauptet wird, daß die knapper werdenden Rohstoffe und die zunehmende Umweltzerstörung das Kapital zu einer weniger aggressiven Politik veranlassen würden, so stellt dies völlig die Tatsachen auf den Kopf. Die reale Zuspitzung der Kriegsgefahr findet so keine sinnvolle Erklärung.

Arbeitsplätze und Rüstung

Die Verfechter der Rüstungskonversion vertreten die Auffassung, daß Arbeitsplätze im Rüstungsbereich unsicherer seien als andere Arbeitsplätze und setzen dies den Ideologen, die wegen der Arbeitsplätze die Rüstung rechtfertigen, entgegen.

Die Aufträge hingen, so heißt es, von kurzfristigen politischen Schwankungen ab und könnten aufgrund veränderter politischer Entwicklungen (U-Boote für Chile und Iran bei HDW; Fregatten für Argentinien bei B&V) leicht gestoppt werden. Außerdem seien Investitionen in der Rüstung weniger arbeitsplatzintensiv als in anderen Bereichen.

Einige Theoretiker (z.B. Herbert Wulf) gehen gar davon aus, daß die geplante Beschaffungswelle für die Bundeswehr nicht finanzierbar sei, daß mit Finanzlücken, Abstrichen vom Programm und daraus resultierend mit Auftragslücken und Gefahren für die Arbeitsplätze zu rechnen sei. Im Gegensatz dazu hat die Tornado-Affäre doch gezeigt, daß der Staat gegenwärtig bereit ist, auch gigantische Finanzlöcher zu stopfen.

Auch die politischen Unwägbarkeiten bei den Rüstungsexporten wird man kaum dazu heranziehen können, um die These von den unsicheren Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie zu untermauern. Gegenwärtig ist eine massive Ausweitung der Exporte (vgl.

Auftragslücken und Gefahren für die Arbeitsplätze zu rechnen sei. Im Gegensatz dazu hat die Tornado-Affäre doch gezeigt, daß der Staat gegenwärtig bereit ist, auch gigantische Finanzlöcher zu stopfen.

Auch die politischen Unwägbarkeiten bei den Rüstungsexporten wird man kaum dazu heranziehen können, um die These von den unsicheren Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie zu untermauern. Gegenwärtig ist eine massive Ausweitung der Exporte (vgl.

Tabelle 1) festzustellen, deren augenfälligster Beweis die Lockerung der Exportrestriktionen durch die Bundesregierung ist. Dahinter stecken politische Ziele, da Rüstungsexporte auch politischen Einfluß in den Ländern, in die man exportiert hat, bewirken (Berater etc.).

Bei Karsten Voigt heißt es dazu:

„*Überdies erfordern Waffenexporte vom Staat Bürgschaften, Vorfinanzierungen und Subventionen, weil auf dem Weltmarkt die Mehrzahl der Waffen unter den tatsächlich entstehenden Kosten gehandelt wird und die Zahlungsfähigkeit der Kunden (...) keineswegs so gesichert ist, daß ohne staatliche Garantien exportiert werden könnte*" (4).

Der Staat hat also auch die Hegemonie über die Waffenexporte, und die Abkehr vom Begriff ‚Spannungsgebiet' bei den Exportbestimmungen soll dem Staat gerade einen größeren Spielraum bei seiner Entscheidung, in welches Land Waffen exportiert werden können, ermöglichen.

Es ist zwar notwendig, den in der Rüstungsindustrie Beschäftigten zu sagen, daß der Kampf um Abrüstung nicht ihre Arbeitslosigkeit mit sich bringt, da es genügend andere Dinge, die produziert werden könnten, gibt; es ist aber m.E. wenig erfolgversprechend, den dort Beschäftigten ihre Arbeitsplätze mit dem Argument, diese seien unsicher u.ä., „mies"zumachen, wo doch das Gegenteil sinnlich erfahrbar ist.

Beispiele für Rüstungskonversion

Nun gibt es ja Beispiele für Rüstungskonversion, die zeigen, daß die Umwandlung von militärischer in zivile Produktion technisch machbar ist (was indirekt durch die gegenteilige ‚Konversion' auch bewiesen wird). Am originellsten ist hierbei vielleicht das Beispiel des US-Unternehmens Karman, das von Militärhubschraubern auf Gitarren umsattelte („die inzwischen weltbekannten Ovation-Gitarren", „taz", 18.9.81).

Aber auch dieses Beispiel zeigt die Priorität der Politik: Nach dem unrühmlichen Ende des Vietnamkrieges 1969 brauchte die US-Army einfach weniger Hubschrauber. J e d e bisher real durchgeführte Rüstungskonversion ist auf derartige politische Ursachen (Ende des 2. Weltkrieges, nach dem Koreakrieg, Schließung militärischer Basen in den USA in den 60er Jahren zur Effektivierung des Militärapparats, Ende des Vietnamkrieges) zurückzuführen.

Da gegenwärtig eine Ausweitung der Rüstungsproduktion betrieben wird, müssen Konversionsvorschläge Papier bleiben.

Mit Alternativplänen die Kollegen mobilisieren?

Nun könnte man ja entgegnen, daß man zwar auch nicht an die Durchführbarkeit der Rüstungskonversion innerhalb des Kapitalismus glaubt, derartige Pläne aber geeignet seien, die Kollegen in den Rüstungsbetrieben für den Frieden zu mobilisieren.

So eine Position vertritt die Sozialistische Gruppe Big Flame. Bei ihnen heißt es:

„*Alternativpläne haben eine Reihe sehr praktischer Nutzanwendungen im Kampf für den Sozialismus. Erstens erfordert das Erstellen von Alternativplänen ein allgemeines Nachdenken über Arbeit und Arbeitgeber (...) Zweitens sind die Alternativpläne eine nützliche Vorbereitung für die Zeit, wenn Arbeiter die Geschicke der Gesellschaft selbst bestimmen. Drittens können Alternativpläne auf sehr direkte Art und Weise zeigen, wie eine sozialistische Gesellschaft aussehen könnte (...) Alternativpläne können den Menschen zeigen, daß und wie ihr Leben unter sozialistischen Bedingungen besser sein könnte. Viertens können Alternativpläne ein Anfang dafür sein, die Probleme von Arbeitern in Fabriken (und Dienstleistungsbetrieben) mit den Problemen in Beziehung zu setzen, mit denen Menschen in anderen Lebensbereichen konfrontiert werden*" ((5), S. 39).

Aber muß das Vertiefen in Alternativpläne, die unter den gegenwärtigen politischen Herrschaftsverhältnissen nicht realisierbar sind, für die Masse der lohnabhängig Beschäftigten, die eine derartige Arbeit in ihrer Freizeit leisten müßten, nicht frustrierend wirken? Ist es nicht so, daß eine Mobilisierung für den Sozialismus weniger über die Erarbeitung idealer Sozialismusmodelle, sondern eher über eine Negation der kapitalistischen Verhältnisse läuft (z.B. über das Aufzeigen des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Kriegen, wovon Huffschmid ja Abstand nimmt)?

Man wird die Erfahrungen von Lucas Aerospace, wo von einer hochqualifizierten Belegschaft bei ausgedehnten

sten müßten, nicht frustrierend wirken? Ist es nicht so, daß eine Mobilisierung für den Sozialismus weniger über die Erarbeitung idealer Sozialismusmodelle, sondern eher über eine Negation der kapitalistischen Verhältnisse läuft (z.B. über das Aufzeigen des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Kriegen, wovon Huffschmid ja Abstand nimmt)?

Man wird die Erfahrungen von Lucas Aerospace, wo von einer hochqualifizierten Belegschaft bei ausgedehnten

Forschungs- und Entwicklungsabteilungen kleine sehr spezialisierte Serien von Rüstungsgütern hergestellt werden, nicht ohne weiteres verallgemeinern können. Hier führte der Alternativplan immerhin dazu, daß die Geschäftsführung von den geplanten Entlassungen Abstand nahm.

In der BRD hat die ‚Initiative Sozialistische Politik' („Moderne Zeiten") Gedanken in ähnliche Richtung entwickelt. In ihrer Plattform kritisieren sie den „abstrakten Politizismus", das Starren auf die Machtfrage. Der Wille zum Niederreißen der bestehenden Verhältnisse wachse in dem Maße, „*wie eine Vorstellung erarbeitet wird, wie die menschlichen und vom Menschen genutzten natürlichen Produktivkräfte im Interesse der Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder entfaltet werden können*" („MOZ" 7/81). Der Nachweis für diese Behauptung steht noch aus. In ihren bisherigen Ausarbeitungen zur Rüstungskonversion hat sich die ‚MOZ' ausschließlich mit der wirtschaftlichen Seite der Rüstungsproduktion befaßt („MOZ" 1/82).

M.E. wäre es eher die Aufgabe von Sozialisten in Rüstungsbetrieben, die kriegsfördernden Gefahren dieser Produktion, ihre staatlich betriebene Ausweitung und die den Interessen der Lohnabhängigen zuwider laufende Verwendung von Steuergeldern anzugreifen und d a b e i das berechtigte Interesse der Kollegen am Erhalt ihres Arbeitsplatzes nicht zu vergessen. In dieser Hinsicht bietet die Grundsatzerklärung des Vertrauenskörpers von Blohm & Voss (siehe AK 218, S. 16) recht positive Ansatzpunkte.

Verwendete Literatur:

(1) Jörg Huffschmid (Hrsg.): Rüstungs- oder Sozialstaat? prv 208
(2) Jörg Huffschmid: Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. In: „Druck und Papier" 23/81; nachgedruckt in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" 1/82
(3) Ulrich Albrecht/Peter Lock/Herbert Wulf: Arbeitsplätze durch Rüstung? rororo 4266
(4) Karsten Voigt: Wege zur Abrüstung. Auszugsweise abgedruckt in „FR" vom 2.10.81
(5) John Humphrey: Die Position der sozialistischen Gruppe Big Flame zum Alternativplan. In: Lucas Aerospace. Statt Waffen nützliche Dinge. Hrsg.: BDP-Hessen. Frankfurt 1981

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Militärputsch in Guatemala
Zeit zum Luftholen, aber keine Wende der Diktatur

Der folgende Bericht über den Militärpusch in Guatemala, über die ersten Eindrücke der Tage danach und über die Hintergründe erreichte uns von einem Genossen, der zur Zeit in Guatemala lebt. Dieses Land wird oftmals als nächster „Dominostein" genannt — nach Nicaragua und El Salvador. Wie dort wütet seit Jahrzehnten die Oberschicht im Bündnis mit den USA mit faschistischen Methoden. Neben der politischen erstarkt gegenwärtig auch die militärische Opposition. Nach den Erfahrungen in Nicaragua und El Salvador soll der Militärputsch offensichtlich frühzeitig Weichen stellen. Was sich tatsächlich ändert, beschreibt dieser Bericht.

Am Dienstag, den 23.3.82, erlebte Guatemala den 3. Staatsstreich seiner jüngeren Geschichte. Das Regime des General Lucas Garcia wurde zwei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen am 7.3. von einer Gruppe junger Offiziere gestürzt. Eine dreiköpfige Militärjunta übernahm die Macht. Zum neuen Präsidenten und Verteidigungsminister ernannte sich General Efrain Rios Montt. Zusammen mit General Horacio Egberto Maldonado Schaad (Innenminister) und dem Coronel Jorge-Luis Cordillo (Regierungssprecher) bildet er die neue Regierung. In den ersten Erklärungen wurden Friede, Arbeit und Garantie der Menschenrechte versprochen, aber auch hartes Vorgehen gegen die Guerilla.

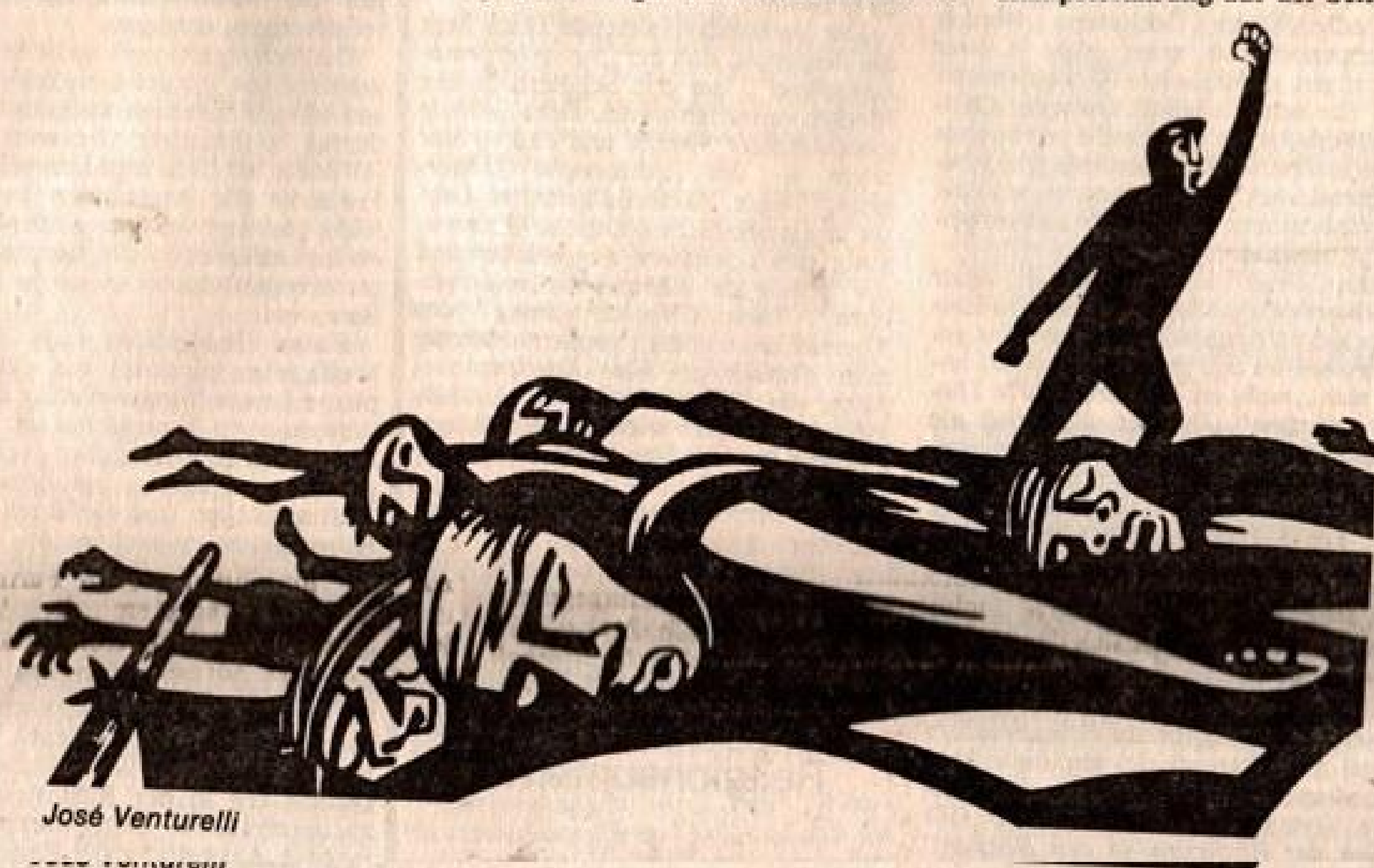
Der Putsch war offensichtlich lange und gut vorbereitet. Morgens um 9 Uhr umzingelten Soldaten mit Panzer und schweren Geschützen den Nationalpalast im Zentrum von Guatemala-Stadt. Gleichzeitig wurden das Hauptquartier der Nationalpolizei, der Flughafen und die wegen ihrer Grausamkeit berüchtigten „cuerpo de detectivos" und „comando 6" der Nationalpolizei umstellt und abgeriegelt. Alle Radiostationen des Landes sendeten Marschmusik, Nachrichten gab es keine. Schon vorher waren in den wichtigsten Kasernen des Landes die Kommandanten von den aufständischen Offizieren kurzerhand abgesetzt worden. Nur in Quetzaltenange, der zweitgrößten Stadt Guatemalas, ist es dabei zu einem kurzen Schußwechsel gekommen. Nach Stunden der Verhandlungen, in die sich auch der amerikanische Botschafter eingeschaltet haben soll, wurde die Macht an die neue Militärjunta übergeben. Einzeln mußten die Regierungsangestellten mit erhobenen Händen den Nationalpalast verlassen. Das Parlament wurde nach Hause geschickt, die Wahlen vom 7.3. annuliert.

Die neue Junta rechtfertigt ihren Putsch mit Anklagen gegen das alte Regime. Die Regierung Lucas hätte eine
gime. Die Regierung Lucas hätte eine
korrupte und unwürdige Minderheit im Land repräsentiert. Nur durch Wahlbetrug in den Jahren 1974, 1978 und auch jetzt (1982) hätte sie sich an der Macht halten können. Korruption, Gewalt, Verletzung der Menschenrechte — all das sei Grund für die internationale Isolierung Guatemalas, für Kapitalflucht, für den wirtschaftlichen Bankrott. Ehre und Glaubwürdigkeit der Armee ständen auf dem Spiel.

Was die Lucas-Clique hinterlassen hat, kommt in der Tat einer Bankrotterklärung gleich. Die Devisenbestände der „Banco de Gutatemala" sind auf Null gesunken. Auf dem Schwarzmarkt wird 15 - 20 % über dem offiziellen Wechselkurs gezahlt. Die Wachstumsrate des Kaffee-Exports Guatemalas in den letzten 2 Jahren liegt unter der El Salvador's. Auf vielen Fincas haben die Arbeiter seit Monaten keinen Lohn mehr gesehen, nur Naturalien wurden „gezahlt". Oft trauen sich die Grundbesitzer aus Angst vor „ihren" Arbeitern nicht mehr auf das Land. Wer kann, bringt sein Geld in die USA, mit Investieren ist nichts mehr. Und das ganze Ausmaß der Repression läßt sich nur schwer beschreiben. Seit 1978 sind mindestens 13.000 Leichen gefunden worden. Hinzu kommen die Tausende von Verschwundenen, die nie wieder aufgetaucht sind. Angst und gegenseitiges Mißtrauen kennzeichnen die Aera Lucas. Und dann die vielen Guatemalteken im Exil. Allein in Mexiko sollen es 6.000 sein.

Versprochen wird von der neuen Junta, jetzt alles besser zu machen. Kein Ausnahmezustand, keine Verletzung mehr der persönlichen Freiheiten und die Wiederherstellung demokratischer Institutionen, Schluß mit Gewalt und Morden. Neuwahlen werden angekündigt, ohne allerdings ein Datum zu nennen. Die Isolierung soll überwunden und es sollten wieder Investitionsanreize gefunden werden. Eine „despistolización" des Landes soll eingeleitet werden, d.h. die Beschlagnahme aller im Privatbesitz befindlichen Waffen. Denn die verschiedenen paramilitärischen Banden hatten eine derartige Autonomie erreicht, daß das Gewaltmonopol der Armee in Frage gestellt war. „Nur das Militär darf Waffen tragen". Vor allem gilt dieser Aufruf aber der Guerilla. Sie solle doch, bitte, die Waffen abgeben. Wer sich widersetzt, werde in Zukunft standrechtlich erschossen und nicht mehr ermordet — so die neue Definition!

Nach den ersten knappen Informationen über den Staatsstreich herrschte in der Hauptstadt eine gespannte Abwarte-Stimmung. Niemand wußte etwas Genaues. Es passierte auch nichts. Nur die Läden waren innerhalb von 2 Minuten geschlossen, die Innenstadt wie ausgestorben. Einige Neugierige wagten sich zu der Militärabsperrung um den Nationalpalast. Vereinzelt wurden auch Soldaten beglückwünscht. Als am Abend General Rios Montt den geglückten Putsch im Radio bekanntgab, krachten in der ganzen Stadt Knallkörper. Allgemeine Zufriedenheit über die Absetzung des verhaßteb Lucas-Regimes. Aber auch Unsicherheit, ob tatsächlich was anders wird. Ein Vorfall gibt sehr deutlich die Stimmung vieler Guatemalteken wieder: Am Nachmittag des 23., als der Erfolg des Putsches noch nicht feststand, wurde das Haus von Donaldo Alvarez Ruiz gestürmt. Vorher war seine Leibgarde von Militärs entwaffnet worden, er selbst hielt sich allerdings in Miami auf. Ruiz, Ex-Innenminister und Vorsitzender der PID (Partei der institutionalisierten Demokratie), ist wohl der verhaßteste Mensch der alten Regierung. Mehrere Hunderte Menschen forderten vor seinem Haus „Wir wollen den Kopf von Donaldo!" Und da dieser nicht zu bekommen war, räumten sie aus seinem Haus alles aus, was irgendwie zu transportieren war. Von Dutzenden Whiskyflaschen bis zum Kühlschrank und dem Elektroherd.


José Venturelli

Die Parteien, die den „Wahlsieger" vom 7.3. — Anibal Guevara — unterstützt hatten, hielten sich mit Stellungnahmen betont zurück. Die Präsidentschaftskandidaten der „Union Opositora" und der ultrarechten MLN (Movimiento de la Liberación Nacional), Maldonado Aguirre und Mario Sandoval, waren erstaunlicherweise zufällig auf Reisen in den USA. Nach ihrer Rückkehr wetteiferten sie in der Huldigung der neuen Regierung. Auch die Unternehmer-Partei CAN (Central Autentica Nacional) schloß sich dem an. Fast wörtlich gleichen sich die Erklärungen der Christdemokratie und der MLN. Gemeinsam riefen sie ihre Mitglieder zu Jubeldemonstrationen auf, an denen jeweils etwa 5.000 Menschen teilnahmen.

Wer sind nun die neuen Machthaber Guatemalas? Der Putsch wurde vorbereitet von einer Gruppe junger Offiziere, die ihre Anzahl mit ca. 900 angiebt. Unzufriedenheit herrschte innerhalb des Offizierscorps seit geraumer Zeit. Im August vergangenen Jahres erschien in der „Barricada" (Nicaragua) ein Interview, wo einige guatemaltekische Offiziere ihren wachsenden Unmut über Korruption und Ineffizienz im Kampf gegen die Guerilla äußerten, Reformen forderten und auch schon damals einen Staatsstreich nicht ausschlossen. Doch als sich am Abend des 23.3. die neue, dreiköpfige Junta präsentierte, waren ihre Mitglieder alles andere als junge Offiziere:

Efrain Rios Montt ist seit 10 Jahren Brigadegeneral. Seine militärische Ausbildung erhielt er u.a. in Fort Gulick (Kanalzone von Panama), Fort Bragg (North-Carolina/USA) und in einem Trainingszentrum der italienischen Armee. Als Generalsstabschef befahl er in den Jahren 1972/73 verschiedene Massaker an Indios im Hochland Guatemalas. 1974 war er Präsidentschaftskandidat der Christdemokratie, die damals nur durch Wahlbetrug scheiterte. Später wurde er als Militärattaché nach Spanien abgeschoben.

Die beiden anderen Junta-Mitglieder sind bisher wenig in Erscheinung getreten. Egberto Maldonado Schaad war Kommandant einer Kaserne und General der Ehrengarde. Coronel Luis Gordillo Martinez war Befehlhaber von Quetzaltenange. Militärisch wurde er ausgebildet in der Akademie „Agujas Negras" (Brasilien) und als Dschungel-Experte in Fort Sherman und Gulick (Panama-Kanalzone).

Der Junta beigeordnet ist ein Beraterstab von 6 Offizieren. Viele der eigentlichen „Macher" des Putsches haben hier ihre Posten bekommen. Ein buntes Gemisch, darunter einige MLN-Aktivisten (1). Noch ist nicht genau durchschaubar, welchen Einfluß dieses Gremium auf die Regierungspolitik haben wird.

Die Glaubwürdigkeit der Junta wird sich u.a. daran erweisen, wieweit sie die alten Regierungs- und Repressionsstrukturen beseitigt. Heute, fast 2 Wochen nach dem Putsch, sind konkrete Anklagepunkte gegen die Ex-Regierung noch nicht erhoben. Der gestürzte Präsident Lucas Garcia und ebenso sein Bruder Benedito (ehemals Generalstabschef) befinden sich wohlauf in ihren Fincas. Den meisten Ex-Ministern und dem Fast-Präsidenten Guevara geht es ebenso. Zwar haben sie keine politische Bewegungsfreiheit mehr, wenigstens momentan, aber „wir wollen keine Revanche", so Rios Montt, „was in den letzten Jahren geschehen ist, kann man nicht rückgängig machen". Der Chef der Nationalpolizei, General German Chapina, gilt als einer der größten Verbrecher. Tausende von Guatemalteken sind unter seinem Befehl entführt, gefoltert und ermordet worden. Die Junta hat nun diesen Mann in Ehren entlassen, ihn für seine wertvollen Dienste gedankt und genau den Coronel an seine Stelle gesetzt, den Guevara auch dafür vorgesehen hatte, Ponca Nitch.

Und neuer Kommandant des berüchtigten „cuerpo de detectivos" wurde einer der ehemaligen Stellvertreter. Wesentliche Änderungen hat es also nicht gegeben, nur die Kosmetik korrigierte man ein wenig. So werden die Angehörigen einer der Zentralen für Mord und Folter, des „Comando 6" der Nationalpolizei, in Zukunft ihre Zivilkleidung ablegen und Uniformen tragen müssen.

Während man die dicken Fische weitgehend ungeschoren läßt, werden von der Regierung 50 Ex-Funktionäre gesucht, 20 befinden sich in Polizeigewahrsam. Meist sind es Leiter von Institutionen wie Bauämtern, Wasserwerken, Elektrizitätsgesellschaften. Namen und Vergehen werden kaum genannt. Nur manchmal Vermutungen in der Presse, die das Ausmaß der Korruption ahnen lassen. So soll der ehemalige Chef der Zollverwaltung in den Handel mit harten Drogen von Südamerika nach den USA verstrickt sein. Aber meist heißt es nur, „Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung sollen den Gerichten übergeben werden". In Guatemala glaubt niemand so richtig, daß dabei was herauskommen wird.

Was die „despistolización" angeht, ist bislang nicht viel geschehen. In ein, zwei Häusern wurden Waffen und Munition beschlagnahmt. Aber bei wem? Nur der Ex-Minister Ruiz wurde namentlich erwähnt, in dessen Haus auch ein Kellergefängnis mit Folterinstrumenten ausgehoben wurde. Aber der guatemaltekischen Presse war dies nur eine kleine Notiz wert. Von der „Todesschwadron" und der „Geheimen Antikommunistischen Armee" spricht niemand. Auch die Entwaffnung der Privatarmee von Mario Sandoval ist für die Junta kein Thema. Immerhin sind dies wohl mindestens 3.000 gut ausgebildete und -gerüstete Leute, mit Kampferfahrung auf der Seite der Nationalgarde Somozas. In dieser Hinsicht wollen die neuen Generäle wohl nicht „despistolizieren".

Trotzdem, Entführungen und Morde sind seit dem Putsch spürbar zurückgegangen. Kaum gibt es noch Anzeigen von „Verschwundenen" in den Tageszeitungen. Das politische Klima, die offizielle Propaganda ist jetzt gegen die Mörder, die sich spürbar zurückhalten. Die Rückendeckung fehlt, und das schafft Unsicherheit.

Die gröbsten Auswüchse der Korruption und der Gewalt werden sicherlich einige Zeit unterbleiben. In begrenztem Rahmen werden auch demokratische Rechte zugelassen werden. Schon beginnen sich Interessen zu formulieren. Die das Lucas-Regime überlebenden Reste von Gewerkschaften fordern höhere Löhne und garantierte Preise für Grundnahrungsmittel. Erstmals seit Jahren melden sich in Zeitungsanzeigen die „Central Nacional de Trabajadores" (CNT) und das „Comité Nacional de Unidad Sindical" (CNUS). Sie verlangen ein „Ende der Verhaftungen, Verfolgungen, Folter, Morde und Massaker, deren Opfer in der Vergangenheit tausende von Gewerkschaftern waren". Fast alle Führer der CNT und der CNUS — soweit sie noch am Leben sind — befinden sich im Exil. Beide Organisationen sind aktive Mitglieder der „Frente Democratico contra la Represion" (FDR), was sie in den Anzeigen auch extra hervorheben. Die Junta hatte in den ersten Stellungnahmen Freiheit der Gewerkschaften zugesichert. Allerdings wurde dies schon einige Tage später dahingehend eingeschränkt, „solange sie sich nicht politisch engagieren".

Seit langer Zeit fand in diesem Jahr auch wieder in der Vorosterwoche der karnevalistisch-politische Umzug von Studenten der staatlichen Universität San Carlos statt. Anlaß ist der traditionsreiche „huelga de dolores" (Schmerzensstreik), wo alles und jeder zur Kritik und Veräppelung freigegeben ist. Es war sogar möglich, die Streikzeitung („No Nos Tientes") auf den Straßen der Innenstadt relativ frei zu verkaufen, die an ihrer Sympathie für die Guerilla keinen Zweifel läßt.

Auf dieser Ebene wird es sicher ein vorsichtiges Anwachsen und Ausnutzen legaler Möglichkeiten geben. Die Gefahr dabei ist aber, daß in der Legalität zu guatemaltekischen Bedingungen die Aktivisten der Volksbewegung schnell die Leichen von morgen sein können. Und dies auch trotz der Ankündigung von Rios Montt in der mexikanischen Zeitung „Exélsior", er sei bereit, eine Delegation von AI zu empfangen und sie einzuladen, um sich über die Menschenrechte in Guatemala zu informieren. Die Geschichte Guatemalas ist voll von Beispielen, wo „junge Offiziere", einmal an der Schaltstelle der Macht, schnell in das Fahrwasser der abgewirtschafteten Generalsclique kommen. Zum anderen ist auch die Möglichkeit eines Gegenputsches nicht ausgeschlossen. Zwar sind die Herrschaften um Lucas im Moment zum Schweigen verurteilt. Aber untätig werden sie die neue Entwicklung auf Dauer nicht mit ansehen wollen. Und sie wird bei der traditionell äußerst konservativen Armee Guatemalas wieder mehr Einfluß gewinnen, wenn sich herausstellen sollte, daß die neue Junta im Kampf gegen die Guerilla auch nicht mehr Erfolge vorweisen kann.

Dem Aufruf, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gemeinschaft einzugliedern, haben die Guerilla-Organisationen natürlich nicht entsprochen. Ein Kommuniqué der EGP (Ejército Guerrillero de los Pobres) bezeichnet den Putsch als eine Farce und einen Trick, womit das „Heer der Reichen" wieder Boden gewinnen will. Laut EGP sind die Offiziere und Soldaten vom 23.3. dieselben, die vorher mit Lucas unter einer Decke steckten. „Sie waren die Komplizen von Lucas, und jetzt wollen sie auf einmal Demokraten sein!"

Der Junta war wohl klar, daß ihr Friedensappell bloß propagandistischen Wert hat. In keinem Moment seit dem Putsch hat das Militär seine Aktionen ausgesetzt. Dialog oder Verhandlungen mit der Guerilla, davon ist keine Rede. Was sich aber ändern wird, ist die Art und Weise des Vorgehens gegen die Subversion. Kritisiert wird an der alten Regierung, sie sei der Guerilla nur militärisch begegnet, habe aber verkannt, daß diese nicht nur mit den Waffen kämpfe. Die Junta will nun mit sozialen Veränderungen in den Gebieten beginnen, wo die Guerilla operiert. „Von heute an wird das Heer Aktionen durchführen, die Elend, Armut und soziales Unglück beseitigen". Damit wird auf ein Rezept zurückgegriffen, das schon einmal in Guatemala seine Anwendung gefunden hatte. Mitte der 60er Jahre bestand die Offensive des Militärs im Osten des Landes gegen die damalige Guerilla auch aus einer Kampagne der „acciones civicomilitares". Man versorgte die Campesinos mit Nahrungsmitteln, Ärzte und Zahnärzte wurden zu ihnen geschickt sowie Wege und Bewässerungskanäle gebaut. Doch abends kamen im Schutze der Dunkelheit Soldaten, verkleidet als Guerilleros, um die Menschen in den Dörfern zu mißhandeln und um zu töten. Schon tauchen heute in den Zeitungen wieder Berichte auf, die Guerilla hätte in verschiedenen Dörfern Frauen und Kinder getötet.

Abzuwarten bleibt, wieweit die neue Junta eine demokratische Öffnung tatsächlich zuläßt. Und wenn, wird sich diese wohl mehr in der Hauptstadt bemerkbar machen. Auf dem Land dürfte es in dieser Hinsicht wohl kaum Veränderungen geben. In Guatemala-Stadt ist bis jetzt zumindest ein offeneres Klima zu merken. Kritik wird wieder geübt und gegenseitiges Mißtrauen beginnt sich aufzuweichen. Interessant wird es bestimmt.

Raban Mietz

(1) MLN = Bewegung der nationalen Befreiung/faschistische Partei, 1954 mit der US-Intervention entstanden, die mehrere paramilitärische Banden kontrolliert.

El Salvador: Das Ergebnis der Wahlen

Noch nie wurde das Volk von El Salvador so von der bürgerlichen Presse bejubelt wie in den Tagen nach der Wahl vom 28. März.

„Diese Wahlen waren eine Demonstration gegen die Gewalt. Das Volk wünscht den Frieden" (1). *„ ... ein Volk, daß sich trotz vielfach fehlender Transportmittel und großer Gefahr nicht davon abhalten ließ in sengender Hitze stundenlang anzustehen, um sein Wahlrecht wahrzunehmen"* (2).

Auch die Reaktionäre aller Länder waren sehr zufrieden: MdB Lenz, CDU, redete von einem *„Akt der Selbstbefreiung"* und Haig von einem *„Beweis für die Macht der Demokratie"* (3).

Der Grund für den Jubel liegt in der Einschätzung, daß *„der große politische Verlierer der Wahlen in El Salvador ... die FMLN/FDR"* sei (1). Auch so mancher, der mit dem Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes sympathisiert, war ein wenig überrascht, als er in der „Tagesschau" die langen Wählerschlangen vor den Wahllokalen sah. Dies ist Grund genug, noch einmal im Detail auf den Wahlvorgang einzugehen.

Die Wahlbeteiligung wurde erzwungen

Am meisten freuten sich die Reaktionäre in aller Welt über die angeblich so hohe Wahlbeteiligung in El Salvador. Der US-Botschafter Hinton nannte sie sogar „superphantastisch" (2). Hiermit dürfte er in gewisser Weise recht haben; es scheint sich hier tatsächlich um reine Phantasiezahlen zu handeln.

Da es in El Salvador keinerlei Wählerlisten gibt, kann die Anzahl der Wahlberechtigten nur geschätzt werden. Die Regierung legte die Zahl der Wahlberechtigten auf 1,5 Millionen fest. Angeblich wurden über 1,1 Millionen Stimmen abgegeben, erwartet hatte man nur 0,5 bis 0,6 Millionen (9). Diese Rechnung ist die Grundlage für den Jubel. Aber sie stimmt vorn und hinten nicht.

Die Zahl der Wahlberechtigten liegt mit Sicherheit weit höher. Sogar die konservative Londoner „Financial Times" schätzt sie auf 2,1 Millionen (3) (Die Gesamtbevölkerung beträgt knapp 5 Millionen; Männer und Frauen ab 18 Jahren waren wahlberechtigt). Daß die Zahl der abgegebenen Stimmen nach oben manipuliert wurde, ist ebenfalls sehr wahrscheinlich, da die wenigen ausländischen Beobachter nie und nimmer die fast 5.000 Wahllokale „beobachten" konnten, und alle Parteien erklärt hatten, es sei ihr gemeinsames Ziel, daß es eine möglichst hohe Wahlbeteiligung geben würde (5). Die FMLN/FDR beschuldigte den zentralen Wahlrat ebenfalls, die Zahlen mit Hilfe des Computers nach oben manipuliert zu haben (11).

Nach den Wahlen warfen viele Parteien den Christdemokraten, die den zentralen Wahlrat kontrollierten, Wahlbetrug vor. So behauptete die ARENA, daß die PDC mehrere hunderttausend zu ihren Gunsten ausgefüllte Stimmzettel in den Osten des Landes gebracht hätte (12). D'Aubuisson nannte die Wahl *„einen törichten Schwindel"*, der *„im Voraus völlig arrangiert gewesen"* sei (13). Erst nachdem US-Botschafter Hinton alle Parteien aufforderte, ihre gegenseitigen Anschuldigungen einzustellen (3), hörte man nichts mehr davon.

Die langen Wählerschlangen in der Hauptstadt, die die Junta stolz den internationalen Medien präsentierte, sind auch nicht unwesentlich darin begründet, daß es dort für über 300.000 Wahlberechtigte nur ganze 13 Wahllokale gab. Im Schnitt also 23.000 Wahlberechtigte pro Wahllokal (Zum Vergleich: Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 6. Juni sind es durchschnittlich 780 Wahlberechtigte pro Wahllokal) (3).

Trotzdem bleibt unbestritten, daß relativ viele Salvadorianer zur Wahl gingen. Aber auch dafür gibt es andere Gründe als die, die Reagan & Co. uns weismachen wollen. In El Salvador besteht gesetzliche Wahlpflicht. Nach der Stimmabgabe bekam jeder Wähler einen mit Hilfe von Infrarotlicht sichtbaren Strich in seinen Ausweis. Dies geschah angeblich um doppelte Stimmabgaben auszuschließen. Ein anderer Effekt ist natürlich, daß die „Sicherheitskräfte" genau kontrollieren konnten, wer das Gesetz befolgt hat und wer nicht. *„Drei Wochen vor der Wahl erklärte ein Handwerker aus einem Flecken in der Nähe von Chalatenango etwas verlegen: Ich werde wählen am 28. Wenn ich das nämlich nicht tue, dann machen sie mir am 29. die Bude zu ... . Der Lehrer in diesem Ort gab unumwunden zu, er wolle zwar nicht wählen, er habe aber keine Möglichkeit, sich so zu verhalten, wegen der Lage in der er steckt"* („was tun", 15.4.82). Den Angestellten im öffentlichen Dienst, in den Banken und vielen anderen Betrieben wurde angedroht, sie bekämen ihr Gehalt nicht ausgezahlt, wenn sie diesen Strich nicht vorweisen könnten (3).

„Freie und geheime Wahl"

Wie frei und geheim diese Wahlen waren, wird selbst in den Jubel-Berichten eines stockreaktionären „FAZ"-Korrespondenten deutlich. Hier ein paar „Ausrutscher", die ihm passiert sind: *„Die Wahlkabinen standen bisweilen zu nah an den Wählern, mitunter wurden auch einige Beobachter der Parteien neben den Kabinen gesehen. ... Dann gehen die Senores und Senoras an den Wahltisch unter dem die — durchsichtige — Urne hängt; er steht nicht abseits und er ist nur in Brusthöhe abgeschirmt. ... Dicht an der Urne stehen hier mit unterschränkten Armen zwei Arena-Beobachter, die man nicht zum Feinde haben möchte. Unter den vielen hundert Wählern treffen wir zwei Christliche Demokraten, die erklären, sie hätten Angst an die Tische zu gehen"*. Trotz allem ist sich der Korrespondent mit den drei Beobachtern der CDU/CSU natürlich darin einig, daß diese Wahl „sauber und frei" war (14).

Das Ergebnis

Von den 60 Sitzen der verfassungsgebenden Versammlung erhielten die Christdemokraten nur 24, die ARENA 19, die PCN 14, die AD 2 und die PPS erhielt einen Sitz. Die ultrarechten Parteien haben also zusammen eine klare Mehrheit von 36 Stimmen und die Befürchtungen der USA, daß ihr Liebling Duarte die Wahlen verliert, haben sich bestätigt.. ARENA-Chef d'Aubuisson erklärte sich sofort nach der Wahl zum Sieger und verkündete, er werde mit den drei anderen Parteien der extremen Rechten eine *„Regierung der nationalen Einheit"* bilden, an der die Christdemokraten nicht beteiligt werden sollten (3).

Die US-Regierung kam dadurch in eine etwas heikle Lage. Sie hat zwar nichts gegen diese Art und Weise einzuwenden, auf die die Faschisten den Krieg gegen die Bevölkerung führen wollen. Aber mit Hilfe der Christdemokraten konnte man das bisher im Ausland immer noch einigermaßen als „Demokratie" verkaufen. Das US-Interesse an den Wahlen war ja gerade, die Junta noch demokratischer aussehen zu lassen. Mit einem so offenen Faschisten wie d'Aubuisson an der Spitze, der sogar Duartes Scheinreformen verteufelt und jede Art vo Gespräch mit der Opposition strikt ablehnt, ist das nur schwer möglich.

Die USA verfuhren zweigleisig. Einerseits versuchten sie, d'Aubuisson wieder ein wenig gesellschaftsfähig zu machen, indem z.B. sofort das für ihn bestehende Einreiseverbot in die USA aufgehoben wurde (15); andererseits schalteten sie sich direkt in das Machtgerangel um die neue Regierung ein. Botschafter Hinton lud Vertreter aller Parteien am Tag nach der Wahl in seine Residenz zum Mittagessen ein, wo er versuchte, ihnen eine Koalition mit den Christdemokraten schmackhaft zu machen (15). Viel erreichte er nicht, denn am Tag darauf verkündeten die vier Parteien noch einmal, daß sie das *„Gesellschaftsmodell der Christdemokraten genauso ablehnen wie den Kommunismus"* (10). Reagan erklärte in einer Fernseh-Pressekonferenz, ein Abbruch der von Duarte eingeleiteten „Reformen" würde Washington bezüglich der Unterstützung für El Salvador in eine „sehr schwierige Lage" versetzen (16).

Der Hintergrund dafür ist, daß Reagan Ende Juli wieder dem Kongreß berichten muß, ob in El Salvador die Wirtschafts- und Sozialreformen fortgeführt und die Menschenrechte eingehalten werden, wovon die weitere Gewährung von Militärhilfe abhängig gemacht werden soll (17). Der Lösungsvorschlag der USA scheint zu sein, daß die Faschisten die einflußreichen Posten bekommen, die Christdemokraten auch etwa 3 der 11 Ministerposten erhalten und jemand zum Staatspräsidenten gemacht wird, der noch möglichst wenig Dreck am Stecken hat. D'Aubuisson ist inzwischen Präsident der verfassunggebenden Versammlung geworden. US-Kommentar: Dies sei ja nicht gleichbedeutend mit der Wahl zum Staats- und Regierungschef („NZZ", 27.4.82). Zum neuen Kommandanten der Streitkräfte wurde ebenfalls ein ARENA-Mann ernannt (18). Und für das Amt des Staatspräsidenten hat man sich inzwischen auch auf einen honorigen Demokraten geeinigt. Es ist Alvaro Magana, „konservativ, aber flexibel" („NZZ"), der Duartes Reformen für übereilt hält, aber nicht im Grundsatz dagegen sei („SZ"). Und wem das noch nicht zur demokratischen Legitimation des neuen Präsidenten reicht, der wird mit dem Hinweis beruhigt, daß die ARENA und d'Aubuisson gegen ihn gestimmt haben und daß ihm von rechtsaußen irgendwann schon einmal der Vorwurf gemacht worden sei, *„ein Linker zu sein"* („SZ", 3.5.82). Unabhängig davon, daß die USA ständige Mahnungen ergehen ließen, das Gerangel um den Präsidenten beizulegen und sich auf einen Kandidaten zu einigen, hatte US-Botschafter Hinton schon vor der Nominierung Maganas bekanntgegeben, daß die USA ihre Wirtschafts- und Militärhilfe *„auf jeden Fall aufrechterhalten würden"* („NZZ", 27.4.82).

So ist nun also die Demokratie in El Salvador eingekehrt. Seit Ende April ist wieder der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt worden, der für die Wahlen kurzfristig aufgehoben worden war. Die Armee hat — nach Regierungsangaben — mit Unterstützung der Luftwaffe, verschiedene Orte *„gesäubert ... mit dem Ziel die Guerilla zu vernichten"* („NZZ", 1,5,82). Eine weitere große Offensive der Regierungstruppen wird Mitte Mai erwartet, wenn die in den USA ausgebildeten Sondereinheiten (477 Offiziere und 900 Soldaten) zurückgekehrt sind.

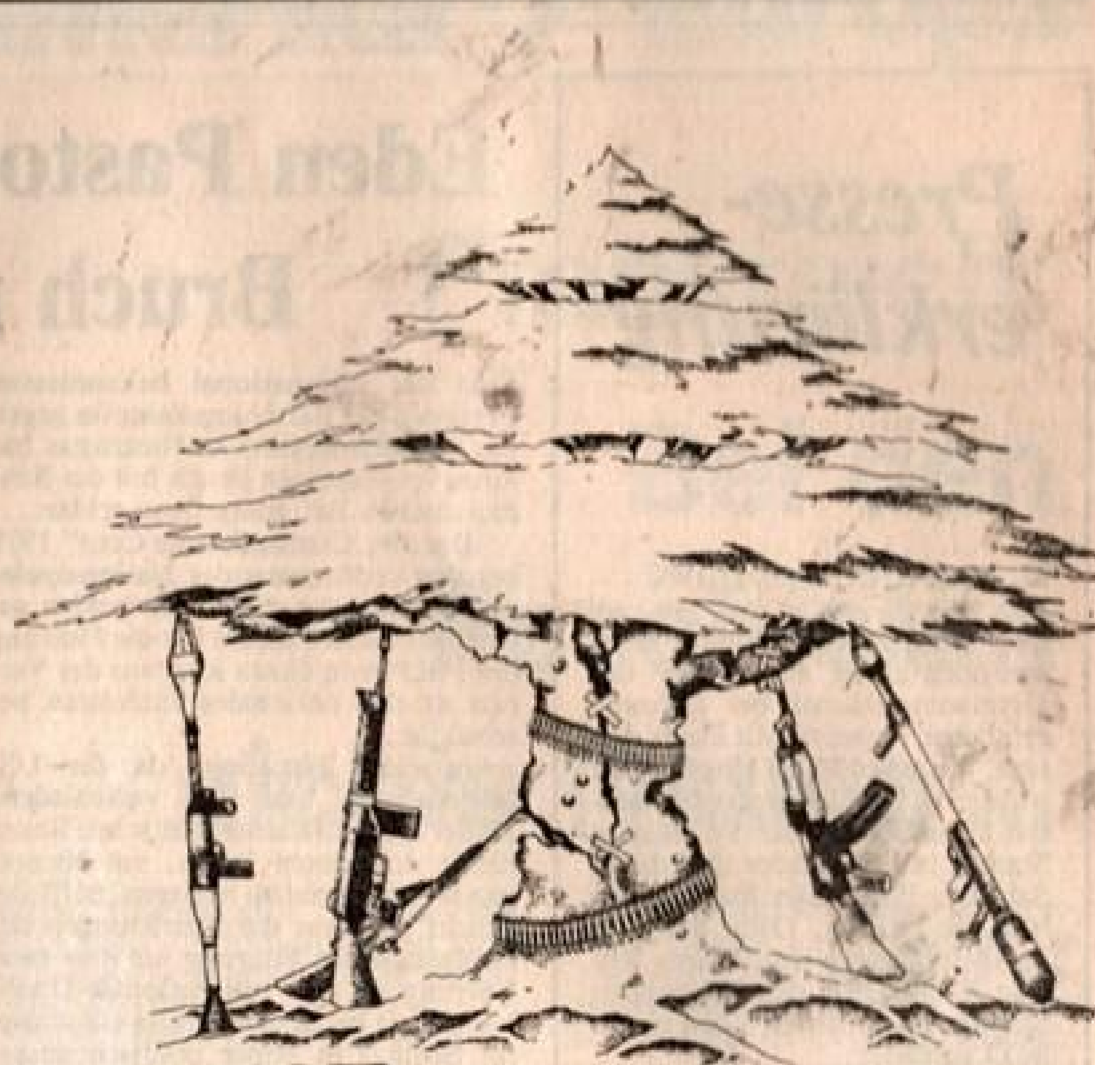
Lateinamerika-Komission

Quellen:

(1) „Bild", 1.4.82
(2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)", 31.3.82
(3) „Der Spiegel", Nr. 14/82
(4) „Die Welt", 5.4.82
(5) „die tageszeitung (taz)", 26.3.82
(6) „taz", 28.7.81
(7) „Frankfurter Rundschau (FR)", 15.8.81
(8) „taz", 9.12.81
(9) Vorläufiges Endergebnis lt. „FAZ", 1.4.82
(10) „taz", 1.4.82
(11) „FR", 3.4.82
(12) „taz", 31.3.82
(13) „FR", 1.4.82
(14) Martin Gester in „FAZ", 30. u. 31.3.82
(15) „taz", 5.4.82
(16) „FR", 2.4.82
(17) „FAZ", 1.4.82
(18) „taz", 26.4.82
(19) „taz", 30.4.82

Bombenerfolg in El Salvador!! 102% Wahlbeteiligung!!

Tja, man glaubt es kaum, aber dieses Ergebnis erhält man durch einfache Rechnung mit den „Blüten" der Presseberichterstattung. 1,45 Millionen Wahlberechtigte (lt. „Neue Zürcher Zeitung", 28.3.82), 1,48 Millionen abgegebene Stimmen (lt. „Frankfurter Rundschau", 3.4.82).



Verhandlungen — Kehrtwendung Reagans?

Die Krise um die Malvinen hat El Salvador und Mittelamerika weitgehend aus den Schlagzeilen verdrängt, ein Nebeneffekt, der den USA durchaus gelegen kommen dürfte.

Durch die Wahlen in El Salvador wurde die rechtsradikale Mafia weiter legalisiert und in höchste Staatsämter gehievt, und selbst der einschlägigen Presse bereitet es einige Mühe, dies als Stabilisierung der Demokratie zu verkaufen.

Zum anderen hatte sich im März und April doch einige Kritik gegen Reagans Mittelamerikapolitik geregt. „FAZ" und „NZZ" zeigten sich einhellig unzufrieden mit ihrem großen Partner, insbesondere nachdem die US-Regierung sich plötzlich bereit erklärte, Verhandlungen aufzunehmen und den mexikanischen Verhandlungsvorschlag zu akzeptieren.

Dieser Vorschlag beinhaltet:
— Verhandlungen zwischen allen Beteiligten zur Beendigung des Bürgerkrieges in El Salvador.
— Nichtangriffsverträge zwischen Nicaragua und USA und auch zwischen Nicaragua und seinen Nachbarn (Honduras, Guatemala, El Salvador).
— Aufnahme von Gesprächen zwischen USA und Cuba.
— Verpflichtungen der USA, keine Umsturzversuche gegen die FSLN-Regierung in Nicaragua zu unternehmen oder zu unterstützen.
— Aufrüstungsbeschränkungen in Nicaragua, wobei die USA hier auf ihre Hauptforderung nicht verzichten werden, nämlich über die Einstellung jeglicher Unterstützung für die Guerilla in El Salvador zu verhandeln.

Monatelang hatten Reagan und seine Leute alle Verhandlungsangebote von FDR, FSLN, Panama, Mexiko usw. strikt abgelehnt, was hatte dies Einlenken nun plötzlich zu bedeuten?

Die „NZZ" geriet in höchste Besorgnis, daß nun auch Reagan — wie schon sein glückloser Vorgänger — auf Druck *„zurückkrebsen"* müsse, daß eine Erklärung über Gewaltverzicht der USA *„verheerende Folgen"* haben könne usw. Überhaupt müsse man sich fragen, ob mit Mittelamerika das „Objekt richtig gewählt" worden sei, um eine Demonstration nordamerikanischer Macht gegen sowjetischen Expansionismus durchzuführen. Jedenfalls hätten *„den Worten Taten folgen müssen"*, und schließlich sei ja leider Reagans Propagandakampagne bezüglich Mittelamerika als gescheitert anzusehen. Die zahlreichen Irrtümer und fehlerhaften Beweise der US-Regierung bezüglich Waffenlieferungen und Unterwanderung durch Cuba und Nicaragua hätten sogar eine *„Glaubwürdigkeitskrise"* hervorgerufen („NZZ", 15.3. und 16.3.82; „SZ", 16.3.82 u.a.).

Diese Art Berichterstattung kritisiert natürlich nicht, daß die Reagan-Regierung mit Lügen arbeitet, sondern daß die Lügen schlecht verkauft werden: Da war zunächst das dubiose Weißbuch, das teilweise zurückgezogen werden mußte; dann waren es Fotos, mit denen Indianermißhandlungen in Nicaragua bewiesen werden sollten, die aber tatsächlich aus der Somoza-Zeit stammten; und schließlich die Panne mit dem nicaraguanischen Ausbilder, der in El Salvador ausfindig gemacht wurde, sich aber als Student entpuppte, der unter Folter zum Geständnis gezwungen worden war, er sei ein nicaraguanischer Militärausbilder.

Diese — wenn nicht dilettantische, so aber allzu offene — Lügenkampagne hat wahrscheinlich mit dazu beigetragen, die Opposition (auch in den USA) zu vergrößern, und sie hat die Schwierigkeit erhöht, Militär- und Wirtschaftshilfe durch die dafür zuständigen Gremien (Kongreß und Senat) zu bekommen.

Die Bereitschaft zu Verhandlungen, unabhängig wie ernsthaft diese dann geführt werden, kann hier etwas Wind aus den Segeln nehmen. Außerdem scheinen Verhandlungen mit Rücksicht auf Kanada, Venezuela und Kolumbien notwendig. Diese Länder spielen in Reagans Karibikplan eine nicht unbedeutende Rolle zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Region, und sie sollen durch eine Zusammenarbeit in Mittelamerika enger in die US-Politik eingebunden werden.

Und schließlich scheint die neue Verhandlungsbereitschaft der USA als Mittel benutzt zu werden, den direkten Druck gegen die Sowjetunion zu erhöhen. Haig betonte auf einer Pressekonferenz, daß Verhandlungen nicht viel bringen werden, es seien vielleicht regionale und zeitlich begrenzte Lösungen möglich, mehr nicht. *„Urheber und Anheizer der karibischen Spannungen"* sei nach wie vor die Sowjetunion. Das Problem El Salvador sei nicht nur aus inneren Ursachen entstanden. *„Ebenso wie Vietnam kein internes Problem gewesen sei, sei auch El Salvador keines. Da russische Waffen und russische Hilfe in Zentralamerika eine Rolle spielen, trage die Sowjetunion auch eine eindeutige Verantwortung für die friedliche Lösung"* („SZ", 16.3.82).

Gleichzeitig wird öffentlich darüber spekuliert, ob durch die demnächst notwendige Ablösung Breschnews ein zeitweiliges Machtvakuum entstehen könne, das der Westen ausnutzen müsse. Wohl in diesem Rahmen wurde Cuba in einer Rede von Haig aufgefordert, die Fronten zu wechseln. Er gab zu verstehen, daß die USA für die Länder des sozialistischen Lagers mehr an Wirtschaftshilfe leisten könnten als die problembeladene und technologisch rückständige Sowjetunion („SZ", 24./25.4.82).

Unterdessen laufen alle militärischen Aktivitäten und Drohungen weiter. Zur Zeit läuft das Manöver „Ocean Venture", das 8. Manöver in der Karibik seit Oktober 81, bei dem eine Invasion in Puerto Rico geübt wird.

Die Verhandlungen der USA mit Honduras und Kolumbien über neue US-Stützpunkte scheinen sich einem erfolgreichen Abschluß zu nähern. Nicaragua protestierte Mitte April gegen zwei vor der Küste aufgetauchte nordamerikanische Marineschiffe und beschuldigte Washington, weitere Vorbereitungen für eine militärische Intervention zu treffen („SZ", 17./18.4.82).

Deswegen bleibt die Forderung so dringend wie immer:
Keine US-Intervention in Mittelamerika
Schluß mit dem Völkermord in El Salvador.

Lateinamerika-Kommission

Presse-erklärung

12. April (Ostermontag) 1982

Das Mittelamerikakomitee Ostwestfalen-Lippe hat heute das Hermannsdenkmal bei Detmold symbolisch besetzt. Mit dieser Aktion, die gegen 17.00 Uhr beendet wurde, wollen wir gegen die massive Einmischung der Vereinigten Staaten in El Salvador und die El Salvador-Politik der Bundesrepublik protestieren. Denn auch die Bundesregierung leistet ihren Beitrag zu dem von den Vereinigten Staaten inszenierten Völkermord in El Salvador:

— Sie unternimmt keinerlei Versuche, deutsche Waffenlieferungen (z.b. G3-Gewehre der Firma „Heckler & Koch) an die Junta El Salvadors zu unterbinden.

— Mit 800.000 DM hat sie die Umsiedlung salvadoreanischer Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet Honduras/El Salvador ins Landesinnere von Honduras mitfinanziert. Damit ist der Weg für eine direkte Intervention aus Honduras durch eine, von den Vereinigten Staaten geführte Interventionsarmee (Argentinier, Chilenen...) freigelegt.

— Die Bundesmarine nahm mit der Fregatte „Augsburg'' im Rahmen eines Nato-Manövers an Interventionsvorbereitungen („...gegen die sowjetisch-kubanische Aggression'') in der Karibik teil.

Mit der symbolischen Besetzung des Hermannsdenkmals wollen wir den folgenden Forderungen an die Bundesregierung Nachdruck verleihen:

— Kein neuer deutscher Botschafter nach El Salvador.

— Anerkennung der FDR/FMLN.

— Unterstützung des Verhandlungsvorschlags der FDR/FMLN

— Anerkennung der FDR/FMLN.

— Unterstützung des Verhandlungsvorschlags der FDR/FMLN für eine politische Lösung des Konflikts.



Eden Pastora: Bruch mit der sandinistischen Revolution

Eine der international bekanntesten Personen des Befreiungskampfes gegen das Somoza-Regime in Nicaragua hat ihren vollständigen Bruch mit der Sandinistischen Befreiungsfront erklärt.

Der als „Commandante Cero'' 1978 bei der Erstürmung des Nationalpalastes in Managua zum Volkshelden gewordene Edén Pastora hat die Führung der FSLN von Costa Rica aus des Verrats an den nationalen Interessen beschuldigt.

In einer Situation, da die US-Imperialisten und ihre verschiedene Helfer im zentralamerikanischen Raum nichts unversucht lassen, um Nicaragua international zu isolieren, trifft der Schritt Pastoras die Bemühungen der sandinistischen Führung um eine neue Vereinigung aller auf nationale Unabhängigkeit bedachten Kräfte als schwerer Schlag. In seiner politisch ausgesprochen dürftigen Erklärung knüpft Edén Pastora zur Untermauerung seiner Vorwürfe gerade an den Punkten an, an denen die Reagan-Regierung und die rechte Opposition seit geraumer Zeit ihre Propagandakampagne gegen den Prozeß der sandinistischen Revolution in Nicaragua führen, ohne jedoch für seine Behauptungen die Beweise zu bringen, die die US-Regierung bisher immer schuldig geblieben ist.

— Edén Pastora betont seine aufrichtige Liebe zur individuellen Freiheit und sein Desinteresse für „doktrinäre Konzepte''. Er unterstreicht, daß die Revolution „wirklich nicaraguanisch'' sein müsse und wirft der FSLN-Führung vor , keine Politik „tatsächlicher Blockfreiheit'' zu betreiben, sondern das Land in den Ost-West-Konflikt hineinzuziehen. Mit etwas drastischeren Worten sagen es Haig und Reagan, wenn sie die Sandinisten anklagen, sie hätten ein totalitaristisches Regime errichtet und Nicaragua zum „Sprungbrett Moskaus'' („FAZ'', 11.3.82) bzw. zu einem zweiten Kuba gemacht.

— Pastora fordert das nicaraguanische Volk auf, sich solange für einen Krieg bereit zu halten, wie *„sich auch nur ein ausländischer Soldat auf dem Boden der Heimat aufhält''*. — Erst im März wurde in den USA eine neue Medienkampagne eröffnet, in der behauptet wird, in Nicaragua seien 70 sowjetische Militärberater und 2.000 kubanische Soldaten („FAZ'', 11.3.82) stationiert. Richtigstellungen und Dementis von nicaraguanischen Regierungsbehörden scheinen Pastora ebensowenig zu kümmern wie die US-Propagandaspezialisten.



Commandante Cero beim Abflug nach der Kommandoaktion im Nationalpalast

— Selbst eine der widerwärtigsten Lügen aus der CIA-Küche greift er auf: die angebliche Verfolgung und Ermordung der Miskito-Indianer. Er denunziert die Sicherheitsorgane und das Militär, sie hätte über die Indianer ein „Regime des Terrors'' errichtet. Die Unrichtigkeit dieser Meldungen ist inzwischen von einer ausländischen kirchlichen Delegation, der sich auch zwei Mitarbeiter der „taz'' anschließen konnten, bestätigt worden („taz'', 26.3.82). Immerhin hat Pastora angekündigt, so bald es geht, in die Wälder der Atlantik- Region zu gehen, um die Situation höchstpersönlich zu erkunden.

— Klage führt er auch über das Fehlen eines Investitionsklimas für die Privatwirtschaft, mit dem allein der Aufschwung einer gemischten Wirtschaft angeregt werden könne; er fordert Parteienpluralismus und freie Wahlen — auch wenn es in Nicaragua ein Parteienspektrum mit einer politischen Breite und einem Aktionsspielraum wie in keinem Land der „westlichen Demokratien'' gibt — und dies trotz des Ausnahmezustandes.

Die scharfe Abgrenzung Edén Pastoras von marxistischen und sozialisitschen Vorstellungen und sein Treuebekenntnis zur offiziellen Kirche Nicaraguas (die sich schon vor über einem Jahr zum Sprecher der inländischen Bourgeoisie gemacht hat) ist angesichts der ausschließlich moralischen und religiösen Beweggründe, die er früher zur Legitimation des bewaffneten Kampfes gegen Somoza gegeben hat, nicht erstaunlich; auch Aktionen wie das Einsammeln und Vernichten marxistisch-leninistischer Literatur in seinen Kampfverbänden der ehemaligen sandinistischen Südfront gehören zu diesem Hintergrund. Sein jetziges Vorgehen geht darüber jedoch weit hinaus — er macht sich zum Kronzeugen aller Verleumdungskampagnen gegen das neue Nicaragua. Verunsicherungen und Unzufriedenheiten, die Angst vor der Isolation von den Nachbarvölkern und vor einer neuerlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen werden von ihm in einer Weise aufgegriffen, die denen Unterstützung bringt, die wieder zu klar geregelten und abgesicherten Ausbeutungsverhältnissen zurück wollen.

Bisher hat Pastora von keiner Befreiungsbewegung oder auch nur fortschrittlichen politischen Strömung in Lateinamerika Zuspruch bekommen. Der Zusammenschluß der gualtematekischen Befreiungsorganisationen URNG, für die Pastora nach seinem Weggang aus Nicaragua zeitweilig gearbeitet hat, hat eine Erklärung zu seinem Schritt veröffentlicht. Darin gibt die URNG ihrer Empörung über die *„unglaublichen, verleumderischen und unverschämten Erklärungen (...) von Edén Pastora''* Ausdruck (aus „ides'', Nr. 81), und sie gab gleichzeitig bekannt, daß sie sich von Pastora wieder getrennt habe. Auch Pastoras enger Kampfgefährte, der spätere Vizeinnenminister José Valdivias, der Nicaragua mit ihm zusammen im Sommer 81 verlassen hatte, distanzierte sich ebenfalls von der Erklärung Pastoras, obwohl er nach wie vor in Opposition zur Regierung steht.

(Die Zitate aus Pastoras Erklärung vom 15. April stammen aus der „taz'' vom 29.4.82).

Lateinamerika-Kommission

US-Destabilisierungspolitik gegen Nicaragua

Nach dem Sieg der Sandinisten und dem offenkundigen Scheitern von Carters Zentralamerika-Politik erklärten sich die USA zunächst bereit, das neue Nicaragua mit Wiederaufbauhilfe zu unterstützen. Selbstverständlich wäre dies in keinem Fall eine großzügige Geste gewesen, sondern lediglich ein Ausgleich für den verursachten Schaden und den seit Jahrzehnten herausgepreßten Profit.

Während Somoza immer (mit einigen Unterbrechungen) auf prompte Zuweisung der umfangreichen US-Militär- und Wirtschaftshilfe rechnen konnte, dauerte es nun jedoch mehr als ein halbes Jahr, bis konkrete Zusagen gemacht wurden und die ersten Gelder flossen. Vereinbart wurde ein vergleichsweise kümmerlicher Kredit von 75 Mio Dollar für 1980, zweckgebunden für Sozialeinrichtungen und Schulen, sowie einer über 9,6 Mio Dollar zum Kauf von Weizen in den USA.

Seit dem Amtsantritt von Ronald Reagan ist jedoch auch dieser Politik der hinhaltenden Versprechungen ein radikales Ende bereitet worden. Seit Januar 1981 bemüht sich die US-Regierung offen, die vorhandenen Schwierigkeiten in Nicaragua zu vergrößern. Sie tut alles, um den wirtschaftlichen Neuaufbau zu sabotieren und um die relative politische Stabilität zu zerstören. Dies geschieht mit dem Ziel, die sandinistische Regierung zu stürzen. Als erste Maßnahmen sperrte Reagan die Auszahlung von 15 Mio Dollar, die von dem 75-Mio-Kredit noch nicht überwiesen worden waren; ebenso wurde der 9,6 Mio Dollar Weizen-Kredit nicht ausgezahlt und gleichzeitig wurde ein Weizenembargo gegen Nicaragua verhängt. An den Äußerungen des engsten Beraters von Außenminister Haig, dem ehemaligen CIA-Offizier Di Giovanni, läßt sich erkennen, daß der Zeitpunkt der Kreditsperren sorgfältig ausgewählt wurde: *„Die wirtschaftlichen Bedingungen werden um den Dezember 1980 schwieriger und können zumindest eine begrenzte Unzufriedenheit provozieren, wenn die gegenwärtige Ernteperiode im Mai und Juni 1981 beendet wird; dann wird das Land ein schweres Finanzdefizit haben, falls es nicht massive Hilfe von außen erhält.''* (zit. aus: El Nuevo Diario, 2.4.81).

Im März und April 1981 verhängten die USA ihre Boykottmaßnahmen, gut vorbereitet durch eine Kampagne in den Massenmedien des „freien Westens'', in denen Nicaragua als Vasall der Sowjetunion dargestellt wurde, der eigene Truppen nach El Salvador geschickt habe und der Ströme von Waffen aus Kuba an die salvadorianische Guerrilla weiterleite. Dazu wurde eigens ein „Weißbuch El Salvador'' erstellt und in einer großen Show-Veranstaltung der Presse vorgelegt. Dieses Machwerk wurde jedoch kurz darauf ausgerechnet von dem regierungstreuen rechtskonservativen „Wallstreet Journal'' als *„Mischung von Halbwahrheiten, Fälschungen und leeren Behauptungen entlarvt (...)''* (laut „NZZ'', 13.3.82). Unbeeindruckt davon drohten der Präsidentenberater Edwin Meese und Außenminister Haig Kuba und Nicaragua eine absolute Seeblockade bzw. andere „militärische Optionen an, falls die „Einmischung'' in El Salvador nicht beendet werde („FR'', 24.2.81; „taz'', 9. und 16.11.81).

Seither blieb es nicht bei drohenden Worten. Seit Oktober 1981 hat die US-Kriegsmarine 8 Seemanöver in der Karibik abgehalten, wobei in der Nähe der nicaraguanischen Grenze auf honduranischem Gebiet eine Landeübung durchgeführt wurde. Bei dem Manöver „Ocean Venture 82'', das bis Mitte Mai andauern soll, wird auch eine simulierte Invasion Puerto Ricos geübt („FR'', 31.3.82).

Die verbalen Drohungen aus Washington müssen also sehr ernst genommen werden. Nicaragua wird so gezwungen, ständig auf das Schlimmste gefaßt zu sein. Seit dem provokatorischen Landemanöver an der honduranischen Atlantikküste sind in der Nordostregion große Verbände des sandinistischen Volksheeres und der Volksmilizen stationiert, was große Summen aus dem bereits arg überstrapazierten Staatshaushalt verschlingt. Zudem kommen viele der Milizangehörigen aus wichtigen industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbereichen, wo durch die immer häufigere Alarmierung der Milizen Produktionsausfälle entstehen. So verwenden die USA ihre Invasionsdrohung als Mittel, die nicaraguanische Wirtschaft durch die notwendigen Militärausgaben totzurüsten.

Die Verteidigungsanstrengungen der sandinistischen Regierung werden dann wiederum benutzt, um eine internationale Kampagne zu starten. Z.B. präsentierte ein hoher Beamter der CIA und ein Beamter des US-Verteidigungsministeriums im März 82 in einer neuerlichen, dramatisch aufgezogenen Show-Veranstaltung der Presse Fotos von Militärlagern in Nicaragua, die US-Spionageflugzeuge aus großer Höhe geschossen hatten. Bei dieser Gelegenheit erklärte man der Presse, es gebe in Nicaragua 70 sowjetische Militärberater, mehr als 6000 Kubaner, unter ihnen 2000 Soldaten; Nicaragua sei im Begriff, seine Armee auf 30.000 zu verstärken und 50 bis 75 moderne sowjetische Kampfpanzer zu kaufen. 3 Flughäfen seien zu Stützpunkten für sowjetische MIG 23-Kampfflugzeuge ausgebaut worden. Nicaragua werde dadurch zum Sprungbrett Moskaus für größere militärische Operationen ausgebaut und stelle eine politische Bedrohung für seine mittelamerikanischen Nachbarländer dar (nach FAZ 11.3.82). Daß es ca. 1500 kubanische Lehrer und Hunderte von kubanischen Ärzten in Nicaragua gibt, aber kubanische Soldaten ebensowenig wie sowjetische Militärberater zu finden sind, können nicaraguanische Behörden richtigstellen so oft sie wollen — die Hetzkampagne der US-Stellen zur internationalen Isolierung Nicaraguas wird deshalb nicht eingestellt. Selbst ein Gerücht, Nicaragua werde in Vietnam 1000 (!) Flugzeuge des Typs M 15, die die US-Truppen dort zurückgelassen haben sollen, kaufen, war den US-Behörden nicht dumm genug, um es der Presse zu vermitteln. Nicaragua hätte nicht einmal Stellplätze für so viele Flugzeuge, geschweige denn Piloten oder Geld dafür („taz'', 6:4.82).

Ein weiteres beliebtes Thema sind die angeblichen Völkermord-Praktiken der Sandinisten gegenüber den Miskito-Indianern in der Atlantikregion. Es wurden Meldungen verbreitet, sandinistische Truppen hätten über 200 Indianer ermordet — was von Indianervertretern selbst als Falschmeldung bezeichnet wurde. Im Februar verwendeten US-Außenminister Haig und die UNO-Botschafterin Kirkpatrick Fotos von ermordeten und grausam verstümmelten Miskitos aus dem Jahre 1978; die Indianer waren wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den Sandinisten von Somozas Nationalgarde umgebracht worden („NZZ'', 13.3.82).

Die schweren Spannungen, die heute zwischen dem Volk der Miskito-Indianer und den Sandinisten bestehen, nutzen US-Stellen jedoch, um einen regelrechten Krieg in der Nordostregion an der Grenze zu Honduras zu initiieren. Zwar ist hier eine direkte US-Beteiligung nicht nachweisbar; es werden jedoch Hunderte von Miskitos, die nach Honduras geflohen sind und sich im dortigen Miskito-Gebiet niedergelassen haben, in primitive Lager gepfercht. Die einzige Möglichkeit, sich etwas für den Lebensunterhalt zu verdienen, besteht darin, den konterrevolutionären Truppen von Ex-Nationalgardisten beizutreten, die an der gesamten nicaraguanisch-honduranischen Grenze Trainingslager unterhalten und ihre Terroraktionen gegen Nicaragua zu einem Untergrund-Krieg im Grenzraum ausgeweitet haben. Reorganisiert und ausgebildet wurden diese Verbände in der Umgebung von Miami/Florida, wo auch jetzt noch mehrere solcher Lager bestehen. Mit großzügiger Unterstützung aus „privaten'' US-Quellen werden die Ex-Nationalgardisten Somozas mit modernen US-Schnellfeuergewehren ausgerüstet und betreiben von dort aus mehrere leistungsfähige Radiosender. Nach der Sprengung zweier strategisch wichtiger Brücken im Norden Nicaraguas übernahm die „Nationale Befreiungsarmee'' in Miami die Verantwortung für diesen Sabotageakt.

Unmittelbar zuvor hatte die „Washington Post'' bekanntgegeben, daß Reagan die Aufstellung einer paramilitärischen Truppe aus Lateinamerikanern durch den CIA gebilligt und hierfür 19 Mio Dollar bereitgestellt habe. Aufgabe des 500 Mann starken Verbandes soll es sein, von Honduras aus Sabotageakte und Anschläge gegen Kraftwerke und Brücken in Nicaragua durchzuführen („SZ'', 11.3.82). Gerechtfertigt wird diese Maßnahme wieder einmal mit angeblichen Waffenlieferungen Nicaraguas an die Guerrilla in El Salvador.

Lateinamerika-Kommission

Betrifft: Malvinen

Im Zusammenhang mit dem im AK 220 erschienenen Artikel zum Malvinen-Konflikt habe ich einige Ergänzungen zu machen, die die dort vertretene Meinung, es handele sich um einen ,,durch und durch absurden Krieg", um eine Weltkrise, die ,,völlig überraschend" kam, stark relativiert. Der Krieg ist m.E. für die Herrschenden Argentiniens und Großbritanniens keineswegs absurd; dafür bietet lediglich der Hinweis auf die innenpolitische Notlage beider Länder keine ausreichende Erklärung. Die innenpolitischen Schwierigkeiten geben nur den A n l a ß für die Kriegshandlungen ab, sind aber nicht als eigentliche U r s a c h e n zu betrachten.
Die Ursachen müssen in den längerfristigen geo- und militärstrategischen sowie auch ökonomischen Interessen Argentiniens und Englands in dieser Region gesehen werden.

Geostrategische Interessen

Offenbar existieren schon länger mehr oder weniger geheime Studien über Öl- und Gasvorkommen in besagter Region. Die argentinische Tageszeitung ,,Clarin" erwähnt eine britische Studie von 1976, die die voraussichtlichen Einkünfte aus dem zu fördernden Erdöl auf jährlich 400 Mio US Dollar beziffert (,,Clarin", 12.7.81).

Im April und Mai letzten Jahres wurden in den Gewässern zwischen Feuerland und den Malvinen zwei größere Erdölfunde ausgemacht. Wie die staatliche argentinische Erdölgesellschaft YPF mitteilte, handelte es sich zum einen um eine Bohrinsel mit zunächst 1.650 m³ Fördermenge täglich, während die andere Bohrinsel zunächst 500 m³ Öl täglich fördern soll (,,Clarin", 12. - 18.5.81).

Ärger mit Maggie Thatcher gab es erstmals in dem Moment, als die YPF die internationalen Ölmultis aufforderte, sich an ihrem Forschungsprogramm zur Ausbeutung der Erdölreserven in den umstrittenen Gewässern zu beteiligen, ohne die Briten um Erlaubnis zu bitten. Für diesen Fall drohte die britische Regierung mit gigantischen Schadensersatzklagen (,,El Cronista Comercial", 21.5.82). Die argentinische Bourgeoisie fühlte sich empfindlich um ihre Ausbeutungs-Ansprüche geprellt. Freimütig wurde auf einen weiteren Zusammenhang hingewiesen: *,,Wenn wir sehen, daß auch Chile mittels einiger kleiner Inseln im Beagle-Kanal Anspruch auf unsere Atlantik-Gewässer anmeldet, dann sehen wir uns vieler Möglichkeiten in diesen Gewässern beraubt"* (,,El Cronista Comercial",
ger kleiner Inseln im Beagle-Kanal Anspruch auf unsere Atlantik-Gewässer anmeldet, dann sehen wir uns vieler Möglichkeiten in diesen Gewässern beraubt" (,,El Cronista Comercial",
21.5.81). In demselben Artikel wird darauf spekuliert, daß die argentinische Erdöl-Versorgung, die jetzt bereits ohne Importe auskommt, zukünftig zur Hälfte aus dieser Region bestritten wird. In der Tat wären mit einer Einverleibung der Malvinen durch Argentinien beträchtliche Möglichkeiten der Machterweiterung gegeben. Dabei geht es nicht nur um die 200 Meilen-Zone der Malvinen, zu denen auch die ca. 1.500 km entfernte Insel South Georgia gehört. Zugleich verbessert sich für Argentinien die strategische Ausgangslage für ihre Ansprüche auf die Antarktis.

Unter den 14 Mio km² der Antarktis verbergen sich Gas- und Erdölvorkommen in einem Maße, daß sie die jetzigen Energievorkommen ersetzen könnten. Außerdem sollen hier die größten Kohlevorkommen der Erde lagern sowie enorme Mengen an Eisenerz. Darüber hinaus befinden sich hier Quarz, Zink, Molybdän, Silber und vermutlich Diamanten, ebenso wie eine große Menge Magnesium. In den Gewässern gibt es große Mengen Krill, eine für die Zukunft sehr wichtige Ernährungsquelle (,,resistencia", März 81).

Der Status der Antarktis ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Ansprüche haben eine Reihe von Staaten angemeldet, u.a. Argentinien, Großbritannien und Chile auf teilweise sich überschneidenden Gebieten. Mit der Einverleibung der Malvinen würden demnächst auch die britischen Besitzansprüche auf die Antarktis zur Disposition stehen, die sich aus dem Besitz der Malvinen herleiten. Aus dem Beagle Streit mit Chile dürfte Argentinien als Sieger nach Punkten hervorgehen. Insgesamt würde Argentinien im südlichen Südatlantik eine Hegemoniestellung erreichen, die sie mit entsprechender militärischer Präsenz absichern müßte. Im Falle einer erfolgreichen Okkupation wären die argentinischen Militärs einen weiteren Schritt in Richtung Energie- und Rohstoff-Gigant gegangen. Atomenergie, Wasserkraft, Erdöl und Erdgas verschaffen dem Land weitgehende Autarkie, wodurch der Traum der Generäle nach einer argentinischen Großmacht näherrückt.

In diesem Zusammenhang noch einige Worte zum argentinischen Atomprogramm, das maßgeblich mit westdeutscher Hilfe ermöglicht wird.

Bis 1997 sollen insgesamt vier Atomkraftwerke vom Typ Atucha II (600 Megawatt-Schwerwasserreaktor) fertiggestellt werden (,,El Cronista Comercial", 13.2.79). Daß Argentinien diese nicht zur Energieversorgung benötigt, ist nur allzu deutlich: schon bald wird dieses Land in der Lage sein, eigene Atomwaffen herzustellen. Erst kürzlich gab der Atomminister Castro-Madero bekannt, daß sein Land als erstes in Lateinamerika eine Atommülldeponie errichten werde (,,NZZ", 23.3.82).

Interessant ist m.E. auch, daß es gerade die Sowjetunion ist, die auf dem Energiesektor eine relativ enge Kooperation mit den argentinischen Generä-

Interessant ist m.E. auch, daß es gerade die Sowjetunion ist, die auf dem Energiesektor eine relativ enge Kooperation mit den argentinischen Generä-
len betreibt. Die SU hat sich im letzten Jahr zum wichtigsten Außenhandelspartner Argentiniens entwickelt und wird bald auch Uran 235 an die Generäle liefern (,,NZZ", 23.3.82). Dennoch hält sie sich militärisch völlig aus dem Konflikt heraus. Die kürzlich erfolgte Zusicherung der USA, England sowohl wirtschaftlich als auch militärisch zu unterstützen, muß zugleich als Warnung verstanden werden, daß sich die Beziehungen zwischen Argentinien und der SU gefälligst in nur sehr engen und von den USA geduldeten Bahnen zu bewegen haben.

Kanonen statt Butter

Schließlich ist in der bisherigen Berichterstattung zu wenig die Rolle des Rüstungsexporteurs BRD beleuchtet worden, die man durchaus als verbrecherisch bezeichnen kann. Die BRD ist in entscheidendem Maße für die Aufrüstung der argentinischen Junta verantwortlich und damit auch für den jetzigen Kriegskurs.

,,Seit dem Militärputsch 1976 erhielt Argentinien unter anderem folgendes Rüstungsmaterial aus der Bundesrepublik geliefert bzw. zugesagt:
— Fünf Transportflugzeuge F 27 von Fokker/VFW im Wert von 35 Mio DM;
— 200 Kampfpanzer TAM, entwickelt von Thyssen-Henschel, im Wert von 200 Mio DM, mit 105-mm-Kanonen, der Panzer wird in Argentinien nach Lizenzen gebaut;
— 300 Schützenpanzer TAM, die zum Weiterexport nach Pakistan und VR China vorgesehen waren;
— Flugabwehrkanonen des Waffenkonzerns Rheinmetall auf dem Umweg über Spanien;
— Panzermotoren von Krauss-Maffei;
— zwei U-Boote des Typs TR 1700, entwickelt und gebaut von Thyssen Nordseewerke im Wert von 339 Mio DM, einschließlich Produktionsanlagen;
— Sechs Fregatten ,,Meko 360", entwickelt von Blohm + Voss, im Wert von etwa 1,8 Milliardem DM. Bereits 1974 hatte Argentinien zwei U-Boote der Firma Howaldt-Werke Kiel in Dienst genommen. Bei dem U-Boot der Thyssen Nordseewerke hatte die Bundesregierung sogar eine staatliche Hermesbürgschaft vergeben. Zusammen mit dem U-Boot wurden Konstruktionspläne für den Bau von fünf weiteren U-Booten und die dazu notwendige U-Boot-Werftausrüstung geliefert" (,,FR", 8.4.82).

Damit stellt die BRD den argentinischen Faschisten die Mittel zur Verfügung, die sie zur Bekämpfung des inneren und äußeren Feindes benötigen. Die U-Boot- und Panzermodelle wurden teilweise eigens für argentinische Verhältnisse entwickelt.

Mit den Rüstungsexporten ist gleichzeitig Technologie exportiert worden, wodurch Argentinien selbst wiederum zum Waffenexporteur hochgezüchtet wurde. Argentinien exportiert heute bereits Flugzeuge, Panzer und Raketen (,,resistencia", April 82).

In den jetzigen Kriegshandlungen sind nachweislich mindestens zwei erst kürzlich von der Hamburger Werft Blohm + Voss gelieferte Kriegsschiffe beteiligt (,,Spiegel", 12.4.82).

In den jetzigen Kriegshandlungen sind nachweislich mindestens zwei erst kürzlich von der Hamburger Werft Blohm + Voss gelieferte Kriegsschiffe beteiligt (,,Spiegel", 12.4.82).

Insgesamt ist mit dieser Krise der Krieg im westeuropäischen Bewußtsein wieder ein bißchen alltäglicher geworden. Wenn im Malvinen-Konflikt Menschen sterben, so geht das auch auf das Konto sozialdemokratischer Politik von ,,Arbeitsplätze durch Rüstung".

So anachronistisch britischer Kolonialbesitz im Jahre 1982 auch sein mag, den Bewohnern der Malvinen kann man derzeit nur wünschen, nicht in die Abhängigkeit der argentinischen Gorillas zu geraten.

Mx., Lateinamerika-Kommission

Frankreich: Bei den Faschisten nichts Neues ...

Anfang Februar griff in Isigny ein Kommando von 200 ehemaligen Fallschirmjägern die Arbeiter einer besetzten Käserei an.

Mitte Februar versuchten in Clichy aufgebrachte höhere Angestellte — mit Eisenstangen bewaffnet — einen Streik zu brechen: ein algerischer Arbeiter verlor dabei das Leben. Beide Aktionen waren von den Unternehmensleitungen geplant und organisiert worden.

Wie nicht anders zu erhoffen, hat der Sieg der Linksparteien vom vergangenen 10.Mai keineswegs einen Rückgang der faschistischen Aktivitäten und Formierung zur Folge gehabt. Nach wie vor werden die Urheber von faschistischen Attentaten selten gefunden. Polizeiliche Ermittlungen sind genauso schleppend wie früher auch.

Ein ehemaliger Fallschirmjäger, heute als Leibwächter hoher (rechter) Politiker tätig, J.-L. Chaillot, erklärte in einem Interview (,,Journal du Dimanche", 25.10.81): *,,Wir, meine Freunde und ich, können es nicht ertragen, die Linke und die Kommunisten in diesem Land an der Macht zu sehen. Es gibt verschiedene Gruppen, die die Regierung stürzen wollen"*.

Am 9.12.81 bekannte sich jemand in einem anonymen Telephonanruf zu einem Waffendiebstahl: ,,Wir werden weiter in Frankreich und Italien Waffen klauen, um Gruppen auszurüsten und um den Marxismus zu bekämpfen".

Chirac, der heutige Leader der rechten französischen Opposition, meinte gegenüber dem englischen ,,Guardian": *,,Unter den heutigen französischen Bedingungen können manche Extremisten in die Versuchung von Gewalt und illegalen Aktionen kommen"*. Die Rechtsextremisten sind in verschiedenen Milieus gut verankert. Daran erinnerte der Admiral Sanguinetti (PS) in einem Interview

manche Extremisten in die Versuchung von Gewalt und illegalen Aktionen kommen". Die Rechtsextremisten sind in verschiedenen Milieus gut verankert. Daran erinnerte der Admiral Sanguinetti (PS) in einem Interview
mit ,,Liberation" vom 11.12.81:

,,... Die überwiegende Mehrheit der Reserveoffiziere steht rechts. Es gibt eine Freundschaftsgesellschaft der ehemaligen Fallschirmjäger, wer kennt sie überhaupt? Sie wird von Chateau-Jobert präsidiert, ein ehemaliger OAS-Obrist. ... Die ehemaligen OAS-Angehörigen haben eine enorme Arbeit geleistet. Man trifft sie in Argentinien, überall. Der General Gardy, ehemaliger Fremdenlegions-Inspektor, ist heute Berater der Regierung in Buenos Aires in Sachen Subversionsbekämpfung. Der Kolonel Trinquier veranstaltet Konferenzen in argentinischen Militärschulen ... Fällt Ihnen nicht auf, daß auf einem RPR-Kongreß vor zwei Monaten über die Ersetzung von Francois Mitterrand in 1, 2 Jahren diskutiert wurde, wo man ihn doch nur durch Mord ersetzen kann? Fällt Ihnen nicht auf, daß alle heutigen Generäle von Valery Giscard d'Estaing nominiert worden sind?

Es ist denkbar, daß eines Tages ein militärisches Unternehmen von Politikern gesteuert und unterstützt wird. Demzufolge ist denkbar, daß ehemalige Militärs sich heute schon auf diesen Tag vorbereiten."

Nach wie vor werden Faschisten von der Presse verharmlost:

- Zum Beispiel, als ein gewisser Patrick Bago im Dezember 1981 festgenommen wurde: er hatte gegen zwei sozialistische Abgeordnete in Boulogne-sur-Mer Morddrohungen ausgestoßen (übrigens ist er ein ehemaliger Fallschirmjäger). Die Presse schrieb: *,,Es gibt kein Kommando Delta in Boulogne-sur-Mer. Das famose Kommando Delta bestand nur aus ihm alleine"*.
- Oder als ein gewisser Lucien Lemaire Ende November 1981 verhaftet wurde: In seiner Wohnung fand man mehrere Waffen, eine auf seinen Namen ausgestellte Karte, die ihn als Parlamentssekretär auswies, eine Parkplatzkarte beim Verteidigungsministerium und einen Plan für ein Attentat gegen F.Mitterrand. Die Presse schrieb: *,,Ein Mythoman"*.

Derlei Beispiele gibt es mehr. Der Grund, weshalb so wenig und so erfolglos ermittelt wird, ist einfach: Die Verantwortlichen innerhalb der französischen Polizei sind immer noch die Gleichen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie seit dem 10.Mai 1981 ihre Gesinnung geändert haben. Insofern können die Aussagen von Sanguinetti zur französischen Armee auch auf die französische Polizei angewandt werden.

Es versteht sich leider von selbst, daß die Ermittlungen über die Morde an Henri Curiel, Pierre Goldman, Laid Sebai oder zum Anschlag in der Rue Copernic absolut keinen Schritt weitergekommen sind.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt, daß es Vieles zu tun gäbe . . .

Faschistische Attentate und Aktionen

- Im Juli bekam der Innenminister Deferre zwei schriftliche Morddrohungen, unterschrieben von ,,Honneur de la Police" (,,Ehre der Polizei"). Also von der gleichen Gruppe, die sich seinerzeit zur Ermordung von Pierre Goldman und zum Mordversuch gegen J.-P. Vigier bekannte;
- Im September wurde ein Denkmal in Staufen (Rhein) mit Sprengstoff angegriffen. Die Täter, eine Gruppe namens ,,Schwarze Wölfe", wurden verhaftet (13 Verhaftungen, darunter drei westdeutsche Nazis);
- Anfang November wurde ein Pariser PS-Büro völlig erstört. Hinterlassen wurden Hakenkreuze;
- Mitte November wurden zwei Autos der sowjetischen Botschaft in Brand gesetzt;
- Ende November wurden in Paris Verkäufer der KPF-Zeitung ,,L' Humanite Dimanche" von Kommandos angegriffen. Der jüdische Sänger Serge Gainsbourg wurde zusammengeschlagen, in Arras wurde ein PS-Mitglied auf der Strasse überfallen;

Verkäufer der KPF-Zeitung ,,L' Humanite Dimanche" von Kommandos angegriffen. Der jüdische Sänger Serge Gainsbourg wurde zusammengeschlagen, in Arras wurde ein PS-Mitglied auf der Strasse überfallen;

- am 1. Dezember griffen drei Mitglieder der faschistischen Partei PFN die Pariser Agentur der algerischen Fluggesellschaft ,,Air Algerie" an; am gleichen Tag erhielten zwei ,,Liberation"-Journalisten Morddrohungen, falls sie weiterhin zur Affaire von Boulogne-sur-Mer ermitteln (s.o.);
- ebenfalls Anfang Dezember wurde ein AKW-Gegner in Bordeaux von 4 Männern, die sich als Polizisten auswiesen, mit Mord bedroht;
- weiterhin im Dezember: Bombenattentat gegen eine polnische Transportgesellschaft in Paris (als Täter zeichnete die Gruppe ,,Charles Martel" verantwortlich), Kommandoangriff auf eine Werbeagentur in Paris, die mit Ländern des ,,Ostens" zusammenarbeitet, Sprengstoffanschläge auf die Büros der kommunistischen Zeitung ,,La Marseillaise" in Montpellier.
- Im Januar: Zerstörung eines Pariser Cafes, wo ausländische Arbeiter verkehren; Molotow-Cocktails gegen den Sitz der ,,Aeroflot" in Marseille; Zerstörung des Büros der KPF in Brest; Molotow-Cocktails gegen das Föderationsbüro der PS in Charleville-Mezieres.

Parallel zu diesen Attentaten und Überfällen muß noch erwähnt werden:

- Anfang Oktober wurde ein beträchtlicher Waffenhandel zwischen Frankreich und Belgien entdeckt, 9 Faschisten wurden verhaftet.
- Mitte Oktober wurden zwei Tonnen Sprengstoff bei einem sogenannten ,,Sammler" in Nancy aufgespürt.
- Mitte November wurden verschiedene Waffen in einer Kaserne in Foix und in Orleans geklaut. Am 25. Oktober entwich ein illegaler Waffenkonvoi in Montpellier der Polizei.

Übrigens: Unter den Verhafteten bei der französisch-belgischen Waffenschieberei befindet sich ein gewisser Paul Barril. Er ist Vize-Kommandant der ,,Interventionsgruppe der Nationalen Gendarmerie". Bei der Polizei auch nichts Neues . . .

Frankreich-Kommission

Lesetip zur Imperialismus-Schulung

Eduardo Galeano: „Die offenen Adern Lateinamerikas"

Das Gesicht des Imperialismus sieht von seinen Metropolen aus betrachtet ganz anders aus als von seinem ausgedehnten Hinterland her. Eduardo Galeano, Historiker, Journalist und Revolutionär aus Uruguay, hat die Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung einer dieser Regionen geschrieben. *„Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren: den der Imperien und ihrer einheimischen Aufseher. Durch die koloniale und neokoloniale Alchemie verwandelt sich das Gold in Alteisen und die Nahrungsmittel in Gift. ... Lateinamerika ist die Region der offenen Adern. Von der Entdeckung bis in unsere Tage hat sich a l l e s zuerst in europäisches, nachher in nordamerikanisches Kapital verwandelt, und als solches hat es sich in fernen Machtzentren angehäuft und häuft sich weiter an. A l l e s: die Schätze der Natur und die Fähigkeiten der Bevölkerung, die Produktionsmethoden und die Klassenstruktur jedes Ortes sind von auswärts durch seine Eingliederung in das weltumfassende Getriebe des Kapitalismus bestimmt worden".*

Galeano beschreibt, wie das Gold und Silber Lateinamerikas die Entwicklung des europäischen Kapitalismus finanzierte und zugleich zum Fluch der indianischen Urbevölkerung wurde, wie die Fruchtbarkeit des Landes sich in Hunger für die Massen verwandelte, wie seine Bodenschätze es zum strategischen Rohstofflager für die USA verdammten. Wie die Imperialisten Kriege unter den jungen Staaten Lateinamerikas anzettelten, um Zollschranken niederzureißen, und Blutbäder, um Regierungen zu stürzen, die ihr Land den alles umschlingenden Saugarmen des Weltmarktes entziehen wollten.

Das Buch will eine Geschichte der Ausplünderung bieten und zugleich die derzeitige Technik des Raubes darstellen; es stellt nebeneinander *„die Konquistadoren in ihren Karavellen und die Technokraten in den Jets, Hernan Cortes und die Marineinfanterie, die Landvögte des Königreiches und die Missionen des Weltwährungsfonds, die Gewinne der Sklavenhändler und die Dividenden der General Motors".*

„Ich weiß", so der Autor, *„daß manche es als Sakrileg ansehen, wenn ich in diesem Buch in einer Sprache über Wirtschaftspolitik schreibe, als handle es sich um einen Liebesroman oder um ein Abenteuerbuch"*. Gerade die Sprachgewalt Galeanos (die historische Fakten und wissenschaftliche Genauigkeit keineswegs zu kurz kommen läßt) macht das Buch zu einer so beeindruckenden Lektüre, die oft an den „Canto general" Pablo Nerudas erinnert. Es ist, glaube ich, eine gute Ergänzung zu der gelegentlich vielleicht ein bißchen trockenen Schulung der Imperialismus-Texte und der Aneignung polit-ökonomischen Grundlagenwissens.

Jo., Freiburg

Eduardo Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. Erw. Neuauflage, Wuppertal 1981. Die Taschenbuchausgabe erschien im Peter-Hammer-Verlag (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden und der GEPA) und kostet 9,80 DM.

PLO und imperialistische Lösung im Nahen Osten

Interview mit dem Genossen Umar, Mitglied der zentralen Führung der Arabischen Volksbefreiungsbewegung.

Innerhalb der PLO gab es seit ihrer Gründung erhebliche Widersprüche über folgende Frage: Auf welchem Wege kann Palästina befreit werden? Welche Politik muß die palästinensische Widerstandsbewegung gegenüber den reaktionären arabischen Staaten verfolgen? Wie sieht es mit der Demokratie innerhalb der PLO aus?

Tiefgreifende Differenzen in diesen Fragen gab es sowohl zwischen den einzelnen Widerstandsorganisationen innerhalb der PLO (die nicht, wie man annehmen könnte, a l l e palästinensischen Organisationen umfaßt, s. unten) als auch zwischen den verschiedenen Flügeln innerhalb von Al Fatah, die von PLO-Chef Arafat angeführt wird. Offensichtlich wurden diese tiefgreifenden Differenzen, als die zweitgrößte Widerstandsorganisation, die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) im September 1974 wegen dieser Fragen ihre Arbeit im Exekutivkomitee der PLO niederlegte und mit einigen anderen Organisationen die „Front zur Ablehnung kapituationistischer Lösungen" bildete.

Diese Differenzen und Widersprüche wurden gerade in der BRD von seiten der PLO-Vertretung totgeschwiegen, die Organisationen der Ablehnungsfront praktisch für nichtexistent erklärt, Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes nur dann akzeptiert, wenn die Standpunkte der rechten PLO-Führung möglichst kopflos nachgebetet wurden.

Mit der Politik der „nationalen Einheit", die nach dem Jerusalem-Besuch Sadats eingeschlagen wurde, und die zu dem Bemühen der linken Organisationen führte, wieder im Exekutiv-Komitee der PLO mitzuarbeiten, wurden die linken Organisationen nicht mehr so vollständig ignoriert, Zusammenarbeit und Diskussionsmöglichkeiten verbesserten sich auch hier.

Die tiefgreifenden Differenzen sind damit aber keineswegs aufgehoben, denn gerade 1978 kam es zu schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kräften innerhalb der PLO.

Eine linke Strömung innerhalb von Al Fatah zog daraus die Konsequenz, Al Fatah zu verlassen und in einer gesamtarabischen Front für die Befreiung Palästinas und die Demokratisierung der arabischen Staaten zu arbeiten. Sicher kann man sich darüber streiten, ob dieser Schritt nicht ins politische Abseits führte. Das Interview ermöglicht, Einblick in die Differenzen innerhalb der PLO zu gewinnen, die, wie gesagt, allzugern totgeschwiegen werden. All diese Fragen müssen aber diskutierbar sein, auch z.B. der Anspruch

ermöglicht, Einblick in die Differenzen innerhalb der PLO zu gewinnen, die, wie gesagt, allzugern totgeschwiegen werden. All diese Fragen müssen aber diskutierbar sein, auch z.B. der Anspruch

der PLO-Führung, die „einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes" zu sein (was auf dem arabischen Gipfel in Rabat 1974 beschlossen wurde und nicht etwa vom palästinensischen Volk), während gerade diese PLO-Führung es sogar einem Teil der in den besetzten Gebieten arbeitenden palästinensischen Organisationen verwehrt, im Exekutiv-Komitee mitzuarbeiten.

Nahost-Kommission.

AK: Wie ist die Arabische Volksbefreiungsbewegung entstanden?

Umar: Die Arabische Volksbefreiungsbewegung existiert seit November 1979 als eigenständige arabische Organisation. Unsere Kämpfer arbeiteten von 1967 bis 1979 in Al-Fatah (1), viele hatten in Al-Fatah Führungspositionen auf unterschiedlicher Ebene inne. Wir sprechen also als ganz junge Organisation auf dem Hintergrund einer 13jährigen Erfahrung.

Welches waren die Gründe für unsere Trennung von Al-Fatah? Al-Fatah ist, was die Politik und Ideologie betrifft, keine homogene Organisation. Ihre Führung rekrutierte sich aus den reaktionärsten Schichten des Kleinbürgertums, sie vertrat von Anfang an eine rechte Linie innerhalb der Al-Fatah. Sie begnügte sich damit, ganz allgemeine Losungen aufzustellen und ganz allgemeine Prinzipien festzulegen. Deshalb hat es in Al-Fatah eine ständige Auseinandersetzung über politische, theoretische und praktische Fragen gegeben. Die Auseinandersetzungen zwischen den Kämpfern, die heute in der Arabischen Volksbefreiungsbewegung sind, und den anderen Strömungen innerhalb von Al-Fatah, verstärkten sich anläßlich der Kämpfe in Jordanien 1970 (2) und auf dem 3. Bewegungskongreß von Al-Fatah 1971, auf dem die Verantwortung für die Niederlage der palästinensischen Revolution, die

kongreß von Al-Fatah 1971, auf dem die Verantwortung für die Niederlage der palästinensischen Revolution, die

sie durch das reaktionäre jordanische Regime erlitten hatte, der Führung von Al-Fatah angelastet wurde. Der Kongreß sprach der Führung das Mißtrauen aus und regelte in einem Statut die innerorganisatorischen Beziehungen. Trotz dieser Erfolge der fortschrittlichen Strömung innerhalb Fatahs wurde die Führung, mit einigen positiven Veränderungen, bestätigt.

In der Folgezeit ignorierte die Fatah-Führung diese Beschlüsse, sie ignorierte das innerorganisatorische Statut und begann Cliquen aufzubauen, die innerhalb der Organisation die Rolle von Sicherheitskräften spielten.

AK: Welche Beschlüsse wurden außer dem Statut nicht eingehalten?

Umar: Auf politischer Ebene war folgender Beschluß gefaßt worden: Ziel der Befreiungsbewegung ist, die gesamte palästinensische Erde durch den bewaffneten Kampf zu befreien. Entsprechend wurden folgende Wege abgelehnt: Verhandlungen und Versöhnung mit dem Feind, seine Anerkennung und jede Form von politischer Lösung, was auf dem Hintergrund des damals diskutierten Rogers-Plans betrachtet werden muß (2a). Die Losung der Fatah-Führung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten, wurde zurückgewiesen, stattdessen die grundsätzliche, enge Zusammenarbeit mit den arabischen Massen gefordert. Ebenfalls beschlossen wurde die Zusammenarbeit in einer Vereinigten Patriotischen Front auf palästinensischer Ebene auf der Grundlage der Charta der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und den Prinzipien: Gleichberechtigung der Beziehungen zwischen den Organisationen, politische Auseinandersetzung als Mittel zur Lösung von Widersprüchen zwischen den Organisationen, Verzicht von Gewaltanwendung bei der Lösung von Widersprüchen, Kritik und Selbstkritik, Vertiefung des politischen Bewußtseins bei den Kämpfern.

Damit wurde von dem Kongreß die Politik der Fatah-Führung zurückgewiesen, die Spaltung zwischen den Organisationen schürte und den gesamten palästinensischen Widerstand zu dominieren versuchte. Damals wie heute ist die PLO-Führung praktisch der Al-Fatah-Führung untergeordnet (3).

Auf ideologischer Ebene wurden keine eindeutigen Beschlüsse gefaßt, weil die Auseinandersetzungen zwischen den rechten und linken Strömungen stark und heftig waren. Sie wurden von uns innerhalb der Organisation von 1971 bis 1979 fortgesetzt.

Der 4. Al-Fatah-Kongreß fand erst 1980 statt, obwohl er nach dem Statut alle zwei Jahre stattfinden muß. Ein eindeutiges Zeichen für die Stärke der Auseinandersetzung innerhalb von Al-Fatah.

Unterdessen pflegte die Fatah-Führung ihre Beziehungen zu den arabischen Regimes und zu den arabischen Führern weiter. Unmittelbar nach dem Oktober-Krieg 1973 legte sie die Losung eines Palästina-Staates vor, damit verzichtete sie auf das Ziel, die gesamte palästinensische Erde zu befreien, d.h. sie akzeptierte die politische Lösung (4). Einige linke palästinensische Organisationen und ein Teil der fortschrittlichen Kräfte innerhalb von Al-Fatah unterstützten ebenfalls diese Position.

Gegen diese Entwicklung entstand die palästinensische Ablehnungsfront außerhalb der PLO (5). Wir betrachteten uns — obwohl zu diesem Zeitpunkt in Al-Fatah organisiert — als Bestandteil der Ablehungsfront. Politisch sind wir dieser Linie bis heute treu geblieben.

Die Organisationen der Ablehnungsfront haben nach dem Jerusalem-Besuch Sadats 1977 eine andere Position eingenommen. Sie kehrten zu Al-Fatah zurück und einigten sich unter dem Einfluß der Führung von Al-Fatah innerhalb der PLO auf eine Losung zum Palästina-Staat (5). Sie rechtfertigten ihr Vorgehen damit, daß sie anstrebten, die Verhältnisse in der PLO von innen her zu verbessern (6). In Wirklichkeit waren die Differenzen zwischen der Führung von Al-Fatah (d.h. der PLO-Führung) und Sadat rein taktischer Art. W i e sollte der Ausgleich bewerkstelligt werden?

Seit dieser Zeit haben Treffen und Verhandlungen zwischen Führungsmitgliedern von Al-Fatah und Vertretern zionistischer Kräfte und Organisationen in Israel stattgefunden. Beteiligt waren auf palästinensischer Seite: Sartawi, der Berater Kreiskys, Ezzedin Khalak, PLO-Vertreter in Frankreich, er fiel dort einem Anschlag zum Opfer, Said Hammami, PLO-Vertreter in Großbrittanien, der ebenfalls einem Anschlag zum Opfer fiel. Auf zionistischer Seite nahmen an den Gesprächen teil: General Meletiahe Belead und Uri Avneri, Herausgeber der Zeitung Haolam Haze, sowie andere zionistische Führer. Zur Zeit arbeiten sie in Israel unter der Bezeichnung Friedenbewegung. Ebenfalls waren Geheimverhandlungen zwischen der PLO-Führung und dem US-Imperialismus im Gange (7). Bekannt ist der Rücktritt von Andrew Young. Er erfolgte, nachdem dieser sich mit dem PLO-Vertreter bei den Vereinten Nationen, Tarasi, getroffen hatte. Die Führung von Al-Fatah hat die Beschlüsse des Kongresses übergangen und begonnen, die palästinensische Frage durch Verhandlungen zu lösen.

Das hat die Differenzen so vertieft, daß ein Zusammenkommen nicht mehr möglich war. Wir betrachten die palästinensische Revolution als Bestandteil der arabischen Revolution, deren Feinde das imperialistische Lager mit den USA an der Spitze, die zionistische Weltbewegung in ihrem Aufenthaltsort Israel und die reaktionären arabischen, vom Imperialismus abhängigen Kräfte und Regimes sind. Die Führung der PLO versucht immer noch, mit der Führung des US-Imperialismus zusammenzukommen, in der Annahme, sie

PLO versucht immer noch, mit der Führung des US-Imperialismus zusammenzukommen, in der Annahme, sie

seien Freunde und Verbündete. Sie strebt einen Palästina-Staat in der Nachbarschaft von Israel an. Yassir Arafat hat kürzlich den Fahd-Plan (8) angenommen, der eine Anerkennung Israels vorsieht. In Tokio erklärte er, das Problem sei nicht, daß wir Israel anerkennen, sondern Israel zu überzeugen, daß es uns anerkennt.

Diese inzwischen offenkundig gewordene Politik wurde in der Vergangenheit praktiziert, allerdings durch verschiedene Redensarten verschleiert. Wir, die wir aus der Al-Fatah-Organisation kommen wissen das viel besser als andere.

Wir betrachten den Klassenkampf als auf der Tagesordnung stehend, die Al-Fatah-Führung hingegen meint, dies sei eine spätere Frage. Die PLO und Al-Fatah-Führung betrachten den Widerstand als eine absolut regionale Frage, die ausschließlich Palästina betrifft. Die Arabische Volkbefreiungsbewegung sieht ihren Kampf auf palästinensischer Ebene als Bestandteil des Kampfes auf der gesamten arabischen Ebene an, obwohl die Palästina-Frage eine zeitbedingte Priorität hat. Wir betrachten den Inhalt der augenblicklichen Epoche als Kampf zur Realisierung der Volksdemokratie, als eine Etappe der Realisierung der Sozialistischen Revolution.

Auf dem Hintergrund dieser langen Erfahrung glauben wir nicht daran, daß es möglich ist, die Strukturen der PLO und der Al-Fatah unter Beibehaltung dieser Grundlagen zu erneuern. Der Neuaufbau der Organisation setzt die Zerstörung voraus.

Wir betrachten uns nicht als eine Abspaltung von Fatah, sondern als ein revolutionäres Produkt, das im Rahmen von Fatah entstanden und gewachsen ist, aber im übrigen eine gesamtarabrische Dimension angenommen hat. Wir betonen stets, daß unsere bereits ausgedehnte Organisation noch im Entstehungsstadium ist.

Wenn wir uns nach der Trennung von Fatah keiner anderen Organisation angeschlossen haben, bedeutet das nicht, daß wir auf Dauer eine eigenständige Organisation bleiben, sondern, daß wir uns einer anderen Kraft anschließen, wenn die Bedingungen und die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

AK: Du sprachst von linken Organisationen und fortschrittlichen Kräften innerhalb der Al-Fatah, die nach 1973 den Mini-Staat-Vorschlag unterstützten. Welche waren das? Auch die Auflösung der Ablehnungsfront wurde nur sehr kurz gestreift, worauf ist sie zurückzuführen?

Umar: An der Spitze der Organisationen, die den Mini-Staat-Gedanken gefördert haben, ist die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (DPLF) zu nennen (9). In Al-Fatah waren es einzelne Persönlichkeiten, z.B. Majed Abu Sharrar. Er war einer der ersten, der die Idee eines Mini-Staates propagiert hat und er ist kürzlich einem Anschlag zum Opfer gefallen (10). Er war Mitglied im Zentralkomitee von Al-Fatah und verantwortlich für die einheitliche Information der PLO. Er war einer der linken Führer in Al-Fatah. Im weiteren ist Abu Saleh zu nennen, ebenfalls Mitglied des Zentralkomitees. Dann gibt es noch einflußreiche Funktionäre aus der zweiten oder dritten Linie, die den Mini-Staat-Gedanken vertreten. Uns verbindet mit ihnen eine politische Auseinandersetzung während der letzten zehn Jahre.

Weiter ist die As-Saika zu nennen, die dem syrischen Regime folgt, und die Palästinensische Kommunisitische Partei, die Teil der Jordanischen Kommunistischen Partei ist (11). Sie alle haben zunächst den Palästina-Staat-Gedanken vertreten.

AK: Zunächst?
Umar: Ja, zunächst.

AK: In dem letzten Interview, das Majed Abu Sharrar gab, hat er sich doch ganz klar gegen die Fahd-Initiative ausgesprochen, die er als amerikanische Politik ablehnt, d.h. doch auch Ablehnung des Mini-Staat-Gedankens.

Palästina-Veranstaltung

Am 22.5.82 findet im 18 Uhr im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee, Hamburg, eine Veranstaltung zur aktuellen Lage im arabischen Raum anläßlich des 34. Jahrestages der Besetzung Palästinas statt, u.a. wird der Film „Schlacht um Jerusalem" gezeigt.
Veranstalter: Deutsch-Arabisches Solidaritätskomitee.



Beiruter Stadtteil Al-Fakhain: Nach den zionistischen Angriffen.

Umar: Das ist vollkommen richtig. Majed Abu Sharrar vertritt die sowjetische Position innerhalb der Fatah und ist gegen die Camp-David-Verträge und den Fahd-Plan, weil sie einen amerikanischen Stempel tragen. Im vergangenen Jahr war er einer derjenigen, die am stärksten die Breschnew-Initiative propagiert haben (12), die sich in Wirklichkeit nicht von der Fahd-Initiative unterscheidet. Die gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung von Wladiwostock (13) enthielt bereits alle Elemente des Fahd-Planes. Kernpunkt von all diesen Initiativen ist die Forderung eines internationalen Kongresses, an dem alle Betroffenen der Region, einschließlich Israels, teilnehmen sollen. All diese Pläne beinhalten die Versicherung des Rechtes aller Staaten der Region, in sicheren Grenzen leben zu dürfen.

AK: **Es gab aber auch Strömungen und Organisationen, die den Mini-Staat konsequent abgelehnt haben und sich in der palästinensischen Ablehnungsfront zusammengefunden haben.**

Umar: Das war in der Vergangenheit, als es die Ablehnungsfront noch gegeben hat. Das Verhalten unserer Genossen in diesen Organisationen ist widersprüchlich. Einerseits sind sie mit dem Programm des Palästinensischen Nationalrates einverstanden, das sich eindeutig zur Errichtung eines Ministaates bekennt (14), andererseits vertreten sie außerhalb der PLO, daß sie gegen den Ministaat sind. Sie rechtfertigen das damit, daß sie sich in der PLO taktisch verhalten müssen mit dem Ziel, ein Gleichgewicht gegenüber den Rechten herzustellen.

Die rechte PLO-Führung aber akzeptiert allgemein revolutionäre Thesen rein verbal, ihre Praxis ist dem entgegengerichtet. Unsere Genossen in diesen Organisationen teilen diese Einschätzung, unsere Kritik richtet sich gegen den von ihnen als taktisch verstandenen Schritt, den wir nicht für richtig halten, weil innerhalb der PLO die reaktionären Rechte die Führung innehat. Sie ist der Entscheidungsträger, sie bestimmt das Programm — und nicht die patriotischen, revolutionären Kräfte (vgl 3). Wir rufen diese Genossen erneut dazu auf, eine Palästinensische Patriotische Front auf der Grundlage eines klar umrissenen Programms aufzubauen.

Ihre Teilnahme und Mitgliedschaft in der PLO legitimiert Yassir Arafat darin, den Ausgleich international zu propagieren. In der Vergangenheit, d.h. bevor diese Organisationen der PLO beigetreten sind (vgl. 6), wurde Yassir Arafat vor jedem Staatsbesuch in den verschiedenen Ländern vorgehalten: Wen vertrittst du? — Innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung gibt es eine Opposition, eine große Opposition. Jetzt kann er im Namen aller auftreten. Seine Logik läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Sagt, was ihr wollt, ich mache, was ich will. Das wird von ihm Demokratie genannt.

sen: Sagt, was ihr wollt, ich mache, was ich will. Das wird von ihm Demokratie genannt.

AK: **Was aber hat zu diesem Wandel in der Politik der Organisationen der Ablehnungsfront geführt? Haben nicht auch schon Mängel in der Politik der Ablehnungsfront, als sie noch entschieden gegen die Politik der rechten PLO-Führung auftrat, letztlich zur Auflösung der Ablehnungsfront geführt?**

Umar: Ich schicke voraus, daß der Auflösung der Ablehnungsfront bisher keine Erklärung gefolgt ist. Die Ablehnungsfront hat einfach aufgehört zu arbeiten.

Für die Auflösung der Ablehungsfront gibt es eine Reihe von Gründen. Der Hauptgrund: Die Ablehnungsfront begnügte sich mit koordinatorischen Beziehungen zwischen ihren Einzelkräften. Sie strebte nicht an, diese Beziehungen so zu entwickeln, daß sie den Charakter eines revolutionären Bündnisses gewinnen. Sie ist deshalb, was die Methode der Arbeit und das Programm betrifft, stehen geblieben. Zweitens: Die arabische Reaktion, namentlich die reaktionären arabischen Regimes, haben die palästinensische Rechte mit gewaltigen Mitteln unterstützt. Die Unterstützung der progressiven revolutionären arabischen Kräfte für die Ablehnungsfront stand in keinem Verhältnis zu dieser Unterstützung. So mußten die Kräfte der Ablehnungsfront versuchen, die materielle und finanzielle Unterstützung der PLO zu erlangen. Die palästinensische Rechte gibt nichts umsonst. Drittens: Die Ablehnungsfront konnte die Massen gegen den Ausgleich mobilisieren; sie versagte aber darin, diese spontane Bewegung gegen den Ausgleich zusammenzufassen und weiterzuentwickeln. Wir als Organisation tragen auch eine Verantwortung für diese Entwicklung.

Die Ablehnungsfront hat allerdings, und das ist positiv, zur Schaffung einer Opposition gegen die rechte PLO-Führung beigetragen.

AK: **Hat nicht auch der Jerusalem-Besuch Sadats — der ja unmittelbar nach der von dir erwähnten amerikanisch-sowjetischen Erklärung (vgl. 13) stattfand — und die im Anschluß daran massiv vorgetragene amerikanische „Lösung" des Nahost-Konfliks bei den linken Kräften die Illusion geschaffen, daß, da den Rechten nun nicht mehr soviel Raum für ihre kompromißlerische Politik bleibt (die Mini-Staat-Illusion mußte mit Camp David sterben), diese ihre Politik auch ändern würden?**

Umar: Das war sicher auch eine Ursache. Dem stimme sich zu.

Wir hielten den Organisationen der Ablehnungsfront nach diesen Ereignissen vor, sie betrachteten nunmehr die palästinensische Rechte als eine patriotische Rechte. Wir hielten ihnen vor, daß sie die palästinensische Rechte nicht mehr als Verräter ansehen würden, daß sie sie als gegen Camp David eingestellt und als anti-US-imperialistisch ansehen würden. Denn damit rechtfertigten sie ihr Bündnis mit der

daß sie die palästinensische Rechte nicht mehr als Verräter ansehen würden, daß sie sie als gegen Camp David eingestellt und als anti-US-imperialistisch ansehen würden. Denn damit rechtfertigten sie ihr Bündnis mit der

palästinensischen Rechten.

AK: **Obwohl die Aussichten objektiv, überhaupt einen Palästinenser-Staat auf dem Verhandlungsweg zu bekommen, immer geringer geworden sind, läßt die rechte PLO-Führung von ihrer kompromißlerischen Politik nicht ab, im Gegenteil (15).**

Umar: Das stimmt. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Beispiel für die Unterdrückung linker Kräfte durch die palästinensische Rechte anführen, wenn diese ihrer Politik nicht folgen.

Bekanntlich stimmte die PLO-Führung nach der israelischen Intervention im Südlibanon im März 1978 der Stationierung von UN-Truppen (Unifil) zu (16). In Palästina nahm die Massenbewegung gerade wegen dieses vierten Krieges einen Aufschwung. In dieser Situation stimmte die PLO-Führung zu, daß keine bewaffneten Aktionen mehr von der Grenze des Libanons nach Israel durchgeführt werden sollten. Die UNIFIL-Truppen sollten das kontrollieren. Wir innerhalb Al-Fatahs und auch andere palästinensische Kräfte, wie z.B. die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) (17) waren damit nicht einverstanden. Die Volksfront hat ja auch weiterhin Aktionen jenseits der UNIFIL-Truppen durchgeführt und wurde deshalb von der palästinensischen Rechten kritisiert und terrorisiert.

Nun zu unseren Erfahrungen, die auch allen anderen Organisationen bekannt sind. Wir versuchten ebenfalls, die Operationen gegen den zionistischen Feind fortzusetzen, wurden aber mit einem massiven Angriff von Seiten der Al-Fatah, nicht etwa von den UNIFIL-Truppen konfrontiert. Mit schweren Waffen haben sie uns angegriffen, der Genosse Nihad Doghlas ist in diesem Kampf gefallen. Über hundert Kämpfer wurden danach verhaftet. Anschließend griffen sie die Stadt Damur an, die vollständig unter unserer Kontrolle stand, d.h. unter der Kontrolle der linken Kräfte in Al-Fatah. Zwei Genossen der militärischen Führung, Abu Ahmed und Abu Aymad wurden verhaftet, Yassir Arafat hat sie selber verhört und nach dem Beispiel Khomeinys im Umgang mit Banisadr von ihnen verlangt, Buße zu tun. Sie lehnten das ab und wurden am gleichen Tag hingerichtet. Beide sind allen palästinensischen Kämpfern bekannt. Sie haben eine ruhmreiche Vergangenheit in Tal As-Saatar. Al-Fatah rief damals von außen per Megaphon auf, zu kapitulieren, beide lehnten das ab.

Wir müssen aus unseren Erfahrungen lernen. Die Rechte wird niemals fortschrittlich oder demokratisch sein. Die augenblickliche Phase ist nichts weiter als Flitterwochen.

AK: **Das saudi-arabische Regime hat mit der Vorlage des Fahd-Planes begonnen, in aller Offenheit für die Poli-**

AK: **Das saudi-arabische Regime hat mit der Vorlage des Fahd-Planes begonnen, in aller Offenheit für die Poli-**

tik des Ausgleichs zu arbeiten. Im Fahd-Plan wird ja die Errichtung eines Palästina-Staates gefordert, von der PLO ist dabei nicht die Rede. Wie sieht das Verhältnis der PLO zu Saudi-Arabien aus?

Umar: Die Führungskräfte von Al-Fatah, einige Persönlichkeiten ausgenommen, erkennen die geistige Vaterschaft des saudischen Regimes an. Seit Bestehen wird Al-Fatah von Saudi-Arabien materiell unterstützt. Saudi-Arabien hat zwar die PLO formell anerkannt, aber die PLO darf in Saudi-Arabien als einzigem arabischen Land kein Büro unterhalten, allen anderen Organisationen, außer Al-Fatah ist das ebenfalls verboten. Nur zu Al-Fatah unterhält Saudi-Arabien Beziehungen. Das saudische Regime ruft dazu auf, alle anderen palästinensischen Organisationen aufzulösen, da sie links, atheistisch, ungläubig und marxistisch seien. Dem Büro von Al-Fatah ist ausschließlich gestattet, Mittel und Spenden zu sammeln, nichts weiter.

Zu Beginn unserer Aktivitäten 1968, 69, 70 begannen Genossen von Al-Fatah, in Saudi-Arabien eine geheime Organisation aufzubauen, um unter den Palästinensern, nicht unter den saudischen Bürgern zu arbeiten. Die Al-Fatah-Führung hat diese Kräfte unterdrückt, sie wurden vom saudischen Geheimdienst verhaftet. Einem Teil ist die Flucht gelungen, die anderen verbrachten fünf bis zehn Jahre unter unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis, viele wurden dauerhaft geschädigt.

Die saudi-arabische Reaktion führt die arabische Reaktion an. Und Yassir Arafat betätigt sich als Briefträger des Fahd-Planes, er reist mit diesem Plan von einer arabischen Hauptstadt in die andere. Arafat pilgert immer nach Riad, bevor er in die Sowjetunion reist.

AK: **Auf diplomatischer Ebene haben sich die Beziehungen zwischen der PLO und der Sowjetunion doch gerade verbessert. Kann das Saudi-Arabien recht sein?**

Umar: Aus unserer Sicht sind die Beziehungen der PLO-Führung und der arabischen Länder zur Sowjetunion rein taktischer Natur. Die Sowjetunion wird als ein Druckmittel gegen die USA benutzt. Diese Regimes und auch die PLO-Führung sind der Überzeugung, daß 99 % der Lösung des Palästina-Problems in amerikanischer Hand liegt. Sie glauben, daß sie mit der Annäherung an die Sowjetunion die USA zwingen können, Zugeständnisse zu machen, und zu diesem Zweck bessern sie die Beziehungen zur Sowjetunion auf. Die sowjetfeindlichen Regimes in Kuwait und Jordanien haben unter Einsetzung dieser Taktik Reisen in die Sowjetunion unternommen, um die USA zu einem Entgegenkommen zu zwingen.

AK: **Welchen Stellenwert haben die Auseinandersetzungen im Libanon im Zusammenhang mit einem umfassenden Ausgleich in der Region?**

Umar: Die libanesische Frage ist keine lokale Frage, sie ist eine Zusammenfassung der Widersprüche der arabischen Situation. Jeder hat seine Finger drin.

Mit Ausnahme einiger Parteien der patriotischen Bewegung in Libanon und mit Ausnahme einiger palästinensischen Organisationen streben die anderen eine Lösung mit den Falangisten an. Die Annahme, daß eine friedliche Lösung mit den Falangisten erfolgreich sein würde, ist eine naive Illusion. Die Falangisten von 1981 sind nicht mehr die Isolationisten und die Separatisten-Falange von 1975. Die Zerstückelung des Libanon schreitet voran. Das Kräfteverhältnis neigt sich zur Zeit eindeutig zugunsten der Falangisten. Der Falange-Staat im Osten Beiruts ist ein echter Staat mit eigener Führung, eigener Armee, eigenen Institutionen und Gesetzen, die er den Massen aufzwingt. Er kassiert Steuern und verlangt eine harte Disziplin in seiner Region. Er hat die inneren Widersprüche mit Gewalt ausgetragen (18).

Die Falangisten haben die Verhältnisse in ihren Einflußgebieten stabilisiert, Waffen strömen ein, sie werden massiv von Israel und den Imperialisten unterstützt. Sie fühlen sich nicht an den libanesischen Staat gebunden.

Auf der Seite der patriotischen Bewegung gibt es mehrere Widersprüche, palästinensische-libanesische und arabische. Es gibt kein einheitliches Programm, es gibt Kräfte, die den Ausgleich anstreben. Der bewaffnete Kampf gilt nicht mehr als der einzige Weg zur Befreiung Palästinas und des Libanons, er wird vielmehr als eine taktische Karte angesehen, um Druck auf die internationalen Kräfte auszuüben, um das eigene politische Gewicht zu verstärken. Hinzu kommt die bestehen-

Weg zur Befreiung Palästinas und des Libanons, er wird vielmehr als eine taktische Karte angesehen, um Druck auf die internationalen Kräfte auszuüben, um das eigene politische Gewicht zu verstärken. Hinzu kommt die bestehen-

de Undisziplinierheit und Unverbindlichkeit. Das schwächt die nationale Lage, die Fähigkeit zur Standhaftigkeit gegenüber dem Imperialismus auf der einen Seite und gegenüber der separatistischen Front auf der anderen Seite.

Zwischen dem syrischen Regime, der Führung der PLO und der patriotischen Bewegung bestehen Nebenwidersprüche. In der breiten libanesischen patriotischen Bewegung (19) befinden sich auch reaktionäre Kräfte, die bis zur jüngsten Vergangenheit dem Widerstand und der patriotischen Bewegung den bewaffneten Kampf erklärt haben. Weil sie Widersprüche zu den Falangisten hatten, schlossen sie sich der patriotischen bzw. der Widerstandsbewegung an. Ein Zusammengehen mit diesen Kräften bringt keine revolutionären Beschlüsse hervor, er lähmt eher.

Das jetzt bestehende Gleichgewicht im Libanon soll aufrecht erhalten werden, bis die letzte Phase des umfassenden Ausgleichs beginnt, was allerdings erst der Fall sein wird, wenn jedes revolutionäre Gewehr im Libanon beseitigt ist. Selbst halb fortschrittlich eingestellte Kräfte werden Zielscheibe der Liquidierung sein. Deshalb bemüht sich die PLO-Führung, den guten Willen zu zeigen und Mäßigung an den Tag zu legen. Sie weiß genau, daß sie in der Sicht der USA nur salonfähig sein wird, wenn sie die diktierten Bedingungen akzeptiert.

Die einzige Möglichkeit für die patriotischen und fortschrittlichen Kräfte im Libanon besteht angesichts dieser Situation darin, sich auf eine heiße Konfrontation mit den feindlichen Kräften vorzubereiten. Die Chance, den Libanon von den Reaktionären zu befreien, darf nicht noch einmal wie 1976 verlorengehen.

AK: **Wie beurteilst Du den letzten Krieg und den Waffenstillstand vom Juli 1981?** (20)

Umar: Es handelt sich um keinen sechsten Krieg — dieser Ausdruck stammt von Yassir Arafat —, sondern um eine heiße Konfrontation mit dem zionistischen Feind. Die Eskalation von seiten der Zionisten hatte das Ziel, die Wiederstandsbewegung und die patriotische Bewegung zu zermürben.

Der Feind konnte mit Bestialität und Brutalität zuschlagen. Wären der Widerstand und die patriotischen Kräfte wirklich auf diesen Anschlag vorbereitet gewesen, hätte es nicht so große Verluste in unseren Reihen gegeben. Die militärische Schlacht und die heroische Standhaftigkeit der Kämpfer und deren militärische Erfolge sind durch die politische Stellungnahme der PLO-Führung paralysiert worden. Der zionistische Feind erreichte durch den Waffenstillstand, daß die militärischen Aktionen aus dem Südlibanon gegen ihn eingestellt werden.

Der amerikanische Sonderbeauftragte Philip Habib erreichte die Feuereinstellung zwischen Israel und dem palästinensischen Widerstand durch die Vermittlung Saudi-Arabiens. Die PLO-Führung betrachtet dies als einen großen Erfolg, weil sie diesen Verhandlungen von den USA als Partei anerkannt worden ist.

Wir meinen, daß die Feuereinstellung der Widerstandsbewegung zusätzliche Fesseln auferlegt. Einmal mehr hat die PLO-Führung bewiesen, daß sie zu dem Wohlverhalten bereit ist, das die USA von ihr verlangen. Andererseits kritisiert sie die Kräfte, die den Kampf fortsetzen wollen, als zerstörerisch und destruktiv.

AK: **Welche Veränderungen ergeben sich aus der Beseitigung Sadats für die Politik eines umfassenden Ausgleichs? Sind die Möglichkeiten, andere arabische Staaten in die Verhandlungslösung mit Israel und den USA einzubeziehen, nach der Machtübernahme Mubaraks nicht besser geworden?**

Umar: Eine Reihe von Kräften setzt auf Mubarak und hofft, daß er die Position Sadats verläßt. Die Beseitigung Sadats kam als Antwort auf den Wunsch der Massen nach der Bestrafung eines Politikers, der den Weg des Verrats ging. Das ist positiv, egal, wer für das Attentat verantwortlich ist.

Auf der anderen Seite hat die Liquidierung Sadats die Tür für die USA aufgeschlagen, falls wir annehmen, daß die USA an der Liquidierung nicht beteiligt waren. Die USA können nun von einem isolierten Vergleich zu einem umfassenden Ausgleich übergehen, wobei sie darauf bedacht sind, daß Camp David nicht als gescheitert angesehen wird. Sie unterstützen Mubarak militärisch und wirtschaftlich, weil er das Sadat-Regime fortführt.

Zwei Monate vor der Ermordung Sadats wurde der Saudische Fahd-Plan vorgelegt, der eine verbesserte Auflage der US-Resolution 242 darstellt (21). U.a. hat sich die PLO-Führung, wie

das Sadat-Regime fortführt.
Zwei Monate vor der Ermordung Sadats wurde der Saudische Fahd-Plan vorgelegt, der eine verbesserte Auflage der US-Resolution 242 darstellt (21). U.a. hat sich die PLO-Führung, wie

oben erwähnt, mit dem Fahd-Plan einverstanden erklärt.

In jüngster Zeit hat sich die US-Position gegenüber der PLO verändert. Anläßlich der Beerdigung Sadats forderten die drei anwesenden Expräsidenten er USA die Reagan-Regierung auf, einen Dialog mit der PLO aufzunehmen. Einige Tage später erklärte sich Reagan dazu bereit, vorausgesetzt, daß die PLO Israel anerkennt. Und bekanntlich lehnt die PLO-Führung das nicht ab.

Wir erwarten folgendes für die Zukunft: Das gegenwärtige ägyptische Regime bleibt bei Camp David und versucht, es zu erweitern. Darüber hinaus wird die Frage nach einem umfassenden Ausgleich mit Nachdruck vorgelegt werden, der allerdings nicht in absehbarer Zeit herbeigeführt wird. Dieser Weg wird Jahre in Anspruch nehmen, während dieser Zeit wird versucht, die Verhältnisse in der Region zu stabilisieren, d.h. die arabische Reaktion zu verstärken und die patriotischen und fortschrittlichen Kräfte in der Region zu zerschlagen, insbesondere die bewaffneten Verbände.

Vorerst ist der US-Imperialismus bestrebt, äußerlich Ruhe herzustellen. Gleichzeitig wird von innen her in Libyen und im Libanon Unruhe gestiftet. Die Serie von Explosionen im Libanon nach dem Waffenstillstand bestätigt diese Einschätzung. Auf patriotischer Seite sind mehr Menschen und Kämpfer gefallen als im sogenannten sechsten Krieg. Dieses Vorgehen soll die patriotischen Kräfte von innen her zermürben und den USA und Israel die Verlegenheit ersparen, direkt im Libanon zu intervenieren.

Anmerkungen siehe nächste Seite

Libyen im Fadenkreuz des Imperialismus

Libyen steht zur Zeit wie kein anderes Land in der Region unter politischem und militärischem Druck aller westlichen Imperialisten. Alle außengesteuerten Versuche, das Ergebnis der libyschen Revolution (Politik der nationalen Unabhängigkeit, Schließung der westlichen Militärstützpunkte, Verstaatlichung des Ölsektors und Entmachtung der Alt- und Neureichen, die zugunsten ihres Profits Reformen verhinderten) wegzuputschen, sind bisher fehlgeschlagen. Eine fehlende Opposition im Inneren erschwert ein derartiges Vorgehen; so bleiben den Imperialisten, für die Libyen der Hauptstörenfried für ihre Ziele in Nahost und Nordafrika darstellt, nur noch jene Instrumente, die alle mehr oder weniger direkt auf eine militärische Intervention hinauslaufen. Für das Reagan-Regime ist Libyen *„der Krebs, der entfernt werden muß"*.

Der folgende Artikel geht zunächst auf die neusten US-imperialistischen Manöver gegen Libyen ein und bringt dann Hintergründe über die US-Politik gegenüber Libyen. Dieser zweite Teil gibt die wesentlichen Passagen des Artikels von Jeff McConnell, Libya: Propaganda and Covert Operations, CounterSpy Nov. 81/Jan 82., wieder.

Neue Drohungen und Epressungen gegen Libyen

Im März erklärten die USA, daß sie in den „kommenden Monaten" wieder ein Manöver der 6. Flotte in dem von Libyen beanspruchten Hoheitsgewässer der Großen Syrte durchführen werden („Neue Zürcher Zeitung", - NZZ - 19.3.82). Nach der amerikanischen Kriegsprovokation im August vergangenen Jahres, als die USA zwei libysche Kampfflugzeuge abschossen, sind offenbar neue Angriffe geplant. Durch zahlreiche Aktionen will der US-Imperialismus die eigene – und internationale – Öffentlichkeit hierauf vorbereiten. Ausgerechnet der hierzulande von Einigen als Vertreter der US-Friedensbewegung herausgestellte Edward Kennedy brachte Ende letzten Jahres zusammen mit dem demokratischen Senator Hart einen Antrag auf Kaufboykott für libysches Öl im US-Senat ein. Zwar wurde dieser zunächst mit 47 zu 44 Stimmen knapp abgelehnt, dennoch war er der Startschuß für eine umfangreiche antilibysche Pressekampagne (FR, 23.10.81). Die „New York Times" berichtete praktisch zeitgleich, daß Libyen als Vergeltung für den Abschuß der beiden Flugzeuge den US-Botschafter in Italien, Rabb, ermorden wolle. Unter spektakulären Umständen – *„er durfte noch nicht einmal eine neue Krawatte anlegen ..."* holten die USA Robb unter strenger Bewachung nach Washington („Süddeutsche Zeitung", - SZ -, 28.10.81). Dann hieß es, Libyen habe Mordkommandos zur Beseitigung des Präsidenten und anderer hoher Politiker in die USA geschickt. Reagan lehnte zunächst eine Stellungnahme ab, ob es Erkenntnisse über diese Mordkommandos gebe (SZ, 4. 12.81).

„Newsweek" schrieb, daß die Berichte über die Mordpläne gegen Reagan auf einen ehemaligen libanesischen Terroristen stützen, der jetzt in der „Obhut" des CIA sei. Seine Angaben seien mit dem Lügendetektor erhärtet worden (SZ, 7.12. 81). Das Mordkommando, das Reagan entweder in seiner Präsidentenmaschine abschießen oder in seiner Limosine in die Luft sprengen sollte, bestehe aus drei Libyern, einem Iraner und einem Bürger der DDR (Die Zusammensetzung des Kommandos in der Rangfolge der Hauptfeinde der USA erhöht die Glaubwürdigkeit ungeheuer). Die Behörden der USA „fahndeten" im ganzen Land nach den Kommandos, ohne bis heute fündig zu werden (SZ,8.12.81). Der US-Sicherheitsrat setzte sich wegen des Mordkomplotts zu zweitägigen Beratungen zusammen, jedenfalls wurde das offiziell behauptet.

Nach diesen so glaubhaft vorgetragenen Mordgeschichten ordneten die USA eine Reisesperre nach Libyen an und forderten die 1.500 bis 2.000 in Libyen tätigen Amerikaner auf, das Land zu verlassen. Die offzielle Begründung lautete: *„Andauernde antiamerikanische Einstellung und feindselige Unternehmungen der libyschen Regierung"*. Ein Name, den Kenner der Materie schon längst vermißten, tauchte nun auch auf: Carlos! Er sollte auch einem libyschen Mordkommando angehören (FR, 12.12. 81).

Libyen selbst dementierte alle diese Vorwürfe als reine Zweckpropaganda und warf seinerseits den USA Mordabsichten gegen Ghaddafi und Interventionsabsichten vor (SZ 8.12. 81). Mitte Dezember verließen die ersten 67 Amerikaner von Mobil Oil Libyen (SZ, 16.12.81). Die „Washington Post" schrieb am 8.12.81: *„Das ganze Jahr sah eine Verstärkung der amerikanischen Rethorik gegenüber dem Libyen Ghaddafis, sowohl im Umfang als auch im Ton. Man fühlt sich an die Töne gegenüber Castro erinnert, in der Zeit, als die Vereinigten Staaten die Invasion in der Schweinebucht planten und die Pläne für die Ermordung Castros in Auftrag gaben"* (zitiert nach FR, 10.12.81). Ende des vergangenen Jahres verlautete aus US-„Sicherheitskreisen", daß die libyschen Mordkommandos ihre Tätigkeit vorerst eingestellt hätten (SZ, 28.12.81). Nichtsdestotrotz gingen die US-Provokationen gegen Libyen weiter. Anfang Februar bedrängten zwei US-Phantoms ein libysches Verkehrsflugzeug auf dem Flug Athen - Tripolis innerhalb des griechischen Luftraums. Ein Protest von Libyen und Griechenland an die USA blieb unbeantwortet (SZ, 5.2.82).

Ende Februar veröffentlichte die „Washington Post" interne Wortprotokolle der morgendlichen Stabsbesprechungen im Weißen Haus. Danach soll Haig am 18. Januar über Libyen gesagt haben: *„.... ist Zeit, zu Phase zwei überzugehen ... Anfang Februar werden die Amerikaner aus Libyen raussein.... der Augenblick, eine andere Lektion (exercise) ins Auge zu fassen"* (zitiert nach FR, 22.2.82).

Im März verhängten die USA endgültig den Erdölboykott gegen Libyen. Die US-Ölimporte aus Libyen betrugen zuletzt sowieso nur noch 2,4% der gesamten Öleinfuhren. Mit dem Einfuhrstop wurde ein Exportverbot für Ausrüstungsgegenstände für die libysche Öl- und Erdgasindustrie gekoppelt (SZ, 12.3.82). Diese Sanktion trifft Libyen schwer, da der Export in die USA früher 40% des gesamten Ölexports ausmachte (SZ, 20.10.81). Ohnehin mußte Libyen seine Tagesfördermenge, bedingt durch die von Saudi-Arabien hervorgerufene Ölschwemme auf dem Weltmarkt, drastisch reduzieren (1979: 2,1 Mill. barrel täglich, Frühjahr 1982: 800.000 barrel). Libyen benötigt aber nach US-Schätzungen eine Fördermenge von mindestens 1,3 Millionen Barrel am Tag, um seine laufenden Staatsausgaben finanzieren zu können. So sind die libyschen Währungsreserven schon letzten Jahres von 14 Mrd. Dollar auf 9 Mrd. Dollar geschrumpft und schrumpfen dieses Jahr weiter (NZZ, 13.3.82).

So kam es, daß Libyen im März diesen Jahres noch ausstehende 150 Millionen DM für Haushaltsgeräte an japanische Firmen nicht zahlen konnte (SZ, 31.3.82).

Drohungen und Erpressungen gegen Libyen durch die imperialistischen Staaten haben eine lange Geschichte, wie der zweite Teil des Artikels zeigt; allerdings erreichten sie nie zuvor ein solches Ausmaß – wirtschaftliche Strangulierung Libyens – und eine solche Offenheit – massive und unverhüllte Interventionsdrohungen.

Der im folgenden wiedergegebene Artikel aus „Counter Spy" belegt dies, deckt Hintergründe auf und versucht, die Politik gegenüber Libyen in die US-imperialistische Strategie einzuordnen.

Lybische Sadat-Karikatur: „Verlaß die Wüste, dann wird dir nichts geschehen" (aus: „Spiegel" 34/1977)



Anmerkungen

(1) Al Fatah wurde 1956 im Gaza-Streifen gegründet, sie ist die älteste und größte der palästinensischen Widerstandsorganisationen. 1962 wurde der bewaffnete Zweig Al-Assifa gegründet, 1965 die erste bewaffnete Aktion durchgeführt. Die PLO wurde 1964 vom Palästinensischen Nationalrat gegründet, der damals im wesentlichen aus Notablen bestand. Die palästinensischen Widerstandsgruppen, u.a. Al-Fatah, waren nicht beteiligt und protestierten gegen dieses Vorgehen. Der militärische Flügel der PLO, die Palästinensische Befreiungsarmee (PLA), war Teil der arabischen Armeen. Erst 1967, nach der Niederlage der arabischen Armeen gegen Israel, begann, vor allem auf Betreiben Al-Fatahs, die Umwandlung des Dachverbandes PLO. Die anderen Guerillaorganisationen schlossen sich erst 1968 an.

(2) Vor allem in Jordanien war der bewaffnete palästinensische Widerstand zwischen 1967 und 1970 außerordentlich erstarkt. Im September 1970 gelang es der jordanischen Armee, nach vielen gescheiterten Versuchen, den bewaffneten palästinensischen Widerstand vernichtend zu schlagen. 25.000 Palästinenser wurden in 10 Tagen Opfer des Massakers.

(2a) Die Reise-Diplomatie des damaligen US-Außenministers Rogers beendete den Abnutzungskrieg zwischen Israel und Ägypten (1969/70) zunächst mit einem 90tägigen Waffenstillstand. Verhandlungen mit Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Ägypten, Syrien und Israel sollten zu einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes mit einer schrittweisen Verwirklichung der UN-Resolution 242 unter Einbeziehung einer internationalen Truppe führen.

(3) Die Zusammensetzung des Exekutiv-Komitees der PLO veranschaulicht diese Tatsache: Von den 15 Mitgliedern gehören außer Arafat 4 zur Al-Fatah; drei andere palästinensische Widerstandsorganisationen sind mit je einem Sitz vertreten; die von Syrien abhängige As-Saika und die von Irak abhängige ALF sind ebenfalls mit einem Mitglied vertreten, während zwei palästinensische Widerstandsorganisationen, die PLF und PPSF, sowie die Palästinensische Kommunistische Partei überhaupt nicht vertreten sind. Die restlichen fünf Mitglieder sind Unabhängige, die von Arafat bestimmt werden. Arafat ist Vorsitzender von Al-Fatah und der PLO.

(4) Diese Poliotik wurde in dem 10-Punkte-Programm des 12. Palästinensischen Nationalrates im Juni 1974 festgelegt. Dort heißt es unter Punkt 2: „Die PLO kämpft mit allen Mitteln, wobei der bewaffnete Kampf an erster Stelle steht, um die Befreiung der palästinensischen Gebiete und um die Errichtung einer kämpfenden unabhängigen nationalen Volksadministration in jedem Teil Palästinas, der befreit wird" (zit. nach „Die palästinensische Revolution nach dem Oktoberkrieg 1973", hrsg. v. Palästina-Komitee Hamburg, S. 131/132). Unter bestimmten Bedingungen wird eine Teilstaatlösung befürwortet.

(5) Die Organisationen der Ablehnungsfront haben sich nie als außerhalb der PLO stehend betrachtet. Sie haben lediglich die Mitarbeit im Exekutiv-Komitee der PLO eingestellt, und das auch nur zum Teil. Der Ablehnungsfront gehörten an: Die PFLP und die ALF, die die Mitarbeit im Exekutivkomitee einstellten, die PFLP-GC, deren Generalsekretär Ahmed Jibril trotz erheblicher Kritik in den eigenen Reihen im Exekutivkomitee blieb, und die PPSF, die gar nicht im Exekutivkomitee vertreten war. Auf dem 13. Palästinensischen Nationalrat (März 77), kurz nach dem Waffenstillstand im libanesischen Bürgerkrieg, machte die PFLP ihre Ankündigung, im Falle der Annahme kapitulationistischer Lösungen aus dem Nationalrat auszuziehen und als Ablehnungsfront eine eigene Befreiungsfront zu gründen, nicht wahr. Sie lehnte allerdings das Abschlußkommunique ab. Auf dem 14. Palästinensischen Nationalrat bemühten sich alle Organisationen der Ablehnungsfront um Aufnahme in das Exekutivkomitee; dabei beriefen sie sich auf die auf der Tripolis-Konferenz von allen palästinensischen Organisationen unterschriebenen Dokumente und die Nationale Einheit. Nur die ALF wurde aufgenommen, die inzwischen gegründete PLF (mehrheitliche Abspaltung der PFLP-GC) und PPSF nicht. Dies war u.a. ein Grund für die PFLP, ihre Teilnahme zunächst aufzuschieben. In den Dokumenten von Tripolis (Dez.1977) einigten sich alle palästinensischen Organisationen darauf, die Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes zu erkämpfen „ohne Friedensvertrag oder Anerkennung (Israels) und ohne Verhandlungen" („Le Monde", 6.12.77).

(6) Im Grunde muß man hier die Frage anschließen, warum sich die Genossen 1979 von Al-Fatah getrennt haben, als die Ablehnungsfront selbst schon von einer möglichen Spaltung der PLO abgerückt war, und zwar noch vor dem Jerusalem-Besuch Sadats. Haben sie sich dadurch nicht ins politische Abseits manövriert? Und kann das nicht eine Erkenntnis gewesen sein, die die Organisationen der Ablehnungsfront wieder vollends ins Lager der PLO hat zurückkehren lassen?

(7) Diese Kontakte waren eine Begründung für die PFLP, aus dem Exekutivkomitee der PLO auszutreten, weil sie die Verantwortung für die historische Abweichung der PLO-Führung, nämlich die verdeckte und schrittweise Einführung der imperialistischen Lösung, nicht mehr verantworten konnte (vgl. „die Internationale", 9. Nov. 74).

(8) Der 8-Punkte-Plan des saudischen Ministerpräsidenten Fahd fordert den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, einschließlich Jerusalems und nach einer zwischenzeitlichen Überwachung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens durch UN-Truppen die Errichtung eines unabhängigen Palästina-Staates mit Jerusalem als Hauptstadt. Das Recht der Staaten der Region auf Existenz in Frieden soll bestätigt werden. Wie der/die Eingeweihte weiß, läßt sich davon außer der Anerkennung Israels durch die Palästinenser und die PLO nichts verwirklichen.

(9) Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (DPLF, Führer Hawatmeh) spaltete sich im Febr. 69 aus der 1967 gegründeten PFLP ab, seit Anfang der 70er Jahre fest an der Seite der Sowjetunion.

(10) Im Oktober 1981 in Rom ermordet.

(11) Inzwischen hat sich die Palästinensische Kommunistische Partei von der Jordanischen Kommunistischen Partei getrennt und eine eigene Organisation gebildet.

(12) Breschnew hatte auf dem 26. Parteitag der KPdSU den Vorschlag einer internationalen Konferenz zum Nahost-Problem gemacht, also praktisch ein Wiederaufleben der Genfer Konferenz gefordert, was neben der Beteiligung der USA an der „friedlichen Lösung" auch die Beteiligung der Sowjetunion bedeuten würde.

(13) Am 30.9.77 — also unmittelbar vor dem Jerusalem-Besuch Sadats — gaben der sowjetische Außenminister Gromyko und der damalige amerikanische Außenminister Vance erstmals im Gesamtverlauf des Nahost-Konflikts eine gemeinsame Erklärung ab:
1. Umfassende Lösung des Nahost-Problems, Lösung der israelischen Okkupation und der Palästina-Frage, Beendigung des Kriegszustandes, Herstellung normaler friedlicher Beziehungen, Vorschlag entmilitarisierter Zonen und Stationierung von UN-Truppen oder -Beobachtern;
2. Beteiligung aller vom Konflikt betroffenen Seiten, einschließlich des palästinensischen Volkes;
3. gegenseitige Achtung der legitimen Rechte und Interessen (nach, A. Harttung, Hrsg., Zeittafel zum Nahost-Konflikt; Berlin-Verlag).

(14) Der 14. Palästinensische Nationalrat hat beispielsweise das Tripolis-Abkommen anerkannt und die Camp-David-Abkommen abgelehnt. Das muß ganz klar als Fortschritt im politischen Programm, verglichen beispielsweise mit dem 10 Punkte-Programm, gesehen werden (vgl. Anmerkung 5) Daß die rechte PLO-Führung trotzdem versucht, ihr Süppchen zu kochen, ist eine andere Frage, kann man aber nicht als die Aufgabe von Positionen der linken Organisationen bezeichnen.

(15) Beleg dafür sind beispielsweise die Interviews von Issam Sartawi in jüngster Zeit, der u.a. vertritt, die PLO müsse der israelischen Friedensbewegung — mit der Sartawi ja länger Kontakt hat, s. oben — Glaubwürdigkeit vor der israelischen Bevölkerung verschaffen, was nur durch deutlich demonstrierte Verhandlungsbereitschaft der PLO ermöglicht werden solle. Auf diese Weise solle den Sharons in Israel der Boden nach und nach entzogen werden. Dies soll auf dem Wege einseitiger Vorleistungen der PLO geschehen, einschließlich Anerkennung, wobei Sartawi den Schlenker macht, daß die entscheidenden Kräfte in Israel — Likud und Arbeiterpartei — diese Anerkennung gar nicht wollen, sie somit erledigt sei, und außerdem nur zwei Staaten sich gegenseitig anerkennen können — im Waffenstillstand im Libanon ist diese Argumentation ja schon in die Praxis umgesetzt worden. Im übrigen spricht Sartawi von den „Faschisten" der PFLP (vgl. „taz"-Interview, 2.3.81).

(16) Die UNIFIL-Truppen sollten in die von Israel geräumten Positionen im Südlibanon einrücken, bekanntlich übergaben die Zionisten aber einen Teil ihrer Marionette Haddad, andere räumten sie gar nicht.

(17) vgl. dazu AK 131 und AK 134, Nahost-Seiten.

(18) Zwischen den verschiedenen faschistischen Gruppierungen hat es insbesondere 1980/81 schwere bewaffnete Auseinandersetzungen gegeben. Frangieh war schon 1979 aus der faschistischen „Libanesischen Front" ausgeschert, sein Sohn fiel einem Anschlag anderer faschistischer Gruppen zum Opfer. Bei Kämpfen zwischen den Milizen Gemayels und der Nationalliberalen Partei Chamouns, die den Milizen Gemayels zwangsweise angegliedert wurde, wurden 500 Menschen erschossen.

(19) Die Patriotische (Nationale) Libanesische Front umfaßt die Sozialistische Partei Dschumblatts, die Libanesische Kommunistische Partei, die Libanesische Kommunistische Aktionsorganisation, die Nasseristen, die Sozialistische Nationale Syrische Partei; die erweiterte Front insgesamt 27 Organisationen und außerdem Einzelpersonen.

(20) Im Juli 73 bombardierten die Zionisten erstmals Beirut schwer. In dem von den palästinensischen Widerstandsgruppen kontrollierten Stadtteil Al-Fakhani wurden gezielt Büros der Organisationen zerstört. Der Südlibanon wurde ebenfalls angegriffen. (21) Die UN-Resolution 242 fordert den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, betont das Recht aller Staaten der Region in gesicherten Grenzen zu leben, und fordert eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems. Bis heute wird diese Resolution von allen palästinensischen Gruppen abgelehnt.


Jordanische September-Strafaktion: Gegen Palästinenser

Militärs als Statthalter imperialistischer Interessen in der „3. Welt"

In den 50er Jahren wurden einige Berichte und Dokumente aus Regierungs- bzw. Geheimdienstkreisen bekannt, die sich mit der Ausweitung oder Erhaltung des imperialistischen Einflusses in unterentwickelt gehaltenen Ländern beschäftigen. 1959 empfahl ein Bericht des Präsidenten-Ausschusses unter Draper (damals war Eisenhower US-Präsident) über Militärhilfe-Programme im unveröffentlichten Anhang („Studie über US-Militärhilfeprogramme in unterentwickelten Gebieten") folgende Strategie: Die Streitkräfte der unterentwickelten Länder sollen als ‚Transmissions-Riemen' für eine sozio-ökonomische Reform und Entwicklung" im Interesse der Imperialisten dienen. Ihnen gebührt als einzige effektive Alternative zu einer „kommunistischen" Entwicklung die volle finanzielle Unterstützung (ökonomisch und militärisch) der USA. Im Konkreten soll das Offizierscorps an den Regierungen beteiligt werden, die innere Sicherheit erhöhen und einen effektiveren Gebrauch von den ökonomischen Ressourcen des Landes und der ausländischen Wirtschaftshilfe machen. Eine CIA-Studie für den „Draper-Ausschuß" hob die Bedeutung der Militärhilfe für diese Zwecke hervor.

Unsicher ist, ob in dem o.a. Bericht eine spezielle Fallstudie zu Libyen enthalten war oder nicht. Aber die im Folgenden skizzierte Politik des US-Imperialismus deutet sehr stark auf die Übernahme dieser Empfehlungen – auch im Falle Libyens – hin.



Abgeschossen: Ägyptischer Pilot

Libyen fest in imperialistischer Hand

Als Folge des 2. Weltkriegs war die ausländische Präsenz im damaligen libyschen Königreich vorwiegend britisch und amerikanisch – im Gegensatz zum übrigen Nordafrika, das unter französischer Vorherrschaft stand (1). Britische Soldaten bildeten die libysche Armee aus, und die USA hatten eine wichtige Militärbase in Wheelus (2), eine 150 Millionen Dollar-Investition. Seit 1951 unterstützten sowohl Großbritanien als auch die USA die libysche Wirtschaft stark, wobei die USA seit 1955 ein Großteil des Haushaltsdefizits trugen. Die intensive Unterstützung auf militärischer Ebene wurde später durch eine Veröffentlichung des Außenministeriums bestätigt: Die USA finanzierten Mitte der fünfziger Jahre eine 50%tige Vergrößerung der libyschen Armee, desgleichen Mitte der Sechziger.

Frühzeitig (1957) machten sich die USA Gedanken, wie es nach dem Tod von König Idris, der zunächst Garant ihrer Interssen war, weitergehen sollte. So heißt es in einem Dokument des Generalstabs (Joint. Chiefs of Staff): *„Am besten wird*

Frühzeitig (1957) machten sich die USA Gedanken, wie es nach dem Tod von König Idris, der zunächst Garant ihrer Interssen war, weitergehen sollte. So heißt es in einem Dokument des Generalstabs (Joint. Chiefs of Staff): „Am besten wird

den Interessen der USA gedient sein, wenn Schritte unternommen werden, eine Fortsetzung der politischen Atmosphäre in der libyschen Regierung zu sichern, die für die Fortdauer des derzeitigen Militärbasen-Abkommens verantwortlich sein wird". Auch hier wird der US-Regierung empfohlen, auf die Streitkräfte zur Sicherung der politischen Stabilität zu setzen.

Durch die bedeutenden Ölfunde ab 1959 bekam Libyen neben der militärstrategischen auch eine wirtschaftliche Bedeutung für die Imperialisten. Die Ölförderung lag zum großen Teil in der Hand amerikanischer Konzerne. Auf der anderen Seite brachte der Verkauf der Konzessionen auch zunehmenden Reichtum für eine kleine Oberschicht, die eng mit Regierungskreisen und der Monarchie verquickt war. An der 1968, also ein Jahr vor dem Putsch, ausgesprochenen Warnung der USA an König Idris, daß die gewährte Militärhilfe nicht die Erhaltung seines Throns bedeuten würde, wird deutlich, daß sie bereits auf eine andere Kraft, nämlich die Militärs, setzten (3). So ist es auch nur konsequent, daß das neue Ghaddafi-Regime – eben jene „freien Offiziere" – schon wenige Tage nach dem Putsch anerkannt wurde. Wenige Monate später, nach einer Warnung des CIA vor einem Komplott, ließ Ghaddafi mehrere Mitglieder des Revolutionsrates verhaften. Selbst 1971 noch verhinderten CIA und britischer Geheimdienst einen Putschversuch der royalistischen Opposition.

Libyen gerät unter Beschuß

Daß die USA doch nicht ganz auf den „richtigen Mann" gesetzt hatten, zeigte sich an Ghaddafis nun folgender Politik der nationalen Unabhängigkeit: Schließung der Militärbasen, Verstaatlichung des Ölsektors (mit allerdings nicht unerheblicher Entschädigung) sowie einer veränderten Außenpolitik: militantere Unterstützung der Palästinenser. Anfang 1973 verließ der US-Borschafter Libyen und wurde nicht ersetzt. Schon ein Jahr zuvor begannen die USA mit „Aufklärungsflügen" über Libyen, nachdem Libyen Waffen von der Sowjetunion gekauft hatte (4). Etwa zur gleichen Zeit wurden die sowjetischen Berater aus Ägypten rausgeworfen und das Sadat-Regime kehrte in das westliche Militär- und Wirtschaftssystem zurück. So wurde Ghaddafi aus imperialistischer Sicht zum Hauptstörenfried in dieser Region.

Etwa 1977 schaltete sich Frankreich in die Auseinandersetzung ein. Begründet wurde das mit der wachsenden Zusammenarbeit mit Ägypten, seiner traditionellen Vorherrschaft in Nordafrika und der zunehmenden Kooperation mit dem CIA. „The Middle East" berichtete, daß der Verantwortliche für den französischen Geheimdienst von Sadat bevollmächtigt wurde, von Ägypten aus Guerilla-Operationen nach Libyen zu unternehmen. Für den 5. August 1980 war vom französischen Geheimdienst eine Militärrevolte geplant, eingeleitet durch eine großangelegte Pressekampagne in den französischen Medien, Gründung einer Anti-Ghaddafi-„Befreiungsfront" im ägyptischen Grenzgebiet sowie der massiven Stationierung ägyptischer Truppen an der Grenze zu Libyen. Der Aufstand sollte in der Garnison von Tobruk (unweit der ägyptischen Grenze) unter Führung des von den

dafi-„Befreiungsfront" im ägyptischen Grenzgebiet sowie der massiven Stationierung ägyptischer Truppen an der Grenze zu Libyen. Der Aufstand sollte in der Garnison von Tobruk (unweit der ägyptischen Grenze) unter Führung des von den

Franzosen rekrutierten Chefs der Militärischen Sicherheit dort, Shehabi, stattfinden. Doch das Komplott scheiterte bis auf kurzfristige Meutereien in einzelnen Bataillionen, die durch Verhandlungen der libyschen Regierung beigelegt wurden; die Anführer flüchteten nach Ägypten. Giscard d'Estaing lehnte eine direkte militärische Intervention ab, die der Geheimdienstchef nach dem libyschen Eingreifen im Tschad gefordert hatte, wegen der hohen Importabhängigkeit von libyschem Öl und mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sechs Monate vor der Wahl. Stattdessen begannen mit Ägypten und Sudan Verhandlungen über Geheimaktionen gegen Ghaddafi.

Nach dem Wahlsieg Mitterands übernahm Ronald Reagan wieder die Initiative in der anti-libyschen Politik. Nach „Newsweek" beinhaltet die CIA-Strategie für die „Störenfriede" imperialistischer Interessen folgende Elemente:

+ Diplomatische Isolierung des Landes;
+ Entfachung einer Propaganda-Kampagne;
+ Mobilisierung einer Opposition;
+ Militärische Aktionen von Nachbarländern aus, wenn „nötig" mit direktem Eingreifen der USA.

Anhand dieser Punkte wird in dem „CounterSpy"-Artikel die US-Politik der letzten Jahre gegenüber Libyen untersucht.

Isolierung

Die diplomatische Kampagne gegen Libyen läuft schon seit einiger Zeit. Laut State Department ist die amerikanische Regierung gewillt, Aktionen gegen Libyen zu ermutigen (5).

Der Leitlinie, daß bei den Aktionen gegen Libyen die afrikanischen Staaten selber die Führung übernehmen sollten, entsprach das Vorgehen Marokkos, das mit Erfolg verhindert hat, daß die OAU sich in der libyschen Hauptstadt Tripolis traf. Andere afrikanische Staaten beugten sich der „Empfehlung", ihre Gegnerschaft zu Libyen durch Verurteilungen oder den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu demonstrieren. Die Möglichkeit Libyens, engere Beziehungen zu seinen Nachbarn zu entwickeln, wurde durch gezielte Militärhilfe der USA für Tunesien, Ägypten und Sudan eingeschränkt. So erhielt Tunesien M-60-Panzer, um das weitere „Abenteurertum" Libyens einzudämmen. Auch mit Marokko und Algerien wurden Gespräche über US-Militärhilfe geführt. Um Liberia von der Notwendigkeit zu befreien, libysche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wurden dorthin 100 Green Berets (militärische Elitetruppe) zu Ausbildungszwecken gesandt. Liberia brach daraufhin prompt die Beziehungen zu Libyen ab.

Den USA gelang es, auch nicht-afrikanische Länder in die Kampagne gegen Libyen einzuspannen. So berichtete das „Wall Streeet Journal", daß die USA Frankreich, Italien, die BRD und England zu einer härteren Linie gegen Libyen erpressen konnten, obwohl diese Länder viel ausgedehntere wirtschaftliche Beziehungen zu Libyen haben. Die Reagan-Administration verhinderte außerdem im Sommer 1981 durch energische Intervention von Haig und Weinberger einen Staatsbesuch Ghaddafis in Italien.

Die Propaganda-Kampagne gegen Libyen

Sommer 1981 durch energische Intervention von Haig und Weinberger einen Staatsbesuch Ghaddafis in Italien.

Die Propaganda-Kampagne gegen Libyen

Die Propaganda-Kampagne gegen Libyen hat fünf Hauptthemen:

1. Ghaddafi ist der Schutzheilige des Terrors;
2. Libyen ist militaristisch und imperialistisch;
3. Libyen ist ein Sowjet-Satelit;
4. Ghaddafi ist ein verrückter und *„der gefährlichste Mann der Welt"*;
5. Libyen wird schlecht und nicht entsprechend den Bedürfnissen des Volkes verwaltet, das libysche Regime ist repressiv und es gibt in Libyen eine wachsende Opposition, die wert ist, unterstützt zu werden.

Welches sind die Quellen der „Desinformation" über Libyen? Ein großer Teil der lancierten Meldungen über den libyschen Terrorismus kamen und kommen aus Ägypten, Marokko, Tunesien und aus israelischen Quellen. Meldungen, wie jene, daß Carlos an der libysch-sudanesischen Grenze sei und die Ölfelder der Gegner Libyens angreifen wolle, wurden von der falangistischen Radiostation „Stimme des Libanon" ausgestrahlt. Die halbamtliche ägyptische „Middle East News Agency" (MENA) behauptete im Juni 1981, daß König Khaled bei seinem Besuch in England Ziel eines Anschlages sei. Diese Geschichte wurde von vielen englischen Blättern mit der Angabe zitiert, der Anschlag solle von Carlos, zwei palästinensischen Gruppen und mit der Rückendeckung Ghaddafis unternommen werden. Gegenstand ständiger Propagandameldungen waren angebliche Anschläge auf Ghaddafi. Diese Geschichten nahmen, wie etwa die im Januar 1981, in der ägyptischen Zeitung „Al-Ahram" ihren Anfang und gelangten dann in das BBC-Programm und westliche Hintergrund-Kommentare.

Eine Liquidierungskampagne gegen libysche Dissidenten wurde erfunden, nachdem im April 1977 ein ägyptischer Saboteur und seine Komplizen hingerichtet worden waren – die ersten Hinrichtungen in Libyen seit 1969.

Andere Todesurteile gegen Monarchisten waren grundsätzlich nur gegen Abwesende ausgesprochen worden. Auch die Liquidierung anderer Opponenten ist nach Aussagen der libyschen Regierung nicht zentral gesteuert, wofür auch die geringe Bedeutung der Betroffenen spricht. Nachdem eigentlich jedem klar war, daß die sogenannte Liquidierungskampagne nicht existierte, berief die amerikanische Regierung ihre Diplomaten mit eben dieser Begründung aus Libyen ab. Die Horrorangaben über den Einmarsch im Tschad und über die angeblich nicht am Ölreichtum teilhabende Bevölkerung sind durch Regierungs- oder regierungsnahe amerikanische Berichte selbst entkräftet worden.
tausend Häuser gebaut und vierhundert Millionen Bäume gepflanzt, das jährliche Durchschnittseinkommen ist von 1.700 auf 10.000 Dollar gestiegen. Die Intervention im Tschad, wohl die Welturaufführung eines Interventen, der auf Bitten des angeblich besetzten Landes freiwillig wieder abzieht, diente Ägypten, Tunesien und Israel u.a. zur Rechtfertigung des immer stärkeren Ausbaus ihrer Militärapparate.

Schaffung und Mobilisierung einer Opposition gegen Ghaddafi

Für „Unruhegebiete" im Nahen Osten und Nordafrika sehen US-Pläne drei Formen direkter militärischer Aktionen vor: Einsatz von Schiffen, Einsatz von Marine, Einsatz paramilitärischer Gruppen von Emigranten des jeweiligen Landes (US-Außenminister Haig nannte diese Pläne „Triple Squeeze" („Dreifacher Druck"), wobei als „fourth squeeze" zur Verhinderung eines sowjetischen Eingreifens auf Seiten ihres „Klienten" die nukleare Drohung tritt.

Für die Anwendung dieser Methode im Falle Libyens spricht die vom CIA entwickelte und praktizierte Strategie der Stellvertreterkräfte und die von Haig favorisierte Lösung, eine Mischung aus subversiven Exil-Libyern und Söldnern einzusetzen, die Washington als nationale Befreiungsbewegung ausgeben und anerkennen könnte.

Was hingegen bisher bei Anti-Ghaddafi-Demonstrationen in Erscheinung trat, gehört mehr oder weniger zur alten monarchistischen Opposition. Weder innerhalb noch außerhalb Libyens gibt es Anzeichen für eine sich konsolidierende linke oder irgendwie fortschrittlich geartete Oppositionsbewegung. Keine normale Bevölkerungsgruppe in Libyen wäre nach „Wall Street Journal" bereit, mit diesen Exilkräften zusammenzuarbeiten. Der einzige Ansatzpunkt für eine gewisse Unzufriedenheit bestimmter Teile der Bevölkerung

tete Oppositionsbewegung. Keine normale Bevölkerungsgruppe in Libyen wäre nach „Wall Street Journal" bereit, mit diesen Exilkräften zusammenzuarbeiten. Der einzige Ansatzpunkt für eine gewisse Unzufriedenheit bestimmter Teile der Bevölkerung

gehe von den als hart empfundenen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die private Geschäftswelt, gegen hohe Spareinlagen und große Erbschaften aus.

Militärische Vorbereitungen gegen Libyen

Libyen steht an „vorrangiger" Stelle in Haig's „Triple Squeeze"-Plan. Libyen ist praktisch eingekreist. In der ägyptischen westlichen Wüste stehen amerikanische Bereitschafts- und Stationierungsstreitkräfte, die tschadischen Guerilla-Streitkräfte Habrés (bekämpft die von Libyen unterstützte Regierung im Tschad, Anm. AK) im Sudan an der Grenze zum Tschad erhalten versteckte Hilfe, die 6. Flotte patroulliert im Golf von Syrte, und von Tunesien aus finden Aufklärungs- und Verteidigungsoperationen statt. Diese „Vorsorgemaßnahmen" und das ständige Anwachsen der Militärhilfe sind „ein langfristig angelegtes Unternehmen, das darauf abzielt, Ghaddafi von außerhalb seines Landes unter Druck zu setzen."

Vom Weißen Haus sind diese Pläne niemals dementiert worden, dementiert wurde nur, daß in ihnen auch ein Mordanschlag auf Ghaddafi enthalten sei. Der Kolumnist Jack Anderson wies auf Enthüllungen von Plänen hin, die den Einsatz von Killern, getarnt als Söldner Ghaddafis, vorsahen, ebenso langsam wirkende Gifte. Man könne diese Einzelheiten, so phantastisch sie klängen, nicht ignorieren, seitdem die Operationen gegen Kuba bekannt geworden seien.

In einer Reportage der „New York Daily News" vom 17. Mai 1981 wurde festgestellt: *„Die Reagan-Administration feilt an einer geheimen Strategie, um Ghaddafi mit Hilfe Ägyptens und anderer gemäßigter arabischer Staaten zu kippen."* Solche Pläne würden zwar nicht die Ermordung einschließen; man würde aber Ägypten und andere Länder, die sich von Ghaddafi bedroht fühlen, ermutigen, ihrerseits militärische Schritte zu unternehmen oder einen Putsch zu unterstützen. Sollten diese Versuche fehlschlagen, könnten die USA den betreffenden Ländern Hilfe in Aussicht stellen, meinte ein amtlicher Sprecher. Die Operation gegen Ghaddafi würde in einer Form laufen, daß die USA immer sagen könnten, sie seien nicht darin verstrickt.

Auch der Vorfall im Golf der Syrte sollte einerseits Libyen einschüchtern und andererseits Alliierte sammeln. Einige Fakten belegen das: Die „Washington Post" berichtete direkt nach dem Vorfall, Regierungssprecher hätten gesagt, *„die Grundentscheidung für die Marineübung vor der libyschen Küste wurde von Reagan selber Ende Juli im Nationalen Sicherheitsrat gefällt."* Im Pentagon habe eine Diskussion stattgefunden, ob man die ganze Sache nicht bis nach dem Sommer verschieben sollte, weil sich in den Sommerferien einige Hundert amerikanische Bürger zusätzlich in Libyen aufhalten würden. Die Kommandanten der Marineeinsatztruppen, die das Manöver abhalten sollten, seien extra nach Wahington berufen und vom Generalstab auf ein einheitliches Verständnis der Operationsregeln eingeschworen worden.

Glechzeitig mit diesem Seemanöver hatte Ägypten an den libyschen Grenzen ein Landmanöver veranstaltet. Zwar behaupteten die US-Offiziellen, daß es sich hierbei um einen Zufall gehandelt habe, waren aber trotzdem neugierig, wie Ghaddafi wohl reagieren würde. Ägypten ist überhaupt der zentrale Faktor in allen militärischen Überlegungen gegen Libyen. Einerseits besteht eine langjährige Feindschaft, andererseits stehen seit Januar 1981 mindestens 100.000 Mann an der ägyptisch-libyschen Grenze, und die Bewaffnung Ägyptens soll sich im Laufe des Jahres 1982 verdoppeln. Alle Inszenierungen mitlitärischer Aktionsprojekte gehen von Ägypten aus. Spekulationen über ein gemeinsames ägyptisch-israelisches Vorgehen gegen Libyen werden immer wahrscheinlicher; der heutige israelische „Verteidigunsminister" Sharon hielt sich im Mai 1981 auf ägyptische Einladung im Grenzgebiet auf.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

1) Seit 1912 war Libyen italienische Kolonie, die während des zweiten Weltkrieges von Großbritanien, aber auch von amerikanischen und französischen Truppen besetzt wurde. 1949 beschlossen die Vereinten Nationen, ein Königreich in dem damals außerordentlich armen Libyen zu errichten. 1951 wurde der dem Westen treu ergebene Emir Idris, der einer der Führer im Widerstand gegen die italienischen Kolonialisten/Faschisten war, als König eingesetzt. Das Königreich finanzierte sich durch die Abgaben für Militärbasen der imperialistischen Staaten. Erst 1959 wurden die großen Erdölressourcen Libyens entdeckt.

en zu errichten. 1951 wurde der dem Westen treu ergebene Emir Idris, der einer der Führer im Widerstand gegen die italienischen Kolonialisten/Faschisten war, als König eingesetzt. Das Königreich finanzierte sich durch die Abgaben für Militärbasen der imperialistischen Staaten. Erst 1959 wurden die großen Erdölressourcen Libyens entdeckt.

2) Weelus-Base bei Tripolis, die die USA schon 1970, ein Jahr nach der Machtübernahme Ghaddafis, verlassen mußten. Auch Großbritannien hatte Truppen stationiert, Frankreich durfte im Kriegsfall die Militärbasen benutzen.

3) Unter Idris hatte sich eine beginnende Opposition herausgebildet, die Einflüsse der Baath-Partei und auch der Moslembrüder machten sich bemerkbar, die Offiziere waren vor allem von den Ideen Nassers beeinflußt. 1964 gab es in Bengasie Studentenunruhen. Idris versuchte, durch eine stärkere Hinwendung zu den arabischen Staaten und Betonen des Panarabismus sowie durch verbale Unterstützung der Frontstaaten gegen Israel dieser Opposition die Spitze zu nehmen. Während einer Auslandsreise wurde er am 1. September 1969 gestürzt – ohne grosses Aufsehen.

4) Die USA hatten offensichtlich die Konsequenz Ghaddafis, der von Anfang an unbestrittener Führer des Revolutionrates war, unterschätzt. Zwar war und ist Ghaddafi antikommunistisch und reaktionär islamisch eingestellt, und in seiner Politik auch konsequent. Andererseits begann er sich bald als Nachfolger Nassers zu fühlen und beanspruchte, auf dem Hintergrund des von ihm vertretenen Panarabismus, die arabische Front gegen Israel anzuführen, das er, noch vor der Sowjetunion, als Hauptfeind betrachtete. Hier störte er mit seinen Polemiken die US-Politik im Nahen Osten empfindlich. Handel und Wandel wurden zwar mit den imperialistischen Staaten aufrechterhalten, mit Waffen allerdings rüstete er sich zunehmend in der Sowjetunion aus. Militärische Berater aus der Sowjetunion allerdings sollen erheblich mehr unter Kontrolle des libyschen Regimes stehen, als das beispielsweise in Ägypten der Fall war (vgl. Libyen-Artikel in „Orbis", Winter 1981). Die jahrelange Konsequenz einer Politik der nationalen Eigenständigkeit mit Hauptstoß gegen Israel ist der Hauptgrund für die Anti-Libyen-Politik der USA.

5) Bereits in den Geheimzusätzen zu den Camp-David-Abkommen befindet sich ein Passus, in dem Ägypten amerikanische Unterstützung für den Fall eines Konfliktes mit Libyen zugesichert wird.

Kein Bock mehr auf Kommunismus

Über die Zukunft der einstmals größten westdeutschen ML-Organisation, des KBW, scheint nun sehr bald eine Entscheidung fällig zu werden. Bereits im Oktober 1981 hatten Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Selbstauflösung des KBW die Runde gemacht. Die 6. Bundesdelegiertenkonferenz des KBW (14.-18.11.81) erwies sich als unfähig oder unwillig, irgendein Problem zu lösen oder auch bloß anzupacken. Die Tendenzen zur Selbstauflösung haben seither offensichtlich zugenommen. Ein anschauliches Bild dieser Stimmungslage bietet der Artikel „Über meine Unlust im KBW" von Gerd Koenen, einem der bekanntesten KBW-Funktionäre („KVZ", 16.4.82). Koenen (Anm. 1) plädiert ohne viel Umschweife für die Liquidierung des KBW „als selbstständiger, zentralisierter politischer Verband". Er verweist darauf – was übrigens auch der redaktionelle Vorspann bestätigt –, daß er seine „Unlust" am KBW mit „vielen" anderen Genossen (und vielleicht auch Genossinnen? ...) teilt. Eher beiläufig erfährt man auf diese Weise, daß kürzlich auch Bernhard Peters aus dem KBW ausgetreten ist: Peters war (neben Hans-Gerhart „Joscha" Schmierer und Volker Lehmann) einer der drei KBW-Spitzenfunktonäre („Sekretäre"), die auf der 6. Bundeskonferenz gewählt wurden. Peters war „verantwortlich für die politische Zeitung", d.h. er war in konventioneller Ausdrucksweise Chefredakteur der „KVZ".

Die „Unlust" am eigenen Verein macht also vor der Chefetage nicht mehr halt, und man kann nicht einmal behaupten, daß die noch nicht so auflösungswillige Gegenposition wenigstens irgendein positives Konzept hat, wie es vielleicht weitergehen könnte.

Wer sich da klammheimlich oder lauthals freut, daß es wieder mal eine der „ML-Sekten" und „K-Gruppen" erwischt hat, mag das immerhin tun. L e r n e n läßt sich mit einer solchen Haltung allerdings gar nichts. Liest man die Bekenntnisse des Genossen Koenen etwas genauer, so kann man in seinen Beschreibungen und in seiner Ratlosigkeit auch a l l g e m e i n e Probleme organisierter sozialistischer Arbeit heute und in diesem Land wiedererkennen.

„Der durch die Schrecken des Kapitalismus 'wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen 'Mode'-Strömung bis zur 'Tollheit' fortreißen zu lassen — all das ist allgemein bekannt. Aber die theoretische, abstrakte Anerkennung dieser Wahrheiten bewahrt die revolutionären Parteien noch keineswegs vor den alten Fehlern, die stets aus unerwarteten Anlässen, in etwas neuer Form, in früher noch nicht gekannter Verhüllung oder Umgebung, unter originellen — mehr oder weniger originellen — Umständen auftreten".

(Lenin, „Der 'linke Radikalismus'...", 1920)

Wird der KBW aufgelöst?

Der KBW hat sich auf seiner 6. Bundesdelegiertenkonferenz im November 81 auf das Liquidieren seiner Programmatik und seiner politischen Ansprüche beschränkt. „Außer Kraft gesetzt", d.h. per Beschluß annulliert, wurde das gesamte Programm des KBW (Anm. 2) mitsamt einiger anderer programmatischer Texte. Beschlossen wurde stattdessen ein wesentlich von Schmierer entworfener Torso, eine Art „provisorisches Programm", das – nachdem aus dem ursprünglichen Entwurf noch alles Strittige entfernt wurde – kaum noch etwas aussagt außer dem totalen Bruch mit der eigenen Vergangenheit ebenso wie mit der gesamten Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung. Man stand, auch wenn das von Schmierer und anderen Bewahrern des KBW bestritten wurde, so ziemlich mit leeren Händen da.

Hier setzt die Kritik von Gerd Koenen an: *„Der KBW heute ist eine ganz andere Organisation als er vor 1980 war* (Anm. 3) *, und das ist das beste, was man von ihm sagen kann.* **Aus unserer Geschichte läßt sich jedenfalls positiv keine politische Identität mehr begründen".** Er selbst fühle sich **„um Lichtjahre, so zwei bis drei Milchstraßen weit, von diesem schwarzen Loch entfernt; und ob links oder rechts davon ist mir schnuppe".** (Mit dem „schwarzen Loch" ist der alte KBW gemeint. Gerd Koenen ist vermutlich die bisher anschaulichste Beschreibung des Verhältnisses vieler Leute aus den „K-Gruppen" zur eigenen politischen Vergangenheit gelungen). Es sei dann, schreibt Koenen weiter, von Teilen des KBW (namentlich vor allem H.-G. Schmierer) versucht worden, eine neue programmatische Basis an Stelle der soeben en bloc verworfenen zu schaffen. Diesen Versuch lehnt Koenen (ebenso wie B. Peters, den er in diesem Zusammenhang zitiert) ab: *„Ich bestreite den Wert dieser ganzen Methode der Theoriebildung, mit der bisher versucht wurde, dem KBW seine neue programmatische Basis zu zimmern. Und ich bestreite dementsprechend auch – jedenfalls für den Augenblick – die Möglichkeit und Notwendigkeit einer ,Organisation der Revolutionäre, die n a c h e i n h e i t l i c h e r T h e o r i e u n d P o l i t i k auf die Praxis und in der Praxis der Arbeiterklasse und kämpfenden Bewegungen wirken' soll"*, wobei letzteres ein Zitat aus Schmierers Entwurf zu einer neuen Programmatik ist. (Hervorh. bei Koenen).

Mit dem Versuch einer Rekonstruktion des KBW auf irgendwelchen neuformulierten Grundlagen werde *„einer wirklichen Bestandsaufnahme der heutigen Gesellschaft weitgehend"* ausgewichen. Überhaupt sei *„das Begriffsgebäude des Marxismus als in der Hauptsache ,Kritik der politischen Ökonomie'"* gar nicht in der Lage, *„alle wesentlichen gesellschaftlichen Erscheinungen"* abzudecken. *„Nicht nur Verengungen des Marxismus in Gestalt des ,Marxismus-Leninismus' sind zu überwinden, sondern die Anwendung des Marxismus selbst als systematischer Verengung der Erkenntnis". „So sind ja auch so gut wie alle wirklichen theoretischen Entdeckungen dieses Jahrhunderts von Nicht-Marxisten gemacht worden. Die Marxisten waren ausschließlich mit Revolutionstheorie befaßt, statt mit der Wissenschaft von den Stufen menschlicher Entwicklung und Höherentwicklung. Der ganze Universalismus des ,Marxismus-Leninismus' kam letztlich doch nur auf eine Ein-Punkt-Doktrin hinaus, auf das Herausfinden eines bestimmten politischen Durchbruchpunktes. Dieser einmal erreicht, versagte die Doktrin den Dienst, bzw. sie wurde zur Magd ganz eigener Interessen und Bestrebungen.*

Gerade aus diesen Gründen war der revolutionäre Sozialismus bisher auch niemals eine mehrheitsfähige politische Konzeption; es fehlte schlichtweg die Vorstellung von einer Höherentwicklung der Gesellschaft. Aus dieser Schwäche heraus, und keineswegs infolge der Diktatur der Bourgeoisie, hat es die große Mehrheit der arbeitenden Gesellschaft bisher positiv vorgezogen, sich innerhalb des Kapitalismus Entwicklungsspielräume zu erkämpfen (die der auch hergegeben hat), als sich auf das Abenteuer einer Revolution mit reichlich unklarem Ausgang einzulassen". (Anm. 4).

Aus diesem Szenario zieht Koenen die Schlußfolgerung: **„Nicht unser Endziel des Kommunismus ..., ebenso wenig der von seinen nach-marxistischen Verengungen befreite Marxismus als allgemeine Theorie und auch nicht die ,kommunistische Tradition der Arbeiterbewegung' können im Ernst als Grundlage besonderer politischer Organistion dienen".** Der KBW solle sich auflösen, zugunsten einer Mitarbeit an der Herausbildung neuer Organisationsformen, vor allem bei den Grünen und Alternativen Listen.

W e n n Gerd Koenen mit seinen eben zitierten weltanschaulichen Betrachtungen recht hat, so ist die Schlußfolgerung selbstverständlich logisch: Der KBW hat jeden positiven Daseinszweck verloren und erweist sich sogar als Hemmschuh für diejenigen, denen der sauer erworbene schlechte Ruf des KBW, sein K-Gruppenimage und vielleicht schon das bloße Wort „kommunistisch" nur noch ein Klotz am Bein sind.

Gibt es ein Leben nach dem Tode?

Freilich springt Koenen nicht gleich ab; er ist auch immer noch Redakteur der „KVZ". Er macht sich durchaus seine Gedanken, wie es w e i t e r g e h e n könnte nach einer Selbstauflösung des KBW: Die KBW-Mitglieder könnten dann ja *„versuchen, einen pragmatischen Rahmen zu finden, um ihren politischen Diskussionszusammenhang untereinander zu wahren, vornehmlich um die politische Zeitung und/oder theoretische Zeitschrift herum, sowie in Form von Arbeitsgruppen". „Gegebenenfalls"* könnten sogar *„bundesweite Delegiertenversammlungen, die sich aus gegebenem Anlaß absprechen"*, stattfinden – wobei Koenen offen läßt, wie nach einer Auflösung der Organisation eigentlich noch irgendjemand delegiert werden könnte, wer solche Versammlungen einberufen könnte usw. Die Einstellung der „KVZ" fordert Koenen nicht, aber die Redaktion müsse „sich selbst tragen", und zwar z.B. durch *„Förderabos, die die Stelle der bisherigen Beitragsabführung an die Zentrale einnehmen könnten"*. Autonom tragen und verwalten müßten sich nach den Vorstellungen Koenens auch die diversen Unternehmen des KBW (Buchvertrieb Hager, Sendler-Verlag). Hingegen solle der mit Millionen-Investitionen aufgebaute Satz-und-Druck-Betrieb des KBW sowie sein Eigentum an Grund und Gebäuden (namentlich die große Frankfurter Zentrale) „vergesellschaftet" werden, wofür Formen „sicher zu finden" seien; konkrete Vorschläge dazu macht Koenen in seinem „KVZ"-Artikel nicht.

Abschließend geht Gerd Koenen auf einen im KBW-Rest vermutlich noch häufig einzutreffenden Einwand gegen eine Auflösung ein: *„Vor allem Genossen in den mittleren und kleineren Orten"* seien in Sorge, nach einem Wegfall des KBW auf sich allein gestellt *„in einzelnen Bürger- oder Friedensinitiativen oder ihrem Gewerkschaftsklüngel zu versacken"*. Ihnen ruft Koenen aufmunternd zu: *„Geht von euch, den Personen, aus, und trefft euch in der Zusammensetzung, zu dem Thema, so häufig wie ihr es wollt und braucht. Wahrscheinlich wird sich schnell zeigen, daß man da viel mehr Leute einbeziehen kann als in eine Zelle des KBW. Das ist das beste Mittel gegen Unlust und Langeweile".*

Das ist sicher gut gemeint und mag manchem ein Trost sein. Zu fragen bleibt aber doch, welchen Realitätsgrad dieser Trost hat. Vor allen theoretischen Einwänden und Spekulationen müssen hier die Erfahrungen bei der Auflösung der „KPD" (Frühjahr 1980) zu Wort kommen: Keineswegs fehlte es der „KPD" damals an Vorsätzen und konkreten Vorstellungen, wie mensch nach Liquidierung des Vereins – dann eben in allerlei freien Arbeitsgruppen, lockeren Arbeitstreffen, neuen Publikationsformen usw. – in organisierten Zusammenhängen weiterarbeiten würde. Die Argumente, daß mensch dann sogar v i e l b e s s e r als bisher politisch arbeiten könnte, waren damals fast wortgleich mit dem Trostzuspruch Gerd Koenens. Tatsache ist aber, daß heute, gerade zwei Jahre später, keinerlei arbeitende Strukturen und Zusammenhänge der aufgelösten „KPD" mehr zu erkennen sind. Versuche, irgendwelche Zusammenhänge, Treffen usw. noch aufrechtzuerhalten, gingen praktisch sowieso bloß von der „Gruppe der 99" aus, d.h. von jener Fraktion der „KPD", die sich am stärksten und längsten der Auflösung widersetzt hatte und die immerhin noch an ein paar „sozialistischen Prinzipien" hatte festhalten wollen. Ohne daß sich das nachträglich präzis ermitteln läßt (und wozu denn auch?!), kann jedenfalls festgestellt werden, daß irgendwann im Verlauf 1980, spätestens 1981 die letzten Ansätze gemeinsamer Strukturen sanft entschlafen sind.

Daß es dem KBW nach seiner Auflösung wesentlich anders gehen würde, ist kaum zu begründen: Die b e w u ß t beschlossene Liquidierung einer Organisation drückt aus, daß besondere politische Zwecke, die ein Fortbestehen der Organisation begründen könnten, nicht mehr gesehen werden. Gerd Koenen drückt das in der These aus, daß weder das kommunistische Endziel noch der Marxismus ein Fortbestehen des KBW als besondere Organisation derzeit begründen könnten. So etwas läßt sich nur behaupten, wenn man entweder die bisherigen politischen Zwecke der Organisation insgesamt für falsch hält oder wenn man diese Zwecke, soweit sie teilweise noch begründet erscheinen mögen, in anderen Organisationszusammenhängen (Grüne und Alternative Liste, Frauengruppen, Gewerkschaft usw.) hinreichend aufgehoben meint. Wenn der KBW als O r g a n i t i o n überflüssig ist – weil er keine für wert geachteten b e s o n d e r e n Inhalte mehr zu vermitteln hat – dann ist es geradezu müßig, sich nach Auflösung des KBW noch in irgendwelchen n e u e n Strukturen weiterhin zu treffen. Für solche speziellen Strukturen, die ja zusätzliche Belastung neben der Arbeit in Alternativlisten, Basisinitiativen usw. bedeuten würden, würde dann jegliche politische Motivation fehlen. (Gewiß gäbe es auch dann noch s o z i a l e Motive, einige der alten Kontakte, soweit diese Teil des menschlichen Umfelds sind, aufrechtzuerhalten. Aber das berührt kaum das politische Problem).

Abgesehen von der Frage nach den besonderen Inhalten des KBW gibt es auch ein a l l g e m e i n e s Problem: Das „traditionelle Politikverständnis" – Menschen treffen sich in einer gemeinsamen Organisation, um ihre politische Arbeit zu koordinieren und um politische Auffassungen s y s t e m a t i s c h in ihre Arbeitsbereiche *„hineinzutragen"* – gilt heute insgesamt als zutiefst verdächtig. Damit verbinden sich heute negativ besetzte Formeln wie „leninistische Kaderpartei", „Demokratischer Zentralismus", „Instrumentalisierung" usw. Die Einsicht in die N o t w e n d i g k e i t organisierter revolutionärer Arbeit muß erst in der praktischen Erfahrung zurückerobert werden.

Wohl nicht zufällig haben auch die „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (Sammlungsversuch ehem. KBW'ler, inzwischen in der ISP/„Moderne Zeiten") und die Gruppe Z (Ende 1979 vom KB abgespalten, jetzt gleichfalls in der ISP) die allergrößten Schwierigkeiten, ihre Anhängerschaft noch zu irgendeiner gemeinsamen politischen P r a x i s zu motivieren, die über unverbindliche Diskussionstreffen hinausführen könnte. **Die bloße These, daß der ganze bisherige Sozialismus ein Dreck sei, begründet anscheinend noch keine p o s i t i v e n Motivationen und Inhalte für eine gemeinsame politische Praxis.**

KBW – Bewahrer ohne Alternative

Die Sirenengesänge von Koenen und anderen, das leckgeschlagene Schiff doch gleich vollends auf die Riffe zu setzen, könnten zum Erfolg führen. Denn auch der Gegenseite fehlt inzwischen eine politische Konzeption, die ein Festhalten am KBW begründen könnte. Zwar behauptete Hans-Gerhart Schmierer unmittelbar vor der 6. Delegiertenkonferenz noch: *„ ...Andererseits stehen wir nicht vor einem Kahlschlag. In der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung gibt es die Richtung des revolutionären Kommunismus, an die wir in der Behandlung der jetzigen Probleme der proletarischen Weltrevolution anknüpfen können, auch wenn diese Richtung nicht einfach mit der III. Internationale identisch ist, während sie vorher in der II. Internationale weitgehend unterdrückt wurde. Diese Richtung nahm ihren theoretischen Ausgangspunkt vom Kommunistischen Manifest und findet ihn auch heute noch immer in diesem Programm. Es ist auch nicht so, daß wir auf die brennenden Probleme der jetzigen Situation überhaupt keine Antwort geben könnten, auch wenn die Antworten unvollständig sind und oft nur erste theoretische Anhaltspunkte bieten. Das jedenfalls ist die Auffassung von vielen Genossen innerhalb des KBW ...".* („Kommunismus und Klassenkampf", Sonderheft Oktober 1981). Die Einschränkung, die Schmierer im letzten zitierten Satz machte, dürfte heute noch weitaus stärker gelten. Den „revolutionären Kommunismus" als besondere Richtung aus dem Wust der Geschichte und ihrer komplizierten Widersprüche herauszufiltern, ist ein Unternehmen mit enormen Schwierigkeiten. Und jedenfalls stellt das höchstens eine A u f g a b e, aber noch keineswegs eine eigene praktische Richtungsbestimmung dar. Zudem scheint im KBW die Zahl derer zu wachsen, denen überhaupt der Begriff „revolutionärer Kommunismus" verdächtig ist und die grundsätzlich etwas ganz anderes wollen, ohne dies genauer bezeichnen zu können oder zu wollen. Es fragt sich sogar, ob Schmierer selbst heute noch die Aussage, die er dazu vor einem halben Jahr gemacht hat, uneingeschränkt wiederholen würde.

Der KBW hat sich mit der Annulierung seiner sämtlichen programmatischen Grundlagen auf der 6. Bundesdelegiertenkonferenz jeder Festlegung auf eine besondere politische Richtung entledigt. Eine n e u e Orientierung stünde allenfalls zur Erarbeitung an, und es fragt sich am Ende, ob sich eine solche Arbeit eigentlich lohnt und ob sie unbedingt vom KBW als eigenständiger Organisation erfolgversprechend angepackt werden kann. Große Teile dessen, was der KBW heute noch praktisch und programmatisch vorhat, werden offenbar durch die Grüne Partei bestens abgedeckt. (Anm. 5).

Bei der brennenden Frage, was der KBW denn heute eigentlich noch B e s o n d e r e s vertreten will, daß nicht schon anderswo in größeren und wirkungsvolleren Zusammenhängen aufgehoben ist, stößt man auf nichts anderes mehr als die besondere Stellung des KBW zur „internationalen Lage": **Für den KBW ist die Sowjetunion der Hauptfeind und Hauptkriegstreiber. Hieraus lassen sich alle noch vorhandenen Spezialitäten des KBW herleiten.** Der KBW hat gegen den Krefelder Appell polemisiert, hingegen den als Konkurrenz zu Krefeld gedachten Aufruf des DGB unterschrieben. Der KBW hat die Anti-Breschnew-Demonstration der Grünen am 22.11.81 in Bonn unterstützt, und er begrüßt die Anti-DKP-Kampagne von Bahro und anderen maßgeblichen Grünen. Der KBW fordert Sanktionen und Handelsboykott gegen Polen und die Sowjetunion. Der KBW unterstützt in Hessen massiv die Alleinkandidatur der Grünen und sieht sich als militante Speerspitze gegen den Aufbau eines Wahlbündnisses. Der KBW polemisiert gegen den Organisationsaufbau der Demokratischen Sozialisten, weil ihm diese Richtung allzu DKP-freundlich und „traditionssozialistisch" zu sein scheint ...

Bei all diesen Dingen steht der KBW natürlich der grünen Richtung um Bahro, Hoplitschek u.a. sehr nahe. **Er unterscheidet sich von diesen lediglich durch die Systematik und die Schärfe, mit der er sein Anliegen verfolgt: Frontbildung gegen die Sowjet-**

union und ihre bundesdeutsche Agentur, die DKP. **H i e r a l l e i n könnten also noch besondere politische Zwecke des KBW als eigenständige Organisation gesucht werden.** Ein Anschluß an die ISP / „Moderne Zeiten" scheidet unter d i e s e m Gesichtspunkt vermutlich aus: Schon die „Komitees für Demokratie und Sozialismus", die eine sehr viel gemäßigtere Variante der außenpolitischen Thesen des KBW vertreten, haben in der ISP einen schweren Stand und stehen dort derzeit auf verlorenem Posten.

Als einzig interessanter Daseinszweck des KBW bleibt also das Vorantreiben und Zuspitzen vorhandener Tendenzen bei den Grünen u.a. („Vaterlandsverteidigung") im Sinne einer eindeutigen antisowjetischen Stoßrichtung. Auch die Befürworter einer Aufrechterhaltung des KBW werden sich fragen müssen, ob gerade für d i e s e n Zweck der KBW in seiner hergebrachten Form wirklich noch den optimalen Rahmen bieten kann. Wenn man sich von anderen Richtungen im wesentlichen nur noch durch eine besondere Betonung der „Vaterlandsverteidigung" unterscheidet, dann ist es nicht klug, sich die angestrebte Wirksamkeit durch anrüchige Beiworte wie „kommunistisch" selbst zu schmälern. Hinzu kommt der ganz spezielle schlechte Ruf des KBW. An diesen drei Buchstaben weiter festzuhalten, nachdem sie ohnehin nur noch ein paar fragwürdige Bruchstücke alter Inhalte und Ansprüche umhüllen, läßt sich rational nicht rechtfertigen.

Alle Umstände sprechen also auch aus der Perspektive der KBW-Bewahrer dafür, für ihre speziellen politischen Zwecke nach anderen organisatorischen Formen und Titeln zu suchen. Zweckmäßig wäre ein neuer Zusammenschluß, der in Inhalt und Selbstdarstellung („Lenin ist tot", „Wir sind jenseits vom linken Ghetto") weitgehend mit der ISP / „Moderne Zeiten" identisch sein dürfte, aber der in der Verurteilung des „Traditionssozialismus" noch radikaler sein müßte und der sich von der ISP vor allem durch militante Frontbildung gegen Sowjetunion und DKP unterscheiden müßte.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) Gerd Koenen ist für das Ressort „Ausland"

mus ausgingen, sondern auch von der Kritik

Anmerkungen

1) Gerd Koenen ist für das Ressort „Ausland" Mitglied der Redaktion des KBW-Zentralorgans „KVZ". Hervorgetreten ist er vor allem mit Arbeiten über die neueren Klassenkämpfe in Polen. In seinen Arbeiten erscheint er als Vertreter der harten antisowjetisch-„vaterländischen" Richtung im KBW.

2) Der KBW verdankte seinen relativ großen Einfluß in der Linken vor allem dem Umstand, daß er sich auf der Basis eines umfangreichen Programms gründete und den Anspruch erhob, mit diesem Programm über eine allgemeingültige Handlungsanweisung für die politische Praxis zu verfügen. Die Annullierung des Programms bezeichnet also den vollständigen Bankrott des KBW.

3) Das Datum bezieht sich darauf, daß 1980 eine starke Fraktion (etwa ein Drittel der damaligen Mitgliederzahl) aus dem KBW ausgeschlossen wurde, die heute unter dem Namen BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) auftritt. Der BWK setzt im wesentlichen die Tradition des alten KBW fort, während die Mehrheitsfraktion des KBW sich nach der Spaltung sehr schnell in entgegengesetzte Richtung entwickelte.

4) Wie fast alle Dogmatiker, die sich in ihr Gegenteil konvertiert haben, neigt auch der Genosse Koenen zu Übertreibungen. Wenn Koenen glaubt, daß „so gut wie alle theoretischen Entdeckungen dieses Jahrhunderts" von Nicht-Marxisten gemacht worden seien, so ist ihm entgegenzuhalten, daß es in diesem Jh. kaum einen bedeutenden Kopf auf dem Gebiet der Philosophie, der Naturwissenschaften etc. gegeben hat, der nicht z e n t r a l vom wissenschaftlichen Sozialismus (Marxismus) beeinflußt war bzw. ist. Viele der größten Köpfe dieses Jahrhunderts haben sich sogar selbst ausdrücklich als Sozialisten und Marxisten verstanden; manche von ihnen waren, ogott!, sogar Mitglied einer Kommunistischen Partei.

Auch der Vermerk Koenens, daß „die große Mehrheit der Gesellschaft" es bisher vorgezogen habe, sich im Kapitalismus einzurichten, statt Revolution zu machen (eine Bemerkung, bei der eine Genugtuung über die Klugheit dieser Entscheidung der Volksmassen nicht zu überhören ist), greift allzu kurz: Immerhin ist dieser freien Willensentscheidung „der Gesellschaft" doch mit Faschismus und Krieg gelegentlich kräftig nachgeholfen worden.

Im übrigen trifft die These Koenens (der revolutionäre Sozialismus sei „bisher niemals eine mehrheitsfähige politische Konzeption" gewesen) in dieser Eindeutigkeit zwar auf die BRD, aber bestimmt nicht g l o b a l zu. Gerd Koenen scheint einer derzeit beleibten Tendenz zu folgen, die relative friedliche Koexistenz der arbeitenden Klassen mit der eigenen Bourgeoisie in den imperialistischen Metropolen für die Weisheit allerletzten Schluß zu halten — und dabei geflissentlich zu übersehen, daß die Verläufe in der Dritten Welt ganz andere sind.

5) Hans-Gerhart Schmierer glaubt, „daß die Grünen bei der Entwicklung einer programmatischen Perspektive von vornherein nicht nur von der Kritik des modernen Kapitalismus ausgingen, sondern auch von der Kritik des Staatsmonopolismus, wie er sich in der Sowjetunion und den von ihr beherrschten Ländern herausgebildet hat. Das taten sie zwar unter fragwürdigen Stichworten wie Industrialismus etc.; entscheidend jedoch war, daß sie ihre Perspektive jenseits dieser beiden Ausbeuter- und Unterdrückergesellschaften suchten und dabei in den konkreten Bedürfnissen und Weisen ihrer Befriedigung Kriterien suchten, die über die Formunterschiede zwischen Kapitalismus und Staatsmonopolismus hinausgehen. Durch diese Naivität — man könnte es auch Genialität nennen — die den neuen Impulsen der Bewegungen seit den 60er Jahren durchaus entspricht, haben sie ein gut Teil des historisch verminten Geländes der Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Linken, wie innerhalb der Linken selber, übersprungen und sind damit dem Bedürfnis dieser Bewegungen, einen neuen Anlauf zu nehmen in der Umwälzung von Produktion und Gesellschaft, entgegengekommen. Dahinter darf die Linke nicht zurückbleiben" („KVZ", 16.4.82).

Und (nach dem Vorwurf, die Sozialismus-Vorstellungen der Demokratischen Sozialisten seien am Modell von DDR etc. orientiert): „Umgekehrt tragen die Grünen das Wort Sozialismus nicht in ihrem Namen und kommt es wohl auch sonst in ihren programmatischen Dokumenten nicht vor. Dennoch haben sie mit ihrer Betonung der Notwendigkeit, die Produktion auf Bedürfnisbefriedigung und Gebrauchswerte auszurichten, damit sich Mensch und Natur entfalten können, mit ihrem Beharren auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, mit ihrer Kritik der Arbeitsteilung etc. bisher mehr dazu beigetragen, aus der Kritik des Kapitalismus den Begriff der sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln als die Demokratischen Sozialisten in ihrem Recklinghauser Manifest" („KVZ", 26.3.82) — wobei es Schmierer erkennbar primär nicht um Kritik des in der Tat total unzulänglichen DS-„Manifests" geht, sondern um Verteidigung der Unzulänglichkeiten der Grünen Partei. Schmierer geht in seinem frischgewonnenen Enthusiasmus für die Grünen sogar soweit, jegliche linke Kritik an den Grünen als entweder unbegründet oder zumindest kleinlich zurückzuweisen.

Wie rasant der Schwenk zu den Grünen verlaufen ist, zeigt sich an der Tatsache, daß der KBW noch im Frühjahr 1981 bei den hessischen Kommunalwahlen mit Alleinkandidaturen oder KBW-dominierten Wahlbündnissen g e g e n die Grünen antrat. Damals kam der KBW-Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt-Südhessen noch zu einer wenig euphorischen Bewertung der Grünen Partei: „Die Grünen können die Alternative nicht sein. In ihrer Programmatik findet sich die antikapitalistische und sozialistische Strömung in den Gewerkschaften nicht wieder. Ein Ergebnis davon ist, daß die starken Stimmengewinne der Grünen keine Niederlage der CDU waren. Unter grüner Führung kann die Reaktion nicht geschlagen werden" („KVZ", 30.3.81).

KBW Südhessen: Heilloses Hin und Her

Für überraschende Wandlungen in seiner Politik ist der KBW schon immer gut gewesen. Seit einem guten Jahr jedoch kann einem bei den Irrungen und Wirrungen dieser Organisation gelegentlich schon der Atem stocken. Nach dem Prinzip „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?" warf der KBW in Südhessen anläßlich wichtiger politischer Entscheidungen mehrfach das Ruder um 180 Grad herum, tut heute just das, was er gestern als vollkommen falsch definierte und pflegt innige Freundschaften mit ehemaligen Erzfeinden. Es ist daran zu erinnern, daß diese in sich völlig widersprüchliche Praxis von einer Organisation geübt wird, die seinerzeit das „richtige Programm" zum absoluten Fetisch hochstilisierte und dem alten Kontrahenten „KB Nord" Prinzipienlosigkeit und Opportunismus vorwarf; denn der KB hatte es vor einem Jahrzehnt gewagt, den Programm-Rummel des KBW als irrelevant für die Herausbildung einer kommunistischen Strategie und Taktik in Westdeutschland zu bezeichnen. In Frankfurt braut sich derzeit ein Zweckbündnis von Grünen, Spontis („Pflasterstrand") und KBW zusammen. Vergessen ist die Fischmehlfabrik, von der der KBW einst hoffte, sie werde dem „arbeitsscheuen" Cohn Bendit Manieren beibringen. Verflogen ist aber auch umgekehrt die moralische Entrüstung der Spontis, die es ihnen früher angeblich verbot, mit den Unterstützern eines Pol Pot gemeinsame Sache zu machen. Von nun an soll zusammengearbeitet werden... — gegen die Agenten der Sowjetunion und ihre Wasserträger in der Friedensbewegung. Die Kursänderungen des KBW in Südhessen werden nachgezeichnet anhand seines Verhältnisses zu den Grünen und zum Volksbegehren gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen.

Als in der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main Anfang 1981 über die Einleitung eines Volksbegehrens diskutiert wurde, traf dieser Vorschlag beim KBW auf schroffe Ablehnung. Die Einheit in der Volksbewegung in ganz Hessen sei in keinster Weise erreicht, argumentierte dieselbe Organisation, die Jahre zuvor trotz Kritik und Einwänden aus der Frauenbewegung eine bundesweite Unterschriften-Kampagne „Volksentscheid gegen den § 218" durchgeführt hatte. Kurz vor einem entscheidenden BI-Plenum hieß es in der „KVZ" Nr. 12 (16.3.81) unter der Überschrift **„Volksbegehren jetzt kein richtiger Schritt"**:

„*Der Widerstand muß überhaupt erst wieder breit aufgebaut werden, und die Unterstützung aus ganz Hessen wird vor allem dadurch vergrößert, daß weiter in der betroffenen Region gekämpft wird. (...) Ein Volksbegehren in der jetzigen Situation würde — ob man will oder nicht — von der Hauptaufgabe ablenken, den Widerstand in unserer Region so mächtig zu machen, daß der Baubeginn im Herbst ein noch größeres politisches Fiasko für die Landesregierung wird, als sie es schon erlebt hat*". Dies war ein beliebtes Argument der Gegner eines Volksbegehrens: Künstlich wurde ein Gegensatz zu den Aktivitäten ‚vor Ort' aufgebaut. Heute kann kaum ernsthaft bestritten werden, daß die Mobilisierung via Volksbegehren ganz wesentlich dazu beitrug, daß der Widerstand unmittelbar im Wald so „mächtig" wurde.

Weiter merkte die „KVZ" sehr weise an, daß man die Arbeiter gewinnen müsse. Freilich sind für keine von Linken angezettelte Aktion in Hessen jemals so viel Arbeiter gewonnen worden wie für das Volksbegehren. Schließlich brachte der KBW noch den originellen Vorschlag in die Debatte: „*Wenn es uns so im Herbst gelingt, den Massenwiderstand gegen die Startbahn erneut und größer als bisher zu demonstrieren, wenn wir bis dahin für die Unterstützung in ganz Hessen was getan haben, wäre ein Volksentscheid auf wesentlich soliderer Grundlage erneut zu erwägen, wenn dann noch nötig. Jetzt aber muß man ihn ablehnen*" (ebenda). Mensch fragt sich, ob hier die reine Blindheit spricht, oder ob einfach wahllos irgendwelche Argumente gegen das Volksbegehren zusammengetragen werden sollten. Wie hätte wohl ein Volksbegehren n a c h Baubeginn, nach Rodung des Waldes, um dessen Erhalt es schließlich ging, erfolgreich auf den Weg gebracht werden können?!

Das BI-Plenum schloß sich nicht den KBW-Argumenten an, sondern entschied sich für das Volksbegehren. können?!

Das BI-Plenum schloß sich nicht den KBW-Argumenten an, sondern entschied sich für das Volksbegehren. Daraufhin entbrannte im KBW eine kontroverse Debatte. In der „KVZ" Nr. 19 (4.5.81) wurden die Chancen des Volksbegehrens recht schematisch aus dem Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen berechnet. Die Grünen, die Alternativen Listen und kandidierende Bürgerinitiativen hätten landesweit ja nicht einmal 5 % erhalten. In der zweiten Phase des Volksbegehrens seien aber 20 % der Wahlberechtigten zu gewinnen. „*Die Niederlage beim Volksbegehren ist absehbar und dieser Volksentscheid-Testballon kann der Bewegung gegen die Startbahn West das Rückgrat brechen. Er liefert Börner die demokratische Legitimation des Startbahn-Baus*". Schade, daß die Landesregierung ihre Erfolgsaussichten nicht so hoch einschätzte wie der KBW, sondern lieber auf Nummer Sicher ging und das Volksbegehren unterdrückte.

Bekanntlich wurden schon im ersten Durchgang 300 000 Unterschriften gesammelt — statt der vom KBW vermuteten maximal 120 000. Und selbst nach Ablehnung des Volksbegehrens durch die Landesregierung und den hessischen Staatsgerichtshof gaben bürgerliche Meinungsumfragen den Startbahngegnern noch 30 % (wobei die Tatsache, daß in den neun Monaten zuvor keinerlei Umfrage-Ergebnisse veröffentlicht wurden, durchaus so interpretiert werden kann, daß die Startbahngegner zu diesem Zeitpunkt noch besser abschnitten!).

Da der KBW eine Mehrheit gegen den Startbahnbau für unmöglich hielt, entwickelte er vorbeugend eine Argumentation, wonach es undemokratisch sei, die Bevölkerung ganz Hessens über eine Angelegenheit abstimmen zu lassen, die doch nur eine bestimmte Region betreffe. „*Als angeblich demokratisches Mittel ist das Volksbegehren untauglich, gerade weil es das Prinzip, daß die Interessen der konkret betroffenen Bevölkerung entscheiden, außer Kraft setzt, und darin auch die Gefahr einer Niederlage liegt*" („KVZ", 11.5.81).

Außerdem sei es „*ebenso nicht geeignet, was von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist, zu klären. Nämlich die Verkehrs- und Militärkonzeption der Bundesregierung; dieses kann auch nicht in Hessen geklärt werden.*" Im selben Artikel wurden dann aber doch zwei taktische Gründe gefunden, die es erwägenswert erscheinen ließen, das Volksbegehren zu unterstützen: die damit verbundene Kampagne und eine eventuell zu erreichende Verzögerung des Baubeginns. Voraussetzung dafür sei, daß „die Einheit" hergestellt werde. Diese „*Einheit müßte gerade darin bestehen, daß das Volksbegehren prinzipiell in diesem Fall kein demokratisches Mittel ist, und daß die Berechtigung des Kampfes gegen die Startbahn nicht aus der Abstimmung in anderen Teilen Hessens abgeleitet oder in Frage gestellt werden kann*". Kapriolen oder Dialektik, das ist hier die Frage.

Der große Pendelschlag erfolgte in der „KVZ" vom 12.6.81: „*Im KBW hat ... eine Debatte zum Volksbegehren stattgefunden, die sich auch in der Bezirksausgabe Frankfurt der KVZ niedergeschlagen hat. Das hat den KB im ‚Arbeiterkampf' vermuten lassen, der KBW sei gegen das Volksbegehren. Das ist nicht der Fall. Der KBW ist auf der Gründungsversammlung der ‚Arbeitsgemeinschaft' beigetreten*". Alles klar? Nur der AK hatte anscheinend was in den falschen Hals gekriegt. Pendel haben allerdings die Eigenschaft, auch wieder zurückzuschlagen. Als das Volksbegehren nicht zugelassen wurde, empfand der KBW dies keineswegs als glückliche Fügung, was an sich logisch gewesen wäre bei den negativenErfolgsaussichten, die er dem Unternehmen ausgestellt hatte. Stattdessen nörgelte er, daß es eigentlich von Anfang an ein untaugliches Instrument gewesen sei. Und das sollte keineswegs der letzte Pendelschlag sein (s.u.).

Neue Liebe: die Grünen

Ähnlich konsequent verfolgt der KBW seine Politik gegenüber der Wahlbewegung bzw. gegenüber der Grünen Partei. Vorausgeschickt werden muß, daß sich der KBW anläßlich der hessischen Kommunalwahlen vor einem Jahr erstmals auf Bündnisgespräche eingelassen hatte. Diese scheiterten (mit wenigen Ausnahmen) am Alleinvertretungsanspruch der Grünen. Der KBW lehnte es damals noch heroisch ab, sich der grünen Machtpolitik zu beugen, und setzte, soweit er personell dazu in der Lage war, eigene Kandidaturen dagegen, in einigen kleineren Orten auch mit Unterstützung anderer Gruppen. Dabei versäumte er es nicht, dem KB, der solch ein Vorgehen als aussichtslos ablehnte, kräftige Seitenhiebe zu verpassen („Opportunismus gegenüber den Grünen"). Das Ergebnis dieser Kandidaturen war so, wie es vernünftige Linke vorhergesehen hatten. Dennoch

sen („Opportunismus gegenüber den Grünen"). Das Ergebnis dieser Kandidaturen war so, wie es vernünftige Linke vorhergesehen hatten. Dennoch

schien der KBW enttäuscht zu sein. In der „KVZ" wurde eine ausführliche Kritik an den KBW-Kandidaturen publiziert.

Bereits am 20.6.81 beschlossen die hessischen Grünen, 15 Monate vor den Landtagswahlen, mit einer Offenen Liste ihrer Partei anzutreten. Die „KVZ" (3.7.81) kommentierte: **„Die Grünen weiter gegen Wahlbündnisse/Ein Beschluß, den man nicht unbedingt schlucken muß"**. Die Grünen, hieß es, würden ihren Kurs, den sie bereits bei den Kommunalwahlen verfolgt hätten, weiterführen. Die „KVZ" erinnert daran, daß in Frankfurt die Präsenz des KBW einer der Gründe war, weshalb die Grünen ihren Alleingang durchzogen. Ein halbes Jahr später unterstützte die „KVZ" (12.2.82) ein breites Wahlbündnis zu den Landtagswahlen — entsprechend der Stimmung in den BIs. „*Bestenfalls können sich die politischen Kräfte, die in diesem Kampf (gegen die Startbahn) und anderen gewonnen wurden, in den Wahlen ausdrücken. Dabei springt immer mehr ins Auge, daß die alleinige Kandidatur der Grünen das nicht leisten kann*". Dem KBW sprang diese Erkenntnis bald wieder a u s dem Auge. Wohlwollend stellt er mittlerweile fest, die Grünen hätten sich mit einem „fortschrittlichen Wirtschaftsprogramm" Mühe gegeben. Freilich gibt es dabei ein Dilemma: „*Große Teile der Grünen vollziehen offensichtlich das noch nicht einmal nach, was zumindest jetzt auf der Mitgliederversammlung als Programm beschlossen wurde*". Intern wird der KBW noch deutlicher. Die Grünen hätten die Forderung nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln teilnahmslos, ja desinteressiert in ihr Wahlprogramm übernommen (es scheint darüber weniger Debatten gegeben zu haben als über den Ausbau des Radwegenetzes...). Von daher sei fraglich, ob sie überhaupt dahinter stehen würden.

Doch wer ein (wenigstens partiell) „richtiges" Programm hat, kann sich der Sympathien des KBW sicher sein. Da schlagen alte Denk-Mechanismen voll durch: „*Eins können die Grünen allerdings für sich verbuchen, daß sie halt in Sachen Programm einen Vorsprung haben*" („KVZ", 5.3.82). Die Grünen seien für Erhaltung von Arbeitsplätzen, für Selbstverwaltung in Betrieben, gegen die Planwirtschaft des real-existierenden Sozialismus usw.

Auf einer Reihe von Veranstaltungen in Südhessen findet allerdings der Vorschlag, ein breites alternatives Wahlbündnis zu schaffen, großen Beifall. Das Plenum der Startbahn-BIs beschließt mit großer Mehrheit, Grüne und Alternative zum gemeinsamen Vorgehen aufzufordern. Die Prognose der „KVZ", daß eine Alleinkandidatur der Grünen nicht in der Lage sein würde, die Bewegung der Startbahngegner hinter sich zu bekommen, findet Bestätigungen. Doch der KBW ist inzwischen zu neuen Ufern aufgebrochen. „*In Südhessen läuft momentan eine ziemlich verquere Diskussion über die Formen der Beteiligung an den Landtagwahlen im Herbst*" („KVZ", 12.3.82). Zwecks Ausrichtung lädt der KBW zu einer Mitgliederversammlung.

Am 3.4. fand in Frankfurt das erste landesweite Unterstützertreffen für eine Alternative Liste statt. Die Anwesenheit der DKP auf diesem Treffen nutzten M. Horacek (Grüne) und D. Cohn Bendit zu hysterischen Attacken, denen sich die „KVZ" (8.4.) genüßlich anschloß: **„Alternative Hochstapelei in Hessen/DKP-Trittbrettfahrer auf Aschu-Liste"**. Die Alternativen würden versuchen, mit „*völlig haltlosen Wahlkalkülen*" (wie sie von der „KVZ" früher ähnlich vertreten worden waren — Anm. AK) die Grünen unter Druck zu setzen. „*Die Veranstalter legten überzeugend dar, wie sie die linken Gewerkschafter ‚binden' wollen: Die Arbeitertümelei des heute schichtarbeitenden Soziologen durfte ebenso wenig fehlen wie kämpferische Sprüche Moskauer Ostagenten gegen die ‚Rotstift- und Raketenpolitik' in hessischer Mundart*". Nein, das ist nicht die „FAZ", das ist immer noch die „KVZ". Messerscharf wurden „*Möchtegern-Parteiaufbauer und Landtagskandidaten*" ausgemacht, denen der Beschluß der Startbahn-BIs zu den Landtagswahlen gerade recht gekommen sei. „*Die DKP stellt die Truppen für die Aschu-Liste, um wieder gesellschaftsfähig zu werden. Schubart will die DKP nicht, braucht sie aber, um die Suppe der AL-Diskussion am Kochen zu halten, sonst wird das Projekt nicht koalitionsfähig gegenüber den Grünen*".

Mag sein, daß dem KBW — runde 40 „Ostagenten" im Visier — schlicht die Gäule durchgingen. Seinen Partnern in dieser Frage dagegen, den grünen Funktionären, darf man nicht unterstellen, sich von blinden Emotionen hinreißen zu lassen. In der Römer-

dieser Frage dagegen, den grünen Funktionären, darf man nicht unterstellen, sich von blinden Emotionen hinreißen zu lassen. In der Römer-

Fraktion der Grünen wurde gewiß kühl berechnet: Wie kann man den Alternativen wie auch den Demokratischen Sozialisten am meisten schaden? Welches ist die „griffigste", „medienwirksamste" Formel? Jedenfalls fanden die neuen Bündnispartner bald darauf, auf einer 1. Mai-Veranstaltung des KBW in Frankfurt zusammen. Groß angekündigt waren Schmierer (KBW) und Zieran (Grüne), aber auch andere grüne „Spitzenfunktionäre" aus Hessen traten an. Man war sich einig, der AL die bloße Teilnahme der DKP um die Ohren zu schlagen und die Demokratischen Sozialisten gar als „Subsystem der DKP" zu brandmarken.

Doch zurück zum KBW. Er verteilte auf dem erwähnten landesweiten AL-Treffen ein Flugblatt (**„Warum wir die Kandidatur der Grünen unterstützen"**), in dem er pikanterweise das V o l k s b e g e h r e n belobigt, um von dieser Warte aus den Bürgerinitiativen zu raten, vom Parlamentarismus die Finger zu lassen: „*Das beantragte Volksbegehren war der Versuch, die Legitimität des Widerstands zu stärken, gerade auch angesichts der Tatsache, daß sich im hessischen Landtag, obwohl demokratisch (?) gewählt, kein Finger krümmte gegen den Startbahnbau. Insofern war die Unterschriftensammlung und die Aktionen praktische und massenhafte Kritik des Parlamentarismus. (...) Das Volksbegehren war schon die Konsequenz aus der Lehre, daß starke Minderheiten in der Bevölkerung ihre Interessen gegen die Interessen der Herrschenden nicht alleine über Parlamente durchsetzen können. Diesen Erfahrungen würde es völlig widersprechen, wenn man meinte, man könne den Kampf gegen die Startbahn jetzt einfach im Parlament fortsetzen oder man solle die Kräfte der Bewegung auch nur darauf konzentrieren.*" Dies widerspricht immerhin „völlig" der bisherigen Einschätzung des Volksbegehrens durch den KBW wie auch seiner früheren Haltung in der Wahlfrage. Sei's drum. Aber warum dann eine Kandidatur der Grünen, ja überhaupt irgendeine Kandidatur unterstützen? „*Wir ... sehen die Möglichkeit eines dauerhaften Bündnisses über den Weg der Auseinandersetzung um ein Programm der gesellschaftlichen Umgestaltung, wozu die Grünen einen Ansatz vorgelegt haben, die Linken noch nicht*". Wenn dem KBW nichts mehr einfällt, dann jongliert er mit Programm-Argumenten.

L., KB/Gruppe Frankfurt

Der Artikel „Opposition oder Opportunismus" wurde uns von der Marxistischen Gruppe (MG) mit der Bitte um Abdruck übergeben. Die MG interpretiert ihren Text als Antwort auf zwei Artikel, die in den letzten Monaten im AK veröffentlicht wurden: „Zu Besuch bei der Marxistischen Gruppe" (AK 218) und „Die MG — linker als Poona?".
Eine Antwort auf die in den beiden Artikeln angeschnittenen Fragestellungen und Kritiken können wir allerdings im vorliegenden Text der MG nicht erkennen. Wenn die MG beispielsweise auf unsere Kritik an ihren bloß pauschalen, zynischen und rein äußerlichen Polemik gegen sämtliche politischen Bewegungen erwidert: Das sei eben die einzig richtige „konsequente" Beurteilung all dieser Bewegungen, und der KB sei gegen jede ernsthafte Kritik an diesen Bewegungen — dann wird man ihre Replik schwerlich als Beitrag zu einer Diskussion um die praktischen Aufgaben revolutionärer Politik verstehen können. Und wenn die MG wirklich glauben, die Bonner Demonstration am 10. Juni richte sich nicht gegen Reagan, Bundesregierung und NATO, sondern im Gegenteil als Unterstützung der Bundesregierung gemeint (Genau das behaupten sie in ihrem Artikel!), dann sind sie dümmer als die herrschenden Meinungsmacher: Die versuchen zwar auch gelegentlich noch, der Friedensbewegung ihre eigenen imperialistischen Zwecke zu unterstellen, aber sie machen immerhin nicht den Fehler, selbst an ihre Konstruktionen zu glauben.
Keine Antwort also auf die in AK 218 und AK 220 an die Adresse der MG gerichtete Kritik, sondern nur eine erneute Selbstdarstellung, wie sie von der MG ohnehin permanent in hinreichend großer Auflage in ihren Flugblättern gegeben wird. Was spricht trotzdem für Abdruck dieses Textes im AK? Eigentlich gar nichts.

AK-Redaktion

Antwort der Marxistischen Gruppen an den KB

Opposition oder Opportunismus

Die beiden letzten Ausgaben des „Arbeiterkampf" haben ausführliche Kritiken an der Marxistischen Gruppe publiziert. Sie gipfeln darin, daß die MG eine „ausschließlich destruktive Politik" betreibe — ein sinniger Vorwurf an eine kommunistische Organisation. Einige Anmerkungen zu Eurer Kritik wollen wir uns nicht sparen.

Kompromißlose Kritik — keine erfolgversprechende Methode der Opposition

Der Erfinder der Frage **„Die 'Marxistischen Gruppen' — linker als Poona?"** wirft uns den Verzicht auf die „*Untersuchung der wirklichen politischen Bewegungen*" vor. Dazu folgendes aktuelle: Mit ihren „konjunkturgerechten" Abschlüssen um die 4% haben die deutschen Gewerkschaften sehr tarifpartnerschaftlich erneut die Einkünfte ihrer Mitglieder gekürzt, für die ein Teil ihres nötigen Konsums damit zum nicht mehr bezahlbaren „Luxus" gemacht wird. Mit ihrer Unterschrift sichert die Gewerkschaft dem Kapital vertraglich zu, daß die von ihr vertretenen Arbeiter auch im Laufe des nächsten Jahres für real weniger Lohn ihre Dienste bringen. Diese Gewerkschaft garantiert dem Kapital jede nur erdenkliche Freiheit, die billiger gewordene Anwendung seiner Arbeiter durch höhere und produktivere Leistung noch lohnender zu machen. Das ist der Erfolg des DGB: die Gewähr reibungsloser, weil mitverantworteter Ausbeutung bei absoluter und relativer Lohnkostensenkung. Fazit also: Eine solche Vertretung ihrer Interessen können sich die Arbeiter nicht leisten!

Diese Polemik gegen die Loyalität zur staatstragenden Gewerkschaft und gegen die Botmäßigkeit gegenüber den Ausbeutungsmethoden des Kapitals konnte Euer Korrespondent auf unserer Veranstaltung „**DGB — Politik auf Kosten der Arbeiter**" in allerAusführlichkeit zur Kenntnis nehmen. Ihm wollte als Einwand freilich nur einfallen, was die Linke bis in ihren Abgang hinein zu dem Maßstab ihres Treibens gemacht hat — der Erfolg ihres Opportunismus, also die Suche nach „Anknüpfungspunkten", mit denen man die eigenen Hoffnungen als eingebildete „Massenbewegungen" in der Welt wußte.Und hinsichtlich dessen hält er unsere Kritik am DGB seit zehn Jahren vom Fortschritt der Bewegung überholt: „*Die Referenten rechnen mit der Politik des DGB ab. Was sie vorbringen, ist großenteils ebenso richtig wie bekannt — jedenfalls für Leute, die sich nicht erst seit gestern zur sozialistischen Bewegung zählen... 'Aber ja doch...', ist man geneigt zu sagen. Zieht vor die Betriebe, verteilt Euer Manifest, und Ihr werdet genauso auf die Schnauze fliegen wie wir vor zehn Jahren auch!*" (AK 218). Das ist schon gelungen! Da werden zehn Jahre Erfahrung in konsequentem Opportunismus zum selbstgerechten 'Argument', mit dem man alle Kritik
verteilt Euer Manifest, und Ihr werdet genauso auf die Schnauze fliegen wie wir vor zehn Jahren auch!" (AK 218). Das ist schon gelungen! Da werden zehn Jahre Erfahrung in konsequentem Opportunismus zum selbstgerechten 'Argument', mit dem man alle Kritik
lässig wegsteckt, die eine Gegnerschaft zum DGB '82 begründet, und den alten Hoffnungen von gestern zugerechnet. Aber nicht genug damit. Die bewegte Verabschiedung vom eigenen „Arbeiterkampf" als längst inopportun gewordener „Bedingung" linken Selbstverständnisses dient auch noch für den wohlmeinenden Ratschlag, wie 'Sektierertum' heutigentags zu vermeiden geht — mit der Kritik bloß nicht praktisch werden! Von ähnlicher Güte ist der Beweis, mit dem Euer Korrespondent „das Argumentationsgebäude der MG aus den Angeln heben" will. Ohne einen Gedanken darauf zu verwenden, daß die Loyalität der Mitglieder die Stärke einer Gewerkschaft ausmacht, die in ihren Lohnsenkungsrunden auch noch die Basis aus den „traditionell kampfstarken Betrieben" mit 7,5%-Forderungen aufmarschieren läßt, um daran ihre Kompromißbereitschaft, sprich ihre dem Wohl der Nation verpflichtete Verantwortung zu demonstrieren, ungeachtet dessen genügt ihm für seine Behauptung des „Widerspruchs zwischen Basis und Führung" des DGB die Berufung auf ein nun fortschrittliches, gegen den DGB gerichtetes Bewußtsein der Arbeiter: „*Was die MG zur großen Gemeinsamkeit DGB — Strauß vorbringt, erhebt Anspruch, für den ganzen DGB einschließlich seiner Mitgliedermassen zu gelten... Eine Auseinandersetzung damit bedarf es an dieser (!) Stelle nicht. Sie wird sicher vor den Betriebstoren selbst geführt werden („Strauß-Wir"!!). Hoffentlich sind die Verteiler auch gut zu Fuß.*" Also schon wieder auf die Schnauze geflogen! Erst winkt Euer Korrespondent ab und erklärt die Arbeiter zum hoffnungslosen Fall, jetzt bieten sie in der umgekehrten Eigenschaft Anlaß für die Prognose: Keine Chancen für ein „**Manifest gegen den DGB**". Sei's drum. Euren Berichterstatter treibt eine andere Sorge um: „*Denn tatsächlich geht es nicht (nur) um die Organisationsfrage, sondern (viel umfassender) um die Politikfrage. Darin liegt der fundamentale Unterschied der MG zu allen anderen linken Gruppen. Was immer in Sachen linker Betriebsarbeit angestellt worden ist und wie unbeholfen das teilweise auch gewesen sein mag:*
— eigene, 'linke' Lohnforderungen
— Unterstützung der DGB-Forderungen als 'Mindestforderungen'
— Satzungsstreit, Kampf um Mitgliederrechte im DGB
— oppositionelle Betriebsratskandidaturen,
alles war geprägt von dem Versuch, politikfähig zu sein, in der Arbeiterschaft real etwas in Bewegung zu setzen." (AK 218).

Für dieses Anliegen, „etwas in Bewegung zu setzen", ist die Frage, was die Aktivitäten der Gewerkschaft oder „oppositionelle Betriebsratskandidaturen" den Arbeitern eigentlich nützen, ein denkbar ungeeigneter Blickwinkel. Kanzler, Rodenstock und Loderer sind sich einig, daß die deutsche Arbeiterschaft vom Wohlergehen „unserer exportabhängigen Wirtschaft", den Bedürfnissen des Staatshaushalts und westlicher Freiheit für Polen bewegt zu sein hat und nicht von der Frage nach dem eigenen Auskommen. Und wo sich vom Kanzler bis zum letzten Stammtischpolitiker alle einig sind,
serer exportabhängigen Wirtschaft", den Bedürfnissen des Staatshaushalts und westlicher Freiheit für Polen bewegt zu sein hat und nicht von der Frage nach dem eigenen Auskommen. Und wo sich vom Kanzler bis zum letzten Stammtischpolitiker alle einig sind,
mag auch der KB nicht zurückstehen: die Kritik der laufenden Ausbeutung ist kein Anliegen für ein „Politikverständnis", das sich seinen Opportunismus als Realitätssinn zugutehält. Also begräbt man ungmein realitätstüchtig die „Hoffnungen der Linken" auf die revolutionäre „Massenlinie" Arbeiterklasse, die ein „schlafender Riese" ist, und wendet sich den „wirklichen politischen Bewegungen" zu. Denen tut die MG unrecht...

Linke Politik — die Perspektive austauschbarer „wirklicher Bewegungen"

„Alles (!!), was sich an wirklicher politischer Bewegung zeigt (Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, alternative Listen usw.) ist den MG nur Hohn und Spott wert." (AK220) Irgendeine muß doch linker Wertschätzung würdig sein?! Deutlicher läßt sich kaum sagen, daß sich Kritik der Taktik der „Massenverankerung" unterzuordnen, also zu unterbleiben hat. Wie sonst sollte eine Auseinandersetzung mit der Friedens- oder der Anti-AKW-Bewegung, die gegen deren staatstreue Positionen polemisiert, dem Verdikt verfallen, daß es die Bewegungen gibt?! Ungemein „wirklich"! „*Daß auf der Ebene der Wahlen in den letzten Jahren irgendwas ins Rutschen gekommen ist, gilt den MG als 'Spinnerei' und 'frei erfunden'.*" (AK 220). Das ist eben der Unterschied: Daß „irgendwas(!!) ins Rutschen gekommen ist" ist Euch offenkundig eine prinzipielle Begrüßung wert. Die Wahl'bewegung' halten wir nicht für eine Erfindung, sondern für ein erlesenes Angebot an Liebhaber demokratischer Herrschaftsformen; den Parteien, die das Volk mit ihrem puren Willen zur Machtausübung agitieren und es entsprechend frei von jeder Rücksichtnahme als Manövriermasse einsetzen, wollen diese Leute nur eines vorhalten: im Parlament muß die demokratische Ideologie mit Sitz und Stimme vertreten sein, derzufolge die Politik auf die Anliegen ihrer Bürger achten sollte — vorausgesetzt, sie verstehen ihre „Alternativen" so glaubwürdig und „konstruktiv" vorzutragen wie die GAL. Seitenweise zitiert Euer Autor Begründungen für eine korrekte Opposition und resümiert, daß ihm der Zweck solcher Kritiken verborgen geblieben sei — weil er offenkundig stets einen anderen sucht. Bei der Friedensbewegung: Wir werfen ihr vor, daß sie in ihrem Anliegen von einer praktischen Kritik, ja sogar von einer Kenntnisnahme der Taten und Pläne der Politiker nichts wissen will. In Bonn will sie sich als den lebendigen Beweis vorführen, daß der „Frieden in Freiheit" mit einer weltweiten Friedensbewegung auch ohne die „neuen Atomraketen" zu haben ist. Für die Glaubwürdigkeit dieses Ideals liefert die Friedensbewegung Beweise am laufenden Band: In und vor Bonn werden Abgrenzungserfolge demonstriert — keine Demonstration gegen Reagan, den maßgeblichen Oberimperiali-
Atomraketen" zu haben ist. Für die Glaubwürdigkeit dieses Ideals liefert die Friedensbewegung Beweise am laufenden Band: In und vor Bonn werden Abgrenzungserfolge demonstriert — keine Demonstration gegen Reagan, den maßgeblichen Oberimperiali-
sten, lieber eine mit einem US-Pfaffen, der die amerikanische Überlegenheit „einfrieren" möchte; keine Demonstration gegen die NATO, lieber eine für „politische Lösungen" von Afghanistan bis El Salvador; deshalb schon gar keine Demonstration gegen die eigenen Politiker, die man lieber für die „politischen Lösungen" auf der ganzen Welt beauftragen will, als machten sich Schmidt und Genscher nicht dauernd selbst prinzipiell zuständig für die Durchsetzung der beschlossenen NATO-Linie, ob in Polen, in der Türkei oder sonstwo.
Für Euch verbietet sich eine Kritik am friedensbewegten Nationalismus von unten wegen der Existenz von „Tendenzen": „*Nur daß diese in der Friedensbewegung vorhandenen Tendenzen und Teilinteressen einfach pauschal der gesamten Bewegung angedichtet werden und daß mal soeben 300000 Menschen brutal in dieselbe enge(!) Schublade gestopft werden.*" (AK 220). Ja, wen meint Ihr Differenzierungskünstler mit Euren Andeutungen eigentlich? Was Euren Beitrag zum „Spektrum" der Friedensbewegung angeht, den durfte man bei den Vorbereitungsverhandlungen für eine Hamburger Demonstration anläßlich des NATO-Gipfels verfolgen. Da ist Euer Wunsch nach einer „mehr gegen" die NATO gerichteten Demonstration in Hamburg als Bettelei um Berücksichtigung in der „möglichst breiten Einheit" aufgetreten — stets begleitet von der eilfertig bekundeten Bereitschaft, alles zu vertreten, was den „wirklichen Stand der Bewegung" repräsentiere. Eine gelungene Vorführung, wie die „Vielfalt" der Friedensbewegung mit dem 'Argument' „möglichst breite Einheit" konsequent von jeder oppositionellen Position gesäubert wird. So genügt sich linke Politik heutzutage selbst: Die Teilhabe an „irgendwelchen" Massenbewegungen, die an keinem Punkt eine Opposition gegen die imperialistischen Politiker sein wollen, wird ergänzt um eine exclusive Übung — „Widersprüche wahrnehmen", „Entwicklungstendenzen erkennen" (AK 220). In einem Atemzug erklärt ihr die Bewegungen für „beschränkt" und gerade in ihrer Beschränktheit zur Gelegenheit und Hoffnung für ihre linken Liebhaber — eine Gelegenheit, die vor Kritik in Schutz genommen werden muß. In der Festlegung, welche „Entwicklungs"-Chancen Ihr wo gerade ausmachen wollt, seid Ihr sehr frei. Bei einer Diskussion über die Startbahn-West-Bewegung fängt Euer altlinker Berichterstatter folgendermaßen zu 'differenzieren' an: „*Ich widerspreche nicht frontal, sondern versuche es mit differenzieren. Gewiß gibt es konservative Aspekte, Motivationen, Interessen in einer solchen Bewegung. Aber bei der Startbahn doch viel weniger als z.B. (!) in Gorleben, weil (!) die Klassenverhältnisse im Rhein-Main-Ballungszentrum anders (!!) sind als im 'Zonenrandgebiet'.*" Da muß man nicht irre daran werden, daß der KB vor nicht allzu langer Zeit in und mit Gorleben den Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Bewegung hochleben ließ, der von der heute gültigen „Bedingung" - Startbahn-West aus gesehen ziemlich rigoros abgeurteilt wird. Wie viel Fortschrittlichkeit ist denn eigent-
allzu langer Zeit in und mit Gorleben den Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Bewegung hochleben ließ, der von der heute gültigen „Bedingung" - Startbahn-West aus gesehen ziemlich rigoros abgeurteilt wird. Wie viel Fortschrittlichkeit ist denn eigent-
lich „viel weniger" Konservatismus als „z.B. in Gorleben"? Offenbar habt Ihr Euren Fortschritt dahingehend abgeschlossen, die ausgesprochen „konservativen Aspekte, Motivationen, Interessen", sofern sie sich nur massenbewegen, als gute Gelegenheit zu schätzen, deren fortschrittliche „Entwicklungstendenzen" Ihr Euch nach Belieben mit Phrasen linker Gelehrsamkeit vorführt.
Eure prinzipielle Wertschätzung der „wirklichen Bewegungen" paart sich regelmäßig mit Erhabenheit über deren „Defekte", die „natürlich" zu einer Bewegung gehören und deshalb auch kein Gegenstand konsequenter Kritik zu sein haben: „*Und zum zweiten hat natürlich (!) jede wirkliche politische Bewegung ihre Defekte, ihre Defizite, ihre Beschränktheiten und Absonderlichkeiten...*" (AK 220). Und damit erklärt Ihr jede Kritik an den „politischen Bewegungen" für unzulässig, die sich nicht Eures selbstgerechten Maßstabs annimmt, irgendwelche „Defizite, Defekte" usw. abzuhaken, um sich als den fortschrittlichen „Teil der Bewegung" abzuheben. Mit der Methode läßt sich mit „jeder wirklichen politischen Bewegung", so falsch sie auch liegen mag, lässig aussöhnen und gleichzeitig als ihr kritischer Kopf mitmachen.

MG-Kritik — Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit

Ganz so, als ginge es darum, die gelungene Überwindung der Kinderkrankheit Eures Opportunismus, des „linken Radikalismus", zu rechtfertigen, fällt Euren 'Kritikern' an der kopromißlosen Opposition gegen die Macher des Imperialismus konsequent nichts anderes auf, als daß damit nicht Euer Opportunismus zu machen ist — es sich also um eine Verrücktheit handeln muß: „*Es geht (der MG) darum, den Aufbau der eigenen Organisation ausdrücklich mit der Gegnerschaft zu allen real existierenden Oppositionsbewegungen zu begründen. Sage keine(r), diese Methode sei uns unbekannt. Auch im KB gab es Zeiten, in denen die eigene Identität*" — offenbar das Problem des KB, seit es ihn gibt! — „*ähnlich gefunden wurde. Was galt uns schon eine, sei es auch große (!) Berufsverbote-Demonstration, wenn dort nicht der Kampf gegen die Faschisierung geführt wurde? Was eine Vietnam-Aktion, die nicht den Sieg im Volkskrieg propagierte? Gerade die Nicht-Teilnahme an solchen Aktivitäten bestärkte uns in der Zuversicht, selber richtig zu liegen. Und damals waren wir ohne Zweifel (personell) stärker als heute. Offenbar gibt es unter Linken ein Identitätsbedürfnis, das sich ungern in Massenbewegungen auf die Probe (?!) stellen läßt. Die MG ist derzeit der wichtigste Sammelpunkt für dieses Bedürfnis.*" (AK 218).

Ein für allemal: Für dieses Bedürfnis sind wir kein Sammelpunkt. Dafür für eines, das den NATO-Gipfel am 10. Juni in Bonn für Grund genug hält, öffentlich Protest einzulegen
— gegen Ronald Reagan, den gewählten, schrankenlos herrschenden Führer der USA, die keine zweite Weltmacht neben sich dulden wollen und dafür einen Weltkrieg mit allen „Optionen", einschließlich Atomkrieg, riskieren und vorbereiten;
— gegen Schmidt, Genscher, Kohl und Strauß, die regierenden und „oppositionell" mitregierenden Fanatiker einer Weltmacht NATO, in der die BRD als bester Satellit der USA und daher als zweite Führungsmacht aktiv an einer Weltherrschaft beteiligt ist, von deren Wucht und Unverschämtheit die Nazis nicht zu träumen wagten;
— gegen die deutsch-amerikanische „Freundschaft", die dem westlichen Block ein gutes Stück seiner weltpolitischen und strategische Bewegungsfreiheit garantiert;
— gegen die Demonstration einver-
nicht zu träumen wagten;
— gegen die deutsch-amerikanische „Freundschaft", die dem westlichen Block ein gutes Stück seiner weltpolitischen und strategische Bewegungsfreiheit garantiert;
— gegen die Demonstration einver-
nehmlicher Kriegsbereitschaft, zu der die Führer der westlichen Nationen, diese Macher des Imperialismus, Sachbearbeiter der Kriegsvorbereitung und Befehlshaber des Ernstfalls, sich in Bonn zusammenfinden.

Die NATO-Führer haben allen Kompromissen abgeschworen und damit den großen Krieg auf die weltpolitische Tagesordnung der nächsten Jahre gesetzt. Kompromißlos müssen daher auch Protest und Gegnerschaft gegen die NATO-Politik sein. Und ebenso kompromißlos eine Demonstration, die nicht für die menschenfreundlichen Ideale imperialistischer Politik eintritt und schon gar nicht für die scheinbare weltpolitische Unschuld der BRD, sondern ohne wenn und aber **gegen den Nato-Imperialismus und gegen die deutsch-amerikanische Kriegsallianz.**

Marxistische Gruppe
((I) „Neue Bekannte-alte Politik, Zu Besuch bei der Marxistischen Gruppe", AK Nr.219 (II) „Die MG - linker als Poona?", AK Nr220)


„... und hör' gefälligst auf, so überheblich zu grinsen."

Dokumentation:

Der „Verfassungsschutzbericht" der DKP (Teil 2)

Daß das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz alljährlich ihre „Berichte über den Links- und Rechtsextremismus" herausgeben, ist allgemein bekannt. Weit weniger bekannt ist, daß eng an dieses große Vorbild angelehnt auch die DKP ihre „Extremistenberichte" produziert: allerdings nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für den parteiinternen Gebrauch. Ansonsten unterscheiden sich die DKP-Berichte in Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und inhaltlicher Tiefe kaum vom offiziellen Vorbild. Wir drucken hier den zweiten Teil des im Januar dieses Jahres vorgelegten Berichts ab. Der im AK 220 abgedruckte erste Teil befaßte sich mit allgemeinen Betrachtungen über die „maoistischen Gruppierungen" sowie konkret mit dem KB, dem KBW und der 1980 aufgelösten „KPD".

KPD/ML

Albanisch orientierte maoistische Gruppierung, die jetzt den durch die Selbstauflösung der Semmler/Horlemann-Gruppe „freigewordenen" Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands mißbraucht, das „ML" aber weiterführt. Leitung weiterhin durch A u s t. Hauptfeld ihrer Tätigkeit verlagert auf RGO („Rote Gewerkschaftsopposition") und „Volksfront", sowie verstärkte Versuche subversiver Tätigkeit von der BRD und Westberlin aus in die DDR.

In einem Sonderdruck verkündet diese Gruppe „Über uns und unsere Ziele", daß trotz Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher oder ein eigenes Auto die Proletarier nichts zu verlieren haben, wie ihre Ketten. Und zwar in „Ost- und Westdeutschland". Deshalb ruft die KPD/ML ihre Mitglieder auf, „ ... **in der DDR** gegen Honeckers SED-Regime, für die Wiedererrichtung des wahren, marx'schen Sozialismus" zu kämpfen.

Um den Mund noch voller zu nehmen „ ... erklären die Kommunisten (!) es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch **den gewaltsamen Umsturz** aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Sicher wird ein solcher Aufstand der Arbeiter Opfer kosten ..."

Man erinnert sich beim Lesen solcher Kraftmeierei an den Freibrief des Verwaltungsgerichts Köln, das der KPD/ML bei ihrer Gründung guten Willen und Verfassungstreue bescheinigte und, daß sie nicht unter das KPD-Verbot falle. Sicher besteht die Hoffnung daß diese Gruppierung ihren „gewaltsamen Umsturz **in der DDR** mit einer angeblichen „Sektion DDR" plant. Die Finanzspritzen bestimmter Leute scheinen aus diesem Grunde noch nicht wesentlich gekürzt — im Unterschied zu manch anderen Gruppen ähnlicher Machart, die über Geldmangel klagen.

Es wäre nützlich, den mißbrauchten Anhängern der „Volksfront" solche Tatsachen vor Augen zu führen, damit sie das Doppelspiel der KPD/ML: hie konterrevolutionäre Umsturzspielerei und da „antifaschi- stisches" Volksfrontmäntelchen durchschauen lernen.

Doch auch für die Umsturzspielerei ist der KPD/ML das Hemd zu kurz. Über eine „Demonstration" von drei jungen Männern und einer Frau im November 81 in Berlin, Hauptstadt der DDR, am Alexanderplatz, die von der „Roten Fahne" als KPD/ML-Anhänger deklariert wurden, berichtet der „Stern" in Nr. 48/81. Die jungen Leute entrollten die Losung „Freiheit für die kommunistischen Oppositionellen!" Noch ehe die Polizei eingriff reagierten die Passanten so: „ ... sie blieben verwundert stehen. Eine ältere Frau stürzt vor und schreit: weg mit dieser Schweinerei, was ist das für ein Mist! Sie rissen den Demonstranten das Transparent aus den Händen ... Weitere Reaktionen: „Das sollen Kommunisten sein? Daß ich nicht lache ... bei uns sollen Kommunisten eingesperrt sein? So ein Quatsch!"

Ende Oktober 81 wollten Anhänger der KPD/ML auch das Bonner Büro der DDR-Nachrichtenagentur ADN besetzen, um „ ... gegen die Verhaftung kommunistischer Oppositioneller in der DDR" zu protestieren.

So versucht die KPD (ML) ihre Existenzberechtigung vor allem durch verstärkte subversive Tätigkeit gegen die DDR vom Boden Westberlins und der BRD aus nachzuweisen.

Über die RGO („Rote Gewerkschaftsopposition") ist schon in dem Material über die Betriebsrätewahlen 1981 berichtet worden.

Seitdem sind Beispiele einer n e u e n T a k t i k in der Gewerkschaftsarbeit berichtet worden: im Werk Union-Dortmund, wo sie 2 Betriebsräte haben, wird alles, was von der IG Metall kommt, kritiklos unterstützt, obwohl sie sich als „Opposition" g e g e n die IGM haben wählen lassen. Sie lehnen es ab, sich von der RGO zu distanzieren und versuchen sich weiter Ansehen zu verschaffen im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze.

wohl sie sich als „Opposition" g e g e n die IGM haben wählen lassen. Sie lehnen es ab, sich von der RGO zu distanzieren und versuchen sich weiter Ansehen zu verschaffen im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze.

Andererseits ruft die RGO-Zeitung bei HDW Kiel (Nr. 15/81) auf, die Unterschrift unter den DGB-Aufruf gegen die Raketenstationierung zu verweigern. Sie berufen sich auf die Vertrauensleute von Siemens in Kiel, die es einstimmig abgelehnt hätten, den DGB-Aufruf zu unterstützen.

„Volksfront"

Der IG-Metall-Beirat hat am 8. September 1981 beschlossen, Mitglieder der IG-Metall, die der „Volksfront" angehören oder sich an deren Aktivitäten beteiligen, oder diese unterstützen, aus der Gewerkschaft a u s z u s c h l i e ß e n.

Deshalb noch einmal einige Bemerkungen zu einer oft gestellten Frage, ob und wenn ja, woher, die „Volksfront" eine Organisation der KPD (ML) ist.

Im Dezember 1978 wurde vom 4. Parteitag der KPD/ML der „ ... Aufbau einer Massenorganisation, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung" beschlossen. Für die Partei „ ... werde sich ein weites Feld der Massenarbeit ... für den Aufbau einer Volksfront gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie" ergeben (s. Resolution des 4. Parteitags der KPD/ML).

Diese „Volksfront" wurde am 6. Oktober 1979 in Dortmund gegründet. Mitglieder der KPD/ML stellten von anfang an die leitenden Funktionäre: das KPD/ML-Vorstandsmitglied Ulrich L e i c h t wird stellv. Vorsitzender der „Volksfront", ihr Bundesgeschäftsführer und Redakteur der Zeitung „Volksecho".

Im „Weg der Partei", dem sogenannten theoretischen Organ der KPD/ML wird schon im Frühjahr 1980 erklärt: **„Der Aufbau der RGO mit dem Ziel der Eroberung der Gewerkschaften und der Aufbau der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg sind Eckpfeiler der Taktik der Partei."**

In den Aufbau der „Volksfront" investiert die KPD/ML unter Zurückstellung eigener Initiativen in der Bundesrepublik viel Geld und Kader. Sie will so ihr eigenes Absinken in die Bedeutungslosigkeit aufhalten. Viele Anhänger der Volksfront sind aber von dieser Steuerung durch die KPD/ML nicht informiert.

Bei gleichzeitigem Rückgang der KPD/ML-Aktivitäten werden Büros der „Volksfront" eingerichtet in Essen, Hamburg, Aachen, Kiel, Bremen, Emden, Frankfurt-Höchst, Stuttgart, Nürnberg, Mainz und Stennweiler/Saar. Das Zentrale Büro residiert in Essen, eine Verbindungsstelle in Westberlin.

Über Aktivitäten: Verstärkt werden „Friedens-Seminare" durchgeführt, so in Rheinland-Pfalz, im Saarland. In Schleswig-Holstein wird eine Kampagne gegen die Deutsche Nationalzeitung gestartet, in Köln ist man aktiv bei den Kölner Friedenswochen. Es finden Kranzniederlegungen der „Volksfront" zum Jahrestag des Wies'n-Attentats in München und Waiblingen statt, die verstärkte Solidarität mit ausländischen Arbeitern wird propagiert und Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit angekündigt. Die „Volksfront" sieht sich in der Solidarität mit Hans P e t e r und versucht sich überhaupt und möglichst überall an massenwirksame Aktionen anzuhängen.

Trotz aller Anstrengungen ist es stiller um sie geworden seit dem finanziell und kräftemäßig aufwendigen Aufsehen, das sie seinerzeit zu den Bundestagswahlen mit ihrer Plakataktion erregt hatte.

Aus München ein interessantes Beispiel über den Hauptakteur der „Volksfront", Wilfried H a u g, genannt „Schwammerl". Er hatte vor zehn Jahren mit aus Erziehungsheimen geflüchteten Jugendlichen die „Südfront" aufgebaut, eine Organisation, die im Umfeld der Terroristenszene angesiedelt war, die Jugendlichen aus den Heimen holen wolle und in Kommunen organisierte. Unter Haugs Verantwortung wurden die Jugendlichen zu Diebstahl und Raub angehalten, als „Protesthandlung" gegen das System und zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts. Diese „Südfront" machte sich in München in einigen Freizeitheimen breit, die von der Stadt München dann geschlossen wurden.

Dieser Haug und seine Aktionen haben damals auch der Arbeit fortschrittlicher Sozialarbeiter und Jugendpädagogen schwer geschadet und wirkt noch heute negativ im Bereich der Jugendzentrumsarbeit in München. Haug war jahrelang verschwunden und ist heute wieder aufgetaucht als Hauptakteur der „Volksfront". Es wird der Verdacht geäußert, daß er ein bezahlter Agent ist.

KABD

Der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands" — weiter repräsentiert durch Willi Dickhut, Solingen, mit einem „Zentralorgan" „Rote Fahne" und angeblich 5 - 600 Mitgliedern, ist organisiert in „Landesverbände" in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrheinwestfalen und einigen Stützpunkten in anderen Bundesländern.

Diese Gruppe, die sich im August 1972 als

gliedern, ist organisiert in „Landesverbände" in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrheinwestfalen und einigen Stützpunkten in anderen Bundesländern.

Diese Gruppe, die sich im August 1972 als

„Bund" gegründet hat, strebt zum wiederholten Mal den „Aufbau der revolutionären Arbeiterpartei" an. Am 17. Januar 1981 verfaßten die Zentrale Leitung und der Zentrale Kontrollkommission des KABD einen gemeinsamen Aufruf „ ... zur Gründung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse." Das „Kernstück" der Vorbereitung einer Parteigründung sei die Schaffung des revolutionären Parteiprogramms.

Die H a u p t s e i t e der notwendigen Parteigründung in der Gegenwart: „Die Theorie und Praxis der DKP, die den Anspruch erhebt, die kommunistische Partei der westdeutschen Arbeiterklasse zu sein", zu bekämpfen. (s. „Rote Fahne" Nr. 19/81).

Der KABD gibt zu, daß es ihm nicht gelungen ist, wie beabsichtigt, **innerhalb der DKP seine Positionen aufzubauen:** „Es wäre nicht gerechtfertigt, eine n e u e kommunistische Organisation aufzubauen, denn: würde es i n n e r h a l b der DKP auch nur den geringsten Hoffnungsschimmer geben, den Marxismus zur führenden Theorie zu machen, dann wäre die Pflicht aller Revolutionäre, **in die DKP einzutreten."** (Zitat aus „Rote Fahne" Nr. 19/81, Seite 8).

Der Entwurf eines Parteiprogramms wurde im September 1981 von der Zentralen Leitung in der Organisation veröffentlicht, benannt: „Entwurf des Parteiprogramms für den Gründungsparteitag der revolutionären Partei der Arbeiterklasse." Gleichzeitig wird zu Spendenaktionen für den Parteitag aufgerufen unter der Losung „Die Partei werden wir 1982 gründen!" Es soll eine Partei sein, „ ... die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und der Mao-tse-tung-Ideen steht!" (Rote Fahne, Nr. 25, 1981, Seite 1).

Endlich ein Funken Originalität: die einzige noch verbliebene — unter dem Banner Maos gebildete Gruppierung, die sich noch zu Mao offen bekennt, wenn sie auch gleichzeitig vermerkt, daß die jetzige Pekinger Parteispitze „im Wind von rechts" segelt.

Über Aktivitäten: Die Hauptfelder der Arbeit liegen in Baden-Württemberg und im Ruhrgebiet und Solingen. Im Bezirk Ruhr-Westfalen wird festgestellt, daß der KABD die aktivste der noch vorhandenen Gruppierungen ist. Er schaltet sich immer wieder mit Reisegruppen bei bestimmten Arbeiteraktionen ein, verteilt Flugblätter, plakatiert und verkauft die „Rote Fahne".

In Baden-Württemberg taucht oft die Frage auf, **wie man sich in Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit KABD-Anhängern oder -mitgliedern gegenüber verhalten soll.** Dabei ist nicht immer klar, daß die KABD-Spitze versucht, über ihre Mitglieder und Sympathisanten an der Basis letzten Endes einen Einbruch in die DKP zu erreichen. Das muß bei allen Diskussionen und auch bei event. punktueller Zusammenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft gegenwärtig sein.

Es sollte auch deutlicher gemacht werden, daß der KABD in der Gewerkschaftspolitik sektiererische Positionen vertritt. Dazu einige Zitate aus einem Flugblatt der „Landesleitung des KABD Baden-Württemberg", verteilt auf der großen Demonstration von 70.000 Gewerkschaftern am 7.11.81 in S t u t t g a r t. Darin wird in sektiererischer Weise diese Initiative der IGM gegen die Krisenpolitik der Regierung heruntergemacht: „Der Weg der Steinkühler und Zimmermann ist der Weg der Arbeitsgemeinschaft mit dem Monopolkapital ... das sind die vielbeschworenen sozialdemokratischen Grundsätze der Gesellschafts- und Sozialpolitik ... Die Führung der DKP unterstützt diese Politik. So wurde in ihrer UZ vom 14.10 die Metall-Nachrichten Nr. 1 fast vollständig abgedruckt ... Wir lehnen diese Politik ab. **Wir sehen darin ein raffiniertes Manöver, den Widerstand gegen die Angriffe der Regierung in die falsche Richtung zu lenken."** „Der Weg zum Sozialismus ist der einzige Weg zur Abschaffung von Krisen und Krieg, von Ausbeutung und Unterdrückung ... Dazu muß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, selber die Staatsmacht erobern, die Diktatur des Proletariats errichten und die Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum des gesamten werktätigen Volkes überführen." Das Wichtigste in der Gegenwart (Originalton KABD): „Die revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen — KABD!"

Arbeiterbund

mit Schwerpunkt in Bayern, aber Stützpunkten in Mainz, Aachen, Hamburg, was alles schwer überprüfbar ist, da seit Sommer auch keine „Kommunistische Arbeiterzeitung" mehr erschienen ist, der Verlag in München sich umbenannt hat und es auch sonst sehr still um sie geworden ist

Der „Arbeiterbund" versucht ebenfalls andere Aktionsebenen für seine Restgruppen zu erschließen, bzw. auszubauen, so in der Vietnam-Gesellschaft, in der VVN, wie z.B. in Mainz. In Regensburg wieder arbeiten sie im antifaschistischen Bündnis Anti-Strauß-Komitee g e g e n die VVN und versuchen uns aus dem Bündnis rauszudrücken, um dafür die SPD reinzunehmen. Sie vertreten dabei offen jene rechtsopportunistischen Positionen, die ihnen seinerzeit auch in München das gute Verhältnis zu bestimmten sozialde-

Komitee g e g e n die VVN und versuchen uns aus dem Bündnis rauszudrücken, um dafür die SPD reinzunehmen. Sie vertreten dabei offen jene rechtsopportunistischen Positionen, die ihnen seinerzeit auch in München das gute Verhältnis zu bestimmten sozialde-

mokratischen Funktionären zeitweise eingebracht hatten.

Publizität versuchen sie zu organisieren mit den Prozessen gegen den „Anachronistischen Zug — Brecht statt Strauß", in dem sich Strauß höchstpersönlich durch eine Maske auf einem der Wagen des „Zuges 1980" beleidigt gefühlt hatte. Berufungsverhandlungen und Verhandlungen waren in Aachen, Bonn, Burghausen, Ludwigsburg, München, Neumarkt, Passau und Stuttgart.

MG

„Marxistische Gruppe" (Organe „Marxistische Studentenzeitung" (MSZ), „Marxistische Arbeiterzeitung" (MAZ) und weitere örtliche Hochschulzeitungen. Zentrale: Theo E b e l, Heßstraße 82, 8 M ü n c h e n 40.

Diese Gruppierung, früher nur in München angesiedelt, ist in den letzten Monaten auch in anderen Städten aktiv geworden. So ist sie tätig auch im Ruhrgebiet, mit einer Betriebszeitung in Bochum und Dortmund. Es wird berichtet, daß diese Gruppe vorwiegend aus Leuten von Bayern besteht. Sie arbeiten aktiv in Bremen „ ... als einzig noch aktive Gruppe" mit ca. 50 Mitgliedern, Studenten und Hochschullehrern und mobilisieren dort bis zu 250 Leute. Die Schwerpunkte sind die Bremer Uni und Klöckner-Bremen. Aus Nürnberg wird berichtet, daß in die MG auch ehemalige KABD-Mitglieder und andere Maoisten gegangen sind. Allgemein zeigt sich, daß sie über bedeutende finanzielle Mittel verfügen, sie sich gegenwärtig darauf konzentrieren, Friedensinitiativen und -komitees zu sprengen.

An 23 von 34 Hochschulorten bestehen heute Gruppen der MG. Von da aus wird auch ihr Einsatz vor Betrieben und gegen Friedensinitiativen gesteuert.

Die Hauptaufgabe ist, diese Gruppe durch offensive Argumente zu isolieren, das günstigste Terrain dafür ist das Thema Friedenskampf, in dem sie mit unvorstellbarer Demagogie agieren.

Aufgrund vieler Rückfragen etwas ausführlichere Darlegungen.

1. Die Entstehung der MG

Sie sind eine rein studentisch-intellektuelle Organisation, zumindest ist bis Mitte der siebziger Jahre davon auszugehen, daß sich kein Nicht-Intellektueller zu ihnen „verirrt" hat. Ihren Ursprung hat die MG im SDS („Sozialistischer Deutscher Studentenverband"), aus dem sich ein Teil im späteren MSB Spartakus und ein anderer in den sogeannten „Roten Zellen" organisierte. Diese „Roten Zellen" wurden ohne programmatische Diskussion oder Änderung erst 1978 in die heutige „Marxistische Gruppe" umbenannt. Ihre stärkste Bastion war und ist M ü n c h e n, wo sie von 1970 bis 74 die Mehrheit im Studentenparlament und damit den Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) stellten. Anfang der siebziger Jahre gab es mehrere Abspaltungen, vor allem in maoistischer Richtung.

Ab 1973 beginnen die Roten Zellen sich zunächst bayern- und dann bundesweit auszudehnen (Regensburg, Würzburg, Erlangen). Nach der Verabschiedung des BHG (Bayerisches Hochschulgesetz) räumten die „Roten Zellen", damals „AK-Fraktion" genannt (da sie in „Arbeitskreise" = AK zerfallen waren), kampflos die Organe der Verfaßten Studentenschaft. Sie haben sich aber materiell „abgesichert": ihre damalige Politik der finanziellen Ausnutzung der Verfaßten Studentenschaft läßt darauf schließen, daß sich die „AK-Fraktion" (= Rote Zellen und spätere MG) während ihrer Asta-Zeit den Grundstock für ihre Druckerei mit Druckmaschinen und mit reichlich Geld gesichert hat.

2. Organisation und Stärke

Auffallend bei der MG ist eine scharfe Trennung zwischen „Führung und Basis". Letztlich unterschieden und inhaltlich formuliert werden alle Äußerungen der MG in München und zwar von folgenden Leuten:

Karl H e l d (Jahrg. 1940)
Herbert L. F e r t l (Jahrg. 1945)
Theo E b e l (Jahrg. 1942).

Alle drei waren sogenannte „alte Semester", Held und Fertl haben mehrfach promoviert. Fertl und Ebel hatten in Bayern als Lehrer Berufsverbot. Diese Führungsmannschaft besteht seit Existenz der AK und der MG. Auch örtlich wechselten die Führungskräfte selten, was auf eine hauptamtliche Tätigkeit schließen läßt.

Über die innere Struktur der MG gibt es nur Vermutungen. Es scheint einen streng zentralistischen Aufbau zu geben, der von den Mitgliedern und Sympathisanten akzeptiert wird. Bekannt ist die folgende Struktur für die Qualifizierungsstufen in der MG:

1. das Sympathisanten-Plenum als Basis. Seine Teilnehmer dürften auch das Gros der Teach-ins an den Hochschulen sein. Es existiert z.B. in Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Erlangen, Frankfurt, Hamburg, Heidelberg, Mainz, Marburg und München. In Marburg war zu erfahren, daß die Teilnahme pro Semester 40 DM beträgt.

2. das Kandidatenplenum, zu dessen Teilnahme vermutlich nur eine „Abschlußprüfung" des Sympathisantenplenums berechtigt und als nächst höhere Form der Versammlung gewertet wird.

2. das Kandidatenplenum, zu dessen Teilnahme vermutlich nur eine „Abschlußprüfung" des Sympathisantenplenums berechtigt und als nächst höhere Form der Versammlung gewertet wird.

3. die Arbeitskonferenz als höchste Stufe und höchstes Organ der MG, über dessen Zusammensetzung und Arbeitsweise nichts bekannt ist.

Die MG ist neben dem MSB Spartakus die organisatorisch stärkste Studentenorganisation. Im Bundesgebiet kann man von einem durch die MG beeinflußten Potential von ca. 8.000 Studenten ausgehen, der feste MG-Stamm beläuft sich auf etwa 2.000 Studenten, die sehr diszipliniert den Aufrufen der Führung zu Veranstaltungen und Aktionen folgen. An 23 Hochschulen existieren Gruppen, mit ihren Publikationen versorgt sie weitere 8, in 13 Orten führt die MG Marxismus-Schulungen durch.

3. Ideologische Grundpositionen

Ihre o b j e k t i v e F u n k t i o n besteht darin, eine „linke" Legitimation dafür anzubieten, sich n i c h t in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aktiv einzuschalten. Es liegt somit kein „Widerspruch zwischen Theorie und Praxis" vor, sondern ihre Theorie u n d Praxis ist die Abstinenz und damit das Stillhalten angesichts der sich verschärfenden ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen.

Die T h e o r i e der MG gründet sich auf „Elite-Bewußtsein", ist zutiefst elitär. Sie allein hat die Fähigkeit, gesellschaftliche Prozesse richtig zu durchschauen und spricht damit allen kritischen Kräften das Recht ab, sich hier einzumischen, verordnet ihnen somit politische Enthaltsamkeit und Abstinenz. Bei der MG existieren auch keine Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die zum Fortschritt, zum Sozialismus drängen. So trägt nach ihrer Auffassung auch die Kritik am System der BRD letztendlich nur zur Systemstabilisierung bei. Und wer zu Aktionen greift, der treibt das Spiel der Herrschenden, die lt. MG, selber fortschrittliche Bewegungen, wie auch die Friedensbewegung zu ihrer eigenen Legitimation provozieren und benutzen. Wer sich also in gesellschaftliche Auseinandersetzungen begibt — so sagen die MG — der folgt nur seinem eigenen Egoismus, denn das System ist so mächtig und so unbeeinflußbar, daß erkämpfte Zugeständnisse nie das Resultat des demokratischen Kampfes, sondern immer nur das Zugeständnis der Herrschenden sind, wenn sie das geplant haben.

Die Gefährlichkeit der MG besteht darin, daß sie eine Haltung des sich Abfindens mit den Zuständen, des „die da oben machen ja doch, was sie wollen" zementiert. Sie knüpfen damit an Erscheinungen der Resignation, des Ohnmachtsgefühls, der Orientierungslosigkeit an und verordnen eine „Ohne-mich-Haltung" bei jenen Leuten, die sich zumindest subjektiv gesellschaftlicher Probleme bewußt sind.

4. Die MG zu Einzelfragen

Die MG nutzt jede Möglichkeit, um die **Gewerkschaften** als Ganzes zu denunzieren. Sie benutzt den Unmut vieler Kollegen und der Intelligenz gegen Handlungen der Gewerkschaftsführung oder im Betrieb, um jede Aktion der Gewerkschaften von vornherein als „systemstabilisierend" zu bezeichnen. In diese Kritik wird auch noch der letzte Vertrauensmann im Betrieb einbezogen. Die MG selber stellt dem kein aktionsbezogenes Konzept gegenüber. Die „Lohnrunde" wird von vornherein als abgekartetes Spiel zwischen Regierung und Gewerkschaften hingestellt, der Streik als sinnlos, bzw. werden demagogische Forderungen von „mindestens 20 - 30% Lohnerhöhung" gestellt, um die „Ohnmacht" der Arbeitenden zu demonstrieren.

Der Friedenskampf ist für die MG nichts weiter als „nationaler Egoismus", die Friedensbewegung nichts weiter als „ ... für die Abteilung Friedenspolitik innerhalb der Rüstungspolitik der SPD" zuständig. Angeblich ist es der Friedensbewegung völlig gleichgültig, w o Waffen stationiert werden, Hauptsache nicht im eigenen Land — und das sei der nationale Egoismus. Insofern decke sich das Ziel der Friedensbewegung mit dem Ziel der Herrschenden in diesem Land. Eine starke Friedensbewegung dient also nur den Herrschenden, ihre chauvinistischen Neigungen auch gegenüber den USA besser durchsetzen zu können. Somit sei die Friedensbewegung zutiefst r e a k t i o n ä r.

Der Sowjetunion und Breschnew wirft die MG Naivität, Leichtsinn und Gutgläubigkeit (= Dummheit) gegenüber den USA vor. Mit der Anrede „Leonid!" schreiben sie in einem Flugblatt zum Besuch Breschnews in Bonn: zuerst kopierst Du samt Deinem Ostblock den kapitalistischen Weltmarkt, bis westliche Industriekapitäne und Bankiers in alle Fünfjahrpläne hineinreagieren. Dann konfrontieren Dich die Entspannungspolitiker ... und Dir fällt nichts anderes ein, als ausgerechnet auf dem Feld der Rüstung Deine Feinde für den Frieden interessieren zu wollen! Offenbar willst Du Dir mit der Teilnahme am Wettrüsten die bleibende Anerkennung Deines Feindes sichern. Das kann freilich nicht gutgehen.

In der politischen Praxis sieht diese „Friedensposition" der MG so aus, daß sie in München — beispielsweise — zweimal Veranstaltungen der Friedensinitiative gesprengt haben. Die Anwesenden hatten versucht, mit den MG-Leuten zu diskutieren, was diese mit organisiertem Gebrüll verhinderten. In Marburg (und anderswo) hat man sie, weil sie bekannt und berüchtigt sind, gar nicht erst in den Saal hineingelassen.

Allgemein ist es insgesamt oft schwierig, eine Auseinandersetzung mit aktuellen Positionen der MG zu führen, weil das wesentliche Moment ihrer Argumentation eben darin besteht, n i c h t zu argumentieren, sondern nur zynisch zu kommentieren. Diese zynische Sekte und Gegner jeder demokratischen Bewegung muß — vor allem in der Friedensbewegung — isoliert werden.

Anhänger der MG könnten — nach den Erfahrungen unserer Genossen Studenten — vielleicht verunsichert werden mit sogenannten e i n f a c h e n Fragen: „Was wollt ihr eigentlich? — worauf soll das alles hinaus ..." Von ihrer Überheblichkeit soll man sich nicht beeindrucken lassen, sie ist zurechtgelegt und zynisch.

Moderne Zeiten

Moderne Zeiten

eine „sozialistische Monatszeitschrift", die ab Herbst '81 monatlich erscheinen sollte. **Herausgeber:** „Initiative Sozialistische Politik" (ISP), im SOAK-Verlag Hannover.

Ihr Selbstverständnis: Die Herausgeber kommen aus ganz unterschiedlichen politischen Traditionen: der undogmatischen Linken im Umfeld des Sozialistischen Büros, der SPD, der orthodoxen und weniger orthodoxen ML-Bewegung (KBW und KB) und schließlich aus dem Spektrum der DKP/SEW."

Im September 1982 soll eine erste „Zentrale Mitgliederversammlung des Trägervereins" der Modernen Zeiten stattfinden, auf der eine neue Redaktion gewählt und die Richtlinien ihrer weiteren Tätigkeit beschlossen werden.

Man kann davon ausgehen, daß innerhalb dieses „Trägervereins" und auch von außerhalb erbittert um Einfluß gekämpft werden wird.

Wohin wollen „Moderne Zeiten" steuern? Der Ausgangspunkt: „In der Bundesrepublik deutet sich eine N e u g r u p p i e r u n g der politischen Kräfte an." Zusammengefunden hat sich der Trägerkreis über die Auseinandersetzungen im Rahmen der **„Sozialistischen Konferenz"**. Dort gerieten sie gemeinsam in Front g e g e n d i e T h e s e n v o n B a h r o und Andre Gorz. Es haben sich außerdem Anhänger beim „linken Flügel" der Grünen und bei Alternativen Listen, wie z.B in Westberlin, gefunden.

Im Trägerkreis bestehen Differenzen vor allem in der Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik, der Perspektiven der Friedensbewegung und über Politik in den sog. Entwicklungsländern.

Ihr gemeinsames Anliegen, wie sie es selber formulieren: sie sehen in dem Zusammenhang von Grüner Partei, Alternativen Listen und den verschiedenen „Emanzipationsbewegungen" in der Bundesrepublik den **Prozeß einer Partei in Bildung**, den es für Sozialisten zu unterstützen gilt.

„Moderne Zeiten" versuchen somit den Prozess einer Parteibildung „links von der SPD" unter Einschluß der scheinbar widerstrebenden Gruppenanhänger. Die Zusammensetzung der Initiatoren spiegelt eigentlich schon heute die Streitpunkte wider, um die es bis zur Mitgliederversammlung im September 82 gehen wird.

Die Entwicklung der USPD (Teil 1)

Seit die Gründung einer neuen Partei links von der SPD konkrete Gestalt annimmt, macht in der Linken der Rückblick auf historische Parallelen die Runde. Der Vergleich der Demokratischen Sozialisten mit der alten USPD, der bislang zahlenmäßig und einflußmäßig größten und bedeutendsten Linksabspaltung der SPD, hat Hochkonjunktur. Tatsächlich gibt es Parallelen und Anknüpfungspunkte. (So nannten sich ja auch die hessischen Vorläufer der DS nicht zufällig „Unabhängige Sozialdemokraten Deutschlands", USD). Allerdings werden solche vergleichenden Rückbetrachtungen allzuoft von eindeutig identifizierbaren Hintergedanken geleitet: Am deutlichsten wird dies wohl daran, daß im Mittelpunkt zumeist der Aspekt der Spaltung und – gleichgesetzt – des Scheiterns der USPD steht. So soll von vornherein die Sinnlosigkeit des Projektes DS aufgezeigt werden (Was für nicht wenige zugleich Grund genug ist, ihre Mitgliedschaft in der SPD nicht weiter in Frage zu stellen). Wir wollen demgegenüber den Versuch unternehmen, die Aspekte der USPD-Entwicklung, die für Sozialisten interessant sind, genauer zu untersuchen und die historischen Erfahrungen nutzbar zu machen. Wir beschränken uns hier (erst einmal) auf die Phase der Gründung der USPD, und dies im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten:
– Was waren die Konstitutionsbedingungen der USPD („objektive Faktoren" und innerparteiliche Situation)?
– Entlang welcher politischer Debatten verlief dieser Prozeß („Krieg und Frieden")?
Insbesondere der letzte Punkt scheint uns von besonderem Interesse, da den DS u.a. als wichtiger Bündnispartner im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen einige Bedeutung zukommen könnte.

Zur Entwicklung der SPD

Die SPD wurde 1869 in Konkurrenz zum Allgemeinen Deutschen Arbeiter Verein Lassalles gegründet, der einen reformistischen Staatssozialismus vertrat. Die konsequente antimilitaristische Haltung der SPD, ihre Solidarität mit der Pariser Commune (1871) führten zum Niedergang des ADAV und einem wachsenden Einfluß der SPD. 1875 vereinigten sich beide Strömungen in Gotha, allerdings ohne offene Diskussion über die prinzipiellen Differenzen. Im monarchistischen Deutschland war die SPD die einzige Organisation mit Masseneinfluß, die für eine demokratische Republik eintrat. Trotz schärfster Verfolgung (Sozialistengesetze) gelang es ihr, ihren Masseneinfluß stetig auszubauen. Hatten die Delegierten in Gotha noch 25.000 Mitglieder vertreten, so wuchs diese Zahl in den folgenden Jahren enorm an, 1906 waren es bereits 380.000, 1909 über 630.000 und 1914 mehr als eine Million. Von 455.000 Wählerstimmen 1877 steigerte sie sich bis auf 4,2 Millionen 1912, womit sie die stärkste Reichstagsfraktion stellte. In dieser Hinsicht war sie zweifellos die Partei der Arbeiterklasse vor dem Weltkrieg.

Der Prozeß der zunehmenden Differenzierung innerhalb der Partei hatte bis zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns zur Herausbildung dreier wesentlicher Strömungen innerhalb der Partei ge-
Der Prozeß der zunehmenden Differenzierung innerhalb der Partei hatte bis zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns zur Herausbildung dreier wesentlicher Strömungen innerhalb der Partei ge-
führt:

— Die „offenen Reformisten" traten in ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften", *„entschieden für die Kolonialpolitik und die weltpolitischen Ziele der deutschen Bourgeoisie ein"* (1). Sie erklärten, *„der deutsche Handel und die deutsche Industrie müßten ihren gerechten Anteil an den Absatzgebieten der Welt haben. Die Arbeiterklasse müsse die Kämpfe ihrer Bourgeoisie um den Weltmarkt unterstützen und damit die Grundlage für bessere Löhne schaffen."* (1) Die Reformisten standen auf dem *„Boden der Entwicklung"*, d.h. sie propagierten den friedlichen Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus.

— Das „Zentrum" um Kautsky und den Parteivorstand vertrat die Auffassung, *„der Imperialismus sei zwar eine nicht zu leugnende Erscheinung, es sei aber nicht wahr, daß er eine unvermeidliche Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus sei. Die Interessen des Handels- und Bankkapitals und anderer Schichten der Bourgeoisie seien gegen den Imperialismus gerichtet, der hauptsächlich von der Rüstungsindustrie betrieben werde. Es gelte, jene der Eroberungspolitik feindlichen Schichten zu unterstützen."* Insgesamt vertraten die Zentristen damit — ähnlich wie die Reformisten — den „friedlichen Übergang", die Klassenversöhnung (1).

— Im scharfen Widerspruch zu diesen beiden opportunistischen Strömungen standen die Linksradikalen um Rosa Luxemburg, Karl Radek und Karl Liebknecht. Sie erklärten entsprechend der Auffassung des Baseler Manifests, daß *„der Imperialismus die unvermeidliche Politik des modernen, in Kartellen und trustartigen Unternehmungen zusammengeschlossenen Industrie- und Bankkapitals ist"*, die unvermeidlich zu gewaltigen Kriegen führt. Um den Kriegstendenzen zu begegnen, sei es notwendig, *„den Kampf gegen alle Erscheinungen des Imperialismus, die wachsende Teuerung, den Militarismus ... zu mobilisieren."* (1) Die Vertreter der Revolutionierung der Massen fanden sich nach den Reichstagswahlen 1912 in der Minderheit. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten zählten zu den Reformisten.

1914: In der Stunde der Gefahr

Daß der offene Übergang der SPD ins Lager des Sozialchauvinismus, besiegelt mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, (s. hierzu: AK 209: „Die SPD und die Kriegskredite" und AK 212: „War für die SPD 1914 der Sündenfall?") das bisherige relativ friedliche Nebeneinander dieser Strömungen beendete, wird aus der Schilderung der innerparteilichen Zustände durch den späteren USPD-Mitbegründer Eugen Prager deutlich: *„Eine besondere Rolle spielten in jenen Tagen einige Leute, die sich bisher als waschechte ‚Marxisten' ausgegeben hatten, jetzt aber ihre Vergangenheit vergaßen und nach einigem Zögern den Anschluß an die kriegsbegeisterte Mehrheit fanden ... (So) der ‚Marxist' Paul Lensch, der am 3. August gegen die Kriegskreditbewilligung gestimmt und wehklagend ausgerufen hatte, daß die Fraktion die Eingeweide der Internationale bloßgelegt habe.*

... Nicht lange aber dauerte es, so schrieb er zahllose kriegsbegeisterte Artikel für die Parteipresse und wälzte dicke Bücher, worin er ‚marxistisch' nachwies, daß die Fraktion gar nicht anders habe handeln können ... Und was wurde nicht alles an Leichenschändung verübt, um diese unerhörte Verleumdung aller sozialdemokratischen Grundsätze zu beschönigen und zu verteidigen! Marx, Engels, Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel wurden als Schwurzeugen für Kreditbewilliger aus den Gräben gerufen. Ihre Schriften wurden bis in das letzte Eckchen durchstöbert, um aus ihnen Be-
helm Liebknecht, August Bebel wurden als Schwurzeugen für Kreditbewilliger aus den Gräben gerufen. Ihre Schriften wurden bis in das letzte Eckchen durchstöbert, um aus ihnen Be-
weise dafür zu holen, daß dieser Krieg ein gerechter Krieg sei, und daß eigentlich nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse ihre heiligsten Güter zu verteidigen habe."(2)

Diesem erzpatriotischen Getöse konnte die Parteilinke nur wenig entgegensetzen, u.a. da sie über keine nennenswerten Publikationsmittel verfügte. Entscheidender war aber die Tatsache, daß sie dies kaum versuchte. Waren noch auf der Fraktionssitzung vor der Kreditbewilligung 14 Abgeordnete dagegen aufgetreten, stimmte die SPD im Reichstag dennoch einstimmig für die Kredite (incl. K. Liebknecht). Eine der Grundlagen dieser Haltung war eine völlig falsche Einschätzung, wie weit und wie bewußt sich die Mehrheit der Partei auf die Seite der Vaterlandsverteidigung geschlagen hatte: „.... *Auch die Minderheit rechnete noch damit, daß die Partei im übrigen dennoch eine oppositionelle, eine Politik des Klassenkampfes auch während des Kriegs treiben werde... Man trug Bedenken, sich in dieser gefahrvollen Lage, in der man die Partei trotz alledem vermeinte, von der Mehrheit dieser Fraktion öffentlich zu trennen. Aus diesen und zahlreichen anderen Gründen kam kein öffentliches Minderheitsvotum zustande"*(3). Das Resultat: *„Die innerhalb der Sozialdemokratie immer geübte Praxis, Minderheitsvoten nicht in die Öffentlichkeit zu tragen, sondern vor den Augen der Gegner nur geschlossen abzustimmen, war stärker als Argumente gegen die Bewilligung"* (4). Daß es sich aber keineswegs nur um eine Disziplinfrage handelte, macht folgende Aussage Pragers deutlich: *„Ich meine, die Fraktion in ihrer Gesamtheit hätte schon damals erkennen können, daß es sich um den Beginn eines Eroberungskrieges handelte, für dessen Ausbruch die deutsche Regierung in vollem Umfange verantwortlich zu machen war"* (5). Eine Einschätzung, die der Mehrheit schlicht Unwissenheit und Irrtum unterstellt, und damit die gravierenden Differenzen zu verkleistern und abzuschwächen suchte, um im Gegenzug die Parteidisziplin zum Primat der eigenen Politik zu machen. Diese Politik, die Einheit der Partei als Wert an sich über alle Gegensätze zu stellen, war eines der Wesensmerkmale des damaligen Zentrismus und ein wesentlicher Grund dafür, daß sich die Geburt der USPD so qualvoll und mühselig gestaltete. Um diese Politik in Situationen, in denen sich die Gegensätze an sich dermaßen unversöhnlich zuspitzen wie im August 1914 durchzuhalten und auch noch irgendwie plausibel zu machen, waren schon einige geistige Verrenkungen vonnöten: So erklärte z.B. das spätere USPD-Mitglied und damaliger „Vorwärts"-Chefredakteur Stadthagen: *„Wir stimmen deshalb für die Kredite, um gegen den Zarismus, nicht aber gegen die Arbeiter, und für die Freiheit in Deutschland und Rußland, sowie für eine Annäherung und Verbrüderung der Völker, insbesondere des französischen zu wirken ... In der Fraktion stimmte ich gegen die so gestaltete, im Plenum abgegebene Erklärung. Im Plenum stimmte ich trotzdem für die Bewilligung, weil Fraktionszwang ausgesprochen war und unter den obwaltenden Umständen eine Durchbrechung dieses Zwanges die Partei schwer geschädigt hätte"* (6).

Der radikale Flügel der Partei war mit den Worten Liebknechts am 4. August „atomisiert" worden. Es wirkte sich nun äußerst verhängnisvoll aus, daß sie nie mehr als eine „Strömung" der Partei und auch in der Arbeiterbewegung gewesen war, über keine Organisationsformen, nicht einmal eine eigenständige Gruppierung in der Partei verfügte. Die Sperrung der Publikationsmittel durch den Vorstand führte für sie zu einem „Belagerungszustand" (R. Luxemburg) in der Partei.

Beginnende Opposition

Beginnende Opposition

Bereits im Herbst 1914 wurde deutlich, daß der Krieg für Deutschland nicht in ein paar Wochen oder Monaten zu gewinnen war, sondern sich ein langwieriger Stellungskrieg entwickelt hatte. Dies und die Tatsache, daß zunehmend weniger von V e r t e i d i g u n g s - krieg die Rede war, stattdessen immer offener weitgesteckte Annexionspläne an die Öffentlichkeit drangen, ließen in Verbindung mit der sich langsam verschlechternden wirtschaftlichen Situation den Widerstand gegen den Krieg langsam anwachsen.

In einzelnen Parteikreisen kam es zu Mißtrauenskundgebungen gegen die Reichstagsfraktion; die revolutionäre Arbeiterjugend begann Widerstandsaktionen zu organisieren. Einzelne SPD-Linke, wie Luxemburg, Mehring, Duncker, Pieck und Karski versuchten, ihre Ansichten über ausländische Zeitungen zu propagieren. Insbesondere in Berlin begannen sich innerhalb der Partei die oppositionellen Kräfte stärker zu sammeln. Um die Zeitung „Lichtstrahlen" konstituierte sich die Gruppe der „Internationalen Sozialisten Deutschlands", in Bremen entstand die Gruppe der „Bremer Linksradikalen" um die Zeitschrift „Arbeiterpolitik". In Stuttgart organisierte Clara Zetkin die Linken.

„Anfang November wurde in einer Sitzung der Berliner Parteifunktionäre heftig über die Kreditbewilligung gestritten. Ströbel machte dort einstündige Ausführungen über die Kriegsereignisse und wies nach, daß nur in schleunigem Friedensschluß das Heil liege. Der günstigste Fall für Deutschland sei eine Remispartie; nicht nur sozialdemokratische, sondern auch im bürgerlichen Sinne vaterländische Pflicht sei es daher, die Regierung mit aller Kraft zu einem Verständigungsfrieden zu drängen, den man jetzt noch haben könne, später vielleicht nicht mehr. Auf die Berliner Ortsvertreter blieben diese Ausführungen nicht ohne Eindruck, die anwesenden Mehrheitler dagegen schlugen sie in den Wind; sie glaubten unerschütterlich an den Endsieg, an Kriegsentschädigung und Beuteteilung." (7). Sicherung der deutschen Grenzen, Friede ohne Annexionen, Verständigungsfrieden, dies waren die Parolen, unter denen die zentristische Opposition kämpfte.

Am 2. Dezember 1914 stand im Reichstag die zweite Kriegsanleihe zur Abstimmung. Wiederum beschloß die Fraktion (gegen 18 Gegenstimmen), im Reichstag einstimmig für die Kredite einzutreten. Auf einem Fraktionstreffen der Oppositionellen erkannten zwar mehrere Abgeordnete die prinzipielle Verpflichtung zur Ablehnung der Kredite an, weigerten sich jedoch weiterhin, dies auch öffentlich zu tun. Einzig Karl Liebknecht lehnte auch offen im Reichstag die Gelder ab, gegen den ausdrücklichen Widerstand Kautskys und Haases. Dieser Schritt Liebknechts — das Durchbrechen des innerparteilichen Burgfriedens — führte zu einem
ausdrücklichen Widerstand Kautskys und Haases. Dieser Schritt Liebknechts — das Durchbrechen des innerparteilichen Burgfriedens — führte zu einem
forscheren Auftreten auch anderer sozialdemokratischer Kriegsgegner. Auf zahlreichen Versammlungen wurde nicht nur über die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg diskutiert, sondern es wurden auch häufig Resolutionen gegen die Burgfriedenspolitik, für eine Politik des Klassenkampfes gegen den Krieg verabschiedet. Eine weitere Konsequenz der Reichstagssitzung war — aufgrund der Weigerung, Liebknechts Rede in die Protokolle aufzunehmen, die Gründung der „Spartacusbriefe", die zu einem der zentralen Sammelpunkte des radikalen Flügels der SPD-Opposition wurden. Gegen Liebknecht selbst wurde vom SPD-Vorstand ein regelrechtes Kesseltreiben veranstaltet, sein Verhalten als „unvereinbar mit dem Interesse der deutschen Sozialdemokratie" erklärt. Liebknecht wurde als Soldat im Februar 1915 in die Armee eingezogen.

Vom zentristischen Flügel der Opposition gingen keine Aktivitäten aus, sie hielten weiterhin still, unterstützten leise murrend die Mehrheitspolitik und ballten die Fäuste in der Tasche. Formen eigenständiger Organisierung oder offenes Austragen der Konflikte kamen für sie weiterhin nicht in Frage.

1915: Es geht voran ...

Zu Beginn des Jahres verstärkten die Linken ihre Aktivitäten weiter. Über die „Spartacusbriefe" und zahlreiche Flugblätter versuchten sie, ihren Widerstand öffentlich zu machen. Im März stimmte außer Liebknecht auch Otto Rühle gegen den Etat der Regierung; etwa 30 weitere Abgeordnete waren einer klaren Stellungnahme durch Nichtanwesenheit zum Zeitpunkt der Abstimmung ausgewichen. Die Mehrheit stimmte dem Etat zu (ein für die SPD bis dahin einmaliger Vorgang) mit der Begründung: die Gründe, die zu ihrer Zustimmung zu den Krediten geführt hätten, seien nach wie vor gültig; an der Kriegslage habe sich nichts verändert. Das ganze Ausmaß der Vorstandspolitik, aber auch der Grad der Anpassung der Zentristen, wird etwas deutlicher, liest man, was Scheidemann erst kurz zuvor erklärt hatte: „.... *Größer als die Sorgen und Schmerzen müssen unser unbeugsamer Wille, unsere unerschütterliche Entschlossenheit sein. Wir wollen die furchtbare Zeit nicht nur in klarem Bewußtsein mit offenen Augen durchleben, wir wollen auch die Absichten unserer Feinde zuschanden machen: wir wollen siegen! ... Ich wünsche allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege!"* (8).

„Die Bewilligung des Etats gab der Opposition gutes Agitationsmaterial. Die heftigen Meinungskämpfe über diese Frage auf fast allen Parteitagen und die klaren Beschlüsse der Partei
Opposition gutes Agitationsmaterial. Die heftigen Meinungskämpfe über diese Frage auf fast allen Parteitagen und die klaren Beschlüsse der Partei
waren den Mitgliedern noch in lebhafter Erinnerung. ... Die Opposition nutzte das auch tüchtig aus, indem sie in einem kleinen Flugblatt schrieb: ‚Wir klagen die Reichstagsfraktion an, die bisherigen Parteigrundsätze und damit zugleich den Gedanken des Klassenkampfes verraten zu haben. Die Fraktion hat sich dadurch selbst außerhalb der Partei gestellt; sie hat aufgehört, als die berechtigte Vertreterin der deutschen Sozialdemokratie betrachtet zu werden. Parteigenossen! Ihr habt zu wählen zwischen der sozialdemokratischen Partei, so wie sie bis zum 4. August zum Schrecken aller Reaktionäre dastand und einer nationalsozialen Reformpartei, in die die Mehrheit der Reichstagsfraktion zum Gespött unserer alten politischen Gegner die Masse

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Das von Karl Liebknecht (r.) verfaßte Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

des klassenbewußten Proletariats einfangen will' " (9). Ohne daraus auch die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen, wird die irreparable **politische** Spaltung der Partei offen angeprangert. Lediglich die Bremer Linksradikalen riefen auch offen zur organisatorischen Spaltung auf.

Unter maßgeblicher Beteiligung Clara Zetkins fand in Bern eine „Internationale Frauenkonferenz gegen den Krieg" statt, und — ebenfalls im März 1915 — „*fand in Berlin vor dem Reichstag die erste größere Demonstration für den Frieden statt, bereits am 28. Mai 1915 die zweite. Die Mehrzahl der Demonstranten waren Frauen*" (10). Im ganzen Reich häuften sich die Proteste gegen den Krieg, der immer mehr Menschen als Angriffskrieg erkennbar wurde, sowie gegen die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Das Anwachsen des Widerstands und des Klassenkampfes spiegelte sich auch in der Partei wider: „*Die zentristischen Führer in der Sozialdemokratie traten seit dem Frühjahr 1915 aktiver hervor. Angesichts der wachsenden Antikriegsstimmung und des Unwillens vieler Arbeiter über die Politik des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführung sprachen sie sich in der Parteipresse und in Versammlungen für den Frieden aus*" (11). Allerdings ohne zu sagen, was das für ein Frieden sein könnte und vor allem: wie er herbeigeführt werden sollte. Der Klassenkampf war jedenfalls weiterhin tabu; im Gegenteil entwickelte Kautsky seine Theorie des „Ultraimperialismus", wonach die volle Entfaltung des Imperialismus zu einer Abschwächung der Gegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern führen könne.

„Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, das scheint mir ein Gedanke zu sein, der wegen seiner 'Ungewöhnlichkeit' allzusehr schreckt. Doch die objektive Lage bürgt dafür, daß entweder dieses Ungewöhnliche eintritt..., oder daß wir Zeugen der qualvollen Verwesung dessen sein werden, was einst die deutsche Sozialdemokratie war".

(Lenin in „Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus", LW 21, S. 83; geschrieben am 12.12.1914)

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Die Gruppe um Luxemburg, Mehring, Zetkin und Liebknecht polemisierte in der ersten (und während des Weltkrieges einzigen) Ausgabe ihrer Zeitung „Die Internationale", die der Gruppe auch ihren Namen gab, heftig gegen die Politik des Burgfriedens und den Kurs des „marxistischen Zentrums": „*Entweder ist der Klassenkampf auch im Kriege das übermächtige Daseinsgesetz des Proletariats, und die Proklamierung der Klassenharmonie an dessen Stelle durch die Parteiinstanzen ein Frevel wider die proletarischen Lebensinteressen. Oder der Klassenkampf ist auch im Frieden ein Frevel gegen die ‚nationalen Interessen' und die ‚Sicherheit des Vaterlandes'. Entweder der Klassenkampf oder die Klassenharmonie ist der fundamentale Faktor des gesellschaftlichen Lebens im Kriege wie im Frieden*" (12).

Nach einer Reichskonferenz im März organisierten sich die Linken eher locker als „Gruppe Internationale". Ihre wichtigsten Positionen machte sie in einem aufsehenerregenden Flugblatt deutlich: „ ... *Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des ‚Durchhaltens', die nur immer tiefer in den Mahlstrom der Völkerzerfleischung führt. Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde. Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt es für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine einheimischen Imperialisten geht ... Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*" (13).

Damit war der linke Flügel der Opposition erstmals breiter als selbständiges Gebilde an die Öffentlichkeit getreten und hatte mit den Hauptparolen „Burgkrieg statt Burgfrieden" und „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" den Kern seiner politischen Grundsätze dargelegt, mit denen er nicht nur im allerschärfsten Widerspruch zur Linie der SPD-Mehrheit stand, sondern sich — auch politisch und organisatorisch — vom zentristischen Teil der Opposition klar abgrenzte. „*Damit begann der Prozeß, in dessen Verlauf sich die deutschen Linken aus einer Strömung innerhalb der Sozialdemokratie zu einer organisierten Gruppe entwickelten, die zur Keimzelle der KPD werden sollte.*" (14).

„Das Gebot der Stunde"

Damit wurde der zentristische Flügel natürlich auch stark unter Zugzwang gesetzt: zugespitzt wurde dies durch einen „Offenen Brief" an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, in dem es u.a. hieß: „ ... *Damit ist der Schlußpunkt unter die unheilvolle Entwicklung gesetzt, die am 4. August begann. Die Reichstagsfraktion, in der auch die meisten Mitglieder des Parteivorstandes sitzen, hat den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Und nicht aus bloßer Schwäche und Burgfriedensfreudigkeit, sondern weil ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion ... in konsequenter Fortbildung der Politik des Durchhaltens, das heißt der hemmungslosen Völkerzerfleischung, auch dieser Eroberungspolitik mit vollem Bewußtsein anhängt. ... Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteitagsbeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen.*" (15). Unterzeichnet wurde dieser Offene Brief von 1.000 Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, von denen ein erheblicher Teil dem zentristischen Teil der Opposition zuzurechnen war. Im Gegenzug verfaßten die führenden Köpfe des Zentrums, Kautsky, Haase und Bernstein, ebenfalls im Juni 1915 ihren Aufruf „Das Gebot der Stunde", in dem ihre Einschätzung des Krieges und ihre Vorschläge zu seiner Beendigung entwickelt werden: „*Die Stunde der Entscheidung ist gekommen ... Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken ... Angesichts aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob sie mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerstand sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt. Dieser Satz würde zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Machthaber gegenüber es bei dem Aussprechen akademischer Friedenswünsche bewenden ließe. Zu deutlich haben wir erfahren müssen, daß man auf solche Bekundungen auch nicht die geringste Rücksicht nimmt ... Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegenwärtige Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht*" (16). Die Halbherzigkeit des Aufrufs zeigt sich alleine schon daran, daß die Verfasser ausdrücklich auf dem Boden ihrer Zustimmung vom 4. August argumentieren, diese im Gegensatz zum „Offenen Brief" nicht in ihre Kritik einbeziehen, und damit in der Konsequenz sowohl die damalige offizielle Einschätzung der SPD, es handele sich um einen „Verteidigungskrieg", als auch einen solchen „Verteidigungskrieg" nach wie vor prinzipiell akzeptieren.

„*Wir wissen, daß die Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung ... Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge* (was u.a. auch die Möglichkeit einer kommenden Niederlage einschloß!, d.V.) *ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volke und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß. Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben ...*" (16).

Damit ist auch schon alles wiedergegeben, was die Zentrumsführer an Vorschlägen zur Beendigung des Kriegs, bzw. der SPD-Politik in dieser Richtung zu bieten hatten. Was nun unter „*denjenigen Folgerungen für unsere außerparlamentarische Haltung*" zu verstehen ist, wird bewußt offengehalten; das Wörtchen „Klassenkampf" fehlt ebenso wie irgendein Hinweis auf die bisher verfolgte Linie des Burgfriedens.

Der Forderung des „Offenen Briefes", den Krieg dadurch zu beenden, daß die Regierung des Hauptkriegstreibers und Hauptschuldigen gestürzt wird, also der Burgfriede aufgekündigt wird und der „sozialistische Kampf für den Frieden" eröffnet wird, setzt das Zentrum die Forderung eines „Friedens auf Grundlage freier Vereinbarung", eines „demokratischen Friedens" entgegen, wohlgemerkt: abzuschließen durch eben die Regierungen, die den Krieg begonnen hatten.

Deutlich wird schon hier, daß die Frage der Trennung von der SPD nicht eine Frage der innerparteilichen Demokratie und Meinungsfreiheit war (das
die den Krieg begonnen hatten.

Deutlich wird schon hier, daß die Frage der Trennung von der SPD nicht eine Frage der innerparteilichen Demokratie und Meinungsfreiheit war (das „Gebot der Stunde" durfte in keiner SPD-Zeitung erscheinen), sondern daß im Mittelpunkt die Frage der Einschätzung des Krieges und der Strategie seiner Beendigung stand, eine Frage, die auch unter den oppositionellen Teilen der SPD heftig umstritten war: „*Wir sehen also schon bei dieser Gelegenheit die Tendenzen, die später zur Trennung zwischen Unabhängiger Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei geführt haben. Haase, der wissenschaftlich geschulte Sozialist und erfahrene Politiker, wußte, daß eine Aktion nur dann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte, wenn die Massen der Arbeiter hinter ihr standen. Liebknecht dagegen schleuderte erst die Parolen hinaus und glaubte damit das Proletariat für seine Aktionen gewinnen zu können. Diese verschiedene Auffassung vom Wesen des proletarischen Kampfes ...*" (17), so Eugen Prager. Den Vorwurf der Parteiführung, daß „*sowohl das Massenschreiben an den Parteivorstand, wie das ‚Gebot der Stunde' wohlvorbereitete Aktionen dieser Sonderorganisation dargestellt hätten, und daß von ihr mit Absicht die Spaltung der Partei herbeigeführt worden sei*" (18), weist Prager ausdrücklich zurück: „*Das ist durchaus falsch! ... Aber das alles hatte gerade den Zweck, die Einheit der Partei zu erhalten und ihre Politik auf die alten sozialdemokratischen Grundsätze zurückzuführen ... Und erst, als die Opposition von den Instanzen aus der alten Partei hinausgedrängt worden war, war sie gezwungen, sich eine selbständige Organisation zu geben*" (18).

Festzuhalten bleibt, daß es der Opposition im ersten Kriegsjahr praktisch kaum gelungen war, effektiv gegen die Kriegspolitik der Regierung anzugehen oder auch nur den Kurs der SPD zu beeinflussen. Im wesentlichen auf den Druck der immer mehr murrenden Bevölkerung hatten sich zwei wesentliche Strömungen der innerparteilichen Opposition herauskristallisiert, die ‚Radikalen' um Liebknecht, Luxemburg, u.a., sowie das „Zentrum" um Hasse, Kautsky und Bernstein. Auf den wachsenden Druck und die offensiven Aktivitäten der ‚Radikalen' hin, war das Zentrum gedrängt worden, in ersten vorsichtigen Stellungnahmen die Differenzen zur SPD-Mehrheit ansatzweise deutlich und öffentlich zu machen und Positionen zu beziehen, die allerdings den Kriegskurs der Führung nur sehr halbherzig angriffen.

Beide Fraktionen scheuten aber weiterhin davor zurück, die Frage der Trennung von der Mutterpartei und der eigenständigen Organisierung zu stellen. Im Gegenteil: „*Erst durch die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, durch die von den Parteiinstanzen angewandte Politik der Gewalt und der List kam es von selbst dazu, daß die oppositionellen Elemente in der Partei sich zu sammeln begannen*", daß „*ein g e w i s s e r   Z u s a m m e n s c h l u ß sich vollzog*" (19, Sperrung i. Orig.).

„Die Dezembermänner"

Im Dezember 1915, als im Reichstag die fünften Kriegskredite bewilligt wurden, stimmten nicht mehr nur Otto Rühle und Liebknecht gegen die Vorlage, sondern insgesamt 20 Abgeordnete; 22 weitere verließen „rechtzeitig" den Saal. In der Stellungnahme der 20 hieß es: „ ... *wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise ... das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind ... Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch fremder Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Kultur entgegen. Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstigerer Kriegslage befindet, den ersten Schritt zu tun ... Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungskriege können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kriegskredite ab*" (20).

Diesen — gemessen an ihrem bisherigen Verhalten — recht radikalen Schritt, dem später der Zusammenschluß der „gemäßigten Opposition" zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) folgte, war für die Radikalen kein Anlaß zur Zufriedenheit, sondern veranlaßte sie im Gegenteil, ihre Kritik an den inhaltlichen Positionen der 18 zu verstärken. So

meinschaft (SAG) folgte, war für die Radikalen kein Anlaß zur Zufriedenheit, sondern veranlaßte sie im Gegenteil, ihre Kritik an den inhaltlichen Positionen der 18 zu verstärken. So

schrieb Liebknecht in den „Spartacusbriefen": **„*Nach anderthalb Kriegsjahren wuchs am 21. Dezember 1915, bei der fünften Milliardenvorlage, das Häuflein der Kreditverweigerer auf zwanzig. Heißt das Erlösung? Die Situation kann verwirren. Ziehen wir scharfe Linien. Erlösung könnte sein eine Fraktionsminderheit, die, einig über das Wesen von Sozialismus und Imperialismus, einig über die Aufgaben des Proletariats gegen Imperialismus und Krieg, einig über die Kampfmethoden, einig im Kampfwillen eine aktionsfähige, zielklar, konsequent und vorwärtsdrängende Gemeinschaft bildete, eine Fraktionsminderheit, die entschlossen wäre, den außerparlamentarischen Burgfrieden auf Schritt und Tritt mit allen Mitteln in zäher öffentlicher Fronde gegen die Fraktionsmehrheit zu zerstören, den Klassenkampf gegen Krieg, Regierung und herrschende Gesellschaftsordnung rastlos zu führen, eine Fraktionsminderheit, die keine revolutionären Kräfte hemmen, sondern unter Entfesselung der kühnsten Initiative immer neue revolutionäre Kräfte schaffen würde. Messen wir an diesem Maße die Männer vom 21. Dezember und ihre Leistungen.*"**

Sind sie einig in der Grundauffassung? Mitnichten! Wer sind sie? Wenige Vertreter des grundsätzlichen Internationalismus, die die Verwirrungsphrase von der Vaterlandsverteidigung schlechthin ablehnen, neben allerhand Eroberungsgegnern, die dieser Phrase anhängen, die bei jeder Gelegenheit ihr ‚wahrhaft patriotisches' Herz öffentlich ausstellen, aber nach Jahr und Tag das Haar der Annexionspolitik in der Suppe der imperialistischen ‚Vaterlandsverteidigung' entdeckt haben ... Feinde und Verfechter der Politik des 4. August — Feuer und Wasser nebeneinander! ... Prinzipielle Einmütigkeit ist die erste Voraussetzung aller ernsthaften Aktionsfähigkeit. Den Dezember-Männern fehlt diese Voraussetzung ... Die Mehrzahl wagt sich nicht über den ‚Disziplinbruch' in der Kreditfrage hinaus, ... schwört, die Parteieinheit zu schirmen, preist ihren spätgeborenen Radikalismus als das beste Öl zur Beruhigung der aufsässigen Massen und tröstet sich und die Fraktionsmehrheit mit der Erwartung baldiger Erneuerung treuer Waffenbrüderschaft.

... Gewiß, die öffentliche Abstimmung gegen die Kriegskredite war ein Schritt voran. Gewiß, daß nun auch die 18 durch das Fegefeuer des ‚Disziplinbruchs' gingen, als sie im Plenum des Reichstages handelten und redeten, war nicht ohne, wenn es auch 17 Monate zu spät kam. Aber der Inhalt der Erklärung zeigt sofort die peinliche Halbheit der Leistung ... So erfreulich und wertvoll die Abstimmung der 20 und die Tatsache der Abgabe einer Erklärung im Plenum ist, sie wird — zumal bei dem Inhalt der Erklärung — ihre Bedeutung erst durch die weitere Politik dieser Genossen erhalten. Nur wenn sie durch diese Politik als Kundgebung des entschlossenen Willens zur Aufnahme des Klassenkampfes, zur grundsätzlichen Zerstörung des parlamentarischen Burgfriedens gekennzeichnet wird, wird sie mehr sein als eine schöne Geste. Eine konsequente, unerbittliche Opposition im Reichstag, und zwar gegen den Willen der Fraktionsmehrheit, ist das ‚Gebot der Stunde', dieser Stunde."(21).

Wie zögernd und halbherzig die Zentristen an die Kritik der Mehrheit herangingen, macht eine kleine, aber bezeichnende Episode am Rande des 21. Dezember deutlich: „*Als jedoch am Ende der Sitzung* (der Minderheit, auf der über die Verweigerung der Zustimmung diskutiert wurde, d.V.) *bekannt wurde, daß an demselben Tag, an dem das Minderheitsvotum stattfinden sollte, auch die Verhandlungen zweier Anfragen von Liebknecht anstand, schlug die Stimmung um, und es brach ein wahres ‚Ketzergericht' über Liebknecht herein ... Liebknecht war zwar bereit, die Verhandlung der Anfragen zu verschieben, auf ihre Einbringung ganz verzichten wollte er aber nicht. Es kam zum Bruch, mit dem Ergebnis, daß Liebknecht von da an nicht mehr zu den Sitzungen der Fraktionsminderheit herangezogen wurde. ... Sarkastisch kommentierte Liebknecht rückblickend: ‚So begann die Arbeitsgemeinschaft schon als Fötus zu — exkommunizieren. Ihre erste Tat, noch ehe sie ihre historische Laufbahn begonnen hatte, war — meine Ausschließung*" (22).

Was bleibt als Ergebnis der Aktion der Dezembermänner: „*Die Abstimmung ... war der Beginn der Konstituierung des Zentrismus als eigene Partei, die Geburtsstunde der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die zur Keimzelle der 1917 gegründeten USPD wurde*" (23). Die schwankende Haltung der Zentristen zur Frage der Parteispaltung macht E. Prager deutlich: einerseits zitiert er zustimmend die Leipziger Volkszeitung: „ ... *Jedenfalls haben die Parteiorganisationen, die*

teispaltung macht E. Prager deutlich: einerseits zitiert er zustimmend die Leipziger Volkszeitung: „ ... *Jedenfalls haben die Parteiorganisationen, die*

sich für das selbständige Vorgehen der Minderheit aussprachen, alles andere, als die Absicht, die Partei zu spalten"; andererseits prognostiziert er: „*Es war jetzt nur noch eine Frage der Zeit, wann es zum offenen Bruch zwischen Mehrheit und Minderheit kommen würde*" (24).

Jü./KB Freiburg
Z./KB Göttingen

Anmerkungen

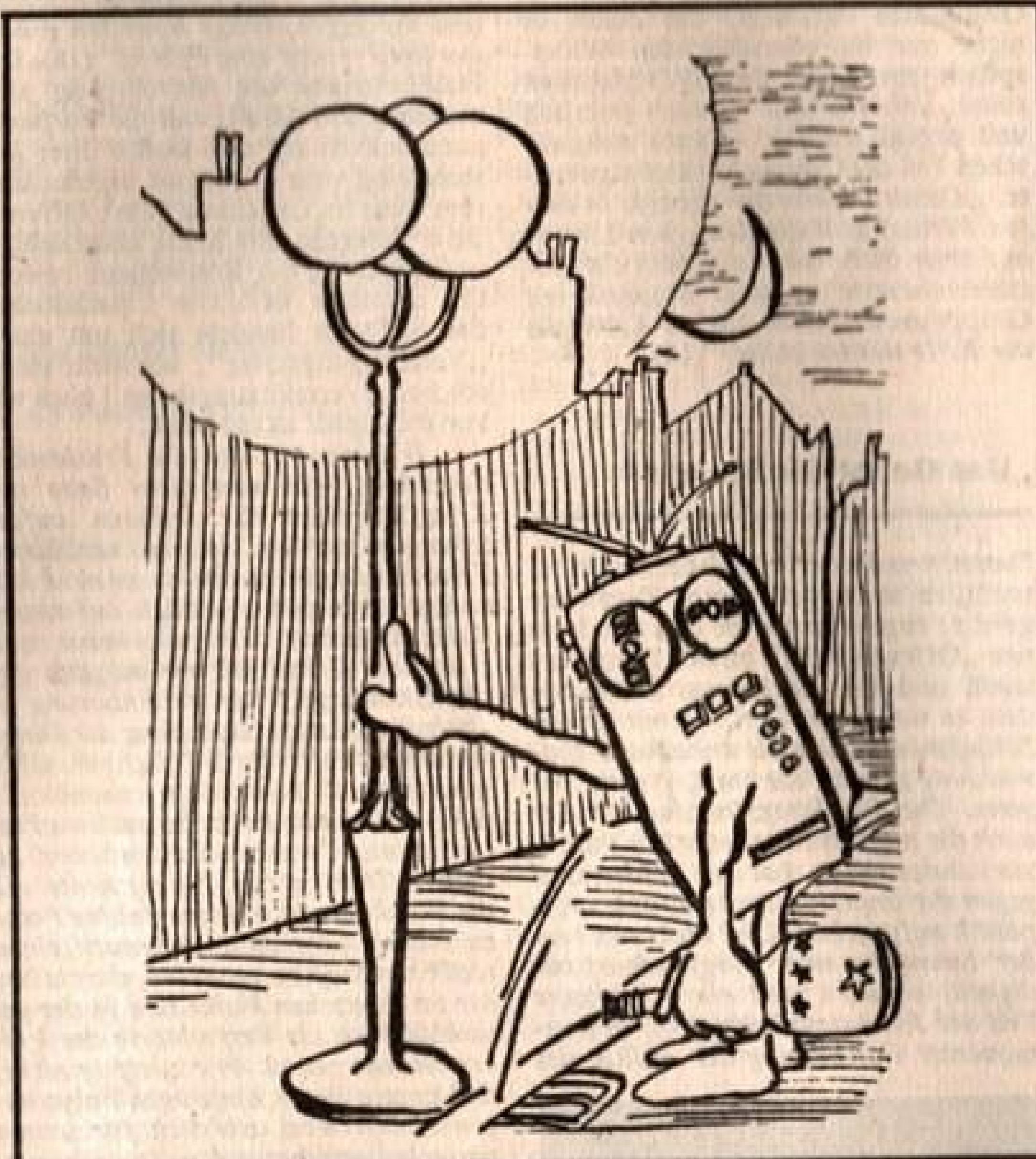
1. R. Wiegand: „Wer hat uns verraten...", Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution
2. Eugen Prager: „Das Gebot der Stunde — Geschichte der USPD", S. 30
3. K. Liebknecht, zit. n. „Dokumente zur deutschen Geschichte 1914 - 17", S. 33
4. H. Krause, „USPD", S. 53
5. Prager, S. 18
6. Prager, S. 27
7. Prager, S. 40
8. Prager, S. 46
9. R. Müller, „Geschichte der deutschen Revolution", I, S. 86
10. K. Bauer, „Clara Zetkin", S. 144
11. „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", V, S. 51
12. R. Luxemburg, zit. n. Krause, S. 76
13. zit. n. Müller, S. 188
14. Geschichte der dt. Arbeiterbewegung, S. 46
15. Dokumente ..., S. 76
16. Prager, S. 68
17. Prager, S. 72
18. Prager, S. 72
19. Prager, S. 64
20. Prager, S. 83
21. Spartacusbrief Nr. 12, vom 27.1.1916
22. Trotnow: Karl Liebknecht, S. 239
23. Schumacher: „Karski — eine Biografie", S. 246
24. Prager, S. 85

(Teil II folgt im nächsten AK)

Höre staune gute Laune

Ein Zitat von den Residents vorweg: ,,Ignorance of your own culture is not considered to be cool''. (,,Deine eigene Kultur zu ignorieren ist unklug''). In den letzten Jahren hat die Musik — insbesondere die deutsche — eine interessante Entwicklung durchgemacht. Nachdem der Punk mehr oder weniger tot war, d.h. sich keine neuen Entwicklungen in der Punk-Musik mehr anbahnten (Auflösung der SEX PISTOLS, die CLASH ging zu einem großen Plattenkonzern), entwickelten alte und neue Musiker neue Musik/en, die sich teilweise auf afrikanische Rhythmen und Instrumente stützten, teilweise auf Musik der 60er Jahre: Beat, Rock-a-Billy, Ska und neuderdings auch Psychedelia. Deutsche Gruppen begannen zu diesem Zeitpunkt eine eigenständige Entwicklung (1978/79). Doch schienen die Vorzeichen nicht allzu gut: ,,Die Voraussetzungen für eine von den Bands und Fans selbstorganisierte Bewegung fehlen: es gibt keine eigene Rockgeschichte und entsprechend kein historisches Bewußtsein. Die Entwicklung einer gesellschaftlich selbstbestimmten Artikulationsform bräuchte zur Voraussetzung, daß sich zunächst die Produktions- und Distributionsverhältnisse ändern. Preisfrage: Welche deutsche Gruppe wird es schaffen, ihre Interessen selbst wahrzunehmen?'' (Alfred Hilsberg in der Sounds 78)

Es entstanden neue Labels, die unabhängig von den großen Plattenkonzernen Singles oder sogar LPs von den jeweiligen lokalen Gruppen rausbrachten. Es entstanden immer mehr Gruppen, die sich durch ihre bezugsreichen/lustigen Namen auszeichnen: DIE TÖDLICHE DORIS, DEUTSCH AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT, FÄHNLEIN FIESELSCHWEIF usw.



Die Texte wurden deutsch: teils Nonsens-Texte, teils tiefgreifende oder politische Texte. Diese ,,politischen'' Texte zeigen, daß es auch ohne Parolenlieferung geht, daß es genügt, alltägliche Situationen zu beschreiben, um einen politischen Text zu machen. *,,Der Realismus, von dem ich spreche, kann sogar trotz der Ansichten des Autors in Erscheinung treten''* (F. Engels).

Oft wird neuen Gruppen vorgeworfen, sie seien faschistoid, was sich auch schon durch ihre Namen zeige (z.B.: KRAFT DURCH FROIDE). Ich glaube, solche Sachen sind eher auf die Steifheit der Linken, als auf die angeblichen Fascho-Gruppen zurückzuführen.

Der erste Mensch, der in einer Tonne die Niagarafälle hinunterfuhr, war eine Frau

Was unbedingt zu der neuen Musik gehört, ist Frauenmusik. Allein, d.h. unter sich oder mit Typen zusammen, sind sie ein nicht mehr wegzudenkender Faktor der neuen Musik. Angefangen hat es zu Anfang der Punk-Zeit, als zunehmend Frauen Musik machten. Diese Entwicklung verstärkte sich. Bald gab es ausschließliche Frauengruppen, und zwar nicht als Vorzeigefrauen, sondern als Musikerinnen. In Großbritannien sind Frauen noch wichtiger als in der BRD, wo die Entwicklung erst beginnt. Als Gruppen oder Musikerinnen haben sie eine wichtige Rolle als ,,Trendsetterinnen'': RAINCOATS, SLITS, MO-DETTES, AU PAIRS. Wenn es sich teilweise zufällig ergeben hat, eine Frauenband zu machen, ist es oft auch sehr bewußt: MALARIA z.B. lehnen es ab, mit Typen Musik zu machen.

DER MUSSOLINI

Geh in die Knie! Wackle mit den Hüften!
Klatsch in die Hände! Und tanz den MUSSOLINI!
Tanz den ADOLF HITLER! Beweg deinen Hintern!
Und tanz den JESUS CHRISTUS!
Und tanz den Kommunismus!

Den westdeutschen Linken ins Rotbuch geschrieben: Daß radikaler Inhalt auch radikale Form hat, dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben!! Da wird zwar ein Synthesizer-Ton gerade noch in Kauf genommen. Aber die Kenntnis der Neuen Deutschen Welle beschränkt sich im allgemeinen auf das ,,Es geht voran'' von den FEHLFAR-BEN. ,,Beim wahren Künstler ist das

beschränkt sich im allgemeinen auf das ,,Es geht voran'' von den FEHLFARBEN. ,,Beim wahren Künstler ist das

soziale Rezept, das er empfiehlt, Nebensache: die Quelle seiner Kunst, ihr belebender Geist, nicht das Ziel, das er sich bewußt steckt, ist das Ausschlaggebende'' (Rosa Luxemburg). Klar, fragwürdig ist es schon, wenn Zuschauer auf dem DAF-Konzert die Hände zum Hitlergruß recken. DAF sollte klarstellen, ob sie so etwas will oder nicht, sollte in dem Zusammenhang argumentieren. Doch man/frau kann im allgemeinen sagen, daß die neuen Gruppen fortschrittlich sind. Fortschrittlich in jedem Fall insofern, als sie fortschrittliche/neue Musik machen. Relativ ,,links'' ist auch, daß nur selten ,,Liberalismus'' geübt wird. Liberalismus heißt nicht, sich neuen Zielen, Praktiken, Instrumenten zu öffnen, sondern Liberalismus heißt in diesem Zusammenhang, sich auf dem Gemachten auszuruhen, es auszunützen, sich wegen des Kommerz-Erfolges der Industrie zu öffnen, und nicht, um etwas zu vermitteln, oder erfolgreiche/risikolose Musik zu machen, sich dabei aber zu verraten. **Mittlerweile ist die NDW in aller Munde und eine Kommerzialisierung ist in vollem Gange. Levi's veranstaltet Festivals mit NDW-Gruppen. ,,Ideal'' kennt bald jedes Kind. K-Tel bringt einen NDW-Sampler raus.**

Neue Avantgarde-Musik???

Seitdem neu experimentiert wird, gibt es den Begriff der Avantgarde-Musik wieder. Das ist meist Zuhörmusik, teilweise auch anstrengend schrill. Jazz oder Funkklänge werden von Avantgardisten eingesetzt. Sogar folkloristische Instrumente spielen eine Rolle: Geige usw. Diese Entwicklungen haben auch auf andere Musikstile Einfluß gehabt: im Jazz gibt es wieder gute tanzbare Musik sowie im Funk Jazz. Man/frau sagt: **,,Die Musik hat heute einen Stand erreicht, den die Kunst vor 50 Jahren erreicht hat''.**

Provinz/Fanzines/Unabhängige Vertriebe

Die Verhältnisse änderten NoFun und ZickZack und viele andere unabhängige Lables gründeten sich; und so konnten 79/80 Hans-A-Plast und S.Y.P.H. mit ihren ersten selbstproduzierten Platten aufwarten.

Die Indie-Platten sind kaum im ,,normalen'' Plattenhandel zu haben, sondern nur in den Läden der Vertriebe. Es bahnen sich hier jedoch auch negative Entwicklungen an: **Die Indies stehen in Konkurrenz zueinander, und in den großen Firmen gibt es eine Tendenz zum Aufkaufen der Indies, was**



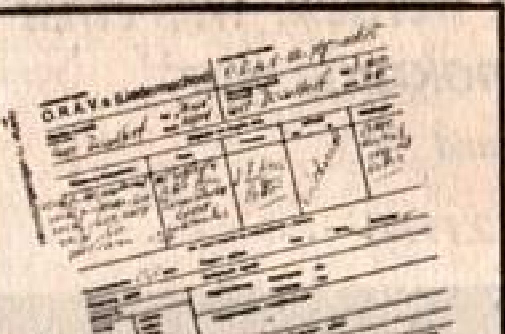
dazu führte, daß es relativ viele halbunabhängige Labels gibt, oder daß die Labels unabhängig sind und der Vertrieb von den Großen getätigt wird. Einige Musiker sind deshalb dazu übergegangen, gleich zur Industrie zu gehen, weil sie den Indies genauso kapitalistische Politik vorwerfen wie der Industrie. Ein anderer wichtiger Teil neuer Kultur sind die sog. Fanzenes. Sie kommen noch aus der Punk-Zeit und sind kleine, regionale Zeitungen, neuerdings sogar Cassetten. Sie berichten über Auftritte von Gruppen im jeweiligen Gebiet, machen Interviews mit lokalen Gruppen und liefern Rezensionen. Auf den Cassetten-Fanzenes sind sogar Anspielproben. Fanzenes sind witzig ver-





packt und layoutet, haben allerdings eine relativ kleine Auflage und somit Sammlerwert als Kunstwerk. Sie sind besonders in der Provinz wichtig, denn sie sind für die unbekannten Gruppen einzige Basis für Reklame. Auch kann man aus der sogenannten Provinz einen Cassettenboom melden. Unbekannte Gruppen oder Einzelkünstler nehmen einfach ein Tape auf und überspielen es mehrere Male. In Berlin-West und im Ruhrgebiet gibt es schon Cassettenlabels. Selbst größere Indies wie Rough Trade bringen jetzt Cassetten heraus.

,,Über die Notwendigkeit der Kritik: Bei der Linken geben sich viele damit zufrieden, die Authenzität dessen, was einer macht, zu akzeptieren und dieses Handeln zu unterstützen. Die Angst davor, ein Qualitätsurteil abzugeben, über die Handlungsweise anderer hat eine lähmende Wirkung auf die Linke. Entscheidungen über die Qualität (von Musik) sind ein Problem der sozialistischen Praxis. Die Leute haben Angst, zu sagen: dies ist schlecht, das ist gut, weil sie glauben, daß jeder, dem die Möglichkeit dazu gegeben wird, etwas Gutes hervorbringen kann; Entscheidungen über Qualität seien daher Bestandteil einer Ideologie, die sie ab-





lehnen'' (G. Travis von ROUGH TRADE).

Tj., Kulturkommission unter Mitarbeit von tic tac

MILITÜRK

Kebab-Träume in der Mauerstadt
Türk-Kültür hinter Stacheldraht
Neu-Izmir in der DDR
Atatürk der neue Herr
Miliyet für die Sowjetunion
In jeder Imbißstube ein Spion
Im ZK Agent aus Türkei
Deutschland, Deutschland
Alles ist vorbei

(G. Delgado, DAF)



1978: Die Residents rüsten sich für ein wildes Wochenende

Unbarmherzig wie Papier ...

Was Sie schon immer über Punk wissen wollten, wird Ihnen auch in diesem Buch nicht verraten. Eine Besprechung über das Buch ,,LAST EXIT-PUNK: Leben im toten Herz der Städte''. Die Autoren: Günter Franzen und Boris Penth.

Inhalt:
Jahrgang 47: Nyltest und Schmorbraten
Pattex und Pädagogik
Mr. Bowie meets Mr. Schmidt
2mal Deutschroulett
Krieg der Zeichen
Müllabfuhr oder Deichbau
Unbarmherzig wie Beton
Yesterday heroes
Forever Young

Was will uns der Autor damit sagen oder was hat das mit der Hochbahn zu tun? Ausschnitte aus der Inhaltsangabe des Last-Exit-Buches, wo drinsteht, was ein Vater dabei hatte, als er, erstickt am Erbrochenem, gefunden wurde. Aha, bitte, das interessiert alle, die es wissen wollen, aber es gibt viele Leute, die wollen es nicht wissen.

Wie schreibe ICH ein Buch über Punk? Man/frau nehme: Ein Fremdwörterlexikon, ein altes Tagebuch, ein Geschichtsbuch, ein Buch ,,Die interessantesten Satzbauten der deutschen Literatur''. Man/frau lasse weg: Alles über Punk, seine Intelligenz (falls vorhanden ...) und überhaupt alles, was informativ sein könnte. Neue Deutsche Inhaltslosigkeit; die beiden Autoren, Günter Franzen und Boris Penth, versuchen sich gegenseitig zu überbieten. Der Autor selbst:*,,Es gibt viele Wege, das Thema zu verfehlen''*. Dieses Buch, erschienen in der rororo-panther-Reihe, ist einer davon. O-Ton-Franzen: *,,Es stockt in diesem Buch an allen Ecken und Enden — Montagen, Collagen, Fragmente. Weniger verstanden als kalkulierte formale Gestaltungsmittel, denn als Versuch, den falschen Schein einer Versöhnung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Ich hasse Puzzles. Ray Bradburys 'Illustrierter Mann' löst sich in Myriaden tätowierter Körperteile, schmerzhafter Empfindungen, Bilder und Geschichten auf.''* Ab dafür! Dies ist nur eine kleine Kostprobe von dem Gelalle auf 107 Seiten. Dazu noch ,,Menschen, die man nie vergißt'' von einem Ulrich Greßieker: Einige plumpe, nicht zu beschreibende Beschreibungen. Nachdem festgestellt wurde, daß die Gewalt ein Dschungel konkurrierender Lügen ist, kommen die beiden Lichtblicke des Buches. Übrigens nicht von den Autoren. Zuerst Zotty: Sie beschreibt, wie sie zum Punk gekommen ist. *,,Punk kannste nicht definieren ...''*. Genauer beschreibt sie jedoch ihr Lebensgefühl: ,, *Es gibt echt coole Alte, die gut drauf*

Punk gekommen ist. ,,Punk kannste nicht definieren ...''. Genauer beschreibt sie jedoch ihr Lebensgefühl: ,, ... Es gibt echt coole Alte, die gut drauf

sind, die haben ja nichts mehr zu verlieren. Wenn alle an den Punkt kämen, und an den müssen sie eigentlich alle kommen, Wahnsinn, alles Wahnsinn. Aber die meisten haben's weggezwängt, merken nichts und drehen die Scheiße, die läuft, gegen uns. Ich bin neulich nacht mit dem Taxi zum 'Schlitz' gefahren, weil ich hier nicht alleine rumlaufen wollte, und da sagt der Taxifahrer zu mir: 'Was biste denn nun, 'n Punk oder 'n Indianer? Und hat mich laufend verarscht. Da hab ich gesagt: 'Ich bin Ihr TRIEB!' und bin ausgestiegen.'' — Das ist die beste Stelle im ganzen Buch. Man/frau kann sie sich also ausschneiden und einrahmen, so daß der Kauf des Buches überflüssig wird. Dann Dorotheas Reflektopunk. Sie beschreibt sich in ihrer Beschäftigung mit dem Punk, dem ,,Lebensstil der Verneinung'' (O-Ton Dorotheas Eltern). *,,Wenn ich in die U-Bahn steige, weiß ich, daß mich die Leute anstarren werden, weil sie auf Kleidungssignale reagieren. Ich will auffallen, will protestieren, will mich zu meiner Meinung bekennen. Viele Fragen drängen sich mir auf: Hat es Sinn, in die Schule zu gehen, wenn die Zukunft ganz und gar unsicher ist? Hat es Sinn, mit 18 Jahren eine der großen Parteien zu wählen, während sie sich einander angleichen und menschenfeindliche Politik betreiben? Hat es Sinn, nach Werten zu streben, die in unserer Gesellschaft gültig sind? Hat es Sinn, in einer derartigen Umgebung unter Druck und Streß zu leben?''* — Dorothea hat ihren Beitrag selbst geschrieben, Zotty wurde interviewt.

Es ist ja gerade sehr modern, über die Jugend von heute Bücher zu schreiben. Daß die Autoren sich profilieren müssen, ist ja schön und gut, aber in diesem Buch würden ein paar schöne Fotos mehr und gute Beiträge, wie z.B. von Zotty und Dorothea, reichen. Die Bemühungen der Grafik-Abteilung von Rowohlt waren rührend. Leben im toten Herz der Städte: Herzliches Beileid!

B. und Tj. im Herzen der Kulturkommission

KULTUR

Hollywood feiert Oktoberrevolution

»Reds«

Rote mit Herz und Hirn

Revolution und Liebe

Liebesgrüße aus Moskau

REDS —
Drei OSCARS für die Revolution?

REDS – das ist die politische Biographie John Reeds, des Autors des Tagebuchs der russischen Revolution, „Ten days that shook the world".

Reed war mehr als nur ein Augenzeuge der Revolution: ein engagierter Internationalist, der im eigenen Land auf der Seite der radikalen Kriegsgegner stand. Damit ist REDS aktuell, nimmt Stellung gegen das Amerika Reagans.

Doch REDS ist mehr: Nämlich die Geschichte einer Beziehung, die an dem Widerspruch zwischen Liebe und Emanzipation fast erstickt. Ein Film also, der brennende Probleme unserer Situation anspricht – und trotzdem: made in Hollywood.

Das wohl Frappierendste an dem Film, der mitten in der Reagan-Aera anlief, ist, daß sein Hauptinhalt um die Frage von Krieg und Revolution kreist. In mehreren Filmabschnitten stellt REDS das internationalistische Engagement Reeds heraus. Reed mischt sich 1916 als Journalist in die Debatten der Sozialistischen Partei ein, von der er öffentlich eine Stellungnahme gegen die Truppenmobilisierung verlangt. Im weiteren Verlauf des Films wird mit erstaunlicher Deutlichkeit auf die Auseinandersetzungen in der damaligen II. Internationale eingegangen und für den linken Flügel Partei ergriffen. Nach der Oktoberrevolution wird John Reed in das Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei der USA gewählt, in dem die Linken nun eine starke Position haben. Sie werden wenig später von den Rechten ausgeschlossen und mit Hilfe der Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt – von derselben Polizei, die (wie ebenfalls im Film gezeigt) Arbeiterversammlungen gewaltsam auflöst. Reed beteiligt sich daraufhin führend am Aufbau der Kommunistischen Arbeiterpartei der USA und kehrt als ihr Delegierter in die SU zurück.

Louise Bryant taucht vor einem Untersuchungsausschuß auf, der in seinem inquisitorischen Charakter wie ein Vorgriff auf den McCarthyismus wirkt; sie erklärt in dieser Anhörung ihre Parteinahme für die russische Revolution: Der US-Präsident Wilson versprach im Wahlkampf den Frieden, sechs Monate später standen die USA im Krieg. Die Bolschewiki versprachen, den Krieg zu beenden, sechs Monate später hatte Rußland Frieden.

Mehrfach stellt REDS den Weltkrieg als Auslöser der Revolution heraus, prangert er die Heuchelei der US-Politiker und die „Vaterlandsverteidigung" der Sozialistischen Partei an. REDS nimmt Partei für eine internationalistische Position.

Warren Beaty, Regisseur des Films, spielt die Hauptrolle selbst. Als John Reed hält er internationalistische Reden, attackiert er den Sozialchauvi-

die USA im Krieg. Die Bolschewiki versprachen, den Krieg zu beenden, sechs Monate später hatte Rußland Frieden.

Mehrfach stellt REDS den Weltkrieg als Auslöser der Revolution heraus, prangert er die Heuchelei der US-Politiker und die „Vaterlandsverteidigung" der Sozialistischen Partei an. REDS nimmt Partei für eine internationalistische Position.

Warren Beaty, Regisseur des Films, spielt die Hauptrolle selbst. Als John Reed hält er internationalistische Reden, attackiert er den Sozialchauvi-

nismus. Als Regisseur zeigt er die Verfolgung der Linken in den USA, berichtet von der Beteiligung der USA an der Intervention gegen die Sowjetunion, von der Zusammenarbeit von Rechtssozialisten und Staat gegen die Linke.

REDS macht historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung in einer Form zugänglich, die mehr Menschen als jedes Flugblatt und jede schriftliche Beschreibung erreicht. Seine Helden sind soweit aufgebauscht, daß ihr Äußeres ihre Bedeutung unterstreicht; athletische Vollblutrevolutionäre, bilderbuch-schöne Frauen, tattrige Greise und hektische Funktionäre; die Kampfszenen erinnern etwas an *Lawrence von Arabien*, dramatische Musikuntermalung und ein großer Schuß Romantik, haarscharf am Kitsch vorbei. Soweit klassischer Hollywood-Stil.

Der Stil des Films mag manchem Linken böse Bauchschmerzen machen. Und in der Tat ist es paradox: Während die Linke den *„Abschied vom Proletariat"* feiert und ihre ehemals überschwengliche Identifikation mit der „frühen" Sowjetunion zu verdrängen sucht, taucht ausgerechnet aus Hollywood ein Film auf, der alle positiven Gefühle für den russischen Oktober (wieder) aufwühlt. Die INTERNATIONALE in einer überfüllten Fabrik, rote Fahnen auf dem Winterpalais, Lenin und Trotzky im Smolny...

Die Begeisterung für die russische Revolution, die REDS herausstellt und nachvollziehbar macht, weicht bei den Filmfiguren langsam dem

„Das Buch John Reeds ist ein Epos eigener Art."
(N. Krupskaja)

Zweifel der Ernüchterung. Emma Goldmann als Anarchistin und John Reed bekommen auf unterschiedliche Art Zweifel, als sich zeigt, daß die Revolution ihrer sozialistischen Zielsetzung nicht gerecht zu werden vermag. Der im Film von Sinowjew verkörperte Bürokratismus wird jedoch nicht zum Antikommunismus gewendet. Von allen Schwierigkeiten der Revolution streicht REDS nur eine heraus: die Umzingelung Rußlands durch die Interventionstruppen. REDS läßt keinen Zweifel an dem Versuch der USA, die russische Revolution durch Krieg zu ersticken, und konfrontiert diese Tatsache mit den Phrasen der US-Politiker, man kämpfe für die Weltdemokratie. Sofern dies in einem Spielfilm überhaupt möglich ist, bemüht sich REDS um historische Objektivität. Er vermittelt Geschichte, verarbeitet historische Tatsache. Daß dieser Film in den USA zu einem Kassenschlager zu werden scheint, soll uns nur recht sein. Denn REDS spricht aus, was selbst viele Linke längst wieder vergessen haben: Daß die Revolution die einzige Möglichkeit für das russische Volk war, den Frieden zu erlangen – und daß dieser Frieden gegen die Armeen der bürgerlichen Demokratien erkämpft werden mußte. Ein Film also, der die bis heute aktuelle Legitimierung der US-Außenpolitik als Welthüter der Demokratie durch historische Tatsachen widerlegt.

REDS ist inhaltlich alles andere als ein klassischer Hollywood-Schinken. REDS ist ein fortschrittlicher und ein aktueller Film. Da mag man den Hollywood-Stil verzeihen.

Die Frau an seiner Seite

Louise Bryant, eine junge schöne Frau, begegnet Reed in einer Phase ihres Lebens, wo sie versucht, aus dem spießig-konservativen Leben ihrer Kleinstadtehe auszubrechen: Sie schockiert als künstlerisches Akt-Modell, beteiligt sich an politischen Debatten und versucht, als Journalistin auch beruflich einen eigenen Weg zu finden. So begegnet sie Reed zunächst mit der Stärke einer Frau, die sich im Kampf weiß gegen die Fesseln ihrer bürgerlich-weiblichen Existenz.

Doch die Illusion dieser Stärke platzt sehr schnell: Als Reed Louise bittet, mit ihm zu kommen, stellt sie die Kernfrage: „Als was soll ich mitkommen? Als deine Freundin, Ge-

rer Kleinstadtehe auszubrechen: Sie schockiert als künstlerisches Akt-Modell, beteiligt sich an politischen Debatten und versucht, als Journalistin auch beruflich einen eigenen Weg zu finden. So begegnet sie Reed zunächst mit der Stärke einer Frau, die sich im Kampf weiß gegen die Fesseln ihrer bürgerlich-weiblichen Existenz.

Doch die Illusion dieser Stärke platzt sehr schnell: Als Reed Louise bittet, mit ihm zu kommen, stellt sie die Kernfrage: „Als was soll ich mitkommen? Als deine Freundin, Ge-



liebte, Konkubine, als was?!". Ihre Zuneigung zu Reed ist stärker als ihre Skepsis, und das Leben mit ihm verspricht einen Ausweg aus der Enge ihres Daseins.

Trotz des Rauschs der Verliebtheit stellt sich in der politischen Aufbruchstimmung der New Yorker Intellektuellen-Szene die Frage „Als was?" umso härter. Beispielhaft ist Louises Begegnung mit Emma Goldmann; die ältere, emanzipierte Anarchistin hat für die hübsche Frau an seiner Seite nur verachtungsvolle Gleichgültigkeit: Louise als mittelmäßige Autorin politisch unernster Artikel, die sich engagieren will, doch unfähig ist, sich eine eigene Existenz zu erkämpfen, die ihre Umwelt zwingen würde, sie ernst zu nehmen.

Louise kämpft zwar, doch gegen Windmühlenflügel: Mit dem starken Reed an ihrer Seite, der politisch und persönlich glänzt, wo er nur auftritt, werden für die junge Frau Maßstäbe gesetzt, die ihr kaum Raum lassen für die mühvoll-kleinen Schritte ihrer Emanzipation.

Bedrückend klassisch sind die Konsequenzen dieses Konflikts: In der Angst, die Bruchstücke ihrer Identität zusammenzuhalten, kann sie auch solidarische Kritik ihres Geliebten nicht akzeptieren; sie haßt sich selbst wegen ihrer Besitzansprüche an Reed, die ihrem eigenen Ideal einer Partnerschaft mit allen Freiheiten widersprechen. Wie schwach ihre Ideale emotional verankert sind, zeigt sie, als sie ein Verhältnis mit dem Schriftsteller Eugene O'Neill beginnt, der um sie mit dem klassisch-männlichen Versprechen wirbt, sie zum angehimmelten Mittelpunkt seines Lebens zu machen.

Louise flieht immer wieder aus der Beziehung zu Reed, doch mit verzweifelter Ernsthaftigkeit erst dann, als das „liebestötende Gift der eigenen seelischen Enge" (A. Kollontai) so stark geworden ist, daß sie die Arbeit in einem Nachrichten-Büro an der französischen Kriegsfront dem unbefriedigenden Leben an der Seite Reeds vorzieht.

Als er sie bittet, ihn ins revolutionäre Rußland zu begleiten, stellt sie ihre Bedingungen: eigene Arbeit, keine Abhängigkeit. Die Begeisterung für die russische Revolution, die gemeinsame Teilnahme an den „zehn Tagen, die die Welt erschütterten", spült ihre alten Selbstzweifel und die Kleinlichkeiten im Geschlechterkampf hinweg: Ihre Liebesbeziehung

„Noch heute ... gehört es zum sogenannten guten Ton, den bolschewistischen Aufstand ein „Abenteuer" zu nennen. Ein Abenteuer war es, und eines der herrlichsten, das die Menschheit aufzuweisen hat."
(John Reed)

blüht neu auf, verschmilzt mit gemeinsamer, solidarischer Arbeit, getragen vom Rausch der Revolution.

Aufstand ein „Abenteuer" zu nennen. Ein Abenteuer war es, und eines der herrlichsten, das die Menschheit aufzuweisen hat."
(John Reed)

blüht neu auf, verschmilzt mit gemeinsamer, solidarischer Arbeit, getragen vom Rausch der Revolution.

Die rasante Umgestaltung der persönlichen Verhältnisse in der Teilnahme am revolutionären Geschehen wird im Film symbolisiert durch die rasche Szenenfolge von Erotik, Arbeit, Massendemonstrationen. Eine zum Klischee geratene Wunschvorstellung? Vielleicht, doch ist es ein sympathischer Traum. Und: Der Film selber nährt den Zweifel; es bleibt im Dunklen, was Louise eigentlich macht; als Reed aus der Rolle des Berichterstatters ausbricht und eine flammend-internationalistische Rede vor streikenden russischen Arbeitern hält, steht Louise mit Tränen der Freude abseits. Die Verhältnisse lassen die Frage gar nicht erst zu – es ist klar, daß er redet. Obwohl sie, wie sich später in ganz wenigen Szenen zeigt, in der Lage ist, in amerikanischen Versammlungen politisch klar und agitatorisch zu sprechen – als sie allein auftritt.

Ihren persönlich-revolutionären Sprung macht Louise erst, als sie allein illegal ins von den weißen Truppen eingeschlossene Rußland geht (1919), um Reed zu suchen – ein lebensgefährliches Wagnis, zu dem sie nicht nur ihre Liebe treibt, sondern das sie auch als eine Herausforderung annimmt. Nach einer wochenlangen Reise, deren Beschwernisse zu bewältigen gemeinhin nur den männlichen Heroen der Revolution zugetraut wird, findet sie Reed totkrank, von Sehnsucht und Zweifeln zermürbt.

Er begreift erst kurz vor seinem Tod voll die Tragik ihrer Liebe: Zu ihrer Hoffnung auf eine gemeinsame Rückkehr in die USA stellt nun er an sie ihre Frage „Als was?". Trotz ihrer erreichten Stärke bleibt ihre Antwort auch jetzt noch unsicher: „Vielleicht als Genossin?" –

Für einen Hollywood-Film unter männlicher Regie ist die Darstellung der um ihre Emanzipation ringenden Frau von einer überraschenden Sensibilität. Auch wenn der Zusammenhang von Revolution und Emanzipation manchmal zur klischeehaften Romantik gerät, ist es doch gerade dieser Zusammenhang, der den Film auch unter Frauen-Aspekten aufwühlender macht, als manches von

sie ihre Frage „Als was?". Trotz ihrer erreichten Stärke bleibt ihre Antwort auch jetzt noch unsicher: „Vielleicht als Genossin?" –

Für einen Hollywood-Film unter männlicher Regie ist die Darstellung der um ihre Emanzipation ringenden Frau von einer überraschenden Sensibilität. Auch wenn der Zusammenhang von Revolution und Emanzipation manchmal zur klischeehaften Romantik gerät, ist es doch gerade dieser Zusammenhang, der den Film auch unter Frauen-Aspekten aufwühlender macht, als manches von

der links-bürgerlichen Mode hervorgebrachte Werk, das den rein persönlichen Geschlechterkampf zum Drama schlechthin erhebt und damit meist nur ein schales Gefühl der Aussichtslosigkeit hinterläßt.

REDS macht traurig und wütend, aber auch sehnsüchtig nach Verhältnissen, wo die Vereinbarkeit von Liebesbeziehung und Emanzipation mehr sein kann als eine romantisch-kurze Episode.

J. und Ch., Hamburg

---

bruchstücke zur identität

bruchstücke zur identität

(1)

identität –
hast du sie?
ich?
wahllos
können wir
prothesen bekommen
aus beliebigen jahrhunderten
oder jahrzehnten
oder auch kraftstrotzende
proletariermuskeln
aus kunstfleisch
manche belieben sich so zu begegnen
manche leben von bloßer distanz
keiner nation zugehörig
keiner kultur
ausgespuckt
aus dem zerschlagenen mund
der geschichte

hinter uns
traum
von freiheit
gleichheit
brüderlichkeit unvollendet
abgefault
auferstanden von den toten
allein durch den faschismus

hinter uns
traum
vom menschsein
in einem land
die große historische
initiative
unvollendet
abgefault

verlorene paradiese

faschismus
stalinismus
doppeltes exil?

ich suche
mich
in meiner zeit

ich finde
mich
außerhalb

wenn überhaupt

heimatlosigkeit
d.h.
nicht zu wissen
auf welchen gemeinsamen nenner
diese anhaltende kapitalisierung des globus
die egalisierung die nivellierung
unterschiedlicher kulturen
geschichten
systeme
usw.
gebracht werden wird
der kleinste heißt
barbarei
wie heißt der größte

Ke, 15.2.82

Der „Spiegel" — vom Winde zur KVZ verweht

Durch ausführliche Kritiken – vom Lob bis zum Verriß – in fast allen bürgerlichen Zeitungen hat REDS eine außerordentliche Publizität erhalten. Die interessante Machart des Films und der (kultur)politisch ungewöhnliche Zeitpunkt, zu dem er vor allem in den USA auf den Markt gekommen ist, bewegt all die bürgerlichen Blätter, die selber die Artikel eines John Reed heute nie abdrucken würden.

Getreu dieser Doppelmoral wird über den „liberalen Geist des Films" („Spiegel") geplaudert, doch im Grunde kann die bürgerliche Kritik einen derartigen Film nicht verstehen, da sie mit der Begeisterung für revolutionäre und emanzipatorische Ziele nichts am Hut hat. Zu welcher Plattheit sich dieses Unverständnis steigern kann, zeigt eine Kostprobe des „Spiegel"-Kritikers Hellmuth Karasek, sonst nicht einer der Dümmsten: *„Kommunisten? Ja, doch im Grunde ihres Herzens sind Reed und seine Gefährtin vor allem Menschen und Liebende. Während die Sowjetunion von einem Isoliergürtel umgeben nach innen und außen ums Überleben kämpft, ist John Reed damit beschäftigt, auf dem Moskauer Hauptpostamt glühend stammelnde Verzweiflungstelegramme nach den USA zu senden ...".* Sehnsucht mitten im Bürgerkrieg, Liebe und Kommunismus, tz tz tz, wie kann man nur! Das KBW-Puschenmännchen blinzelt freudig-bewegt auf seinem Sterbebett ...

Pikanterweise treffen sich hier die Plattheiten der kritischen Kritiker mit der herrschenden Revi-Geschichtsschreibung, die in der Biographie John Reeds vermerkt: *„Seine verschwommen humanistischen Ansichten wurden in der Sowjetunion durch die harten groben Tatsachen der Ökonomie ersetzt (!)".*

Da es sicher auch unter unseren Lesern und Leserinnen viele gibt, die REDS für eine seichte Love Story halten, wollen wir ihnen für ihre Entgegnung einen Denkanstoß aus der „FAZ" nicht vorenthalten: *„Nichts hat in diesem Jahrhundert die sentimentalen Neigungen der Menschen mehr bewegt als die russische Revolution und der Mythos Hollywoods. In 'Reds' werden die beiden Trugbilder zu einem Film von seltener Könnerschaft vereinigt".*

Anm. der Redaktion: Der Hinweis auf die „KVZ" und den KBW bezieht sich auf die früher KBW-typische unsensible und sektiererische Betrachtung aller Art von Kultur. Inzwischen ist das „Puschenmännchen" aber altersweise und tolerant geworden. Über den Film REDS notiert die „KVZ" u.a.: *„... eine Homage* (Ehrung) *auf ein fast vergessenes Kapitel amerikanischer Geschichte – der amerikanischen Arbeiterbewegung und einen ihrer revolutionären Vertreter. In diesem Sinn ist 'Reds' sehenswert und anregend, auch was die Auseinandersetzung mit den historischen Problemen der proletarischen Revolution angeht"* (30.4.82).

Kälte, Rohheit und die beste aller Welten

„Wer war noch — Ulrike Meinhof? Ist sie eigentlich gestorben, ermordet worden oder hat sie sich umgebracht? Und wann? Wer von dem Menschenrecht Gebrauch macht, sich für das rasch wechselnde Personal auf der politischen Szene nur obenhin zu interessieren, der kann diese Fragen (...) heute kaum noch beantworten" — **„FAZ", 21.12.1979.**

Seitdem das Frankfurter Schauspiel wieder einen Intendanten hat, seitdem die „Mitbestimmung im künstlerischen Bereich", die Peter Palitzsch und sein Ensemble 1972 erkämpft hatten, vom scheinbar progressiven Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann wieder außer Kraft gesetzt worden ist (siehe AK 200), ist die bürgerliche Kritik dem Theater wieder wohlgesonnen. Konnten sich die „linken Schaumschläger" (Peter Iden in der „FR") ehemals mühen wie sie wollten, unter Adolf Dresens Alleinherrschaft ist ihnen der Applaus so sicher wie das Amen in der Kirche.

Überdeutlich wurde dieser theaterpolitische Umschwung bei der Premiere von Ulrike Meinhofs Stück „Bambule", das von Henning Rühle und Frank Moritz auf der Bühne des Kammerspiels inszeniert wurde. Einhellig gab sich die Kritik begeistert von der sorgfältigen Arbeit der Regisseure und Schauspielerinnen einerseits, und dem Betroffenheit auslösenden Stück, das zu einer Zeit geschrieben worden sei, als die Meinhof noch vernünftig war, andererseits.

„Bambule" — das Stück

Ulrike Meinhof wollte 1968 eine Kolumne für „konkret" über den „Ei-

„Bambule" — das Stück

Ulrike Meinhof wollte 1968 eine Kolumne für „konkret" über den „Eichenhof", ein geschlossenes Heim für Mädchen in Westberlin, schreiben. Aus den Kontakten, die sie dort u.a. zu Irene Goergens knüpfte, entstand dann mehr: erst ein O-Ton Hörspiel für den Hessischen Rundfunk („Was hab ich davon, wenn ich auf Trebe gehe"; gesendet am 14.11.69) und später ein Fernsehdrehbuch für den SWF, das von Eberhard Itzenplitz verfilmt (und bis heute nicht gesendet) wurde.

Für die bisher vier Inszenierungen (Zürich, Bochum, Bremen, Frankfurt) war das Fernsehdrehbuch jeweils die Bearbeitungsgrundlage.

Erzählt wird dort die Geschichte der Flucht von Irene und Monika aus dem Heim; Irene entkommt, Monika wird eingefangen. Die beiden Handlungsstränge laufen weiter: Irene wird draußen mit einer „Freiheit" konfrontiert, die ihr nur die Chance läßt, auf den Strich zu gehen, wie das zwei seit längerem aus dem Heim entlassene Freundinnen tun. Monika kommt im Heim in den Bunker, wo die ziemlich sozialdemokratische Erzieherin, Frau Lack, ihr das Gefühl vermittelt, sie kümmere sich um sie. Die anderen Mädchen im Heim werden bei ihrer stumpfsinnigen Arbeit und in ihrer stumpfsinnigen Freizeit gezeigt, von Erziehung kann bei ihnen kaum die Rede sein, Möglichkeiten werden ihnen keine gegeben, sie werden angepaßt oder bestraft.

Vor allem wird immer wieder versucht, eine sich anbahnende Solidarisierung der Mädchen untereinander zu verhindern. Das gelingt, weil die Heimleitung immer wieder scheinbar unterschiedliche Interessen für die Insassen entstehen läßt und sie so gegeneinander ausspielt: Während Monika im Bunker sitzt, versuchen die anderen unter Leitung von Iv, sie durch einen Sitzstreik vor dem Bunker freizukriegen. Monika kommt raus, muß aber zur Strafe für ihre Flucht ins Kloster. Von der Heimleiterin wird ihr aber suggeriert, die Verlegung ins Kloster erfolge wegen der Streikaktion der anderen, gegen die Monika jetzt wütend angeht.

„MONIKA: Ihr Schweine, ihr Arschkriecher. Jetzt muß ich ins Kloster. Wegen Euch! Warum habt ihr das gemacht? Ihr habt die Schuld" (Bambule, S. 66).

Am Ende des Stückes schlagen die Frauen als Reaktion auf eine erzieherische Maßnahme alles kurz und klein, machen Bambule. Die Bullen kommen und schaffen wieder Ordnung. Dann ein Gespräch über die Aktion zwischen Iv und Irene:

„IV: Wir machen ne Aktion — was passiert? Bambule! Alles kaputt, die Bullen, aus, bums. (...) IRENE: Quatsch! Wer Terror macht, den schmeißen se raus. Wer sich gut führt, der wird vergessen. (...) Wenn de dich fügst, freuen se sich, daß se dich fertig gemacht haben. Dafür sind se dann nett zu dir, daß se dich kaputt gemacht haben. Nee, du! Nee!"

„Bambule" — die Reaktion

Der Film, den E. Itzenplitz für den SFW drehte, wurde nie gesendet. Im Mai 70 wurde er kurzfristig aus dem ARD-Programm genommen, weil gegen Ulrike Meinhof ein Haftbefehl wegen der Befreiung von Andreas Baader vorlag. 1978 sollten Ausschnitte aus dem Film als Illustration für den Dokumentarfilm **„Gewalt aus dem Dunkel — Terrorismus in Deutschland"** dienen, ein Vorgehen, gegen das sich Filmregisseur Itzenplitz damals zur Wehr setzte, denn er habe nicht einen Film über Terrorismus, sondern einen Film über Fürsorgeerziehung gedreht. Den ganzen Film wollte der SWF aber wegen seiner Länge von 88 Minuten nicht ausstrahlen. Seitdem ist das Werk im Giftschrank des SWF untergebracht und soll dort auch verbleiben. Den

Film über Fürsorgeerziehung gedreht. Den ganzen Film wollte der SWF aber wegen seiner Länge von 88 Minuten nicht ausstrahlen. Seitdem ist das Werk im Giftschrank des SWF untergebracht und soll dort auch verbleiben. Den

Frankfurtern wurde nicht mal eine Privatvorführung zu Vorbereitungszwecken für die Produktion erlaubt. Auf dem Theater gab es wegen der geplanten Uraufführung in Stuttgart 1977 durch Claus Peymann einen mittleren Skandal.

Besonders die „FAZ", die anläßlich der Premiere im Frankfurter Kammerspiel jetzt scheinheilig beklagt, daß der Peymannsche Uraufführungsversuch 1977 *„den Politikern Späth und Filbinger so vortrefflich als eines der Werkzeuge (diente), dem Schauspieldirektor sein Stuttgarter Grab zu schaufeln"* („FAZ", 26.4.82), eröffnete d a m a l s das Kesseltreiben gegen das Vorhaben: „Ihr gedruckt vorliegendes 'Stück' aufzuführen, hieße — pochend auf die Kunstfreiheit — ein Sympathiefeld für sie herzustellen (...) Aber es ist nicht seine (des Theaters) Sache, Sympathiefelder für jene Kräfte aufzubauen oder zu verstärken, deren krimineller Charakter sich (...) erst wieder erwiesen hat" („FAZ", 22.9.77).

Der Generalintendant des Württembergischen Staatstheaters verbot die Aufführung zwar nicht, untersagte aber die Proben in der Spielzeit 1977/78, ein Vorgehen, das den Stuttgarter Oberbürgermeister M. Rommel veranlaßte, dem empörten Peymann, der sich wegen dieser Quasi-Zensur beschwerte, zu antworten: *„Da Sie selber sagen, Sie seien links, darf ich eine bedeutende Linke zitieren, die freilich mit dem Wort und nicht mit der Waffe gewirkt hat, Rosa Luxemburg: 'Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden!' Also lassen wir dem Generalintendanten den Freiheitsraum, der ihm im Interesse der Kunst eingeräumt ist. Mit freundlichen Grüßen"* (zit. n. „FR", 26.4.77).

Wahrlich christdemokratische Toleranz... Die Premiere auf dem Theater fand dann 1979 unter Peymanns Regie in Bochum statt. Die Überschriften der Kritiken: *„Wenn Peymann viel Bambule macht"* („Welt", 21.12.79); *„Gerechtigkeit für Ulrike"* („FR", 31.12.79); *„Requiem für Ulrike Meinhof?"* („FAZ", 21.12.79). Nach der Frankfurter Premiere haben sich die Gemüter noch mehr beruhigt: *„Fürsorge — Sorge für wen"*, fragt die „FAZ" (26.4.82), und die „FR" stellt lapidar fest: *„Im Heim, in der Fremde"* (26.4.82).

Immerhin: Als das Züricher Neumarkttheater seine Inszenierung 1981 als Gastspiel in Mannheim im Nationaltheater aufführte, wurden die Programmhefte noch vom deutschen BGS beschlagnahmt, weil die darin enthaltenen Meinhof-Texte in der BRD nicht verbreitet werden dürften.

Die Frankfurter Aufführung

In Frankfurt spielte sich das Stück in einem grauen Einheitsraum ab. Dort war deutsche Ordnung gefragt: acht Betten, acht Stühle, acht Spinde — alles in Reih und Glied. Penibel sauberer Kunststoffußboden, kein Tageslicht, nur Neonröhren. Die Türen alle ohne Innenklinken und die große Schwingtür nach draußen ständig verschlossen.

Die Erzieherinnen waren eher sozialdemokratisch und liberal als offen brutal, die Mädchen samt und sonders verstört und aggressiv, vor allem gegeneinander. Anstelle der Flucht zweier Mädchen am Stückanfang (wie im Original) stand die Ankunft einer Neuen, die sofort in die Rituale und Hierarchien eingepaßt wurde. *„Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit"* (§ 1 Jugendwohlfahrtsgesetz). Wie diese freiheitlichdemokratische Tüchtigkeit aussehen soll und muß, wurde in der sehr lapidaren und knappen Inszenierung sehr scharf herausgearbeitet. **Tüchtig ist, wer sich anpaßt, wer nicht tüchtig sein will, wird kaputt gemacht, könnte die Faustformel dafür sein.**

Fassanbass

Was der Leser meint

Was der Leser meint

Aktuelle „Bambule"

In Ihrer redaktionellen Ankündigung der „Bambule-Premiere" wird in einem Klammersatz gesagt, „geschlossene Heime" existierten in der Bundesrepublik nicht mehr. Tatsache aber ist, daß in allen Bundesländern, mit Ausnahme Hessens und Hamburgs, Kinder und Jugendliche nach wie vor in geschlossene Unterbringung verbracht werden. Umfragen der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET), der Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung (IGfH), des Bundesjugendkuratoriums, des Deutschen Jugend-Instituts u. a. in den letzten Jahren nennen Zahlen zwischen einigen hundert und weit über tausend! Vor allem aber: „Gewalt produziert Gegengewalt, Druck Gegendruck!" Diese Beobachtung Ulrike Meinhofs hat nichts an Aktualität verloren: Die Mechanismen des alltäglichen Terrors des Eingesperrtseins, das Unterworfensein, Abgestempeltsein, verwaltet werden; die ständig virulente Aggressivität, die in Zerstörung und Selbstzerstörung mündet — eben in „Bambule", dies alles findet sich heute in geschlossenen Einrichtungen alter Prägung, aber auch in neuerbauten, modern konzipierten, therapeutisch geführten Einrichtungen wie z.B. dem Jugendhilfezentrum der Rummelsberger Diakonieanstalten (dort wurde die geschlossene Abteilung von den Jugendlichen völlig demoliert!).

Günther Kaufmann, Frankfurt 60

Geschlossene Unterbringung

In der Meldung vom 22. 4. über die „Bambule"-Premiere in Frankfurts Kammerspielen wird festgestellt, daß geschlossene Heime in der BRD heute nicht mehr existierten. Diese Information ist falsch, geschlossene Unterbringung gibt es bei uns nach wie vor; jedes Bundesland verfügt über eine öffentlich nicht bekannte Zahl von geschlossenen Abteilungen (meist innerhalb offener Großheime). Ausgenommen davon ist bislang seit wenigen Jahren Hessen, das die dafür vorgesehenen Jugendlichen in zwei offenen Alternativeinrichtungen (aber auch in geschlossenen Abteilungen) anderer Bundesländer unterbringt. Auch in Hessen läßt sich jedoch eine Tendenz zur Wiedereinführung registrieren. Bisher gibt es nur Schätzungen darüber, wie viele Jugendliche in der BRD geschlossen untergebracht sind, genauere Angaben wurden von einigen Bundesländern — laut Studie des Deutschen Jugendinstituts 1981 — verweigert, anderen fehlt nach eigenen Angaben dieses Zahlenmaterial.

Christa Sonnenfeld, für die Mitarbeiterinnen des Arbeitsbereichs „Heimerziehung und Alternativen" im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/M.

Leserbriefe in der „Frankfurter Rundschau" vom 7.5.82 (oben) und 10.5.82 (unten)

Interview über eine „Bambule"-Aufführung

Frank Moritz hat zusammen mit Henning Rühle „Bambule" inszeniert. Er hat um 1976 in Köln bei Hansgünter Heyme und Roberto Ciulli assistiert und dort auch zwei erste eigene Arbeiten machen können. Regie geführt hat er dann in Tübingen und Nürnberg. Bei den Probenarbeiten für Günter Eickenbuschs „Auftritt gegen Rechts", einem Stück gegen Neofaschismus, in dem Frank Moritz die Hauptrolle spielte, erlitt er eine Gehirnblutung und war anschließend sehr lange im Krankenhaus und in der Rehabilitation. „Bambule" ist seitdem seine erste Inszenierung.

AK: Wie kamt ihr in Frankfurt auf die Idee, „Bambule" zu machen?

FM: Henning und ich wollten erst „Bent" (ein Stück über zwei Schwule im KZ von Martin Shermann, Anm. AK), dann haben die vom Haus uns aber vorgeschlagen, „Bambule" zu machen. Das alte TAT hatte ja ein jugendliches Publikum das frei rumlief, weil die freien Gruppen im neuen TAT gar nicht interessieren. Dieses Publikum wollten wir jetzt auf das Haus ziehen, nicht nur dort hinziehen, sondern auch wirklich Stücke für sie machen. Da kommt jetzt ja auch der „Klassenfeind" raus. Das ist uns, glaube ich, auch gut gelungen, die Vorstellungen sind restlos ausverkauft.

Das Stück hab ich erst schlecht gefunden, wir wollten das gar nicht machen. Aber dann fiel mir diese Situation von Eingeschlossenheit und von ewig drin zu sein und nicht raus zu kommen von der Rehabilitation her ein und dann gefiel mir das.

Bei mir hat das also zuerst gar keinen politischen Ansatz gehabt, wegen der Person von Ulrike Meinhof, bei mir war da zuerst eine rein persönliche Betroffenheit, weil mir Assoziationen eingefallen sind. Im Heim mußt du den Tatbestand der Verwahrlosung erfüllen, um da rein zu kommen, im Krankenhaus mußt du den Tatbestand Krankheit erfüllen. Das sind in vieler Hinsicht dieselben Institutionen, die von oben gelenkt werden. Ich hab dar-

len, um da rein zu kommen, im Krankenhaus mußt du den Tatbestand Krankheit erfüllen. Das sind in vieler Hinsicht dieselben Institutionen, die von oben gelenkt werden. Ich hab dar-

über auch mit dem Soziologen Herbert Nagl gesprochen, der vieles von seiner Arbeit her bestätigt hat.

AK: Den Vergleich von Heim und Krankenhaus finde ich schon sehr politisch...

FM: Ja, klar. Letzthin, finde ich, haben wir das Stück auch sehr politisch gemacht, aber nicht über so eine Ideologie, sondern über persönliche Erfahrungen.

AK: Ihr habt dramaturgisch sehr in die Vorlage von Ulrike Meinhof eingegriffen, habt z.B. die gesamte Außenwelt, in der sich Irene während ihrer Flucht bewegt, gestrichen und das ganze Geschehen auf einen einzigen Ort, den Aufenthaltsraum im Heim reduziert. Stattdessen habt ihr auf der Vorderbühne Traumszenen oder so etwas gespielt, wo ihr Texte aus den Außenweltvorgängen der Vorlage verwendet habt.

FM: Die Außenwelt, das sollten bei uns Träume oder Rückerinnerungen von den Mädchen sein. Was ich daran gut finde, ist, daß die Mädchen von ihren Träumen immer wieder eingeholt werden, daß die auch nicht von Mallorca oder Neckermann träumen, sondern davon, wie sie mal auf Trebe oder zu Hause waren, daß die Träume auch eine Hermetik haben. Uns hat interessiert, wie groß die Zerstörungen bei diesen Mädchen sind. Wenn da acht Frauen immer aufeinandersitzen, die Tür immer zu ist. Wenn wir das Stück so gelassen hätten ... — wir haben zum Beispiel nicht gewußt, wie das mit einer Lösungsmöglichkeit ist, ob wir einen Lösungsvorschlag in der Inszenierung machen sollen. Aber das konnten wir dann nicht. Wir hatten nur so eine Hoffnung, unsere Hoffnung ist, daß trotz der Eingeschlossenheit ein Leben möglich ist, auch ein lustvolles Leben irgendwie, schon sehr reduziert; die Mädchen spielen nicht Schach, aber die erzählen Witze und lachen sich dabei kaputt. Sie spritzen mit dem Feuerlöscher wie wild rum und haben eine unheimliche Lust daran und lachen ... und dann kommt immer Druck, Druck, Druck. Auch so 'ne Lust, immer auf und ab zu gehen und irgendwann mal 'ne Flasche Schnaps mitzubringen, und wenn die leer ist, dann ist eben nichts mehr da. Das Stück, so wie es war, in seiner ganzen Konventionalität, war für uns immer langweilig.

AK: Durch dieses Übertragen der Situation in eine Allgemeinheit geht eure Arbeit, wie es auch im Programmheft steht, vor allem gegen die Kälte und Rohheit in dieser Welt, und nicht mehr, wie die Stückvorlage, ganz konkret gegen die Zustände in Heimen...

FM: Im Stück ist doch eine Schwarz-Weiß-Malerei drin, bei der Erzieherin Frau Turm. Aber das Leben ist ja nicht schwarz-weiß, so einfach ist das nicht. Wir wollten mit unserer Inseznierung und Bearbeitung auch über das Stück hinausweisen, daß die Leute nicht nur feststellen, so und so ist es in Heimen, das ist aber schlimm, nur was haben wir damit zu tun? Wir wollten, daß auch ein emotionaler Bezug möglich wird. Auf der Premieren-Feier waren eine Menge Leute, die nichts mit Theater zu tun hatten und uns erzählt haben, daß sie sich nach dem Stück überlegt hätten, daß ihnen nie aufgefallen sei, wie wichtig es ist, immer eine offene Tür im Raum zu haben und so was.

Ich hab auch was gegen dieses Thesen- und Informationstheater, wo dann auf der Bühne ein paar Statistiken über Heime gebracht werden und über Heimordnung und dann ist Schluß. Theater soll für mich was in Gang setzen, ich will im Theater assoziieren können, das ist ein kreativer Vorgang von Zuschauer und Künstler. Bei „Bambule" ist es passiert, daß die Leute ein emotionales Verhältnis zu dem Stück bekommen haben, auch ein Verständnis für die Leute, die sich nicht so verbal ausdrücken können, die sich ganz anders artikulieren. Uns hat auch, wie die Ulrike Meinhof wohl auch, diese Kraft von den Mädchen dort drin interessiert, die sich nur mit Bambule und mit so einer Hackordnung äußern können, das aber auch wirklich machen.

AK: Ihr habt die Texte von den Mädchen recht beliebig verteilt, bei euch gibt es nicht mehr wie in der Vorlage eine Führerfrau wie die Iv, sondern die Rollen sind ziemlich gleichgewichtig.

FM: Das war mit der Reduzierung von Menschen in so einer Heiminstitution gemeint. Deshalb haben wir sie auch alle gleich gemacht, weil sie alle gleich re-

Rollen sind ziemlich gleichgewichtig.

FM: Das war mit der Reduzierung von Menschen in so einer Heiminstitution gemeint. Deshalb haben wir sie auch alle gleich gemacht, weil sie alle gleich re-

duziert sind. Wenn, wie im Stück, drei Figuren so wortreich auftreten, dann kommt ein Publikum leicht auf den falschen Dampfer. Die Monika im Stück spricht für mich wie eine Intellektuelle. Wenn sie sich so äußern kann, so reden kann, dann braucht sie keine Bambule mehr zu machen, sie würde dann mehr diskutieren. Das war vielleicht so 'ne Hoffnung von der Ulrike Meinhof, die sich leider nicht erfüllt hat.

AK: Das Stück ist, rein von den Personen, die auftreten, auch ein Frauenstück. Ihr wart im Stab aber wieder fast 'ne reine Männergruppe: Regisseur, Dramaturg. Nur die Bühnenbildnerin (Anna Viebrock) und dann die Schauspielerinnen. Wie hat sich das ausgewirkt?

FM: Anna hat auch sonst viel in der Inszenierung mitgearbeitet, nicht nur das Bühnenbild und die Kostüme gemacht, sie war auch viel auf Proben. Dann hatten wir außerdem noch eine Regieassistentin und eine Kostümassistentin ... Das Stück hat anscheinend noch keine Frau machen wollen. In Bremen, Zürich, Bochum — immer haben Männer inszeniert ... Ulrike Meinhof hat das Stück wohl zu einer Zeit geschrieben, als sie sich von ihrem Mann (Klaus Rainer Röhl) getrennt hat. Die Männer in dem Stück sind auch alle saublöd, richtig blöd. Wir haben uns auch bemüht, das wegzukriegen und haben lieber die Machtstrukturen von den Männern in den Vorgesetztenpositionen gegenüber den untergebenen Frauen dargestellt, z.B. in der Kaufhausszene, wo der Einsteller erst einen Tanz mit der Gisela tanzt und sie dann fallen läßt, weil sie keine Papiere hat. Das ist auch so ein Alptraum.

AK: Ihr habt eine Szene eingebaut, in der eure Iv (Isabella Mamatis) mit dem E-Bass spielt und das Lied „Oh Reinickendorf, du Mörder meiner Jugend" singt und rhythmisch gegen das Verlesen der Heimordnung von der Frau Turm (Regine Vergeen) angeht. Mir hat das sehr gut gefallen, für mich war das einer der theatralischsten Momente in dem Stück und mir hat sich da auch was von Rock als Revolte erzählt. Wie seid ihr da drauf gekommen?

FM: Das war so ein Traum von der Iv, die ja immer mit so 'ner Mundharmonika rumspielt und überhaupt viel mit Musik anfangen kann. Das hatte auch viel mit der Schauspielerin zu tun, die so 'ne Vorstellung hatte vom Auftreten vor Publikum. Wenn sie so richtig singt, haben wir gedacht, macht sie ei-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von voriger Seite

nen Kampf mit der Heimordnung, und wir sind drauf gekommen, daß ein Mädchen wenigstens mal im Traum Sieger gegen die Heimleitung sein darf, die anderen verlieren ja immer nur, und eine sollte mal siegen können.

Mir hat bei unsrer Bearbeitung überhaupt gefallen, daß die Mädchen bei uns ganz unterschiedliche Charaktere haben, aber alle unter einem Druck stehen. Im Original hat uns nicht gefallen, daß das teilweise so dramatisch ist, bei uns muß man sehr genau hinsehen, um Unterschiede festzustellen. Das ist ganz undramatisch und normal. Wir bedienen keine Sehgewohnheiten. Die Zuschauer erwarten ja immer etwas Bestimmtes, wenn sie ins Theater gehen. Bei uns läuft das viel normaler ab. Das Schlimme ist ja, daß die Mädchen die Konflikte schon richtig verinnerlicht haben. Da passiert nicht viel in dem Stück: sentimentale Stimmungen, bißchen saufen. Wenn eine weint, dann kümmert sich sonst kaum eine drum, da geht dann trotzdem alles weiter, die sind ja nicht geübt, auf sowas zu reagieren. Zu einem Schauspieler kommt dann jemand und fragt: hat's weh getan oder sowas. Bei den Mädchen läuft das nicht. Solche Beobachtungen, die haben mich interessiert an dem Stück.

AK: Wie ist denn eure Auseinandersetzuung mit Ulrike Meinhof als Autorin gelaufen? Die bürgerliche Presse konnte ja nicht genug betonen, daß „Bambule" geschrieben wurde, als die Meinhof noch „vernünftig" war, und daß das Stück mit den „terroristischen Aktivitäten" nichts zu tun haben.

FM: Ich bin da ganz anderer Meinung. Gerade weil Ulrike Meinhof so genau hingesehen hat, war es abzusehen, daß sie in den Untergrund gegangen ist. In dem Band „Die Würde des Menschen ist antastbar" ist eine Reportage: „Doof — weil arm". Wenn jemand so genau hinschaut, dann kann man Terrorist werden oder saufen oder Tranquilizer nehmen oder sich aufhängen. Das Hingucken hat sie in solche Konflikte gebracht ... Wenn man Gewalt mit Gewalt bekämpft, geht das halt immer schief, das kann man ja schon im König Lear lesen, vor allem in der Bearbeitung von Edward Bond.

Immerhin, vieles, was Ulrike Meinhof 1972 gesagt hat, ist heute ja schon etablierte Wahrheit, wird heute von niemandem mehr ernsthaft bezweifelt.

(Für den AK sprach Fassanbass)

bruchstücke
zur
identität

bruchstücke
zur
identität

(2)

ich habe nicht
einen vater
eine mutter
eine geschichte
eine nation
eine kultur
eine dauernde
liebe
usw.

hast du?

wir lassen uns doch
nicht festnageln
auf irgendeine
der heute möglichen
identitäten

wir brauchen doch
keine leinwand
mit laufend wechselnden filmen
vor deren schluchten
von endzeit

freiheit
für den blick
in die tiefe!

angst
macht beine
abgrund
beflügelt
unruhe
treibt

zum nötigen sprung

Ke, 25.2.82

„...daß sie verboten werden muß" oder Eine Stadt sieht rot

von Werner Schlegel

„Ich hielt mich", sagte die Augenzeugin Martha H. aus Mühlheim/Ruhr später aus, *„zwischen 14 und 14 Uhr 15 in der Nähe der Gruga auf. Aus einer Straße sah ich einen Demonstrationszug kommen. Mit geschwungenen Gummiknüppeln stürzte sich die Polizei auf die Jugendlichen. Diese liefen in eine Seitenstraße. In dem Augenblick hörte ich Schüsse. Ich lief zunächst auch weg, blieb dann aber stehen, weil ich meinte, daß dies besser sei... Ich stand allein an dem Bretterzaun am Kirmesplatz an der Rüttenscheider Brücke. Die Masse der Demonstranten war schon an mir vorbeigestürmt. Plötzlich hielt ungefähr fünf Meter von mir entfernt ein Jugendlicher im Laufen inne. Ich sah, daß er außer Atem war, daß er nicht weiterlaufen konnte. Plötzlich warf er beide Arme zur Seite und schrie auf. Dann faßte er sich an die Brust. Der Kopf fiel nach vorne. Dann sank der Jugendliche zu Boden. Ich sah ganz genau, daß die Polizei aus etwa 50 bis 60 Meter Entfernung auf ihn geschossen hatte. Der Junge wurde in den Rücken getroffen"*.

„Der Junge" hieß Phillip Müller, war 20 Jahre alt, stammte aus München und starb am 11. Mai 1952 in Essen. Wurde abgeknallt, weil er mit rund 30.000 anderen vom Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch machte. Und die damals angetreten waren in Essen ihren Protest zu artikulieren, demonstrierten — für den Frieden; kämpften gegen Adenauers Remilitarisierungspolitik. Vergeblich, wie wir heute wissen. 1952, also — olle Kamellen? Wären damals, statt 30.000 in Essen, in ganz Deutschland 30 Millionen auf die Barrikaden gegangen, Begriffe wie Pershing II, SS 20 und NATO-Doppelbeschluß besäßen vermutlich

der Welt gerühmte Künstler, die sich nicht gescheut haben, auch heikle Themen anzupacken.
Ist das denn heute noch immer ein Wagnis?" **Ingeborg Drewitz**

len? Wären damals, statt 30.000 in Essen, in ganz Deutschland 30 Millionen auf die Barrikaden gegangen, Begriffe wie Pershing II, SS 20 und NATO-Doppelbeschluß besäßen vermutlich

Fremdwortcharakter für jene, die sich Ostern 1982 gezwungen sahen, einmal mehr öffentlich für den Frieden einzutreten: und von denen nur wenige wußten, welch dunklen Punkt in Sachen Friedenskampf Essens Nachkriegsgeschichte verbarg.

30 Jahre nach dem Todeschuß an der Gruga will der bayerische Landesverband vom „Bund Deutscher Pfadfinder" (BDP) im „Bund Demokratischer Jugend" den Namen Phillip Müller von jener typisch deutschen Unart befreien, die der Schriftsteller Peter-Paul Zahl einmal „Geschichts- amnesie" nannte; die Unart, Unliebsames unter dem Mantel ewigen (Ver)schweigens ein für allemal zu begraben. Was lag näher, als sich dazu eines weiteren verdrängten Ereignisses, beziehungsweise des Mannes zu bedienen, der bereits versucht hatte, es im Gedächtnis der Nachwelt lebendig zu erhalten — Berthold Brecht. Er verfaßte den bis heute in Westdeutschland unaufgeführt gebliebenen „Herrenburger Bericht" (vertont von Paul Dessau). Der „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) gewidmet, behandelt das Werk in Kantatenform die Erfahrungen 10.000 bundesrepublikanischer Jugendlicher unter dem Motto: „Deutsche wurden von Deutschen / gefangen /weil sie von Deutschland / nach Deutschland / gegangen". Gemeint war die Einkesselung aller Teilnehmer an einem FDJ-Pfingsttreffen in Berlin, nach ihrer Rückkehr, durch starke westdeutsche Polizeikräfte, bei Herrenburg im Mai 1950. Die Jugendlichen hatten sich geweigert ihre Personalien aufnehmen zu lassen. Zwei Tage hielt die Kraftprobe Jugend kontra Staatsmacht an, bevor der polizeiliche Belagerungsring, vermutlich aufgrund entsprechender Anweisung aus Bonn, geöffnet wurde und die FDJler ohne Personalienfeststellung abziehen durften.

Die Herrenburger Ereignisse und der Tod Phillip Müllers, zwei markante Beispiele für den Ungeist der nach innen und außen wiederaufrüstungsbereiten Nation unter Adenauers Führung. Aber, frei nach Brecht, der Geist ist fruchtbar noch, aus dem DAS kroch! Dies nachhaltigst zu demonstrieren, blieb im Jahre 1982 der SPD-regierten Stadt Essen vorbehalten. Seit November 1981 plante der BDP die Uraufführung des Brecht/Dessau-Werkes im Essener Saalbau. Wie es die Bestimmungen über Vergabe und Benützung, §2, Abs. 3 verlangen, wird deshalb ein Genehmigungsantrag an die Stadt gerichtet. Nach fünf Wochen trifft eine Ablehnung ein. Neues Schreiben des BDP, datiert vom 28.2.1982, mit der Bitte um inhaltliche Begründung und neuerliche Stereotyp-Antwort drei Wochen später: „Die Stadt Essen bedauert es, auch weiterhin bei der Ablehnung verbleiben zu müssen". Punkt, aus.

Wiederum fünf Wochen später halten die Pfadfinder in Essens Nobelhotel „Handelshof" eine Pressekonferenz ab. Teilnehmerinnen unter anderem: Brecht-Tochter Hanne Hiob, Uta Ranke-Heinemann und die bayerische Schülerin Christine Schanderl, bundesweit bekannt, nachdem sie wegen Tragens einer Stoppt-Strauß-Plakette postwendend von der Schule gefeuert worden war. Die während der Pressekonferenz verlesenen Protesterklärungen bekannter Kulturschaffender (u.a. Hannes Wader, Heinar Kipphardt, Peggy Parnass) lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Erklärungen der Anwesenden auch nicht. Uta Ranke-Heinemann berichtet, ihr gegenüber sei auf telefonische Anfrage hin am 24. März das Brecht-Aufführungsverbot so begründet worden: „Wahrscheinlich steckt da die Moon-Sekte dahinter!" Am nächsten Tag erfolgte eine Korrektur. Nein, jetzt wisse mans aber genau, die Kommunisten seiens und außerdem stammten die Leute noch aus Bayern, deshalb, bitteschön, möchten sie das Stück doch gefälligst dort uraufführen. Frau Heinemanns öffentliche Schlußfolgerung: „Der Stadt kommt es gar nicht darauf an, wer die Veranstaltung macht, sie weiß zunächst nur, daß sie verboten werden muß".

Ach ja, Kommunistenfurcht aus der geschichtlichen Mottenkiste ziehen, Scheuklappen auf und — verbieten. In der Tat die bequemste Lösung, will man Dunkles im Dunklen belassen. Vergangenheitsbewältigung wie gehabt. Und wieder einmal zeigen Kommunal-Regierungsverantwortliche einer Partei, dereinst angetreten „mehr Demokratie" zu wagen, Flagge, setzen den Ausverkauf ehemaliger (Godesberger) Programmgrundsätze fort. Auf besonders er- und abschreckende Weise demonstriert dies zwei Stunden später Essens Beigeordneter und Dezernent Mario Friedrich.

Nachdem die BDP-Vertreter, verstärkt durch FDJ-Hemd-kostümierte Mitglieder des Brechtstück-Chors, die Pressekonferenz beendet hatten, fuhren sie per Fahrradkorso zum Rathaus, besetzten friedlich Oberstadtdirektor Buschs Büro. Dort erscheint dann, gegen 14 Uhr 30, nach längeren Verhandlungen, ein städtischer Vertreter, bittet die rund 60 Anwesenden zu einem Gespräch in den Sitzungssaal 3.12. Beide Seiten legen ihre unveränderten Standpunkte dar. Hart in der Sache, aber korrekt in der Form, was sich ändert, als plötzlich Dezernent Friedrich erscheint. Dessen erste Amtshandlung: Diktatorische Aufforderung an alle, „binnen zehn Minuten" verschwunden zu sein. Dann läßt er sich, nach demonstrativem Blick auf die Rollex am Handgelenk, doch noch gnädig zu einer Diskussion herab, um ein beschämendes Beispiel rechtsorientierten SPD-Demokratieverständnisses zu bieten. Er diffamiert alle Anwesenden als linksextrem und verfassungsfeindlich („von der DDR finanziert"), erklärt Phillip Müller („ich habe das nachgelesen") ungeachtet aller vorhandenen gegenteiligen Zeugenaussagen posthum zum „gewalttätigen Demonstranten"; wirft in „bester" Franz-Josef-Strauß-Manier Kommunisten und Nazis in einen Topf, kurz: Führt in kaum noch zu überbietender Arroganz- und Intoleranzhaltung einen Monolog mit der Jugend. Es erschüttert ihn nicht, daß ein 18-jähriger empört die Rot-Schwarz-Gleichung zurückweist, mit dem Hinweis, sein Vater sei im KZ nicht von Kommunisten, sondern von Nazis ermordet worden. Friedrichs Entgegnung: „Als die Nazis regierten haben sie die Kommunisten ins KZ gesteckt, wo die Kommunisten regieren, machen sie es umgekehrt!" Sancta Simplicitas!

ranzhaltung einen Monolog mit der Jugend. Es erschüttert ihn nicht, daß ein 18-jähriger empört die Rot-Schwarz-Gleichung zurückweist, mit dem Hinweis, sein Vater sei im KZ nicht von Kommunisten, sondern von Nazis ermordet worden. Friedrichs Entgegnung: „Als die Nazis regierten haben sie die Kommunisten ins KZ gesteckt, wo die Kommunisten regieren, machen sie es umgekehrt!" Sancta Simplicitas!

Vielleicht bringt ein alter Essener SPD-Widerstands-Aktivist — es gab sie schließlich! — seinem Beigeordneten gelegentlich bei, daß Massenvergasungen in der Geschichte bisher ausschließlich DEUTSCHEN NAZIS vorbehalten waren. Ob es nützte darf bezweifelt werden, denn Herr Friedrich läßt sich selbst dann nicht von seinen Vorurteilen abbringen, als der 18-jährige sich zu „erkennen" gibt: Ein Aachener SPD-Mitglied ists, zu Wahlzeiten bei der „IG Chemie Grünental" ebenfalls wegen Tragens einer Anti-Strauß-Plakette entlassen. Seine nur zu verständliche Reaktion: „Noch heute abend schicke ich mein Parteibuch zurück"! Wen wunderts, daß die „Diskussion" dann nicht vom Dezernenten, sondern von den Jugendlichen beendet wird, mit der Feststellung, es sei ja doch sinnlos. Allerdings war es das. Eine angebotene Überlegungsfrist zur Überprüfung der Ablehnungsentscheidung nimmt Mario Friedich nicht an. Womit festzustehen scheint: Der „Herrenberger Bericht" mag am 11. Mai in Essen aufgeführt werden, aber nicht im städtischen Saalbau.

Wie sagte Uta Ranke-Heinemann dazu auf der Pressekonferenz? *„Die Jugend in unserem Land könnte fälschlicherweise durch solche Maßnahmen veranlaßt werden, unseren Staat für einen unfreien zu halten"*. Sie tut es bereits, liebe Frau Heinemann, sie tut es bereits...

„Brechts ‚Herrnburger Bericht' beschreibt in chorischer Form ein Ereignis der 50er Jahre. Es ist mir unverständlich, daß sich die Öffentlichkeit damit nicht auseinandersetzen soll. Wir müßten heute nicht in solcher Sorge um das Überleben in Europa sein, wenn die Proteste, die Warnungen der Göttinger Professoren vor bald 30 Jahren damals beachtet worden wären.

Und: Brecht und Dessau sind große, in der Welt gerühmte Künstler, die sich nicht gescheut haben, auch heikle Themen anzupacken.

Ist das denn heute noch immer ein Wagnis?"

Ingeborg Drewitz

Es sind noch keine 30 Jahre vergangen, daß im Bundestag ein deutscher Minister – Brentano – wagen konnte, Brecht mit Horst Wessel zu vergleichen. Er hat das internationale Ansehen der Bundesrepublik aufs äußerste geschädigt; aber er war der typische Repräsentant der Restauration und des kalten Krieges.

Wolfgang Abendroth

„Ein Stück, das den Kampf um und für den Frieden unterstützt, wertet jedes Gebäude auf. Ganz egal, von wem dieses Stück geschrieben oder gespielt wird. Ich würde gern wissen, warum gerade das bei Leuten, die die Stadt Essen repräsentieren, solchen Widerwillen auslöst. Ich hoffe, daß das Werk ‚Herrnburger Bericht' auch bald nach Hamburg kommt."

Peggy Parnass

Eig. Ber. Lübeck, 31. Mai

Annähernd 8000 Angehörige der Freien Demokratischen Jugend, die vom Berliner Pfingsttreffen zurückgekehrt waren, hatten sich am gestrigen Mittwoch an der Lübecker Zonengrenze bei Eichholz versammelt. Sie lehnten es ab, sich der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung angeordneten Registrierung und ärztlichen Untersuchung zwecks Vermeidung der Einschleppung von Krankheiten aus der Ostzone zu unterziehen. Über 800 Polizisten, verstärkt durch Hamburger Polizei, sicherten die Grenze. (Lübecker Nachrichten 31.5.1950)



Am 11. Mai 1952 wurde der 21jährige Münchner Arbeiter Philipp Müller, Mitglied der Freien Deutschen Jugend, von der Polizei erschossen, als er zusammen mit 30 000 Jugendlichen in Essen gegen die Wiederaufrüstung demonstrierte.

Essen 11. Mai

20.00 Saa

KEIN PLATZ FÜR BRECHT UND DESSAU ?! Kann die Stadt Essen Brecht und Dessau nicht ertragen - die Frage stellt sich noch im Jahre 1982! Für den "Herrnburger Bericht" hat sie die Zustimmung für den Essener Saalbau verweigert. Eine Begründung blieb sie bisher schuldig. Mehr auf der Rückseite!

Essen 11. Mai

20.00 Saa

KEIN PLATZ FÜR BRECHT UND DESSAU ?! Kann die Stadt Essen Brecht und Dessau nicht ertragen - die Frage stellt sich noch im Jahre 1982! Für den "Herrnburger Bericht" hat sie die Zustimmung für den Essener Saalbau verweigert. Eine Begründung blieb sie bisher schuldig. Mehr auf der Rückseite!

Der Herrnburger Bericht

Pfingsten 1950 organisierte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) im Ostteil von Berlin ein Friedenstreffen der deutschen Jugend. Über 500.000 Jugendliche aus beiden Teilen Deutschlands nahmen daran teil. Viele Jugendliche aus Westdeutschland konnten nur illegal daran teilnehmen, weil Polizei und Bundesgrenzschutz den Grenzübertritt massiv behinderten, die Teilnehmer registrierten usw. Bei der Rückkehr kam es bei Herrnburg zu einem auch für damalige Verhältnisse einmaligen Vorfall: Auf Anordnung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums sollten die Personalien von über 10.000 Teilnehmern des Friedenstreffens festgestellt werden. Als die Jugendlichen sich geschlossen weigerten, wurden sie in einen Steinbruch geführt und von Polizeieinheiten eingekesselt. Zwei Tage lang hielt die Belagerung, bis sie aufgrund öffentlicher Proteste schließlich doch aufgegeben wurde und die Anhänger der FDJ weiterreisen durften. Auf Anfrage über den Grund dieser Maßnahme antwortete der Innenminister: *„Zwecks Vermeidung der Einschleppung von Krankheiten aus der Ostzone"!*

Über diesen Herrnburger Kessel hat Brecht einen Bericht geschrieben, der bezeichnenderweise in der BRD niemals aufgeführt wurde.

Karry-Mord: Doch kein „Unfall"

Vor einem Jahr, in den frühen Morgenstunden des 11.5.81, wurde der damalige hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP) in seinem Haus in Frankfurt-Seckbach erschossen. Karry war als übereifriger Startbahn West- und AKW-Betreiber, als erklärter Unternehmer-Freund und Gewerkschafts-Feind eine Art klassische Feindfigur aller Linken, Ökologen und Alternativen. Innerhalb des mittlerweile wohlbekannten Komplexes „Spendenaffairen und zwielichtige Geschäfte aller Art" wird seine Rolle als ehemaliger Bundesschatzmeister der FDP offenbar nur aus Gründen der Pietät verschwiegen. Dennoch war die „Szene" nach der Tat in seltener Einmütigkeit der Meinung: „Das war keiner von uns" (im weitesten Sinne). Ende Mai, knapp drei Wochen später, gab es dann die Sensation: Ein Schreiben, versehen mit dem Firmenschild „RZ" (Revolutionäre Zelle), bekannte sich zu der Tat. Allerdings habe man den Minister nicht töten wollen: *„Was Rebhuhn und Co. wissen, aber zurückhalten ..., ist: Der Tod von Karry war nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall. Geplant war, durch mehrere Schüsse in seine Beine dafür zu sorgen, daß er länger das Bett hüten muß, als ihm und seinen Freunden lieb ist ..."* (Bekennerschreiben, zitiert nach „Pflasterstrand" Nr. 107). Die Echtheit dieses Schreibens wurde damals bereits angezweifelt. Die „Frankfurter Rundschau" merkte an, es sei ungewöhnlich, daß Bekennerschreiben erst zu einem so späten Zeitpunkt abgegeben werden, und sogar das LKA bemängelte, zum Tathergang enthalte der

geben werden, und sogar das LKA bemängelte, zum Tathergang enthalte der

Text nur „Bekanntes aus den Zeitungen". Der ARBEITERKAMPF setzte ein dickes Fragezeichen hinter die These, die RZ hätten das Attentat verübt. Uns war aufgefallen, daß die „Unfall"-Version vor Eintreffen des RZ-Schreibens ausgerechnet von der Rechtsaußen-Presse lanciert worden war („Bild" vom 15.5.81: *„Sollte Karry gar nicht sterben?"*; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" - „FAZ": *„Der Minister erlag letztlich einem grauenvollen Zufallstreffer"*).

Demnach stimmte die Behauptung, Rebmann würde diese Version zurückhalten, jedenfalls nicht. Schließlich schien die Begründung der „Bekenner", weshalb es zu diesem „Zufall" gekommen sei, mühsam und widersprüchlich zu sein. Dennoch tat das Bekennerschreiben in der Medienöffentlichkeit seine Wirkung. Erstmals wurden Linke, vor allem natürlich „militante Startbahngegner", voll in den Kreis der Verdächtigen, sogar Hauptverdächtigen, gerückt. Daran änderte auch nichts, daß nach den großen Schlagzeilen über die RZ in einer winzigen Meldung beispielsweise zu lesen war: *„Das Landeskriminalamt geht davon aus, daß die ‚Revolutionären Zellen' nur den Brief geschrieben, aber mit dem Mord am hessischen Wirtschaftsminister nichts zu tun haben"* („Abendpost/Nachtausgabe", 16.6.81).

Zum Jahrestag des Todes haben die Zeitungen über den Fortgang der Ermittlungen praktisch nichts Neues zu berichten: Keine „heiße Spur", nicht einmal eine Eingrenzung des infrage kommenden Täterkreises. Dennoch kriegt die „Sonderkommission Karry" beim hessischen Landeskriminalamt voll die Kurve: *„Die militanten Startbahn-West-Leute hängen da mit drin. Aber an die müssen wir erst mal rankommen"* („AN", 7.5.82). Die Begründung für diesen kühnen Schluß geht so: Zwar sei man nicht sicher, ob die Verfasser des Bekennerschreibens auch die Karry-Mörder seien. Auf alle Fälle sei der Brief „authentisch". *„Er stammt wirklich von den Revolutionären Zellen"*, zitiert die „Abendpost-Nachtausgabe" die Bundesanwaltschaft. Auch das BKA vertritt die Auffassung: *„Diktion und Art des Briefes lassen keinen Zweifel zu: Der Brief kommt von den Revolutionären Zellen"* (ebenda). Besonders bedeutsam scheint den Fahndern die Tatsache zu sein, daß es nach einem Brandanschlag auf Baufirmen, die an der Startbahn beteiligt sind, ein RZ-Bekennerschreiben gab, in dem zum Karry-Attentat — ein halbes Jahr danach — positiv Stellung genommen wurde. Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft: *„Wir haben in diesen Bekennerschreiben Hinweise gefunden, die man sinngemäß so deuten kann: Seht mal, die Karry-Sache war gar nicht so schlecht. Die hat uns aus der Resignation herausgeführt"* („AN", 7.5.82). Doch der Reihe nach:

Als erstes kann heute festgestellt werden, daß mit hoher Sicherheit der/die Verfasser des Bekennerschreibens zu dem Minister-Mord mit der Tat selbst nichts zu tun hatte/n. Dies kann aus einer Serie der „Abendpost-Nachtausgabe" unter dem Titel *„Ein Jahr nach dem Mord/Frau Karry bricht ihr Schweigen"* geschlossen werden. Demnach läßt sich die „Unfall"-Version, wie sie in dem „RZ"-Brief enthalten ist, nicht aufrechterhalten. Auf einen wichtigen Widerspruch macht die Boulevard-Zeitung selbst aufmerksam. In dem Bekennerschreiben hatte es geheißen: *„Hätten wir Karry umlegen wollen, hätten wir ein anderes Kaliber benutzt und vor allem seinen Kopf (bzw. seinen Oberkörper) ins Visier genommen. Das wäre **wesentlich leichter** gewesen"* (Hervorhebung AK). Dazu die „AN" vom 7.5.82: *„Eine Rekonstruktion am Tatort ergab ..., daß der Mörder nur die Möglichkeit hatte, ‚Karry vom Becken abwärts bis zu den Fußspitzen zu treffen'. Der Oberkörper des Ministers war durch Frau Karry, die in dem Bett am Fenster schlief, verdeckt. Der Täter hätte Karry gar nicht in den Kopf oder in den Oberkörper treffen können"*. Auch das Argument, bei einem geplanten Tötungsversuch wäre ein anderes Kaliber verwendet worden, sticht nicht. Zwar benutzte der Täter ein kleines Kaliber, andererseits jedoch sogenannte „Hochgeschwindigkeitspatronen", die die Eigenschaft haben, durch eine Schockwirkung ein tödliches Herz- und Kreislaufversagen hervorzurufen.

eine Schockwirkung ein tödliches Herz- und Kreislaufversagen hervorzurufen.

Hierzu ist anzumerken, daß die Presse diesen Umstand seltsamerweise erst sehr spät bekanntmachte; z. B. meldete die „Bild" noch am 13.5.81 offenbar gezielt falsch, es habe sich um „Normalgeschosse" gehandelt.

Aber es gibt noch eine zweite unübersehbare Ungereimtheit in dem Bekennerschreiben. Dort hieß es nämlich — als „Selbstkritik" der Verfasser — man habe nicht bedacht, daß *„ein — schmerzhaft — aus dem Schlaf Gerissener anders reagiert, panischer (und damit unberechenbar) als jemand, der wach ist"*. Dies legt nahe, daß Karry durch eine „panische Reaktion" so unglücklich aufschreckte, daß ihn dadurch ein Schuß — unbeabsichtigt — tödlich traf. Auch diese Version war schon vor dem RZ-Bekennerschreiben von der bürgerlichen Presse verbreitet worden: *„Heinz Herbert Karry soll sich nach den ersten Schüssen aufgerichtet und gefragt haben: ‚Was ist denn hier los?' In dem Moment traf ihn der tödliche Schuß"* („Bild", 15.5.81). Frau Karry gibt — ein Jahr nach den Geschehnissen — eine entscheidend andere Darstellung des Tathergangs: *„Sechsmal schießt ein heimtückischer Mörder durch das offene Schlafzimmerfenster im Hochparterre über Frau Karry, die in dem Bett schläft, das am nächsten zum Fenster steht, hinweg auf den ebenfalls noch schlafenden Heinz Herbert Karry. ‚Mein Mann richtete sich auf und fragte erstaunt: Was ist denn los? Dann stand er auf und fiel um! Er ist einfach neben dem Bett umgefallen und nicht mehr aufgestanden'"* („AN", 5.5.82). Dies heißt, daß der Täter erst die Schüsse abgab und Karry danach reagierte. Oder anders ausgedrückt: Das Zielen bzw. Treffen wurde durch eine Reaktion Karrys offenbar gar nicht beeinflußt. Das Bekennerschreiben ist demnach, was den Tathergang angeht, eindeutig falsch (und im übrigen, das sei nur nebenbei bemerkt, auch nach „Sprache und Diktion" nicht unbedingt „typisch" für solche Produkte). Nicht zu halten ist aber auch, den Aussagen Frau Karrys zufolge, die „Unfall"-Version insgesamt.

Daran schließt sich unmittelbar die Frage an, weshalb diese Version vom LKA (denn nur von dort können die Informationen der „Bild" oder „FAZ" stammen) überhaupt verbreitet wurde. Dazu fällt uns als Erklärung nur ein, daß es anders nicht möglich gewesen wäre, die Tat den „RZ", also „Linksextremisten" oder „militanten Startbahngegnern", anzuhängen. Denn die gezielte Ermordung eines Ministers wäre zumindest eine offenkundige und krasse Änderung in der bisherigen Politik der RZ. Diese Interpretation legt nahe, die Verfasser des Bekennerschreibens in derselben Ecke zu vermuten wie die Urheber dieser bewußten Desinformationskampagne, auf keinen Fall jedoch bei „Linksextremisten" oder „militanten Startbahngegnern". Spielen wir trotzdem den (vom LKA nahegelegten) Fall durch, das Bekennerschreiben wäre *„authentisch"*, also irgendwie von Kreisen der RZ verfaßt, seine Verfasser gehörten jedoch nicht zu der Truppe, die den Minister „liquidierte" (deshalb die falschen Darstellungen). Dies wäre zunächst einmal ein für die RZ höchst ungewöhnlicher Vorgang. Zweitens wäre spätestens jetzt klar, daß die Verfasser des Bekennerschreibens, von ihrem Standpunkt aus gesehen, großen Mist gebaut haben. Sie hätten also eine Situation geschaffen, in der völlig unklar ist, ob unter ihrem eigenen Firmenschild Staatsschutz-Provokationen laufen — die schlimmste Lage, in die sich eine „Guerilla" hineinmanövrieren kann. Mithin wäre es für sie allerhöchste Zeit, sich zu erklären. **Oder, zur Abwechslung mal vom Standpunkt der Linken gesehen: Klären die RZ diese sonderbaren Rätsel nicht jetzt endlich auf, muß erstens der Bekennerbrief zum Karry-Attentat eindeutig als Provokation gewertet werden, und zweitens müssen sämtliche Aktionen der RZ „mit besonderer Vorsicht" aufgenommen werden.**

Dies gilt auch für den Bekennerbrief zu den schon erwähnten Brandanschlägen auf Frankfurter Baufirmen, über den sich das LKA so außerordentlich gefreut hat (weil es ihn nutzen kann, um die Startbahngegner wieder mit dem Karry-Attentat in Verbindung zu bringen). Ins Auge sticht zunächst, daß dieser Brief denselben Titel (*„Der Widerstand lebt!"*) trägt, mit dem just in derselben Woche der „umwelt- express", die Massenzeitung der Startbahngegner, in der Auflage von ca. ei-

press", die Massenzeitung der Startbahngegner, in der Auflage von ca. ei-

ner halben Million erschienen war. Das ist nicht sehr witzig, aber ... vielleicht mangelte es dieser Revolutionären Zelle an Phantasie, so daß sie Überschriften klauen mußte. Die Passage zu Karry, mit der das Schreiben endet, lautet wie folgt:

„Mit dem Wegfall von Karry, der treibenden Figur in der Landesregierung, hat die Bewegung mehr Spielraum bekommen. Folge seines Abgangs ist nicht nur die Rücknahme des WAA-Standorts Wethen, sondern auch die Verzögerung des Baubeginns (der Rodung) der Startbahn wie auch die veränderte Taktik bezüglich ihrer Durchsetzung. Diese Aktion der RZ hat wieder einmal gezeigt, daß die dominierenden Personen des Herrschaftsapparats eben doch nicht nur beliebig austauschbare Charaktermasken sind, daß ihr Fehlen Löcher reißt, die nur mühsam und auf Zeit zu stopfen sind. Es liegt an uns allen, die entstandenen Spielräume dafür zu nutzen, den Kampf voranzutreiben und offensiver zu machen. Schafft viele revolutionäre Zellen".

Solche aber bitte nicht, kann man da nur anfügen. Vielleicht ist es ganz gut, diese Sprüche ein halbes Jahr später, also mit einem gewissen Zeitabstand, auf ihren Wirklichkeitsgehalt zu überprüfen. Es handelt sich nämlich um haarsträubenden Unsinn. Über die Rücknahme des WAA-Standorts Wethen spricht heute kein Schwein, weil längst ein neuer Standort benannt ist; man müßte total ahnungslos sein, um das als irgendwie gewichtigen „Erfolg" zu bewerten; mit Karry bzw. seinem Wegfall hat der Vorgang weniger als nichts zu tun. Das für die Startbahn benötigte Areal ist gerodet, und weshalb es eine veränderte („liberale"???) Taktik geben soll, das müßte mal jemand den Bürgern von Mörfelden-Walldorf erklären. Dies behauptet nämlich höchstens der Polizeipräsident persönlich. Schließlich ist die entstandene „Lücke" von einem neuen Wirtschaftsminister, Hoffie, „ausgefüllt" worden, der politisch noch rechts von Karry agiert (und nicht einmal volkstümlich ist, hessisch babbelt, Äppelwoi säuft und Rippchen mit Kraut frißt, um das Bekennerschreiben zum Attentat zu zitieren).

Nun gibt es wiederum zwei Möglichkeiten. Entweder man bewertet auch dieses Bekennerschreiben als Provokation. Oder nicht. Dann könnten es vielleicht Leute gewesen sein, die Angriffe auf am Startbahnbau beteiligte Firmen für nützlich halten. Davon gibt es sicher relativ viele. Darunter könnten sich vielleicht Leute befinden, die auch den Karry-Mord für nützlich halten, und die vor allem der Meinung sind, daß dazu unbedingt etwas in einem Bekennerbrief gesagt werden müßte. Das dürften ziemlich wenige sein. Verhält es sich so, würden wir raten, sich vor den Letzteren in acht zu nehmen.

KB/Gruppe Frankfurt